Neues Wiener Tagblatt Abendblatt
20./III. 1918

Die Approvisionierung im Kriege.

Ungarns Hilfe.

Heute sind aus Ungarn 5000 Stück Hasen angekommen, die Samstag zum Verkauf gelangen werden. Auch ist schon die amtliche Verständigung eingelangt, daß Frühkartoffeln nach Wien abgeschickt wurden. Ihr Eintreffen hängt von der Promptheit der Beförderung ab.

Ueber die weiteren Bestrebungen Ungarns, dem notleidenden Wien Hilfe zu bringen, meldet uns ein Telegramm aus Budapest vom heutigen Tage folgendes:

Ernährungsminister Prinz Windischgrätz erklärt übrigens, er wolle nur mit der tatsächlichen Situation rechnen und sei entschlossen, die äußersten Anstrengungen zu machen, daß man den Wienern beistehe. Er habe bereits gestern die energischesten Verfügungen dahin getroffen, daß alles Entbehrliche in raschem Tempo aus Ungarn nach Wien und Oesterreich gebracht werde, und Handelsminister Szterenyi unterstützte ihn dabei, indem dieser verfügt habe, daß die Lebensmittel mittels Sonderzügen nach Wien befördert werden. Ernährungsminister Prinz Windischgrätz wird noch in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses Gelegenheit suchen, die Oeffentlichkeit in ausführlicher Weise darüber zu unterrichten, welche Zufuhren aus Ungarn bereits nach Wien abgingen und welche in den nächsten Tagen noch dorthin abgesendet werden sollen.

Auch in der Budapester Presse ist man bemüht, für ein Eingreifen Ungarns zugunsten der Wiener Bevölkerung Stellung zu nehmen, selbst wenn Ungarn hiebei die größten Opfer bringen müßte. Das dem Grafen Stephan Tisza nahestehende Blatt „Az Ujsag" veröffentlicht heute an leitender Stelle unter der Ueberschrift „Helfen wir den Wienern" einen Artikel, in welchem es heißt: Niemand dürfe sich darum kümmern, ob man ungerechterweise oder aus Haß Ungarn für die Lage in Wien verantwortlich macht. Wir wissen nur so viel, daß man in Wien Not leidet, und uns kann keine andre Pflicht erwachsen, als den Wienern zu helfen. Wir müssen einen Appell an die Herzen richten, denn die Zeit ist kurz und die Not ist groß.

Wenn der amtliche Apparat nicht über genügende Hilfsmittel verfügen sollte, so muß man einfach den Sammlungsweg betreten und die Privaten, insbesondere die Landwirte, auffordern, von den eigenen, für den Selbstverbrauch bestimmten Mehlbeständen Spenden an Brot den Wienern zukommen zu lassen. Die ganze ungarische Gesellschaft muß ihren Bissen mit den notleidenden Wienern teilen. Das Blatt appelliert weiterhin an den Ernährungsminister Prinz Windischgrätz, falls er nicht eigene Bestände an Mehl haben sollte, möge er im Wege einer Landesspende aus dem Privatbesitz der ungarischen Bevölkerung den Wienern Brot zukommen lassen, damit sie sehen, daß Ungarn ihnen nicht nur warme Worte und gute Absichten, sondern wirkliche Hilfe, selbst um den Preis eigener Entbehrungen, zu bringen entschlossen ist."

Die Zeit
20./VI. 1918

(Spottbillige Speisen in — Tirol?) Ein Leser unseres Blattes schreibt uns aus Budapest: Die hiesigen Blätter veröffentlichen heute eine Speisenkarte der Bahnhofrestauration in Innsbruck, die folgende geradezu provozierende Speisen und noch provozierendere Preise enthält: Spargelsuppe 30 Heller; Rindfleisch 1 Krone 80 Heller; Rindfleisch mit Gemüse oder Salat 2 Kronen 20 Heller bis 2 Kronen 40 Heller; Lungenbraten 2 Kronen 50 Heller; englischer Lungenbraten 2 Kronen 50 Heller; Apfelstrudel 1 Krone; Marillenkompott 2 Kronen 50 Heller; Apfelkompott 1 Krone 20 Heller usw. So zu lesen in den Budapester Zeitungen, die dazu die Bemerkung machen, daß bei solchen Preisen und bei solchen Speisenfolgen in Innsbruck von einer Not in Oesterreich oder in Tirol keine Rede sein könne. In der Tat kosten in Budapest die Suppen 1 bis 2 Kronen, die Fleischspeisen 7 bis 18 Kronen, die Mehlspeisen 2 bis 6 Kronen, und in Wien ist es beinahe ebenso arg. Die Frage ist nur, ob wirklich die Speisenkarte des Innsbrucker Bahnhofrestaurants vom 2. Juni 1918 derartige Preise verzeichnet, und wenn dies der Fall ist, wie denn die Bahnhofrestaurants in den meisten Städten Oesterreichs und Ungarns dreifach und vierfach höhere Preise fordern dürfen? Vielleicht hätten die zahlreichen Ernährungsbehörden hüben und drüben die Gnade, den vorerwähnten krassen Fall zu prüfen und dem großen Publikum Aufklärungen zu bieten, wie es möglich ist, daß in Tirol — sagen wir noch einmal in Tirol — Lungenbraten pro Portion zu 2 Kronen 50 Heller im Bahnhofrestaurant verkauft wird, während in Budapest

oder Wien .... doch der Rest ist Schweigen.

Neue Freie Presse

20./VI. 1918

5

Gebet kein Geld, sondern Nahrungsmittel.

Von Dr. Rudolf Ritter v. Schwarz-Hiller.
Gemeinderat der Stadt Wien.

(Siehe den Artikel der „Neuen Freien Presse" im Morgenblatte vom Dienstag den 18. Juni.)

Wien, 19. Juni.

Geld ist keine Ware; Geld ist Tauschmittel, wo immer und in welcher Form immer seine Einrichtung in die Erscheinung treten mag. In diesen außerordentlichen Zeiten scheint das wesentliche Element der Funktion des Geldes zu versagen; eine Handvoll Tabak, Zucker, Mehl usw. bewährt sich in der Fähigkeit, den Austausch der Güter unter den Menschen zu besorgen, weitaus kräftiger und besser als die Banknote. Seltenheit der Ware, ins Ungemessene gewachsene Nachfrage, Ueberfüllung der Kanäle des Wirtschaftslebens mit Umlaufmitteln sind die Ursachen der Erscheinung, welche in dem komplizierten modernen Wirtschaftsleben zu ungeahnten Katastrophen führen kann, wenn nicht doch noch rechtzeitig die erwachende Vernunft zur Umkehr zwingt. Man verlockt heute nicht mehr mit Geld, man beeinflußt mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsartikeln. Und da sollen Gehalts- und Lohnerhöhungen ohne Regelung des Verkehres mit den Naturalien Erleichterung in drückender Notlage bilden! Unmöglich. Am ersten Tage der Auszahlung einer jeden Kriegszulage ist ihr Effekt durch die sprunghafte Teuerung von gestern überholt. Und darum muß auch die Geldspende, die Wohltätigkeit in Banknoten versagen, denn Geld ist eben keine Ware mit Gebrauchswert. Ich kann daher die am Dienstag in diesem Blatte gegebene Anregung nur begrüßen. Die Naturalspende ist jetzt die einzige wirkliche Wohltätigkeit. Gebet Brot, gebet Kleider. Die Gabe in Geld ist ein armseliger Loskauf von dem eigenen Gewinn, die Naturalspende aber ist nicht nur Hilfe für den notleidenden Nächsten, sie ist Hilfe für den Staat, für die Gesamtheit. Denn in dem Leiden der Einzelnen leidet der Staat.

Geben will jetzt jeder, der kann. Er will freiwillig und ungenannt geben, er soll hiebei nicht Behörden gegenüberstehen, sondern unbeamteten Vertretern der Gesamtheit. Geben können die Reichen, aber auch die, welche weniger besitzen, jedoch durch Beziehungen oder sonstwie das, was den anderen so grimmig fehlt, in größerem Maße haben. Geben können und sollen aber vor allem jene, welchen ein gütiges Geschick Grund und Boden geschenkt hat, welche die Urproduktion beherrschen. Mögen sie sich auch ein klein wenig Entbehrungen auferlegen für diese kurze, aber so schwere Zeit, mögen vom großen Grundherrn herunter alle sich jetzt zum Staate bekennen, indem sie den darbenden Familien jener, die draußen an der Front den heimatlichen Boden verteidigen oder jener, welche die Waffen schmieden für die Kämpfe an der Front, beistehen in der Stunde der größten Not.

Die Organisation für Wien wäre bei einigem guten Willen nicht schwierig. Die Volkshalle im Neuen Rathause gibt für einige Wochen ihren Beruf, Versammlungslokal für Hetzreden zu bilden, auf und dient als Zentralempfangsstelle. Die Empfangsbestätigungen werden nicht auf Namen ausgestellt. Sendungen durch die Post oder Bahn an die Empfangsstelle sind gebührenfrei. Diese Zentrale verteilt ihre Empfänge an alle Kriegsküchen, möglichst gleichmäßig unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Bezirke. Die Empfangsbestätigungen dieser Naturalien-Empfangszentrale werden den Spendern wertvolle Reliquien und denkwürdige und ehrende Urkunden sein für alle Zukunft, als Beweis guten Bürgersinnes und der Liebe zum Staate. Die Verteilung in den Kriegsküchen erfolgt an die registrierten Besucher der Kriegsküchen gegen Vorweisung und Abstempelung des Minder- und Mindestbemittelten-Einkaufscheines um einen äußerst billigen Preis. Aus dem eingelaufenen Gelde werden weitere Naturalien als Ergänzung der Bestände gekauft.

Um wirksam zu werden, muß diese Aktion sofort einsetzen. Die Organisation ist einfach und kann auf keine Schwierigkeiten stoßen. Noch einmal! Gebet! Gebet so viel ihr könnt und helfet dem Staate!

Fremdenblatt
20./VI. 1918

Die Ursache des Ausbleibens ukrainischer Zuschübe.

K. Berlin, 19. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: In der österreichischen Presse wird als Ursache der Kürzung der Brotration in Wien mehrfach angegeben, daß Deutschland sich verpflichtet habe, die Mehlversorgung Oesterreichs bis zur neuen Ernte zu übernehmen, aber seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Das beruht auf einer völlig falschen Auffassung. Bei den Verhandlungen, die unmittelbar vor Pfingsten in Berlin mit den Vertretern von Oesterreich-Ungarn über die Getreideeinfuhr aus der Ukraine stattfanden, ergab sich die Notwendigkeit, eine einheitliche straffe Leitung der Organisation des Getreideaufkaufes in der Ukraine herbeizuführen, da sich aus dem nicht immer ganz einheitlichen Nebeneinanderarbeiten verschiedener Organisationen Mißstände ergeben hatten, die für den Gesamterfolg nachteilig waren.

Die Vertreter von Oesterreich-Ungarn erklärten sich bereit, die Führung der ganzen Angelegenheit den deutschen Stellen zu überlassen, wenn die Gewähr geboten werde, daß Oesterreich-Ungarn dann aus der Ukraine oder, wenn diese versage, aus Rumänien oder Bessarabien die Mindestmenge erhalte, die notwendig sei, um die Versorgung des Heeres und der Bevölkerung von Oesterreich bis zur neuen Ernte aufrechtzuerhalten. Auf dieser Grundlage ist das Abkommen abgeschlossen worden. Eine Lieferung aus deutschen Beständen ist dabei nicht vorgesehen worden. Sie hätte nur in Frage kommen können, wenn Deutschland noch Reservebestände hätte, die über den Bedarf für Bevölkerung und Heer hinaus verfügbar gewesen wären. Das ist aber in diesem Erntejahr leider nicht der Fall. Daß jetzt die Getreidelieferungen aus der Ukraine und Bessarabien so gering sind, daß die Versorgung Oesterreichs dadurch sich sehr schwierig gestaltet, ist sehr bedauerlich. Daß die Ursachen dafür aber völlig außerhalb des Verschuldens deutscher Stellen liegen, wird auch von amtlicher österreichischer Seite durchaus anerkannt und ist bei den Verhandlungen, die in diesen Tagen mit dem österreichischen Ernährungsminister stattgefunden haben, besonders zum Ausdruck gebracht worden. Bei diesen Verhandlungen ist auch von deutscher Seite gegenüber den österreichischen Wünschen Entgegenkommen bewiesen worden, soweit es nach der deutschen Versorgungslage zulässig war.

Fremdenblatt

20./VI. 1918

Die Antwort Bayerns.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat auch an den bayrischen Ministerpräsidenten v. Dandl die telegraphische Bitte um Hilfeleistung gerichtet. Darauf langte folgende Antwort ein: „Telegramm erhalten. Habe sofort Minister des Innern v. Brettreich verständigt und gebeten, die Möglichkeit der Kartoffelabgabe zu prüfen und Eure Exzellenz zu benachrichtigen."

Der Minister des Innern Dr. v. Brettreich sandte folgendes Telegramm: „Kartoffellieferungen aus Bayern nach Oesterreich wegen eigener schwieriger Lage zu meinem lebhaftesten Bedauern nicht mehr möglich. Für Lieferungen nach Oesterreich ist überdies das Kriegsernährungsamt in Berlin zuständig, an das heranzutreten ich anheimstelle."

Der Neue Abend
20./VI. 1918

8

Der ukrainische Lebensmittelrat.

Das Abkommen der Ukraine mit den Mittelmächten.

KB. Kiew, 17. Juni.

Der österreichisch-ungarische und der deutsche Botschafter haben heute gemeinschaftlich mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten ein Abkommen über die Einrichtung des ukrainischen Nahrungsmittelrates unterzeichnet, der für das ganze Gebiet der Ukraine einheitlich die Aufbringung der Nahrungs- und Futtermittel zu regeln und die Versorgung der in der Ukraine stehenden Truppen der Städte und der Industriezentren der Ukraine sowie die Ausfuhr nach den Ländern der Mittelmächte zu übernehmen hat.

Fremdenblatt
20./IV. 1918

Eine Versammlung aller deutschen Abgeordneten?

Abg. Dr. Waber hat an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Die Hoffnungen, die Euer Exzellenz in der im Gemeinderate gehaltenen Rede auf eine Tagung des Parlamentes gesetzt haben, vermag ich nicht zu teilen. Die slawischen Abgeordneten sind der deutschen Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt durchaus feindlich gesinnt und begrüßen die Notlage Wiens mit unverhohlener Schadenfreude. Die Czechen haben ihrerseits alles getan, um Lebensmittelvorräte zurückzuhalten und die Notlage der Bevölkerung dadurch zu verschärfen. Die Slawen haben anderes zu tun, als uns zu helfen. Sie sind nur von dem Gedanken beseelt, durch die Erschwerung unserer Lage an der Front und im Hinterlande ihre staatsrechtlichen Bestrebungen zu fördern. Sie werden auch bei einer Tagung des Abgeordnetenhauses ihre auf die Zersetzung Oesterreichs gerichteten Bestrebungen in den Vordergrund stellen.

Diese Erwägungen veranlassen mich, an Eure Exzellenz als den Bürgermeister der so schwer betroffenen Stadt Wien das Ersuchen zu stellen: Die Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten Niederösterreichs oder alle deutschen Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten Oesterreichs zu einer Beratung über unsere Ernährungsverhältnisse einzuladen und die Regierung aufzufordern, an dieser Tagung teilzunehmen. Von dieser Tagung kann ich mir nicht nur eine gedeihliche Beratung, sondern auch ein tatkräftiges Eingreifen zur Verbesserung unserer Lage versprechen. Die Not der Bevölkerung drängt zu einer Stellungnahme und wir können nicht bis zur Klärung der Verhältnisse im Abgeordnetenhause zuwarten."

Arbeiterzeitung
21. III. 1918

Die Ernährungsfragen.

Die Tagung der niederösterreichischen Bezirkswirtschaftsräte.

Für Donnerstag den 20. d. hatte der Zentralverband österreichischer Konsumvereine eine Tagung unserer Vertreter in den Gemeinde- und Bezirkswirtschaftsräten einberufen, damit sie ihre Erfahrungen tauschen und zu den Aufgaben der kommenden Versorgungsperiode Stellung nehmen können.

Dr. Renner leitete die Tagung mit einem ausführlichen Referat über den Zusammenbruch unseres Ernährungsregimes ein, unter dem wir nun leiden und den wir vor allem dem Dilettantismus des Ministerpräsidenten verdanken, der vermeinte, er könne neben seinen Regierungsgeschäften auch noch das schwierige Amt des Ernährungsministers führen. Hätten unsere Vertreter im Ernährungsrat und unsere Presse nicht gegen das gefährliche Spiel, dem sich der Ministerpräsident mit den Versuchen Sedlmayer und mit der Agitation für den freien Handel, denen er willenlos zu folgen bereit war, hingegeben, einen so energischen Kampf geführt, so wäre der Zusammenbruch schon früher erfolgt. Wir konnten gerade an diesen Tatsachen sehen, wie wertvoll es für die Massen ist, wenn wir durch unsere Mitarbeit solche Gefahren abwenden oder verzögern können. Es kann gewiß Augenblicke und Umstände geben, wo wir in jedem einzelnen Wirtschaftsrat erwägen müssen, ob wir unter den gegebenen Umständen noch mitarbeiten sollen oder nicht, aber immer müssen rein wirtschaftliche und dürfen nicht politische und staatsrechtliche Gründe dafür entscheidend sein.

In der sehr lebhaften Debatte waren die Meinungen über den Wert unserer weiteren Mitarbeit wohl geteilt, die überwiegende Mehrheit der Vertreter erkannte aber in unserer weiteren Mitarbeit doch die Erhaltung eines wertvollen Kampfplatzes, wo wir nicht nur gegen die staatliche Verwaltungsmißwirtschaft und den egoistischen Mißbrauch, den die bürgerlichen Klassen mit den Lebensmitteln bei der Aufbringung und Verteilung betreiben, ankämpfen können, sondern wo wir auch für die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens Wertvolles zu leisten imstande sind. Es wurde als Ergebnis der Debatte eine Resolution angenommen, deren wichtigste Forderungen wir mitteilen:

Die Konferenz erhebt neuerlich die Forderung:

1. Es möge das Amt für Volksernährung die Kompetenz der Wirtschaftsämter und der Wirtschaftsräte durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung dahin erweitern, daß diese auf die praktische Durchführung des Ernährungsdienstes kontrollierenden Einfluß ausüben können.

2. Die Wirtschaftsämter und Wirtschaftsräte sind endlich durch eigene Finanzen in ihrer Existenz sicherzustellen und hiezu sollen die Ueberschüsse, die sich aus dem staatlichen und gemeindlichen Aufbringungs- und Verteilungsdienst ergeben, verwendet werden.

3. Den Wirtschaftsämtern sind alle in ihrem Gebiet arbeitenden Funktionäre des öffentlichen Ernährungsdienstes anzugliedern, damit die Kontrolle über deren Gebarung leichter durchgeführt werden kann.

4. Wenn auch die Zahl der Berufungen von Konsumentenvertretern in die Wirtschaftsräte in den letzten Monaten zugenommen hat, so steht sie noch immer nicht im Verhältnis zur Wichtigkeit der Konsumenteninteressen, die hier vertreten werden sollen. Noch immer haben weite Gebiete des Reiches die Einrichtung der Wirtschaftsämter und Wirtschaftsräte nicht oder sie sind ausschließlich durch Vertreter der landwirtschaftlichen, Händler- und gewerblichen Interessenten besetzt, so daß die Forderungen der Konsumenten nur als vergebliche Minderheitswünsche zum Ausdruck gebracht werden können. Wir müssen deshalb neuerlich die Forderung erheben, daß die Wirtschaftsräte überall zu berufen sind und daß in ihrer Mitte die Konsumenteninteressen in paritätischer Weise Vertretung finden.

5. Wir fordern unsere Vertreter auf, darauf zu sehen, daß bei der Aufbringung der Lebensmittel und der neuen Ernte, vor allem aber auch bei der Aufbringung der Kartoffeln die landwirtschaftlichen und die konsumgenossenschaftlichen Organisationen herangezogen werden. Ebenso sollen auch bei der Verteilung die auf freiwilliger Selbsthilfe beruhenden Organisationen herangezogen werden. Je inniger der Kontakt zwischen dem landwirtschaftlichen und dem genossenschaftlichen Aufbringungsdienst und dem konsumgenossenschaftlichen Verteilungsdienst hergestellt wird, um so besser wird die Ernährung der Volksmassen gesichert sein.

Die Konferenz erklärt, daß sie nur, wenn die Forderungen nach Erweiterung der Kompetenz und nach paritätischer Vertretung der Arbeiterschaft in den Bezirkswirtschaftsräten erfüllt wird, bereit ist, weiterhin im Ernährungsdienst mitzuarbeiten. Sollten unsere Forderungen nicht erfüllt werden, dann müßten wir unsere Vertreter aus den Bezirks- und den Gemeindewirtschaftsräten zurückziehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung über die Versorgung mit Fleisch, Obst und Gemüse referierte Schlemmer (Neunkirchen). Er schilderte vor allem die Art der praktischen Mitarbeit unserer Vertreter bei der Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse und Marmelade, durch die sehr viel zur Verbesserung der allgemeinen Ernährung beigetragen werden kann. Die meisten Vertreter konnten diese Berichte durch Berichte über ihre Tätigkeit ergänzen. Die Konferenz gewann durch diese Schilderungen ein sehr lebendiges Bild von der wertvollen Arbeit, die unsere Vertreter in Erfüllung der verschiedenen praktischen Aufgaben der Wirtschaftsräte geleistet haben. Je mehr Arbeitervertreter im Wirtschaftsrat, um so besser ist die Versorgung. Es wäre sehr wertvoll, wenn man nun bei den Verhandlungen mit der Regierung großen Wert auf eine paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen Wirtschaftsräten legen würde, weil nur dadurch die Schlamperei im Ernährungsdienst aufhören könnte. Eine Resolution, die forderte, es müsse auch für das Frühobst und für das Frühgemüse die staatliche Bewirtschaftung jetzt noch durchgeführt und alle bereits gemachten Schlüsse müßten annulliert werden, wurde ebenfalls unter lebhafter Zustimmung angenommen. Auch diese Forderung wäre der Regierung zu unterbreiten, weil eine bessere Versorgung mit Frühobst den Brotmangel weniger fühlbar machen würde.

Die Zeit Abendbl 21.III.1918

Die Ernährungsfrage.

General v. Landwehr in Budapest.

Wie bereits gemeldet, befindet sich der Vorsitzende des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau in Ungarn, um die Aufbringung und den Abtransport der für Oesterreich bestimmten Ernährungsaushilfen zu kontrollieren. General Landwehr dürfte erst zu Beginn der nächsten Woche wieder in Wien eintreffen.

Die Forderungen der Arbeiterschaft.

Wie die Arbeiterzeitung meldet, haben die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Regierung die Forderungen der Arbeiterschaft am Mittwoch zur Kenntnis gebracht. Im Ministerratspräsidium versammelten sich zu diesem Zweck um 10 Uhr abends der Ministerpräsident v. Seidler, der Minister des Innern Gayer, der Finanzminister Wimmer, der Minister für soziale Fürsorge Mataja, der Eisenbahnminister Banhans und der Ernährungsminister Paul. Die Beratungen, die die allgemeine Lage der Arbeiterklasse, die Ernährungsschwierigkeiten, den Druck des Kriegsleistungsgesetzes und im besonderen die Lohnforderungen aller Arbeiter der Kriegsindustrie, der Eisenbahner, der militärischen und zivilen Staatsarbeiter aller Kategorien zum Gegenstand hatten, dauerten bis 1 Uhr nachts und brachten noch kein abschließendes Ergebnis. Der Abgeordnete Domes überreichte die Denkschrift der wichtigsten Gewerkschaftsverbände, die als Grundlage der weiteren Verhandlungen dienen soll, und Abgeordneter Tomschik skizzierte im einzelnen die Forderungen der Eisenbahner an das Eisenbahnministerium. Gestern wurden die Verhandlungen weitergeführt. Heute begeben sich die Arbeitervertreter zum Kriegsminister und im Namen des Parteivorstandes zum Minister des Aeußern Baron Burian. Die Verhandlungen mit der Regierung sind durch die gleichzeitige politische Krise erschwert.

Der Wiener Arbeiterrat hält heute abends im Eisenbahnerheim seine Sitzung ab.

In St. Pölten hielten die Vertrauensmänner und ein großer Teil der Arbeiterräte des ganzen Industriegebietes eine Konferenz ab. Die Versammlung empfahl, daß im ganzen Industriegebiet eine Erweiterung des Streiks nicht mehr eintrete, daß man die Verhandlungen in Wien abwarte und nichts unternehme, was diese Verhandlungen gefährden könnte. Gleichzeitig wurden die Forderungen des Industriebezirkes festgelegt.

Ein scharfer Protest der Wiener Lehrerschaft.

Der Vorstand des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft veröffentlicht im Auftrag der Versammlung der Vertrauenspersonen des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft vom 18. d. folgende Entschließung: „Die Vertrauenspersonen des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft erheben energisch Widerspruch gegen die Mißwirtschaft in der Lebensmittelversorgung, die in den letzten Tagen dazu geführt hat, daß das hungernde Volk, zu dem sich auch die Lehrerschaft rechnen muß, im Brotbezug um die Hälfte verkürzt werden mußte. Sie erheben insbesondere Einspruch dagegen, daß die Kinder der Wiener Volks- und Bürgerschulen abermals beim Schulfrühstück verkürzt werden, und sie verlangen, daß ehestens Mittel gefunden werden, um bald der Jugend des Volkes das Stückchen Brot zu wahren, auf das es bisher Anspruch hatte.

Für die neue Ernährungsperiode verlangt der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft, daß den Vertretern der Verbraucher der Einfluß eingeräumt wird, der notwendig ist, eine gerechte Verteilung der künftigen Ernte sicherzustellen.

Von der Gemeindeverwaltung wird verlangt, daß auch der Lehrerschaft wenigstens einiger Ersatz für das verkürzte Brot durch unmittelbare Abgabe von Lebensmitteln aus den Vorräten der Gemeinde geboten werde, da die Amtspflicht die Lehrerschaft verhindert, sich im Wege des Anstellens die in Aussicht gestellten Zubußen zu verschaffen."

Verkauf von Kühlhasen.

Der Gemeinde Wien ist es bekanntlich durch das Entgegenkommen der ungarischen Regierung gelungen, 10.000 Stück Gefrierhasen in Budapest anzukaufen. Eine bereits eingelangte Partie dieser Hasen wird morgen Samstag bei den Wildbrethändlern auf sämtlichen Märkten Wiens und in den größeren Geschäftsbetrieben verkauft werden. Der Verkauf erfolgt nur an Selbstverbraucher in zerlegtem Zustand zu folgenden Preisen: Hasenbraten (Rücken und Lauf) K. 17.25, Hasenjunges K. 5.25, Hasenrücken K. 9.50 und Hasenlauf K. 8.—.

Marmelade als Nahrungsmittelzubuße.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist der Magistrat bestrebt, eine neue Marmeladenausfolgeperiode einzuschieben, um der Bevölkerung über die durch die Brotkürzung geschaffene erschwerte Ernährungssituation hinwegzuhelfen. Mit dem Ernährungsamt und der Geos wurden die bezüglichen Verhandlungen bereits eingeleitet. Hoffentlich gelingt es, genügende Marmelademengen aufzubringen, um eine allgemeine Marmeladenabgabe in Wien durchzuführen.

Regelung des Kälbermarktes.

Die heutige Wiener Zeitung verlautbart eine Verordnung des Ackerbauministers im Einvernehmen mit dem Leiter des Volksernährungsamtes, wonach die bezüglich Schlachtrinder getroffenen Anordnungen auch auf den Marktverkauf von Kälbern ausgedehnt werden. Es müssen nunmehr auch die Kälber der amtlichen Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch abgeliefert werden. Der freie Handel mit Kälbern ist untersagt.

Die ungarische Hilfe.

Aus Budapest, 21. d., wird uns telegraphiert: Ein Mitarbeiter des Blattes Az Ujsag befragte den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle über seine Meinung betreffend die Anregung des Bürgermeisters Dr. Body.

Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte: Ich halte diesen Gedanken für sehr glücklich, und er hat auch im ganzen Lande ein lebhaftes Echo gefunden. Die an mich gelangten zahlreichen Berichte beweisen, daß in den Komitaten die Obergespäne verschiedene Aktionen begonnen haben. Nach den ersten Anzeichen zu urteilen, wird diese Aktion ein sehr imposantes Ergebnis haben. Im übrigen ist zu hoffen, daß wir im Verlaufe der Tauschaktion und bei zeitlichem Drusch ehebaldigst den Wienern größere Mengen von Lebensmitteln werden zukommen lassen können.

Hamburger Fremdenblatt 21. VI. 1918

12

Bekanntmachung
über
die Abgabe von Lebensmitteln.

I. Zuckerhaltige Aufstrichmittel.

§ 1.

Auf den Marmeladenabschnitt der Woche 59 dürfen 250 Gramm Kunsthonig bei denjenigen Kleinhändler, bei welchem der Verbraucher als Kunde in die Marmeladen-Kundenliste eingetragen ist, abgegeben und entnommen werden.

Die Kleinverkaufspreise für Kunsthonig betragen:

38 Pfg. für je 250 Gramm Reingewicht
73 Pfg. für je 500 Gramm Reingewicht
bei Abgabe in Paketen oder Dosen,
37 Pfg. für je 250 Gramm Reingewicht
73 Pfg. für je 500 Gramm Reingewicht
bei Abgabe in anderer Verpackung.

II. Süßstoff.

§ 2.

In der Woche vom 22. bis 28. Juni darf, soweit der Süßstoff in der Vorwoche noch nicht bezogen ist, gegen Vorlegung der für die Woche vom 15. bis 21. Juni 1918 gültigen Warenbezugskarte (Nr. 59) und Abtrennung des mit „Süßstoff" bezeichneten Abschnittes ein Briefchen Süßstoff (H-Packung) in den Apotheken, soweit vorrätig, abgegeben und entnommen werden.

III. Mühlenerzeugnisse.

§ 3.

Es werden abgegeben auf die allgemeine Warenbezugskarte und Warenbezugskarte für Kinder (Nr. 59) 100 Gramm Gerstenfabrikate, und zwar 50 Gramm auf Abschnitt 59a, je 25 Gramm auf die Abschnitte 59b und 59c.

In den Kriegsküchen sind für die Entnahme von 1 Liter Essen für 3 Tage oder ½ Liter für 6 Tage der Abschnitt 59b oder 59c, für die Entnahme von 1 Liter Essen für 6 Tage beide Abschnitte 59b und 59c außer den vorgeschriebenen Kartoffel- und Fleischkartenabschnitten abzugeben.

Es werden ferner abgegeben auf Abschnitt 59H der allgemeinen Warenbezugskarte und der Warenbezugskarte für Schiffer außer Fahrt und auf Abschnitt K der Warenbezugskarte für Binnenschiffer in Fahrt 120 Gramm Mühlenerzeugnisse, je nach Zuteilung an die Kleinhändler.

Auf jeden der beiden Abschnitte der Nährmittelzusatzkarte für Rüstungsarbeiter dürfen abgegeben werden

entweder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen täglich in der Woche,

oder je 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen an drei Tagen in der Woche — beides unter gleichzeitiger Abgabe der vorgeschriebenen Kartoffel- und Fleischkartenabschnitte —,

oder 25 Gramm Gerstenfabrikate in derjenigen Kleinverkaufsstelle, in der die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist.

Die Abgabepreise für Gerstenfabrikate betragen:

100 Gramm	8 Pfg.		600 Gramm	44 Pfg.	
200 „	14 „		700 „	51 „	
300 „	22 „		800 „	58 „	
400 „	29 „		900 „	65 „	
500 „	36 „		1000 „	72 „	

§ 4.

Auf den Abschnitt 59e der Kinderwarenbezugskarte dürfen in den bekanntgegebenen Kleinverkaufsstellen 250 Gramm Nährmittel (im allgemeinen in Packung) abgegeben und entnommen werden.

IV. Butter und Margarine.

§ 5.

Für die Woche vom 22. bis 28. Juni 1918 wird die Abgabe von 60 Gramm Eßbutter auf den Kopf der Bevölkerung zugelassen.

Der Preis beträgt:
für 60 Gramm Eßbutter **48** Pfg.

Margarine wird auf die allgemeinen Warenbezugskarten nicht abgegeben.

Die Kleinhändler dürfen die Eßbutter an die Verbraucher nur gegen Abtrennung und Ablieferung des Butter- und Streichfettabschnittes der für die Woche gültigen Bezugskarte abgeben. Die Kleinhändler haben diese beiden Abschnitte zusammenhängend abzutrennen und mit der Wochenaufgabe den Großhändlern einzuliefern.

§ 6.

Auf Bezugsscheine, Kontrollbücher und Zusatzkarten, die auf Margarine lauten, insbesondere auch auf die Karten der Rüstungsarbeiter, haben die Kleinhändler Margarine zu verabfolgen. Soweit die Kleinhändler dies aus den bei ihnen noch vorhandenen Vorräten von Margarine nicht können, haben sie die erforderliche Margarine von ihren Großhändlern abzufordern. Der Margarinepreis bleibt unverändert.

Auf die Binnenschifferkarten sind insgesamt 60 Gramm Eßbutter (dagegen keine Margarine) abzugeben.

V. Eier.

§ 7.

Auf den Eierabschnitt der Woche 59 der allgemeinen Warenbezugskarte und der Warenbezugskarte Nr. 59 für Kinder darf ein Ei abgegeben und entnommen werden.

VI. Verteilung der Restbestände an Morgentrank.

§ 8.

Soweit in den zugelassenen Kleinverkaufsstellen noch Morgentrank vorrätig ist, kann dieser auch in der Woche vom 22.—28. Juni d. J. an die Kinder vom 5. bis zum 14. Lebensjahre verteilt werden, und zwar an diejenigen, die noch im Besitze der mit „V" bezeichneten Abschnitte der Vollmilchkarten für Kinder vom 5. und 6. Lebensjahre oder der Magermilchvorzugskarten für Kinder vom 7. bis zum 14. Lebensjahre sind. Es kann aber nur an je 2 Kinder ½ Pfund Morgentrank gegen 2 mit „V" bezeichnete Abschnitte abgegeben werden.

§ 9.

Die Kleinhändler haben die vereinnahmten Abschnitte auf die vom Kriegsverforgungsamt zu beziehenden gummierten Vordrucke aufzukleben und unter Aufgabe der ihnen etwa verbliebenen Restbestände an Morgentrank bis zum 3. Juli d. J. dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt, Abteilung Teigwaren und Mühlenfabrikate, Großer Burstah 31, 2. Stock, einzureichen.

VII. Verteilung der Restbestände an Gemüsekonserven.

§ 10.

Soweit die auf Grund der Bekanntmachung vom 12. März 1918 in den Tagen vom 18.—22. März d. J. vorausbestellten Gemüsekonserven noch nicht abgeholt worden sind, dürfen diese noch bis zum 25. Juni d. J. gegen Ablieferung der von den betreffenden Kleinverkaufsstellen gekennzeichneten Abschnitte 2b der Bezugskarte für Sonderverteilungen abgegeben werden.

§ 11.

Die den Kleinhändlern danach verbleibenden Gemüsekonserven dürfen in der Zeit vom 26.—29. Juni 1918 an diejenigen abgegeben werden, die seinerzeit keine Gemüsekonserven bestellt haben und noch im Besitze der beiden Abschnitte 2a und b der Bezugskarte für Sonderverteilungen sind.

§ 12.

Die Kleinhändler haben bis Dienstag, den 2. Juli d. J., die von ihnen abgetrennten Abschnitte 2b beziehungsweise 2a und b der Bezugskarte für Sonderverteilungen, auf gummierte Vordrucke aufgeklebt, dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt, Abteilung Teigwaren und Mühlenfabrikate, Großer Burstah 31, 2. Stock, Zimmer 201, 202, einzureichen. Auf den Klebebogen ist der Name und die Adresse des Kleinhändlers sowie die Zahl der aufgeklebten Abschnitte anzugeben. Die Kleinhändler haben ferner gleichzeitig mit der Einreichung der Abschnitte der Abteilung Teigwaren und Mühlenfabrikate Aufgabe zu machen, welche Mengen Gemüsesorten, und zwar getrennt nach den einzelnen Sorten, sie übrig behalten haben.

VIII. Strafbestimmungen.

§ 13.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der außerhalb der für die Abgabe der Waren festgesetzten Zeit Waren abgibt oder entnimmt.

Hamburg, den 21. Juni 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Frankfurter Zeitung 21./VI.1918.

13

Prämien für Mehrablieferung!

Von Direktor Eisinger (Wiesbaden).

Die große Bedeutung einer richtigen Organisation der Erfassung und Verteilung unserer wichtigsten Nahrungsmittel rechtfertigt es, auch Anregungen zur Diskussion zu stellen, gegen die von vornherein der eine oder andere triftige Einwand sich erheben läßt. Das gilt auch für die nachstehenden Ausführungen einer Persönlichkeit, die in ihrer beruflichen Stellung in der Wiesbadener Landwirtschaftskammer enge Beziehungen zu den Kreisen der Landwirtschaft unterhält und daher wohl berechtigt ist, in diesen Fragen eine Meinung zu vertreten. D. Red.

Dr. G. Rawitscher steht mit seinem in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlichten Vorschlag zur Ernährungspolitik nicht allein. Wieweit uns Rußland, die Ukraine und Rumänien in diesem und im nächsten Jahre spürbare Zuschüsse liefern können, ist fraglich; es wäre daher nicht ratsam, das Ernährungssystem auf diese Zuschüsse aufzubauen. Die Erträge in der Landwirtschaft aber müssen infolge des Mangels an Gespannen, Arbeitskräften, vielfach nur notdürftiger Ackerbearbeitung und Pflege der Kulturpflanzen sowie infolge Mangels an natürlichem Dünger, namentlich an Stickstoffdünger, mit der längeren Kriegsdauer zurückgehen. Wenn auch in diesem Jahre die Aussichten der Winterfruchternte recht günstig sind, so darf doch nicht von dem üppigen Stand der Saaten nicht ohne weiteres auf eine reiche Körnerernte geschlossen werden, zumal angesichts des Mangels an geeignetem Dünger. Das macht sich namentlich in den großbäuerlichen und Großbetrieben bemerkbar, die bei verhältnismäßig geringem Viehbestand schon vor dem Kriege in stärkerem Maße auf die Verwendung von Kunstdünger angewiesen waren, und muß um so bedenklicher ins Gewicht fallen, je mehr diese Großbetriebe für die Getreideversorgung neben unseren mittelbäuerlichen und bäuerlichen Betrieben ins Gewicht fallen. Daneben bleibt zu beachten, daß die Kartoffelernte nicht mit Sicherheit ebenso gut ausfallen muß wie im letzten Jahre, da erfahrungsgemäß zwei ausgezeichnete Kartoffeljahre nicht unmittelbar aufeinanderzufolgen pflegen. Es ist wichtig, sich das vor Augen zu halten.

Ein anderes kommt hinzu. Der fortgesetzte Eingriff in unsere Viehbestände, der für die Versorgung des Feldheeres nicht zu umgehen ist, muß nicht nur zu einer weiteren Einschränkung des Fleischgenusses führen, er vermindert auch die Erzeugung von Fett und Milch. Diese Tatsache kann aber nicht beunruhigen, wenn die Gewißheit besteht, daß unser Bedarf an den Stoffen, die die Grundlage unserer Ernährung bilden: an Getreid und Kartoffeln, gesichert erscheint und deren restlose Erfassung gewährleistet ist. Die Ausführungen Batockis in der „Frankfurter Zeitung" vom 31. Mai sind hierfür grundlegend. Unser Rindviehbestand kann im Interesse der Sicherung unserer Ernährungsgrundlagen — er wird sich bei wiederkehrenden günstigen Verhältnissen bald wieder erholen — ohne Bedenken knapp gehalten werden. Das gilt in noch erhöhtem Maße von der Schweine- und von der Hühnerhaltung. Die Erfassung des Schlachtviehs und die eingeschlagene Preispolitik hat sich im großen ganzen bewährt.

Bei der Erzeugung und Erfassung des Getreides aber haben sich Mängel ergeben, die katastrophal werden können, wenn sie nicht rechtzeitig beseitigt werden. Das bisherige System belohnt den Bösen und bestraft den Guten. Es vermindert die Erzeugungsfreudigkeit und führt zur Verbitterung und zur Gleichgültigkeit gegenüber den staatlichen Verordnungen. Auch weiterhin muß der letzte Zentner Getreide herausgeholt werden, aber nicht mit Polizeigewalt, sondern unter Anwendung wirtschaftlicher Gesetze, die ohne diesen Zwang zu dem gewollten Erfolg führen. Bisher war es so, daß der tüchtige Landwirt, der seine zehn Zentner auf den Morgen erzeugte und ablieferte, gegenüber dem weniger tüchtigen, der nur sechs oder sieben Zentner auf den Morgen erntete und obendrein davon nur einen Teil ablieferte, während er den Rest auf dem Schleichhandelswege teurer absetzte, wirtschaftlich ins Hintertreffen kam. Je mehr der Schleichhandel zur Blüte gelangen konnte, um so verbitterter wurden die guten Elemente, um so größere Einbuße droht ihrer Berufsfreudigkeit mit allen schlimmen Folgen, die sich daraus ergeben müssen.

Allen diesen Uebelständen könnte man durch die Maßnahme begegnen, die schon Dr. Kaliski in den „Sozialistischen Monatsheften" und neuerdings u. a. Dr. Rawitscher vorgeschlagen haben. Folgende Maßnahmen dürften sich empfehlen: die auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre durch die Vorschätzung zu ermittelnde Erntemenge wird auf die Bundesstaaten, die Kreise und die einzelnen Gemeinden umgelegt. Die einzelnen Gemeinden wiederum legen durch ihre Wirtschaftsausschüsse oder durch besonders zu diesem Zwecke gebildete Kommissionen die von jeder Wirtschaft aufzubringende Mindestmenge auf die einzelnen Betriebe um. Der tüchtige Landwirt, der früher zehn Zentner abgeliefert hat, liefert diese Menge auch weiterhin. Dem Landwirt, der weniger rationell gewirtschaftet hat, oder der Landwirtsfrau, die infolge der Boden- und Wirtschaftsverhältnisse nur eine geringere Menge vom Morgen abliefern kann, wird die Aufbringung einer geringeren Menge, etwa fünf bis sechs Zentner pro Morgen abverlangt werden. Das Bestreben bei dieser Umlage müßte dahin gehen, den säumigen Landwirten eine Auflage zu machen, die nahe an die Grenze dessen geht, was sie leisten können, den Tüchtigen dagegen, der bisher schon seine Schuldigkeit getan hat, nicht überstark anzuspannen. Was der Landwirt hierüber hinaus verfügbar hat, muß gleichfalls abgeliefert werden; er erhält dafür aber einen wesentlich höheren Preis, so hoch, daß er einen starken Produktionsanreiz bietet, ohne gerade die phantastische Höhe der Schleichhandelspreise zu erreichen. Mit den zuerst abgelieferten Pflichtmengen wird die Allgemeinheit zu normalen Preisen versorgt. Auch die mit dem höheren Preise bezahlten Mengen müssen der Gesamtversorgung nutzbar gemacht werden durch Aufbesserung der Grundration und noch bessere Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter.

Der Verkauf von Erzeugnissen auf einem anderen als dem hier genannten Wege ist unter schwere Strafe zu stellen. Der Schleichhandel würde sich leicht unterdrücken lassen, da die Kriegsindustrie von Staatswegen ausreichend versorgt wird. Uebrig blieben nur noch die ganz reichen Privatleute, die auch wohl weiterhin versuchen würden, durch Zahlung noch höherer Preise sich Zusatzmengen zu verschaffen. Ihre Zahl würde aber verhältnismäßig gering sein. Der Verkäufer solcher Schleichhandelsware müßte mit Fug und Recht schwer bestraft werden, ebenso der Käufer. Einige abschreckende Bestrafungen würden ausreichen, diesen Schleichhandel auf ein volkswirtschaftlich bedeutungsloses Minimum herabzudrücken.

Die Landwirte selbst würden bei einer derartigen Regelung aufatmen, ihre Erzeugungsfreudigkeit würde neu erwachen. Sie würden die Pflichtmenge gerne aufbringen und bemüht bleiben, möglichst viel darüber hinaus zu erzeugen, ja auch von den ihnen selbst zustehenden Lebensmitteln noch etwas abzugeben, jedenfalls aber nicht das geringste in der Wirtschaft umkommen zu lassen. Polizei, Gendarmerie und Militär brauchten die Höfe nicht mehr aufzusuchen, auch die sonstigen Maßnahmen könnten wohl eine Vereinfachung erfahren.

Die Durchführung der Umlage selbst gibt ebenfalls keinen Anlaß zu irgend welcher Besorgnis, da die Landwirte den Auflagen, die ihnen von ihren eigenen Ausschüssen auferlegt werden, viel leichter nachkommen, als wenn sie durch polizeiliche oder andere behördliche Organe veranlaßt sind. Auch die Belastung des einzelnen würde auf die vorgeschlagene Weise gerechter werden, als sie es im anderen Falle jemals werden kann.

Neues Pester Journal
21. VII. 1918
14

Budapest für Wien.

Eine Aktion des Bürgermeisters Dr. Bódy.

Bürgermeister Dr. Theodor Bódy hat die Zehnerkommission für morgen nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, in welcher er um die Zustimmung zu einem an die Bevölkerung von Budapest zu richtenden Appell nachsuchen wird, in dem unter Hinweis auf die Not der Wiener Bürgerschaft gebeten werden soll, das Budapester Publikum möge in den Monaten Juni und Juli an je einem Tage auf die Einlösung der Mehlkarten zugunsten der Wiener verzichten.

Der Bürgermeister ist davon überzeugt, daß das Budapester Publikum gern dieses Opfer bringen wird, um die Lage der Wiener Bevölkerung zu verbessern. Das auf diese Weise freiwerdende Mehlquantum — im ganzen 50 Waggons — wird der Stadt Wien zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich erwartet Budapest, daß Wien sich durch Ueberlassung seiner überflüssigen Vorräte an Industrieartikeln, namentlich an Kleidern, Schuhen usw. erkenntlich zeigen wird. Ueber die Modalitäten der Abgabe der Karten aber des Mehls wird das Publikum mittels einer Kundmachung verständigt werden.

Von jenem Teil des Publikums, das sein ganzes Mehlquantum eingelöst hat, erwartet der Bürgermeister, daß es das auf zwei Tage entfallende Mehlquantum in natura zur Verfügung stellen wird. Dem Publikum wird das überlassene Mehlquantum aus der neuen Ernte später ersetzt.

Wiens Dank.

Wien, 20. Juni. Im Laufe der Beratung des Hauptvoranschlags brachte der Gemeinderat Rummelhard Ungarn für seine Bereitwilligkeit, Wien Nahrungsmittel, vor allem eine größere Menge von Frühkartoffeln, zu überlassen den Dank zum Ausdruck. Namentlich dankte er dem Bürgermeister von Budapest Dr. Bódy auf das herzlichste für die ritterliche Art der Zurückweisung, die den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Weigand bezüglich der Bitte des Wiener Bürgermeisters um Lebensmittel, zuteil ward. Insbesondere aber erfüllen uns, sagte er, die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er bei diesem Anlasse gesprochen hat, mit besonderer Freude. (Lebhafter Beifall.) Diese Worte werden ihm die Wiener nie vergessen, sondern sie werden dieselben in Dankbarkeit im Gedächtnis behalten. (Lebhafter Beifall.)

Neues Pester Journal
21./III. 1918

15 P 21

Ernährung und Versorgung.

Die Ernährungskrise in Oesterreich.

Deutschland gibt tausend Waggons. — Die Lebensmittelaushilfe Ungarns.

Als wahre Helfer in der Not haben sich Deutschland und Ungarn bei der Ernährungskrise Oesterreichs erwiesen. Ungeachtet der eigenen Knappheit an Körnerfrüchten hat Deutschland vorschußweise ein größeres Quantum Mehl Oesterreich zur Verfügung gestellt. Einige hundert Waggons sind bereits im Anrollen, im ganzen wird die Aushilfe Deutschlands sich auf tausend Waggons beziffern, von denen die Hälfte der Zivilbevölkerung, die andere Hälfte dem Militär zugewiesen wird. Auch seitens Ungarns wird alles unternommen, um Oesterreich zu Hilfe zu eilen. Außer Frühkartoffeln, viel Gemüse und Obst wird Oesterreich von dem Frühdrusche der neuen Ernte sofort Getreide erhalten.

Für die Zukunft muß gefordert werden, daß Oesterreich neue Wege in seiner Ernährungspolitik einschlage. Die eigenen Vorräte an Lebensmitteln sind restlos bei den Produzenten zu erfassen und gemeinsam mit den Zuschüssen aus Ungarn in gerechter, in gleicher Weise auf ein ganzes Wirtschaftsjahr zu verteilen. Die österreichische Regierung hat in der Zeit der größten Brotnot, vorgestern, eine Ernteverordnung erlassen, die wieder geeignet ist, das Getreide aus den Scheunen der Landwirte verschwinden zu lassen. Da wird nicht die Requirierung sämtlicher Vorräte von der Dreschmaschine weg wie in Ungarn angeordnet, sondern drei Ablieferungstermine für Getreide festgesetzt, die in die Frühdruschaufbringung, in die Aufbringung eines vorläufigen Kontingents und endlich in der Ueberprüfung und endgültigen Erfassung der Vorräte zerfallen. In diesen drei Zeitabschnitten der Ablieferung wird wieder viel Getreide in den Schleichhandel gelangen, da die endgültige Erfassung der Getreidevorräte erst Anfangs Oktober beginnt.

Die notleidende Bevölkerung Oesterreichs kann allgemeines Mitleid beanspruchen, aber das österreichische Ernährungsamt darf nicht aus diesen Gefühlen Kapital schlagen, um die Fehler seines Wirkens und seine verfehlte Approvisionierungspolitik gutzumachen.

Der Neue Abend
21./III. 1918

16 11

Der neue Präsident der „Geos"

Eine echt österreichische Ueberraschung.

Baron Engel, der gewesene Finanzminister, soll der künftige Präsident der „Geos" sein. Die Nachricht kommt aus einer so ernsten Quelle, daß an ihrer Richtigkeit kaum zu zweifeln ist, so unglaublich sie klingt. Fachleute sagen dem Baron Engel nach, daß er als Vorstand der Kreditsektion des Finanzministeriums und später als Finanzminister unsere Finanzen in Grund und Boden gewirtschaftet hat, weil er anscheinend grundsätzlich alle produktiven Ausgaben hintertrieb und eine merkwürdige Vorliebe für die Vermehrung von Beamtenstellen und die Bewilligung von neuen Beamtengehältern zeigte. An Stelle des jetzigen Präsidenten Professor Wettstein, tritt ein gewesener Finanzminister, der versagt hat. Einem Manne, der nicht einmal im Geldausgeben eine glückliche Hand hatte, wird die Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse und Marmelade übertragen. Herr Hummer verzeichnet in seinem Kampfe gegen die Zentralen wieder einen Erfolg. Er verfolgt als Ziel die Umwandlung der von privatwirtschaftlichen Interessen beherrschten Zentralen in einwandfrei geleitete Staatszentralen. Dabei kann er die Unterstützung des „Neuen Abend" und aller Gegner der Zentralenkorruption haben. Warum beginnt er aber bei der „Geos", bei der es wirklich keine Spur von privatwirtschaftlichem Einfluß gegeben hat? Die Öl- und Fettzentrale oder die Baumwollzentrale wären passendere Angriffsziele. Ob sich Herr Hummer entschließen wird, gegen diese zwei Mammuthgebilde loszugehen? Er wird sich doch nicht dadurch beirren lassen, daß die Brüder Schicht als gute Deutschnationale jederzeit für Spenden für deutsche Parteizwecke zu haben sind und Herr Kuffler, der Häuptling der Baumwollzentrale, sich mit dem Herrn Dr. Reichenauer angefreundet hat, der jetzt als der politische General der Schwerindustrie mit den Deutschradikalen Hand in Hand geht?

z.

Vossische Zeitung · 22/VI. 1918.

14

Ernährungsfragen im Ausschuß.

Die Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn.

Der Ernährungsausschuß des Reichstages trat am Freitag wieder zu einer Sitzung zusammen und nahm eine Reihe wichtiger Regierungserklärungen entgegen. Nach diesen Erklärungen ist in den Abmachungen des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn, die um Pfingsten 1918 getroffen worden sind, vereinbart worden, daß ausschließlich Deutschland diejenigen Lebensmittel, die nach dem Friedensvertrag die Ukraine an die Mittelmächte zu liefern hat, aufbringt. Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, an Oesterreich-Ungarn eine gewisse Menge Getreide vorweg aus Beständen der Ukraine und Beßarabiens zu liefern. Irgendeine Verpflichtung Deutschlands zur Versorgung Oesterreich-Ungarns aus deutschen Getreidebeständen ist niemals übernommen worden. Da sich Oesterreich in einer außerordentlich schwierigen Ernährungslage befindet, die bis zu der in wenigen Tagen dort einsetzenden neuen Ernte andauern wird, so sind wir um Hilfe gebeten worden. Es haben darüber eingehende Verhandlungen stattgefunden.

Was die Lage bei uns anlangt, so muß die Wintergerste außer dem Saatgut restlos zur Brotgetreideversorgung herangezogen werden. Ob ein Teil der Sommergerste zur Versorgung der Landwirtschaft freigegeben werden kann, hängt vom Ernteausfall und von der Ablieferung der Wintergerste ab. Bei vollstem Verständnis für die außerordentlich schwere Lage der Landwirtschaft hinsichtlich der Versorgung des Zugviehs mit Futtermitteln, gestattet leider die Lage unserer Versorgung nicht, wie in früheren Jahren einen gewissen Prozentsatz von Gerste von vornherein dem Landwirt freizugeben. Unrichtig ist die Behauptung, daß die Erfassung der Gerste durch die Reichsgetreidestelle schlechter sei als die Erfassung durch die frühere Reichsgerstengesellschaft. Die gesamte Gerstenernte des letzten Jahres ist um ein Drittel geringer gewesen als in früheren Jahren. Trotzdem ist fast dieselbe Menge 1917 erfaßt worden wie 1916. Davon sind für die Herstellung von Graupen 300 000 Tonnen, für Futterzwecke 200 000 To., für Brotstreckung rund 150 000 To., für die Versorgung der Brauereien 122 000 To., für die Herstellung von Kaffee-Ersatzmitteln 70 000 To, für Preßhefe 40 000 To., für die Herstellung von Spiritus ebenfalls 40 000 Tonnen und schließlich für Malz 3000 To. verwendet worden. Richtig ist, daß die bayerischen Brauereien verhältnismäßig höher beliefert worden sind als die norddeutschen Brauereien. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Brauereien in Bayern fast die einzige große Industrie sind. Wegen der starken Anforderungen militärischer Stellen und der Massenspeisungen, sowie infolge des starken Abganges im Schleichhandel bleibt leider für die gesetzliche Zuteilung an die Bevölkerung nur wenig übrig.

Schließlich beschäftigte sich der Ausschuß noch mit der Kartoffelversorgung. An der Hand eingehender Ziffern wurde der Versorgungsplan der Reichskartoffelstelle auseinandergesetzt und ein Ueberblick gegeben über die Erfahrungen und Anweisungen der Reichskartoffelstelle hinsichtlich der Behandlung der Ernte bei Transport und Lagerung. Durch die Frostnächte im Juni sei nur eine Verzögerung in der Frühkartoffelernte hervorgerufen worden, keine Vernichtung der Ernte.

Neues Pester Journal
22. III. 1918

18

Ernährung und Versorgung.

Die Ernährungskrise in Oesterreich

Die Ernährungsfrage und der Frieden.

Aeußerungen des Ministers des Aeußern Grafen Burián.

Oesterreich-Ungarn zum Frieden bereit.

Die Entente als Kriegsverlängerer.

Wien, 21. Juni. In Ausführung der Beschlüsse des Wiener Arbeiterrates vom 18. d. hat sich heute eine Deputation der Arbeiterführer beim Minister des Aeußern eingefunden. Unter Schilderung der gegenwärtigen Lage der Arbeiterschaft und ihrer Stimmung haben sie die dringende Notwendigkeit betont, eine rasche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse herbeizuführen. Anschließend hieran haben sie das Programm der Arbeiterschaft in der Friedensfrage dahin zusammengefaßt, daß dieses auf die baldigste Erreichung des allgemeinen Verständigungsfriedens hinauslaufe.

Hierauf führte Graf Burián in Beantwortung der an ihn gerichteten Frage, was er hierauf mitzuteilen in der Lage sei, aus: Er sei sich der großen Bedeutung der Ernährungsfrage bewußt. Er sei daher stets bemüht, die Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche über die gegenseitige Lebensmittelfrage tatkräftig zu fördern.

Was die Frage des Friedens anbelangt, so habe unsere Politik keine Veränderung erfahren. Nach wie vor sei der Krieg, den wir führen, ausschließlich ein Verteidigungskrieg. Es liege uns ganz fern, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder imperialistische Ziele zu erreichen. Wenn sich bei unseren Gegnern Geneigtheit zu Verhandlungen zeigen sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Besprechungen einzutreten und einen für beide Teile annehmbaren ehrenvollen Frieden zu schließen. So lange aber unsere Gegner, wie dies gegenwärtig der Fall ist, noch keine Bereitwilligkeit zeigen, auf ernste Besprechungen einzugehen, seien wir gezwungen, uns zu verteidigen und alles zu vermeiden, was unsere Feinde als Zeichen der Schwäche auslegen würden und was sie daher nur zur Verlängerung des Krieges ermutigen müßte.

Budapester Mehl für Wien.

25 Waggon im Abrollen.

Die Zehner-Kommission der Hauptstadt Budapest hielt heute die von uns bereits angekündigte Sitzung, in welcher der Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Theodor Bódy verhandelt wurde, der notleidenden Wiener Bevölkerung in der Weise zu helfen, daß die Opferwilligkeit der Budapester Bevölkerung angerufen werden soll. Die Kommission hat — in vollem Verständnis der schweren Situation, in welcher sich die Wiener Bevölkerung befindet — einhellig den Vorschlag des Bürgermeisters angenommen. Der Bürgermeister wendet sich nun mit dem Aufruf an die Budapester Bevölkerung, sie möge in den Monaten Juni und Juli je einen Tag auf ihre Mehlration verzichten, beziehungsweise einen Tag die Mehlkarten nicht einlösen. Damit wird es ermöglicht, daß Budapest an Wien 50 Waggon Mehl abgebe. Nachdem jedoch auf Grund des bereits gestern erschienenen Aufrufs des Bürgermeisters die Anmeldungen, in welchen das Publikum bereitwillig auf das Mehl verzichtet, zu Hunderten einlangen, kann als sicher angenommen werden, daß die 50 Waggon Mehl aufgebracht werden. Der Bürgermeister hat demgemäß verfügt, daß schon morgen 25 Waggon Mehl nach Wien dirigiert werden. Das Telegramm des Bürgermeisters Dr. Bódy an den Wiener Bürgermeister, in dem er ihm hievon Mitteilung macht, hat folgenden Wortlaut: „Bezugnehmend auf mein Telegramm vom 8. Juni kann ich Ew. Exzellenz mit Freude mitteilen, daß die brüderliche Teilnahme unserer Bevölkerung es ermöglichte, die schwere Ernährungslage der Stadt Wien, wenn auch nur in bescheidenem Maße, zu erleichtern. Unsere Bevölkerung hat sich auf meine Aufforderung hin sofort bereit erklärt, in den Monaten Juni und Juli auf je eine Tagesration Mehl zugunsten der Stadt Wien zu verzichten. Dank dieser Bereitwilligkeit sind wir in der angenehmen Lage, fünfzig Waggon Mehl der Schwesterstadt zur Verfügung zu stellen, bezüglich deren raschester Zusendung ich die nötigen Verfügungen getroffen habe. Ich möchte hoffen, daß die Stadt Wien dies mit Hilfe unserer Bevölkerung zur Verfügung gestellte Quantum Mehl mit ebenso herzlichen Gefühlen entgegennehmen wird, als wir es angeboten haben. Bódy, Bürgermeister."

Große Aushilfen Ungarns für Oesterreich.

Eine Landesaktion zur Lebensmittelsammlung. — Bedeutende Lieferungen im Rollen. — Ernährung und Politik.

Wie wir von maßgebender Seite erfahren, sind Besprechungen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung über die seitens Ungarns an Wien und die notleidenden Gegenden Oesterreichs zu gewährenden Lebensmittelzuweisungen bereits zur Feststellung eines großzügigen Programms gelangt, mit dessen Durchführung der Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz den Staatssekretär Dr. Franz Nagy betraute. Die erste Etappe dieser Aktion ist die eingangs erwähnte Hilfsaktion der Hauptstadt Budapest, deren Bevölkerung je eine Tagesration an Mehl und Brot in den Monaten Juni und Juli der Wiener Bevölkerung überläßt, woraus allein 50 Waggon Mehl resultieren. Gleichzeitig ergeht eine Aufforderung an alle Bürgermeister und Obergespäne der Provizmunizipien um eine ähnliche Unterstützung für Wien und die notleidende Bevölkerung. Weiter wird, sobald die gegenwärtige Arbeiterbewegung zur Ruhe gelangt ist, an alle jene Industrie-Etablissements und Fabriken, die für die Versorgung ihrer Arbeiter eine eigene Organisation besitzen, das Ersuchen ergehen, daß aus den Vorräten der ungarischen Arbeiterschaft für die österreichische Arbeiterschaft in entgegenkommender Weise ein gewährbares Quantum überlassen werden soll. Bis aber all diese Aktionen durchgeführt werden können, hat die Regierung in ihrem eigenen Wirkungskreise bereits Sendungen von Lebensmitteln in großer Quantität ins Rollen gebracht. Es sind bereits unterwegs Zufuhren von Kartoffeln, Gemüse, Selchwaren, Rollgerste, Teigwaren und Kartoffelprodukte. Sobald die neue Ernte eingeheimst wird, werden unter Berücksichtigung der heimischen Verhältnisse entsprechende Mengen zur Milderung der österreichischen Bedrängnisse abgehen. In ungarischen Regierungskreisen hofft man, daß das Entgegenkommen, welches der ungarische Staat, augenblicklich die Bevölkerung Budapests, zeigt, in Oesterreich zur Beseitigung etwa bestehender Verstimmungen führen wird. Die Vorgänge, die sich gestern im Wiener Gemeinderat abgespielt haben, haben hier bereits den besten Eindruck gemacht.

Westungarischer Grenzbote
22. Juni 1918

19

Wien in Not.

(Wiener Brief.)

—, 19. Juni 1918.

Die Zweimillionenstadt Wien wird vom Hunger geschüttelt. Seit langem sahen wir das kommen, wir haben auch an dieser Stelle warnend darauf hingewiesen. Man hat diese große Gefahr aber nicht mit jenem Ernst behandelt, der am Platze war und nirgends ist die Spur einer ministeriellen Fürsorge fühlbar gewesen für den äußersten Fall. Man wußte schon lange, daß das Hinterland nichts zu essen hat. Oder doch die Hauptstädte. Und das ist immer das Gefährlichste gewesen, eine unzufriedene Hauptstadt hinter der Armee zu wissen.

Vor Wochen wurde an dieser Stelle hingewiesen auf die steigende Not in Wien. Es wurde ziffermäßig festgestellt, daß in Siebenbürgen sechzehnmal mehr Mehl pro Kopf und Woche ausgegeben*) als in Wien versprochen, aber nie gehalten wurde. Und jetzt hat man ganz plötzlich, ohne vorherige Verständigung, die Brotration neuerlich auf die Hälfte herabgesetzt. Das ist der Hunger. Es lebt niemand, der sich aus dem, was die Behörden ihm zuweisen, ernähren könnte. Seit Wochen und Monaten wissen dies die Hyänen des Handels, die Wucherer mit Lebensmitteln und sie haben in der offenkundigsten und schamlosesten Weise gewütet in unseren Reihen. Bis zu 25 und 30 Kronen haben wir für brauchbares Weißmehl zahlen müssen und selbst für verfälschtes, nur zum Einbrennen brauchbares Schwarzmehl wurden 16 und 18 Kronen gefordert. Unerschöpflich waren die Vorräte, die in das zahlungsfähige Publikum hineingeschmuggelt wurden, wer 50 Kilo suchte, bekam tausend angeboten. Wo lagerten diese Vorräte? Sind die Behörden blind? Nein, sie sind nicht blind, aber zu viele Funktionäre haben Butter auf dem Kopf, jeder hat selber gehamstert, so viel er konnte. Und so haben alle „besseren" Kreise sich vorgesehen, sie sind über die schwierigste Zeit mit Mehl versorgt, sie können die Ernte abwarten.

Aber das Volk hungert. Wer sich auf die Fürsorge der Verwaltung verließ, wer kein Geld zur Verfügung oder keine „Beziehungen" hatte zum Schleichhandel, der steht heute vor dem Nichts. So bodenlos leichtfertig, wie man mit den Fleischvorräten durch all die Jahre verfuhr, bis das letzte Rind geschlachtet war, so verfuhr man auch mit dem Brotgetreide und dem Mehl. Man stellte unser Dasein auf Hoffnungen aus der Ukraine und aus Rumänien und ließ die Wirtschaft weiter laufen, ließ sich aber von unseren heimatlichen Bolschewikis einschüchtern und marschierte nicht ein, als es Zeit dazu war. Erst Wochen später, nachdem die Deutschen ihren Einmarsch in die Ukraine längst vollzogen hatten, bekamen auch wir den Mut dazu. Mittlerweile hatte sich manches geändert, die Stimmung war umgeschlagen, die Vorräte waren verborgen, das provisorische Ministerium gestürzt. Und auch wir wechselten den Minister des Aeußern in einer Zeit, da die Schwierigkeiten sich häuften. Soll der Brotfriede, den Graf Czernin uns gebracht, jetzt in einen Hungerfrieden umschlagen?

Wien hungert. Die oberen Zehntausend oder Hunderttausend haben sich durch einen beispiellos unverschämten Schleichhandel, der nur aus Ungarn ernährt worden sein kann und noch heute ernährt wird, versorgt bis zur neuen Ernte, das Volk aber ist in Not. Die telegraphische Korrespondenz, die der von der Not überrumpelte Bürgermeister von Wien mit der Außenwelt über mögliche Hilfeleistungen angeknüpft hat, macht einen trostlosen Eindruck, denn von nirgends kommt eine befriedigende Antwort, nirgends sind Vorräte, die mit uns geteilt werden könnten, vorhanden. Wir waren vor dem Krieg ein Ausfuhrland und betteln jetzt bei denen, die wir einst versorgten. Warum das? Sie haben sich vorgesehen, sie haben der Kriegslage gemäß gelebt, als es noch Zeit war, zu sparen. Was sie brauchen, besitzen zur Not, wir aber sind fertig geworden mit allem. Kein Mensch hat sich in Oesterreich darum bekümmert, ob einer zehn Fleischspeisen im Tage aß. Erst als alle Kälber geschlachtet und auch die Kühe mitsamt den Kälbern im Mutterleib verrissen waren, bremste man. Man setzte den privaten Haushalt plötzlich auf 20 Deka Fleisch pro Kopf und Woche. Aber die Gasthäuser noch immer nicht! Ich kann noch heute, wenn ich's vertrage, zehnmal Fleisch essen im Tag, ich brauche nur das Gasthaus zweimal zu wechseln.

Kopflos, ohne jegliche Voraussicht, ist da gewirtschaftet worden, bis es nicht mehr weiter ging. Es ist ja wahr, die lange Dauer des Krieges konnte niemand voraussehen, aber wir hätten an den Maßnahmen des Deutschen Reiches mehr lernen können und uns beizeiten enger an sein Vorbild anschließen müssen. Jetzt ist die Kuh aus dem Stall und das Getreide verbraucht, die Zufuhren aber, von denen wir schon lange leben, versagen. Auch die beschämenden Gänge nach Deutschland sind bis zur Stunde ohne Ergebnis. Die neue Ernte aber läßt sich nicht beschleunigen, es stehen uns mindestens sechs Hungerwochen bevor.

Wie wir dies vertragen werden, das ist die Frage. Unreife Burschen haben mit Krawallen begonnen, haben das letzte Verkehrsmittel, das es noch gibt, die Straßenbahn angegriffen und stellenweise zum Stillstand gebracht. Die Führer der Arbeiter tragen auch bei zur Verschärfung, denn ihre Sympathien sind bei Trotzki-Braunstein und Lenin und sie verschärfen die Lage durch Lohnforderungen, da sie kein Brot herbeischaffen können. Und sie vergiften unser gutes Verhältnis zum Deutschen Reich durch Ausfälle und Verdächtigungen, sie fordern von dort Hilfe und verwirren die Lage, indem sie mit der Linken zur Ruhe mahnen und mit der Rechten zu höheren Lohnforderungen und Arbeitskürzungen aufpeitschen.

Der Mangel an Voraussicht in unseren Regierungskreisen ist wahrlich rührend. Die Lage ist ernster als mancher wird glauben wollen.

---

*) Die Mehlquote wurde jetzt auch in Siebenbürgen wesentlich herabgesetzt. Die erhöhten Rationen erhielten übrigens nur paar Gemeinden, deren ganzes bewegliche und unbewegliche Gut (Viehbestand) im Kriege vernichtet wurde. — Die Red.)

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 22. VII. 1918

20

Ernährungsminister Paul und Bürgermeister Weiskirchner über die Hilfsaktion Ungarns.

Die „Ungarische Rundschau" meldet aus Budapest: „Az Ujsag", welches Blatt bekanntlich eine Aktion zur Versorgung Wiens aus privaten Beihilfen Ungarns eingeleitet hat, veröffentlicht heute Aeußerungen, die der österreichische Ernährungsminister Dr. Paul und Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Wiener Redakteur des genannten Blattes gegenüber über diese Hilfsaktion getan haben.

Ernährungsminister Paul sagte: „Ich brauche kaum zu betonen, mit welcher dankbaren Genugtuung gerade das österreichische Ernährungsamt die Aktion des „Az Ujsag" zur Versorgung Wiens aus privaten Beihilfen Ungarns begrüßt. Diese freiwillige Hilfsbereitschaft berührt in einer Zeit, in der so vielfach mit Requisitionen gearbeitet werden muß, doppelt wohltuend.

Es ist ja nur ein verhältnismäßig kurzer Zeitraum, der uns von der neuen Ernte trennt. Ich hege alle Hoffnung, daß es uns die Verhandlungen, die wir mit der ungarischen Regierung gegenwärtig führen, ermöglichen werden, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die private Beihilfe aus Ungarn wird es unsrer Bevölkerung erleichtern, die schwere Not der Zeit zu tragen, und die rasche Entschlossenheit, mit der „Az Ujsag" und die Hauptstadt Budapest ihre Aktion eingeleitet haben, wird dem alten wahren Worte Bis dat, qui cito dat gerecht."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner äußerte sich wie folgt: „Der Widerhall, den unser Ruf nach Hilfe in den Herzen des ungarischen Volkes gefunden hat, erfüllt uns mit aufrichtiger Dankbarkeit. Ich brauche nicht zu betonen, welchen großen Wert bei dem gegenwärtigen traurigen Stand der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln jede Hilfe für uns besitzt. Darüber hinaus aber ist es mir ein tröstendes Bewußtsein, daß jenseits der ungarischen Grenze ein seit jeher durch Großherzigkeit ausgezeichnetes Volk unsre Not mit uns empfindet. Darum hat die Aktion, die die Hauptstadt Budapest und „Az Ujsag" eingeleitet haben, für uns eine ganz besondere Bedeutung. Wir werden Ungarn die Hilfsbereitschaft, die es in diesen schweren Zeiten an den Tag legt, nie vergessen. Ich bitte Sie, dem ungarischen Volk und der Bevölkerung der Hauptstadt Budapest zu sagen, wie herzlich die Wiener Bevölkerung für diesen Beweis tätiger und entschlossener Anteilnahme dankt. Ich behalte mir vor, Budapest meinen Dank beim Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz, dem Staatssekretär Nagy und dem Bürgermeister Dr. Body persönlich abzustatten und die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Schwesterstädten zu vertiefen und auszugestalten."

Neues Wiener Tagblatt
23./VI. 1918

21

* (Der zweite Bericht des Kriegshilfsbureaus.) Das offizielle Kriegshilfsbureau hat soeben den zweiten Bericht über seine Tätigkeit erscheinen lassen. Die vorliegenden Blätter beziehen sich auf den Zeitpunkt vom 1. Februar bis 31. Dezember 1917, in welchem das Bureau noch dem Ministerium des Innern unterstand. Mit der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge wurde es dann diesem angegliedert; aber man wird rückschauend heute anerkennen dürfen, daß es von Anbeginn durch die Art seiner Führung seine innere Zuständigkeit zu einem Ministerium dieses Charakters bewies. Es sollte in seinem ursprünglich doch beschränkten Aufgabenkreise für den Kriegshilfsfonds sorgen, und zugleich wie eine Schutzstelle für die Organisationen der freiwilligen Fürsorge für die Familien der Eingerückten sein. Der einen wie der andern Aufgabe ließ sich nach alten bureaukratischen Mustern nachkommen; und doppelt muß man es darum dem Bureau anrechnen, daß es statt dessen hellsichtig die tiefe soziale Bedeutung seiner Mission erkannte, und ohne mitgegebene Erlässe und Vorschriften sich selbst den Pflichtenkreis umschrieb. So wurde es zu einer Stelle, die vermittelnd, belebend und anfeuernd nirgends fehlte, wo es den Organisationen kräftig beizuspringen galt. Der vorliegende Bericht läßt ermessen, was das Bureau in diesem Sinne gewirkt hat. Prinz Eduard Liechtenstein ist vor kurzem aus dem Staatsdienste geschieden und hat das Präsidium der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte übernommen; und man darf es bei dieser Gelegenheit aussprechen, daß seine Tätigkeit im Kriegshilfsbureau unvergessen bleiben wird. Eine ganze große Zahl von Fürsorgeaktionen — man denke an jene für die Flüchtlinge, für die Wiener Kinder aufs Land, für die von der Erzherzogin Isabella ins Leben gerufenen Kriegsküchen, für die verlassenen Kinder Galiziens — hatten ihm die regste Förderung, andre nicht minder wichtige und weittragende sogar unmittelbar ihre Entstehung zu verdanken. Das bedeutsamste soziale Werk aber, das unter ihm vom Kriegshilfsbureau seinen Ausgang nahm, ist wohl die Errichtung eines staatlichen Jugendamtes. Seit dem Mai 1916, als zum erstenmal sichtbar zu werden begann, daß man es bei den sich häufenden Fällen von Verwahrlosung der Jugend mit einer Massenerscheinung zu tun habe, rief er unausgesetzt nach der Schaffung eines solchen Amtes.

Tägliche Rundschau 23./IV.1918.

22

Der Deutsche Städtetag zur Lebensmittelversorgung.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hat in der gestrigen Sitzung nach Erörterung einer Reihe wichtiger Einzelfragen aus dem Gebiet der Lebensmittelversorgung einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Da neuerdings wieder in umfassender Weise der Gedanke einer grundsätzlichen Aenderung unserer Volksernährungswirtschaft erörtert worden ist, so muß die für die städtische Bevölkerung selbstverständliche Forderung mit Nachdruck wiederholt werden, daß, so lange die Verknappung der Lebens- und Futtermittel andauert, die öffentliche Bewirtschaftung für die hauptsächlichsten Lebensmittel bestehen bleibt. Begründet sind indessen nach wie vor sehr wesentliche Ausstellungen gegen die Art dieser öffentlichen Bewirtschaftung im einzelnen. Auf der einen Seite fehlt es vielfach noch an der durchgreifenden Erfassung und ausgleichenden Verteilung, sowohl in den Vorschriften, wie in der Handhabung. Die Tatsache, daß die neue Reichsgetreideordnung Fortschritte bringt, die schon in früheren Jahren möglich gewesen wären, aber bisher immer als unmöglich bezeichnet worden sind, sollte bei den übrigen Lebensmitteln ein Ansporn zu kräftigem Voranschreiten sein. Auf der anderen Seite wird die Verteilung der Waren durch die viel zu zahlreichen Zwischenstellen mit immer neuen Vorschriften und Bedingungen belastet und wird verteuert zum Schaden der Verbraucher, des Kleinhandels, dem oft die erforderlichen Zuschläge nicht mehr bewilligt werden können, und der Städte, die trotz aller ihrer Finanzbedrängnis vielfach dem Zwang zur Hergabe von Zuschüssen ausgesetzt werden, während in einzelnen Zwischenstellen, so bei den Viehhandelsverbänden, gewaltige Kapitalien anwachsen. Die Beengungen und Belästigungen, die sich aus der Zwangswirtschaft für das ganze Volk ergeben, darunter besonders auch für die landwirtschaftlichen Erzeuger, können nur dann gerechtfertigt werden, wenn die Waren auf billigstem und einfachstem Wege an den Verbraucher gelangen. Dieser beste Weg besteht immer noch im Festhalten an der alten, viel zu oft von Einzelanordnungen und Gelegenheitsvorschriften durchbrochenen Formel, daß es Aufgabe der Reichs- und Staatsstellen ist, die Waren zuverlässig, in einer für den etwa vorgeschriebenen Kopfanteil wirklich ausreichenden Menge, in guter Beschaffenheit und möglichst gradlinig den Städten „oberverteilungsmäßig" zuzuführen, daß den Städten aber die Freiheit der „Unterverteilung" an die Verbraucher im einzelnen nicht beschränkt wird.

Die sich dann anschließende umfassende Erörterung über die Kohlenfrage führte zu ebenfalls einstimmiger Annahme von Leitsätzen, bei denen das Verlangen im Vordergrund steht, daß die Reichsregierung es sich angelegen sein lassen müsse, mit der größten Energie und Schnelligkeit den Wintervorrat des Hausbrandes den Gemeinden zuzuführen.

Tägliche Rundschau 23./XI. 1918.

23

Der Ernährungsausschuß des Reichstags

befaßte sich am Sonnabend zunächst mit der Getreidenotlage in Oesterreich und ihrer Abhilfe. Hierzu führte Unterstaatssekretär Dr. Müller aus: Oesterreich-Ungarn hat zur Aushilfe in seiner gegenwärtigen außerordentlichen Notlage Nahrungsmittel aus Beständen für die Zivilversorgung vom Kriegsernährungsamt nicht erhalten. Dagegen hat die oberste Heeresleitung im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt lediglich aus ihren Beständen eine verhältnismäßig geringe Menge Getreide geliefert. Diese Menge muß der obersten Heeresleitung von Oesterreich zurückgeliefert werden, so daß also eine Inanspruchnahme der für die Zivilbevölkerung bestimmten Menge an Brotgetreide oder sonstigen Lebensmitteln aus der laufenden Ernte in keiner Weise in Frage kommt. Diese Erstattung aus der österreichischen Ernte wird voraussichtlich bald erfolgen können, weil ja die Ernte dort in einigen Tagen einsetzt. Die Verkürzung unserer Brotration hat mit den österreichischen Ernährungsschwierigkeiten nichts zu tun.

Sodann wurde die Fleischversorgung erörtert.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Eine Vermehrung der Fleischration im gegenwärtigen Augenblick ist leider nicht möglich, weil durch die vermehrte Abschlachtung des Rindviehs, aus dem bei dem Schweinemangel allein die Fleischversorgung erfolgt, unsere ganze Milchwirtschaft und Fettversorgung, die sich in einer äußerst gespannten Lage befindet, versagen müßte. Andererseits soll eine Verkürzung der Fleischration bis zur Versorgung aus der neuen Ernte vermieden werden. Darüber, ob nach dem Beginn der neuen Ernte und der dann wieder gegebenen vollen Brotration und reichlicheren Belieferung mit Kartoffeln, Gemüse und anderen Lebensmitteln vorübergehend die Fleischration entweder gekürzt werden oder aber fleischlose Wochen für einzelne Teile oder die gesamte Bevölkerung eingeführt werden sollen, schweben zurzeit Beratungen. Zunächst muß das Ergebnis der letzten Zwischenviehzählung vom 1. Juni abgewartet werden. Bindende Beschlüsse liegen also zurzeit noch nicht vor. Die vermehrte Schweineabschlachtung im Winter war nötig, weil sonst die Brotversorgung unmöglich war. Zurzeit geschieht alles, um die Schweinezucht zu fördern, z. B. durch den Abschluß von Mastverträgen. Die Frage des Abschlusses von Lieferungsverträgen über Auslandsfleisch gehört in das Ressort des Reichswirtschaftsamtes. Dem Kriegsernährungsamt liegt lediglich die Erfassung und Verteilung dieses eingeführten Fleisches ob. Im Reichswirtschaftsamt werden diese Fragen zurzeit erwogen. — Ein Vertreter der Reichsfleischstelle gab eingehende Auskunft über das System der Fleischumlagen auf die einzelnen Bundesstaaten, erörterte die Grundsätze über die Heranziehung der einzelnen Gebiete und begründete, weshalb die Verteilung nach Kopfzahl für die Allgemeinheit gerechter wirkt als eine Verteilung nach dem Gewicht der Tiere.

Fremdenblatt
23/VI. 1918

25

Ueberwachung der großen Speisebetriebe.

Gegen die Verschwendung in Luxusgasthöfen.

Amtlich wird verlautbart: Obgleich der überwiegende Teil der Bevölkerung großen Entbehrungen ausgesetzt ist, kann bedauerlicherweise noch immer die Wahrnehmung gemacht werden, daß in Vergnügungsetablissements, in großen Restaurants und Hotels unter völliger Außerachtlassung der die Abgabe von Speisen und Getränken in Gast- und Schankgewerbebetrieben beschränkenden behördlichen Vorschriften eine reichliche Verköstigung geboten wird. Die wichtigsten Verordnungen dieser Art, durch welche die Verabreichung von Fleischspeisen, von Eiern, Milch, Kaffee und Zucker, die Verwendung von Fett beschränkt, die bei einer Mahlzeit zulässige Speisenabgabe geregelt, die Kartenabgabe bei der Verabreichung von Mehlspeisen vorgeschrieben ist usw., werden heute in zahlreichen Gast- und Schankgewerbebetrieben schrankenlos und offenkundig übertreten. Angesichts dieser Verhältnisse hat nun das Amt für Volksernährung der Statthalterei in Wien sowie den anderen Landesbehörden den Auftrag erteilt, gegen diesen ein öffentliches Aergernis bildenden Unfug mit größter Energie aufzutreten und die strikte Einhaltung der gesetzlichen Beschränkungsvorschriften nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln zu erzwingen. Zu diesem Behufe wird durch das Kriegswucheramt und unter Heranziehung aller verfügbaren Ernährungsaufsichtsorgane eine strenge Ueberwachung der betreffenden Betriebe, vor allem der großen Luxusetablissements, eingerichtet und in Betretungsfällen nicht nur mit der Bestrafung nach dem höchstzulässigen Strafausmaße, sondern unnachsichtlich auch mit der Entziehung der Gewerbeberechtigung, eventuell mit der polizeilichen Sperrung vorgegangen werden.

Frisches Obst darf nicht verabreicht werden.

Durch die Abgabe von Obst in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften zu exorbitant hohen Preisen werden beträchtliche Mengen dieses wichtigen Volksnahrungsmittels dem Genusse durch die minderbemittelte Bevölkerung entzogen. Mit einer heute im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" zur Verlautbarung gelangenden Verordnung des Amtes für Volksernährung wurde die Verabreichung von frischem Obst in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Anstalten aller Art, in denen Personen außerhalb ihres Haushaltes Speisen verabreicht werden, bis auf weiteres verboten. Dieses Verbot, das am 26. Juni 1918 in Kraft tritt, bezieht sich nicht auf Humanitäts- und Heilanstalten, Klöster, Lehr- und Erziehungsinstitute, Gefangenhäuser und Strafanstalten, Asyle und Flüchtlingslager, ferner nicht auf Arbeiterkantinen und nicht auf die Abgabe an Reisende und Eisenbahn(Schiffs-)angestellte in Bahnwirtschaften und auf Dampfschiffen.

Fremdenblatt 23./IV. 1918

Das geschlossene Tor.

Ein Kriegskapitel über die Gastlichkeit.

Wenn die eine oder die andre Stadt ihre sonst so gastlichen Pforten, wie wir es seit dem vergangenen Sommer an zahlreichen Fällen erlebt haben, dem Fremdenverkehr verschließt und mit sichtlich verärgerter Bosheit sich jeden Besuch als unerwünscht verbittet, wenn man förmlich die Haustüren vor den Nasen des trotzdem waghalsig eingedrungenen Fremden ins Schloß krachen hört, dann nickt alles in logischer Begeisterung mit dem Kopf und denkt: „Ja, ja, das macht der Krieg, der Lebensmittelmangel."

Mit Verlaub, die Sache hat auch ein andres Gesicht, und es ist gar nicht nötig, daß sich an Stelle der vernünftigen Ueberlegung eine Art Surrogat des Denkens, Kriegslogik genannt, einnistet. Diese besteht vor allem darin, daß jede leidenschaftliche Manifestation als Recht angesehen, jede erhitzte Aeußerung in Bausch und Bogen als vollberechtigte, selbstverständlich auch vollbegründete Meinung übernommen wird. Wenn Salzburg oder Taufers in Tirol die Fremden hinauswerfen, indem sie überall den drohenden Hunger plakatieren, dann muß es der kleinste Knirps im ganzen Reich glauben, daß die Salzburger nichts mehr zu essen haben, und glaubt es auch. Denn wegen der Drohung reist er nicht mehr nach Salzburg. Und da er selbst nicht mehr sehen kann, wie schlecht es den Salzburgern geht, stellt er nicht fest, ob sie zu essen haben oder nicht, und weil er es nicht sieht, glaubt er, daß dort wirklich alles zu Ende sei. Wir wollen den Salzburgern natürlich keinen schlechten Willen vorwerfen, sondern annehmen, daß sie, im vorigen Jahre wenigstens, als sie der ganzen Welt die Tür vor der Nase zuschlugen, im guten Glauben gehandelt haben. Sie und die vielen andern Ortsgemeinden, die ihnen in der Austreibung der Fremden folgten. Aber daß sie es damals mehr aus Aerger als aus Ueberlegung und Rechtlichkeitsgefühl taten, werden sie uns heute doch auch zugeben.

Wir wissen nicht, wann in den fremdenfeindlichen Orten die letzte Wurst im Laden der Selcher, die letzte Rübe und das letzte Fleisch von den Märkten verschwunden ist. Das eine wissen wir aber, daß es in Wien viel eher so war als irgendwo anders; daß wir ferner zu einer Zeit, in der man allenthalben sich noch einen Butteraufstrich aufs Brot machen konnte, er in Wien schon lange zu den Märchen einer vergangenen Zeit gehört hat. Und so ist es uns Wienern doch in allen Dingen gegangen. Auch Kleiderstoffe zu einem halbwegs anständigen Preis und Wäsche waren überall länger vorhanden als bei uns in der Metropole.

Nun dürfen wir bei diesem gewaltigen Vorsprung in der Kriegsnot doch die höfliche Frage stellen, weshalb denn die Salzburger und die andern fremdenfeindlichen Ortschaften uns in der Behandlung der Fremden absolut den Rang ablaufen wollen? Haben wir jemals einen Fremden vor die Tür gesetzt, weil er uns den Kaffee wegtrank, der uns doch gewiß ebenso gemundet hätte als ihm, haben wir ihm nicht bis auf den heutigen Tag das Recht auf unsere Rostbraten und alle anderen Verköstigungsmittel unbenommen gelassen, ja, nicht einmal darüber haben wir nachgedacht, daß die Fremden an unserer gewiß für uns spärlich besetzten Tafel sitzen und sich bedenkenlos die besten und meisten Dinge aus der Schüssel nehmen?

Das haben wir ihnen — seien wir aufrichtig — nicht gerade gerne gegönnt, aber wir hätten es nie über das Herz gebracht, den Fremden die Tore Wiens zu verschließen. Wir waren immer und sind auch heute noch der Meinung, daß ein solcher Vorgang weder mit einer aus praktischen noch aus ethischen Erwägungen hervorgegangenen Gesinnung zu vereinbaren ist. Wir Wiener denken also gar nicht daran, den Fremdenverkehr in unserer Stadt zu verhindern. Man denke nur, was es heißt, in diesen Zeiten einen Strom von einigen Hunderttausend Fremden alljährlich Kost und Quartier und Einkaufsmöglichkeit zu gewähren und ziehe in Erwägung, daß wir eine Gemeinde von rund zwei Millionen Konsumenten bilden. Wie wäre es nun, wenn wir genau so handelten wie die Provinz, wenn wir es uns ganz einfach auf dem Wege eines Ukas nach den vielen, wenig löblichen Vorbildern verbäten, von Provinzgästen besucht zu werden? Uns stünde das Argument der Lebensmittelarmut, auf das sich die Provinzorte als auf eine Selbstverständlichkeit stützen, mit doppelter Beweiskraft zu Gebote. Wenn wir wollten. Aber wir denken nicht daran, verwahren uns ganz energisch gegen eine allfällige Unterschiebung des Wunsches nach einer gleichen Handlungsweise und werden uns nach wie vor darüber freuen, auch mit nicht ganz sattem Magen, wenn wir so oft und so viel als möglich die Mundarten der verschiedenen Kronländer in den Straßen, ja sogar in den Gast- und Kaffeehäusern Wiens hören. Selbst in diesen Tagen, in denen wir aus eben diesen Kronländern eigentlich keine Nahrungsmittel mehr erhalten und unser Leben von fremder Hilfe abhängig ist. Also nur hereinspaziert, meine Herrschaften, Wien weiß, daß ihm seine Gastfreundschaft auch in Zeiten der Not höher steht als ein Plus in der Befriedigung seiner Mageninteressen. Wenn der Magen zum Philosophen oder Politiker geworden ist, dann hat sich noch allemal das Weltbild verzerrt gestaltet. Es ist natürlich gar keine Hoffnung, jene, die den Sinn für Gastfreundschaft unter dem ersten Ansturm der Not bedenkenlos aufgegeben haben, zu bekehren und zu einer Rückkehr zu einer höhern Auffassung der Zusammenhänge in einer großen Menschengemeinde zu bewegen, aber ausgesprochen mußte doch endlich einmal werden, was hier gesagt ist, in der Hoffnung, wenigstens das Denken, wenn schon nicht das Handeln, in die Bahn der Vernunft zu lenken.

Neue Freie Presse
23./VI. 1918

Die Bekämpfung der Lebensmittelnot in Wien.

Wien, 22. Juni.

Ein Teil der deutschen Brotgetreideaushilfe ist bereits eingetroffen und wird nun mit größter Beschleunigung für Zwecke der Brotbereitung verarbeitet und allmählich so verteilt werden, daß die halbe Brotration klaglos zur Ausgabe gelangen kann. Das deutsche Brotgetreide ist in erster Linie für Zwecke des Hinterlandes bestimmt und wird nach Tunlichkeit zur Gänze für Zwecke der Zivilbevölkerung Verwendung finden. Auch die Aushilfen an Mehl, Frühkartoffeln und Gemüse aus Ungarn sind zum Teile schon eingetroffen, so daß für die morgen beginnende Woche eine stärkere Beschickung der Märkte zu erwarten ist. Dazu gesellen sich ziemlich große Quantitäten Kirschen, welche die „Geos" aufgebracht hat. Die Gemeinde Wien bringt abermals 20.000 Kilogramm Salzspeck zum Verkaufe. Die Quote für Wohlfahrtsfleisch wurde auf 25 Dekagramm erhöht und die Besitzer weißer Einkaufsscheine können bis zu ein Kilogramm Pferdefleisch kaufen.

Dazu gesellt sich eine besondere Aktion zur Ausgestaltung des Kriegsküchenbetriebes, für welche Zwecke die Militärverwaltung 200 Fahrküchen und das Bedienungspersonal beistellt. Die Kriegsküchen werden dadurch weit mehr Portionen ausgeben können, zumal sie vom Volksernährungsamt mit den entsprechenden Lebensmitteln im Wege der „Oezeg" beliefert werden. Die Portionen werden unter dem Selbstkostenpreis abgegeben werden. Eventuell werden auch Abendmahlzeiten in den Kriegsküchen ausgegeben werden. Die Kosten der Aktion werden durch Zuschüsse zu Lasten des Staatsschatzes gedeckt werden. Auch die unentgeltliche Ausspeisung wird ausgestaltet werden.

Hand in Hand damit geht eine schärfere Ueberwachung zur Einhaltung der Vorschriften über die Abgabe von Speisen und Getränken in Gast- und Kaffeehäusern, um den Verbrauch von Fleisch, Eiern, Milch, Kaffee und Zucker sowie Fett auf das zulässige Maß einzuschränken. Es wird darauf gesehen werden, daß die Anzahl der bei einer Mahlzeit verabreichten Speisen laut Vorschrift erfolgt, damit so die öffentlichen Märkte durch Minderverbrauch in den Gast- und Kaffeehäusern eine Entlastung erfahren. Zu diesem Zwecke wird auch ein Verbot des Verkaufes von frischem Obst in Restaurants erlassen.

Fahrküchen für Minderbemittelte in Wien.

Das Ernährungsamt beabsichtigt im Wege von Fahrküchen, die die Militärverwaltung beistellen wird, etwa während der nächsten drei Wochen minderbemittelten Personen in Wien ein Mittagessen zu verabreichen. Das Ernährungsamt würde zu diesem Zwecke Fleisch, Fett, Kraut und Dörrgemüse zur Verfügung stellen. Man denkt an die Verabreichung einer solchen Mahlzeit für 100.000 bis 150.000 Personen in Wien.

Die Ausgestaltung der Kriegsküchenbetriebe und der öffentlichen Ausspeisung.

Amtlich wird mitgeteilt: Als die Ernährungsverhältnisse in Wien vor wenigen Tagen besonders schwierig wurden, erhielt der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr vom Kaiser unter anderem den Auftrag, sofort Schritte einzuleiten, um mit den vorhandenen, allerdings knappen Mitteln eine Hilfsaktion für jene Kreise ins Leben zu rufen, die durch die Kürzung der Brotration am schwersten betroffen sind. Es erschien diesbezüglich als die wichtigste Aufgabe, zu trachten, daß die bereits bestehenden Kriegsküchen erweitert und einem bedeutend größeren Teil der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Dieser Gedanke fiel beim Ernährungsminister und beim Bürgermeister auf fruchtbaren Boden. Der Kriegsminister stellte die notwendigen Küchen und das erforderliche Personal in den Dienst der Aktion. In wenigen Tagen bereits werden diese Fahrküchen in für Massenausspeisung geeigneten Lokalen zur Aufstellung gelangen können. Das Volksernährungsamt stellt durch die Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft die notwendigen Lebensmittel bei und der Stadtkommandant von Wien leistet wertvolle Mitarbeit. Die neue Ausspeiseaktion, deren Durchführung der Bürgermeister übernommen hat, wird sich im engsten Anschluß an die bereits bestehenden Kriegsküchen vollziehen. Man darf wohl annehmen, daß in dieser schweren Zeit bis zur neuen Ernte die Ausspeiseaktion den Mindestbemittelten eine wesentliche Erleichterung der Lebensbedingungen bringen wird. Der Kreis derjenigen, die für die neue Aktion in Betracht kommen, dürfte sich auf etwa 100.000 belaufen.

Nur wenige Wochen trennen uns von der neuen Ernte. Die Hilfe der Bundesgenossen, das große Entgegenkommen Ungarns, das der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses gelegentlich seines jetzigen Aufenthaltes in Budapest, welcher Aushilfen aus Ungarn galt, konstatieren konnte, die Unterstützung Deutschlands sowie unsere eigenen Kräfte werden uns über die gewiß schweren Tage, die wir noch zu bestehen haben, hinweghelfen.

Ferner wird verlautbart: Die schwierigen Lebens- und Ernährungsverhältnisse, unter denen Wien gegenwärtig zu leiden hat, veranlaßten den gemeinsamen Ernährungsausschuß, das Amt für Volksernährung und die Gemeinde zur Einleitung einer umfassenden Aktion, deren Zweck es ist, nebst einer Aufbesserung der Verköstigung in den unentgeltlichen Ausspeisungen namentlich die Leistungsfähigkeit der Kriegsküchen entsprechend dem überaus gesteigerten Bedarfe möglichst zu verstärken. Die hiezu erforderlichen Lebensmittelmengen, die vom Amte für Volksernährung bereits sichergestellt werden konnten, werden der Gemeinde Wien überwiesen. Die Kriegsfürsorgezentrale und das Kriegsküchenkommissariat des Wiener Magistrats leiten die Durchführung und werden hiebei durch ein weitgehendes Entgegenkommen des Kriegsministeriums unterstützt, das etwa 200 Fahrküchen und Kochkessel samt der erforderlichen Bedienungsmannschaft beistellt. Diese Kochapparate gelangen bereits in den ersten Tagen der kommenden Woche in Schulen und sonstigen verfügbaren Räumen zur Aufstellung. Nach den getroffenen Vorkehrungen werden noch mindestens 100.000 bis 150.000 Personen mehr als jetzt ausgespeist werden können. Insbesondere sollen jene Kreise der Bevölkerung, die aus beruflichen Gründen um die Mittagszeit keine Gelegenheit finden, eine Kriegsküche aufzusuchen, ein warmes Abendessen verabreicht erhalten. Die Regierung hat einen Zuschuß von mehreren Millionen angewiesen, so daß die hergestellten Speisen unter dem Selbstkostenpreis abgegeben werden können.

Reichspost
23./VI. 1918

28

Salzmangel in Wien.

Zu allem Ueberfluß macht sich seit einiger Zeit auch noch ein empfindlicher Mangel an Salz in Wien fühlbar. Ja in den letzten Tagen beginnt nun auch schon Salz zum Gegenstand des Schleichhandels gemacht zu werden. Wie uns mitgeteilt wird, ist der plötzlich eingetretene Salzmangel angeblich auf die infolge der Vorbereitungen für die Offensive gegen Italien notwendig gewordene Sperre der Westbahn für bestimmte Frachtgüter, welche den längeren Transport des Wasserweges vertragen, zurückzuführen. Der Transport des für Wien bestimmten Salzes geht gegenwärtig über Inn-Donau und benötigt natürlich entsprechend längere Zeit. Salz gibt es in Oesterreich selbstverständlich genug.

Die Zeit
24. III. 1918

29

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Die heutigen Märkte waren ziemlich gut besucht. Von einer Montagstimmung war wenig zu spüren. Die Gemüsemärkte, die infolge der Brotkürzung einen bedeutend größeren Zuspruch aufweisen, konnten heute nicht alle Käufer befriedigen. Seit Freitag voriger Woche ist der ungarische Salat von den Märkten nahezu verschwunden. Ungarn liefert jetzt in der Hauptsache Zwiebel und Knoblauch. Hoffentlich geraten die in Aussicht gestellten reichlichen ungarischen Gemüsezufuhren alsbald in Fluß.

Der Naschmarkt verzeichnete heute folgende Warenangebote: 1500 Kilogramm Gärtnergrünwaren, darunter sehr wenig Salat, 1000 Kilogramm heimische Karotten zum Detailpreis von K. 1.40 bis 1.60, 5200 Kilogramm niederösterreichische Erbsen, 6200 Kilogramm ungarischen Zwiebeln und 6400 Kilogramm ungarischen Knoblauch sowie 4800 Kilogramm mährische Kirschen, 4500 Kilogramm Ribisel aus Mähren und 4000 Kilogramm Stachelbeeren. Der Preis für böhmische Kirschen, von denen die „Geos" das Einlangen von fünfzig Waggons in Aussicht gestellt hat, wird sich auf K. 5.30 pro Kilogramm stellen. Der Detailpreis für mährische Kirschen beträgt pro Kilogramm lichte K. 4.18 und dunkle K. 5.18. Der Marktpreis für Ribisel beträgt noch immer K. 5.30 pro Kilogramm.

Auch der Fleischmarkt wurde heute stärker in Anspruch genommen. In der Großmarkthalle konnte der Rindfleischbedarf mit 3500 Kilogramm Einheitsrindfleisch heute so ziemlich gedeckt werden. Anstellungen gab es nur bei der Abgabestelle der ungarischen Hasen, von denen heute wieder 18 Tonnen angekommen sind.

Die heutigen Bahnzufuhren nach dem Wiener Zentralfleischmarkt waren nach längerer Zeit wieder einmal ziemlich bedeutend. Eingelangt sind 13 Waggons mit 80·2 Tonnen, darunter gegen 40 Tonnen deutsches Gefrierfleisch, 0·2 Tonnen mährische Kälber und die bereits verzeichneten ungarischen Hasen.

Der Fischmarkt verfügte nur über Restbestände, der Geflügelmarkt hat das alte Bild, gutes Angebot bei schleppendem Absatz, beibehalten. An Eiern herrschte heute Mangel.

In der Viktualienhalle gab es große Anstellungen beim Abverkauf von Weichkäse.

Die Grünwarenmärkte in den äußeren Bezirken waren heute ebenfalls nicht allzu reichlich versorgt.

In den Frühkartoffelankünften aus Ungarn ist die bereits amtlich kundgemachte Verzögerung noch nicht überwunden. Gestern und heute kamen geringe Kartoffelquantitäten an. Aus Russisch-Polen langten heute mehrere Waggons alter Kartoffeln in Wien an.

Berner Bund 25/VI. 1918.

30

Ersatzlebensmittel

Der Bunderat hat einen Beschluß gefaßt betreffend Ersatzlebensmittel. Als Ersatzlebensmittel gelten alle Waren, die zum Zwecke Nahrungs- oder Genußmittel in gewissen Eigenschaften oder Wirkungen zu ersetzen, in den Handel gebracht werden. Ersatzlebensmittel dürfen nur mit Bewilligung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartementes in den Verkehr gebracht, d. h. eingeführt, feilgehalten oder verkauft, oder zum Zwecke des Verkaufes hergestellt oder gelagert werden. Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Ersatzlebensmittel, die schon vor dem 1. August 1914 im Verkehr waren, sofern sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Verkehrsbewilligung wird erteilt auf Grund eines an das schweizerische Gesundheitsamt zu richtenden Gesuches. Die Bewilligung für Ersatzlebensmittel wird verweigert: Bei unhygienischer Beschaffenheit, unzweckmäßiger Zusammensetzung, zu geringem Nähr- oder Genußwert, unrichtiger oder zu Täuschung geeigneter Sachbezeichnung, unrichtigen oder zu Täuschung geeigneten Angaben auf Anpreisungen oder Gebrauchsanweisungen und endlich bei zu hohem Preise mit Rücksicht auf die Kosten der Rohstoffe und der Herstellung oder mit Rücksicht auf den Nähr- oder Genußwert. Die Bewilligung darf nicht zu Reklamezwecken verwendet werden. Das Volkswirtschaftsdepartement kann die Vorschriften dieses Beschlusses auf Ersatzmittel auch auf andere Gegenstände des täglichen Bedarfes, wie z. B. Seife, ausdehnen. Widerhandlungen gegen diesen Beschluß werden mit den üblichen Strafen geahndet. Der Beschluß tritt am 10. Juli in Kraft. Die zu diesem Zeitpunkte bereits im Verkehr befindlichen, dem Beschluß unterstellten Ersatzlebensmittel, dürfen nur noch im Verkehr bleiben, wenn eine Bewilligung eingeholt wird.

Vossische Zeitung 25/VI. 1918.

31

Die Verhandlungen der Ausschüsse.

Ernährungsfragen. — Branntweinmonopol.

Der Ernährungsausschuß des Reichstags beriet gestern den Oelfruchtanbau und die Fettversorgung.

Zum ersten Punkte führte ein Regierungsvertreter aus: Der Oelfruchtanbau ist infolge dauernder Anregung gegenüber dem Anbau von 1913 erheblich vermehrt worden. 1913 waren mit Oelfrüchten bebaut rund 34 000 Hektar, mit Gespinstpflanzen 17 000 Hektar; 1917: 82 000 bzw. 33 000 Hektar. Einer weiteren starken Vermehrung des Oelfruchtanbaues stehen entgegen der Samenmangel, das starke Risiko bei diesem Anbau, die verschiedenen teilweise ungünstigen klimatischen Verhältnisse und der Mangel an Spezialkenntnissen in der Landwirtschaft bei der Behandlung dieser Frucht. Der Landwirt soll einen Teil der selbstgebauten Oelfrüchte für sich behalten. Nicht zweckmäßig erscheint es, unter die Bevölkerung Oel zu verteilen. Besser ist, das Oel mit Knochenextrakt, anderen Pflanzenstoffen und Wasser zu Margarine zu verarbeiten, weil die zur Verteilung gelangende Menge dann größer ist. Die Margarine-Erzeugung hat nur durch die starke Heranziehung der Erzeugnisse des Oelfruchtbaues erheblich gefördert werden können. Der Kriegsausschuß für Oele und Fette fördert durch Abschluß von Anbauverträgen und durch reichliche Belieferung mit künstlichen Düngemitteln den Anbau. Oelmühlen mußten wegen des Kohlenmangels vielfach geschlossen werden. Soweit sie ohne Kohlen betrieben werden können, steht ihrer Eröffnung regelmäßig nichts im Wege. Darüber, ob der Landwirt das Getreide zu entkeimen hat, bestimmen lediglich untere Verwaltungsbehörden, eine zentrale Regelung ist nicht vorgesehen.

Ein Vertreter der Reichsstelle für Speisefette erklärt: Zur Erfassung von Milch und Butter sind Molkereien eine besonders günstige Vorbedingung. Nach eingehender Darlegung über die Einrichtung und Tätigkeit von Milchsammelstellen, Entrahmungsstellen, dem Anschluß von Kuhhaltern an bestehende Molkerei-Genossenschaften und nach einer Erörterung über das Preisverhältnis zwischen frischer Milch und Butter sowie einer Darstellung über die Aussichten hinsichtlich der Einfuhr ausländischer Butter betonte Redner: Gerade bei der Ablieferung von Milch und Butter ist die Reichsstelle besonders auf die Arbeitsfreudigkeit der Landwirtschaft, die voll anzuerkennen ist, angewiesen. Auf die Tätigkeit der Revisoren kann ganz nicht verzichtet werden. Wenn hin und wieder Mißgriffe vorgekommen sind, so ist dafür der Weg der Beschwerde offen.

In der Aussprache hatte Abg. Stupp (Ztr.) auf die Unmöglichkeit hingewiesen, für die Fettversorgung genügende Mengen von tierischem Fett zu erzeugen und zu beschaffen, ferner auf die Notwendigkeit, die Fettversorgung im wesentlichen auf das pflanzliche Fett abzustellen und den Anbau der Oelsaaten, vor allem des Rapses, zu fördern. Hierfür machte er Vorschläge. Gegenüber den hiergegen geltend gemachten Bedenken, daß dadurch ein erheblicher Teil des Landes dem Anbau anderer Früchte entzogen werde, führte Stupp aus, etwa 400 000 Hektar Raps würden bei mittlerer Ernte ausreichen, um je Kopf der Bevölkerung 3½ bis 4 Liter Oel zu erzeugen, so daß auf eine fünfköpfige Familie 18 bis 20 Liter entfielen, also im Monat gut 1½ Liter Oel. Dieses Areal stelle etwa den sechzigsten Teil der Anbaufläche des Reiches dar. Für die Aussaat genüge ein ganz kleiner Bruchteil des angebauten Rapses. — Der Ausschuß äußerte sich im allgemeinen zustimmend zu dem Vorschlage. Er soll in einen Antrag gekleidet und am Mittwoch zur Abstimmung gestellt werden.

Fremdenblatt
25./VI. 1918

32

* (Nachschub rayonierter Lebensmittel in die Sommerfrischen.) Der Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich hat mit dem Eilgut-Sammeldienst der Firma C. H. Hirsch u. Co. eine Vereinbarung hinsichtlich der Organisierung des Nachschubes rayonierter Lebensmittel in die Sommerfrischen getroffen und ist an die Staatseisenbahn-Verwaltung um möglichste Förderung dieser Aktion durch Tarifermäßigung herangetreten. Die kurz vor dem Abschluß stehenden diesbezüglichen Verhandlungen haben ein günstiges Resultat ergeben und steht die Publikation einer diesbezüglichen Verlautbarung seitens der maßgebenden Stelle unmittelbar bevor. Die Sammelstellen in den verschiedenen Bezirken, bei welchen die Parteien ihre Pakete zwecks Abholung durch den Eilgut-Sammeldienst der Firma C. H. Hirsch u. Co. abzugeben haben, werden noch rechtzeitig verlautbart werden. Betreffs der Organisierung des Nachschubes rayonierter Lebensmittel auf der Südbahn, der Aspang- und Schneebergbahn sind die Verhandlungen mit den betreffenden Bahnverwaltungen noch im Zuge.

Fremdenblatt Abendl
25./VI. 1918

Die Wirtschaftsfragen.

Brot, Obst, Wein.

Durch die letzten ausgebreiteten Niederschläge wurde der Stand der Sommerfrucht (Gerste und Hafer) gebessert. Für Gegenden, die seit April ohne Regen waren, kamen freilich die Niederschläge schon zu spät. Für die Hackfrucht, für Wiesen, Weiden und Kleeschläge war die ausgiebige Feuchtigkeit eine große Wohltat. Korn wird anfangs Juli geschnitten, Weizen steht mittel bis gut. Die Fröste haben keinen so großen Schaden verursacht, als anfangs befürchtet wurde. Die vom Froste stark mitgenommenen Erdäpfel werden infolge der Feuchtigkeit wieder antreiben. Auch für die Zuckerrüben bestehen gute Aussichten. Obst wird im allgemeinen einen schwach mittleren Ertrag liefern, besser steht es nur mit Frühobst. Der Weinstock hat gut verblüht. Der Traubenreichtum ist fast überall groß, pflanzliche und tierische Schädlinge sind bisher nirgends gefahrdrohend aufgetreten.

Vossische Zeitung 26/VI. 1918.

Ernährungsanträge im Rathaus. Die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordneten ist sehr umfangreich, so daß eine längere Sitzung zu erwarten ist. U. a. sollen zwei Anträge über die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern nach einheitlichen Grundsätzen, sowie über die Maßnahmen zur auskömmlichen Ernährung der Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln und eine Anfrage über die Maßnahmen zur ausreichenden Belieferung mit Hausbrandkohlen für den nächsten Winter erörtert werden. Vorlagen zur Beschlußfassung betreffen einen Verzicht auf Vertragsrechte gegen die Berliner elektrischen Straßenbahnen. A. G., vormals Siemens u. Halske zugunsten des Verbandes Groß Berlin, dann über die Festsetzung der Vergütungen für außerordentliche Lehrstunden und Vertretungen bei den städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen für Mädchen, ferner die Errichtung von Ambulatorien und die Schaffung von Oberarztstellen in den städtischen Krankenanstalten, sowie die Abänderung des § 30 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht in Berlin und die Uebernahme der Beratungsstelle der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge auf das städtische Jugendamt. Der Magistrat legt den Haushaltsplan der Verwaltungsmittel der städtischen Sparkasse für 1918 vor, der einen erheblichen Mehrbedarf von rund 1¼ Millionen Mark vorsieht, der wichtigste Punkt betrifft die Bewilligung von 5 Millionen Mark als Kriegsvorschuß für die Herrichtung von Kleinwohnungen und für den Umbau von leerstehenden Läden usw. Gewerberäumen zu Wohnungen. Außerdem soll beraten werden die Errichtung von Säuglingspflegeschulen im Kaiser-Friedrich-Kinderkrankenhaus und im städtischen Waisenhaus Alte Jakobstraße. Ein Ausschuß wird über seine Beratungen betr. Anschaffung eines Röntgenapparates für Tiefentherapie berichten. Weiter soll die Wahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Fischbeck stattfinden.

Neue Freie Presse
26./VI. 1918

35 26

Belebung des Warenverkehres in der Ukraine.

Kiew, 24. Juni.

Das Zuckerdepartement im Ernährungsministerium stellte folgende Zuckervorräte fest: In Wolhynien 1,300.000 Pud, in Kiew 11,277.000 Pud, in Podolien 4,255.000 Pud, in Cherson 1,083.000 Pud, in Kursk 934.000 Pud, in Poltawa 1,948.000 Pud, in Charkow 5,566.000 Pud und in Tschernikow 1,678.000 Pud. Die Eisenproduktion in den Kriweroggruben sank im Februar dieses Jahres auf 3 Millionen Pud, im Mai wurden die Arbeiten überhaupt eingestellt.

Im Beisein des preußischen Handelsministers wurde in Rostow eine Sitzung der Kommission für den Warenaustausch zwischen dem Dongebiet, Deutschland und der Ukraine abgehalten. Das Dongebiet liefert Wolle und Tuche gegen Oele und Zucker.

Die ukrainisch-russische Eisenbahnkommission beschloß, den Warenverkehr in den nächsten Tagen aufzunehmen. Der Personenverkehr wird von der Rückerstattung des nach Rußland verschleppten Eisenbahnmaterials abhängig gemacht.

Die Zeit
26./VI. 1918.

(Der Lebensmittelnachschub in die Sommerfrischen.) Der Landesverband für Fremdenverkehr in Wien hat, wie schon gemeldet, mit dem Eilgutsammeldienst der Firma C. H. Hirsch & Komp. eine Vereinbarung hinsichtlich der Organisierung des Nachschubes rayonierter Lebensmittel in die Sommerfrischen getroffen und ist an die Staatseisenbahnverwaltung um möglichste Förderung dieser Aktion durch Tarifermäßigung herangetreten. Die kurz vor dem Abschluß stehenden diesbezüglichen Verhandlungen haben ein günstiges Resultat ergeben und steht die Publikation einer diesbezüglichen Verlautbarung seitens der maßgebenden Stelle unmittelbar bevor. Die Sammelstellen in den verschiedenen Bezirken, bei denen die Parteien ihre Pakete zwecks Abholung durch den Eilgutsammeldienst abzugeben haben, werden noch verlautbart werden. Betreffs der Organisierung des Nachschubes rayonierter Lebensmittel auf der Südbahn, der Aspang- und Schneebergbahn sind die Verhandlungen mit den betreffenden Bahnverwaltungen noch im Zuge.

Fremdenblatt
26./VI. 1918

Eine volkswirtschaftliche Maßregel zur Beseitigung der gegenwärtigen Mißstände.

Wir erhalten das nachstehende Schreiben:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Schon lange habe ich die Empfindung, daß in der Kriegswirtschaft latent eine Maßregel vorbereitet ist, deren Findung, beziehungsweise Erfindung geeignet wäre, gewisse Entartungserscheinungen zu beseitigen. Nach längerem Nachsinnen glaube ich diese Maßregel nunmehr gefunden zu haben. Ich schreibe derselben folgende Wirkungen zu: sie bringt den Schleichhandel automatisch zum Verschwinden, mildert die Teuerung der Bedarfsartikel ganz erheblich und bringt die Lebensmittel ohne Requisition auf den Markt. Es handelt sich um keinen Steuervorschlag, keine Strafandrohung und überhaupt keine Gewaltmaßregel. Sie erfordert keine komplizierten Verwaltungsvorkehrungen, sondern im Gegenteil, erspart deren einige, so z. B. die Höchstpreise. Die Maßregel, auf welche eigentlich jeder geschulte Nationalökonom verfallen müßte, läßt sich in wenig Sätzen mitteilen und ist so einleuchtend, daß jedermann sie leicht begreift. Die Durchführung könnte in wenigen Tagen erfolgen und müßte ihre Wirkung alsbald äußern.

Die Absicht dieser Voranzeige ist, das Urheberrecht in besonders nachdrücklicher und einprägsamer Weise zu wahren. Ich habe nämlich wiederholt öffentlich Anregungen gegeben, welche auch mit Erfolg ausgeführt wurden, ohne daß man es jedoch für nötig befunden hätte, mich dabei zur Mitarbeit heranzuziehen.

Ich werde meinen Gedanken diesmal der Oeffentlichkeit erst unterbreiten, wenn mir von maßgebender Seite die bezüglichen Zusicherungen gemacht sein werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Robert Scheu.

Wir geben diesem Schreiben gerne Raum, wobei wir seinem Absender die volle Verantwortung überlassen.

Tägliche Rundschau 27/11. 1918.

Schleichhandel, Höchstpreise, Fettversorgung.

Aus dem Ernährungsausschuß.

Der Ernährungsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Entschließungen vor.

Gegen den Schleichhandel

wendet sich folgende Entschließung, die Annahme fand:

Folgende Richtlinien für die Erfassung der öffentlich bewirtschafteten Nahrungsmittel einer Bundesratsverordnung zugrunde zu legen:

1) Oeffentlich bewirtschaftete Nahrungsmittel dürfen vom Erzeuger nur an Reichs-, Staats-, Provinzial- oder Gemeindebehörden geliefert werden, an andere Empfänger nur, soweit sie zur Annahme vom Kriegsernährungsamt ermächtigt sind.

2) Die Absender öffentlich bewirtschafteter Nahrungsmittel, gegebenenfalls die Spediteure, sind verpflichtet, alle Sendungen wahrheitsgetreu zu deklarieren.

3) Jeder verbotswidrige Transport solcher Sendungen verfällt dem Kriegsernährungsamt.

4) Die Landesbehörden übernehmen die Verpflichtung zur strengsten Durchführung dieser Vorschriften.

Zur Frage der Preisregelung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Regelung der Preise für Nahrungsmittel unter Berücksichtigung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes erfolgen zu lassen; den Preisunterschied für aus dem Ausland eingeführten Kunstdünger (schwefelsaures Ammoniak) auf die Reichskasse zu übernehmen, hinsichtlich der Preisregulierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu veranlassen:

1) daß in der Preisgestaltung mehr Beständigkeit und Gleichmäßigkeit herrscht,

2) daß bei der Preisregelung nicht bloß auf einen Ausgleich zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter sich gesehen wird, sondern daß auch auf einen Ausgleich zwischen diesen und den Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugungsmittel die gebührende und unbedingt notwendige Rücksicht genommen wird, und

3) daß bei der Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Nährmitteln, Konserven, Trockenprodukten usw. nicht Preise zugebilligt werden, die für den Verbraucher das Enderzeugnis in einem Maße verteuern, das zu der Preisregelung für das landwirtschaftliche Urerzeugnis und zu den wirklichen Verarbeitungskosten in keinem gerechten Verhältnisse steht.

Zur

Getreideablieferung

fand eine von mehreren Parteien beantragte Entschließung folgenden Wortlauts Annahme:

im Wege einer Bundesratsverordnung zu bestimmen, daß das abzuliefernde Getreide nur im gereinigten Zustande abzuliefern ist, und daß den Erzeugern hierbei das Hinterkorn als Abgang aus dem Getreide zur Verwendung in der eigenen Wirtschaft zu entnehmen gestattet ist.

Zum Zwecke der

Fettversorgung

soll ein vermehrter Rapsbau betrieben werden. Dazu werden folgende Entschließungen angenommen:

1) den Anbau der Oelsaaten, vor allem des Rapses, durch Gewährung von Prämien für Anbaufläche oder abgelieferte Menge und durch Lieferung von Kunstdünger und durch andere Mittel so zu fördern, daß zum wenigsten eine Anbaufläche von 400 000 Hektar erzielt wird, namentlich aber

2) in Anpassung an die verschiedenartigen Verhältnisse im Reiche grundsätzlich anzuordnen,

daß jeder Haushalts- und Anstaltsvorstand, der über Garten- oder Ackerland verfügt, für den Kopf der Haushalts- und Anstaltsangehörigen einschließlich des Gesindes und der Tagelöhnerfamilien je 1,5 Ar an Raps oder einer anderen Oelsaat beschlagnahmefrei bestellen und ernten darf,

3) anzuordnen, daß der übrige Raps, Mohn und dergleichen abzuliefern, den Ablieferern aber die gesamte Menge der erzielten Oelkuchen zurückzuliefern sind.

Ferner dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzuschlagen, daß zur Aussaat von Raps und Rübsen möglichst große Mengen stickstoffhaltiger Düngemittel bis Ende Juli d. J. zum Selbstkostenpreise an die Anbauer geliefert werden.

Die übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Die Zeit
27/VI. 1918

40

Eine Mittelstandsaktion der Rohö.

Unter dem Schlagwort „Mittelstand heraus!“ erhalten wir von der Leitung der Rohö folgende Mitteilung:

Seit Inkrafttreten der Kürzung der Brotquote wird die Rohö von ihren Mitgliedern durch Tausende von Zuschriften, mündlich und telephonisch bestürmt, dem Mittelstand in dieser traurigen Lage zu helfen. Der Vorstand der Rohö hat nun in einer außerordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, namens der mittelständischen Konsumentenschaft an die Regierung folgende dringende Forderungen zu stellen:

1. Ausreichende Zuweisung von Gemüse, Obst, Käse und allen anderen derzeit zur Verfügung stehenden Zubußen für die breiten Schichten des Mittelstandes.

2. Pekuniäre Sicherstellung der bestehenden Gemeinschaftsküchen, die sich der Mittelstand als wohlverstandene Selbsthilfeaktion geschaffen hat, und Dotierung neu zu gründender Gemeinschaftsküchen im Rahmen und Umfang der von der Regierung eingeleiteten Fahrküchenaktion.

3. Ausreichende Belieferung dieser Gemeinschaftsküchen, um ihre Leistungsfähigkeit bezüglich der Zahl der auszuspeisenden Mittelständler zu erhöhen und ihnen Gelegenheit zu geben, für jene, die des Mittagstisches in den Gemeinschaftsküchen nicht teilhaftig werden können, ein erschwingliches Nachtmahl zu verabreichen.

Der Mittelstand verwahrt sich dagegen, immer mit den Kriegsgewinnern und reichbegüterten Kreisen auf eine Stufe gestellt zu werden. Zwischen den Bestbemittelten, die sich im Schleichhandel versorgen, und den Mindest- und Minderbemittelten, die der Hauptfürsorge des Staates teilhaftig werden, steht jene Schicht der Bevölkerung, die sich bis zum Ausbruch der Kriegskatastrophe „bemittelt“ nennen konnte, deren Geld-, Gesundheits- und Kraftreserven jedoch bis auf das letzte Quentchen vom Kriege aufgesaugt wurden und die es als Hohn empfindet, wenn man heute vom Mittelstand verlangt, daß er die Lebensmittel einerseits wie zu Zeiten des Einkilotages spenden, andererseits sich durch den Verzicht der ungarischen Bevölkerung auf die Mehlquote eines Tages helfen lassen soll. Der am Krieg verlierende Mittelstand verlangt energisch seinen Anteil an allen dem Staat zur Verfügung stehenden Lebensmitteln und Bedarfsartikeln.

Reichspost Abend
28. VII. 1918

Christlichsoziale Arbeiterversammlung am Neubau.

LA. Kunschak über die Ernährungslage.

In einer Versammlung des Christlichen Arbeiterwählervereines Neubau sprach dieser Tage LA. Kunschak über unsere jetzigen Ernährungsverhältnisse, wie sie durch die Kürzung der Brotration geschaffen wurden. Hat es zu dieser Brotkürzung überhaupt kommen müssen? fragte Redner. Der frühere Ernährungsminister v. Höfer hatte doch selbst im August 1917 amtlich erklärt, daß die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte vollständig gesichert ist. Schon am 21. September 1917 war ich gezwungen, im Ernährungsrate die Erhöhung der Brotration zu fordern, was der Minister damals als ausgeschlossen bezeichnete. Er hat aber zugesichert, daß die Güte des Brotes eine bessere werde und daß Hafer für die Fütterung und Gerste für die Biererzeugung freigegeben werden. Ferner wurden Zubußen an Hafergries, Maisgries und Rollgerste sowie Mehlspeisen vom Ernährungsamte ausgegeben, aber nur in den ersten Wochen; auch Erdäpfel versprach der Minister der Bevölkerung 2 Kilogramm 30 Dekagramm pro Woche und Kopf, das wären 20 Millionen Meterzentner, die anderen 30 Millionen erklärte er als frei. Trotzdem die zu büßen bald aufhörten und die halbe Mehlquote ausfam, ist jetzt trotz allen angeblichen Ueberflusses auch noch die Brotkürzung eingetreten. Wann wurde also dem Volke die Wahrheit gesagt? Damals, als es hieß, es sei genug da, oder heute, wo man erklärt, es ist nichts mehr da? Der Minister ist damals gegangen, doch das Amt ist geblieben, die leitenden Beamten, die nächst dem Minister die Verantwortung zu tragen haben, sind mit Auszeichnungen avanciert. Pflicht der Regierung wäre es schon lange gewesen, sich besser im Volksernährungsamte umzuschauen und die verantwortlichen leitenden Beamten nicht solange wirtschaften zu lassen, bis nichts mehr übrig blieb als die Kürzung der Ration. Wo sind denn die damals versprochenen zwanzig Millionen Kilogramm Erdäpfel, wo ist denn das Kraut? Noch im Jänner heurigen Jahres wurde amtlich versichert, es gebe kein Kraut; seit dem Jänner ist doch kein Kraut gewachsen und jetzt auf einmal ist Kraut da. Redner erzählte nun, welch schlechtes Kraut die Gemeinde Klosterneuburg erhielt. Das Kraut lag schon im Jänner in den Magazinen der „Geos", aber wissentlich wurde es der Bevölkerung vorenthalten. Hunderttausend Meterzentner sind auf diese Weise dem Verderben überliefert worden, indes das Volk darbte. Aus der Ukraine wären Sachen genug zu haben, aber von der Regierung wird man selbst an die Juden gewiesen. Dann regt sich der ganze liberale Blätterwald auf. Kürzlich hat mich ein Gemeinderat gefragt, wer den eigentlich die Schuld habe: Die Juden oder die Regierung? Redner erklärte, beide, die Juden, welche die Wirtschaft machen und die Regierung, welche sie duldet. (Beifall.) LA. Kunschak schloß unter dem Beifall der Versammlung: Wir fordern, daß jene Leute, die diesen Zustand heraufbeschworen haben, auch dafür verantwortlich gemacht werden. Wer die Verteidigungsmöglichkeiten des Vaterlandes im Felde stört, verfällt einem Kriegsgericht: wer die Verteidigung und das Durchhalten im Hinterlande stört, gehört ebenfalls vor ein Kriegsgericht. Die jetzige Brotkrise darf nicht eher beendet werden, als bis nicht diejenigen, die die jetzige Not verschuldet haben, als Staatsverbrecher vor Gericht gestellt sind. Das Volk hat das Vertrauen nun einmal zum Ernährungsamt gänzlich verloren und ohne Vertrauen des Volkes ist ein Ernährungsamt nicht möglich, ja es ist geradezu eine Gefahr für die kommende Ernte. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Nachdem noch LAbg. Dr. Neputil über die Ministerkrise und StR. Fraß gesprochen hatten, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden BR. Bittner geschlossen.

Westungarischer - Grenzbote 42 28
28/VI. 1918

Bericht des Bürgermeisters.

Hochgeborener Herr Obergespan Regierungskommissär!

Löblicher Munizipalausschuß!

Meinen Bericht über den Monat Juni l. J. beehre ich mich im Nachfolgenden vorzulegen:

Vor allem berichte ich über die öffentliche Verpflegung folgendes:

Ernährungsfragen.

Unser auf **40 Waggon gesunkenes Mehlkontingent**, bezüglich dessen ich schon in meinem früheren Berichte betonte, daß es unseren Bedarf nicht deckt, konnte die Regierung nicht erhöhen und nachdem wir dasselbe aus unserem sorgsam gesparten kleinen Vorrat nur mäßig ergänzen konnten, mußten wir zwar ungern, doch gezwungen die **Kochmehlquote von 65 auf 50 Deka herabsetzen, um die Bevölkerung bis zur neuen Ernte ohne Störung versorgen zu können.**

Die Lieferung der Frühkartoffeln wurde in erfreulichem Maße begonnen, doch kam infolge inzwischen eingetretener verschiedener Umstände die Lieferung unseres mit 6 Waggons festgestellten Kontingents vergangene Woche zum Stillstand. **Hoffentlich langen demnächst wieder genügende Sendungen ein, nachdem die Ernte gut zu werden verspricht.**

Grüne Erbsen kommen genügend auf unseren Platz Bohnen leider kaum. Demnächst wird auch Kürbis zu haben sein.

Von Obstgattungen gibt es vorläufig Kirschen genügend, Weichseln jedoch keine. Ribisel werden in großer Menge hereingebracht, sind jedoch infolge Zuckermangels weniger zu verwerten.

Unser Fettvorrat geht bereits ganz zu Ende und Schweine zu beschaffen gelang nicht. Unsere einzige Hoffnung besteht darin, daß es der um Fett angegangenen Regierung doch möglich sein wird, uns mit diesem unentbehrlichen Lebensmittel aus der Not zu helfen.

Der Versuch mit dem städtischen Fleischverkauf hatte genügenden Erfolg insoferne wir das Kilogramm zuerst mit 16, dann mit 18 Kronen zum Verkauf brachten. Diesen Zweig unseres Betriebes werden wir noch zu erweitern trachten.

Die **Versorgung mit Milch** erschweren die ungünstigen Eisenbahnverkehrsverhältnisse, aus welchem Grunde bereits zwei größere Produzenten gezwungen waren die Lieferungen einzustellen. Unser Tagesbedarf welcher noch zu Friedenszeiten 24—26.000 Liter betrug, sank im letzten Jahre auf 8000 Liter infolge dessen die weißen Milchanweisungen, welche auf 0.5 lauten, nur mit 0.2 Liter eingelöst werden konnten, weil wir den Spitälern und ähnlichen Anstalten eine größere Quantität nicht entziehen konnten.

Die Zeit
28./VI. 1918

Fachmänn[illegible]e Aeußerungen über seinen Nährwert.

Durch die ganz gewaltige Lichtung, die der Rindviehstand in Kriegszeiten erfahren hat, wird, wie ja bekannt, dem Konsum von Pferdefleisch in der nächsten Zeit eine noch größere Bedeutung zukommen. So wie es schon heute nicht mehr die Mindestbemittelten allein sind, auf deren Tisch das Pferdefleisch heimisch geworden ist, so wird es voraussichtlich nicht allzulange mehr dauern, bis auch die Angehörigen jener Kreise, die bisher den Genuß von Pferdefleisch aus — sagen wir — Tradition ablehnten, zu ihm greifen werden. Das Vertauschen des Rindsbratens mit dem Roßbraten wird wahrlich noch eines der geringsten Opfer sein, die uns der Krieg auferlegt. Zwischen diesen beiden Fleischarten besteht gar kein besonderer Unterschied: weder im Nährwert noch im Geschmack, leider fast auch nicht mehr im Preise.

Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, mit einem anerkannten Fachmann im Fleischfach, dem Prof. Dr. August Postolka, Vorstand der Lehrkanzel für Fleischhygiene an der hiesigen Tierärztlichen Hochschule, über das gegenwärtige Pferdefleisch zu sprechen.

Prof. Postolka erklärte, daß der Nährwert mittelmäßigen, nicht allzu mageren Pferdefleisches jenem des nicht zu mageren Rindfleisches vollkommen gleich sei. Leider kümmere sich der Konsument vielfach gar nicht um den Nährwert, sondern ihn interessiere lediglich der Geschmackswert. Ueber Geschmacksrichtungen aber ist nicht zu streiten. „Ich habe mich," sagte Prof. Postolka, „wiederholt direkt bemüht, beim Pferdefleischgenuß den diesem Fleisch angeblich eigenen süßlichen Geschmack herauszufinden, ohne daß mir dies gelang. Pferdefleisch schmeckt genau wie anderes Fleisch. Der Gehalt an Süßlichkeit (Glykogen), der übrigens sehr variabel ist und sich nach der Schlachtung bald verflüchtigt, mag vielleicht einen süßen Geschmack vortäuschen, der sich aber in der küchenmäßigen Behandlung verliert. Das Pferdefett hat einen sehr niedrigen Schmelzpunkt, starrt sehr langsam und hat einen hohen Gehalt an Olein. Die aus gekochtem Pferdefleisch gewonnene Suppe ist sehr gesund, und es kommt ihr eine die Verdauungstätigkeit anregende Wirkung zu. Die Vorurteile, die man gegen das Pferdefleisch hat, sind sicherlich unbegründet. Heute werden nicht nur ausgediente Arbeitspferde geschlachtet, sondern, von den Notschlachtungen ganz abgesehen, auch junge Pferde und Tiere mittleren Alters, von denen aus der Ukraina eine Anzahl angekommen ist. Ungeheuer hoch sind die Preise, die dafür bezahlt werden: so wurde beispielsweise für ein dem Verenden nahes Pferd, an dem eine Notschlachtung vorgenommen wurde, 3000 Kronen bezahlt. Die ärztliche Untersuchung der zum Schlachten bestimmten Pferde wird sehr rigoros von diplomierten Tierärzten vorgenommen und erstreckt sich auf alle Körperteile. Pferdefleisch ist jeder anderen Fleischsorte gleichwertig, und es kommt nur auf die Gewohnheit an."

Der Küchenchef eines der ersten Wiener Restaurants erklärte uns auf Befragen, daß Pferdefleisch, ohne eine den guten Geschmack beeinträchtigende Einbuße zu erleiden, sowohl gekocht, als auch gebraten oder gebacken werden könne. Am besten empfehle es sich, das Fleisch, allenfalls unter Beimengung von etwas anderem Fleisch zu faschieren. Das in Friedenszeiten übliche „Panierte" läßt sich wegen Mangel an guten Bröseln meist nicht herstellen, doch schmeckt das Fleisch auch einfach gebraten, sehr gut. Der etwa vorhandene süßliche Beigeschmack läßt sich durch Beigabe von etwas Gewürz unschwer korrigieren.

Arbeiterzeitung
28. VII. 1918

Die Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine.

Die Entwicklung der Genossenschaften im Kriege wird am besten sichtbar in der Entwicklung, die die Zentrale der Bewegung, die Großeinkaufsgesellschaft, genommen hat. Vor dem Kriege ein immerhin bescheidenes Geschäft, dessen Jahresumsatz 24 Millionen betragen hat, war sie als Großhandelhaus darauf angewiesen, den Warenverkehr in bescheidenen Grenzen zu vermitteln. Vielfach waren ihr noch die Hände gebunden und es war nicht leicht, eine Wirtschaft aufrecht zu erhalten, der es sowohl an den materiellen Mitteln als auch an der gefestigten Organisation gefehlt hat. In den ersten Zeiten des Krieges bestanden noch immer große Schwierigkeiten, denn die unsicheren Verhältnisse der ersten Monate mußten gerade für ein kleines Handelshaus innere und äußere Schwierigkeiten bringen. Immer mehr hat die Großeinkaufsgesellschaft ihre Entwicklung beschleunigt. In den ersten drei Kriegsjahren stieg der Jahresumsatz von 24 auf 50 Millionen, während er in diesem Jahre auf 87 Millionen gestiegen ist. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Warenvermittlung an die Lebensmittelverbände nicht eingerechnet ist, so daß diese zwei Millionen Verbraucher, die ebenfalls von der Großeinkaufsgesellschaft versorgt werden, nicht in den Umsatzzahlen erscheinen. Im vergangenen Jahre haben die Umsätze für diese Verbände schon eine beträchtliche Höhe erreicht, dieses Jahr werden sie die ersten 100 Millionen überschreiten.

Hand in Hand mit der Zunahme des Warenumsatzes mußte natürlich auch der gesamte Verkehr außerordentlich vermehrt werden. So stieg der Spareinlagenverkehr von 2,838.138 auf 5,197.676 Kronen. Die Großeinkaufsgesellschaft hat außerdem ihren Kontokorrentverkehr erweitert und verzinst ihre Kontokorrentguthaben zu fünf Prozent, wogegen die Banken nur einen Zinsfuß von drei Prozent gewähren. Dadurch gewinnen unsere Genossenschaften beträchtliche Summen, die wiederum den Mitgliedern zugute kommen.

Die in der vergangenen Generalversammlung vorgenommene Erhöhung des Geschäftskapitals auf 1,500.000 Kronen wurde nicht nur eingezahlt, sondern auch um ein beträchtliches überzahlt. Auch die diesjährige Generalversammlung hat neuerlich einstimmig beschlossen, das Gesellschaftskapital um eine Million Kronen zu erhöhen.

Im vergangenen Jahre wurde das neue Genossenschaftshaus in der Praterstraße erworben, wo nun alle Abteilungen der Großeinkaufsgesellschaft untergebracht sind und wo bald auch die Leitung des neuen großen Wiener Konsumvereines sein wird. Damit hat die Genossenschaftsbewegung endlich eine Zentrale erhalten, wo sie alle Zweige ihrer Tätigkeit vereinen kann und wo sie den geistigen Mittelpunkt und die zentrale Leitung vereinigt findet. Das Haus wurde um 1,200.000 Kronen gekauft und vollständig adaptiert. Außerdem wurde in Neradomitz bei Prag die erste Fabrik der Großeinkaufsgesellschaft errichtet. Es ist eine Marmeladefabrik, die schon im Betrieb ist, die ausgezeichnete Waren erzeugt; aber leider haben die Konsumvereinsmitglieder von der Güte der Erzeugung nichts, denn die Marmeladeverteilung ist in Oesterreich fabriksweise rayoniert und unsere Fabrik darf heute nicht ihren Mitgliedern liefern, sondern muß jene Teile von Böhmen versorgen, die ihr bei der allgemeinen Rayonierung zugewiesen werden. Auch dieses Jahr wird an dem weiteren Ausbau der Fabrik gearbeitet, damit wir in der Friedenswirtschaft einen außerordentlich leistungsfähigen Betrieb haben, wo wir alle Konserven herstellen können, die wir für das große Geschäft brauchen. Auch weitere Zweige der Eigenproduktion sollen nach Kriegsschluß in Angriff genommen werden.

Trotz der Steigerung des Umsatzes ist der Reingewinn, namentlich wenn man ihn mit dem Reingewinn des privaten Lebensmittelhandels vergleicht, außerordentlich bescheiden. Er beträgt 424.960 Kronen. Außer der Verzinsung der Stammeinlagen zu 5 Prozent haben die Gesellschafter keinen Gewinn an dem Geschäft. Alle anderen Beträge werden dem Reservefonds, dem Spezialreservefonds, dem Produktionsfonds und dem Pensionsfonds der Angestellten überwiesen. In der Zeit der ungeheuren Uebergewinne gewiß eine genossenschaftliche Leistung, die sich sehen lassen kann.

Daß die Großeinkaufsgesellschaft auch bei ihren Angestellten und Arbeitern ihre Pflicht tut, erhellt aus der Tatsache, daß das Durchschnittseinkommen eines Angestellten im Jahre 1917 um 1422 Kronen gestiegen ist. Wieviele Privatunternehmer können ähnliches melden? Es muß allerdings auch gesagt werden, daß die außerordentliche Arbeit, die das gesamte Personal leistet, sehr viel dazu beigetragen hat, daß wir imstande waren, diese ungeheure Arbeit zu übernehmen und durchzuführen, die ja nur der beurteilen kann, der weiß, was es heißt, wenn der Verpflegsstand eines Unternehmens um zwei Millionen Menschen in einem Jahre steigt.

Die außerordentlich erfreuliche Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft hat auch dazu geführt, daß sie bei der Zuckerverteilung, der Verteilung des Kriegskaffees, der Seife und der Waschmittel und nun auch bei der Volksbekleidung den Kronländern gleichgestellt wurde und daß sie für ihre Vereine und die Lebensmittelverbände nun die staatliche Verteilungsstelle geworden ist. Auch das erfordert ungeheure Arbeit, denn allein die Zuckerlieferung erfordert für jede Anforderung, die an die Zuckerzentrale gestellt werden muß, zwölf Eingaben und Erledigungen, und man kann sich vorstellen, welche Unsumme von Arbeit bei der Belieferung von drei Millionen Menschen — soviel dürfte die Großeinkaufsgesellschaft nun versorgen — geleistet werden muß.

Hoffen wir, daß die Entwicklung der Kriegsjahre auch gefolgt sein möge von einer gleichen Entwicklung in den kommenden Friedensjahren, denn die Großeinkaufsgesellschaften, das zeigen alle genossenschaftlichen Bewegungen der Welt, sind die Seele und der Geist der Bewegung; sie sind, um es ins Oesterreichische zu übersetzen, die Arbeiter-Zeitung der Genossenschaftsbewegung. Sind sie leistungsfähig und gesichert, dann ist auch die Bewegung fähig, alles zu erreichen, was sie zu erreichen streben muß, wenn sie wirklich die Massen aus der Hörigkei tdes Handels und des Finanzkapitals befreien soll.

Neue Freie Presse
28/III. 1918

Die Aushilfe des Komitats und der Stadt Raab für Wien.

Als die Nachricht von der Kürzung der Brotration nach Raab gelangte, richtete Obergespan v. Szabo an die Bevölkerung der Stadt und des Komitats Raab einen Appell, der Bevölkerung von Wien nach Tunlichkeit aus den eigenen Vorräten zu helfen. Die Aktion war von Erfolg begleitet. Es sind bereits ziemlich große Mengen von Lebensmitteln gesammelt und werden in den nächsten Tagen nach Wien abgesendet werden. Der Kaiser hat von dem Erfolg der Anregung des Obergespans Kenntnis erhalten und ihm durch die ungarische Regierung die Anerkennung aussprechen lassen. Von Bürgermeister Dr. Weisskirchner langte folgendes Telegramm ein: „Verbindlichsten und herzlichsten Dank für Ihre werten Bestrebungen, den Notstand der Wiener Bevölkerung zu lindern," worauf der Obergespan telegraphierte: „Komitat und königliche Freistadt Györ erachten es als ihre herzliche Pflicht, die Notlage der Wiener Bevölkerung zu lindern."

Neue Freie Presse
28/VI. 1918

Die einheitliche Kopfquote in Deutschland, Oesterreich und Ungarn.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 27. Juni.

Wie verlautet, hat Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz in Wien und Berlin mit den zuständigen Stellen Verhandlungen in der Lebensmittelfrage gepflogen. In diesen Konferenzen soll auch die Frage der einheitlichen Kopfquote in den verbündeten Staaten zur Sprache gelangt sein.

Neue Freie Presse

28/VI. 1918

44

Deutsche Hilfe zur Ernährung unserer Armee.

Konferenzen des Ernährungsministers Prinzen Windisch-Graetz im deutschen Hauptquartier.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 27. Juni.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, sind der ungarische Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz und Fürst Max Egon Fürstenberg aus dem deutschen Hauptquartier nach Berlin zurückgekehrt.

Es fanden im Großen Hauptquartier Konferenzen über die deutsche Beihilfe zur Ernährung der österreichisch-ungarischen Armee statt, die zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben.

In Berlin hatte Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz Besprechungen mit den für Ernährungsfragen maßgebenden Persönlichkeiten.

Österr. Volkszeitung
28/VI. 1918

48

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 30. Juni bis 6. Juli.

Sonntag: Karfiolsuppe, Schöpsenfleisch mit Häuptelsalat. — Abends: Kohlsuppe.

Montag: Vorreesuppe, Kohlrübenkoch. — Abends: Spinat mit Wurstauflage.

Dienstag: Kohlsuppe, Bratwurst mit Sauerkraut. — Abends: Kochsalat.

Mittwoch: Rindsuppe, Rindfleisch mit roten Rüben. — Abends: Rettichgemüse.

Donnerstag: Kümmelsuppe, gefüllter Kopfsalat (mit Fleisch vom Vortag oder Wurst gefüllt). — Abends: Gelbe Rüben.

Freitag: Spargelsuppe, Spargel mit Soße. — Abends: Schellfisch.

Samstag Würfelsuppe, Krautfleisch mit Schöpsenfleisch. Abends: Erbsensuppe mit Nockerln (grüne Erbsen).

Kohlrübenkoch. Geschälte Kohlrüben kocht man in Salzwasser, drückt sie durch, gibt sie in eine Einbrenne, vergießt sie mit etwas Suppe (Würfel) und läßt einkochen. In eine ausgeschmierte Kasserolle gibt man eine Lage Kohlrüben, eine Lage gehackte Knackwurst, dann eine Lage Kohlrüben, dann Schwämme und zum Schluß Kohlrüben.

Gefüllter Kopfsalat. Kopfsalat wird abgebrannt, abgetrocknet und auf jedes Blatt gehacktes Fleisch oder Wurst gestrichen. Man drückt die Blätter zusammen, legt den Salat in eine eingestrichene Form und gießt Fleischbrühe darauf (Würfel). Salz, Pfeffer und Zwiebel fügt man bei.

Krautfleisch von Schöpsenfleisch. In angeröstete Zwiebel gibt man würflig geschnittenes Fleisch, fügt Wasser und Paprika dazu und läßt dünsten. Dann gibt man geschnittenes Kraut oder Sauerkraut dazu und läßt weich dünsten.

Fremdenblatt
28/III. 1918

49

Die amerikanische Hilfe.

Not lehrt beten, selbst den stolzen Engländer. „Mit unserer Macht ist nichts getan," predigen jetzt englische Zeitungen in tausend Zungen und oft mit einer peinlich anmutenden Würdelosigkeit, wenn es gilt, Amerika zu größeren Leistungen zu veranlassen. „Unsere Stellung ist kritisch, besonders bis zum nächsten Herbst; aber die Vereinigten Staaten können uns retten," sagt Sir Josef Maclay, der Leiter des Schiffbauamtes, zu dem Londoner Vertreter der „New-York Times", damit er diesen englischen Notschrei an Amerika kabelt. Und wie in England sieht es bei den übrigen Ententemächten aus. „Heute kann kaum noch ein Fünftel unseres Einfuhrbedarfes durch unsere eigene Handelsmarine gedeckt werden," schreibt Nauticus in dem italienischen Militärfachblatt „La Preparazione". In Amerika beurteilt man die Lage ebenso. „Der Krieg wird von Deutschland gewonnen werden," schreibt die „Chicagoer Daily Tribune", „wenn Amerika nicht viel schneller Schiffe bauen kann, als es jetzt tut."

Wie aber sieht es mit der amerikanischen Hilfe aus? Geradezu grotesk mutet es an, was amerikanische Blätter über das Versagen der amerikanischen Hilfe zu berichten wissen. Allem Anschein nach herrscht dort ein Durcheinander, demgegenüber das russische Durcheinander verschwindet. „Auf Grund der besten Nachrichten, die ich mir habe verschaffen können," führte Senator Lodge der „New-York Times" zufolge in der Sitzung des amerikanischen Senats aus, „besteht die ganze Leistung unseres seit September 1916 bestehenden Schiffahrtsamtes darin, daß wir bisher im ganzen die Welträumte um zwei im eigenen Betriebe auf amerikanischen Werften gebaute Schiffe vermehrt haben. Allerdings haben wir einige bei uns von fremden Mächten bestellte Schiffe fertig gemacht und andere in Bestellung gegeben. An rein amerikanischen Schiffen haben wir bis jetzt tatsächlich nur zwei gebaut." Dabei wollen die technischen Phantasten Amerikas uns einreden, daß man in Zukunft auf den amerikanischen Werften Schiffe im Großbetrieb fabrikmäßig herstellen werde. Und wie im Schiffbau sieht es überall aus. 840 Millionen Dollar haben die Amerikaner im vergangenen Jahr für Flugzeuge ausgegeben und haben trotzdem, wie Senator Lodge in der gleichen Sitzung des amerikanischen Senats anführte, kein einziges Kampfflugzeug in Frankreich. 12.000 Kampfflugzeuge sollten, wie Senator New auf eine Anfrage des Senators Johnson mitteilte, bis zum 1. Juli 1918 in Frankreich abgeliefert werden, tatsächlich werden jedoch zur Ablieferung bis zum festgesetzten Zeitpunkt nur 37, also etwa ein Drittel Prozent, kommen. „Unser gesamtes Flugwesen ist in einem fürchterlichen Zustand der Verwirrung und Unordnung; es herrschen überall selbstsüchtige Interessen und Ränke vor," heißt es in einem Brief des Vertrauensmannes des Präsidenten Wilson, der in der Debatte verlesen wurde. Nicht einmal für die Ausrüstung des amerikanischen Heeres ist gesorgt. „Außer ein paar alten Küstengeschützen," berichtet Senator Lodge, „haben wir keine Kanone in Frankreich, wir schießen mit französischen Kanonen. Die Franzosen haben uns alle ihre Instruktionspläne für das 7,5 Zentimeter-Geschütz mitgeteilt, einschließlich der geheimen Zeichnungen für die Rücklaufvorrichtungen. Wir haben versucht, dieses Modell des besten Geschützes der Welt zu verbessern, haben aber bis jetzt noch kein einziges Geschütz fertig und sechs lange Monate verschwendet."

Freilich wird man an der Aufrichtigkeit der amerikanischen Hilfsbereitschaft gelinde Zweifel hegen müssen, zumal auf Grund amerikanischer Auslassung. So tritt zwar der amerikanische Marinesekretär Daniels in dem von der Regierung der Vereinigten Staaten herausgegebenen Official Bulletin, wie Lloyd List mitteilt, auf das nachdrücklichste für die möglichst ausgedehnte und beschleunigte Schiffsbeschaffung ein, da Amerika die Schiffe braucht, um seine Truppen nach Europa zu bringen und mit Nahrungsmitteln und Munition zu versorgen. Aber so ganz ernst scheint es selbst ihm damit nicht zu sein, denn, so bemerkt er weiter, „Amerika braucht auch Schiffe für seine große Handelsmarine, die nach dem Kriege dem amerikanischen Handel unter amerikanischer Flagge dienen soll." Es wird daher, so fügen wir hinzu, sich schwerlich besonders beeilen, seine handelspolitischen Zukunftshoffnungen als U-Bootfutter in das Sperrgebiet zu schicken, noch dazu zugunsten Englands, dem es den Verlust seiner einst blühenden Handelsflotte im amerikanischen Bürgerkrieg verdankt.

So sehen die Sorgen und Hoffnungen Englands auf amerikanische Hilfe aus, wohlbemerkt nach englischen und amerikanischen Angaben.

* * *

„Die Speisekammer der Verbandsgenossen ist verzweifelt leer," so telegraphierte Ende 1917 der damalige englische Ernährungsminister Lord Rhondda an seinen amerikanischen Kollegen Hoover in einem Weihnachtsglückwunsch. Hat der englische Notschrei auf der anderen Seite des Ozeans Widerhall gefunden? Nach allem, was wir aus England hören, verhallte der Ruf ungehört. Die Not ist im Wachsen; der Mangel an Lebensmitteln steigt. England, das nur einen verschwindend kleinen Teil des erforderlichen Getreides im eigenen Lande hervorbringt, ist auf die Einfuhr von Getreide angewiesen.

Gerade zur rechten Zeit, zur Jahreswende des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg, kam eine neue Nachricht aus England, die bestätigt, daß die Hoffnung auf die wirtschaftliche Hilfe, die Amerika bringen sollte, vergeblich war. Sie zeigt uns, in welch starkem Maße die Ausfuhr von Weizen aus Amerika abgenommen hat. Die nachstehenden Zahlen, die wir einem englischen Fachblatt des Getreidehandels entnehmen, stellt die Weizenausfuhr vom Juli 1916 bis Jänner 1917 den gleichen Monaten der Jahre 1917/18 gegenüber.

Die Weizenausfuhr betrug:

Juli 1916 bis Jänner 1917 2,464.320 Tonnen,
Juli 1917 bis Jänner 1918 799.680 Tonnen.

Die Ausfuhr ist also auf ein Drittel der Menge des Vorjahres gesunken.

Noch ungünstiger ist die Gegenüberstellung der Ausfuhrziffern im Jänner 1917 gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1918. Während im Jänner 1917 noch 514.080 Tonnen ausgeführt wurden, gelangten im Jänner 1918 nur 51.680 Tonnen zur Ausfuhr. Die Ausfuhr sank mithin auf ein Zehntel.

Anfang dieses Jahres meldete das Reuter-Bureau aus Washington, die Vereinigten Staaten wollten den Regierungen der Entente die Entscheidung überlassen, ob sie lieber Weizen haben wollten oder Truppen — denn zu beiden lange es nicht. Was die Entente gewählt hat, wissen wir nicht. Hat sie Weizen gewählt, so zeigen obige Zahlen, inwieweit ihr Wunsch in Erfüllung gegangen ist. Hat sie aber Truppen gewählt, so wurde an der Westfront bewiesen, daß Amerikas Truppen das Geschick der Entente nicht mehr wenden können.

Berliner Lokalanzeiger 29/12. 1918.

I.

51

Abbau der Zwangswirtschaft.

(Schluß.*)

Viel schwieriger und viel wichtiger ist

zu b) die Entscheidung über die Form der öffentlichen Bewirtschaftung.

Wie ist es möglich, den Landwirt an der Ablieferung zu interessieren, den Schleichhandel zu beseitigen bzw. als legitimen Handel in den Dienst der Organisation zu stellen, und schließlich die Behörden von unmöglichen Kontrollaufgaben und damit die Allgemeinheit von der allseitigen Korrumption zu befreien?

Die Höhe der Preise genügt nicht, um das Interesse des Landwirts zu sichern. Im Gegenteil haben die Landwirte die Erfahrung gemacht, daß zum Schluß des Erntejahres, wenn die Vorräte zur Neige gehen, meist auch höhere Preise einsetzen, wie z. B. jetzt beim Hafer, so daß der, der am längsten zurückhält, doch schließlich den größten Vorteil hat. Der Landwirt muß den Vorteil in seiner Wirtschaft verspüren. Die Sehnsucht nach größerer Freiheit muß bei pünktlicher Ablieferung befriedigt werden.

Ein Beispiel aus einem Wirtschaftsbezirk des okkupierten Gebietes mag dies erläutern.

Es sollte Schafwolle aufgebracht werden. Zunächst wurde bestimmt, daß jeder Bauer bei Androhung der Enteignung seine ganze Wolle abzuliefern hätte, jeder sonstige Handel unter Strafe gestellt würde. Der Erfolg blieb aus. Und weder die Enteignung ließ sich durchführen, noch der Handel unterbinden. Darauf wurde angeordnet, daß von jedem großen Schaf zwei Pfund, von jedem Lamme ein Pfund Wolle abzugeben seien. Wer diese Ablieferung erfüllt habe, könne über den Rest der Wolle frei — auch im Wege des Handels — verfügen. Darauf kam die Wolle in großen Mengen zusammen, und war obendrein zu erschwinglichen Preisen im Handel zu erwerben.

Die Anwendung dieses Beispiels auf unser Erfassungssystem ergibt folgendes:

Es muß allgemein zum System der „Umlage" übergegangen werden. Grundsätzlich darf es nicht mehr heißen: „Bis auf eine bestimmt bemessene Menge mußt du alles abliefern, jeder Handel ist verboten", sondern: „Du mußt eine bestimmte Menge (die Umlage) abliefern, über den Rest verfügst du frei!"

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Umstellung des Grundsatzes nicht nur eine völlige Umstellung des Systems, sondern auch eine völlige Umstellung der Gedanken bei dem einzelnen Erzeuger im Gefolge haben muß. Während der Landwirt heute danach trachtet, den ihm verbleibenden Teil möglichst zu vergrößern und die Ablieferung möglichst hintanzuhalten, wird er künftig sein Interesse darin finden, möglichst früh sein „Soll" erfüllt und damit die ersehnte Freiheit erlangt zu haben.

Vor der Erläuterung der weiteren sich hieraus ergebenden Vorteile sollen aber zunächst noch einige Grundsätze aufgestellt werden, die bei dem neuen System Beachtung finden müssen.

Die Umstellung darf kein Sprung ins Dunkle sein. Die Lage ist zu kritisch zum Experimentieren; wir wissen, daß auch das bisherige System uns vorm Verhungern schützt, und dürfen davon nur abgehen unter den größten Sicherheiten für den Fall, daß die Umstellung mißlingt.

Zu diesen Sicherheiten gehört:

1. Die Höhe der Umlage muß so bemessen sein, daß sie den Bedarf unter allen Umständen deckt. Es muß also ausgegangen werden von dem Bedarf des Heeres und der versorgungsberechtigten Bevölkerung. Es muß weiter ein Zuschlag für etwaige Ausfälle gemacht werden. Die Umlage wird also in ihrer Höhe nicht viel von den Mengen abweichen dürfen, die auch bei dem bisherigen System aufgebracht werden mußten.

Eine besondere Schwierigkeit bildet die Verteilung der Umlage. Diese muß erfolgen nach der Anbaufläche und den mutmaßlichen Ernteerträgen, die in ungefähren Schätzungen vor der Ernte zu ermitteln sind. Das Reich nimmt die Unterverteilung auf die Bundesstaaten, diese auf die Provinzen und diese wieder auf die Kreise vor. Die Kreise schließlich legen auf die Gemeinden usw. um. Je weiter nach unten die Unterverteilung vor sich geht, um so genauere Schätzungen müssen vorgenommen werden. Bei jeder Umlage wird ein gewisser Sicherheitsaufschlag gemacht werden müssen. Es mag hier eingewandt werden, daß schon bei diesen Schätzungen verhängnisvolle Fehler unterlaufen können. Dies muß zugegeben werden, aber auch das jetzige System baut sich völlig auf solchen Schätzungen auf. Wir werden aber sehen, daß sich künftighin etwaige Schätzungsfehler im freien Handel werden ausgleichen lassen, was bisher nicht möglich war.

2. Die Erfassung muß gesichert sein. Sie wird gesichert dadurch, daß der jetzt vorhandene passive Widerstand der Erzeuger beseitigt und in aktive Mithilfe verwandelt wird.

Bis zur restlosen Erfüllung der Umlagen müssen die zurzeit geltenden Verbrauchs- und Absatzbeschränkungen bestehen bleiben. Das bietet Sicherheit gegen ein etwaiges Mißlingen des Versuchs. Nur den Kommunalverbänden, die ihr „Soll" erfüllt haben, wird die freie Wirtschaft gewährt. Nur dort tritt der freie Handel in sein Recht. Diese Beschränkung ist notwendig, weil nur dann das Bestreben des Erzeugers, seine Ablieferungen zu erfüllen, ernst sein wird, weil nur dann eine gegenseitige Kontrolle — und auf diese ist der größte Wert zu legen — der Landwirte einsetzen wird. Wenn z. B. ein Kreis erst dann zur freien Wirtschaft übergehen darf, wenn er sein „Soll" erfüllt hat, werden die Landwirte sich gegenseitig überwachen, werden vielleicht einzelne, die mehr leisten können, als ihnen aufgegeben ist, dies Mehr abliefern, um sich und den anderen die Freiheit zu erkaufen.

Solange das „Soll" nicht erfüllt ist, bestehen also äußerlich keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem bisherigen und dem neuen System. Der Landwirt ist in seinem Eigenverbrauch genau so beschränkt wie bisher, die behördliche Kontrolle lastet auf ihm mit dem gleichen Druck, der freie Handel ist verboten. Innerlich besteht allerdings bei dem neuen System schon in diesem Stadium als treibendes Element: die Aussicht auf die Freiheit. Um diese Freiheit zu erlangen, werden Behörden, Landwirte und Handel alle Kräfte rühren. Da alle Kreise in gleicher Weise an der schnellen Erfüllung des Solls interessiert sind, wird es möglich sein, die Erzeuger, die Behörden und den Handel zu Erfassungsorganisationen zusammenzuziehen, die sich über das ganze Land ausbreiten und die Ablieferungen betreiben. In dieser persönlichen Interessiertheit aller Kreise an der schnellen Ablieferung liegt der erste große Vorteil des neuen Systems.

Sobald nun ein Kommunalverband sein „Soll" erfüllt hat, wird ihm und allen seinen Gliedern die „Freiheit" geschenkt, dem Handel wird gestattet, sich ihm zuzuwenden — nicht auf Schleichpfaden, sondern auf legitimem, öffentlichem Wege. Im allgemeinen werden diejenigen Kommunalverbände ihr „Soll" am ehesten erfüllen, die bei der Umlage infolge von Schätzungsfehlern zu gering bedacht sind, oder die aus sonstigen Gründen über größere Vorräte verfügen. Solange auch diese über das „Soll" hinausgehenden Lebensmittel der Beschlagnahme und den Höchstpreisen unterliegen, werden sie freiwillig den Weg in die Oeffentlichkeit nicht finden. Der Schleichhandel wird sich ihrer annehmen. Dadurch, daß jetzt gegenüber diesen Ueberschüssen der freie Handel zugelassen ist, werden sie der Allgemeinheit zugeführt werden. Da weiter der freie Handel nicht nur über ein größeres Angebot verfügt, sondern auch mit erheblich geringeren Spesen arbeiten wird, als der Schleichhandel, wird von selbst eine Senkung der Preise eintreten, und diese wird sich nur weiter ausdehnen, je mehr Kreise ihr „Soll" erfüllt haben und dem freien Handel offenstehen. Die bei der Umlage unvermeidlichen

Suzanne car je sais bien, que ta maman se serait

Berliner Lokalanzeiger 29/12. 1918.

II

Abbau der Zwangswirtschaft.

52

Schätzungsfehler werden ausgeglichen; dem Schleichhandel aber wird der Atem ausgehen.

Selbstverständlich wird der Staat gleichfalls im freien Handel als Käufer auftreten und so in der Lage sein, etwaige Lücken in seiner Bedarfsdeckung noch zu schließen.

Die Vorteile, die aus einem so gearteten Zusammenwirken von öffentlicher Bewirtschaftung und freiem Handel für diejenigen Industrien usw. erwachsen, die sich heute notgedrungen im Wege des Schleichhandels Lebensmittel für ihre Arbeiter schaffen müssen, die Aussichten, die sich eröffnen für die Rückkehr von Recht und Gerechtigkeit, die Erleichterungen, die sich bieten für die Arbeit der Behörden, dies alles soll hier nur gestreift werden.

Die Unterschiede gegenüber dem bisherigen System lassen sich hiernach wie folgt zusammenfassen:

1. Das „Aufbringungssoll" richtet sich nach dem Bedarf. Seine tatsächliche Höhe wird sich also nicht wesentlich von der bisherigen unterscheiden.

2. Die Absatz- und die für den Erzeuger geltenden Verbrauchsbeschränkungen bleiben nur bestehen, solange das „Soll" nicht erfüllt ist.

3. Alle Kreise, besonders aber Landwirtschaft und Handel, würden an der schnellen Aufbringung des „Solls" dadurch interessiert, daß sie sich damit ihre wirtschaftliche Freiheit erkaufen, während bisher beide (der Handel und die Form des Schleichhandels) ein umgekehrtes Interesse haben.

4. Der freie Handel kann sich der günstig gestellten Bezirke annehmen, die ihr Soll erfüllt haben, was zur weiteren Folge hat:

a) Fehler bei der Umlage werden ausgeglichen, die Ueberschüsse einzelner Bezirke werden der Oeffentlichkeit zugeführt, während sie bisher im Schleichhandel umgesetzt wurden.

b) Die im freien Handel gezahlten Preise werden niedriger sein als die im Schleichhandel.

c) Der Schleichhandel wird unrentabel und muß verschwinden.

d) Der Staat kann im freien Ankauf Lücken in seiner Bedarfsdeckung schließen.

5. Die Behörden werden von den ihnen zugewiesenen Kontrollaufgaben befreit. Die allgemeine Verwirrung der Rechtsbegriffe wird allmählich geheilt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob sich das neue System auch eignet für Lebensmittel, deren Ablieferung sich auf das ganze Jahr erstrecken muß, wie z. B. Fleisch, Milch und Fett. Die Hauptsache ist, daß einmal erst der Anfang gemacht wird, daß Erfahrungen damit gewonnen werden.

Unter den dargelegten Vorsichtsmaßregeln dürfte das wohl möglich sein. v. R.

Die Zeit 29.VII. 1918

Die Ernährungsfrage.

Lebensmitteltransporte aus Ungarn.

Aus Budapest, 28. d., wird telegraphiert: Gestern sind weitere 25 Waggons, zur Hälfte Nullermehl, zur Hälfte Brotmehl, an die Stadt Wien abgegangen, wodurch die vom Bürgermeister Body durch Spenden zustandegebrachten 50 Waggons Mehl komplett sind. Das ungarische Ernährungsministerium hat gestern ebenfalls 50 Waggons Mahlprodukte nach Wien abrollen lassen und verfügt, daß die Gemüsesendungen systemisiert werden und von nun an täglich zehn Waggons frisches Gemüse nach Wien abgehen sollen. Heute wurden zwei Waggons Selchfleisch nach Wien abgeschickt.

Zur Rindfleischrayonierung.

Die Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft macht das konsumierende Publikum in dessen eigenem Interesse auf die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung des Magistrats vom 24. d. betreffend die Einführung von Einkaufscheinen und die Vorbereitung der Bezugsregelung für Einheits- und Extremfleisch aufmerksam.

Einheits- und Extremrindfleisch darf von Mittwoch den 10. Juli angefangen nur gegen Vorweisung der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch und Abtrennung der jeweils verlautbarten Abschnitte derselben zur Abgabe gelangen. Der Rindfleischbezug auf rote Lebensmittelkarten für Militärurlauber bleibt unverändert. Die Einkaufscheine für Rindfleisch sind weiß, enthalten 40 Abschnitte für je eine halbe Wochenmenge, und es werden bei einmaligem Bezug der zustehenden Wochenmenge je zwei mit dem gleichen Buchstaben versehene Abschnitte, bei getrenntem Bezug je ein solcher Abschnitt vom Fleischverkäufer zur Abtrennung gebracht.

Behufs Erhaltes der Einkaufscheine für Rindfleisch haben sich die Besitzer der derzeitigen amtlichen Einkaufscheine an den unten angegebenen Tagen bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission, beziehungsweise Haushalte mit mehr als vierzehn Personen bei der Konskriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes einzufinden. Der derzeitige Einkaufschein ist mitzubringen. Es wird für jeden vorgewiesenen amtlichen Einkaufschein ein entsprechender Einkaufschein für Rindfleisch ausgestellt. Die Ausgabe der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch findet statt für Haushalte und Einzelpersonen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A bis E am 1. Juli, F bis H am 2. Juli, I bis L am 3. Juli, M bis O am 4. Juli, R, S und Sch am 5. Juli, St, T bis Z am 6. Juli in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 11 Uhr mittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Die Besitzer der neuen weißen Einkaufscheine für Rindfleisch sind verpflichtet, sich vom 6. bis einschließlich 12. Juli bei einem amtlich befugten, freigewählten Rindfleischverkäufer in die Kundenliste eintragen zu lassen. Zum Zeichen der erfolgten Eintragung und Uebernahme der Lieferung hat der Rindfleischverkäufer seinen Namen und Betriebsort oder seinen Geschäftsstempel und die fortlaufende Nummer der Kundenliste in den hierfür vorhandenen Raum des Einkaufscheines für Rindfleisch einzusetzen. Verzögerte Anmeldung zur Eintragung in die Kundenliste zieht die Unmöglichkeit des Rindfleischbezuges für längere Zeit nach sich. Die Vorstehung empfiehlt den Konsumenten, sich nach freier Wahl bei ihren bisherigen Fleischhauern, mit denen sie zumeist Jahre hindurch in angenehmer Verbindung waren, in die Kundenliste eintragen zu lassen.

Der Lebensmittelverkehr nach den Kurorten und Sommerfrischen.

Die Staatseisenbahnverwaltung hat für ihren Bereich einen Expreßgutverkehr zur Beförderung von Lebensmitteln nach Kurorten und Sommerfrischen für die Parteien eingerichtet, die die Lebensmittel aus ihrem ständigen Wohnort zu beziehen genötigt sind. Für diese Sendungen und für die leer zurückgehenden Behälter gelangen in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September Tarifsätze für Reisegepäck zur Anwendung. Für diese Lebensmittelsendungen ist die Beibringung einer General-Transportbescheinigung vorgeschrieben, die von der politischen Behörde des Sommeraufenthaltsortes ausgestellt wird und bei jedesmaliger Aufgabe vorzuweisen ist. Die Behälter, die eine genügende Festigkeit besitzen müssen, sind mit der Aufschrift „Sommerverkehr" und der genauen Adresse für den Voll- und Leerlauf zu versehen. Sendungen, deren Behälter äußerliche Spuren von Verletzungen tragen oder von der Bahn als mangelhaft angesehen werden, können zur Beförderung nicht angenommen werden. Es wird daher dringend empfohlen, entsprechend starke, versperrbare Kistchen zu verwenden.

Auf Anregung des Landesverbandes für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich hat sich die Firma Eilgutsammeldienst C. H. Hirsch & Ko. in Wien, 1. Bezirk, Rudolfsplatz Nr. 8, bereit erklärt, sowohl die Abholung der für die Kurorte und Sommerfrischen bestimmten Lebensmittelsendungen als auch die Zustellung der nach Wien rücklangenden, als Expreßgut aufgelieferten leeren Behälter gegen mäßige Gebühren in ihren in verschiedenen Bezirken eingerichteten Sammelstellen zu übernehmen. Die Adressen der Sammelstellen werden noch in den Tagesblättern verlautbart werden. Der Zustelldienst der Firma C. H. Hirsch & Ko. erstreckt sich auf die Stationen Wien Westbahnhof, Wien Franz Josefbahnhof, Wien Nordbahnhof, Wien Nordwestbahnhof und Wien Ostbahnhof. Parteien, die sich der Vermittlung der Firma Eilgutsammeldienst C. H. Hirsch & Ko. bedienen wollen, haben die näheren Vereinbarungen mit dieser Firma zu treffen. Das Publikum wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die leer nach Wien rückkehrenden Behälter, die von der Firma C. H. Hirsch & Ko. übernommen werden sollen, auf der Adresse den deutlich lesbaren Zusatz „Hirsch Zustellungsdienst" zu tragen haben. Die äußere Bezeichnung der Behältnisse hätte nach folgendem Muster zu erfolgen:

Sommerverkehr.

Vollauf:

Herrn Karl Reithmayer,

Gmunden, Esplanade

Bestimmungsstation Gmunden.

Leerlauf:

Herrn Hans Ueberberger,

Wien, 1. Bezirk, Kärntnerstraße Nr. 6

Bestimmungsstation Wien (Westbahnhof.

Hirsch Zustellungsdienst.

Die Abfertigung der Sendungen erfolgt bei den Bahngepäckskassen. Um eine rasche und sichere Beförderung der Expreßgutsendungen in die Stationen der hauptsächlich in Betracht kommenden Relation Wien—Linz—Attnang—Puchheim—Bad Ischl—Bad Aussee zu sichern, werden zur Beförderung der Lebensmittelsendungen in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September jeden Dienstag und Freitag bei einem abends abgehenden beschleunigten Zug besondere Expreßgutwagen geführt werden, die in den Stationen des Salzkammergutes im Laufe des darauffolgenden Tages eintreffen werden. Es empfiehlt sich wegen der raschen und gesicherten Beförderung, die für die Stationen der genannten Salzkammergutstrecken bestimmten Lebensmittel zu diesen Expreßgutkursen aufzuliefern.

Fremdenblatt
29. III. 1918

54

Höchstpreise.

Vom Reichsrats-Abgeordneten **Emil Kraft.**

Während der letzten französischen Revolution stiegen die Preise aller Waren um so höher, je mehr Assignaten in Umlauf kamen. Da infolge der teilweisen Aufhebung der sozialen Ordnung die Einfuhr und Produktion von Waren fiel, so multiplizierten sich Warenmangel und Banknotenüberfluß derart, daß die Preise ins Unerschwingliche zu steigen begannen. Das nächstliegende und rein verstandesmäßige einfachste Gegenmittel wurde angewendet — das heißt, Höchstpreise für die wichtigsten Lebensmittel eingeführt. Darauf verschwanden alle mit dem Höchstpreis belegten Waren und waren nur mehr im Schleichhandel erhältlich, natürlich nur zu noch höheren Preisen, weit über das Niveau, das dem Marktpreis nach dem Verhältnis des Geldes zur Ware entsprach. Damals stellte man sich — genau wie heute — bei den Läden an, die Polizei spannte Stricke und die Hand auf dem Seile entschied über den Vorrang, wehe dem, der es ausließ, er verlor seinen Platz und mußte sich ganz hinten am Menschenwurm wieder neu anstellen.

Als man einsah, daß Höchstpreise nichts nützten, hob man nach schweren Kämpfen dieselben auf, obwohl die Theoretiker der damaligen Zeit die fürchterlichsten Prophezeiungen über die Unerschwinglichkeit der Preise gaben. Unter Kaiser Franz wurden ebenfalls in der Zeit der Bankozettelwirtschaft, als eine Fiakerfahrt nach Klosterneuburg 1000 Gulden, ein Ei 3 Gulden kostete, alle anderen Waren im gleichen Verhältnis standen, Höchstpreise eingeführt, ungefähr mit gleichem Erfolg, ebenso wie so ziemlich alle Maßregeln, welche wir heute erlebten. Als man dann die Bankozettel auf den fünften Teil herabsetzte, ungefähr auf den Wert der damals neben dem Bankozettel kursierenden Konventionsmünze, fielen alle Warenpreise so lange, bis, wieder ansteigend bis 1816, die neuen Geldnoten, die Einlösungsscheine, wieder ungeheuer anwuchsen. Wir treffen gleiche oder ähnliche Erscheinungen im Dreißigjährigen Kriege, im Mittelalter und Altertum. Warenmangel, Geldentwertung, gebundene Preise und fast immer ein Versagen, wenn die Theorie ohne Rücksicht auf die Erfahrung der Geschichte immer wieder versucht, erkannte, aber wieder vergessene Irrwege einzuschlagen. Fast alle volkswirtschaftlichen Erscheinungen wiederholen sich, wie die Punkte auf der Spirale, die sich um den Stab windet; sie kehren alle wieder, nur um eine Entwicklungsstufe höher.

Nun kann natürlich niemand verlangen, daß der Staat den Wirkungen des Warenmangels und der Geldentwertung teilnahmslos gegenübersteht, sind es doch vor allem die Festbesoldeten, die Pensionisten und kleinen Rentner, welche die fürchterliche Last der Teuerung zu tragen haben, aber man kann fordern, daß der Staat aus den Erfahrungen, wenn schon nicht der geschichtlichen Vergangenheit, so doch aus der jüngsten Zeit, etwas lernt. Nun haben für das Reich giltige Höchstpreise bisher überall dort, wo die Ware nicht öffentlich bewirtschaftet werden konnte, zum Verschwinden derselben geführt. Wer erinnert sich nicht an den Tag, wo Höchstpreise für Zuckerwaren, Honig und eine Menge anderer Artikel eingeführt wurden und sämtliche Waren schon am nächsten Tag nach der behördlichen Verordnung verschwunden waren?

Aehnliche Wirkungen lokaler Art brachten auf einzelne Gegenden beschränkte Erlässe hervor. Für Obst und Gemüse z. B. gab sich die Situation folgendermaßen:

1916 noch keine allgemeinen Höchstpreise und keine Verkehrsbeschränkungen, daher reichlich beschickte Märkte, die Preise im gestiegenen Preisniveau, natürlich höher als im Frieden.

1917, erstes Semester: es gab lokale Preisbeschränkungen, z. B. in Graz Höchstpreise auf Frühobst, in Wien, Salzburg und anderen Städten keine oder höhere Höchstpreise. Wirkung: in Graz kosten die Kirschen 1 Krone 20 Heller, es gibt aber dort keine auf dem Markt, auch der Wiener Markt ist leer, in Salzburg und anderen Städten werden sie per Kilogramm um 2 Kronen bis 2 Kronen 50 Heller verkauft, gegenüber dem Friedenspreis von 50 bis 60 Heller.

1917, zweites Halbjahr: Die Geos im vollen Betriebe, überall Höchstpreise und Verkehrsbeschränkungen, Transportscheinzwang für Obst und Gemüse. Der Wiener Markt ist vollständig leer, mittelst Anstellen sind ab und zu kleine Obstmengen, aber kein Gemüse um den Höchstpreis zu bekommen.

1918, Frühjahr: Die Verkehrsbeschränkungen, Transportscheine der „Geos" werden für Frühgemüse und Obst aufgehoben, die Märkte schwimmen in Gemüse, hauptsächlich Salat, Spinat ꝛc. aus Ungarn. Frühobst kommt vorerst noch spärlich und wird am Markt sehr teuer, meist schon am Baum von den Marmeladefabrikanten zu riesig hohen Preisen angekauft.

Der Höhepunkt für die Frühobsternte ist noch nicht gekommen und die Gefahr, daß die Voraussagungen der Theoretiker ebenso Schiffbruch leiden wie beim Gemüse, liegt vor. Nun werden allgemein Höchstpreise verlangt! Was wird die nächste Folge sein? Jeder Kontrollapparat fehlt oder versagt und die Ware wird daher wieder auf den Schleichhandelweg getrieben, wo sie zu Phantasiepreisen gekauft wird. Am Markte und zu den Höchstpreisen wird sie nur erscheinen, wenn Verderben droht, wenn ein achttägiger Regen die Kirschen und dergleichen zum Anfaulen bringt, so daß sie auf den Markt gebracht werden müssen.

Ganz andere Mittel hätte die „Geos", wenn sie richtunggebend jetzt schon den Marmeladepreis bestimmen würde. Die Konkurrenz der Marmeladefabriken könnte, selbst wenn man annimmt, daß 40 bis 60 Prozent mancher Marmelade aus einer Grundsubstanz vom Rübenmarkt besteht, doch nur bis zu einem, den Endpreis bestimmenden Punkt die Preise hinauftreiben, und bezüglich der Ablieferung hat sie genügend Kontrolle, weil sie nach der Zuckerzuweisung die Abgabe festsetzen kann. Leider ist die „Geos", was die Erlassung und rechtzeitige Durchführung von Handlungen anbetrifft, zumeist sehr rückständig. Wir erinnern an die Festsetzung der Höchstpreise für Obst, Freigabe von Marmelade im Vorjahre, weiters an das Krautkeind im heurigen Jahr, wo dies Volksnahrungsmittel erst freigegeben wurde, als es knapp vor dem Verderben stand. Statt also das Mittel anzuwenden, die Marmeladepreise jetzt schon zu bestimmen, wird auf Höchstpreise gedrungen; ich wünschte, es würde nützen, fürchte aber, daß sie zu gar nichts anderem gut sein werden, als ein falsches System der „Geos" und ihrer starren Anhänger, das durch die reiche Beschickung der Märkte mit Gemüse einigermaßen selbst bei den reinen Theoretikern Schiffbruch gelitten hat, nochmals zu retten.

Am Baume der Erkenntnis ist noch ein Ast, den man häufig nicht sieht, oder nicht sehen will, es ist der psychologische Teil jedes Problems.

Es ist für die Preisbildung nicht gleich, ob der Händler den Markt aufsucht oder ob er verärgert dem Markte fern bleibt und einzeln von Konsumenten aufgesucht werden muß. In diesem Falle ist er weitaus der Stärkere und bei Verhängung der Höchstpreise tritt gerade dieses Element stark in Erscheinung. Wird der Markt aber aufgesucht, dann ist der Konsument wenn auch nicht der Stärkere, aber das Machtverhältnis ist besser verteilt. Um nun den Jammer voll zu machen, hat Ungarn selbst eine Art Obst- und Gemüsezentrale gegründet und hindert die Ausfuhr von Obst durch Verkehrsbeschränkungen, Transportscheine usw.

Was soll man also tun? Es gibt nur eine Möglichkeit, Höchstpreise zu verhängen, dann, wenn der Staat die Ware selbst bewirtschaften kann oder wenn er einen ausgebildeten Apparat mit tüchtigen Hilfskräften zur Verfügung hat, durch welche der Produzent veranlaßt werden kann, seine Ware am Markte oder am Produktionsort auszubieten. Hat man diesen Apparat nicht, dann ist die Festsetzung von Höchstpreisen ein Fehler, weil er die gegenteilige Wirkung erzielt, als beabsichtigt war. Ich sage dies ohne Eifer und Zorn, bewußt, daß der Weg voll Dornen ist und keine Behörde, keine Zentrale bei Aufwand aller Tugend und Weisheit in der gegenwärtigen Not die Menschheit befriedigen kann, aber Eines kann man verlangen, man soll die gleichen, bereits erkannte Fehler nicht immer wiederholen.

Hamburger Fremdenblatt 30/VI. 1918

Kartoffelpräparate etwa 15 %, Fischmehl 5 %, Kalk 14 % neben Kraftfutter und Kleie. Es hat einen Gehalt von etwa 17,5 % Eiweiß und 2 % Fett.

Die Futterstoffe, die unabhängig von der Futterkarte abgegeben werden, haben folgende Zusammensetzung:

Haushaltungsmehl	11 %	Eiweiß und	1,5 % Fett,
Obsttrester	7 %	„ „	2,9 % „
Heumehl	9,4 %	„ „	1,7 % „

Für die Abgabe gelten die bekannten Bedingungen.

Die Preise betragen:

ℳ 16.—	für den Zentner	beschädigte gedarrte Gerstenkleie,
„ 24.—	„ „ „	beschäd. gedarrt. Leinkuchenmehl,
„ 30.—	„ „ „	Einheitsfutter für Schweine,
„ 35.—	„ „ „	Einheitsfutter für Geflügel,
„ 25.—	„ „ „	Weichfutter für Geflügel,
„ 26.—	„ „ „	Haushaltungsabfälle,
„ 17.—	„ „ „	Obsttrestermehl,
„ 23.—	„ „ „	Heumehl.

Sämtliche Preise gelten für Lieferung ohne Sack ab Lager, Hamburg 6, Lagerstraße 4. Die Pfandgebühr für einen Leihsack beträgt ℳ 5, doch wird, falls der Sack in heilem Zustande zurückgeliefert wird, das Pfandgeld zurückbezahlt unter Berechnung einer Leihgebühr von 1 Pf. für Sack und Tag. Mindestgebühr 10 Pf.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Einheitsfutter für Schweine und Geflügel zwar aus reinen Bestandteilen zusammengesetzt ist, aber bei dem herrschenden Mangel an Futterstoffen nur aus Ersatzstoffen bestehen kann, die nicht den gleichen Wert haben wie die üblichen Futtermittel. Das Einheitsfutter für Schweine ist für sich allein nicht geeignet, die Schweine fett zu machen, sondern hat nur Wert als Zusatz zu anderen Futterstoffen.

Die Geschäftsräume sowie das Lager der Futterverteilungsstelle sind von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags geöffnet.

Hamburg, den 24. Juni 1918.

Die Landherrenschaften.

Neue Freie Presse
1./VII. 1918

57

Einigung über die Nahrungsfrage in Berlin.

Schreiben des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm, überreicht vom Fürsten Fürstenberg.

Wien, 1. Juli.

Amtlich wird gemeldet: Da die gegenwärtige Verpflegslage zu geradezu unlösbaren Schwierigkeiten führte, hat Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm ein Schreiben gerichtet, welches am 24. Juni durch Generalmajor Max Egon Fürst Fürstenberg überreicht wurde. Auf Grund der nach Erhalt dieses Handschreibens durch den deutschen Kaiser erteilten Weisungen fanden im Großen Hauptquartier und bei den kompetenten Stellen in Berlin Besprechungen statt, an welchen der ungarische Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Graetz und ein Vertreter des k. u. k. Oberkommandos teilnahmen.

Die dank der Initiative beider Monarchen eingeleiteten Verhandlungen haben zu vollem Einvernehmen bezüglich gemeinsamer planmäßiger Verwertung aller Getreidevorräte bis zur neuen Ernte geführt.

Arbeiterzeitung
2./VII. 1918

58

Die Versorgung mit fetthaltigen Waschmitteln.

Der Preis für die Kriegsverband-Toiletteseife ist vor einiger Zeit im Kleinverkauf von 56 auf 74 Heller für das 100 Gramm-Stück erhöht worden. Diese Preiserhöhung wäre immerhin noch zu ertragen, da eine andere halbwegs brauchbare Seife zu einem Preise, den auch der Minderbemittelte zahlen kann, überhaupt nicht aufzutreiben ist. Auf dem Lande und in Wirtschaften, wo fetthaltige Abfälle zur Verfügung standen, half man sich gegen die Seifennot bisher zumeist damit, daß man selbst Waschmittel für den eigenen Gebrauch erzeugte und in letzter Zeit auch in diesen Kreisen die Forderung erhob, daß von Staats wegen den Selbsterzeugern von Waschmitteln eine bestimmte Menge des im freien Handel nicht mehr erhältlichen Aetznatrons zur Verfügung gestellt werde. Nun besteht aber seit dem 8. April 1916 eine Verordnung, mit der die Herstellung von Seifen unter Verwendung von Fettstoffen aller Art verboten und ausschließlich unter Kontrolle des Kriegsverbandes gestellt ist, was anscheinlich bisher zumeist nicht beachtet worden ist. Der Kriegsverband für Oel- und Fettindustrie gesteht nun selbst zu, „daß die Klagen über den Waschmittelmangel vollauf zutreffend sind und daß sogar von einer wirklichen Seifennot gesprochen werden muß". Die Ursachen dieser Waschmittelknappheit sind darin zu suchen, daß Fettstoffe und Soda nicht in hinreichenden Mengen aufgebracht werden können und daß weiter die Zufuhr an Kohlen, Rohmaterialien und Hilfsstoffen infolge des Waggonmangels vielfach Stockungen ausgesetzt ist. Die Not an brauchbaren Waschmitteln ist also tatsächlich eine allgemeine Kalamität, da besonders die vielen im Handel erscheinenden „Seifen- und Waschmittelersätze" als zumeist wertloser Schund ihren Zweck nicht erfüllen und im Preise in gar keinem Verhältnis zu ihrem wirklichen Werte stehen. An besseren Seifen, die ohne Karte verkauft werden, herrscht allerdings auch heute noch kein Mangel, wenn man in der Lage ist, die unerhörten Wucherpreise dafür zu bezahlen. Ein Stück Speikseife, das im Frieden 60 bis 70 Heller kostete, wird heute zu 12 Kronen und zu noch höherem Preise verkauft. Der Schleichhandel hat sich mit dieser Friedensware in der Zeit, als man das Erscheinen der Verordnung zur Bewirtschaftung der Seifen wochenlang vorher ankündigte, reichlich versorgt und die Bevölkerung muß nun den Schneckengang des Amtsschimmels mit den teuren Wucherpreisen bezahlen.

Arbeiterzeitung
2./VII. 1918

59

Kerzenausgabe. In den Monaten Juli und August wird für Wohnungen, ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung, sowie für Wohnungen und Nebenmieten, für welche Petroleumsbezugskarten ausgegeben wurden, je eine Kerze im Gewicht von $^1/_{32}$ Kilogramm ausgefolgt. Als Bezugskarten gelten wie bisher der amtliche Einkaufsschein und die Petroleumbezugskarte. Beim derzeit gültigen amtlichen Einkaufsschein ist im Monat Juli die auf der rechten Seite befindliche Zahl 36, im Monat August die Zahl 54 abzutrennen.

Die Zeit Abend
2./VII. 1918

61

Erschwerung der Verpflegung.

In den letzten Tagen haben mehrere bekannte Gastwirtschaften ihre Pforten geschlossen, da sie nicht mehr imstande sind, die für die Ausspeisung der Gäste notwendigen Lebensmittel aufzutreiben. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Wirte genötigt sind, ihre Bedarfsartikel für die Küche größtenteils im Schleichhandel zu erwerben.

Die an sich gewiß segensreiche Tätigkeit des Kriegswucheramtes, die zur Ausforschung zahlreicher Warenverschlepper und Preisverteurer geführt hat, hat in ihrer Wirksamkeit auf die Gastwirtschaften und Hotels insofern auch böse Folgen gezeitigt, als einzelne Restaurateure nach der Beschlagnahme von Mehl und anderen Artikeln die Konsequenzen zogen und ihre Lokale einfach sperrten. So hat dieser Tage ein stadtbekannter Restaurateur auf einem bevorragenden Posten im 9. Bezirk infolge des angedeuteten Vorgehens des Kriegswucheramtes in den letzten Tagen seine zahlreichen Mittags- und Abendgäste durch die Sperre seines Lokals einfach brotlos gemacht. Das schneidige Vorgehen der Behörden gegen Preiswucher aller Art mag gewiß am Platze sein, doch ist aber auch das eine zu bedenken, daß diese Tätigkeit über gewisse Grenzen nicht hinausgehen soll.

Wenn nun einmal die Behörden nicht in der Lage sind, die Versorgung der einen Großteil der Bevölkerung verpflegenden Wirtsgeschäfte mit den nötigen Lebensmitteln durchzuführen, so sollten sie, bevor sie zu derart einschneidenden Maßnahmen greifen, dennoch Mittel und Wege zu finden trachten, Abhilfe in irgendeiner Art zu schaffen. Das Kind mit dem Bade auszugießen, ist zwar einfach, aber es könnte dennoch zu unangenehmen Weiterungen führen, denn, wenn eine Reihe von Wirtsgeschäften, von denen ja nur ein ganz geringer Teil der Ueberversorgung der reichen Bevölkerungsschichten dient, ihre Pforten nach und nach schließen, so sind Tausende von Menschen mit ihren Ernährungsansprüchen einfach an die Luft gesetzt. Aufgabe der Behörde ist es, nicht Erschwerungen, sondern Erleichterungen zu schaffen. Dies verkennen aber so ziemlich die meisten unserer Behörden.

Die Zeit Abendbl.
2./VII. 1918

62

Selbsthilfe des Mittelstandes.

Errichtung mittelständischer Delegationen.

Der einst blühende Mittelstand wird von Tag zu Tag mehr proletarisiert; niemand, keine Behörde und keine Organisation trat schützend für ihn ein. Die meist nicht sehr großen Ersparnisse der Mittelstandsangehörigen waren bald aufgezehrt und der Kriegszeit mit ihren Phantasiepreisen konnten die Einkommen nicht standhalten. So sank der Mittelstand tiefer und tiefer, bis er jetzt schließlich am äußersten Rande des Abgrundes angelangt ist.

Die gänzliche Verelendung des Mittelstandes muß durch den Staat unbedingt verhütet werden; die entsprechenden Aktionen dürfen nicht den Magistraten übertragen werden, so daß sie möglicherweise zu einer Art Armenpflege ausarten, unerläßlich ist es vielmehr, daß zu diesem Zwecke Selbsthilfeorganisationen geschaffen und vom Staate entsprechend unterstützt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die Leitung der Rohö, an deren Spitze Frau Helene Granitsch steht, an alle bisher bestehenden Mittelstandsorganisationen gewendet, um mit diesen in gemeinsamer Arbeit alle jene organisatorischen Maßnahmen durchzuführen, die sich als notwendig erweisen, um den Mittelstand in seiner Gesamtheit vor völliger Verelendung zu schützen. Im Interesse der Selbsterhaltung werden ständige mittelständische Delegationen errichtet werden, die vorläufig aus einem sechsgliederigen Exekutivkomitee bestehen sollen. Das Komitee, dem drei Damen und drei Herren angehören werden, wird seinen vorläufigen Sitz im Niederösterreichischen Gewerbeverein, 1. Bezirk, Eschenbachgasse Nr. 11, haben. In dem Saale des Gewerbevereins veranstaltet die Rohö heute abends um 7 Uhr eine allgemein zugängliche Versammlung, zu der die Vertreter aller mittelständischen Organisationen geladen wurden. Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Prof. Dr. Karl Hoffmeister von der Hochschule für Bodenkultur und Frau Emilie Meisel, Postadjunktin vom Reichsverein der Postbeamtinnen, werden zu den wichtigsten Fragen der Mittelstandsfürsorge sprechen. An die Referate wird sich die Gründung der ständigen Mittelstandsdelegationen anschließen, die genau so wie die Arbeiterräte für die Arbeiter, ihr Hauptaugenmerk auf die Beschaffung von Lebensmitteln und Bekleidung in genügender Menge zu erschwinglichen Preisen für die Angehörigen des Mittelstandes zu richten haben werden.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Aktion ist das Massenerscheinen von Mittelstandsangehörigen zu der heutigen konstituierenden Versammlung dringend geboten.

Der Neue Abend
3./VII. 1918

63

Verstärkte Kinderausspeisungen.

Die Vermehrung der Kinderkriegsküchen ist beschlossen. Eine Kriegsküche in der Tagesheimstätte am Laaerberg für 400 Kinder wird von der Küche des Kuratoriums zur Speisung bedürftiger Kinder im 10. Bezirk, Eugengasse 34, in den nächsten Tagen eröffnet und betrieben werden.

Eine weitere Kinderkriegsküche hat bereits in den letzten Tagen ihren Betrieb aufgenommen. Sie befindet sich in der Tagesheimstätte des städtischen Jugendamtes „Schloß Bellevue" und wird vom Pächter der Gastwirtschaft Kobenzl für 200 Kinder betrieben. Jedes Kind wird dort vor der Aufnahme in die Heimstätte gewogen und ärztlich untersucht.

Mit den genannten zwei neuen Kinderküchen erreicht deren Gesamtzahl fünf. Die schon bestehenden drei befinden sich im 2. Bezirk, Schüttaustraße, im 12. Bezirk, Hebergasse, und im 21. Bezirk, Brüsselgasse.

Vom Kriegsküchenkommissariat wird vorläufig eine Verdoppelung der Gesamtleistung der Kinderkriegsküchen angestrebt, die überhaupt jetzt Gegenstand größerer Fürsorge werden sollen.

Diese Kinderkriegsküchen dürfen nicht mit den Schulküchen der Kinder verwechselt werden.

Die Veränderungen bei der „Geos".

Wer Präsident der „Geos" werden soll, steht noch nicht fest. Nur die eine erfreuliche Tatsache ist zu vermerken, daß die Ernennung des Barons Engel inzwischen so ziemlich aussichtslos geworden ist. Der Wettbewerb dauert fort, und man nennt die sonderbarsten Anwärter. — Wie verlautet, wird der bisherige Direktor Dr. Kurt Schechner zum Vizepräsidenten ernannt werden und als solcher die Tätigkeit des ersten leitenden Direktors beibehalten. Neben ihm würde Prokurist Dr. Dessauer die Stelle des Direktors bekleiden.

Österr. Volkszeitung
3./VII. 1918

65

Deutschland als Nothelfer.

Erklärungen des Prinzen Windisch-Graetz über die Berliner und die Wiener Beratungen.

Nicht das an Erdfrüchten reiche und Oesterreich viel näherstehende Ungarn ist es, das der diesseitigen Reichshälfte hilfreich beispringt, sondern Deutschland. Das ist, wie man weiß, das Ergebnis der jüngsten wirtschaftspolitischen Beratungen in Berlin und Wien. Der ungarische Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz, der dieser Tage aus Wien nach Budapest zurückgekehrt ist, erklärte einem Mitarbeiter des „Deli Hirlap", das Ziel dieser Verhandlungen sei gewesen, daß Deutschland seinen Verbündeten im Notfalle helfend beizustehen befähigt und auch gewillt ist. So sieht die „gemeinsame Ernährungsfront" aus! Minister Prinz Windisch-Graetz äußerte sich, wie uns aus Budapest, 2. d., telegraphiert wird, folgendermaßen:

Deutschland hat durch seine seit Kriegsbeginn bewährte Kriegswirtschaft erreicht, daß es nicht nur den eigenen Bedarf decken konnte, sondern auch seinen Verbündeten in solchen Fällen auszuhelfen vermochte, wo bei diesen ein gewisses Vakuum in der Versorgung entstanden war. Dies gilt besonders von Oesterreich, das bekanntlich nicht in der Lage ist, seinen Bedarf ohne Import zu decken und dessen dezentralisiertes Versorgungssystem viel zu wünschen übrig läßt. Im gegenwärtigen Augenblicke war die Rede davon, daß Oesterreich infolge der in der Ukraine eingetretenen Zustände das ihm seitens Deutschlands zugesagte Brotgetreide nicht erhalten konnte. Die Folge davon waren die in der jüngsten Vergangenheit in Oesterreich entstandenen Lebensmittelschwierigkeiten.

Um diesen Zustand zu beheben, wandte sich Kaiser Karl in einem Briefe an den deutschen Kaiser und betraute eine Mission damit, mit den kompetenten deutschen Faktoren zu verhandeln. Diese Verhandlungen bezweckten die Ueberbrückung der kritischen Zeit bis zur Einheimsung der neuen Ernte. Die Mission löste ihre Aufgabe erfolgreich, und Deutschland gab wiederum Zeugnis seiner Bundestreue und Opferbereitschaft. Deutschland deckte aus seinen Reserven der ihm für sein Heer zur Verfügung stehenden Mengen die unterbliebenen ukrainischen Lieferungen, und hiedurch kann nicht nur die Versorgung des Hinterlandes, sondern auch die unseres Frontheeres als ungestört und gesichert gelten.

Ich wiederhole und will damit die öffentliche Meinung Ungarns beruhigen, daß Deutschland überhaupt nicht die Absicht hegt und sie auch nicht gehegt hat, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit auch nur im entferntesten anzutasten. Ich kann nur wiederholen, was ich im Hause bereits mitgeteilt habe, daß die tendenziösen Schlagworte von einem gemeinsamen Ernährungsgebiete, die man in die breiten Schichten der Bevölkerung hineingetragen hat, nichts anderes sind als Hirngespinste, die vielleicht für politische Zwecke geeignet sein mögen, aber der Wahrheit durchaus widersprechen. Die Wahrheit ist, daß das in Deutschland mustergültig und mit Konsequenz strenge durchgeführte meisterhafte Versorgungssystem sich in tadelloser Weise bewährt hat.

Neues Wiener Tagblatt
4./VII. 1918

67

Raschere Beförderung von Vieh und Getreide aus der Ukraine.

Einführung automatisch bremsbarer Güterzüge.

Zur Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr aus der Ukraine hat die Staatseisenbahnverwaltung, wie amtlich mitgeteilt wird, automatisch bremsbare Güterzüge aus je 28 Wagen zusammengestellt. Die Bauart und die Ausrüstung dieser Wagen mit der automatischen Güterzugsbremse gestattet die Anwendung höherer als der normalen Güterzugsgeschwindigkeiten. Derartige Züge verkehren mit einer Grundgeschwindigkeit von fünfzig Kilometer in der Stunde, wodurch es möglich ist, die Umlaufzeit für die Strecke von Podwoloczyska nach Wien und zurück auf sechs Tage zu vermindern, während sie normal mehr als die doppelte Zeit in Anspruch nimmt. Die Verwendung solcher Zugsgarnituren setzt allerdings voraus, daß ein Zerreißen der Züge weder in der Aufbringungsstation noch in der Abgabsstation erfolgt, so daß sie sich nur zur Beförderung von geschlossenen Sendungen für eine Zielstation eignen. Deshalb wurde ihre Verwendung vorerst für die Hereinbringung von lebendem Vieh aus der Ukraine nach St. Marx in Aussicht genommen. Solche Züge müssen jedoch nach jedesmaliger Benützung desinfiziert werden, so daß dieselben Garnituren nicht abwechselnd für Getreide- oder Mehlsendungen verwendet werden können. Für letztere werden demnach eigene Garnituren bestimmt. Im ganzen werden achtzehn solcher Züge zusammengestellt und nach Maßgabe des Umfanges der Einfuhr verwendet. Gegenwärtig sind drei Züge im Rollen; der erste wurde mit Mehl beladen am 26., der zweite mit Lebensmitteln am 28. und der dritte ebenfalls mit Lebensmitteln am 29. Juni von Lemberg nach Wien abgefertigt.

Die Zeit
4./VII. 1918

Automatisch bremsbare Güterzüge für Lebensmittel.

Amtlich wird verlautbart:

Zur Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr aus der Ukraina hat die Staatseisenbahnverwaltung automatisch bremsbare Güterzüge aus je 28 Wagen zusammengestellt. Die Bauart und die Ausrüstung dieser Wagen mit der automatischen Güterzugsbremse gestattete die Anwendung höherer als der normalen Güterzugsgeschwindigkeiten. Derartige Züge verkehren mit einer Grundgeschwindigkeit von 50 Kilometer in der Stunde, wodurch es möglich ist, die Umlaufzeit für die Strecke von Podwoloczyska nach Wien und zurück auf sechs Tage zu vermindern, während sie normal mehr als die doppelte Zeit in Anspruch nimmt. Die Verwendung solcher Zugsgarnituren setzt allerdings voraus, daß ein Zerreißen der Züge weder in der Aufbringungsstation, noch in der Abgabestation erfolgt, so daß sie sich nur zur Beförderung von geschlossenen Sendungen für eine Zielstation eignen. Deshalb wurde ihre Verwendung vorerst für die Hereinbringung von lebendem Vieh aus der Ukraina nach St. Marx in Aussicht genommen. Solche Züge müssen jedoch nach jedesmaliger Benützung desinfiziert werden, so daß dieselben Garnituren nicht abwechselnd für Getreide- oder Mehlsendungen verwendet werden können. Für letztere werden demnach eigene Garnituren bestimmt. Im ganzen werden achtzehn solcher Züge zusammengestellt und nach Maßgabe des Umfanges der Einfuhr verwendet. Gegenwärtig sind drei Züge im Rollen: der erste wurde mit Mehl beladen am 26., der zweite mit Lebensmitteln am 28 und der dritte ebenfalls mit Lebensmitteln am 29. Juni von Lemberg nach Wien abgefertigt.

Die Zeit Abendbl.
5./VII. 1918

Die Ernährungsfrage.

Budapester Reise Dr. Weiskirchners.

Der österreichische Ernährungsminister Paul suchte heute vormittags den Budapester Bürgermeister Dr. Body auf und bedankte sich bei diesem für die von der Bevölkerung Budapests der Stadt Wien überlassenen Mehlsendungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich heute früh nach Budapest begeben, um dem Budapester Bürgermeister v. Body persönlich seinen Dank für die Mehlaushilfe abzustatten und um mit dem ungarischen Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz über dringende Ernährungsfragen zu konferieren.

Neues Wiener Tagblatt
5. III. 1918

70

* (**Die Potemkinschen Kühlanlagen.**) Die berühmten „Potemkinschen Dörfer" bestanden bekanntlich aus so etwas wie Theaterprospektum: man sah darauf sehr idyllische Bauernhäuschen, wunderschöne Landschaften und vermöge der perspektivischen Kunst der Maler weit in die Tiefe sich dehnende goldene Aehrenfelder. In Wirklichkeit steckte dahinter das nackte Elend. Nicht ganz so, aber doch ähnlich ergeht es uns mit unsern Gefrierfleisch- und Kühlanlagen, die Stadtbaudirektor Goldemund in unserm vorgestrigen Blatte in so anschaulicher Weise geschildert hat. Wir besitzen jetzt allerdings diese für den Magen von Wien so wichtigen Anlagen und sie geben sicherlich einen Beweis für die Vorsorge der städtischen Verwaltung, die sich schon in Friedenszeiten bemüht hat, den Bedürfnissen der Großstadt gerecht zu werden. Nun ist ein Teil dieses Friedenswerkes bereits fertig und der Stadtbaudirektor teilt mit, was in diesem Teil alles untergebracht werden kann. Nämlich 1,400.000 Kilogramm Fleisch, fast 2 Millionen Eier, 600.000 Kilogramm Speck, Butter, Fische und Wild, kurz lauter Nahrungsmittel, bei deren bloßer Nennung heute den meisten Wienern schon sozusagen „das Wasser im Munde zusammenrinnt" — aber natürlich nur das Wasser. Und überdies erfahren wir durch den Stadtbaudirektor auch noch, daß eine zweite Kühl- und Gefrieranlage im städtischen Pferdeschlachthause und eine für 700.000 Kilogramm Schweinefleisch berechnete im Schweineschlachthause errichtet wurde sowie daß die Brauhäuser in Hütteldorf und Simmering ihre für die Aufnahme von 2 Millionen Kilogramm Fleisch geeigneten Kühlanlagen der Gemeinde vermieteten. Das sind durweg imposante Ziffern, die den Laien geradezu verblüffen mögen.

Doch beruhigt man sich bald und freut sich schließlich, daß wir in Wien so viel Fleisch auf Lager halten **könnten**, denn die Kühlanlagen sind da. Aber ihr Inhalt fehlt uns — und das ist eben leider das Potemkinsche an der sonst so herrlichen Sache. Es ist augenblicklich, wie man bei uns zu sagen pflegt, nichts dahinter. Und wenn man Zeit hat, um einen Spaziergang zum städtischen Lagerhaus im zweiten Bezirk zu machen, kann man das weitläufige Gebäude sehen, in dem so und so viele Millionen Kilogramm Fleisch, Eier, Speck, Butter, Fische und Wild Platz finden könnten, aus dem aber, wenigstens gegenwärtig, nichts für uns herausschaut. Eine bittere Klage, in die übrigens der treffliche Schöpfer der neuen Kühlanlagen, der selbst ein guter Wiener Bürger, alles Wiener Leid mitfühlt, sicherlich mit einstimmen dürfte.

Die Zeit
5./VIII. 1918

Die Ernährungsfrage.

Der Rucksackverkehr wieder verboten.

Vom Volksernährungsamt wird amtlich verlautbart:

„Nach der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 22. Juni ist im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung die gesamte Kartoffelernte, also auch die der Frühkartoffeln, zugunsten des Staates beschlagnahmt. Der freie Einkauf von Kartoffeln beim Erzeuger und der Verkauf durch diesen unmittelbar an den Verbraucher ist daher verboten. Uebertretungen dieser Verbote werden unnachsichtlich mit Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft und ziehen überdies den Verfall der verbotswidrig erworbenen Kartoffeln nach sich. Die strengste Ueberwachung des Kartoffelverkehrs sowohl in den Kartoffel erzeugenden Gemeinden als auch auf den Bahnstationen und den Linienverzehrungssteuerämtern ist verfügt worden."

Soweit die amtliche Verlautbarung. Sie dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß in den letzten Wochen wiederholt die Feldkulturen durch Leute, die aus der Stadt gekommen waren, um auf dem Land einzukaufen, in der sinnlosesten Weise beschädigt und zum Teil sogar verwüstet wurden. Diese bedauerliche Tatsache ließ sich namentlich auf den Kartoffelfeldern beobachten, wo die städtischen Einkäufer, die sich auf Geheiß des Grundbesitzers die gekauften Kartoffeln selbst ausgraben, in ungeschickter Weise die Anbaufläche zu devastieren pflegen.

Der Rucksackverkehr war bereits im vorigen Jahre verboten worden, und das Verbot wurde damals von den Aufsichtsorganen in sehr strenger Weise gehandhabt. Dies führte zu zahlreichen erbitterten Beschwerden, und sowohl der Ernährungsminister als auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner gaben später wiederholt die Erklärung ab, daß ein Einkauf von Feldfrüchten auf dem Lande in bescheidenem Umfang, soweit es sich um die Versorgung einzelner städtischer Haushalte handelt, in liberaler Weise geduldet werden soll. Im Sinne dieses Zugeständnisses wurde weiterhin auch tatsächlich der Rucksackverkehr wieder zugelassen.

Nach dem Wortlaut der nunmehr vom Volksernährungsamt ausgehenden Verlautbarung soll der Rucksackverkehr jetzt wieder sein Ende finden. Voraussetzung für die Durchführbarkeit des Verbots wäre allerdings, daß sich die Versorgung der städtischen Konsumenten wenigstens einigermaßen gleichmäßig und ausreichend gestaltet. Das ist aber, wie man ja weiß, derzeit leider nicht der Fall.

Die Zeit
5./VII. 1918

93

Uebergriffe von Soldaten.

Die ungünstigen Ernährungsverhältnisse in Wien, wie sie durch die Kürzung der Brotration und durch die teilweise Kürzung der Kartoffelquote und den empfindlichen Fleischmangel sich ergeben haben, veranlassen selbstverständlich die Bevölkerung, alle Nahrungsmittel aufzusuchen, die die fortschreitende Jahreszeit bietet. Jetzt sind es die Frühkartoffeln, die heiß begehrt werden. Kein Opfer wird gescheut, die elenden Verhältnisse auf den Bahnen werden geduldig ertragen, um nur ein paar Kilo der jetzt so gut mundenden Knollenfrucht zu erhalten. Es ist dies ja ganz begreiflich, da in einem Haushalt mit mehreren Kindern 10 Kilogramm Erdäpfel geradezu unschätzbar sind. Wie der Bürgermeister im Gemeinderat mitgeteilt hat, werden kleinere Mengen von Rucksackartikeln, die offenbar für eigenen Gebrauch bestimmt sind, nicht beschlagnahmt. Eine Beschlagnahme der Kartoffeln bei den Tausenden von Wienern, die jetzt in die Umgebung hinausfahren, wäre auch ganz ausgeschlossen und dürfte keiner Behörde einfallen. Um so peinlicher berührt es, wenn man hört, daß sich folgender wahrheitsgetreu geschilderter Vorfall in der nächsten Nähe Wiens zugetragen hat.

An der Lokalbahn, die ihren Anfang in Stammersdorf nimmt, gibt es eine Reihe von Orten, die durch ihre guten Frühkartoffeln geradezu berühmt sind und die im Frieden für Wien wichtige Produktionsorte waren. Noch findet man in all diesen Ortschaften fast in jedem Hause kleine Büttel und Körbe zum Transport der Frühkartoffeln auf die Märkte. Diese Zeiten sind jetzt allerdings vorüber. Der Bauer hat es nicht nötig, auf den Markt zu fahren, meistens hat er auch nicht das nötige Fuhrwerk, überdies belagern ihn ja die Leute an Ort und Stelle um seine Kartoffeln. Dieser Tage war wieder einmal großer Kartoffelrummel in einem dieser Orte, wie Hagenbrunn, Königsbrunn usw. Da ereignete sich nun folgendes: Eine Reihe von Soldaten ohne alle Dienstesabzeichen und ohne Waffen behauptete, sie seien als „Assistenz zur Aufrechterhaltung der Ordnung" in die Ortschaften kommandiert. Die Wiener müßten die Kartoffeln ausnehmen, welche Arbeit sie auch gern taten. Aber die sogenannte „Assistenz" behandelte die Leute in unglaublich roher Weise, würgte kleine Kinder, stieß alte Männer und Frauen in den Straßengraben und beschimpfte die armen geängstigten Leute in rohester und brutalster Weise. Dann füllten sie sich die mitgebrachten Rucksäcke mit Kartoffeln und verließen den Ort ihrer „Amtstätigkeit"! An der Bahn wagten es nun einzelne Personen, diesen Soldaten zu sagen, daß sie gar nicht im Dienste gewesen wären und kein Recht gehabt hätten zu ihrem Vorgehen. Darauf wurden die Soldaten wiederum handgreiflich.

Diese Schilderung, für deren Wahrheit wir Zeugen beibringen können, wird gewiß bei den kompetenten Behörden Beachtung finden, und der Vorgang dürfte geahndet werden. Es ist selbstverständlich, daß es sich hier um keine Amtshandlung, sondern um einen Uebergriff einiger Leute handelte, die ihre Uniform in dieser Art mißbrauchten. Hoffentlich werden in den nächsten Tagen einige wirkliche Patrouillen die Wiederholung derartiger Vorfälle unmöglich machen.

Neue Freie Presse
5./VII. 1918

Neuerliche gemeinsame Beratungen der österreichischen und der ungarischen Zentral-Preisprüfungskommission.

Die am 12. v. M. in Wien begonnenen gemeinsamen Beratungen der österreichischen und der ungarischen Preisprüfungskommission über die Prinzipien des einheitlichen Vorgehens in Fragen der Preispolitik und der Bekämpfung des Kriegswuchers werden am 6. d. ihre Fortsetzung finden.

Zu dieser Sitzung, welcher der ungarische Handelsminister Josef Szterenyi präsidieren und an der auch der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. Landwehr v. Pragenau teilnehmen wird, begibt sich der Vorsitzende der österreichischen Zentral-Preisprüfungskommission mit einer fünfgliedrigen Vertretung der Mitglieder der Zentral-Preisprüfungskommission am 5. d. nach Budapest.

Vossische Zeitung 5/III. 1918.

76

Pakete aus dem Felde.

Anrechnung auf die Lebensmittel-Karten?

Von

Dr. Ludwig Waldecker,

Privatdozent für öffentliches Recht an der Universität Berlin.

In Anwendung der in den beiden ersten Kriegsjahren herrschenden Verhältnisse bedeuten seit dem Winter 1916-17 die Lebensmittelsendungen von Heeresangehörigen an ihre Angehörigen in der Heimat eine wichtige Ergänzung der einheimischen Ernährung. Der frühere Präsident des Kriegsernährungsamts hat offen gesagt, daß ohne diese Zulagen das Durchhalten im Winter 1916-17 nicht möglich gewesen wäre.

Sollen diese Sendungen aber wirklich eine Zulage zu der knapp zugemessenen einheimischen Ernährung sein, so müssen sie von der einheimischen Nationierung freibleiben, und man muß nicht verpflichtet sein, eine entsprechende Zahl von Lebensmittelmarken abzugeben. Beabsichtigt war das jedenfalls, als die Heeresverwaltung die Sendungen in die Heimat freigab, und entsprechend einer mit dem Kriegsernährungsamt getroffenen Vereinbarung ist in einer Anzahl von Armeebefehlen zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Anrechnung auf die einheimischen Lebensmittelmarken nicht beabsichtigt sei. Leider scheint für die Heimat diese Absicht nicht so einwandfrei zum Ausdruck gebracht worden zu sein, und die sich daraus ergebende Rechtslage ist höchst unbefriedigend. Es liegt nämlich nur ein Erlaß des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) vom 17. Juli 1917 vor, der

> „auf Grund des dem Reichskanzler in den Verordnungen über die Einfuhr von Lebensmitteln vorbehaltenen Ausnahmerechts bestimmt, daß Lebensmittel, die aus den besetzten Gebieten von Heeresangehörigen oder Beamten der Zivilverwaltung im Reiseverkehr oder durch Pakete eingeführt werden, der in den Ausfuhrverordnungen vorgeschriebenen Anzeige- und Ablieferungspflicht nicht unterliegen."

sofern sie gewisse Voraussetzungen entsprechen. Dieser — anscheinend nirgends publizierte — Erlaß bringt mit Sicherheit nur zum Ausdruck, daß die Lebensmittelsendungen aus dem Feld nicht an die Lebensmitteleinfuhrstellen abgegeben zu werden brauchen, also z. B. an die ZEG. Dagegen bleibt die Frage offen, ob er uns auch die Sendungen als wirkliche Zulagen sichert. Dafür wäre Voraussetzung, daß er gegenüber der landesrechtlichen und kommunalen Verbrauchs- und Versorgungsregelung, auf der (selbst für Fleisch!) das Kartensystem beruht, ein Ausnahmerecht für diese aus dem Felde stammenden Lebensmittel feststellte. Es ist eben zweifelhaft, ob der Erlaß in diesem weitergehenden Sinne gemeint ist. Wenn ich eine mir im KEA. gewordene Auskunft richtig verstanden habe, scheinen die Kommunalverbände unsere Sendungen freilassen zu müssen, wogegen im KEA. allerdings keine Bedenken bestehen, wenn es geschieht und es sich um geringe Mengen handelt. Aber ob es geschieht, das ist eben gerade der springende Punkt.

Geschieht nichts, dann bliebe dem Buchstaben nach die seitherige allgemeine Anordnung anwendbar, wonach eben Anmeldung der Sendung und Abgabe eines entsprechenden Markenquantums erfolgen müßte. Die Frage wäre dann nur noch, ob die gemeindliche Anordnungen auf solche Sendungen aus dem Feld überhaupt anwendbar sind, so die Vorschrift der Anmeldung und Markenabgabe überhaupt rechtlichen Bestand hat, worüber wir uns hier nicht weiter unterhalten wollen, und schließlich, wenn doch glücklich dem Buchstaben nach die Zuwiderhandlung gegen die kommunale Anordnung übrig bliebe, ob uns der gute Glaube ihrer Nichtanwendbarkeit vor Strafe schützen könnte.

Vermutlich ist es die übliche bürokratische Unentschlossenheit, die aus Angst vor entfernt möglichen Folgen für das sorgsam aufgebaute Zwangssystem nicht wagt, den dem Bürger um den Hals gelegten Strick zu lockern, und deshalb nicht in der Lage ist, in derselben eindeutigen Weise die Anwendbarkeit der einheimischen Markenvorschriften auf die Sendungen aus dem Feld auszuschließen, wie das als beabsichtigt von der Heeresverwaltung — im Einverständnis mit dem K. E. A.! — kundgegeben worden ist. Die Folge, daß die Schickerei aus dem Felde nur noch dann für den Bedachten wirklich eine Zulage bedeutete und damit überhaupt noch einen Sinn behielte, wenn sie dem Umfange nach die Markenmenge übersteigt; das ist dann vielleicht mit der Folge verknüpft, daß die zugelassenen geringen Mengen überschritten werden. Und zu diesem Damoklesschwert für den Absender käme für die Heimat, daß einzig das Wohlwollen des Magistrats darüber entscheidet, ob und in welchem Umfange uns die Sendung bleiben soll. Im einen wie im andern Fall werden — in der Zeit der gegenseitigen Mißgunst! — stark subjektive Gesichtspunkte entscheiden, genau so wie bei der Frage, ob uns guter Glaube vor Strafe schützt. Und dazu nehme man das augenblicklich blühende Denunziantentum, dem sich hier ungeahnte neue Möglichkeiten eröffnen. Daß ich da keine Schreckgespenster an die Wand male, zeigt ein dieser Tage vorgekommener Fall. Auf Grund anonymer Denunziation wurde mit Haussuchung vorgegangen (!) und aus vorgefundenen Verpackungen auf die bezogenen „Riesenmengen" geschlossen; auf Anklage erkannte das Schöffengericht auf 45 Mark Geldstrafe wegen Nichtanmeldung der Sendungen und Nichtabgabe von Marken. Und weil die Mengen so „groß" waren, legte der Amtsanwalt Berufung ein mit dem Erfolg, daß die Strafe verdoppelt wurde. Der Strafkammer war die Rechtsfrage völlig unzweifelhaft, ebenso daß der Schutz des guten Glaubens zu versagen sei. Bezeichnend waren die Glossen der linksstehenden Presse zu dem Prozeß und die mündliche Urteilsbegründung. Jedem von uns, die wir alle mehr oder weniger genau gehandelt haben wie die betr. Dame, kann täglich das gleiche passieren, und wenn jener Dame schon kein guter Glaube zugebilligt wurde, weil sie sich nicht beim Magistrat erkundigt hatte, so werden wir alle mehr oder weniger bösgläubig sein.

Der Fall steht möglicherweise nicht allein da und wird sicher nicht allein bleiben, wenn nicht schleunigst jetzt endlich die seitherige Versäumnis wieder gutgemacht, d. h. (wie es seinerzeit vereinbart war) einwandfrei und mit rückwirkender Kraft klargestellt wird, daß Sendungen aus dem Feld keiner Anmelde- und Markenabgabepflicht unterliegen. Es ist doch einfach ein unwürdiger und unmöglicher Zustand, daß die Heeresleitung der Absprache gemäß in Aussicht stellt, Anrechnung auf die einheimischen Marken solle nicht erfolgen, daß die Zeitungen von der Erlaubtheit und Erwünschtheit solcher Sendungen schreiben, und daß dann hinterher das dicke Ende in Gestalt anonymer Denunziationen und auf solche zurückgehende Strafurteile kommt. Unsere Herren Abgeordneten hätten hier reichlich Gelegenheit, einmal einen bürokratischen Zopf abzuschneiden.

Erfolgt aber einmal Klarstellung, dann ordne man gleichzeitig die in obigem Falle ebenfalls zweifelhaft gewordene Frage, ob es zulässig ist, sich mit dem Inhalt solcher Lebensmittelpakete aus dem Felde unter Verwandten und Bekannten gelegentlich einmal gegenseitig auszuhelfen, und zwar selbst dann, wenn man sich die Einstandskosten dabei ersetzt. Es kommt doch oft genug vor, daß heute A. und morgen B. in der Lage sein kann, für die, doch sich nicht nach seinem augenblicklichen Bedarf richtenden Pakete bezw. deren Inhalt unbedingten Bedarf zu haben, während das bei dem anderen sehr wohl der Fall sein kann. Läßt man diese gegenseitige Aushilfe zu, so fordert man Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit; tut man es nicht, so ist die Folge das Gegenteil, entweder wird der Inhalt unnötig aufgezehrt oder der Gefahr des Verderbens ausgesetzt. Die Gefahr, daß ein ungesetzmäßiger Lebensmittelhandel einreißen könnte, steht dazu in gar keinem Verhältnis.

Der Neue Abend
5./VII. 1918

Die Ersatzmittel.

Es ist hoch an der Zeit, daß dem Unfug mit dem Tabakersatz privater Spekulanten ein Ende gemacht wird. Schon die äußere Ausstattung der Umhüllungen dieser Erzeugnisse ist zumeist auf Täuschung berechnet. Da gibt es eine „Erta"-Mischung, von der die Aufschrift behauptet, sie sei „vorzüglich aromatisch und angenehm im Geschmack". In Wahrheit handelt es sich um ein Häuflein geradezu gewissenlos gemischter Baumblätter, ergänzt durch ein paar welke Blütenknospen. Es ist, als hätte man herbstliches Laub aufs Geratewohl zusammengerafft. Tränen und heftiger Husten stellen sich beim Genusse ein. Für ein solches Päckchen werden 36 Heller verlangt. Noch ärger ist es mit den fertigen Ersatz-Zigaretten, die noch immer fleißig in den äußeren Bezirken verkauft werden. Da gibt es eine Marke „Romes"; auf der Umhüllung wird behauptet, die Zigaretten enthielten Kräuterzusatz. Tatsächlich enthalten sie ausschließlich gelbe und zum Teil noch grüne Blätter! Für zehn Stück werden im Einzelverkauf 45 Heller verlangt, also so viel, wie einst gute Memphis kosteten, und dabei möchten wir den sehen, der sie nicht nach dem ersten Zug wegwirft. Mit Recht bezeichnen die Käufer solche Täuschungen als eine Kriegsräuberei schlimmster Art. Am besten wäre es, diese und ähnliche Schwindelerzeugnisse augenblicklich aus dem Handel zu ziehen. Wie verhält sich übrigens die sagenhafte Ersatzmittelprüfungsstelle dazu?

Fremdenblatt
6./VII.1918

Die Wirtschaftsfragen.

Reise des Bürgermeisters nach Budapest.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich gestern früh nach Budapest begeben, um dem Budapester Bürgermeister v. Body persönlich seinen Dank für die Mehlaushilfe abzustatten und um mit dem königlich ungarischen Ernährungsminister Prinzen Windisch-Grätz über dringende Ernährungsfragen zu konferieren. Der Bürgermeister ist vom Magistatsrat Dr. Roßkopf begleitet.

D. Budapest, 4. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist heute abends in Budapest eingetroffen. Bei der herrschenden Wohnungsnot zog es Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor, in einer Kabien eines Dampfers der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu übernachten.

Der Dank an Budapest.

K. Budapest, 5. Juli. Heute vormittags erschien der österreichische Minister für Volksernährung Paul beim Bürgermeister Dr. Body, um ihm den Dank Oesterreichs auszusprechen für die Hilfe, die die Bevölkerung Budapests jüngst der Wiener Bevölkerung durch die Ueberlassung von Mehl geleistet hat.

Morgen vormittags trifft der Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner hier ein, um gleichfalls den Bürgermeister aufzusuchen und ihm persönlich zu danken.

Die Ernte-Aussichten in Polen.

K. Lublin, 5. Juli. „Glos Radomski" berichtet über die Ernteaussichten im Königreich Polen, die nach Angabe der Landwirte günstig, stellenweise sogar sehr gut seien. Dagegen habe Obst unter den Frösten stark gelitten.

Österr. Volkszeitung
6. VIII. 1918

78

Die Lebensmittelversorgung.

Ein Ernährungsplan der Deutschen Agrarpartei.

Die Deutsche Agrarpartei veröffentlicht nach den Anträgen der Reichsratsabgeordneten Josef Goll und Wilhelm Teltschik entworfene Richtlinien zur Reform des Ernährungsdienstes in Oesterreich. In dieser Veröffentlichung wird ausgeführt, daß das bisherige System der staatlichen Bewirtschaftung für landwirtschaftliche Produkte in der Beschlagnahme der Gesamternteerträge bestehe, durch welche zwar der Staat den ganzen Ernteertrag für sich in Anspruch genommen, jedoch bei der Ablieferung durch die einzelnen Produzenten in den meisten Fällen sich mit einer lächerlich geringen Ertragsquote zufrieden gegeben habe.

Wer sich auf den Standpunkt praktischer Erfahrungen und die während der letzten Zeit gemachten Wahrnehmungen stelle, müsse zur Ueberzeugung kommen, daß das System der bisherigen staatlichen Bewirtschaftung ehestmöglichst geändert werden müsse, da sonst die Verpflegs- und Ernährungskatastrophe kaum mehr abzuwenden sein dürfte.

Grundsätzlich könne der Vorteil, den die Versorgung der ganzen Bevölkerung Oesterreichs mit einer Mindestzuweisung nach Maßgabe der Ernteerträge und auf Grund eines bestimmten Abgabekontingents bietet, nicht in Abrede gestellt werden. Die Feststellung der Grundlagen, auf welchen ein Versorgungskontingent auf Lebens- und Futtermittel aufgebaut sein muß, ist den Gemeinden zu übertragen. Die Deutsche Agrarpartei beantragt, den Bedarf der Gesamtbevölkerung sowohl für die Produzenten als auch Konsumenten gleichmäßig durch eine Mindestzuweisung von 300 Gramm Brotgetreide und 400 Gramm Kartoffeln per Kopf und Tag auf die Zeit vom 1. August 1918 bis 31. Juli 1919 sicherzustellen; diesen Bedarf nach Maßgabe der einzelnen Produktionsgebiete zu kontingentieren, wonach die sich ergebenden Kontingente nach individueller Aufteilung in jeder Gemeinde aufgebracht und nach Anordnung der hiefür in Betracht kommenden Behörden zur gleichmäßigen Verteilung gelangen, wobei das für den nächsten Anbau bei Aufteilung dieser Kontingente jedem landwirtschaftlichen Betrieb erforderlichen Saatgutes gleichzeitig gesichert werden muß.

Das Mehl der neuen ungarischen Ernte.

Aus Budapest wird uns gemeldet: Nicht nur der Roggenschnitt, sondern der viel wichtigere Weizenschnitt hat im Lande, nicht später als sonst und durchaus nicht notreifend, begonnen. Anmeldungen zur sofortigen Ablieferung infolge der hohen Frühdruschprämien sind so zahlreich, daß die hiesigen Makler Aussicht haben, Mitte Juli bereits mit der Vermahlung beginnen zu können.

Haus Alserstraße 26 als seine Adresse an. Er schrieb, daß er der Vertreter der Prager Firma Wertheimstein sei und aus Prag den Auftrag erhalten habe, die bestellten Lieferungen durchzuführen. Als Bedingung für die Lieferung stellte er das Verlangen, daß das Kaufgeld bei den einzelnen von ihm namhaft gemachten Banken im vorhinein erlegt und ihm oder seinem Vertreter gegen Vorweisung der Frachtbriefe über die bereits in Preßburg befindlichen Waggons mit Zündhölzchen ausbezahlt werde.

Sendungen, die sie nicht erreichten.

Mehrere Firmen nahmen diese von dem angeblichen Moritz Fischer gestellten Bedingungen an, und soviel jetzt schon bekannt ist, erlegten die Firma Armin Benedek in Klausenburg 72.000 K., die Firma Philipp Czitrom in Mediasch 108.000 K. und die Firma Adolf Edelmann in Kaschau 72.000 K. bei den von dem Verkäufer genannten Banken zur Auszahlung gegen Vorweisung der Frachtbriefduplikate. Welche andere Firmen noch außer diesen 272.000 K. Geld erlegt haben und dadurch auch von dem Betrüger geschädigt worden sind, ist bisher noch nicht bekannt. Eine Wiener Firma scheint durch ihn nicht in Mitleidenschaft gezogen worden zu sein.

Österr. Volkszeitung
6/VII. 1918

80

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 7. bis 13. Juli.

Sonntag: Erbsensuppe, Schöpsenpörkelt mit Erdäpfeln. — Abends: Karfiolsuppe.

Montag: Petersiliensuppe, gefüllte Kohlrüben. — Abends: Gemischtes Gemüse.

Dienstag: Krautsuppe, Kohlrollen mit Leberwurstfülle. — Abends: Kochsalat mit gelben Rüben.

Mittwoch: Markspeise, Sauerkraut mit Wurstscheiben. — Abends: Hirse mit Gulyassoße.

Donnerstag: Rindsuppe, Rindfleisch mit Spinat. — Abends: Rotes Rübengemüse.

Freitag: Zeller suppe, Hirsenudeln mit Fruchtsaft. — Abends: Spargel in Soße.

Samstag: Würfelsuppe, Jägerkraut mit Wurstwürfeln. — Abends: Kopfsalat als Gemüse mit Blumenstaudlage.

Karfiolsuppe. Leber und Beuschel von Schöpsernem sieder man weich und gibt sie klein zerschnitten in Einmachsuppe, fügt geteilten Karfiol, grüne Erbsen und Schwämme hinzu.

Hirse mit Gulyassoße. Vor dem Rösten zweimal lauwarm abspülen. In geröstete Zwiebeln gibt man die Hirse, vergießt sie mit Suppe oder Wasser (Würfel). Ist dies verdünstet, fügt man Paprika, Salz hinzu. Man gießt zu, bis die Hirse weich ist.

Kochsalat mit gelben Rüben. Gelbe Rüben werden mit Fett und Honig gedünstet, etwas gesalzen und mit dem in Salzwasser gekochten Kochsalat vermischt. Man gießt Suppe (Würfel) darauf und läßt weiter dünsten. Man kann auch Rahm und einen Dotter in dem Gemüse verquirlen.

Hirsenudeln. Abgebrannte Hirse wird weichgekocht. Dann gibt man Fett hinein und läßt den Kochverfallen. Etwas Salz, Mehl, Rahmersatz und eventuell zwei Eier fügt man hinzu; formt aus dem Brei Knödel, rollt sie in Mehl und kocht sie in Salzwasser.

Die Zeit
7. VII. 1918

82

(Verschärfter Legitimationszwang zur Erlangung von Bedarfsbescheinigungen.) Zufolge Beschlusses der Leitung des Volksbekleidungsamtes haben diejenigen Personen, die eine Bedarfsbescheinigung ansprechen, in Hinkunft nicht bloß den polizeilichen Meldezettel, sondern noch ein weiteres Personaldokument vorzuweisen. Als solche Personaldokumente kommen in Betracht: Tauf(Geburts-)schein, Heimatschein, Arbeitsbuch, Reisepaß, alle mit dem Lichtbild des Inhabers ausgestellten Identitätsbescheinigungen, auch wenn diese nicht von Behörden herrühren, ferner militärische Personaldokumente, wie Militärpaß, Landsturmpaß, Landsturmlegitimationsblatt, ferner Gewerbeschein, Konzessionsdekrete, Krankenkassenausweise u. dgl. Eine Ausweisung der Identität kann auch von denjenigen Personen verlangt werden, die für eine andere Person Bedarfsbescheinigungen besorgen. Diese Bestimmung tritt ab morgen in Kraft. Die Leitung des Volksbekleidungsamtes sah sich zu dieser Maßnahme durch den Umstand veranlaßt, daß in letzter Zeit vielfach die Wahrnehmung gemacht wurde, daß polizeiliche Anmeldungen für gar nicht existierende Personen lediglich zu dem Zwecke gemacht worden sind, um auf Grund des Meldezettels Bedarfsbescheinigungen zu erlangen, und daß ferner Personen, die die Meldezettel anderer Personen in Verwahrung hatten, auf Grund derselben ohne Vorwissen derjenigen, auf den der Meldezettel lautete, Bedarfsbescheinigungen behoben haben.

Neue Freie Presse
7./VII.1918

Die gemeinsame Konferenz der österreichischen und der ungarischen Zentral-Preisprüfungskommission.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 6. Juli.

Unter Vorsitz des Präsidenten der ungarischen Zentral-Preisprüfungskommission Dr. Ernst Friedmann fand heute hier eine gemeinsame Konferenz der österreichischen und der ungarischen Preisprüfungskommission statt. Gegenstand der heutigen Beratung bildete der österreichische Antrag, Höchstpreise für Rinder festzustellen. Ungarischerseits wurde auf diesen Antrag erwidert, daß für Oesterreich ein fixes Kontingent von Rindern zugesichert ist und infolgedessen nur dann Höchstpreise festgesetzt werden können, wenn Oesterreich nach Ungarn ein gewisses Kontingent von Bekleidungsartikeln, namentlich Textilwaren und sonstigen öffentlichen Bedarfsartikeln zu einem entsprechenden Höchstpreis zusichert. Es wurde namentlich darauf verwiesen, daß, wenn Oesterreich ein entsprechendes Kontingent von Bekleidungsartikeln sichert, dadurch die Produktionskosten der ungarischen Landwirtschaft eine entsprechende Verbilligung erfahren werden und es daher möglich sein wird, entsprechend ermäßigte Preise für Rinder festzusetzen. Die Beratungen wurden heute noch nicht abgeschlossen und werden am Montag fortgesetzt werden.

Neue Freie Presse
7./VII. 1918

84

Die Lebensmittelversorgung in der abgelaufenen Woche.

Die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel für den täglichen Bedarf war für die Hausfrauen in dieser Woche wieder ein äußerst schwieriges Problem. Bis heute war es wohl den meisten Wiener Haushaltungen nicht möglich, ihre Rindfleischabschnitte einzulösen, da am Mittwoch nur geringe Mengen Rindfleisch erhältlich waren, der Verkauf am Donnerstag vollkommen entfallen ist und heute nicht allen Fleischhauern Rindfleisch zugewiesen werden konnte. Die Verschleißstellen, welche heute geöffnet hatten, verfügten aber auch nur über geringe Mengen. In der Großmarkthalle gelangten heute insgesamt nur 2500 Kilogramm Rindfleisch zum Verkaufe, eine Menge, die nicht einmal für einen schwachen Montagsbedarf ausreicht. Das Angebot an Schweinefleisch und Kalbfleisch war zwar diesmal in der Großmarkthalle etwas günstiger als in der Vorwoche, aber beiweitem nicht bedarfdeckend, außerdem gab es in den Bezirken nur sehr wenig Schweinefleisch. Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden in der Großmarkthalle in dieser Woche 24.000 Kilogramm gefrorenes Schweinefleisch und 12.772 Gefrierhasen ausgegeben. Außerdem wurden in der Großmarkthalle noch 2000 Kilogramm frisches Schweinefleisch und 147 Kälber zum Verkaufe gebracht.

Morgen Sonntag gelangt in der Großmarkthalle wieder Schweinefleisch zum Verkaufe, der Vorrat an Rindfleisch dürfte aber sehr gering sein, da keine nennenswerten Sendungen eingetroffen sind.

Da derzeit die Abgabe aller rayonierten und rationierten Artikel sehr eingeschränkt ist, an Fleisch, Wurst und billigen Fischen großer Mangel herrscht, hat sich die Nachfrage nach Gemüse in der letzten Woche außerordentlich gesteigert. Die Zufuhren waren aber nicht derart, daß sie dieser gesteigerten Nachfrage entsprechen konnten. Zu Wochenbeginn herrschte auf allen Märkten außerordentliche Knappheit. Seit zwei Tagen haben sich die Zufuhren aus Ungarn wieder etwas reichlicher eingestellt und die Erzeugnisse der hiesigen Gärtnermärkte kamen auch wieder in größeren Mengen auf den Markt. Fühlbar machte sich diese Besserung aber eigentlich nur auf dem Naschmarkte und nicht einmal dort reichten die Zufuhren zur Bestreitung des außerordentlich gestiegenen Bedarfes. Auf den meisten Märkten, so auch in der Viktualienmarkthalle im 3. Bezirk, blieb aber fast täglich das Angebot weit hinter dem Bedarfe zurück. Obstzufuhren in größeren Mengen hat auch nur der Naschmarkt aufzuweisen. Auch auf diesem Marktgebiete ist mit dem heutigen Tage eine Besserung eingetreten, die hoffentlich anhalten wird, da wir aus der Kecskemeter Gegend, einer der obstreichsten Gegenden Ungarns, mit Obst versorgt werden sollen.

Die Eierzufuhren sind anhaltend sehr knapp, dürften sich auch in nächster Zeit nicht wesentlich bessern, da bekanntlich während der Erntezeit der Verbrauch an den Produktionsstätten selbst ein sehr starker ist.

Neue Freie Presse
7./VII. 1918

Die Budapester Ernährungskonferenzen.

Budapest, 6. Juli.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: In Budapest fanden in den letzten Tagen wichtige Konferenzen statt, die der Regelung aktueller Ernährungsfragen galten. Zu diesen Sitzungen sind der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. v. Landwehr, ferner Minister für Volksernährung Dr. Paul und zahlreiche Beamte der betreffenden Ministerien hier eingetroffen. Die Beratungen, bei denen der ungarische Minister für Volksernährung Prinz Windisch-Graetz den Vorsitz führte, ergaben nach jeder Hinsicht befriedigende Resultate. Es wurden neue Bestimmungen des Wirtschaftplanes in bezug auf den Frühdrusch festgelegt, die nicht nur die Armee, sondern auch Oesterreich-Ungarn betreffen und eine wesentliche Besserung der Ernährungsverhältnisse gewährleisten.

Mitteilungen von unterrichteter Seite.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 6. Juli.

Ueber die in Budapest gepflogenen Ernährungskonferenzen zwischen dem österreichischen Ernährungsminister Dr. Paul, dem Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr einerseits und den ungarischen Ministern Prinzen Windisch-Graetz und Grafen Serenyi anderseits, erfährt Ihr Korrespondent von informierter Seite: Die Konferenz, die zwei Tage währte, erstreckte sich auf alle aktuellen Ernährungsfragen und in erster Reihe auf die Sicherstellung des Heeresbedarfes. Eingehende Besprechungen wurden über die Frage der Erfassung und der Teilung der neuen Ernte gepflogen. Durch den Frühdrusch ist bekanntlich Ungarn in die Lage versetzt, in Mitteleuropa zuerst Getreide, beziehungsweise Mehl auf den Markt zu bringen. Trotzdem der Frühdrusch durch das Wetter einigermaßen verzögert wurde, dürften, wenn auch nicht, wie erwartet worden war, am 15. Juli, so doch gewiß bis 28. Juli bereits größere Mengen neuen Mehles zur Verfügung stehen.

Davon soll in erster Reihe Oesterreich, speziell Wien bedacht werden, welch letzteres seit langer Zeit kein qualitativ nur einigermaßen entsprechendes Mehl zur Verfügung hatte. Die Verhandlungen haben in dieser Beziehung in allen Einzelheiten ein günstiges Ergebnis gehabt. Da sich die Ernteaussichten gebessert haben und namentlich in Mais eine Rekordernte erwartet wird, rechnet man auf ein besseres Auskommen im neuen Wirtschaftsjahr. Die überaus günstige Maisernte wird namentlich die Fettproduktion fördern, so daß man nach den gegenwärtigen Aussichten für die Maisernte mit einer erheblich größeren Fettproduktion rechnen kann.

Die Versorgung der Stadt Wien.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Besprechungen, welche Bürgermeister Dr. Weiskirchner bezüglich der Versorgung der Stadt Wien führte. Heute vormittag fand im Ernährungsministerium eine Konferenz statt, welcher Staatssekretär Franz Nagy, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Hofrat Julian Weiß und Magistratsrat Dr. Roßkopf beiwohnten. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist, daß es gelungen ist, die Approvisionierung der Stadt Wien im nächsten Wirtschaftsjahre in allen Beziehungen sicherzustellen. Die Wichtigkeit der Versorgung der österreichischen Hauptstadt, die das Herz Oesterreichs bildet, braucht nicht erst erörtert zu werden. Gerade die Unzulänglichkeit, die im verflossenen Jahre in der Versorgung der Stadt Wien zu Tage getreten ist, wurde am schwersten empfunden. Deshalb lag es nahe, in erster Reihe die Versorgung Wiens zu sichern. Es wurde ein Modus gefunden, der geeignet erscheint, bereits am Beginn des neuen Wirtschaftsjahres die Approvisionierung der Stadt Wien über alle Fährlichkeiten und Zufälligkeiten der neuen Wirtschaftskampagne hinwegzuführen. Nicht nur für die fernere Zukunft, sondern auch schon für die nächsten Wochen sind bezüglich der Versorgung der Stadt Wien Vorkehrungen getroffen worden.

Österr. Volkszeitung
7. VII. 1918

86

Die Abmagerung im Kriege.

Das Kriegsbrot und der Holzfaserstoff darin als Ursache.

Entdeckungen, die ein Münchner Forscher, Hofrat Dr. Theilhaber machte, bringen die Frage der Lösung näher, warum im Kriege so viele Leute abmagern. Vielfach glaubte man, dem Mangel an Fett die Schuld an der allgemeinen Abmagerung geben zu können. Nun behauptet der Münchner Gelehrte, daß ausschließlich das stark ausgemahlene 94prozentige Mehl die Ursache der Abmagerung sei. Der Gelehrte teilt in den „Münchner Neuesten Nachrichten" mit:

Auffallend ist, daß die große Abmagerung bei der Mehrzahl der Leute am Anfang des dritten Kriegsjahres zugleich mit zahlreichen Darmstörungen auftrat, und daß beide Erscheinungen mit einer erhöhten Ausmahlung des Brotgetreides zusammenfielen. Diese Ausmahlung, die im Frieden 65 Prozent betrug, stieg 1917 auf 94 Prozent. Das hat offenbar die Zunahme der Darmbeschwerden zur Folge gehabt. Je stärker das Korn ausgemahlen ist, desto mehr von der Schale, die das Getreidekorn umgibt und die einen Holzfaserstoff enthält, ist dem Brote beigemischt. Diese Schalenteile durchwandern bei kräftigen jüngeren Leuten ohne Schaden den Verdauungskanal, dagegen entsteht bei alten und schwächlichen oder empfindlichen Leuten durch die feinen Holzteilchen eine Reizung der Schleimhäute des Darmes. Die Folgen sind Schmerzen, Koliken sowie die Symptome eines Darmkatarrhs. Durch dessen Folgen wird die Auffaugung des Speisebreies teilweise gehemmt. Nach alter Erfahrung vermindern Darmkatarrhe das Körpergewicht und den Kräftezustand. Es ist also nicht auffallend, daß die durch Kornschalen hervorgerufenen Reizzustände des Darmes die Abmagerung verstärken.

Der Forscher selbst machte folgendes Experiment: Sein Körpergewicht war von Anfang August 1916 bis November 1917 um 32 Pfund zurückgegangen. Von da ab aß er gar kein Schwarzbrot mehr, er lebte ohne Fleisch und mit sehr geringen Mengen Fett. Trotzdem nahm sein Gewicht jeden Monat um drei bis fünf Pfund zu. Uebrigens aßen schon im Frieden die Vegetarier ein Brot, das auch die Kornschalen enthielt. Schon damals fand man unter ihnen viele auffallend magere Gestalten.

Wollen wir also, so schließt Dr. Theilhaber seine interessanten Mitteilungen, die Lebensdauer eines Teiles der älteren und der zur Tuberkulose disponierten Leute verlängern, so empfiehlt es sich, außer dem Einheitsbrote und dem Krankenbrote noch eine dritte Brotsorte backen zu lassen, deren Mehl nur sehr geringfügige Teile der Kornschalen enthält (etwa Mehl mit geringerer Ausmahlung). Die Leute, die dieses Brot beanspruchen, sollten als Gegenleistung auf etwa 20 Prozent ihres Brotquantums verzichten.

Bei der derzeitigen Brotkürzung in Wien hat hier leider der letztere Vorschlag wenigstens vorläufig wenig Aussicht auf Berücksichtigung. Da es bekanntlich selbst an dem stark ausgemahlenen Mehl, aus dem die eine bestehende Sorte von Kriegsbrot hergestellt wird, sehr stark mangelt, kommt für die Durchführung des Vorschlages Dr. Theilhabers erst eine — hoffentlich nicht zu ferne — bessere Zeit in Betracht.

Neue Freie Presse
7./VII. 1918

385

Aushilfe des 12. Armeekorps mit Nahrungsmitteln für Wien und Budapest.

Freiwilliger Verzicht der Mannschaften auf ihre Rationen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 6. Juli.

Kriegsminister Stöger-Steiner hat heute den Oberbürgermeister Dr. Stephan Barczy telegraphisch verständigt, daß die Soldaten des 12. Armeekorps durch freiwilligen Verzicht auf ihre Brot- und Fleischration Brot, Mehl und Rinder für die Budapester Bevölkerung zur Verfügung gestellt haben. Dasselbe Opfer brachten die Soldaten auch für die Wiener Bevölkerung. Die für Budapest bestimmte Sendung ist bereits unterwegs.

Neues Wiener Tagblatt
7. VII. 1918

89

Die wirtschaftlichen Verhandlungen in Salzburg.

Morgen nehmen die angekündigten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in Salzburg ihren Anfang. Gegenstand der Konferenzen ist, wie schon aus früheren Mitteilungen bekannt, die Herstellung einer Uebereinstimmung jener gesetzlichen Maßnahmen, welche ihrem Wesen nach mit der sich vorbereitenden wirtschaftlichen Annäherung zwischen den beiden Staaten zusammenhängen. Hieher gehören, wie neuerdings in den in den letzten Tagen im Reichswirtschaftsamt in Berlin abgehaltenen vertraulichen Besprechungen mit Vertretern der deutschen Wirtschaftsverbänden, der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie berichtet wurde, die Formulierung eines einheitlichen Zollgesetzes und Zollschemas, ferner eines einheitlichen Zollverfahrens sowie tunlichst gesetzliche Vereinheitlichung einzelner Gebiete des Gewerbe- und Handelsrechtes, sowie des gewerblichen Rechtsschutzes, der einschlägigen Statistik, des Verkehres und Schiffahrtswesens. Das Programm ist, wie hieraus zu ersehen, von großem Umfang, vorwiegend aber doch nur von formaler Bedeutung. Zugleich läßt diese Tagesordnung erkennen, daß die Verhandlungen in Salzburg lange Zeit in Anspruch nehmen und sich voraussichtlich auf viele Wochen erstrecken werden, wobei zeitweilige Unterbrechungen in Aussicht genommen sind, zumal zu gewärtigen ist, daß sich im Verlaufe der Beratungen für die Verhandlungsteilnehmer die Einholung von Instruktionen in Wien, Budapest, Berlin als erforderlich erweisen wird.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die Besprechungen im Reichswirtschaftsamt in Berlin mit den Vertretern von Landwirtschaft, Handel und Industrie diesen Gelegenheit geboten haben, ihre sachliche Stellungnahme zu den in Salzburg zu treffenden Vereinbarungen zu begründen. Auch wurde den Vertretern zugesichert, daß man gleicherweise im Verlauf der Verhandlungen erforderlichenfalls Veranlassung nehmen wird, mit den Interessenten in Fühlung zu treten und ihre Meinungen und Ansichten zu hören. Ein derartiges durchaus zweckmäßiges Verfahren wird sicherlich nicht auf Berlin beschränkt bleiben, sondern auch bei uns und in Ungarn betätigt werden. Der Reichsverband der österreichischen Industrie hat in diesem Sinne gestern an die Regierung das Verlangen gerichtet, ebenso wie die deutsche industrielle Vertretung über den Gang der Verhandlungen in Salzburg zumindest in den entscheidenden Phasen auf dem laufenden erhalten zu werden, damit ihm die Möglichkeit geboten werde, jederzeit zu den Salzburger Beratungen entsprechende Stellung zu nehmen und die Regierung über die Wünsche und Bedürfnisse der Industrie insbesondere in wichtigen prinzipiellen Fragen zu informieren.

Ursprünglich hieß es, daß deutscherseits Staatssekretär Dr. v. Kühlmann mit den deutschen Delegierten nach Salzburg kommen werde. Dies wurde jedoch in den letzten Tagen richtiggestellt mit dem Hinweis darauf, daß zunächst hauptsächlich formale und technische Vorarbeiten im Vordergrunde stehen, welche die Anwesenheit des Staatssekretärs nicht bedingen, weshalb Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Körner die Führung der deutschen Vertretung übertragen wurde. An der Spitze der österreichisch-ungarischen Vertreter begibt sich Sektionschef im Ministerium des Aeußern Geheimer Rat Dr. Gratz nach Salzburg, und speziell in Vertretung der österreichischen Ressortsministerien die Sektionschefs Dr. Schüller vom Handels-, Dr. Mühlwenzl vom Finanz- und Dr. Freiherr v. Cnobloch vom Ackerbauministerium nebst mehreren Fachreferenten.

* * *

Aus Salzburg wird uns hiezu berichtet: Die Montag hier beginnenden wirtschaftspolitischen Verhandlungen finden im Hotel de l'Europe statt, wo die Teilnehmer von den Vertretern der Stadt Salzburg, dem Abgeordneten Geheimen Rat Doktor Sylvester und dem Bürgermeister Ott, begrüßt werden. Für die Verpflegung wird die ungarische Regierung durch Beistellung von Lebensmitteln sorgen. Die Wahl Salzburgs als Ort der Konferenz geschah auf Wunsch Deutschlands, das besonderen Wert darauf legte, daß die Verhandlungen auf dem Boden der Monarchie vor sich gehen. Als Delegierte von ungarischer Seite treffen hier ein der stellvertretende Staatssekretär im Ackerbauministerium Dubrawsky, Baron Wimmersberg vom Handelsministerium und Ministerialrat König vom Finanzministerium und mehrere Fachreferenten.

* * *

Nach einer Meldung des „Salzburger Volksblattes" werden die Verhandlungen unter dem Vorsitze des Sektionschefs im Ministerium des Aeußern Dr. Gratz erfolgen. Vorläufig werden von den beteiligten Mächten nur je vier Referenten erscheinen, die im Laufe der nächsten Woche die Vorarbeiten und die Einteilung des Arbeitsprogramms vornehmen werden. Erst im späteren Verlauf der Verhandlungen werden auch die übrigen Vertreter, im ganzen sechzig Bevollmächtigte, von ihren Regierungen entsendet werden. Ob und wann auch die leitenden Staatsmänner, und zwar des Deutschen Reiches, Oesterreichs und Ungarns, erscheinen werden, ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Berliner Lokalanzeiger 7./VII. 1918.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Unsere Leser finden an anderer Stelle unseres heutigen Blattes eine Mitteilung, die zwar keine besondere Ueberraschung mehr bedeutet, aber manchem doch unverhofft und niemand erwünscht kommen wird. Eine zweite Nachricht ist die von der

Einführung der Fischkarte.

Von nun an „dürfen in Berlin die der Stadt Berlin zugewiesenen Fische und aus solchen hergestellte Erzeugnisse, die in offenen Verkaufsstellen zum allgemeinen Verkauf gelangen, nur auf Grund von Karten abgegeben und entnommen werden". Kleinhändler dürfen ihnen von der Stadt Berlin zugewiesene Fische und Fischwaren an Gast- und Speisewirtschaften, Kantinen, Krankenhäuser und dergl. nicht abgeben.

Am Montag tritt die Verordnung über die Abgabe und Entnahme von Fischen und Fischwaren in Berlin und Charlottenburg in Kraft. Danach erhält jeder Einwohner der Städte Berlin und Charlottenburg auf einen Abschnitt der Berliner Bezugskarten oder der roten Charlottenburger Lebensmittelkarten im Laufe der Zeit ein Pfund Fisch. Zurzeit berechtigen Abschnitt Gg der Berliner Bezugskarte und der Abschnitt Nr. 200 der Charlottenburger roten Lebensmittelkarte, die in beiden Städten Geltung haben, zum Bezug von Fisch. Die Abgabe von Stinten, Kaulbarschen, kleinen Flundern und Schollen, die unter ½ Pfund wiegen, erfolgt bis auf weiteres nicht gegen Abtrennung eines Kartenabschnittes. Die Abgabe der Fische in den Gastwirtschaften erfolgt markenfrei.

Berlin: An die Kunden, die in die Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 113. bis 116., 120. bis 122., 125., 126., 130. bis 132., 162., 196. und 228. Brotkommission eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse.

Charlottenburg: Als Ersatz für Kartoffeln auf die 14 Abschnitte 28a—g vom 8. bis 18. Juli je 50 Gramm Hülsenfrüchte. Auf die 6 Abschnitte 27a, b und c der Kartoffelkarte vom 11. bis 20. Juli je 50 Gramm Kartoffelmehl, 27d—g 400 Gramm Graupen vom 31. Juli ab. Gültigkeit der Abschnitte 25 und 26 wird bis zur Einlösung verlängert.

Auf Allgem. Groß-Berl. Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg. Suppen 200 Gramm auf Abschn. 38 bis 13. Juli. Graupen 500 Gramm auf Abschn. 39 vom 14. bis 20. Juli. Grieß 100 Gramm auf Abschn. 40 bis 18. Juli und Hafernährmittel 100 Gramm Grieß. Inlandsmarmelade 225 Gramm Abschn. 52 vom 11. bis 20. Juli. Inlandsmarmelade 200 Gramm Abschn. 53 vom 11. bis 20. Juli. Auf rote Nahrungsmittelkarte. Räucherwaren ¼ Pfund auf Abschn. 196 sowie auf Abschn. Dd der Berliner Bezugskarte. Salzheringe ½ Pfund Abschn. 197. Auf Haushaltungsbezugskarte. Puddingpulver: Bezugsmarke Y vom 11. bis 20. Juli.

Schöneberg: Bis 9. Juli Voranmeldung für 800 Gramm Graupen auf Abschn. 43 und 44 und 200 Gramm Suppen auf Abschn. 45 der Groß-Berl. Lebensmittelkarte. Wer nicht im Besitz von Vorratskartoffeln ist, kann ohne Voranmeldung 700 Gramm Nährmittel beziehen. Ferner ein Ei auf Abschn. 47 der Eierkarte, 500 Gramm Marmelade auf Abschn. 36, 200 Gramm Graupen auf Abschn. 41, 200 Gramm Suppen auf Abschn. 42 der Groß-Berl. Lebensmittelkarte und 250 Gramm Graupen auf Abschn. 15 und 16 der Jugendlichenkarte.

Wilmersdorf: Schon in der Sonnabend-Morgennummer mitgeteilt. Diejenigen, die in der vorigen Woche die ihnen zustehenden 8 Pfund Kartoffeln nicht erhalten haben, können von Montag ab auf die Abschn. 27a und 27b der Hauptkartoffelkarte 200 Gramm Kartoffelmehl, auf die Abschnitte 27c derselben Karte 100 Gramm lose Suppen entnehmen. Für die Woche vom 8. bis 14. Juli werden an Stelle der fehlenden Kartoffeln 700 Gramm Nährmittel abgegeben, und zwar auf Abschn. 28a bis 28d der Hauptkartoffelkarte 400 Gramm Erbsen, auf Abschn. 28e bis 28g derselben Karte 300 Gramm Teigwaren oder Hafernährmittel.

Neukölln: Ende nächster Woche voraussichtlich: 200 Gramm Haferfabrikate oder Gerstenmehl oder Nudeln auf Abschn. 40 der allgemeinen Lebensmittelkarte, 200 Gramm lose Suppen oder Morgentrank oder Suppenwürfel auf Abschn. 11, 200 Gramm Graupen auf Abschn. 42 und 100 Gramm Graupen auf Abschn. 44. Pro Kopf 3 Pfund Kartoffeln und als Ersatz für die ausfallenden 4 Pfund 400 Gramm Graupen bzw. Grütze. Bis einschl. Sonntag, 14. d. M., auf Abschn. 49 der Eierkarte ein Ei.

Lichtenberg: Ueber die Kartoffelabgabe wird erst in den nächsten Tagen bestimmt werden; als Ersatz für die in letzter Woche nicht gelieferten 4 Pfund werden auf Abschnitte 27d, e, f, g der Kartoffelkarte 400 Gramm Nährmittel verteilt. Auf Abschn. 39 der Groß-Berl. Lebensmittelkarte 150 Gramm lose Suppen und 150 Gramm Weizengrieß, auf Abschn. 36 500 Gramm Marmelade. Auf Abschn. 47 der Eierkarte 1 Ei. Auf Abschn. 247, 242, 231, 243 E, J, G, K der Lichtenberger Lebensmittelkarte Heringe, frische Fluß- und Seefische (Menge je nach Zufuhr), ¼ Pfund Räucherwaren und 1 Dose Marinaden.

Die Zeit
8/VII. 1918

Aeußerungen des Ernährungsministers Dr. Paul.

Ueber die Verhandlungen mit Ungarn.

Ernährungsminister Dr. Paul hatte die Liebenswürdigkeit, sich heute einem unserer Redakteure gegenüber über die in den letzten Tagen mit der ungarischen Regierung geführten Verhandlungen sowie über die infolge der neuen Ernte in Aussicht stehende Besserung der Ernährungsverhältnisse folgendermaßen zu äußern:

„Wie durch verschiedene Blättermeldungen bereits als bekannt vorausgesetzt werden darf, besteht die Absicht, die Bedarfs- und Bedeckungspläne Oesterreichs, Ungarns und des Heeres für das künftige Wirtschaftsjahr gemeinsam zu besprechen, damit schon im vorhinein Maßnahmen getroffen werden können, die die Wiederkehr derart schwerer Notstände, wie wir sie gegenwärtig in Oesterreich und bis zu einem gewissen Grade auch in Ungarn zu bekämpfen haben, unmöglich machen.

Diesen Zwecken dienten auch die in den letzten Tagen in Budapest abgeführten Besprechungen, die ihre Fortsetzung finden werden, sobald die beiderseitigen Ernteergebnisse halbwegs übersehen werden können. Ich darf mit besonderer Befriedigung betonen, daß sich die österreichische und die ungarische Regierung in vollem Einvernehmen befinden und in einsichtsvoller Erkenntnis der Lage einander entgegenzukommen und sich zu unterstützen vollkommen bereit sind.

Selbstverständlich haben diese Besprechungen nur die Festlegung grundsätzlicher Fragen im Auge, ohne einen der beiden Staaten in der unabhängigen Führung seines Ernährungswesens irgendwie zu beschränken. Dieses freie Verfügungsrecht ist schon deshalb unentbehrlich und notwendig, weil die volkswirtschaftlichen Verschiedenheiten in Oesterreich und in Ungarn außerordentlich groß sind, namentlich in bezug auf das Verhältnis der agrarischen zu den Industriegebieten, aber auch in der Art des landwirtschaftlichen Betriebes. Dem landwirtschaftlichen Großbetriebe in Ungarn steht der Betrieb von mittleren und kleinen Wirtschaften in Oesterreich gegenüber. Nicht minder verschiedenartig sind die Ernteergebnisse in den einzelnen Feldfrüchten, wie zum Beispiel ungarischerseits in Weizen, auf Seite Oesterreichs in Kartoffeln. Auch die Viehhaltung und Fütterung bedarf einer angemessenen Berücksichtigung. Neben dieser Erörterung der Bedürfnisse aller Teile der Monarchie fand bei den Besprechungen in Budapest die Versorgung der Armee mit Nahrungs- und Futtermitteln eingehendste Berücksichtigung.

Was die momentane Lage anlangt, sind wir begreiflicherweise am Ende des Erntejahres auch am Ende aller unserer Vorräte angelangt. Mit Zuschüben aus dem Ausland konnten wir seit geraumer Zeit nicht mehr rechnen. Die Ernte in Rumänien ist aufgebraucht, das Ergebnis der neuen Ernte kann für eine Ausfuhr noch nicht in Betracht kommen. Ebenso befürchten die Bauern in der Ukraina vielfach ein ungenügendes Ergebnis der kommenden Ernte und trachten daher ihre Vorräte möglichst zurückzuhalten, um nicht selbst in Notlage zu geraten. Leider hat sich auch sowohl in Ungarn als auch in Oesterreich infolge des kalten und nassen Wetters der letzten Tage der Frühdrusch verzögert, so daß die Lage noch keine Besserung erfuhr.

Es muß mit uneingeschränkter Dankbarkeit anerkannt werden, daß sich die Bevölkerung mit Ruhe und tiefem Verständnis in diese überaus schwierige Situation gefunden hat, und es wird selbstverständlich alles aufgeboten, um so rasch als irgend möglich durch Aushilfe aus der ungarischen Frühernte und möglichste Beschleunigung unseres Frühdrusches zu einer besseren Versorgung zu gelangen. Allerdings werden die gegenwärtigen starken Entbehrungen erst in den letzten Julitagen ihr Ende erreichen, und erst im nächsten Monat wird wieder ein ausgiebigerer Versorgungsdienst einsetzen. Vor diesem Zeitpunkt ist auch nicht auf die Wiedereinführung der vollen Brot- und Mehlquote zu rechnen, deren eheste Erreichung von meiner Seite ebenso herbeigesehnt wird, wie von der Bevölkerung.

Mittlerweile werden die vorhandenen Hilfsmittel zur Verteilung gebracht. Ich habe nie verschwiegen, daß wir dem Aufbrauch unserer Ernte schon zur Zeit meines Amtantrittes nahe waren, und daß sich die Hoffnung auf unsere Versorgung im Juni und Juli des Jahres auf die Ausfuhr aus der Ukraina gründen müsse. Diese Hoffnung ist leider nur zu einem geringen Teile in Erfüllung gegangen. Mit Anspannung aller Kräfte werden wir über die letzte und schwerste Zeit dieses Wirtschafsjahres hinüberkommen.

Die Zeit
8./VII. 1918

93 8

Keine einheitlichen Preissätze.

Aus Budapest, 8. d., wird uns telegraphiert:

Letzten Samstag fanden in Budapest unter Vorsitz des Handelsministers Szterenyi Beratungen der österreichischen und der ungarischen Preisprüfungskommission statt, an denen der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. Landwehr v. Pragenau, der österreichische Ernährungsminister Dr. Paul, der Präsident der Textilfabriken Dr. Gabriel Densik teilnahmen. GM. Landwehr gab dem Wunsche Ausdruck, daß in Oesterreich und Ungarn die Nahrungsmittel in gleicher Weise maximiert werden. Der Präsident der ungarischen Preisbestimmungskommission antwortete darauf, dies sei nur in dem Falle möglich, wenn die österreichischen Gewerbeartikel ebenfalls in gleicher Weise maximiert werden. Nachdem aber die Vertreter der österreichischen Regierung diesbezüglich keine Garantien erteilen konnten, wurden hinsichtlich dieser Fragen keine Beschlüsse gefaßt.

Neue Freie Presse
9./VII. 1918

96

Die große Naturalienspende des 12. Korps.

Der Kriegsminister Freiherr v. Stöger-Steiner hat dem Bürgermeister mitgeteilt, daß es ihm zur besonderen Freude gereiche, den Inhalt nachstehenden Telegramms, das bei der Zentraltransportleitung des Kriegsministeriums eingelangt ist, zu dessen Kenntnis bringen zu können: „Aus Jekaterinoslaw sind am 3. d. als Heerestransport 300 Meterzentner Brotbackmehl und 148 Stück Rinder für die Stadt Wien, ferner 130 Meterzentner Brotbackmehl und 65 Stück Rinder für die Stadt Budapest als von allen Angehörigen des 12. Korps freiwillig durch Verzicht von der gebührenden Kostportion gebotene Beihilfe für notleidende Minderbemittelte der genannten Städte abgegangen."

Der geschäftsführende Vizebürgermeister Hierhammer hat in Vertretung des Bürgermeisters nachstehende telegraphische Zuschrift an den Kriegsminister gerichtet: „Für das Telegramm, betreffend Beistellung von 300 Meterzentner Brotbackmehl und 148 Stück Rindern für notleidende Mindestbemittelte Wiens bitte ich, den verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ich ersuche, dem Kommando des 12. Korps telegraphisch den Dank und die Freude der Gemeinde Wien für diese Spende auszusprechen mit der Bitte, es wolle durch eigenen Korpskommandobefehl diesen Dank und die Freude allen Angehörigen des 12. Korps mit dem Beifügen übermitteln, daß die Gemeinde Wien der durch so selbstlosen Verzicht unserer Heldensöhne erzielten werktätigen Unterstützung der in der Versorgung schwer bedrängten Wiener stets gedenken und daß sie diese hochherzige Spende der Wiener Bevölkerung rechtzeitig in geeigneter Form zur Kenntnis bringen wird."

Neues Wiener Tagblatt
9/VIII. 1918

97

Unsre Nahrung.

Die Gefahr, daß auch in der Aufbringung der verkürzten Brot- und Mehlration eine Stockung eintritt, scheint nun überwunden zu sein, denn in Ungarn ist die Ernte in vollem Gang. Wenn auch die Mitteilung, daß der Ungarischen Getreidezentrale schon eine Million Meterzentner Getreide eingeliefert wurde, übertrieben sein dürfte, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß Ungarn schon über einen Teil des Ernteergebnisses verfügen kann, und darum dürfen wir baldige Hilfe erwarten. Uebrigens hat auch in Niederösterreich in den an Ungarn angrenzenden Gebieten der Kornschnitt schon begonnen, aber doch vorerst in geringem Umfang. Bevor wir über ausgiebige Ergebnisse der eigenen Ernte verfügen, werden noch drei bis vier Wochen vergehen, und dann erst werden wir in der Lage sein, die Brot- und Mehlration wieder unverkürzt zu genießen. Wie sehr unsre Hilfsquellen gegenwärtig erschöpft sind, ist aus der dieswöchigen Ausgabe des Kuchenmehls zu ersehen. Diese setzt sich nämlich zusammen aus verschiedenen Mehlsorten und verschiedenen Mahlprodukten.

Rindfleisch wird vorläufig, nämlich für Mittwoch, in recht befriedigender Menge ausgegeben, und angeblich soll auch der Bedarf der nächsten Tage gedeckt sein. Die in der vorigen Woche ausgebliebenen Fleischtransporte sind noch nicht eingetroffen. Ihre Beförderung wird dadurch verzögert, daß die Bahngeleise auf weite Strecken verlegt sind. Hätte diese Verlegung bei zweckmäßiger Leitung des Verkehres nicht vermieden werden können?

Die Gemüse- und Obstzufuhren aus Ungarn nehmen in sehr erfreulicher Weise zu, Eier dagegen treffen sehr spärlich ein, und wir haben von diesem überaus wichtigen Nahrungsmittel kaum mehr viel zu erwarten, denn die Uebersiedlungen in die Sommerfrischen wirken auf die Anlieferungen von Eiern und Milch nachteilig ein.

In der vorigen Woche wurde der Bevölkerung in Erinnerung gebracht, daß die Einbringung von Kartoffeln im Rucksack eigentlich verboten sei. Das Verbot besteht schon lange, war aber in der Zeit der Spätkartoffeln kaum angewendet worden, dagegen fand man es für notwendig, es jetzt aufzufrischen, weil auf der Jagd nach Frühkartoffeln viele Kulturen beschädigt werden. Die Leute, die auf die Erwerbung von Frühkartoffeln ausgingen, haben auf den Aeckern rücksichtslos gehaust, und darum wurde diese Art des Rucksackverkehres verboten.

Fremdenblatt 9./VII. 1918

98

Gemeinsame Beratung der Preisprüfungsstellen.

K. Budapest, 8. Juli. Die in Wien begonnenen Beratungen der österreichischen und der ungarischen Zentralpreisprüfungsstelle wurden Samstag hier fortgesetzt. Es nahmen daran teil von österreichischer Seite der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. Landwehr, mehrere Großindustrielle und Großgrundbesitzer, der Sekretär der Wiener Handelskammer Dr. Wrabetz und andere. Am Sonntag wurde das Resultat der Verhandlungen ratifiziert.

Handelsminister Szterenyi hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die enge wirtschaftliche Verbindung, in der unsere beiden Staaten zu einander stehen, bringt es mit sich, daß wir ein einvernehmliches Vorgehen anstreben müssen. Wenngleich jeder Staat für sich auf diesem Gebiete ganz autonom und selbständig ist, erheischen doch sehr wichtige Zweckmäßigkeitsgründe, daß wir in wirtschaftlichem Einvernehmen vorgehen. Leider sind diese Institutionen hüben und drüben verspätet und erst zu einer Zeit ins Leben gerufen worden, da wir mit dem Preiswucher kaum mehr den Kampf aufnehmen können; aber trotzdem noch nicht zu spät, wenn wir die Sache wirklich ernst nehmen. Wenn die Preisprüfungsstellen in Ungarn und in Oesterreich ihren Bestand vor der Oeffentlichkeit rechtfertigen sollen, dann müssen sie sich auf den Boden konkreter Aufgaben begeben und alles andere, mögen die Gesichtpunkte noch so verlockend sein, beiseite schieben. Der Minister erklärte, er hege die Hoffnung, daß schon in kürzester Zeit der Oeffentlichkeit gegenüber Resultate werden ausgewiesen werden können, die sie darüber beruhigen, daß endlich durch die Energie der Regierung dem Kettenhandel und dem Preiswucher Grenzen gesteckt werden.

Der größte Fehler in der ganzen Administration unserer Kriegswirtschaft war, daß wir, Oesterreich und Ungarn, uns über die Kriegswirtschaft nicht rechtzeitig verständigt haben. Was versäumt wurde, soll aber nach Möglichkeit nachgeholt werden. Die ungarische Regierung ist auf das innigste von dem Wunsche beseelt, auf kriegswirtschaftlichem Gebiete ebenso wie auf dem friedenswirtschaftlichen im Verein mit der österreichischen Regierung die wirtschaftlichen Interessen der beiden Staaten zum Wohl der Monarchie im Einverständnis und in freundschaftlichem Verhältnis zu fördern. Er sei überzeugt, daß österreichischerseits dieselben Gefühle gehegt werden und daß die österreichische Regierung denselben Prinzipien huldigt.

Die beiden Preisprüfungsstellen kamen hierauf nach erfolgter Beratung darüber überein, in Zukunft einander systematisch ihre Erfahrungen mitzuteilen und einander gegenseitig in allem zu unterstützen. Sie werden besonders in jenen Fragen in Berührung miteinander treten, die gleichmäßig Ungarn und Oesterreich berühren. Von österreichischer Seite war auch die Feststellung von Höchstpreisen für lebendes Rindvieh und für Wein beantragt worden. Die ungarische Stelle hegt jedoch die Auffassung, daß sie wenigstens vorläufig der Regierung in dieser Hinsicht keine Vorschläge unterbreiten könne. Infolge der großen Preissteigerung der Industrieartikel und der energisch heruntergedrückten Getreidepreise braucht die ungarische Landwirtschaft die Kompensation, welche die freie Bewegung der Preise des Lebendviehes den Landwirten sichert. Die behördliche Feststellung der Preise des Fleisches und der tierischen Nebenprodukte aber wird von der ungarischen Stelle gebilligt, wie sie auch in betreff der Feststellung von Höchstpreisen für das Lebendvieh Vorschläge unterbreiten würde, sobald die behördliche Regelung der Preise der Industrieartikel in Ungarn und in Oesterreich die Produktionskosten der ungarischen Landwirte sichtbar vermindern wird. Der Wein ist nach Anschauung dieser Stelle kein Bedarfsartikel erster Ordnung und der Bedarf Oesterreichs wird hauptsächlich von der österreichischen Weinproduktion gedeckt. Deshalb wird die ungarische Stelle beantragen, daß bei der Regelung der Weinpreise in erster Reihe der Weinexport und die Valutafrage berücksichtigt werden.

Beide Stellen sprachen sich für die unverzügliche Durchführung der Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz aus und kamen dahin überein, zum Ausbau der jetzt gefaßten Beschlüße im September abermals eine gemeinsame Beratung abzuhalten.

Reichspost
11. VII. 1918

Die Lebensmittelnot in der Bukowina.

Unter Führung des ukrainischen Abgeordneten Trylowskij erschien heute im Parlamente eine Abordnung von 25 Huzulen, darunter zwei Frauen, aus der Bukowina, welche durch die Vermittlung des Abgeordneten beim Ministerpräsidenten und beim Kaiser Audienzen nachsuchen wollen, um die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel in der Bukowina zu erwirken. Sie führten Beispiele an, daß in dem einen Bezirke seit Februar statt den gebührenden 21 Waggons Brotfrucht nur ein Waggon ausgegeben wurde, in einem anderen Bezirke in derselben Zeit statt 11 Waggons nur ein halber. Die Produkte der hauptsächlich Viehzucht treibenden Bevölkerung wurden requiriert, die Zufuhr von Lebensmitteln auf privatem Wege aber wird sowohl an der ungarischen, wie an der galizischen Grenze gewaltsam unterbunden. Die Abordnung erhofft sich nun durch ihre Vorsprache in Wien eine Besserung der unhaltbaren Zustände.

Berner Bund

12/III. 1918.

101

Zur Lebensmittelversorgung

Von F. Rutishauser

I.

Mannigfaltig sind die Vorschläge, die bereits seit längerer Zeit zur Frage der Milderung der Lebensmittelnot gemacht worden sind, verschiedenartig auch die schon getroffenen Vorkehrungen, wobei wir nur die Vergrößerung der Anbauflächen für Getreide, Kartoffeln usw., sowie die Bodenverbesserungen zur Gewinnung weiteren urbaren Bodens erwähnen.

Wie kann nun mehr noch als bisher und, was ebenso wichtig ist, wie kann prompter als bisher eine Besserung erzielt werden? Die Bestrebungen zur Förderung der Lebensmittelproduktion im eigenen Lande durch die bereits angefangenen und weiter projektierten Bodenmeliorationen, wobei in die Millionen gehende Kredite mit einer Promptheit bewilligt wurden, wie sie früher unmöglich gewesen wäre, können uns jedoch, so erfreulich und verdienstlich sie sind, nicht über die allernächste, schwerste Zeit hinweghelfen, da die Früchte erst mit den folgenden Jahren einsetzen können. Wir müssen aber für den kommenden Herbst, Winter und Frühling sorgen, damit wir mit dem wenigen, das aus dem Auslande hereingebracht werden kann, bis zur nächsten Ernte „durchhalten" können. Bis zur Stunde sind wohl die Aussichten für die kommende Ernte im allgemeinen befriedigend. Was aber, wenn durch ungünstige Witterung das Getreide und die Kartoffeln Schaden erleiden müßten? Da helfen langsichtige Bodenverbesserungsarbeiten nicht, um hungrige Mäuler zu stopfen, sondern da muß gesorgt werden, daß wir das Wenige, was wir ernten, mit viel mehr Sorgfalt behandeln, und nichts zugrunde gehen lassen, sondern der menschlichen Ernährung möglichst verlustlos zuführen. Diesen Weg etwas zu beleuchten, ist Zweck dieser Zeilen.

Bekanntlich enthalten die meisten Nahrungsmittel, die wir der Mutter Natur verdanken, einen hohen Prozentsatz an Wasser, das die Haltbarkeit verringert und zur Ernährung untauglich ist. Dieser Wassergehalt schwankt zwischen 75—90 Prozent und mehr und bewirkt, daß die Haltbarkeit, d. h. die Lagerungsfähigkeit eine sehr beschränkte ist, die noch durch Krankheit, Fäulnis usw verkürzt wird. Fast ausnahmslos muß die Bodenfrucht eines Jahres bis zur nächsten Ernte aufgebraucht sein. Aber auch so sind die Verluste an Nährwerten sowohl als an Gewicht ganz enorme: durch Schwund, Atmung (Keimung bei Kartoffeln usw.), durch Krankheiten auf natürliche Weise und durch Schälen, Schneiden, Ausstechen schadhafter Stellen durch das Kochen und Backen (statt Dämpfen!) usw. auf künstliche Weise, entstehen Nährwertverluste, die zwischen 20 bis 50 Prozent, jedenfalls im Mittel erheblich über 25 Prozent ausmachen. — Aber weiß man, was das in einigen Ziffern ausmacht? Bei Kartoffeln: 25,000 Wagenladungen, bei Getreide: 5000 Wagenladungen, bei Obst: 15,000 Wagenladungen, bei Gemüse: 20,000 Wagenladungen, usw.; zusammen: 65,000 Wagenladungen à 10,000 Kilo = 650 Millionen Kilo. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung rund 170 Kilo Nährwertverluste! Durch eine Rettung dieser gewaltigen Verluste ließe sich demnach täglich rund 1 Pfund oder 500 Gramm mehr als bisher dem Magen zuführen, ohne daß die Anbaufläche erhöht oder eine Bodenmelioration einsetzen müßte!

Erscheint es nicht jedermann naheliegend, daß in erster Linie versucht werden müßte, wenigstens einen Teil dieser großen Verluste bei den heutigen und kommenden Zeiten dem menschlichen Bedarf zugänglich zu machen? Gewiß, aber wie? Die Antwort ist nicht schwer: Durch eine bessere Haltbarmachung, d. h. durch möglichst einfachen Entzug des obige Verluste beschleunigenden Wassers, d. h. durch Trocknung der Frucht auf die natürliche Feuchtigkeit von 10, höchstens 15 Prozent hinunter. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber zur praktischen und befriedigenden Durchführung haben sich bis heute die verschiedenartigsten Schwierigkeiten entgegengestellt, so daß wir heute, auch dem Auslande gegenüber, noch stark im Hintertreffen stehen. — Eigentümlicherweise sind es gerade die Behörden, die wenig Verständnis hiefür zeigen. Die kantonalen Instanzen betrachten es als Aufgabe des Bundes, hierin voranzugehen, der Bund umgekehrt will die Kantone schalten lassen und bei diesem Hin und Her wird — nichts getan! Dabei hilft das Problem der schwierigen Beschaffung des nötigen Brennmaterials die Unschlüssigen in ihrer Passivität zu bestärken.

Durch das im vergangenen März vom Chef des Volkswirtschaftsdepartementes entgegengenommene Postulat von Herrn Nationalrat Schüpbach und Mitunterzeichner ist endlich an oberster Stelle eine erhöhte Tätigkeit in den Trocknungsbestrebungen erreicht worden: die Warenabteilung dieses Departementes befaßt sich heute mit der Organisation einer bessern Trocknung hauptsächlich von Gemüse und Obst, wobei sie neben der Förderung des Dörrens von Obst usw. im Haushalt auch die Hunderte von privaten Dörreinrichtungen, vom kleinsten, elektrischen Betrieb bis zur großen Trocknungsanlage für Massenleistungen unter ihre Kontrolle nimmt. — So werden mehr als vergangenes Jahr Früchte getrocknet, statt zu Alkohol verbrannt, und soll kommenden Herbst auch süßer Obsttrester zu Marmelade usw. verarbeitet, statt gebrannt werden. — Alle diese Bestrebungen können aber nur ein erster Schritt sein zu noch viel intensiverer Trocknung von allen Naturprodukten. — Hat es bisher auch an entsprechenden Maschinen gefehlt, die ein erstklassiges Trockengut herstellten (indem mit wenigen Ausnahmen die bisherigen Trocknungssysteme meist nur ein Futtermittel herzustellen gestatteten!), so bieten nunmehr auch einige in der Schweiz neu aufkommende Trocknungsverfahren Gewähr, daß die maschinellen Schwierigkeiten der weitern Entwicklung des Trocknungswesens nicht mehr hindernd im Wege sein können.

Der Neue Abend
12./VII. 1918

102

Ein fleischloser Tag im Wiener Rathauskeller.

T. Vor uns liegt eine Speisekarte des Wiener Rathauskellers. Wohlgemerkt, des „Volkskellers", beileibe nicht des „Nobelkellers", in welchem sich Kriegsgewinner aller Konfessionen allabendlich Stelldichein geben. Die sollen zahlen! Ich meine den „Volkskeller". Der Name schon weist darauf hin, daß hier das Wiener Volk verkehrt, daß also nur Volkspreise verlangt werden sollten. Schauen wir uns also diese Wiener Rathausvolkspreise an! (Ich will hier nebenbei bemerken, daß die Weinpreise, die bis jetzt etwas menschlicher waren und einigermaßen regelnd auf die wucherischen Weinpreise der anderen Wiener Wirte wirkten, jetzt von Woche zu Woche erhöht werden.) Aber ich will ja von den Speisepreisen sprechen. Die sind unverschämt hoch und es wäre am Platz, wenn der betreffende Berichterstatter im Stadtrate, dem die Überwachung des Rathauskellers obliegt, hier sofort Abhilfe schaffen würde.

Ich will die Preise für Luxusgerichte nicht anführen. Die gehören gar nicht in den Volkskeller. Ich will nur die Preise vermerken, die für „Volkspeisen" verlangt werden. Die sind in vielen Gasthäusern bedeutend billiger, und was andere kleine Wirte tun können, muß Herr Dombacher auch können.

Es ist ein fleischloser Tag; man ist daher auf Gemüse angewiesen, denn Fische zu Rathauskellerpreisen sind für gewöhnliche Sterbliche unerschwinglich:

	Kronen
Spargelsuppe	1·40
Schwammerlsuppe	—·50
Gerstelsuppe	—·60
Karpfen, gebraten	7·—
Paprikaschaiden	9·50
Gerstelauflauf	3·50
Gefüllte Kohlrüben	3·50
Spinatschnitzel	3·—
Hausleberwurst oder Blutwurst mit Kraut	4·50 (!)
Blumenkohl mit Speck	6·—
Jede Mehlspeise	2·10

Nun die Gemüsepreise:

	Kronen
Ged. Kraut	1·—
Kohl	1·50
Kochsalat	1·20
Kohlrüben	2·—

Salat: ähnliche Preise. Mehlspeisen (deren, nebenbei gesagt, acht Arten auf der Karte stehen): von K 2·10 bis K 3. Ich muß bemerken, daß es sich hier um Liliputanerportionen handelt, von denen man unmöglich satt werden kann.

Neue Freie Presse 13./III. 1918.

Ankündigung einer Verstaatlichung der Lebensmittelzentralen.

Eine Vorsprache der deutschnationalen Gewerkschaften bei der Regierung.

Unter Führung der Deutschgewerkschaftlichen Vereinigung des Abgeordnetenhauses, vertreten durch den Obmann Abgeordneten Heine und die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Kittinger, Knirsch, Neunteufel und Dr. Waber, sprachen gestern die Vertreter der deutschen Arbeitnehmerverbände und deutschnationalen Arbeitergewerkschaften beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor. An der Konferenz nahmen seitens der Regierung noch der Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans, Handelsminister Dr. v. Wieser, Ernährungsminister Paul, in Vertretung des Finanzministers Sektionschef v. Galecki sowie eine Anzahl Fachreferenten der beteiligten Ressorts teil. Sämtliche in der Zentralkommission vereinigten Gewerkschaften und andere Organisationen mit dem Obmanne Gattermayer waren erschienen. Gegenstand der Beratung bildeten die Ernährungsfragen, die Versorgung mit Zivil- und Dienstkleidern, die Gehalts- und Lohnfragen für die Festbesoldeten und Arbeiter.

In der Ernährungsfrage standen nach dem Berichte des Abgeordneten Knirsch folgende Vorschläge zur Verhandlung: Erhöhung der Mehlkopfquote, Erstellung eines gemeinsamen Ernährungsplanes mit Ungarn und dem Deutschen Reich und Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes mit gemeinsamen Verwaltungskräften und Exekutivorganen; Abschaffung jeder Sonderversorgung bei Aufrechterhaltung des Zusatzes für Schwerarbeiter, Verteilung der Lebensmittel ausschließlich durch die Gemeinden, Abschaffung der derzeitigen Zentralen und Verstaatlichung der zentralen Bewirtschaftung; strengste Maßregeln zur Einhaltung der Höchstpreise und Bestrafung des Wuchers und des Schleichhandels nach Kriegsrecht. Anschließend daran besprach Abgeordneter Heine die Mängel der Lebensmittelaufbringung aus Polen und der Ukraine.

Ernährungsminister Paul gab ein übersichtliches Bild über die augenblickliche Ernährungslage, über die Aussichten der kommenden Ernte und über die zu deren besseren Erfassung getroffenen Maßnahmen. Eine Erhöhung der Mehlquote könne in absehbarer Zeit dann eingeführt werden, wenn die Zuschübe aus den besetzten Gebieten, insbesondere aus der Ukraine, durch entsprechende Maßnahmen gesteigert werden. Bezüglich der Lebensmittelverteilung billigte der Ernährungsminister den von den deutschgewerkschaftlichen Abgeordneten vertretenen Standpunkt einer einheitlichen Verteilung durch die Gemeinden. Schließlich sagte der Minister zu, daß er im Sinne der gemachten Vorschläge die Verstaatlichung sämtlicher Lebensmittelzentralen und deren Umwandlung in Unterstellendes Amt es für Volksernährung in kürzester Frist zur Durchführung bringen werde.

Ueber die Bekleidungsfrage berichtete Abgeordneter Heine; er forderte eine ausreichende Beistellung von Dienstkleidern und Schuhen, weiter daß die bestehenden Wirtschaftsverbände zur Beschaffung von Zivilkleidern für Angestellte und Arbeiter unter materieller Mitwirkung der Regierung entsprechend erweitert und ausgestaltet werden.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser gab eine Darstellung der äußerst schwierigen Verhältnisse in der Bekleidungsfrage, sicherte jedoch die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Beistellung von Dienstkleidern für die staatlichen Angestellten zu. Auch gab er die Erklärung ab, daß die Regierung neuerdings große Summen für die geforderte Ausgestaltung der Wirtschaftsverbände zur Bekleidung der staatlichen Angestellten bereitstellen und diese Institution in jeder Weise fördern werde.

Abg. Dr. Waber verlangte in der Frage der Gehalts- und Lohnforderungen eine entsprechende Erhöhung der bestehenden Teuerungszulagen unter Beibehaltung der Anschaffungsbeiträge, die Einbeziehung eines Teiles der Teuerungszulagen in die definitiven Bezüge und die Durchführung der definitiven Besoldungsreform für alle Kategorien der Staatsangestellten.

Gewerkschafter Gangelmayer vertrat das von der Koalition der Eisenbahnerorganisationen aufgestellte Programm über Gehalts- und Lohnforderungen und verlangte seine restlose Durchführung.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler anerkannte die loyale Haltung aller Kategorien der Staatsangestellten und Arbeiter während der ganzen Kriegszeit trotz der für sie besonders schwierigen Lebensverhältnisse. Er anerkannte die Verpflichtung des Staates, teils durch Aufbesserung der Kriegszuschläge, teils durch naturale Zuwendungen das Los der staatlichen Angestellten erträglicher zu gestalten.

Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans erläuterte die Stellung der Regierung zu den Forderungen der koalierten Eisenbahner und sicherte in einzelnen Punkten eine weitere Berücksichtigung dieser Forderungen zu. Bezüglich einer Beseitigung gewisser Härten in den Bestimmungen über die Teuerungszulagen und Abänderung der Bestimmungen über die Zulagen der im Kriegsdienste stehenden Eisenbahner erklärte sich der Eisenbahnminister bereit, die aufgestellten Forderungen womöglich noch vor Zusammentritt des Abgeordnetenhauses der Erfüllung zuzuführen.

Sämtliche Abgeordneten, insbesondere die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Kittinger und Neunteufel, ferner die Vertreter der Arbeitergewerkschaften Gattermayer und Dr. Riehl führten Beschwerde über die verständnislose Haltung untergeordneter Organe des politischen Dienstes gegenüber den deutschnationalen Arbeitergewerkschaften, besonders in Sachen des Versammlungsrechtes und der Vertretung der Gewerkschaften in Beiräten und Enqueten.

Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans erklärte namens des augenblicklich nicht anwesenden Ministerpräsidenten, daß die Regierung die Bedeutung der deutschnationalen Gewerkschaften vollauf würdige und deren Verdienste um das Durchhalten im Kriege dankbarst anerkenne; er sicherte die Abstellung von Mißgriffen der untergeordneten Organe zu.

Nach vierstündiger Dauer wurde die Konferenz geschlossen.

Berner Bund 13./VII. 1918.

104

Zur Lebensmittelversorgung

Von F. Rutishauser

II.

Daß eine intensivere Trocknung von bisher noch nicht berücksichtigten Bodenprodukten eine sofortige, für nächsten Winter schon wirkende Hilfe bieten könnte, möge das eine Beispiel, die Trocknung von Kartoffeln, beweisen. — Nicht ohne Absicht wählen wir diese Knollenfrucht, weil sie aus den verschiedensten Gründen, die wir weiter unten anführen, verdient, zur prompten Lösung der heutigen Ernährungsschwierigkeiten herangezogen zu werden.

In der vor einigen Monaten erschienenen Broschüre „Die Kartoffeltrocknung, ein Mittel zur Linderung der Lebensmittelnot in der Schweiz" (Verlag Ferd. Wyß, Bern), hat Verfasser dieser Zeilen nachgewiesen, daß die Schweiz bei einer Haltbarmachung eines Teils der Kartoffelernte, d. h. durch eine großzügige Trocknung der Kartoffel, sich sehr wohl vom Auslande mit Bezug auf den Bedarf an Kohlehydraten unabhängig machen könne, wie dies bereits vor dem Kriege bezüglich Eiweiß und Fett der Fall war (letzteres hat seither allerdings wieder aufgehört!). Zu diesem Zwecke würde genügen, daß die heutige Anbaufläche noch um weitere 10—15,000 Hektaren auf 80—85,000 Hektare erhöht werde und zugleich ein Teil der Kartoffeln durch Trocknung in ein haltbares Produkt umgewandelt werde. Dadurch würde auch die notwendige weitere Steigerung der Anbauflächen für Getreide in Fortfall kommen können, was dem Landwirt um so lieber wäre, als der Ertrag pro Hektar an Kartoffeln ihm einen größern Nutzen als mit Getreide sichert und Gebiete bepflanzt werden können, die für Getreidebau ungeeignet sind. Ein höherer Preis für Kartoffeln als vor dem Kriege ist auch eher berechtigt und leichter möglich, entsprechend dem Ertrag an Nährwerten. Der Chef des Militärdepartements ist heute schon der Ansicht, daß der Anbau von Getreide offenbar bereits auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit angekangt sei! Die Erhöhung der Kartoffelanbaufläche kann daher sehr wohl geschehen, ohne daß eine Schmälerung im Nährwertertrag der bisherigen Anbauflächen für Getreide eintreten müßte.

An einer andern Stelle in erwähnter Broschüre wird auseinandergesetzt, daß die Kartoffelkultur die höchsten Erträge sowohl an Gewicht als an Nährwerten auf einer gegebenen Fläche erbringe, an Gewicht ungefähr das Siebenfache, an Nährwerten das Doppelte und Dreifache; die Trocknung ermögliche eine bessere Nutzbarmachung dieser Nährwerte für den menschlichen Bedarf, so daß in Zeiten von Ueberschuß, d. h. großer Ernte, die so konservierten Nährwerte für die magern Jahre verlustlos aufgespeichert werden können und sowohl eine Preisregulierung, als ein Aufhören der großen Preisschwankungen zwischen guten und schlechten Jahren ermöglicht werde. Wir machen uns dadurch vom Auslande unabhängiger, gewinnen aus der eigenen Scholle, was wir bisher mit teurem Geld aus dem Auslande holten; das Geld bleibt im Lande. Die Trocknung erbringt automatisch, sobald in genügendem Maße durchgeführt, mit der höhern Verwertungsmöglichkeit des Trockengutes mitteln ist in der Schweiz, dank einer privaten Tätigkeit, über die ersten Anfänge hinaus. Besonders Obsttrester, dann Schilfrohr, Maisstengel, Kastanien usw. werden getrocknet und meist zu stark übersetzten Preisen in der Landwirtschaft vertrieben.

Auch die in Deutschand längst eingebürgerte Trocknung von Kraut, besonders von Kartoffelkraut, Rübenkraut usw., Abfälle von Gemüse usw. liegt bei uns noch ganz im argen. Wie wir hören, wird allerdings diese Frage gegenwärtig an maßgebender Stelle ebenfalls geprüft und bleibt nur zu hoffen, daß eine befriedigende Lösung gefunden werde. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß einzig an Kartoffelkraut pro Hektar nahezu ebensoviel wie an Knollengewicht geerntet werden kann und daß das getrocknete Kraut, gehäckselt oder vermahlen, gutem Wiesenheu an Nährwert gleichkommt, und ein vorzügliches Viehfutter ergibt, so sollte bei jetzigen Verhältnissen nichts unterlassen werden, um auch diese Nährstoffe als Futtermittel zu retten.

Die modernen Trockenapparate, die heute auch in der Schweiz hergestellt werden, eignen sich nun nicht nur für die Bewältigung großer Mengen von Trockengut, ondern sie sind auch viel sparsamer im Brennstoffverbrauch und gestatten zudem, eine hochwertige Qualitätsware zu erzielen, die besonders für menschliche Nahrung geeignet ist. Ihre vielseitige Verwendungsmöglichkeit gestattet ferner, daß sie sozusagen das ganze Jahr zur Trocknung irgendeiner Saisonware benützt werden können, wodurch auch die Rentabilität durchaus gesichert ist.

Wenn ein Bedenken z. B. gegen die Trocknung von großen Mengen von Kartoffeln unbegründet und falsch ist, so ist es das, als ob sich eine Trocknung nur dann durchführen ließe, wenn eine Ueberproduktion stattfinde. Nein, umgekehrt, gerade wenn eine schlechte Ernte zu befürchten ist, muß möglichst viel getrocknet werden, um die Nährwerte, mit Ausschluß des verderblichen Wassers, zu retten! Neben der Milch ist die Kartoffel, selbst bei den gesteigerten Preisen noch das relativ billigste Nahrungsmittel, das besonders der ärmern und mittlern Gesellschaftsklasse zukommt. Aber gerade mit der Kartoffeltrocknung scheint man in Bern am wenigsten vorangehen zu wollen, allem Anscheine nach aus Besorgnis, neben der Bereitstellung genügender Mengen als Saatgut und neben der nunmehr beschlossenen Rationierung, keine genügenden Mengen von Kartoffeln mehr zu Futterzwecken übrig zu haben. Unseres Erachtens ist diese Befürchtung unbegründet: bei 70,000 Hektaren Anbaufläche darf voraussichtlich bei mittlerer Ernte wieder auf ein Durchschnittserträgnis von 180 Doppelzentner pro Hektar gerechnet werden, das ergibt rund 126,000 Wagen. Die rationierten, auf rund 3 Millionen Einwohner anzusetzenden Konsumenten benötigen bei der angenommenen Ration von 200 Kilo pro Jahr und Kopf rund 60,000 Wagen, bleiben noch 65,000 Wagen. Für Saatgut à 25 Doppelzentner für eine pro 1919 auf 80,000 Hektaren anzuschlagende Anbaufläche wären rund 20,000 Doppelzentner in Reserve zu stellen, sodaß als Schwund, an kleinen Kartoffeln für Fütterungszwecke usw. noch immer rund 45,000 Wagen übrig blieben. Und da sollte es nicht möglich sein, wenigstens einen geringen Teil dieser letztern vor dem Verderben zu bewahren und sie für die Erhöhung der menschlichen Nahrung zu trocknen?

Die Zeit
14./VII. 1918

105

Großer Mißbrauch mit Lebensmittelkarten.

Aus Budapest, 13. d., wird uns telegraphiert: Eine eigentümliche Entdeckung machte der Budapester Magistrat in den letzten Tagen. Im Monat Mai wurde in Budapest und in 28 umliegenden Gemeinden eine Probevolkszählung veranstaltet, bei welcher Gelegenheit 1,380.000 Personen konskribiert wurden. Nun wurde aber erhoben, daß in derselben Zeit in Budapest und in den erwähnten 28 Gemeinden für die gezählten 1,380.000 Personen 1,700.000 Lebensmittelkarten ausgefolgt wurden, also um rund 320.000 Lebensmittelkarten mehr, als gesetzlich begründet wäre. Diese Differenz erhöht sich noch bedeutend, wenn man berücksichtigt, daß in Budapest und in den in Frage kommenden Gemeinden sehr viele Produzenten leben, die als Selbstversorger nur einen Teil der Lebensmittelkarten erhalten. Hierdurch wird erwiesen, daß irgendwo ein Mißbrauch mit den Lebensmittelkarten getrieben wird, doch ließ sich bis heute noch nicht feststellen, ob dieser beim Magistrat, bei den Gemeindeämtern oder schon beim Volksernährungsamt erfolgt. Der Budapester Magistrat hat in dieser Angelegenheit eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Neues Pester Journal

14./VII. 1918

107

Die Versorgung der Staatsbeamten.

Verabfolgung der Naturalien. — Heranziehung der Staatsdomänen für die Verpflegung.

Der Staatssekretär im Finanzministerium Algezius Pap auf Initiative der Regierung vor kurzem Vertreter des Landesvereins der Staatsbeamten und der ihm angegliederten Organisationen zu einer Konferenz eingeladen. Im Rahmen dieser Beratung gab Staatssekretär Pap die Erklärung ab, daß die Regierung großzügige Maßnahmen zur Versorgung der Staatsbediensteten mit Naturalien vorbereitet. Die Staatsdomänen werden derart reorganisiert werden, daß ihr Ertrag den Einkaufsgruppen der Staatsbeamten zugeführt wird. Es wird im übrigen auch dafür Sorge getragen werden, daß die Warenzuweisung an diese Einkaufsgruppen sich reichlich gestalten wird. Sowohl betreff der Mehlversorgung wie auch bei der Versorgung mit Fett und Fleisch werden die Staatsbeamten Begünstigungen genießen. Es wird gestattet werden, daß sich mehrere Staatsbeamte zusammentun, um Schweine für den Eigenbedarf zu mästen. Bis zum Herbst wird die Hälfte der Staatsbeamten mit billigen Kleidern und Schuhen versorgt werden, es wird dann auch an die Versorgung der Familienmitglieder mit Bekleidungsartikeln die Reihe kommen.

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Mein Schreibtischfach für Fragebriefe von meinen vielliebenden „Rundschau"-Leserinnen ist so beängstigend voll und starrt mich mit seiner Fülle beim Schreiben so drohend an, daß ich die dritte geplante Plauderei über das Einmachen bis zur nächsten Woche verschieben will, um mich heute mutig auf die Beantwortung der vielen Fragen zu stürzen. Es wird diese Plauderei ein „buntes Allerlei" bringen.

*

Sorge und Kopfzerbrechen macht es vier in ganz verschiedenen Gegenden Deutschlands wohnenden Hausfrauen, wie sie am besten bei einem in den nächsten Monaten bevorstehenden Umzug nach auswärts in Wasserglas eingelegte Eier und eingekochtes Obst und Gemüse unversehrt an den neuen Wohnort bringen. Ich habe nur ja damit erst vor kurzem die Probe aufs Exempel gemacht und kann mit frohem Stolze berichten, daß meine kostbaren Schätze — das sind sie doch unbestritten in diesen Zeiten! — ungefährdet in meinem neuen Heim angekommen sind. Die kleine Menge eingelegter Eier habe ich aus dem Wasserglas genommen, sie in feine Holzwolle gehüllt und in eine Kiste gepackt, für die ich aus Pappe einen Einsatz mit Einzelfächern gemacht hatte, von denen jedes Fach ein Ei aufnahm. Obenauf legte ich einen Deckel von sogenannter Wellpappe und nagelte dann die Kiste zu. Sobald wie möglich nach der Ankunft im neuen Wohnort sind die Eier dann mit scharfem Essigwasser behutsam abgespült und in eine frische Lösung von Wasserglas — 7—8 Teile Wasser und 2—3 Teile Wasserglas — gelegt worden. Vorgestern — also gut drei Monate später — habe ich eines der Eier gebraucht, es war tadellos; ich kann also diese Verpackung aus eigener Erfahrung empfehlen. Eingemachtes Obst und Gemüse hatte ich im vorigen Jahre, als ich glückliches Menschenkind noch einen großen Garten besaß, in großer Menge einkochen können; eine stattliche Reihe von Gläsern, Flaschen und Kruken sollte mitwandern an den neuen Wohnort. Ich habe sie in mehreren, nicht allzugroßen Kisten, damit sie nicht zu schwer werden, zwischen Holzwolle so eng wie möglich eingepackt, so daß die Gläser sich nicht rippeln und rühren konnten; die einzelnen Gläser habe ich nur leicht in Papier eingewickelt, um jede Reibung zu verhüten. Die Kisten wurden am Boden und an den Wänden gut mit Holzwolle ausgepolstert, die Gläser auch nicht etwa alle stehend, sondern, wo es besser paßte, auch liegend eingepackt, obenauf eine dichte Schicht Holzwolle gepackt und die Kisten mit Deckel vernagelt. An den Seiten befestigte ich an den Kisten schwarze Eisengriffe, damit die Kisten besser getragen werden konnten. Statt Holzwolle nahm ich für eine Kiste Papierschnitzel — aber nicht von Zeitungspapier, dessen Geruch jetzt oft fürchterlich ist —, alles ist gut angekommen und steht wohlgeschlossen im Keller bei mir; es ist kein einziges Glas aufgegangen. Meinen fragenden Hausfrauen wünsche ich den gleichen Erfolg, rate ihnen aber, sich die Kisten mit Verpackungsmaterial rechtzeitig fertig zum Gebrauch bereitzustellen, das Einpacken aber tunlichst erst am Tage vor dem Einladen der Sachen vorzunehmen; so habe ich es gemacht.

*

Die „Kuh des kleinen Mannes" nannte man früher die Ziege; diese Bezeichnung trifft jetzt kaum mehr zu, denn gerade die bessergestellten Kreise haben sich in den letzten Kriegsjahren, wo es anging, eine oder bei größeren Familien zwei Ziegen angeschafft. Jedenfalls gehören die Ziegen jetzt in vielen Familien mit zum Hausinventar; das zeigen die vielen Anfragen, die vor mir liegen (ich zähle in den letzten Wochen nicht weniger als 9 Anfragen!), welche eine Antwort erheischen: wie man Ziegenmilch sterilisiert, wie man Butter, wie man Käse aus Ziegenmilch bereitet, wie man im Winter die Ziege versorgt.

Eine eingehende Beantwortung dieser „ziegenlichen" Fragen würde aber einen so großen Raum in der mit Papierknappheit kämpfenden „Rundschau" beanspruchen, daß viele, viele andere Fragerinnen noch mehrere Wochen auf ihre Antwort warten müßten. Ich möchte deshalb meinen verschiedenen Fragestellerinnen, die etwas über ihre Ziege und die Verwertung ihrer Milch wissen möchten, raten, sich doch ein einschlägiges Büchlein anzuschaffen. Ich kann ihnen Stemot: „Das Buch vom gesunden und kranken Haustier", Verlag von Parey, empfehlen, auch bringt ein von mir vor Jahren herausgegebenes großes Sammelwerk „Im deutschen Hause" eine Reihe von eingehenden Aufsätzen über kleine Viehzucht, also über Schweine-, Rindvieh-, Ziegen- und Schafzucht.

*

Frau Major Sch., Wilmersdorf, und Herr Oberleutnant D. können die jungen Schotenschalen frisch verschiedenartig ausnutzen. Will man die Schotenschalen frisch verwenden, zieht man das pergamentähnliche Innenhäutchen ab, wiegt die Schalen gröblich und kocht davon mit Suppengrün in Brühwürfelbrühe eine Suppe; man bindet diese Suppe mit einigen rohen geriebenen Kartoffeln, kann auch kleine Kartoffelstückchen in der Supe zuletzt mitkochen. Zuletzt gibt man ihr durch Zusatz von gutem Fleischextraktersatz, den neuerdings die Firma Appel in den Handel bringt und den ich empfehlen kann, trefflichen Wohlgeschmack und würzt die Suppe zuletzt mit gehackter Petersilie. Außerdem aber kann man aus Schotenschalen eine gute Essenz für den Vorrat herstellen. Man hackt dann die Schalen gröblich und kocht 5 Liter Schalen mit 1½ Liter Wasser und einem halben Teelöffel doppeltkohlensaurem Natron offen eine halbe Stunde und verdeckt weiter noch eine Stunde, bevor man die Flüssigkeit durch ein feines Sieb rührt. Die erhaltene Essenz muß mit 20 Gr. Zucker und etwas Salz stark eingekocht werden, sie wird dann in kleine Fläschchen gefüllt, diese mit der praktischen Mammuthaut verschlossen und 20 Minuten sterilisiert. Ein Löffel der Schotenessenz genügt, um einem Liter Suppe den Geschack frischer Erbsensuppe zu geben. Was nun das Einmachen von Schoten angeht, so kann ich nur dringend raten, diese nur einzukochen, wenn man sicher ist, daß man frischgepflückte Erbsen erhält und auch eine richtige Einmacheerbse bekommt. Für die beste Einmacheerbse gilt die grünbleibende Folger-Schnabelerbse, von den Markerbsen hat sich mir „Immergut" besonders bewährt. Die frischgepflückten Erbsen müssen möglichst rasch eingemacht werden; man enthülst sie, kocht sie mit kochendem Wasser, dem man eine Kleinigkeit Zucker zusetzt, eben auf, füllt sie, nachdem sie rasch gekühlt wurden, in die Gläser und überfüllt sie mit kaltem, abgekochtem Wasser. Gefüllte Erbsengläser sollte man auf keinen Fall mit Kriegsgummiringen schließen, da gerade Erbsen sehr empfindlich sind, sondern die Mammutringe zum Dichten verwenden, die tadellos schließen. Die Gläser müssen möglichst rasch ins Kochen gebracht werden; man sterilisiert 60 Minuten bei 100 Grad Celsius und am zweiten Tage noch einmal 20 Minuten. Nach vollendeter Sterilisation öffnet man den Vorratskocher, breitet ein Tuch darüber und hebt nach kurzer Zeit die Gläser heraus, um sie unter dem Tuche auskühlen zu lassen. Wer reichlich junge Erbsen hat, kann einen Teil davon auch in Salz einmachen. Man rechnet auf drei Teile Erbsen ein Teil Salz, mischt Erbsen und Salz und gibt sie in ein vorher gebrühtes und dann wieder getrocknetes Säckchen. Darin legt man sie in einen Steintopf und stellt zum Niederhalten eine saubere, mit Wasser gefüllte Weinflasche obenauf. Auch ganz vortrefflich trocknen kann man junge Erbsen. Man schüttet die jungen, ausgehülsten Erbsen in kochendes Wasser und nimmt sie nach 5 Minuten wieder heraus und breitet sie zum oberflächlichen Abtrocknen auf großen Tüchern aus. Sie werden dann auf Hürden auf sauberem Papier in gelinder gleichmäßiger Wärme langsam getrocknet; sie müssen in papiernen Säckchen an luftigem, trockenem Orte hängend aufbewahrt werden. Will man die trockenen Erbsen kochen, weicht man sie mit wenig Natron am Abend vor dem Gebrauch ein, kocht sie in dem Weichwasser ab und dann in frischem kochendem Wasser mit wenig Zucker weich, bindet die Brühe und gibt zuletzt das nötige Salz und gehackte Petersilie sowie einen Teelöffel Appels Suppenwürze daran.

(Fortsetzung folgt.)

Tägliche Rundschau 1918

Vossische Zeitung 15/VII. 1918.

Ohne Höchstpreise?

Wir erhalten die folgende Zuschrift, die wir gerne wiedergeben, da sie die österreichischen Ernährungsverhältnisse in ihrer Entwicklung gut beleuchtet.

Wie sich die Verhältnisse auf dem Gemüse- und Obstmarkt entwickeln, wenn behördlich festgesetzte Höchstpreise fehlen, zeigt ein Blick auf das verbündete Oesterreich. Oesterreich ist in hervorragendem Maße Ueberschußgebiet für Gemüse und Obst. Nach Ablauf der zwei ersten Juniwochen des Jahres 1918 hatte so gut wie niemand in Wien Gemüse oder Kirschen gegessen, während in gewöhnlichen Zeiten Wien von dem ersten Junitage an förmlich mit Gemüse aller Art, mit Kirschen und Beerenobst aus Böhmen, Mähren, Tirol und Steiermark überschüttet wurde. Allerdings: In einer Anzahl von Feinkostgeschäften in Wien waren Kirschen zu 6 bis 8 Kronen, Wald- und Ananaserdbeeren zu 7 bis 10 Kronen das Pfund, Gemüse zu ähnlichen Preisen zu „haben". Die öffentliche Meinung hatte erreicht, daß die Behörde in diesem Jahre auf Höchstpreise für Frühgemüse und für Frühobst verzichtete, damit die Freiheit des Handels nicht beeinträchtigt werde. Daß der Anblick des unsinnig teuren Obstes, das nur „für die Reichen" bestimmt sei, nicht gerade besänftigend auf die Gemüter der städtischen Bevölkerung wirken mußte, bedarf keiner Begründung. Lange brauchte sich die ärmere Bevölkerung allerdings über den Anblick des teuren Obstes nicht zu ärgern, denn schon nach wenigen Tagen verschwand überhaupt fast jedes Gemüse und Obst. Sämtliche Märkte wurden von Gemüse und Obst so gut wie völlig entblößt. Denn in den beim Fehlen von Höchstpreisen rücksichtslos entbrannten Wettkampfe aller gegen alle siegten die geldkräftigsten Großverbraucher, vorwiegend die kriegsgewerblichen Unternehmungen, die sich nun, koste es was es wolle, den größten Teil der Gemüse- und Obsternte zu sichern verstanden. Jetzt kam der Unwille der großstädtischen Bevölkerung in der gesamten Presse zum Ausdruck.

Gegenüber dem stürmisch von Blättern aller Richtungen und Vertretern aller Parteien geäußerten Verlangen nach Aufhebung der Freiheit des Handels sah sich nun die oberste Behörde, der Minister für Volksernährung in Wien, veranlaßt, schleunigst Höchstpreise für Aepfel, Birnen, Pflaumen und Zwetschgen festzusetzen und die Zwangsbewirtschaftung dieser drei Obstgattungen sowie des Herbstgemüses zu versprechen, damit sich nicht bei der Herbstversorgung die jetzt zutage getretenen Mißstände mit ihren unabsehbaren Folgen wiederholen."

Zu dieser Zuschrift möchten wir bemerken, daß die „Vossische Zeitung" niemals die Ernährungspolitik unserer österreichischen Bundesgenossen als vorbildlich hingestellt hat. Wir sind in unseren Darlegungen vielmehr immer für einen sachgemäßen Ausgleich zwischen Zwangswirtschaft und freien Handel eingetreten.

•

Vom 16. Juli 1918 ab sind Erzeugerhöchstpreise für Gemüse und Obst festgesetzt, und zwar u. a. für Rhabarber auf 15, Erbsen 35, Stangen- und Buschbohnen 40, Wachs- und Perlbohnen 50, Möhren ohne Kraut 28, Karotten 26, Frührotkohl 25, Tomaten 100, Johannisbeeren, weiße und rote, 50, schwarze 60, Stachelbeeren 50, Himbeeren in kleinen Packungen 150, Blaubeeren 55, Preißelbeeren 65, saure Kirchen, I. Wahl, 60, Pflaumen, I. Wahl (großfrüchtige) 50, II. Wahl (kleinfrüchtige) 30, Frühäpfel 35, Frühbirnen 30, Falläpfel und Fallbirnen 15 Pf.

Vossische Zeitung 16.7.1918

910

Gegen die Zwangswirtschaft nach dem Kriege. Die Potsdamer Handelskammer (Sitz Berlin) beschäftigte sich in ihrer Vollversammlung mit der beabsichtigten Regelung der Uebergangswirtschaft. Es wurde betont, daß alle Bestrebungen zur Wiederbelebung des deutschen Außenhandels nach dem Kriege Aussicht auf Erfolg nur dann versprechen, wenn Handel und Industrie von der Zwangswirtschaft befreit und Ein- und Ausfuhr nach den normalen Bedürfnissen des Landes gestaltet, nicht aber künstlich gegängelt würden. Da von den maßgebenden Stellen weitgehende Einschränkungsmaßnahmen für die Zeit nach Friedensschluß befürwortet und vorbereitet werden, soll in einer Kundgebung nochmals der Standpunkt der Handelskammer zur Geltung gebracht werden. — Ferner wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß den Weinhändlern gestattet wird, neben der Weinhandelsgesellschaft, der allein die Einfuhr von Auslandsweinen zusteht, österreichische Süßweine einzuführen, da die Versorgung mit Süßweinen durchaus unzureichend und verteuert ist. Weiter wurde eine Erhöhung des Bierpreises auf 28 Mark für hundert Liter befürwortet, da nach den Angaben des bezirkseingesessenen Brauereigewerbes die bisherige Vergütung von 23 Mark die Herstellungskosten nicht mehr deckt. — Ferner wird die Handelskammer darauf hingewiesen, daß das Verbot des Alkoholausschanks an Militärpersonen überhaupt und an Zivilpersonen nach 9 Uhr abends auch für die Provinz Brandenburg aufgehoben wird, nachdem bereits andere Korpsbezirke in gleicher Weise vorangegangen sind und in den Kasinos und Kantinen Alkohol an Militärpersonen ausgegeben werden darf.

Der Neue Abend
16./VII. 1918
16.

Simmering.

Der elfte Gemeindebezirk gilt als einer der freudlosesten der Stadt. Fabrikschlote und Armut, und nicht zuletzt die Steinmetze für das Gräberfeld geben ihm das Gepräge. Aber man darf nicht glauben, daß es für dieses ewig graue Simmering nicht auch einmal einen Tag ungetrübtester Heiterkeit gäbe. Kürzlich war ein solcher; es gab einen Mordsspaß, über den man gleich viele Tage hindurch lachen konnte. Bis heute lacht man, und es ist eine polizeiliche Mitteilung, die eine so anhaltende Heiterkeit ausgelöst hat. Die offiziöse Nachricht besagte mit einem drolligen Ton von Bestimmtheit: „— Da am Anfang dieses Monats die Gemüsezufuhren aus den ländlichen Bezirken Wiens trotz der günstigen Jahreszeit nachgelassen hatten, hat das Kriegswucheramt die in Betracht kommenden Gemüsebetriebe eingehend überwacht. Dies hatte zur Folge, daß die Gemüsemärkte wieder reichlich beschickt waren."

Die Heiterkeit stammt daher, daß sich seit dieser Verlautbarung so gut wie nichts im Machtbereich der Simmeringer Gärtner geändert hat; diese bringen vielmehr nur widerwillig und gerade so viel auf die beiden zu beschickenden Märkte, den in Simmering und den in Kaiser-Ebersdorf, als ihnen nach Bedienung der Schleichhandelskundschaft übrig bleibt. Ja, seit der damaligen Amtshandlung geht der Skandal womöglich noch ärger weiter. Die Gemüsegärtner machen sich über die gelegentlich erschienenen Amtsorgane lustig, und es ist bezeichnend, daß am Tage nach der erwähnten Verlautbarung wieder fuhrenweise das Gemüse an Großabnehmer zugeführt wurde.

Es sind weitgedehnte Gefilde mit üppigem Bestand im Südosten der Stadt, auf denen der grüne Segen heranwächst, und bei einigermaßen gerechter Verteilung brauchte die Bevölkerung keine Gemüsesorgen zu haben. Zwei Hauptgebiete haben wir dort unten: die Simmeringer Gärten hinter der Dorfgasse auf der riesigen Heide und die Anlagen längs der Kaiser-Ebersdorferstraße einerseits bis fast in den Ort hinein, anderseits in der Richtung nach Schwechat, beziehungsweise bis nach Albern. Zwischendurch die „Hirten" und die fruchtbare „Pfafferau". Jede Nacht wird Markt abgehalten und Freitag ist Hauptmarkt. Da können die armen Frauen dann, wenn sie Glück haben, ihr 'bißchen Gemüse ergattern; gegen Bezugschein und die Pflicht, sich anzustellen. Kraut, Kohl, Häuptel- und Bilsensalat, Grünzeug — heute eines so wichtig wie das andere. Aber die Gärtner spotten und lachen. Der Markt ist „auf d' Nacht", aber die Großabnehmer, die so gut zahlen, bedient man halt vorher; in den frühen Morgenstunden und nachmittags, zwischen 4 und 6 Uhr. Nicht zum Marktpreis natürlich, sondern viel teurer. Die Nobelgasthäuser, Hotels, Pensionen und reichen Privatkunden zahlen gerne mehr. Kraut zum Beispiel K 70 für 100 Kilogramm und auch mehr, den Salat für 30 Stück K 8 und 9, Kohlrüben, Kohl, Karotten ergeben bis 60 v. H. Übergewinn. Gurken werden, noch unreif, schon beetweise verkauft, ohne daß der genaue Ertrag sich auch nur bestimmen ließe. Kein Wunder, daß die mehr als einfachen Gärtnerleute in den letzten Jahren schwer reich und hochfahrend geworden sind. Daß einer in der letzten Zeit allein an Hotels und Gasthäuser um K 40.000 Gemüse verkauft hat, gehört nicht zu den Seltenheiten. Stelle dich in der Kaiser-Ebersdorferstraße oder in der Dorfgasse auf und sieh zu, wie da buttenweise und waggonweise das Grün in Schleichhandelsgold umgemünzt wird. Und die Gärtner, einmal ins Vertrauen gezogen und gesprächig gemacht, finden für alles die richtigen kernigen Worte; für den Beweis ihrer Schlauheit und für den ihres Hochgefühls. „Wann s' a Fuhr anhalten, so is für a langjährige Kundschaft, mit der i Vertrag hab'. Die War' g'hört längst ihr und weil i ka Fuhrwerk hab', so muß sa s's selber zuführen." — „Mit 'n Kram (Ware) geht aner am Mark', wann er für's G'schäft (!) z'wenig hat." — „Die Polizei kann uns . . ." Aber auch für das berechtigte Selbstbewußtsein: „Bei uns schneibt's Geld!"

Jawohl, es schneit. Die Ebersdorfer lassen das Gemüse buchstäblich lieber verfaulen, ehe sie es billig hergeben. Die Heide hat sieben Querstraßen („Lanten" genannt), die eigentlich krumme Wege heißen sollten. Da arbeiten Dutzende Gärtner und neben ihnen die von der Schutzlinie und dem Neuriessenweg. Sie schwingen fleißig den Spaten und werfen Schützengräben auf gegen allerlei Verordnungen. Besonders die in der fünften und siebenten Querstraße finden dabei den Lohn, der reichlich lohnet.

Und während die Fuhren „für die Kundschaft" durch die Dorfstraße schwanken, bilden die armen Frauen, die dort wohnen, Spalier und seufzen: „Wann a kleiner Bua bitt', daß s' ihm a Haperl verkaufen, jagen s' ihn saugrob weg. Aber dös siecht kaner!"

Gr.

Arbeiterzeitung 16. Juli 1918

172

Die Ernährungsfragen.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Im Juli 1914, also knapp vor Ausbruch des Krieges, hatten wir neben vielem anderen auch noch genügend Schweinefleisch. Nach der Preistabelle des städtischen Marktamtes kostete damals — das Wasser läuft einem im Munde zusammen — abgezogenes Schweinefleisch und Jungschweinefleisch 1·60 bis 2·80 Kronen das Kilogramm, während es jetzt nach der gleichen Tabelle 10 Kronen kosten soll. Das Marktamt wäre nicht leicht in der Lage, die Haushaltungen jetzt mit Schweinefleisch zu versehen, das nur 10 Kronen das Kilogramm kostet. Wer sich zu nachtschlafender Zeit anstellt, seine Gesundheit opfert und all die Qualen mitmacht, die dabei zu erdulden sind, kann ein Stückchen Schweinefleisch vielleicht zu dem marktamtlich bestimmten Preise haben! Sonst muß der arme Konsument auf den Genuß von Schweinefleisch verzichten. Wer indessen Geld hat, bekommt es bei einzelnen Selchermeistern auf Wegen, die nur Eingeweihten bekannt sind, zu 36 bis 48 Kronen das Kilogramm. Er bekommt dieses Fleisch von Schleichhändlern, die ihre Bezugsquellen sorgfältig verheimlichen, noch um einige Kronen teurer als bei einzelnen Selchern. Im gleichen Wege ist für Zahlungsfähige Schweineschmalz zu haben, das nach den Kleinhandelspreisen der Marktamtsdirektion im Juli 1914 1·76 bis 2 Kronen das Kilogramm, im Juli 1917 18 bis 16 Kronen das Kilogramm und im Juli dieses Jahres 20·50 Kronen kosten soll, aber nirgends zu bekommen ist. Im Schleichhandel kostet gegenwärtig Schweineschmalz 56 bis 68 Kronen das Kilogramm. Butter, und zwar Inlandware, war im Juli vor Kriegsausbruch mit 2·20 bis 3 Kronen notiert. Ausländische Butter kostete 3·20 bis 4 Kronen. Im Juli 1917 wurde Inlandbutter

laut Tabelle des Marktamtes im Kleinhandel [illegible] bis 14·50 Kronen, Auslandbutter um 12·80 bis 13·20 Kronen abgegeben, während jetzt angeblich nur Auslandbutter zu 20·47 bis 20·67 Kronen verkauft wird. Tatsächlich war schon im vorigen Jahre wie auch in diesem Jahre Butter vom Markte verschwunden und es ist Inlandware wie auch ungarische Ware nur noch im Schleichhandel zu 65, 67 auch 70 und 72 Kronen das Kilogramm erhältlich. Erst in den letzten Tagen wurde in geringen Mengen von Approvisionierungsinstituten, die von Fabrikanten für ihre Arbeiter eingerichtet worden sind, dänische Butter bezogen, doch unter großen finanziellen Opfern und unter Valutaschwierigkeiten, die den ferneren Bezug unmöglich machen.

Das Rindfleisch kostete nach der amtlichen Tabelle am 25. Juli 1914 das Vordere 1·60 bis 2·20 Kronen, das Hintere 1·80 bis 2·60 Kronen das Kilogramm. Im Juli 1917 wurde es nach derselben Preisnotierung zu 6·80 bis 10·20 Kronen und 8 bis 11·60 Kronen zum Verkauf gebracht, während es jetzt 7·20 bis 18 Kronen und 8·40 bis 20 Kronen kosten soll, wobei besonders darauf hingewiesen werden muß, daß zu diesen amtlich notierten Preisen Rindfleisch nur für Rayonierte in der angewiesenen geringen Quantität zu haben ist. Wer Geld hat, weiß sich Fleisch in den Orten nächst Wien aufzutreiben, wofür allerdings 26 bis 32 Kronen für ein Kilogramm bezahlt werden müssen. Das Pferdefleisch — Fleisch des zahlungsunfähigsten Teiles der Bevölkerung vor dem Kriege — wird jetzt viel begehrt. Früher wurde ein Teil des Pferdefleisches verwurstet, aber Pferdefleischwürste sind jetzt eine Seltenheit geworden. Jetzt wird der elendeste Brocken Pferdefleisch abgesetzt, er muß nicht verwurstet werden. Ein Kilogramm vorderes Pferdefleisch kostete am 25. Juli 1914 bloß 88 Heller bis 1·12 Kronen, hinteres 96 Heller bis 1·20 Kronen. Die gegenwärtigen Handelspreise stellen sich für Vorderes auf 10 bis 15 Kronen, für Hinteres auf 12 bis 17 Kronen das Kilogramm, wahre Phantasiepreise, die man zur Friedenszeit nicht für möglich gehalten hätte! Wir könnten diese Liste der Preissteigerungen unendlich vermehren. Wer hätte es zum Beispiel für möglich gehalten, daß tote Karpfen zum Preise von 16 Kronen das Kilogramm verkauft werden? Wie jammerten wir, als vor dem Kriege ein Ei von 10 auf 12 Heller stieg, während jetzt das Stück zum Preise von 56 Heller bis zu 1·20 Kronen kaum aufzutreiben ist? Weizenmehl kostete am 25. Juni 1914 nach der Notierung des Marktamtes 42 bis 48 Heller, im Kriege stieg es auf 1·20 Kronen; aber wo ist Mehl überhaupt zu haben? Nur im Schleichhandel, wo das Kilogramm bereits auf 24 Kronen gestiegen ist! Deutlicher als Worte sprechen diese Preise von dem Elend, in dem sich die breiten Schichten der Bevölkerung befinden, die nicht kaufen können, weil der höchste Lohn nicht mehr ausreicht.

Arbeiterzeitung
16./VII. 1918

113

Die erste Tagung aller Lebensmittelverbände der Kriegsindustrie.

Der Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsverband (Kogwa) hat für Samstag den 13. d. einer Anregung mehrerer Lebensmittelverbände folgend, eine Konferenz sämtlicher Lebensmittelverbände Oesterreichs einberufen. Sämtliche Verbände leisteten Folge. Vom Amte für Volksernährung waren als Vertreter der nunmehrige Leiter des Departements XVII Oberstleutnant v. Wirkner und Hofsekretär Dr. Durgansky erschienen.

Die Konferenz wählte Direktor Krausenek (Graz) und Direktor Kokrda (Wien) zu Präsidenten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Belieferung der Lebensmittelverbände" berichtete Dr. Renner, der als Präsident des Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsausschusses die Konferenz auch eröffnete. Zum zweiten Punkt: „Das Verhältnis der Lebensmittelverbände zu den Zentralen" sprach Kokrda, und zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Geschäftliche Erfahrungen, Evidenzhaltung und Kontrolldienst" Geschäftsführer Schatzl des steiermärkischen Verbandes.

Die Tagung nahm einen höchst interessanten Verlauf. Die Lebensmittelverbände dienen nicht theoretischen Gutachten, sondern der praktischen Arbeit. Heute werden von den Lebensmittelverbänden mehr als zwei Millionen Menschen versorgt. Ueberall dort, wo die Landesstellen und die Statthaltereien die Lebensmittelverbände verständnisvoll fördern, haben diese Außerordentliches geleistet. Nur ein Beispiel von vielen: Der Brünner Verband hat eine reservierte Zubuße von einigen Waggons Graupen jetzt vermahlen lassen, hat dabei allerdings 28.000 Kronen zugesetzt, aber er ist dadurch imstande, heute noch seinen Mitgliedern die volle Mehlquote zu geben. Der Krainer Verband, der aus den Mitteln der Aktion für Minderbemittelte monatlich 100.000 Kronen bezieht, kauft Fett und Fleisch ein und gibt es bedeutend billiger an die Mitglieder ab. Allgemein erkennen Unternehmer und Arbeiter an, es wäre eine Versorgung in vielen Kronländern ohne die Arbeit und die Organisation der Lebensmittelverbände nicht möglich, weil die Anarchie und Indolenz vieler Gemeindeverwaltungen jede gleichmäßige Verteilung der geringen Mengen verhindert. Direktor Kristan (Laibach) zeigte drastisch, wohin es führt, wenn man die Kaufleute mit der Lebensmittelversorgung betraut. Es wurde in Laibach eine Landesstelle der Oezeg geschaffen, die aus zwei klerikalen, zwei liberalen und zwei deutschen Kaufleuten bestand. Diese haben nebenbei unter besonderer Firma in Wien ein Lebensmittelgeschäft angemeldet und haben nun alle guten Geschäfte, bei denen zu verdienen war, über diese Firma, alle schlechten über die Landeslebensmittelstelle geführt. Endlich kam der Skandal auf — Verhaftungen, Selbstmorde, Prozesse —, aber die Landesregierung muß die Kosten dieser Geschäfte tragen. Diese Kaufleute haben behördlich angelieferte Waren zu Wucherpreisen nach Triest verkauft und die Bevölkerung Krains hat nichts bekommen. Aehnliche Verhältnisse wurden von den Vertretern aus Böhmen geschildert. So wurde ein amtliches Dokument vorgelegt, das über die Käseverteilung einer Gemeinde Aufschluß gibt. Die Gemeinde hat 24 Laib Käse bekommen, auf der vorgelegten Verteilungsliste steht: „Einen Laib dem Herrn Bürgermeister." So wird in den meisten Gemeinden verteilt. Gegen solche Vorgänge schützt bis zu einem hohen Grad der Lebensmittelverband die Arbeiter. Deshalb sind heute die Unternehmer ebenso wie die Arbeiter überzeugt, es muß ausgeschlossen bleiben, daß an der Organisation gerüttelt wird, so sehr auch Geschäftsleute und einzelne politische Parteien dagegen Sturm laufen.

Es hat die Konferenz deshalb sehr entschieden gegen die Erklärung des Ministers Paul Stellung genommen, die er nach den Berichten der Presse den deutschnationalen Arbeitervertretern gegeben hat, er sei für die ausschließliche Verteilung aller Lebensmittel durch die Gemeinden. Oberstleutnant Wirkner, der inzwischen mit Minister Paul gesprochen hatte, konnte später erklären, der Minister denke nicht daran, die Lebensmittelverbände aufzulösen, er werde im Gegenteil sein Versprechen, auch den elf böhmischen Verbänden die Verteilung von Mehl und Brot zu übergeben, auf jeden Fall einhalten.

Bei der Konferenz kam wieder deutlich zum Ausdruck, wie groß die Verwaltungsmisere in Böhmen ist. Kein Kronland wird von einer solchen allgemeinen Anarchie beherrscht wie dieses größte und bedeutungsvollste aller Kronländer Oesterreichs. Leider besitzen dort weder die Behörden, noch die Gemeinden, noch die Bezirksstellen ein zulängliches Verständnis für verwaltungstechnische und soziale Notwendigkeiten. Die Heeresverwaltung wünscht die Errichtung von Lebensmittelverbänden, der Ministerrat genehmigt die Statuten, aber der Regierungskommissär des Karlsbader Wirtschaftgebiets erklärt bei einer Konferenz, wo über die Auflösung der Lebensmittelverbände beraten wird: „Wir brauchen keine Lebensmittelverbände, wir machen das allein!" Böhmen wird bald, gleich Galizien, das Land sein, wo jede Stelle tut, was sie will und die Ministerien werden an dieser Anarchie nichts zu ändern vermögen.

Die Vertreter der böhmischen Verbände Diell, Hauptmann und Czermak führten vor allem Klage über die Mengen Lebensmittel, die heute im Schleichhandel von den Gemeinden, den Bezirkshauptmannschaften und den Regierungskommissariaten zu Wucherpreisen gekauft werden. So wird in Reichenberg der Laib Brot von der Gemeinde, weil er aus Schleichhandelmehl ist, mit 3 Kronen verkauft. In Bodenbach und Tetschen gibt es drei Preise, je nach der Einkommenstufe, derselbe Laib kostet 3 Kronen, 4·50 und 7 Kronen. Das geht aber nicht von privaten Händlern aus, sondern wird offiziell von den Gemeinden und den Bezirkshauptmannschaften durchgeführt und Millionen Gelder, die als Notstandsaushilfen gegeben werden, fließen einfach in die Kanäle des Schleichhandels. Trotzdem bei dieser vollständigen Desorganisation der Versorgung die Arbeit der Lebensmittelverbände dringend geboten ist, bereitet man den Verbänden in Böhmen die größten Schwierigkeiten. Was der Regierungskommissär Grohmann in Karlsbad offenherzig gesagt hat, das bestimmt die Haltung der Vertreter vieler Landesstellen. Das Amt für Volksernährung hat die Zusage gegeben, daß nach der neuen Ernte die Lebensmittelverbände Mehl und Brot zu verteilen haben werden. Als die Vertreter der Landesstelle Böhmen, der elf Lebensmittelverbände unterstehen, bei dem Vertreter der Landesstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt vorsprachen, erklärte dieser, er wisse von nichts und er halte das Angeordnete nicht für durchführbar. Während in den meisten Ländern die Lebensmittelverbände regelmäßig beliefert werden, häufen sich in Böhmen die Willkürlichkeiten. Bei der Belieferung mit Marmelade geht die Landesstelle der Oezeg so vor, daß sie einzelnen Betrieben, wie der Firma Schicht, so viel Marmelade zumeist, daß diese imstande sind, ein halbes Kilogramm für den Kopf zu verteilen, den Lebensmittelverbänden aber wurden anstatt den quotenmäßig erforderlichen 168 Waggons nur 115 Waggons geliefert. Das alles geschieht unter dem Drucke der verschiedenen Bezirksgrößen. Der Bezirk Leitmeritz hat durch Vermittlung des Abgeordneten Hummer drei Waggons Fett und Käse bekommen, während andere Bezirke überhaupt leer ausgingen. Die Konferenz hat deshalb die Errichtung eines Landeswirtschaftsamtes für Böhmen gefordert, in dem alle Konsumentenorganisationen vertreten sind und das allein befugt sein soll, alle Waren zu übernehmen und zu verteilen. Die Reorganisation der Regierungskommissariate, die heute nur Quellen des Schleichhandels darstellen und keine Verbesserung der Versorgung herbeigeführt haben, wurde verlangt. Sie sollen ebenfalls reformiert werden, damit die Arbeiterschaft und die Konsumenten Einfluß erlangen.

Die Konferenz hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, deren wichtigster wohl eine Errichtung der Zentrale aller Lebensmittelverbände im Ernährungsamt, im Departement XVII, ist. Diese Zentrale soll allen Verbänden als Vertreter ihrer Interessen bei allen Ministerien und Zentralen dienen und soll durch einen Beamten der Lebensmittelverbände in ständiger Fühlung mit dem Departement XVII des Amtes stehen. Die Vertreter des Amtes gaben die Erklärung ab, sie werden alles tun, um die Wünsche der Konferenz zu vertreten und durchzuführen.

Neues Wiener Tagblatt
16./VII. 1918

Sperrung von beiläufig 200 Gasthäusern.

Die Versorgungsschwierigkeiten der Gastwirte.

Die täglich zunehmenden Schwierigkeiten der Versorgung der Gasthäuser mit Lebensmitteln haben, wie berichtet, bereits einen Umfang angenommen, der viele Inhaber zur zeitweiligen oder dauernden Sperrung ihrer Betriebe nötigt. Nach einer in der vorigen Woche vorgenommenen Schätzung betrug die Zahl der infolge Mangels jeglicher Vorräte sowie infolge der Unmöglichkeit genügenden Einkaufes geschlossenen Gasthäuser insgesamt hundert. Diese Ziffer hat sich innerhalb weniger Tage verdoppelt, und die Befürchtung ist berechtigt, daß eine weitere, ziemlich rasche Zunahme erfolgen wird.

Die Gründe dieser Entschließungen haben wir ausführlich erörtert. Heute läßt sich nur hinzufügen, daß die Umstände, die die Sperrung veranlaßten, in ihren Folgen sich noch wesentlich verschärft haben. Von seiten der Genossenschaft der Gastwirte wird uns mitgeteilt:

Die Wiener Gastwirte haben sich so lange als möglich gegen die Sperrung ihrer Betriebe gewehrt, in dem Gefühle, daß sie damit nicht allein ihr Gewerbe — das ohnehin nicht mehr ertragsfähig ist — einbüßen, sondern auch der Bevölkerung, die mehr denn je auf den Gasthausbesuch angewiesen ist, Schaden zufügen. Aber die vielen Verordnungen, in denen sich auszukennen so schwer ist, dann die in der letzten Zeit vorgenommenen und nicht immer mit Entgegenkommen durchgeführten peinlichen Vorratsdurchsuchungen sowie die Beschlagnahme von selbst in geringen Mengen vorgefundener Artikel in Verbindung mit häufig gar nicht begründeten Anzeigen haben die Lage so peinlich gestaltet, daß für viele von uns kein andrer Ausweg offen stand.

Die von der Gemeinde zugewiesenen Mengen reichen nicht für einen Wochenbedarf, geschweige denn für zehn Tage aus. Das erhältliche Fleisch genügt kaum für zwei Tage, immer wird mit neuen Verordnungen gedroht und der Schleichhandel erpreßt von dem Gastwirt täglich neue und größere Geldopfer. In einer Zeit, in der sonst Gemüse reichlich vorhanden war, ist auf dem Markt kaum ein Stück „Grünes" zu sehen, und den Gemüsehändlern ist überdies die Lieferung an Gastwirte unter Strafandrohung verboten. Mit Mehl, Eiern und jetzt auch mit Fleisch, ob dies nun „Wohlfahrts"- oder „Extremfleisch" ist, wird die Versorgung immer knapper oder sie versiegt vollständig auf Tage und Wochen. Einen Speisezettel für einen Tag herzustellen, ist eine schwer zu lösende Aufgabe. So haben sich zuerst die kleinen Gastwirte zur Schließung entschlossen. Die mittleren Betriebe sperren an fleischlosen Tagen, da es an Gemüse fehlt, die großen Betriebe folgen in immer rascherem Tempo nach — und der Hunger der Gäste nimmt zu. Die Wiener Wirte und die Bevölkerung sind in der Kriegszeit anspruchslos geworden. Aber von nichts kann keine Küche bestellt werden."

Die Zeit
17. III. 1918

A. 17
115

Städtische Lebensmittelbetriebe

Einer unserer Mitarbeiter hatte auf einer Reise durch Ungarn Gelegenheit, sich mit dem Vizebürgermeister von Großwardein, dem Obernotär Edmund Lukacs, über Lebensmittelfragen zu unterhalten, dessen Anschauungen über städtische Lebensmittelbetriebe schon aus dem Grunde ernste Beachtung verdienen, weil Lukacs der erste war, der in der Monarchie zur Einführung der Mehlkarte schritt und dessen Vorschläge in Fragen der Approvisionierung in vielen Fällen für zahlreiche Städte ausschlaggebend waren. Vizebürgermeister Lukacs äußerte sich unserem Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen:

„Großwardein ist eine Stadt, in der Handel und Gewerbe überwiegen. Die Grenzen der Stadt sind sehr eng gezogen, und sie ist von allen Seiten von Dörfern umgeben, mit denen sie fast zusammenhängt. Auch diese Dörfer produzieren nicht genügend Lebensmittel und sind infolgedessen auf den Markt Großwardeins angewiesen. Aus den oben dargestellten Gründen war die Lebensmittelversorgung unserer Stadt von 100.000 Einwohnern gleich zu Beginn des Krieges sehr schwierig. Namentlich hinsichtlich der Mehlversorgung waren schon bei der Mobilisierung Schwierigkeiten aufgetreten. Die Mühlen haben sich wenig beküm.nert, ob für die Stadt auch genug Mehl übrig bleibe, so daß es sich im Jahre 1914 ergab, daß nur mehr für sieben Tage Mehl vorrätig war. Die Stadt Großwardein hat sich damals — als erste Stadt in der Monarchie — entschlossen, aktiv einzugreifen. Auf Grund der Ausnahmegesetze wurde im Dezember 1914 die Ermächtigung verlangt, die Vorräte zu beschlagnahmen, und die Brot- und Mehlversorgung wurde von der Behörde in eigene Regie übernommen, und dieses System dann ausgebaut. Die Brot- und Mehlversorgung wurde den privaten Betrieben vollständig aus der Hand genommen. Die Verteilung erfolgte lediglich durch Organe der Behörde. Am 1. März 1915 wurde die Mehlkarte eingeführt. Bis zum heutigen Tage erfolgt nun seit vier Jahren der Mehlverkauf in 35 eigenen Geschäften des städtischen Lebensmittelbetriebes ohne einen Augenblick der Störung. Dieser Betrieb nimmt keinen Heller der städtischen Kasse und keinen einzigen Angestellten der Stadt in Anspruch. Im Gegenteil! Unser System erwies sich auch vom Standpunkt der Gemeindefinanzen als recht günstig. Der Lebensmittelbetrieb berechnet bei den Verkäufen einen minimalen Nutzen und hat sich dadurch eine Reserve geschaffen, die heute anderthalb Millionen Kronen beträgt, trotzdem sich der Betrieb ein eigenes großes Haus gekauft hat und seine Angestellten gut bezahlt. Wir fingen mit einem Vorschuß der Stadt von 800 Kronen an und haben heute einen Jahresumsatz von 100 Millionen Kronen, ohne die Stadtkasse oder ein Gemeindeorgan in Anspruch zu nehmen.

Die früher erwähnte Reserve schützt die Stadt vor jedem Risiko und ermöglicht es uns, die Initiative auch auf anderen Gebieten der Approvisionierung zu ergreifen; sie steht der Stadt überdies für soziale Zwecke zur Verfügung. Die Gemeinde deckt die Ansprüche für solche Zwecke zum größten Teil aus der Reserve des selbständigen Lebensmittelbetriebes. In einem Kinderheim finden während des Tages 700 bis 1000 Kinder auch eine Gratisbeköstigung. Die Reserve deckt die Kosten der Wärmestuben und der Arbeiterküchen (K. 2.20 für drei Gänge: Suppe, Fleisch, Gemüse und Mehlspeise). Vom 25. August 1917 bis 1. Juni 1918 wurden 370.000 Mittagessen ausgegeben. In den nächsten Tagen wird ferner eine Mittelstandsküche für etwa 2000 Personen eröffnet.

Zu Lasten der Reserve wurde ferner alljährlich in der Weihnachtswoche Gratismehl an unbemittelte Invalide, an die Kriegerwitwen und an die Armen ausgegeben.

Der städtische Lebensmittelbetrieb verkauft einschließlich des Nutzens Brotmehl zu 48 Heller, Kochmehl zu 74 Heller und Nullermehl zu K. 1.46 pro Kilogramm.

Die Approvisionierungspolitik der Stadt war darauf gerichtet, den Handel der wichtigsten Artikel, wie Mehl, Fett und Kartoffeln, dem privaten Handel vollständig zu entziehen und in eigene Regie zu übernehmen. Bei den anderen Artikeln tritt der Lebensmittelbetrieb als Konkurrent der Kaufleute auf, um die Preise zu drücken. Die Artikel werden außerdem in Evidenz gehalten, der Handel kontrolliert, der Verkehr geregelt und die Kaufleute gezwungen, ihre Waren in den Verkehr zu bringen. Es handelt sich hierbei namentlich um Salz, Seife, Kerzen, Petroleum, Kaffee usw. Die straffe Organisation ist also da: einerseits der Verkauf in gänzlich eigener Regie, dann die Evidenzhaltung der Einfuhr sämtlicher wichtiger Bedarfsartikel, deren Ausfuhr sofort verboten wird, falls sich herausstellt, daß nicht genügend Vorräte in den betreffenden Artikeln vorhanden sind. Zur wirksamen Kontrolle des Warenverkehrs sind die Zentralen in Budapest angewiesen, mich sofort zu verständigen, falls hiesigen Kaufleuten Waren zugewiesen werden.

Angegliedert an den Lebensmittelbetrieb sind Küchengärten, eine Schweinemastanstalt für 1000 Schweine und eine Fleischverarbeitungsanlage, unter anderem auch zur Erzeugung von Würsten.

Die Stadt hat ferner eigene Schuhreparaturanstalten und regelt den Verkehr in Schuhen und Kleidern durch Ausgabe von Karten. Die Vorräte in diesen Bekleidungsartikeln werden täglich in Evidenz gehalten."

Auf die Frage unseres Mitarbeiters, ob sich das erfolgreiche Großwardeiner System auch auf Wien anwenden lasse, das mit einem chronischen Millionendefizit in der Lebensmittelversorgung arbeitet, erklärte der Vizebürgermeister folgendes: „Ich sehe nicht ein, weshalb eine zielbewußte energische Stadtverwaltung in Wien nicht die gleichen Resultate erzielen sollte. Lokale stehen dort in genügender Zahl, eventuell wie bei uns im Wege der Beschlagnahme, zur Verfügung, und die Personalfrage wird sich wohl auch unschwer lösen lassen, denn man verwendet zu diesem Zwecke meist ältere Leute und weibliche Hilfskräfte."

Der Neue Abend
17./III. 1918

17
116

Der Staat als Preistreiber.

Prag. (Drahtbericht des „Neuen Abend".)

Bekanntlich sollen alle Lebensmittelzentralen verstaatlicht werden. Man kann dies auch von der eben gegründeten Hefezentrale annehmen, die ganz offenkundig den Zweck hat, die Hefepreise durch Einführung eines Kartells zu erhöhen, so daß sich hier das Schauspiel bietet, daß der Staat durch Gründung einer Lebensmittelzentrale die Geschäfte jener Erzeuger besorgt, die ihre Konkurrenten zwingen wollen, zu denselben Wucherpreisen zu verkaufen wie sie selbst.

Ihr Berichterstatter erfährt über die Sache folgendes: Zwischen den im Kriegswirtschaftsverband der Hefeindustrie vereinigten Fabriken haben sich starke Reibungen ergeben. Der Verband wurde am 1. August 1916 durch eine Ministerialverordnung gegründet und hatte den Zweck, die Rohstoffe gleichmäßig unter den Fabriken zu verteilen, da damals Not an Ware herrschte. Neben dem Verbande gab es noch aus Friedenszeiten die Kartellorganisation der Hefefabriken, der alle Fabriken mit Ausnahme der Wolfrumschen in Schönpriesen, Teplitz und Wien-Stadlau angehörten. Das Verhältnis der letzteren zum Kartell war bloß durch einen Kontingentierungsvertrag geregelt und sehr lose. Der Vertrag glich über- und Überschreitungen im Absatz durch Geld aus. Die Wolfrumsche Preßhefefabrik hatte das Recht, die Preise in ihrem Absatzgebiete selbst zu bestimmen, und verkaufte wesentlich billiger als die anderen Fabriken und die nach Ungarn liefernden österreichischen Fabriken. Daher wuchs das Absatzgebiet der Wolfrumschen Fabrik auf Kosten des Konkurrenzkartells, was um so peilicher war, als an Stelle der Hefenot ein Überfluß eintrat, so daß die Verbraucher die billigere Quelle aufsuchen konnten. Daher verlangten die Kartellfabriken, daß der Wolfrumsche Betrieb seine Erzeugung drosle, und da die Verhandlungen hierüber zu keinem Ergebnisse führten, stellte sich das Kartell hinter die Regierung und setzte das Unglaubliche durch: daß die Hefezentrale zu den Kartellpreisen bewirtschaftet werde, ein Beschluß, gegen den die Wolfrumsche Fabrik Einspruch erhob, ohne jedoch Aussicht auf Erfolg zu haben. Hoffentlich nützt diese öffentliche Behandlung der skandalösen Angelegenheit.

R. K—z.

Fremdenblatt Abendl
17. VII. 1918

Unsere Lebensmittelversorgung.

Eine dringliche Anfrage des Verbandes der deutschnationalen Parteien.

Die Abg. Knirsch, Fahrner und Genossen haben namens der deutschnationalen Parteien eine dringliche Anfrage an den Ministerpräsidenten betreffend die unerhörten Zustände auf dem Gebiete des Ernährungswesens und die Maßnahmen zu einer durchgreifenden Aenderung eingebracht. In der Anfrage wird ausgeführt: Wir stehen am Beginn eines neuen Wirtschaftsjahres, des fünften Kriegsjahres. Was den Waffen der vereinigten Gegner nicht gelungen ist und nicht gelingen wird, uns niederzuringen, muß schließlich unsere eigene Staatsverwaltung herbeiführen, wenn nicht durchgreifende Maßnahmen eine geordnete Ernährungswirtschaft für die uns noch bevorstehende Kriegszeit verbürgen, dem Rechte und dem Gesetze wieder Geltung verschaffen und in der Bevölkerung das bereits verloren gegangene Vertrauen wieder aufrichten.

Eine Hauptursache des Versagens unserer Kriegswirtschaft ist die zu niedrig bemessene Kopfquote. Mit der zugemessenen Quote kann kein Mensch das Auslangen finden, besonders bei dem vollständigen Fehlen von Fettstoffen in den einzelnen Gegenden. Es hat auch kein Mensch, der sich bisher am Leben erhalten hat, das zugemessene Maß der Kopfquote eingehalten. Jeder mußte sich darüber hinaus zu versorgen versuchen, auch der Minister, der die Verordnungen herausgab, der Beamte, der sie durchführen sollte. und die Sicherheitsorgane, die mit der Kontrolle und Aufsicht betraut waren. Die Folgen sind neben Schleichhandel und Wucher, Korrumpierung der Verwaltung und allgemeines Hinwegsetzen über Gesetz und Recht.

Ein Haupterfordernis zur Herbeiführung erträglicher Verhältnisse erblicken wir daher in der Erhöhung der Kopfquote auf ein zur Ernährung des Körpers unbedingt erforderliches Maß. Dies ist unseres Erachtens möglich und die Einhaltung der Quote auch gewährleistet, wenn weiters nachstehende Maßnahmen durchgeführt werden:

1. Erstellung eines gemeinsamen Ernährungsplanes mit dem Deutschen Reiche und Ungarn und Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes. Zur Durchführung des gemeinsamen Ernährungsplanes gegenseitiger Austausch, bezw. gegenseitige Beihilfe der erforderlichen Verwaltungskräfte und Exekutivorgane.
2. Verstaatlichung aller Wirtschaftszentralen.
3. Zwang zur Einhaltung der festgesetzten Höchstpreise durch strengste Bestrafung der Wucherer und Betrüger nach Kriegsrecht.

Die Gefertigten richten daher an den Herrn Ministerpräsidenten die dringliche Anfrage:

1. Ist der Herr Ministerpräsident bereit, mit den Regierungen Ungarns und des Deutschen Reiches sofort in Verhandlungen über die Durchführung der unter Punkt 1 angeführten Maßnahmen zu treten? 2. Die unter Punkt 2 und 3 geforderten Maßnahmen zu verfügen?

* * *

Die Abgeordneten Dr. Schürff, Kraft und Genossen haben eine dringliche Anfrage betreffend den Zustand unserer Ernährungsverhältnisse eingebracht. Die Anfrage führt aus:

Zu der ungenügenden Brotversorgung unserer Bevölkerung kommt als besonders fühlbarer Uebelstand noch die ganz unbefriedigende Fleischversorgung, die namentlich in den letzten Monaten gleichzeitig mit der Kürzung der Brot- und Mehlquote eintrat. Nicht einmal zu hohen Preisen war es der Mehrzahl der Bevölkerung möglich, das zum täglichen Bedarfe unbedingt erforderliche Quantum Fleisch zu bekommen. Bei den vorkommenden Massenschlachtungen an heimischem Vieh ist mit Recht zu befürchten, daß die Fleischversorgung, gleich wie die Fettversorgung, in den kommenden Monaten, insbesondere aber in der Winterszeit, vollständig versagen wird.

Aber nicht nur die Versorgung der Zivilbevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln ließ überall zu wünschen übrig, sondern auch der militärische Ernährungsdienst mußte unter solchen Umständen zum Teile versagen, wodurch die Schlagkraft unserer Armee sicherlich großen Abbruch erlitten hat.

Aus diesen Gründen sehen sich die Gefertigten veranlaßt, an die Regierung nachfolgende Fragen zu stellen, deren Beantwortung nicht bloß den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, sondern insbesondere der so arg notleidenden Bevölkerung Aufklärung geben soll:

1. Wie groß war die vorjährige Ernte, in welchem Ausmaße wurde sie aufgebracht und wie erfolgte ihre Verwendung? 2. Aus welchen Gründen versagte der Ernährungsplan für 1917/18? 3. Welche Länder und insbesondere welche Bezirkshauptmannschaften blieben in der Ablieferung der vorgeschriebenen Erntequoten hinter den Vorschreibungen zurück? 4. Wie groß waren die Zuschübe an Lebensmitteln aus Ungarn, Serbien und der Ukraine? 5. Welche Aushilfen hat uns das Deutsche Reich in der Zeit dieser Ernährungsstockungen geboten? 6. Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um gleichen Mißerfolgen, wie sie mit der bisherigen Ernährungswirtschaft verbunden waren, künftighin vorzubeugen und um eine gleichmäßige und sichere Versorgung der Zivilbevölkerung Oesterreichs zu erreichen? 7. Hat die Regierung auch vorgesorgt, daß die Versorgung des Heeres in ausreichendem Maße sichergestellt wird? 8. Was gedenkt die Regierung vorzukehren, damit endlich der überall beobachteten Minderversorgung der nicht organisierten städtischen Verbraucherkreise in der Verpflegsfrage ein Ende gemacht werde?

Fremdenblatt
17. VIII. 1918

118

Tagung der Lebensmittelverbände der kriegsdienstleistenden Industrien.

Der durch Verordnung des Handelsministeriums berufene konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsausschuß, dessen Aufgabe es ist, alle Konsumenteninteressen zu vertreten, berief für Samstag den 13. d. eine Konferenz der Vertreter der Lebensmittelverbände der kriegsdienstleistenden Industrien ein, zu der die Vertreter aller Verbände erschienen waren. Als Vertreter des k. k. Amtes für Volksernährung nahmen Oberstleutnant v. Wirkner und Hofsekretär Durzansky teil. Die Tagung, die im Sitzungssaale des neuen Genossenschaftshauses in der Praterstraße stattfand, wählte zu Vorsitzenden Direktor Krausek (Graz) und Direktor Kokrda (Wien). Das Referat über die Belieferung der Lebensmittelverbände erstattete der Präsident Abg. Dr. Renner, über das Verhältnis der Lebensmittelverbände zu den Zentralen sprach Direktor Kokrda, über die geschäftlichen Erfahrungen Geschäftsführer Schatzl (Graz).

In einer Reihe von Resolutionen wurde die Einbeziehung der Versorgung mit Bekleidungsstücken in die Aufgaben der Lebensmittelverbände gefordert, ferner die Errichtung eines Landeswirtschaftsamtes für Böhmen, das allein berechtigt sein soll, alle Lebensmittel zu übernehmen und zu verteilen, damit die Statthalterei von diesen Arbeiten vollständig entlastet werde, die Reorganisation der Regierungskommissariate und die gleichmäßige Belieferung aller Verbände und aller Unternehmen. Außerdem wurde beschlossen, eine Zentrale aller Verbände im Ernährungsamt zu schaffen, damit die Verbindung derselben mit dem Departement XVII., das diese Angelegenheiten zu erledigen hat, enger werde. Das Departement soll ausgestaltet werden und als Rechtsschutzstelle für sämtliche Lebensmittelverbände der kriegsdienstleistenden Industrien dienen.

Die Zeit
18./VII. 1918

18
119

(Sommerzeit und Gasthauspreise.) Unleugbar hat die Sommerzeit ihre Vorteile für den geplagten Großstädter; nicht nur, daß man das rar gewordene Petroleum, die rationierten Kerzen, das ängstlich zugemessene Gas und das teure elektrische Licht für die Winterabende aufsparen kann, es hat auch seine Annehmlichkeit, den im Freien verbrachten Sommerabend noch bei Licht zu genießen, um halb 10 Uhr in ein unwahrscheinliches, aber darum nicht minder wundervolles Abendrot zu blicken und sich erst von der allmählich sinkenden Dunkelheit an Heimweg und Sperrsechserl mahnen zu lassen. Wer um fünf oder um sechs Uhr Kanzlei oder Geschäft verläßt, hat noch einen wohlgemessenen Sommernachmittag vor sich, der zu Ausflügen und weiten Spaziergängen einlädt. Leider schneidet die Nachtmahlzeit mit scharfer Cäsur in dieses friedliche und arglose Vergnügen. Da selbst die schönste Landschaft ihren Reiz verliert, wenn man sie mit einem hungrigen, durch Mittagmahl und Jause nicht mehr wesentlich belasteten Magen durchwandert, so bleibt einem nichts übrig, als entweder auf den nachmittägigen Teil des Spazierganges zu verzichten oder die Abendstunden in der dumpfen Wohnung zu verbringen. Früher einmal wäre diese Frage leichter zu lösen gewesen. Man aß damals, sobald der Arbeitsschluß es erlaubte, ins Freie hinaus, nachtmahlte im Gasthaus oder, wo die Mittel dies nicht gestatteten, trug man harte Eier, belegtes Butterbrot, Käse und Obst in einem wohldurchfetteten Papier mit sich, verzehrte es auf irgendeiner Bank und trank dann in einer Gartenwirtschaft ein billiges Glas Bier, mit dem man unter Musikklängen den letzten Bissen behaglich hinunterspülte. Damals schien die Sonne zwar nicht eigens zu unserer Belustigung um eine Stunde länger, aber dafür war in dem kleinsten und bescheidensten Beisel für Hunger und Durst vorgesorgt, und wem selbst die allerbilligste Wurst noch zu kostspielig war, der konnte sich wenigstens an den hilfreichen Brotschani halten. Heute kostet ein Gasthausbesuch für eine kleine Familie, die sich auch nur halbwegs sattessen will, dreißig bis vierzig Kronen, kommt also nur für Kriegsgewinner in Frage. Sich das Nachtmahl mitzunehmen, ist aber ebenfalls eine Unmöglichkeit. Wurst ist schwer, Eier garnicht erhältlich, das Brot muß man sich in kargen Bissen abknapsen, und so winkt nur am häuslichen, im Hochsommer leider allzu warmen Herd einige Aussicht auf Sättigung, damit leider aber auch der Verzicht auf die wenigen angenehmen Stunden im Freien, denn nur die Besitzer sehr günstig gelegener Wohnungen können es sich leisten, nach dem Nachtmahl nochmals auszugehen. Eine Möglichkeit wäre immerhin gegeben, hier Erleichterung zu verschaffen. Wenn die Wirte und Kellner es sich abgewöhnen ließen, einen Gast scheel anzusehen, der sich bloß eine Gemüseportion geben läßt, weil ihm die Preise der Fleischspeisen zu hoch sind. Vielleicht könnte es nach dem Muster der Kriegsküchen eingerichtet werden, daß die Gasthäuser, denen die Fleischbeschaffung ja ohnedies auch nicht leicht fällt, größere Gemüseportionen herstellen würden, an denen man sich wenigstens halbwegs sättigen könnte.

Arbeiterzeitung
19. III. 1918

120

Die Regelung der Volksernährung.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Renner und Genossen haben heute im Abgeordnetenhause einen sorgfältig ausgearbeiteten Antrag über die Regelung der Volksernährung im Wirtschaftsjahr 1918/19 eingebracht. Die Regierung wird aufgefordert, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die nachstehenden Anordnungen zu treffen:

A. Aufbringung und Verarbeitung.

1. Die private Vermahlung von Brotfrüchten ist verboten; Lohnmühlen dürfen auf Privatrechnung nicht betrieben werden. Das den Selbstversorgern vorbehaltene Getreide darf nur gemeindeweise vermahlen werden.

Die Ernteaufbringungskommissionen sind mit der Organisierung der Anbau- und Ernteaktion zu betrauen und haben die Kommissionäre der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zu überwachen.

2. Die gesamte Kartoffelernte ist zu Gunsten der Volksgesamtheit enteignet, die Aufbringung und Verfrachtung der Kartoffeln geschieht ausschließlich durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt.

3. Die unerlaubte Verfütterung von Brotfrucht und Kartoffeln ist mit strengsten Strafen und in besonders gesetzwidrigen Fällen mit der Beschlagnahme des Viehstandes zu ahnden.

4. Die Einrichtungen zur Aufbringung des Schlachtviehes sind einheitlicher und wirksamer zu gestalten. In allen größeren Konsumplätzen ist die gemeinwirtschaftliche Zentralschlachtung, überall sonst die Lohnschlachtung im behördlichen Auftrag durchzuführen. Die gewerblichen und die Privatschlachtungen von Rindern sind zu verbieten.

5. Kommunen und große Verbraucherorganisationen sind durch staatliche Zuwendungen zur Anlage von Schweinemastanstalten anzueifern und zu verhalten. Hof-, Staats- und Privatforste sind für die Waldweide der Schweine freizugeben. Waldbesitzer können zur Schweinehaltung verhalten werden. Gewerbliche und Privatschlachtungen von Schweinen erfolgen unter der Aufsicht der Gemeindewirtschaftsräte, welche die abgabepflichtige Fettmenge sicherstellen. Diese Fettmenge ist zu erhöhen.

6. Zur Milchaufbringung sind die Molkereigenossenschaften heranzuziehen. Das Ernährungsamt kann zu Gunsten der Molkereigenossenschaften die Lieferungspflicht aussprechen, und zwar sowohl der Genossenschaftsmitglieder wie der übrigen Landwirte des Aufbringungsgebietes. Das Ernährungsamt ist ermächtigt, haftungspflichtige Zwangsgenossenschaften der rinderhaltenden Wirtschaftshöfe ins Leben zu rufen und diesen bestimmte Milchkontingente vorzuschreiben.

7. Obst und Gemüse sind ausnahmslos, wenn auch in besonderen Formen, die die Natur dieser Waren erfordert, der staatlichen Bewirtschaftung unterworfen.

B. Transport.

1. Es ist ein zivilstaatliches Zentraltransportamt einzurichten. Militärische Operationen dürfen nur im Einvernehmen mit diesem Amte vorbereitet und durchgeführt werden. Dem Zivil-Zentraltransportamt haben die militärischen Behörden wöchentlich einen genauen Nachweis der in Verwendung genommenen Fahrbetriebsmittel vorzulegen. Lebensmitteltransporte, die zeitlich terminiert sind, rangieren den militärischen Fronttransporten gleich und gehen den Militärtransporten der Hinterlandsformationen voraus.

C. Zentrale Bewirtschaftung.

1. Das ganze Staatsgebiet ist als ein einheitliches und solidarisches Wirtschaftsgebiet zu behandeln. Ueberschußgebiete genießen in ihrer Versorgung keinerlei Vorzug. Die lokale und territoriale Absperrung ist streng zu verhindern.

2. Die größten Kronländer sind in Bewirtschaftungskreise unterzugliedern und durch Kreiswirtschaftsämter zu verwalten, die direkt dem Amte für Volksernährung unterstehen.

3. Der private Handel ist im Ernährungsdienst nur insoweit heranzuziehen, als er reell und leistungsfähig ist, und nur in der Form, daß seine sachliche Tüchtigkeit in den Dienst der staatlichen Bewirtschaftung gestellt wird.

4. Die Ernährungszentralen sind ausnahmslos als Staatseinrichtungen mit staatlichen Mitteln zu versehen, von staatlichen Funktionären zu leiten und durch erfahrene Fachleute des betreffenden Wirtschaftszweiges, insbesondere unter Mitwirkung von Vertretern der Produktiv- und Konsumgenossenschaften, zu verwalten. Das Budget der Zentralen bildet einen integrierenden Bestandteil des Staatsbudgets und ist der verfassungsmäßigen Behandlung durch den Reichsrat zu unterziehen.

D. Preispolitik.

1. Der Getreidepreis des Jahres 1917/18 ist der kommenden Wirtschaftsperiode zugrunde zu legen und auf dieser Grundlage sind die Preise aller übrigen Ackerfrüchte, die Futtermittel- und Viehpreise verhältnismäßig festzustellen. (Relation.)

2. Die zu Beginn des Wirtschaftsjahres erstellten Tax- oder Richtpreise für Lebens- und Futtermittel bleiben grundsätzlich für das ganze Wirtschaftsjahr unverändert. (Stabilisierung.)

3. Weichen die Preise der Importe aus Ungarn, aus dem Kriegsgebiet oder aus dem Ausland von den Inlandspreisen der Lebensmittel ab, so geht die Differenz zu Lasten des Staatsschatzes.

E. Verteilung.

1. Das Amt für Volksernährung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die bisher in einem bloßen Erlaß vorgesehenen Landes-, Bezirks- und Gemeindewirtschaftsämter, die überall obligatorisch einzuführen sind, mit der Verteilung zu beauftragen. Bei der Verteilung sind überall die Konsumgenossenschaften und die sonstigen genossenschaftlichen Organisationen der Verbraucher heranzuziehen. Die von der Kriegsindustrie ins Leben gerufenen, paritätisch aus Unternehmer- und Arbeiterkonsumanstalten gebildete Verteilungsorganisation ist auszubauen und überall obligatorisch durchzuführen.

2. Die Brot-, Mehl- und Fettration ist zum mindesten wiederherzustellen.

3. Die Rationen sind für Selbstversorger und Staatsversorgte sowie für alle Teile des Staatsgebietes gleichmäßig zu gestalten. Eine Differenzierung der Ration darf einzig und muß tatsächlich nach dem Grade der Arbeitsleistung und nach der sozialen Abstufung der Gesellschaft erfolgen. Wenig arbeitende Menschen sowie Angehörige der vermögenden Klassen, die sich immer eine Zuschußernährung aus nicht staatlich bewirtschafteten Artikeln beschaffen können, bedürfen der vollen Ration nicht.

4. Die Gastwirtschaften sind in Erwerbsküchen im Sinne des Kriegsküchenerlasses umzuwandeln. Nicht auf Erwerb berechnete Gemeinschaftsküchen sind überall durch staatliche und autonome Behörden ins Leben zu rufen.

F. Ministerium für Volksernährung.

1. Endlich ist das Amt für Volksernährung in ein Ministerium vollen Rechtes zu verwandeln, aus dem alle staatspolitischen Einflüsse sowie die Einflüsse irgend eines Produktionszweiges oder des Handels ausgeschaltet sind.

2. Für den staatlichen Ernährungsdienst sind die Landes- (Kreis-), Bezirks- und Gemeindewirtschaftsämter die direkt untergeordneten Vollzugsorgane des Ministeriums und sind gehalten, die Weisungen des Ministeriums für Volksernährung strikt durchzuführen.

3. Der gemeinsame Ernährungsausschuß ist aufzuheben. Das Kriegsministerium hat eine ständige Vertretung im Ministerium für Volksernährung und umgekehrt. Die Verhandlungen mit Ungarn finden von Regierung zu Regierung statt.

4. Das Ministerium für Volksernährung leitet unverzüglich Verhandlungen mit der ungarischen Regierung sowie mit den Regierungen der befreundeten und verbündeten Staaten ein, um die einheitliche Ordnung des Ernährungsdienstes und die gleichmäßige Versorgung Ungarns und Oesterreichs sowie der Monarchie und Deutschlands herzustellen.

Tägliche Rundschau 20/VII. 1916. 122

Schattenseiten der Lieferungsverträge und Höchstpreise.

Die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" verficht den Satz, daß ohne Lieferungsverträge die Versorgung der Großstädte mit Gemüse und Obst nicht durchzuführen ist, und daß die Höchstpreise notwendig sind, um die Zufuhr zu erträglichen Preisen in den Handel bringen zu können, bei denen jedoch auch der Erzeuger und Zwischenhändler seine Rechnung findet. Beide grundlegenden Maßnahmen der Reichsstelle haben ihre Gegner gefunden, es sei aber heute nicht erörtert, inwieweit diese Gegnerschaft berechtigt ist. Dagegen sei ein aus Kreisen der Groß-Berliner Vorortgemeinden stammender Hinweis auf einen Mißstand hingewiesen, der in einer offenbaren Ungelenkheit der Politik der „Reichsstelle" in der Anpassung an die Tageslage des Gemüsemarktes seine Ursache hat:

„Wie bisher mit Kohlrabi, so ist Groß-Berlin nun auch seit etwa zehn Tagen mit Mohrrüben überfüllt. Die Ursache liegt zweifellos in den hohen Preisen, die die Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin und die Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzt haben sowie in dem von der Reichsstelle eingeführten System der Lieferungsverträge. Die Erzeuger stützen sich naturgemäß darauf, daß die Gemeinden, die Lieferungsverträge abgeschlossen haben, jede Menge der ihnen angebotenen Ware abzunehmen haben. Sind die Preise hoch, so reißen sie an Ware heraus, was gewachsen ist, und verlangen Abnahme. Die Gemeinden sind gezwungen, um die Erzeuger in guter Stimmung, auf die sie für andere Zeiten angewiesen sind, zu erhalten, dem Verlangen auf Abnahme nachzukommen. So sind nun die Lager der Gemeinden und Händler mit Möhren überfüllt, die Ware geht nicht ab, verdirbt, wandert auf den Düngerhaufen, und später, wenn sie zweckdienliche Verwendung finden könnte, fehlt sie. Der Verlust, den Gemeinden und Händler in Groß-Berlin bisher schon an Mohrrüben erlitten haben, geht jetzt schon in die Millionen. Mit dem Verlust an Kohlrabi ist es nicht anders. — Vergrößert wird der Verlust in derartigen Fällen dadurch, daß, wenn eine Herabsetzung der Preise stattfindet, dies für die Erzeuger und Großhändler gleichzeitig zu geschehen pflegt. Dann müssen Gemeinden und Händler die teuer eingekauften Bestände zu den gleichzeitig mit den Erzeugerpreisen ermäßigten niedrigeren Kleinhandelspreisen absetzen. Auch beim Spargel zeigten sich im vergangenen Jahre wie auch in diesem die gleichen Zustände. Ist es denn wirklich so schwierig, die Preise rechtzeitig der Marktlage anzupassen? Die Gemüse- und Obstversorgung ist ein wahres Schreckenskind für die Gemeinden geworden. Müssen denn derartige Ueberschwemmungen immer erst die millionenverschlingende Form annehmen, bevor sie den maßgebenden Stellen bekannt werden oder bis sie durch eine Preisherabsetzung Abhülfe versuchen? Jetzt, wo die Mohrrüben bis zum Ueberfluß angeboten werden, betragen die Kleinhandelspreise mit Kraut 35 Pf., am 16. Juni, also vor vier Wochen, als es keine gab, 28 Pf. und am 29. Juni, als die Ernte so recht begann, wurden sie auf 45 Pf. erhöht! Entweder kümmern sich die zuständigen Stellen nicht um die Vorgänge bei den Erzeugern und auf den Märkten, oder ihre Organisation ist unbrauchbar."

Reichspost Abendbl.
20./VII. 1918

M23

Die Nahrungsmittelfürsorge der Nordbahndirektion.

Um die Nahrungsmittelfürsorge für die Angestellten ausgiebiger als bisher zu gestalten, hat jetzt die Nordbahndirektion einen großen, in Süßenbrunn gelegenen Gutsbesitz, der zuzüglich der bereits früher gepachteten Flächen einen Umfang von rund 550 Joch aufweist, samt dem gesamten dazugehörigen Inventar für mehrere Jahre gepachtet. Die Felder sind von einer guten Dungkraft und für den Anbau von Getreide wie auch von Hack- und Hülsenfrüchten sehr geeignet. Der Viehstand des Gutes ist, trotzdem er nach den durchgeführten Requisitionen nur mehr einen Bruchteil der Friedenshöhe aufweist, noch immer sehr beträchtlich. So sind neben dem erforderlichen Zugvieh und einer Anzahl von Zuchtschweinen auch 40 Kühe vorhanden. Die Baulichkeiten und die Maschinen des Gutes sind im befriedigenden Zustande. Die Verwaltung liegt in Händen eines aus Vertretern der Beamtenschaft gebildeten Komitees. Die Gutswirtschaft selbst ist in die Hände eines Landwirtes gelegt. Die Erzeugnisse dieses großen landwirtschaftlichen Betriebes werden während der restlichen Dauer des Krieges und in der schwierigsten Zeit der Uebergangsperiode dem gesamten Nordbahnpersonale zugute kommen.

Reichspost
20./VII. 1918

126

Die Lebensmittelversorgung in Kalksburg.

Aus Kalksburg erhalten wir folgende Zuschrift: Im „Volksfreund", dem Wochenblatt für das Viertel unter dem Wienerwald, erschienen bereits öfter, besonders aber in der letzten Woche Artikel, die die große Not in dieser Landgemeinde vor den Toren Wiens schilderten. Diese ist bald ähnlich der im Hungerkurort Gablitz. Seit 26 Tagen erhielt heute die Bevölkerung zum ersten Mal wieder einen halben Laib Brot, nachdem einmal in der Zwischenzeit die Kinder unter 14 Jahren ein weniges erhalten hatten. Dieser halbe Laib ist aber sehr klein ausgefallen, 40 Dekagramm pro Kopf nach vierwöchigem Fasten und ohne Aussicht, wann das nächste Brot kommt. Gleichzeitig versagt auch die Fleischversorgung (10 Dekagramm pro Kopf und Woche, Kinder die Hälfte). An Fett erhält man alle drei bis 4 Wochen $2^1/_2$ Dekagramm Margarine. Pferdefleisch, bisher die einzige Rettung, bleibt nun schon seit 14 Tagen aus. In Salzwasser gekochtes Grüngemüse ist die Hauptnahrung des Großteils der Bevölkerung.

Ebenso stiefmütterlich wie punkto Lebensmittel sind wir auch mit Rauchzeug bedacht. Während man in Wien die doppelte Wochenmenge an Zigarren, Zigaretten, bezw. Pfeifentabak erhält, bekommt man hier nur die Hälfte. Warum? Landgemeinde! Darum! Kein Brot, kein Mehl, kein Fleisch, sehr wenig Zucker und kein Fett. Wohin soll das führen?

Daß Kalksburg überhaupt unter die Landgemeinden gerechnet wird, ist unrichtig, weil wir hier nicht einen Selbstversorger haben. Die meisten Einwohner betreiben Berufe mit städtischem Charakter, alle sind Konsumenten, keiner ist landwirtschaftlicher Produzent. Dies aber will man am grünen Tisch nicht einsehen. Dort kennt man nur Industrieorte oder Städte. Alles andere wird Land genannt — braucht nichts — erzeugt alles selbst! Daß es auch ein Mittelding zwischen Stadt und Land gibt, wie die Wienerwaldorte, darauf ist man bis heute noch nicht gekommen.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung an die Adresse der k. k. Tabakregie. Die hier zugewiesene Menge von 6 Zigarren oder Virginier oder 1 Paket Landtabak zeigt kein richtiges Verhältnis. Natürlich will jeder, auch der Pfeifenraucher, zuerst Virginier, dann eventuell Zigarren und in letzter Linie Pfeifentabak, weil erstere viel mehr ausgeben. Etwas anderes wäre es, bekäme man 2 bis 3 Pakete Tabak oder wenigstens eine größere Menge von der Regie erzeugten Tabakersatzes. Einmal kam derselbe, ward vergriffen und keiner mehr zu sehen. Alle 14 Tage ist man bei Verteilung der Fassung einmal angeschmiert. Einmal bekommt der Pfeifenraucher seinen Tabak, aber zu wenig, oder der andere, der nur Zigarren raucht, muß Tabak kaufen, weil nichts anderes mehr da ist. Dadurch wird aber keine Einschränkung oder Ersparnis erzielt werden. Der Zigarrenraucher wird Pfeifen rauchen, der Pfeifenraucher Zigarren, geraucht muß werden, schon wegen der Magenleere.

Fremdenblatt 21./VII. 1918

129

Höchstpreise.

Von der Gemüse-Obst-Stelle werden wir mit Beziehung auf die Ausführungen des Reichsratsabgeordneten Emil Kraft*) um folgende Feststellungen ersucht:

1. Im Jahre 1916 kamen auf die Wiener Märkte an Obst 3140 Waggons, im Jahre 1917 4844 Waggons. Die Tätigkeit der „Geos" hat bekanntlich erst Ende März 1917 eingesetzt.

Vom 1. April 1916 bis 1. April 1917 kamen auf die Wiener Märkte 2635 Waggons Obst.

Vom 1. April 1917, d. i. also vom Moment der Tätigkeit der „Geos" an bis zum 1. April 1918 5181 Waggons Obst.

Das Anstellen um Obst ist also nicht darauf zurückzuführen, daß weniger Obst auf die Märkte kam, sondern daß Obst im Jahre 1917/18 infolge Fehlens anderer Lebensmittel ein weitbegehrteres Nahrungsmittel war als im vorhergehenden Jahre.

2. Die Wiener Märkte sind nicht etwa wegen des freien Handels mit Frühgemüse im Jahre 1918 gut beschickt. Im Jahre 1917 war der inländische Frühgemüsehandel vollständig frei. Es gab keine Transportscheine, keine Höchstpreise. In diesem Frühjahr ist speziell, soweit Wien in Betracht kommt, die Freiheit des Gemüsehandels wesentlich beschränkt; denn in Wien ist der nach dem Vorschlage der Gemüse-Obst-Stelle eingeführte Marktzwang in voller Geltung und nur auf diesen Zwang, also der staatlichen Einflußnahme, ist die gute Beschickung der Märkte zurückzuführen.

3. Soweit Kirschen in Betracht kommen, muß wohl angenommen werden, daß die Ernte im vollen Gange ist. Die Beschickung der Märkte und die gegenwärtig herrschenden Preise machen jede Diskussion über die Notwendigkeit der staatlichen Bewirtschaftung wohl überflüssig.

Daß ferner Höchstpreise und Transportscheine nicht zum Verschwinden der Ware führen müssen, beweist die Bewirtschaftung des Spätobstes in ein dem Abgeordneten Kraft bekannten Gebietsteil, d. i. in Südtirol. Während die offizielle Erntestatistik des Ackerbauministeriums in Südtirol kaum 700 Waggons Obst angibt, wurden im vergangenen Jahre fast 3000 Waggons Obst aus Südtirol zur Verladung gebracht. Bei Verladungen wurde der vereinbarte Schlüssel über die Auslieferung von Kontingenten durch die Gemüse-Obst-Landesstelle in Bozen überwacht und eingehalten.

Erwiderung des Abgeordneten Kraft.

Reichsratsabgeordneter Emil Kraft schreibt uns hiezu: Die in meinem Artikel aufgestellten Behauptungen werden gar nicht widerlegt. Herr Direktor Schechner stellt fest, daß im Jahre 1917, 4844 Waggons Obst auf die Märkte gekommen seien — ich hingegen behauptete, daß die Märkte fast völlig leer von Obst und Gemüse waren. Während meine Angaben jeder bestätigen kann, der im obigen Zeitpunkt auf den Märkten war, wird Herr Direktor Schechner wohl nur beweisen können, daß diese Waggons mit Obst auf den Bahnhöfen angelangt sind. Was dann weiter damit geschehen, in welche bevorzugten Betriebe, Spitäler, Zentralstellen, Konsumvereine die außerhalb des Marktes vorhandenen Waren gewandert sind, wird schwer zu beweisen sein. Waggons mit Obst hat man auf den Märkten nicht gesehen — diese Bemerkung wird man vielleicht läppisch finden — ich will aber damit sagen, daß offenbar das Obst und Gemüse auf dem Weg vom Waggon zu den Verkaufsständen so viele Abnehmer fand, daß der wirkliche Markt, nicht das, was man volkswirtschaftlich unter „Markt" versteht, tatsächlich ausgestorben war.

Was die Freiheit des Gemüsehandels anbetrifft, so war die Einfuhr aus Ungarn 1917 an Transportscheine gebunden, welche häufig verspätet ankamen, so daß das Gemüse in der Beförderung verhindert war und verdarb. Viele Städte erlitten dadurch Schaden um viele Tausende von Kronen und auch andere Zentralstellen haben große, namhafte Verluste erlitten, wie ich glaube, sogar die „Geos". Ob der Marktzwang für Wien die Wirkung der starken Beschickung ausübt, scheint mir vollständig unbewiesen, tatsächlich verringert sich bereits die Gemüsezufuhr, insbesondere unter dem Drucke der ungarischen Zentralbewirtschaftung von Obst und Gemüse.

Was die staatliche Einflußnahme im allgemeinen, besonders aber auf die Obstbewirtschaftung betrifft, so habe ich dieselbe durchaus nicht abgelehnt, sondern nur gefordert, daß die Maßnahmen zweckmäßig und zeitgemäß erfolgen, habe die sofortige Preisfestsetzung für Marmelade verlangt, weil diese allein geeignet ist, die Preisbildung durch die Engroskäufer einzudämmen. Bisher ist diese nicht erfolgt und mit dem Wettbewerbe der Marmelade- und Fruchtsäfteerzeuger können die Privaten nicht Schritt halten. Die Obstpreise steigen nicht wegen der Freigabe des Handels mit Obst, sondern weil für das Endprodukt noch kein Preis festgesetzt ist und die Hoffnung besteht, einen sehr hohen Preis zugebilligt zu erhalten.

Ich habe behauptet, daß Höchstpreise ohne Erfassung der Waren zum Verschwinden derselben führen, dies ist auch fast durchwegs der Fall. In Tirol hat die Aufbringung des Obstes, organisiert durch die Gemüse- und Obsteinkaufsstelle, d. i. die „Gost" in Bozen, sehr gut funktioniert, dies ist aber nur ein Beweis des Zusammenwirkens, über eine ausnahmsweise glückliche Erfassung der Ware. Dabei war der Handel nahezu frei, Transportscheine wurden jedem vertrauenswürdigen Händler ausgestellt und es gab fast keine bureaukratischen Hemmungen.

Die „Obstpolitik", wenn ich so sagen darf, war dagegen in Steiermark, wenigstens in der Wirkung auf Wien, eine höchst unglückliche. Bis in den April hinein lagen in Steiermark die Keller und Speicher voll Obst und konnten nicht abgeführt werden. Daß nicht mehr Obst verdarb, hat seinen Grund darin, daß die Landwirte es rechtzeitig verfutterten, trotzdem ging, und zwar trotz aller Gegenbehauptungen, Obst massenhaft zugrunde. Zeugen stehen mir hiefür genügend zur Verfügung. Für den steirischen Konsumenten waren die Beschränkungen vorteilhaft, es gab auf fast allen Märkten des Landes bis in den März hinein Aepfel mit 80 Heller bis K. 1.20 per Kilogramm, die Wiener Märkte aber waren ausgestorben, nur ab und zu waren bei Greislern und Delikatessenhändlern Tiroler und steirische Aepfel, „Tafeläpfel", um 5 bis 6 Kronen per Kilogramm erhältlich. Dabei waren die Transportverhältnisse nicht das Entscheidende. Ein hoher Würdenträger der höchsten Rangklasse, welcher ein Obstgut in Steiermark hat, konnte das seinen Beamten zugedachte Obst nur unter den größten Schwierigkeiten herausbringen. Beispiele krassester Art wären zu Hunderten zu bringen.

Mein Verlangen, daß dieselben Fehler nicht immer wieder gemacht werden, muß ich daher aufrecht erhalten, insbesondere im Hinblick auf die heurige Bewirtschaftung mit Kraut. Dieses wurde erst frei gegeben, als die schwere Not nach demselben fast vorüber war, als junges Gemüse das alt konservierte verdrängte und das „Sauerkraut" teils verdorben, teils nahe dem Verderben war.

Man darf für ein neues Amt nicht beanspruchen, daß es fehlerlos arbeitet, auch gibt es stets neu auftauchende Schwierigkeiten, welche kaum zu bemeistern sind. Theoretisch und bureaukratisch wird das Problem der Verteilung und Preisbildung der Waren leicht, dagegen praktisch wenigstens in dieser Gesellschaftsordnung und besonders im Kriege nie einwandfrei gelöst werden. Ich gebe aber zu, daß nützliche Arbeit geleistet werden kann, wenn Praktiker, die geeignet sind, auf den Erfolg hin zu arbeiten, beigezogen werden, aber dies nicht nur scheinbar und nicht nur zur Deckung von Mißerfolgen, und wenn gleichzeitig die gemachten Fehler einbekannt und richtiggestellt werden.

*) Vgl. „Fremden-Blatt" vom 29. Juni.

Die Zeit
22. VII. 1918

Neue Seifenkarten.

Vorsorge für gleichmäßigere Verteilung der Vorräte.

Die Seifenkarten für die Monate August bis einschließlich November gelangen vom 25. d. an zur Ausgabe und sind von diesem Tage angefangen an einem beliebigen Wochentage bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission während der gewöhnlichen Amtsstunden durch den Haushaltungsvorstand oder dessen Vertreter gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (im Falle der Teilung desselben, aller amtlichen Einkaufscheine) des Haushaltes zu beheben.

Die neue Seifenkarte enthält nicht mehr, wie bisher, acht gleichwertige, nur mit Ziffern versehene Abschnitte, sondern zwei Abschnitte für den Bezug je eines Einheitsstückes Kriegsverbandsseife oder eines Stückes Kriegsverbandtoiletteseife und vier Abschnitte für den Bezug von je 125 Gramm Kriegsverbandsseifenpulver oder 200 Gramm fetthaltiger Wasch- und Scheuermittel. Es steht sohin dem Verbraucher nicht mehr frei, seine Seifenkartenabschnitte durchweg gegen Seife oder Seifenpulver und fetthaltige Scheuermittel einzulösen, sondern er kann Seife nur gegen Abtrennung der Abschnitte 1 und 2, Seifenpulver oder fetthaltige Wasch- und Scheuermittel nur gegen Abtrennung der Abschnitte 3, 4, 5 und 6 beziehen.

Durch diese Maßnahme sollen die vielfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Versorgung der Bevölkerung mit Waschseife ergeben haben, behoben und soll eine gleichmäßigere Verteilung der vorhandenen Waschmittelvorräte ermöglicht werden.

Die Zeit
22./VII. 1918

132

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Auf dem Hauptfleischmarkt Wiens, in der Großmarkthalle, gab es heute, Geflügel und Flußfische ausgenommen, weder Fleisch noch fleischartige Ware. Gestern waren einschließlich 1000 Kilogramm Schweinsköpfe im ganzen nur 4000 Kilogramm Fleisch vorrätig, infolgedessen war die Halle um halb 8 Uhr ausverkauft.

Von den Toren der Halle war nur das schmalste offen, und dort regelte Wache den Eintritt und ließ die in dichter Masse andrängende Menge nur truppweise ein.

Zu dem teueren Geflügel und den ebenso teueren Flußfischen trat selten ein Käufer, und sonst gab es nur folgende Waren: Der Stand der Fleischhauerkompame verkaufte Seifen und Kerzen, und der Stand des Handels- und Approvisionierungsvereins, der größte Stand in der Halle, verkaufte Heidelbeeren.

Die Gemüsezufuhren waren für einen Montagmarkt gut. Es gab 15.000 Kilogramm Fisolen, 5200 Kilogramm Erbsen, 95.000 Kilogramm Kürbisse, 65.000 Kilogramm Rüben, 6000 Kilogramm Gärtnerwaren, außerdem Gurken, Zwiebeln und Knoblauch. An Obst wurden 68.000 Kilogramm Marillen, 45.000 Kilogramm Pflaumen, ferner in kleineren Mengen Mirabellen, Aepfel, Birnen und Heidelbeeren aufgebracht.

Neues Pester-Journal
23./III. 1918.

133

Von der Preisprüfungskommission.

Reglementierung der Bäder. — Der Kanditenwucher. — Maximalpreise für Konditoreigebäck.

Die Zentral-Preisprüfungskommission plant, in der nächsten Zeit nach mehreren Seiten in das Getriebe des Kriegswuchers einzugreifen. Es wurde eine Verordnung ausgearbeitet, die eine Reglementierung der Bäder und Kurorte enthält. Die Verordnung regelt die Preise für Hotelzimmer und Wohnungen, setzt Maximalpreise in den Speisebetrieben fest und schränkt den Aufenthalt der Kurgäste ein. — Dem Wucher mit Kanditen soll auch ein Ende gemacht werden. Man plant Maximalpreise von 6 bis 9 Kronen pro Kilogramm, je nach Qualität, festzustellen. Die gegenwärtigen Handelspreise betragen nicht weniger als 50 bis 60 Kronen für das Kilogramm. — Die Preisprüfungskommission befaßt sich auch damit, die Preise von Zuckergebäck herabzusetzen. Die Konditoreierzeugnisse sollen in Luxusware und Konsumware eingeteilt werden. Der Preis für Konsumware wird behördlich bestimmt werden.

Die Zeit Abend-Bl. 23/VII. 1918.

Schließung von Gasthäusern.

Teilweise Sperrung des Rathauskellers.

Die Sperrung der Gasthäuser zieht immer weitere Kreise. Nun hat eines der bekanntesten Wiener Gastlokale, der Rathauskeller, seinen Betrieb teilweise gesperrt. Vorerst erstreckt sich die Sperrung auf einige Stunden, wenn sich aber die Verhältnisse weiter verschlechtern, so wird man mit einer weiteren Einschränkung auch vieler anderer Lokale rechnen müssen.

Ueber die teilweise Schließung des Rathauskellers teilt dessen Pächter, Herr Dombacher, einem unserer Mitarbeiter folgende Einzelheiten mit:

„In ihrer letzten Sitzung, am Samstag voriger Woche, beschloß die magistratische Kellerkommission, wegen des zunehmenden Mangels an Lebensmitteln und Wein den Keller vorläufig nur in der Zeit von halb 12 bis 3 Uhr und von halb 7 bis 11 Uhr nachts offen zu halten. Wir bekommen von den Zentralen absolut keine Lebensmittel zugewiesen. Eine große Kalamität ergibt sich beim Weinverkauf. Unsere Vorräte sind aufgebraucht und neue anzuschaffen ist fast unmöglich, da die Weinbauern für den gewöhnlichen Tischwein, den wir mit 6 Kronen pro Liter verkaufen, 9 Kronen fordern. Die Weinvorräte nehmen überall erschreckend schnell ab. Man spricht in Fachkreisen davon, daß der noch vorhandene Wein infolge des immer stärker werdenden Spritmangels sogar schon zur Destillation verwendet werde.

Die Vorstehung der Gastwirtegenossenschaft beabsichtigt nunmehr noch einmal bei dem Ernährungsminister mit der Bitte um sofortige Hilfe vorstellig zu werden, da man befürchtet, daß im Falle des Ausbleibens einer solchen die meisten Gastwirte gezwungen sein werden, in Kürze ihre Lokale zu schließen."

Österr. Volkszeitung
23./VII. 1918

135

Die Lebensmittelversorgung.

Weitere Schließung von Gastwirtschaften.

Die Lage einzelner Gastwirtschaften gestaltet sich immer schwieriger, so daß in den letzten Tagen weitere Schließungen und Betriebseinschränkungen erfolgten.

Zu den Gastwirtschaftsbetrieben, die die Zeit des Ausschankes und Verabreichung von Speisen beschränken mußten, zählt nun auch der **Wiener Rathauskeller. Seit gestern wird dort vormittags kein Gabelfrühstück mehr** verabreicht, und auch kein Wein ausgeschenkt. Das Lokal bleibt bis ½12 Uhr vormittags geschlossen. Von ½12 bis ½3 Uhr erfolgt die Abgabe von Speisen und Getränken. Abends beginnt der Ausschank um 7 Uhr und endet um ½11 Uhr. Viele Personen, die gestern vormittags wie gewöhnlich den Rathauskeller aufsuchen wollten, fanden diesen geschlossen.

Da die eingeleiteten Schritte bisher nicht den gewünschten Erfolg hatten, wird der Reichsverband der Gastwirtegenossenschaften Oesterreichs demnächst in Wien eine außerordentliche Tagung abhalten. Den Hauptpunkt der Beratungen werden die Erörterungen über die derzeitigen Schwierigkeiten der Lage der hiesigen mittleren und kleineren Gasthäuser bilden.

Neues Pester Journal 136

23/III. 1918.

Ernährung und Versorgung.

Prinz Windischgrätz über die Verpflegung der Staatsbeamten.

Eine Unterredung mit dem Ernährungsminister. — 16 Millionen Kronen für die Verbilligung der Lebensmittelpreise. — Deckung der Aktionskosten durch Ausfuhrprovisionen. — Ausspeisung von 30,000 Beamten in Budapest.

Die am letzten Samstag von der Regierung beschlossene staatliche Versorgung der Staatsbeamten, über die wir bereits berichtet haben, bringt eine Lieblingsidee des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz in Erfüllung. Der Leiter unseres Approvisionierungswesens hat schon vor längerer Zeit Vorarbeiten zur Durchführung dieser großzügigen Wohlfahrtsaktion einleiten lassen, die nunmehr zum Segen der Beamtenschaft in kürzester Zeit verwirklicht werden wird. Es ist eine rein persönliche Tat des Ministers, da er auch die Aufbringung der sehr bedeutenden materiellen Mittel für diesen sozialen Zweck übernommen hat. Ueber das Wesen der grundlegenden Reform der Besoldung der Staatsbeamten — als eine solche ist ihre staatliche Versorgung zu werten — äußerte sich heute Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz einem unserer Mitarbeiter gegenüber:

„Die wiederholten und berechtigten Klagen der Staatsbediensteten, daß sie mit ihren Bezügen unter den Kriegsverhältnissen ihr Auskommen nicht finden können, haben die Regierung vor längerer Zeit zu dem Versprechen veranlaßt, alles daran zu setzen, um ihre mißliche Lage zu verbessern. Ich selbst habe mich sehr eingehend mit dieser Frage befaßt und hiebei die Erfahrung gemacht, daß mit materiellen Mitteln allein der Kampf gegen die allgemeine Teuerung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, unter der die Staatsbeamten leiden, nicht aufgenommen werden kann. Den Teuerungszulagen, die den Staatsbeamten gewährt werden, folgt flugs eine Erhöhung der Preise. Die Spekulation, wissend, daß die Beamten über mehr Geld verfügen, setzt sofort ein und treibt die Preise in die Höhe. Es mußte daher ein Modus gefunden werden, diesen Machinationen vorzubeugen, nicht durch höhere Bezüge den Wareneinkauf zu ermöglichen, sondern der Beamtenschaft die Naturalien selbst zur Verfügung zu stellen. Das wird nun in kürzester Zeit auf Grund meines Projektes über die staatliche Verpflegung der Staatsbeamten, das ich dem Ministerrate unterbreitet habe und von diesem genehmigt wurde, erfolgen.

Diese Wohlfahrtsaktion wird in erster Reihe bei der Mehlversorgung der Staatsbeamten im neuen Wirtschaftsjahre einsetzen. Wie in dem jetzt zur Neige gehenden Wirtschaftsjahre wird die Beamtenschaft wieder in die Lage versetzt werden, den Mehlbedarf des Haushaltes für das ganze Wirtschaftsjahr auf einmal einzudecken. Die Neugestaltung der Versorgung der Staatsbeamten kommt sofort bei den Preisen für Mehl zum Ausdruck. Für die Staatsbeamten werden wir nicht die diesjährigen erhöhten Preise in Rechnung stellen, sondern es ermöglichen, daß die vorjährigen Mehlpreise für sie unverändert gelten werden. Die bedeutende Erhöhung der Mehlpreise wird daher auf die Ausgaben der Staatsbeamten gar keinen Einfluß haben; sie bezahlen für das Mehl soviel wie im Herbst 1917. Dabei habe ich auch die Maßnahme getroffen, daß das Mehlkontingent der Staatsbeamten nur zu zehn Perzent in Backmehl (Nullermehl), dessen Preis als Luxusartikel bekanntlich am höchsten festgesetzt wurde, ausgefolgt wird. Die Staatsbeamten werden daher im überwiegendem Maße das sehr gute, aber viel billigere Kochmehl beziehen können.

Soweit die Staatsbeamten einen eigenen Haushalt führen, werden ihnen auch andere nötige Lebensmittel durch den Staat zugewiesen. Der Ernte entsprechend werden wir größere Mengen Hülsenfrüchte erfassen und auch die Versorgung mit Kartoffeln, Obst und Grünwaren übernehmen. Es sei hier bemerkt, daß ich die Differenz zwischen den tatsächlichen Preisen der Lebensmittel und den Preisen, zu denen sie den Staatsbeamten überlassen werden, auf 16 Millionen Kronen für das Jahr schätze. Diese Summe wird nicht durch den Staat Deckung finden, also keine neue Belastung des Staatshaushaltes bedeuten. Die Aufbringung der Kosten der Wohlfahrtsaktion für die Staatsbeamten habe ich übernommen. Die materiellen Mittel für die staatliche Verpflegung der Staatsbeamten wird durch Einhebung von Exportprovisionen bei der Ausfuhr von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln erfolgen. Ich werde auch die Verfügung treffen, daß nur jene Produzenten Ausfuhrbewilligungen erhalten, die einen gewissen Teil der Exportware zu billigeren Preisen für die Verpflegung der Staatsbeamten überlassen werden.

Die Reform ist auch darnach angetan, die Marktpreise zu beeinflussen. Die Zahl der Verbraucher, die ihren Bedarf auf den Märkten decken, wird durch die Aktion verringert. Soviele Beamtenfamilien durch unsere Maßnahmen verpflegt werden, soviel Einkäufer müssen auf den Märkten fehlen, wodurch diese entlastet werden. Die unmittelbare Versorgung der Staatsbeamten durch den Staat dämmt die Spekulation ein. Die erhöhte Nachfrage hat bisher stets ein Steigen der Preise zur Folge gehabt.

Für jenen Teil der Beamten, der keinen eigenen Haushalt führt, werden wir Beamtenküchen schaffen, aus denen auch die Familienmitglieder verköstigt werden können. Die Erhaltung der Küchen ist mit bedeutenden Kosten verbunden, da wir ein reichliches Mahl zu einem sehr bescheidenen Preise verabfolgen wollen. Es ist ein Zuschuß von 2 Kronen zu jeder Portion Mittagmahl in Aussicht genommen. In Budapest dürften 30,000 Staatsbeamte die Küchen in Anspruch nehmen, es ist daher mit einer täglichen Mehrausgabe von 60,000 Kronen zu rechnen, die gleichfalls im Wege der Exportprovisionen Deckung finden werden.

Die geschilderten Maßnahmen sind nur als erste Etappe der großen Wohlfahrtsaktion zu betrachten. Ich will auf dem betretenen Wege weiterschreiten und die Verpflegung der Staatsbeamten nach allen Seiten hin ausbauen. Ich hoffe, daß die Reform volle Beruhigung und Zufriedenheit unter der Beamtenschaft auslösen wird. Die Verbesserung ihrer Lage habe ich mir zum festen Ziel vorgesetzt das erreicht werden wird."

Wie wir erfahren, erstreckt sich die Aktion nur auf die Staatsbeamten. Es wird daher Aufgabe der Komitate und Gemeinden bilden, im Rahmen ihres Wirkungskreises die Lage der Beamtenschaft gleichfalls zu verbessern.

J. K.

Die Zeit
Abendbl 24/VII. 1918.

a 24.
137

Unsere Ernährungsverhältnisse

Baldige Besserung in Sicht?

Auf eine die Ernährungsverhältnisse betreffende Anfrage wurde der Wiener Arbeitsstelle der steirischen Abgeordneten mitgeteilt, daß die in den letzten Tagen aus Ungarn und Kroatien eingelangten Nachrichten über die Zufuhren nach Oesterreich günstig lauten. Die Anmeldungen erlauben die Hoffnung, daß von der Mitte der nächsten Woche an die Hauptschwierigkeiten und Störungen behoben sein werden.

Es ist den österreichischen Unterhändlern gelungen, von Ungarn das Zugeständnis zu erreichen, daß nicht auf die Vermahlung des Getreides in Ungarn gewartet wird, sondern das unvermahlene Getreide nach Oesterreich geführt wird.

Oesterreichische Organe befinden sich in Ungarn, damit sich die Zufuhren zu den Bahnen und die Bahntransporte so rasch als möglich abwickeln.

Neues Wiener Tagblatt
Abendbl. 25/III. 1918.

Die Approvisionierung im Kriege.

Kriegswirtschaftlicher Ausschuß.

Der kriegswirtschaftliche Ausschuß hielt gestern unter dem Vorsitze des Obmannes Seitz und in Anwesenheit des Ministers für öffentliche Arbeiten R. v. Homann eine Sitzung, in der Abg. Friedmann namens des Kohlenkomitees Bericht erstattete.

Minister für öffentliche Arbeiten R. v. Homann erinnert daran, daß der kriegswirtschaftliche Ausschuß im Vorjahre zu Beschlüssen gelangt ist, welche der Regierung zur Danachachtung mitgeteilt worden sind. Es gereicht dem Minister zur besonderen Genugtuung, berichten zu können, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten diesen Beschlüssen in jeder Hinsicht nachgekommen ist. Die Kohlenwirtschaft Oesterreichs kennzeichnet sich dadurch, daß die Produktion im ersten Halbjahre 1918 gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1917 um 1,005,017 Tonnen zurückgegangen ist. Die Ursachen davon sind die Unterernährung der Arbeiter und im Zusammenhange damit die zahlreichen Hamsterfahrten sowie die Hemmungen im Eisenbahnverkehr. Selbst wenn Kohle vorhanden ist, kann sie nicht in den Verkehr gebracht werden, sondern bleibt auf den Depotplätzen der Schachte gelagert. So lagen am 18. d. im Ostrau-Karwiner Revier 67,000 Tonnen Kohle und 32,000 Tonnen Koks, im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 34,000 Tonnen Kohle und im Karlsbader Revier 6500 Tonnen Kohle auf Lager. Insbesondere die Belieferung der Gasanstalten läßt gegenwärtig alles zu wünschen übrig.

Die Durchführung des Kohlenwirtschaftsplanes gestaltet sich im Hinblick auf die Schwankungen der Kohlenproduktion sehr schwierig. Unter den heutigen Verhältnissen erfordert es die größte Mühe, die einzelnen Betriebe derart mit Kohle zu versorgen, daß ihr Stillstand hintangehalten wird.

Auch der Kohlenbedarf der Armee muß aus den vorstehenden Gründen derselben Kürzung unterzogen werden wie der der Zivilbevölkerung. Der Minister hebt hiebei hervor, daß er die Kohlenwirtschaft im vollsten Einverständnisse mit dem Armeeoberkommando und dem Kriegsministerium führe.

Bei der Frage der Kohlenlieferungen nach Ungarn wendet sich der Minister wegen der ungarischen Kompensationslieferungen an den Vertreter des Amtes für Volksernährung. Wenn Ungarn darauf hinweist, daß es schon im Frieden unsre Kohle bezogen hat, so müssen auch wir daran erinnern, daß Oesterreich seinerseits vor dem Kriege ständiger Abnehmer ungarischer Lebensmittel gewesen ist.

Zur Erreichung einer ausgiebigen Erhöhung der Kohlenproduktion seien bereits militärische Hilfskräfte angesprochen worden, von denen allerdings bisher erst ein geringer Teil in den Revieren eingetroffen sei. Der Minister hat bereits Veranlassung getroffen, daß die zuständigen militärischen Stellen die Zuweisung dieser Arbeitskräfte möglichst beschleunigen. Außerdem sei die Enthebung der noch an der Front befindlichen Bergarbeiter im Zuge. Ein weiteres Mittel zur Hebung der Produktion sei die Einstellung von möglichst zahlreichen Maschinen im Bergbau, wie dies tatsächlich bei den staatlichen Bergwerken schon in mehreren Fällen geschehen sei. Mit diesen Mitteln hofft der Minister die Förderung im Bergbau täglich um ungefähr 17,000 Tonnen steigern zu können, und dann werde die möglichst klaglose Führung der Kohlenwirtschaft wieder zu gewährleisten sein.

Der Minister schließt mit der Versicherung, daß er und die Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, wie immer die Verhältnisse sich auch gestalten mögen, jederzeit bereit sein werden, alle Kräfte dem Wohle und der Verminderung der Not der Bevölkerung zu widmen, und daß er nach wie vor jedem Wunsche, der aus der Bevölkerung zu ihm dringt, williges Gehör schenken werde.

Auf einzelne von den Abgeordneten Kraus und Goll vorgebrachte Ausführungen eingehend, sprach der Minister schließlich noch davon, daß er die beklagte Unterlieferung der Industrie auch seinerseits lebhaftest bedauere, daß aber beim Sinken der verfügbaren Kohlenmenge und bei unveränderter Aufrechterhaltung der umstrittenen Kontingente zu seinem eigenen großen Leidwesen die von ihm unabkässig unternommenen Versuche, eine dauernde Besserung herbeizuführen, bisher den gewünschten Erfolg nicht zu erzielen vermochten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle sei in erster Linie Sache des Landeschefs, welchem gemäß der vom kriegswirtschaftlichen Ausschuß im Vorjahre gewünschten Dezentralisation die Verwaltung des Landeskontingents übertragen sei. Die Verhältnisse haben es leider nicht gestattet, die Landeskontingente voll aufzubringen, und deshalb habe es der Minister auch nicht unterlassen, in jedem einzelnen Falle, in dem ihm ein Notstand in den Kreisen der aus dem Landeskontingent zu versorgenden Konsumenten bekannt geworden sei, stets auch unmittelbar einzugreifen.

Auf Grund des Berichtes des Abg. Friedmann wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Ausschuß anerkennt die hervorragenden und unentwegten Bemühungen des Arbeitsministeriums für die Verbesserung der Kohlenversorgung und empfiehlt im besonderen nachstehende Vorkehrungen, soll die Kohlensituation nicht den ganzen Wirtschaftsbetrieb zum Stocken bringen:

1. Sicherstellung der direkten und vorzugsweisen Belieferung mit Lebensmitteln und Mitwirkung der Bergarbeiter bei ihrer Verteilung.
2. Ausgestaltung der Revierwirtschaftsämter.
3. Vorsorge für die Bekleidung und Beschuhung der Bergarbeiter sowie für Unterkünfte der neu einzustellenden Arbeiter.
4. Aufhebung der Militarisierung der zivilen Bergarbeiter.
5. Wenn Ungarn die entsprechenden Kompensationen an Lebensmitteln nicht liefert, wird die Regierung aufgefordert, eine Einschränkung der Lieferungen österreichischer Kohle nach Ungarn vorzunehmen und dahin zu wirken, daß eine Kürzung der ungarischen Kontingente oberschlesischer Kohle zwecks Erhöhung der österreichischen Kontingente Platz greift. Grundsätzlich ist die Aufteilung auf Grundlage der verfügbaren Kohlenmengen in jedem der beiden Staaten nach dem Stande des Jahres 1913 vorzunehmen.
6. Scharfe Maßnahmen gegen den Schleichhandel mit Kohle.
7. Vermeidung von Verkehrseinstellungen für den Kohlentransport und ausgiebigere Beistellung von Waggons für den Kohlentransport.
8. Einschränkung des Kohlenbedarfes der Eisenbahnen.
9. Zuweisung der zur allerdringendsten Hebung der Kohlenproduktion notwendigen Hilfsarbeiter.
10. Enthebung der noch in militärischer Verwendung stehenden Bergingenieure, technischen und andern Hilfskräfte.
11. Die Bergwerksunternehmungen sind anzuhalten, durch Ueberlassung von Boden für den Gemüsebau, das Halten von Kleintieren u. dgl. an die Arbeiter bei der Verbesserung der Ernährung mitzuwirken.

Der zum Berichterstatter für das Haus bestellte Abg. Friedmann wurde ersucht, das Referat an das Haus mit aller Beschleunigung zu erstatten, damit sich dasselbe womöglich noch vor den Ferien mit der Angelegenheit befassen könne.

* * *

Reichspost 25/VII. 1918.

25.

139

Die Kriegswirtschaft der Mittelmächte in Rumänien.

Dr. Fritz Karl Mann, Privatdozent an der Universität Kiel, hat nach dem Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und Rumänien ein Buch über „Kriegswirtschaft in Rumänien" veröffentlicht, in welchem er gewissermaßen die Bilanz der wirtschaftlichen Tätigkeit der Militärverwaltung zieht. Er kommt zu dem Schluß, daß sich die Leistungen der Mittelmächte vor den heimkehrenden Rumänen und vor der ganzen Welt sehen lassen können und stellt fest, daß Rumänien das einzige kriegführende Land ist, welches unter der Verwaltung der Eroberer bereits mehrere wichtige Stadien der Uebergangswirtschaft durchlaufen hat und früher als die anderen Staaten zu normalen Verhältnissen gelangen wird.

Eine entgegenkommende Preispolitik hat den Anbau kräftig angeregt und das Ergebnis bisher überaus günstig beeinflußt. Es bedurfte des angespanntesten Einsatzes aller Kräfte der deutschen und österreich-ungarischen Wirtschaftsoffiziere, um das Wirtschaftsjahr 1916/17, trotz sehr ungünstiger Witterung und trotz unzureichender Bebauung im Herbst 1916 — es war etwa ein Sechstel der üblichen Weizenfläche unbebaut geblieben — in letzter Stunde zu einem befriedigenden Ergebnisse zu bringen. Trotz dringenden Eigenbedarfes stellten die Mittelmächte Dampf- und Motorpflüge zur Verfügung. Es konnten zirka 200.000 Hektar Weizen, 10.000 Hektar Roggen, 7000 Hektar Hafer und 27.000 Hektar Raps mehr angebaut werden als im Jahre 1916. Es kann also Rumänien nicht bloß mit großer Zuversicht dem Wiedererstarken seiner ländlichen Produktion entgegensehen, sondern es ist sogar während der Okkupationszeit mancher Schritt getan worden, welcher die landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit gegenüber dem Frieden erhöht. Besonders wurde die Anbaufläche der Oelfrüchte kräftig erweitert, welche im Vergleich zum Jahre 1915, wo sie bloß 59.000 Hektar betrug, im Jahre 1918 mit 300.000 Hektar berechnet werden kann. Um die überschüssigen Getreidevorräte der notleidenden Heimat zuzuführen, wurde das ganze Gebiet zunächst in 36 Verladebezirke eingeteilt, in die Donauhäfen von Turn-Severin bis Tetesti und an sämtliche betriebsfähige Eisenbahnstrecken Getreidesachverständige entsandt, welche im Einvernehmen mit den Etappenkommandos und Wirtschaftsoffizieren die Verladung der Vorräte zu leiten hatten.

Hauptsächlich waren an dem anfangs unbefriedigenden Ergebnis die zeitraubenden Arbeiten an der Wiederherstellung von zerstörten Bahnkörpern, Brücken, Bahnhofsgebäuden, die Hebung der von den Rumänen in die Donau versenkten Schlepps, Remorköre und schwimmenden Elevatoren schuld; dazu kam noch der Wagenmangel, Schneeverwehungen und das Einfrieren der Donau im Jänner 1917. Die Getreideausfuhr steigerte sich erst beträchtlich im Sommer 1917 und erreichte eine Tagesausfuhr von 20.389 Tonnen Nahrungs- und Futtermittel.

Das Gesamtergebnis der Getreideausfuhr aus Rumänien stellt sich in folgenden Ziffern dar:

Im Jahre 1917 über 1½ Millionen Tonnen, wovon mehr als die Hälfte — 780.000 Tonnen — nach Oesterreich-Ungarn, nur 679.000 Tonnen nach Deutschland, der Rest nach Bulgarien und der Türkei rollte. Wer sich von der praktischen Bedeutung dieser Ziffern ein anschauliches Bild verschaffen will, der möge sich vergegenwärtigen, daß bei einer Getreideration von 250 Gramm per Kopf und Tag Deutschland 37 Tage, Oesterreich-Ungarn 57 Tage, das sind fast zwei Monate, des vorigen Jahres ausschließlich vom rumänischen Getreide gelebt haben.

Ein schweres Stück Arbeit war die Wiederherstellung der von den Engländern gründlich zerstörten Schächte und Petroleumanlagen. Die Militärverwaltung schuf eine Sonderbehörde, das Kommando der Oelfelder in Campina, welches sofort mit größter Energie an seine schwierige Aufgabe schritt. Die Wiederinstandsetzung der durch Verschleppen und Verstecken von Maschinenteilen und Geräten unbrauchbar gemachten Anlagen, die Entnagelung der Sonden, von vielen Sachverständigen aus aussichtslos bezeichnet, führte in überraschend kurzer Zeit zu einem unerwartet günstigen Ergebnis. Noch schneller als die Zahl der entnagelten und neugesetzten Sonden — es wurde nämlich auch eine Anzahl von Neubohrungen vorgenommen — nahm die Förderung von Monat zu Monat zu. Ende Juli 1917 waren 153, Ende April 1918 bereits 387 Sonden in Betrieb; die Tagesförderung stieg von 147 Waggons im Juli 1917 auf 358 Waggons im April 1918. Es entspricht das zirka der Durchschnittsförderung im Jahre 1909 oder 73 Prozent der Förderung im Jahre 1914. Ebenso wie bei der Erdölproduktion glückte der Wiederaufbau bei den Raffinerien. Während in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1917 bloß 54.220 Tonnen verarbeitet wurden, war diese Ziffer in der zweiten Hälfte 1917 bereits auf 331.530 Tonnen gestiegen.

Sehr unliebsam machten sich bloß die Transportschwierigkeiten, sowohl per Bahn, des Waggonmangels halber, als auch auf der Donau wegen des Eisganges, bemerkbar, was zur Folge hatte, daß bis zum 30. April 1918 bloß 570.000 Tonnen die Grenze überschritten, wovon nur 1021 Tonnen Oesterreich-Ungarn, alles übrige Deutschland zugeführt wurde. Der unglückliche Feldzug hatte auch Rumäniens Fischfang, der bereits vor Kriegsausbruch einen ganz stattlichen Gesamtertrag von 15.000 bis 18.000 Tonnen gebracht hatte, fast vollständig lahmgelegt. Auch diesen, besonders für die Nahrungsfrage sehr wichtigen Zuschuß wußte die Militärverwaltung durch zielbewußtes Eingreifen bereits im Jahre 1917 auf 5000 Tonnen zu bringen. Sehr beachtenswert ist auch ferner der Umstand, daß es der Militärverwaltung während der Okkupation gelungen ist, die reiche Obst-, besonders Pflaumenernte, welche früher fast zur Gänze zu Pflaumenschnaps gebrannt worden war, ohne Anwendung allzu scharfer Maßregeln für Dörrobst und Marmelade zu verarbeiten. Hand in Hand mit der Obstverwertung schritt die rationelle Verwertung und Konservierung von Gemüsen. Am 1. Mai 1918 waren bereits etwa 18.000 Tonnen Marmelade in die Heimat ausgeführt.

Berliner Lokalanzeiger 25/VII. 1918.

140

An der Geburtsstätte der Lebensmittelkarten.

Eine Besichtigung durch die Presse.

Den Pressevertretern wurden heute in der Buchdruckerei von H. S. Hermann vom Berliner Magistrat die Maßnahmen zum Schutze gegen Fälschung und Diebstahl von Lebensmittelkarten vor Augen geführt. Stadtbaumeister K. A. Müller, der das Dezernat innehat, hielt den erklärenden Vortrag.

In Groß-Berlin werden jährlich mehr als 20 000 Zentner Karten gedruckt, monatlich ein Papierstreifen von der Länge Berlin—Breslau. Die wichtigsten Karten gelangen in der obengenannten Anstalt zur Anfertigung. Daher sind hier möglichst vollkommene Kontrollmaßnahmen in Anwendung. Die Ueberwachung führen 9 Herren aus.

Den meisten Anreiz auf Entwendung und Fälschung bietet naturgemäß die Brotkarte. Die Erfahrung unterscheidet zwischen gestohlenen echten Karten, gestohlenen Fehldrucken, falschen Karten mit echten Platten und Matern und schließlich wirklichen Falschkarten. Was den Schutz gegen Fälschung anbelangt, so griff man mit gutem Erfolge neuerdings zum Wasserzeichenpapier. Dabei liegt der Schutz nicht allein in dem Wasserzeichen selbst, sondern auch in einer bestimmten Färbung des Papiers, die infolge der herrschenden Farbenknappheit kaum nachzuahmen ist. Die Händler werden zu sofortiger Prüfung der Karte auf das Wasserzeichen dadurch angehalten, daß man ihnen für plump gefälschte Karten kein Mehl gibt. Der Erfolg ist ein völliger Rückgang der Fälschungen.

Zum Schutz gegen Diebstahl läßt man zunächst das Wasserzeichenpapier weit von Berlin in einem entlegenen Bergdorf anfertigen. In gewissen Längen geschnitten, versiegelt und in Bahnwagen mit Sicherheitsschloß, zu dem nur die Fabrik und der Magistrat Schlüssel haben, kommt das Papier in Berlin an. Sobald die Rolle in der Maschine ist, kann sie als sicher gelten. Der Abfall (10 bis 25 v. H.) wird sofort beseitigt. Durch einen Spalt werden die Abfallstreifen in einen verschlossenen Keller hinabgeworfen. Früher verbrannte man den Abfall, jetzt gelangt er im städtischen Hause Poststr. 16 zur Zermahlung. Das Mahlgut — täglich 3- bis 6000 Kilogramm Trockenpapier — wird der Papierfabrikation von neuem nutzbar gemacht.

Der Rundgang bestärkte die Ueberzeugung, daß der Magistrat ein gut durchdachtes und gut durchgeführtes Verfahren anwendet, wofür dts Steigen des „Kurses" der Brotkarten im freien Straßenhandel von 8 auf 5 M. einen Beweis liefert.

Neues Wiener Tagblatt 25/VIII. 1918.

25.

Die Approvisionierung im Kriege.

Spät, aber doch.

Aus dem Rathause wird gemeldet: Die Schaffung des städtischen Landwirtschaftsamtes einerseits, die Frage der Gruppenschlachtungen anderseits lassen es als rätlich erscheinen, der rationellen Lösung der Frage der Düngerverwertung in den Wiener Schlachthöfen und Viehmärkten [illegible] bevor, daß es durch eine solche Reform dem städtischen Landwirtschaftsamte ermöglicht wäre, sich größere Düngermengen zu beschaffen, sprechen auch veterinärpolizeiliche Rücksichten für eine Aenderung des gegenwärtigen, namentlich zu Seuchenzeiten gänzlich unhaltbaren Zustandes. Um den bisherigen Beziehern dieses Düngers, vorwiegend Gärtnern des 3. und 11. Bezirkes, den Dünger nicht mit einem Schlage zu entziehen, wäre ein Ausgleich in der Richtung zu treffen, daß das Landwirtschaftsamt die nicht verwendeten Düngermengen an jene Gärtner abgibt, die geneigt sind, mit der Gemeinde Wien Lieferungsverträge hinsichtlich der Abgabe von Gemüse und Kartoffeln abzuschließen. Der Stadtrat hat nunmehr in seiner letzten Sitzung über Antrag des Stadtrates Knoll beschlossen, den Magistrat anzuweisen, wegen Neuregelung der Düngerverwertung auf dem Schlachthof St. Marx, welche bisher durch die Fleischhauergenossenschaft erfolgte, Verhandlungen einzuleiten und den Dünger aus den übrigen Schlachthöfen und von den Viehmärkten sogleich dem städtischen Landwirtschaftsamt zu überlassen.

Fremdenblatt 26/VII. 1918.

26
144

Bezug von gebrannten geistigen Flüssigkeiten aus Ungarn, Bosnien und der Herzegowina.

Im gestrigen Reichsgesetzblatte gelangt eine Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Handelsministerium zur Verlautbarung, mit welcher neue Bestimmungen über den Bezug von gebrannten geistigen Flüssigkeiten aus Ungarn, Bosnien und der Herzegowina getroffen werden. Durch diese Verordnung werden die bisher in Geltung stehenden Bestimmungen der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 1. Februar 1917 teils geändert, teils ergänzt. Die aus Ungarn, Bosnien und der Herzegowina nach Oesterreich eingeführten Spirituosen sind fortan nicht mehr der Spirituszentrale, sondern der „Spega", Spirituoseneinkaufs- und Verwertungsgesellschaft m. b. H. in Wien, 1. Bezirk, Tuchlauben 7 a, anzubieten. Die Verordnung dehnt gegenüber den bisherigen Bestimmungen die Verpflichtung zum Anbot auf alle Sendungen von mehr als einem Liter — bisher mehr als drei Liter — Alkoholgehalt aus. Die Festsetzung des Uebernahmspreises hat zunächst auf Grund einer Vereinbarung zwischen der „Spega" und dem Einbringer der Ware zu erfolgen. Die Verordnung tritt am 1. August 1918 in Wirksamkeit.

Reichspost 26/VII. 1918.

143

Die Versorgungsfragen.

Die Lebensmittelwirtschaft im Handelsministerium.

Eine Zuschrift an die „Reichspost" befaßte sich bereits einmal an dieser Stelle mit den Mißständen im Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums, zumal mit der Zuckerzuteilung. Seither haben sich die Verhältnisse augenscheinlich nicht gebessert. In einem Brief eines Beamten des Handelsministeriums wird nämlich ausgeführt: Nicht nur beim Zucker, sondern auch bei anderen Lebensmitteln, die an und für sich in den bekannt kargen Mengen angewiesen sind, wird ständig ein geringeres Gewicht verabfolgt. Seit einiger Zeit erhält man gesalzenen Speck zum Preise von 40 Kr. per Kilogramm in Mengen von 1/4 Kilogramm. Bei diesem Quantum fehlten jedoch zu 1/4 Kilogramm sage und schreibe 5 Dekagramm! Abgesehen von dem hohen Preise den wir arme Beamte für einen Artikel zahlen müssen, der der Allgemeinheit bedeutend billiger in der Großmarkthalle zugänglich ist, wird man noch obendrein durch geringeres Gewicht geschädigt: 5 Dekagramm Speck = 2 Kronen. Eßfeigen waren bisher um 16 Kr. 50 Heller per Kilogramm zu haben, doch seit Beginn der laufenden Woche wurde der Preis auf 19 Kr. erhöht mit der Begründung, daß Feigen „auswärts noch teuerer sind." Wenn das Lebensmittellager die Feigen um einen Preis erworben hat, der es ihm ermöglichte, sie um Kr. 16.50 abzugeben, so ist es ganz und gar unbegründet, plötzlich den Verkaufspreis in die Höhe zu treiben. Neulich waren Bäckereien zu haben; ein Karton mit 23 Stück zu je 2 Dekagramm kostete Kr. 18.40! Der „Höchstpreis" beträgt 28 Kr. per 1 Kilogramm, somit müßten 46 Dekagramm Kr. 12.88 kosten. Ferner fehlen jeden Augenblick Artikel, die anderwärts Rayonierten stets zugänglich sind. Müssen wir hungernde Beamte uns wirklich schon alles bieten lassen?

Neue Abend 26/VIII. 1918. 142

Der Gipfel der Unverschämtheit.

Man lernt nicht aus. Glaubt man, heute das Wunderbare bereits erlebt zu haben, erkennt man morgen, daß man sich getäuscht hat. Es kommt immer besser. . .

In Baden bei Wien kann man das Überraschendste erleben. Das Kaffee Schopf, das im vorigen Jahr gefeiert hatte, ist heuer wieder eröffnet worden. Es ist ein Kaffeehaus wie jedes andere; nicht mehr und nicht weniger elegant. Es wäre denn, daß in den Abendstunden eine kleine Salonkapelle aus einem Winkelchen die Gäste belästigt. In diesem Kaffeehaus werden für verabreichte Speisen und Getränke folgende Preise eingehoben:

Eine Flasche Sodawasser	K 1·20
Ein Glas Sodawasser	„ 1·—
Ein Soda mit Himbeer	„ 1·70
Ein Tee	„ 2·50
Eine Schokolade	„ 2·50
Ein Eis	„ 3·—
Eine kleine Schale schwarzen Kaffee . .	„ 1·—

Und so fort in Jubel. Man könnte ja einwenden, daß Eis und Sodawasser keine unentbehrlichen Bedarfsgegenstände sind, daß schließlich jedermann, der darnach trotzdem Bedürfnis hat, sein Bedürfnis in einem anderen Kaffeehaus befriedigen soll. Man vergesse aber nicht, daß die Kühnheit, derartige Preise zu fordern, vergiftend wirken muß; daß der Begriff für das, was erlaubt ist und für das, was verpönt bleiben muß, einfach schwindet. Zu bemerken wäre noch, daß diese Preise in vielen Exemplaren im Lokal und auf der Terrasse sichtbar gemacht sind, daß der „Schwarze" ungenießbarer, schwarzgefärbter Rübensaft ist, daß die Schokolade aus Wasser und irgendwelchen minderwertigen Kakoaschalen besteht. Solche Dinge spielen sich vor den Augen der Behörden ab. Muß man da nicht verzweifeln?

Reichspost Abendbl 27. VIII. 1917

27
145

Die Klagen der Grazer Hausfrauen.

Eine Abordnung beim Ernährungsminister.

Auf einer Inspektionsfahrt begriffen, kam Minister Anton Höfer am 24. d. nach Graz. Dort sprachen bei ihm Vertreter der Stadtgemeinde, der christlichsozialen Arbeiterschaft, des steiermärkischen Frauenhilfsausschusses, der Arbeiter der Kriegsleistungsbetriebe (diese waren durch sozialdemokratische Mandatare vertreten) und Frauenabordnungen vor, die vielfache Klagen über die schlechte Versorgung in Steiermark und besonders in Graz vorbrachten. Die Sprecherin der Grazer Hausfrauen Gräfin Zedtwitz legte dem Minister nahe, dagegen einzuschreiten, daß das Gemüse, Obst usw. von dem hungrigen Munde durch Judenagenten für billiges Geld weggenommen und als Ersatz dafür „ungarische" verfaulte Ware geboten wird. Den Hausfrauen könnte nicht zugemutet werden, daß sie hungrig zusehen sollen, wie die Jauche von der teuren, aber verfaulten ungarischen Ware überläuft. Die Abordnung der Hausfrauen verlangte nachdrücklich, daß der Einkauf in Ungarn sowie die Verladung und der Transport nur praktisch erprobten Vertrauenspersonen übertragen werde, d. h. Menschen, die keine Judenagenten sind, aber auch keine Männer aus der Kanzlei ohne praktische Erfahrung. Gräfin Zedtwitz sagte weiter: Wenn bei den Bauern alles requiriert wird, möge auch in anderen Haushaltungen eine Requirierung stattfinden, besonders bei israelitischen Familien, wo oft Zimmer vollaufgestapelter Waren zu finden seien. Sie verwies auch auf die großen unbebauten Flächen im Lande, z. B. bei Graf Herberstein in Stubenberg und St. Johann, wo viele Joch brachliegen. Zum Schlusse erwähnte sie, daß gewissenlose Agenten den Bauern für 250 Eier ein Kilo Kaffee geben, den sie mit 24 Kronen berechnen, während sie den Rest in Geld auszahlen. Dabei komme ein Ei nicht über 20 Heller. Es sei rätselhaft, woher diese Agenten den Kaffee für diese Tauschgeschäfte erhalten. — Minister v. Höfer erklärte, daß jetzt die schlimmste Zeit zu überdauern sei, bis die neue Ernte zur Verfügung stehe. Er hoffe jedoch, daß wir auch darüber glücklich hinwegkommen werden. Weiters verwies er auch darauf, daß es heuer besonders schlecht mit der Futtermittelernte bestellt sei. Wegen der Hafermißernte müsse auch das ganze Raubfutter für den Bedarf der Armee herangezogen werden. Der Mais werde verfüttert werden und daher für die Brotstreckung in Wegfall kommen. Als Ersatz werde für die menschliche Ernährung Fett in reicherem Maße beschafft werden müssen. Hiezu werde ein Teil des Fettgewinnes in Rumänien dienen und auch das aus dem Mais gewonnene Oel werde für Nahrungszwecke dienen.

Neue Freie Presse
28./VII. 1918

1146

Die Preissteigerung von Lebensmitteln und Waren im Kriege.

Wien, 27. Juli.

Der Herbst 1914 brachte, nachdem der plötzliche Stillstand auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens in den ersten Wochen nach der Kriegserklärung überwunden worden war, allen Erfahrungen und Erwartungen zum Trotz einen Ueberfluß auf den Märkten, der die Zufuhr der Friedenszeit in vielen Belangen weit in den Schatten stellte. Hand in Hand damit ging eine merkliche Senkung des Preisniveaus, namentlich bei vielen Lebensmitteln. Zu Weihnachten 1914 kosteten Fettgänse 2 Kronen das Kilogramm. Als aber die Erkenntnis aufdämmerte, daß der Krieg länger als einige Monate dauern werde, als der Aushungerungsplan der Entente immer deutlichere Konturen annahm, begannen sich die Verkäufer zurückzuziehen und die Preise stiegen langsam, aber stetig. Noch drängte das Problem der Verteilung der Waren alle anderen Fragen in den Hintergrund. Im Jahre 1916 verschärfte sich das Tempo der Preissteigerung wesentlich. Die Teuerung erfolgte immer ruckweise. Gleichsam als gäbe es ein Gesetz von Ebbe und Flut. Die Wochen der Liquidierung der großen Rechnungen für Heereslieferungen und damit der stärksten Geldflüssigkeit waren die Brechpunkte, von denen aus die Preiskurve eine immer steilere Richtung nahm. Bis zum Herbste 1916 waren es vorwiegend Lebensmittel, deren Preise sich verdrei- und vervierfachte. Dann begannen aber auch die anderen Bedarfsartikel, namentlich die Erzeugnisse der Textilindustrie, auf der Preisleiter emporzuklettern. Das Jahr 1917 hat schon seine ausgebildete Preisliste für den Schleichhandel. Auch da gilt das Verbot der Veröffentlichung der Kurse; aber sie sind in aller Munde, der Flüsterpreis stellt die offiziellen Höchstpreise vollständig in den Schatten. Im Herbst 1917 reißt das Schlagwort von der Geldentwertung abermals fast alle Preisgrenzen nieder. Es werden neue Hochkurse geschaffen. Vorübergehend macht zu Neujahr 1918 beim Zusammenbruch Rußland die Friedenshoffnung ihre Wirkung auf die maßlosen Ansprüche der Schleichhändler geltend, aber bald beginnt die Preistreiberei um so intensiver. Jeder Monat bringt neue Preishinaufsetzungen, und nicht nur die Gegenstände des täglichen Haushaltes und Webwaren aller Art und die daraus gefertigten Gebrauchsartikel, auch Eisen, Glas, Porzellan, vor allem Holzwaren, werden in den Wirbel mit hineingezogen. Für Krawatten aus einem alten Seidenrest werden 30 Kronen und mehr für das Stück verlangt, und ein Kücheneßbesteck kostet so viel wie früher eine Garnitur aus Neusilber. Ein Kasten aus weichem Holz übersteigt in seinen Anschaffungskosten schon die einer ganzen Zimmereinrichtung in Friedenszeiten. Für ein paar Meter Chiffon muß man mehr bezahlen als ehedem für eine Brautausstattung.

Die amtlichen Notierungen führen ein Scheindasein und geben auch nicht annähernd ein Bild der grotesken Preistreiberei auf allen Gebieten. Um aber dem Leser doch einen beiläufigen Vergleich zwischen einst und jetzt zu ermöglichen, veröffentlichen wir nachstehend eine auf amtlichen Mitteilungen des Wiener Magistrats fußende Gegenüberstellung der Preise für die wichtigsten Artikel vor Kriegsausbruch und heute:

Kleinhandelspreise.

Teilweise auf Grund der Mitteilungen des Wiener Magistrats.

A. Lebensmittel.

	Juli 1918	Juli 1914
	Kronen per Kilogramm	
Mehl	—.67 bis 1.20	—.30 bis —.48
Schwarzgemahlenes Brot	—.57	—.25
Kaffee (im Jahre 1918 Kriegskaffee)	4.— bis 4.60	2.40 bis 4.—
Zucker	1.48 bis 1.57	—.80 bis —.88
Erdäpfeln	1.32	—.14 bis —.20
Schweinefilz	9.60 bis 13.20	1.52 bis 1.92
Butter	20.47 bis 20.67	2.20 bis 4.—
Margarine	8.75	1.80 bis 2.—
	Kronen per Liter	
Milch	1.04 bis 1.12	—.20 bis —.32
	Kronen per Kilogramm	
Topfen	12.—	—.72 bis 1.—
	Kronen per Stück	
Eier	—.53 bis —.70	—.06
	Kronen per Kilogramm	
Rindfleisch, vorderes	7.20 bis 18.—	1.60 bis 2.20
Rindfleisch, hinteres	8.40 bis 20.—	1.80 bis 2.60
Schaffleisch	20.— bis 24.—	1.— bis 1.80
Schweinefleisch	10.— bis 30.—	1.80 bis 2.30
Kalbfleisch	6.20 bis 10.—	1.60 bis 2.60
Pferdefleisch, hinteres	12.— bis 19.—	—.88 bis 1.20

B. Viehpreise.

	Kronen per 100 Kilogramm Lebendgewicht	
Ochsen, prima	400.— bis 420.—	84.— bis 108.—
Kühe	280.— bis 300.—	72.— bis 90.—
Beinlvieh	300.— bis 330.—	32.— bis 70.—

C. Haushaltungsgegenstände. (Kleinhandel.)

	Kronen per Liter	
Petroleum	—.50	—.26
Spiritus, rektifiziert	11.—	2.40
	Kronen per 100 Kilogramm	
Steinkohle	8.66 bis 13.—	3.64 bis 4.08
	Kronen per Raummeter	
Brennholz, geschwemmtes, hartes	62.— bis 70.—	9.50 bis 12.50

D. Gebrauchsgegenstände.

	Kronen per Paar	
Schuhe (normal)	120.—	25.—
	Kronen per Stück	
Strohhut	25.—	5.—

Die Zeit
28./VII. 1918

1447

Die Ernährungsfrage.

Praktische Vorschläge der Deutschen Fortschrittspartei Böhmens.

Die Deutsche Fortschrittspartei in Böhmen, hat, wie bereits kürzlich gemeldet wurde, unter Hinzuziehung berufener Fachleute eine Reihe von Vorschlägen zur Ernährungsfrage ausgearbeitet, die dem Statthalter für Böhmen Grafen Coudenhove unterbreitet und von diesem auch anerkannt wurden. Diese Vorschläge sind in einer Denkschrift niedergelegt, in der unter anderem ausgeführt wird:

1. Das System der Aufbringung muß in der Richtung geändert werden, daß die Bezirkshauptmannschaften ausschließlich nur als Hilfsorgane der Aufbringung soweit heranzuziehen sind, als dieselben die Bezirksexekutive bei der Aufbringung behalten müssen. Hingegen sind für den Bezirk als solchen, wie auch für die Gesamtheit der Bezirke als abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet unabhängige staatliche Exekutivorgane zu bestellen, die die gesamte Erfassung im Auge haben und die restlose Aufbringung durchführen müssen. Die bisherige bezirksweise Erfassung hat die Notwendigkeit ergeben, das naturgemäße bezirkliche Interesse der politischen Bezirksbehörden auszuschalten und die damit zusammenhängende strenge Verantwortung einem nichtbezirksangehörigen Organe zuzuweisen.

2. Die Schaffung der einzelnen Bewirtschaftungsgebiete muß naturgemäß den Abschluß derselben gegeneinander zur Folge haben. Diese Gebiete müssen auch so geschaffen werden, daß die Zusammenlegung der Bezirke unter Berücksichtigung der früheren wirtschaftlichen Beziehungen in der Friedenszeit und der gegenseitigen Ergänzung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse erfolgt.

3. Für eine nationale Scheidung dieser Güterbewirtschaftung konnte sich der Ausschuß aus dem Grund nicht entschließen, weil dies ein Vorbild im Völkerverkehr überhaupt nicht besitzt und die geographische Begrenzung für den Verkehr mit Naturprodukten ebenso wenig möglich wäre, wie ein solcher mit Industrieprodukten.

4. In diesen Wirtschaftsgebieten ist auch diesen Organen der weitestgehende Einfluß auf den gesamten Verkehr der nichtstaatlich bewirtschafteten Güter einzuräumen.

Es werden sodann im einzelnen Maßnahmen vorgeschlagen für eine straffe Erfassung der Ernte. Hierzu gehöre vor allem eine Erhöhung der Kopfquote für Selbstversorger und Nichtselbstversorger und Schutz der Selbstversorger auf diese Weise vor den Umtrieben der Lohnmühlen, die das dem Selbstversorger abgepreßte Getreide dem Schleichhandel zuführen, und strengste Beaufsichtigung der Lohnmühlen.

Unerläßlich sei ferner die Festlegung von individuellen Mindestablieferungskontingenten. Da die festgelegten Grundsätze die individuellen Interessen der Produzenten und Konsumenten im überhaupt möglichen Maße berücksichtigen, muß dementsprechend jede Uebertretung als ein Verbrechen an unserer Existenz betrachtet und demgemäß rücksichtslos und ausnahmslos geahndet werden. Solche Mißachtungen sind als Verbrechen gegen die Wehrmacht des Staates zu qualifizieren und zu bestrafen.

Bäckereien (mit Ausnahme größerer Organisationen, wie Brotfabriken) sind grundsätzlich vom Brot- und Mehlverkauf auszuschließen und sind solche Betriebe zu verpflichten, die erzeugten Brotmengen den öffentlichen Verkaufsstellen zuzuführen. Grundsätzlich ist eine entsprechende Preisbildung anzustreben, da die Preisbildung den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht und hiermit eine Hauptantriebfeder für den Schleichhandel bildet. Der gewerbliche Schleichhandel ist dadurch zu unterbinden, daß der Handel nur durch vertrauenswürdige Personen durchgeführt werden darf. Diese haben Legitimationen zu erhalten. Die legitimierten Handelspersonen sind verpflichtet, ihre sämtlichen Käufe der Behörde anzuzeigen. Der Rucksackverkehr ist, soweit er gewerbsmäßig ausgeübt wird, mit den schärfsten Mitteln zu verfolgen.

Endlich werden sehr eingehend die Grundsätze für eine angemessene Preisfestsetzung erörtert.

Fremdenblatt
28/VII. 1918

148

Rezepte der Saison.

Rhabarber-Marmelade. Den Rhabarber nicht schälen, nur waschen, in kleine Stücke schneiden, unter fleißigem Rühren ohne Wasser weichkochen. Ist er eine dicke, gleichmäßige Masse geworden, so mischt man zu 1 Kilogramm Frucht — genaues Wiegen ist überflüssig — zirka ¾ Kilogramm Zucker, kocht alles zusammen noch ein paar Minuten, mengt zuletzt zur Vorsicht Salicyl, Bor oder Cozet bei, welches in ein wenig Wasser oder Alkohol gelöst wird, und füllt es noch warm in Gläser. Soll die Marmelade ganz besonders fein sein, kann man sie vor Hinzutun des Zuckers durchpassieren. Statt Zucker ist auch Honig, d. h. speziell Kunsthonig, sehr gut anzuwenden und macht die Marmelade noch rascher dick.

Rhabarber trocknen. Die langen Stengel werden nicht geschält, sondern in fingerlange Stücke geschnitten und wie jedes andere Dörrgemüse auf Horden, am Herd, in der Röhre oder an der Sonne gedörrt. Bis sie ganz trocken sind, bewahrt man sie in Organtin- oder ähnlichen Säckchen an der Luft hängend auf. Will man ihn — er hält sich jahrelang unverändert — verwenden, wäscht man ihn rasch, bringt ihn dann in ein zweites Wasser, worin er recht lange, bis zu 48 Stunden, bleibt, damit er sich ansaugen kann. Mit demselben Wasser wird er ans Feuer oder in die Kochkiste gebracht und wie frischer behandelt, schmeckt auch wie solcher, dient auch denselben Zwecken in der Küche.

Dillenkraut in Essig hat den Vorteil, daß man auch zu gleicher Zeit einen Würzessig erhält. Dazu kocht man Essig mit Wasser, Salz, ein paar Pfefferkörnern auf, läßt ihn erkalten. Die Dillen von den dicken Stengeln streifen, in ein Glas pressen, den gekochten Essig daraufgießen, gut verbinden und zur völligen Sicherheit entweder eine Viertelstunde in Dunst kochen oder den Essig mit irgend einem der gebräuchlichen Konservierungsmittel, wie Salicyl, Bor, Cozet u. dgl., aufkochen. Der Essig ist sehr würzig und zu Salat ganz besonders gut. Speziell Gemüsesalat erhält dadurch eine ganz eigenartig pikante Note.

Dillenkraut getrocknet. Das Dillenkraut ergibt eine sehr pikante Sauce und ist als Beigabe zu eingebrannten Kartoffeln ausgezeichnet. Die Dillen werden als Sträußchen gebunden verkauft; man wäscht sie rasch, schlägt dann das Wasser aus, bindet die Sträußchen auf und legt sie auf reines Papier zum Trocknen in die Sonne. Sie werden sehr bald ganz trocken, ohne die Farbe zu verlieren. Sind sie vollständig rascheln, so kommen sie in ein luftdurchlässiges weißes Säckchen und werden, an einem luftigen Platze gehängt, bis zum Frühjahre gut und aromatisch bleiben.

Zwiebel trocknet man jetzt am besten, indem man sie putzt, in feine Scheiben schneidet, diese zu Riegeln zerteilt und nach der Feuerung auf Papier ausgebreitet in den Ofen schiebt, was in einigen Malen geschehen kann. Bis sie ganz braun und eingeschrumpft sind, gibt man sie zum Aufheben in luftdurchlässige Säckchen zur Aufbewahrung. Sie werden nicht, wie anderes Dörrgemüse, vor Gebrauch eingeweicht, da sie ja beim Dünsten von selbst aufquellen und durch das Trocknen weder Geruch noch Geschmack einbüßen.

Grünes Paradeiskompott. Die Früchte durchschneiden, in Essigwasser legen. Am nächsten Tag oder nach ein paar Stunden den Essig mit Zucker, Zimmt, Neugewürz aufkochen, dann die Paradeis hinein, weich kochen, in saubere Gläser füllen, den Saft dick einkochen, eine Cozetpille als Konservierung dazu und ihn dann darübergießen. S. R.

Ziegenbutter ist jetzt wohl leichter zu erreichen als einst, da selbst die „Städtischen", wie die biederen Landleute höhnisch sagen, sich Ziegen halten. In Schrebergärten, auf Wiesen und Rainen sieht man diese, uns noch immer etwas fremd anmutenden Tiere, aber die Milch ist, wenn das Tier gut und sauber gehalten, von guter Rasse und gesund ist, sehr gesund und, Hauptsache — leichter erhältlich. Hat man nun den Ehrgeiz, zu buttern, geht es ganz leicht, da die Milch meist fettreich ist. Vor allem wird die Milch sofort nach dem Melken abgekocht und kalt gestellt. Dann am nächsten Tage den Rahm abnehmen und so fort sammeln, bis man ungefähr ein Liter hat, welcher zirka 40 bis 50 Dekagramm Butter ergibt. Nun schüttet man ihn in einen irdenen oder Porzellanweidling und schlägt fest mit dem Schneeschläger gleichmäßig fort, bis sich oben die Butter absondert, was rasch geschieht. Manche Butter ist ganz hell, was vom Futter abhängt. Solche für den Handel bestimmte wird daher oft gefärbt, aber für den Hausgebrauch ist es überflüssig. Man kann beim Abnehmen und Zusammendrücken der Butter auch etwas Salz beigeben. Die zurückbleibende Buttermilch oder Molke kann getrunken oder zur Stoßsuppe oder zu Mehlspeisen, Kartoffelpuree usw. verwendet werden. Mit Kuhmilch gemischt, erhält man eine delikate Butter.

Inländische Tees sind für den Gartenbesitzer oder Fußwanderer sehr leicht zu sammeln. Sie schmecken, richtig zusammengestellt, sehr gut, jedenfalls besser als der Kriegskaffee ohne Milch, bedürfen wenig Zucker, sind sogar mit Honig oder Syrup gesüßt viel besser. Sie müssen gekocht, nicht nur abgebrüht werden, vertragen aber dagegen das Stehenbleiben oder zweites Aufkochen sehr gut. So z. B. sind sehr angenehm im Geschmack: Erdbeeren-, Himbeeren-, Brombeerenblätter oder Lindenblüten mit Waldmeister oder Heidelbeeren mit Eibischwurzeln oder Erdbeerblätter, Kirschenstiele und Lindenblüten. Zu jeder dieser Zusammenstellungen mischt man getrocknete Apfelschalen, die man im Herbst und Winter sammelt und trocknet. Bei dem Mangel an Arzneien und Aerzten sind sie ein gutes Hausmittel, sollen immer vorrätig sein, eventuell kauft man sie beim Dürrkräutler oder in der Drogerie und hebt sie auf. Eibischwurzel gegen Husten, Lindenblüten zum Schweißtreiben, Salbei und Käsepappel gegen Zahnschmerzen zum Spülen, Huflattich gegen Gichtschmerzen, Heidelbeerblätter für Zuckerkranke, Holler gegen Brustschmerzen.

Fünferlei. Heidelbeeren, Brombeeren, schwarze Ribisel oder Holler oder beides, Stachelbeeren rasch abwaschen, Blütenknospen entfernen, dann auf Feuer aufkochen lassen, ein Viertel des Gewichtes Honig beimengen, gut verkochen, bis alles eine gleichmäßige Masse bildet, Konservierungsmittel dazu, heiß in die Gläser füllen, offen stehen lassen, bis sich eine Haut gebildet hat.

Kohlrüben werden geschält, nudelig geschnitten und mit heißem Salzwasser blanschiert, dann abtropfen gelassen und wie jedes andere Dörrgemüse getrocknet. Nicht zu sehr der Sonne aussetzen, sondern im Schatten, womöglich in Zugluft, d. h. daß der Wind darüberstreift. Zum Füllen schält man gleich große Stücke, höhlt sie aus (das Ausgehöhlte kommt zum Dörrgemüse), dann in Salzwasser, dem man ein Stückchen Zucker beigibt, 15 Minuten kochen. Nun kommt sie in ziemlich breite Gläser, wo sie Platz haben, das Salzwasser darüber, eine Cozetpille dazu, eine Stunde in Dunst kochen, im Topf erkalten lassen. Manchmal wird das Kochwasser trüb, man muß dann anderes und kochendes nehmen.

Spinat kochen, passieren, nochmals einkochen; nur das Dicke in die Gläser füllen und obenauf etwas gehacktes Dillenkraut und eine Zehe Knoblauch. Gut verbinden, eine Stunde in Dunst kochen, im Topf erkalten lassen. S. R.

Österr. Volkszeitung
28./VII. 1918

148

Probekochen.

Zur Festsetzung der Wiener Gasthauspreise.

Daß die Gasthauspreise von Woche zu Woche unerschwinglicher werden, ist eine allgemeine Klage jener, die auf Gasthausverpflegung angewiesen sind und nicht das Glück haben, zu den Kriegsgewinnern zu gehören. Wer mit einem bescheidenen Ausgabenetat rechnen muß, dem wird es nachgerade unmöglich, im Gasthaus zu essen, geschweige denn, sich im Gasthaus satt zu essen, und stets größer wird die Schar der Angehörigen des Mittelstandes, die sich vom Gasthaus ab und der Kriegsküche zuwenden, wo man zwar wenig, das aber zu einem erschwinglichen Preis erhält.

Ein Mittagessen in einem mittleren Restaurant ist heute unter 12 bis 15 K. kaum zu haben, in einer sogenannten „besseren" Wirtschaft schnellt die Ziffer ins Abenteuerliche empor. Was dort manche Wirte fordern zu dürfen glauben, grenzt fast an Wahnsinn. Ein Braten 15, eine Beilage 2 bis 3 K. — das sind die „normalen" Ziffern, bei deren bloßem Anblick sich „der Gast mit Grauen wendet", wenn er die ausgehängte Speisekarte liest. (In Parenthese bemerkt: Die Verordnung, die das Aushängen der Speisekarte den Wirten zur Pflicht macht, scheint allmählich in Vergessenheit zu geraten, denn man trifft die Aushängekarte nur mehr vereinzelt an . . .!) Wie soll der Festbesoldete mit seinen kargen Bezügen mit diesem Preistaumel Schritt halten? Dazu kommt, daß die Größe der Portion zu der Höhe des Preises im umgekehrten Verhältnis steht und daß sich das Gefühl der Sättigung auch nach Einnahme einer noch so kostspieligen Mahlzeit nicht einstellen will.

Die Wiener Gastwirte wurden wiederholt aufmerksam gemacht, sich bei der Preisbemessung einige Beschränkungen aufzuerlegen, Anzeigen und Verurteilungen wegen Preistreiberei sind häufig. Dies ist offenbar der Grund für eine Maßnahme, die von der Genossenschaft der Gastwirte selbst vorgeschlagen und vom Amt für Volksernährung bewilligt wurde: Es handelt sich um ein „Probekochen" zum Zwecke der Ermittlung von Richtlinien für die Preisbemessung in Gasthäusern. Die Vorstehung der Wiener Gastwirtegenossenschaft teilt ihren Mitgliedern mit, daß über ihr Einschreiten das erwähnte „Probekochen" vom Volksernährungsamt bewilligt wurde und daß daran Vertreter der Statthalterei, der Gemeinde Wien, der Zentralpreisprüfungskommission und des Gastwirteverbandes teilgenommen haben. Das Ergebnis wurde in einer Schrift zusammengefaßt und werden die zahlenmäßigen Ergebnisse in Hinkunft die Richtlinien angeben, denen bei der Preisbemessung nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich zu folgen ist.

Die Gasthausesser haben jedenfalls ein großes Interesse daran, in diese Schrift Einblick zu nehmen, die ohne Wert bleiben muß, unsolange sie eine interne Angelegenheit der Gastwirte ist. Bisher hat man von einer neuen Festsetzung der Gasthauspreise nichts gehört, noch weniger von einer Verbilligung.

Tägliche Rundschau 29/VII. 1918.

152

* **Die Ernährungsschwierigkeiten in Köln.** Eine Anfrage des sozialdemokratischen Stadtverordneten Sollmann gab im Kölner Stadtparlament Veranlassung zu einer mehrstündigen Aussprache über die Ernährungsschwierigkeiten in Köln. Oberbürgermeister Adenau erklärte, wie unser Kölner Mitarbeiter drahtet, das System der Obstversorgung, wie es von Berlin beliebt werde, habe vollständig versagt. Redner bemängelte das System der Lebensmittelverteilung in Preußen, das sich insofern geändert hätte, als sich als Zwischeninstanz die Bezirksregierung eingeschoben habe, wodurch gewisse Erschwerungen, wie Verlangsamung des Geschäftsverkehrs und eine Beschneidung der Selbständigkeit der Kommunalverwaltungen, eingetreten sei. Große Entrüstung rief die Mitteilung hervor, daß man in Berlin erklärt habe, daß die Gemeinden, die Ersparnisse machten, wie beispielsweise Köln, an Brot und Mehl, keine Zusatznährmittel erhalten sollten, und weiterhin die Versicherung, daß Berlin nicht allein, sondern auch andere Städte, und namentlich der Regierungsbezirk Düsseldorf, bedeutend besser gestellt sei als Köln. In der Aussprache erklärte der Wortführer der liberalen Fraktion, man solle sich in Berlin darüber klar sein, daß die Stadt Köln nächst Berlin heute das größte Industriezentrum in Deutschland darstelle. Oberbürgermeister Adenau ersuchte die drei Fraktionen, je einen Vertreter zu bestimmen, die mit ihm in der übernächsten Woche nach Berlin reisen, um alle die in öffentlicher Sitzung vorgebrachten, meistens berechtigten Klagen an zuständiger Stelle erneut und nachdrücklichst vorzubringen.

Tägliche Rundschau 30/VII. 1918

153

* **Verschärftes Bezugsscheinverfahren.** Die „Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle" schreiben: Die von Tag zu Tag dringendere Notwendigkeit, für die bedürftigen Bevölkerungskreise gebrauchte Kleidung und Wäsche bereitzustellen, zwingt dazu, auf eine wirtschaftliche Wiederverwertung gebrauchter Gegenstände und daher auf Abgabe getragener Kleidung zwecks Erlangung eines Bezugsscheines ohne Prüfung der Anschaffungsnotwendigkeit in allen Fällen hinzuwirken, in denen dies ohne besondere Härte geschehen kann. Trotz mancher Anregungen hat die Reichsbekleidungsstelle doch davon abgesehen, die Ausstellung eines Bezugsscheines in jedem Falle an vorige Abgabe des zu ersetzenden alten Stückes zu knüpfen. Sie hat jedoch angeordnet, daß in Zukunft vor Ausstellung eines Bezugsscheines regelmäßig schriftliche Bestandsversicherungen abzugeben sind, und daß die Bezugsscheinbehörden bei Verdacht unrichtiger Bestandsversicherungen stichprobenweise als Verwaltungsmaßnahme anzusehende häusliche Nachprüfungen vorzunehmen haben. Derartige Nachprüfungen waren bisher schon den Kommunalverbänden anheimgegeben. Diese Anordnung bedeutet also Herbeiführung einer überall gleichmäßigen Handhabung. Alle Antragsteller, die wegen zu hohen Bestandes einen Bezugsschein nicht erhalten können, sollen auf die Möglichkeit der Bezugsscheinerlangung gegen Abgabebescheinigung hingewiesen werden. Zur weiteren Förderung der Papiergarnindustrie, die bereits jetzt in der Lage ist, durchaus brauchbaren Ersatz, der überdies noch bezugsscheinfrei ist, zu liefern, ist ferner angeordnet worden, daß Gebrauchsgegenstände aus reinem Papiergarn auf den Bestand an Kleidungs- und Wäschestücken nicht anzurechnen sind.

Tägliche Rundschau 30/VII. 1918.

154

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

(Fortsetzung.)

Nach der Verwendbarkeit verschiedener Behälter zur Aufnahme von Früchten und Gemüsen zum Einmachen fragen mehrere Leserinnen. Die größeren Steintöpfe, die in früheren besseren Zeiten in Wasserglasmischung Eier aufgenommen haben und nun leer stehen, aber einen weißen Ueberzug innen zeigen, möchten mehrere Hausfrauen zu Einmachezwecken, besonders zu Salz- und Sauergemüsen verwenden, wissen aber nicht, ob es geht. Der innen sich zeigende weiße Ueberzug läßt sich durch Scheuern mit Salzsäurelösung, der man etwas Essig zusetzt, fast restlos entfernen. Nach gründlicher Spülung mit Essigwasser und zuletzt mit heißem Salzwasser kann man alsdann unbedenklich diese Steingutgefäße benutzen, wie man es für zweckmäßig hält. Auch Flaschen mit weitem Hals, zu denen passende Korken einfach nicht zu beschaffen sind, lassen sich gut gebrauchen, wenn man in den Flaschenhals, nachdem die Flaschen gefüllt sind, eine passende Pappscheibe drückt, diese vorher leicht anfeuchtet und sie mit Tutopulver bestreut. Man bindet nun ein in Gipsbrei getauchtes Läppchen rasch über die Flaschen und sterilisiert nun im offenen Topf, wobei das Wasser den Verschluß nicht berühren darf. Da alles vorhandene Material jetzt von besonderem Wert ist, so sollte man es restlos möglichst ausnutzen.

*

Auffällig verschieden sind die Urteile über den Zusatz von benzoësaurem Natron zur Haltbarmachung zuckerloser Früchte und Obstmarmeladen ausgefallen. Ich habe die ärgsten Verdammungsurteile vor mir liegen und daneben rückhaltlose Anerkennungssprüche über diese wahrhaft glänzenden Hilfsmittel erhalten. Meine eigenen Erfahrungen haben mich zu dem Ergebnis kommen lassen, daß unsere Durchschnittshausfrauen leider noch immer wenig Verständnis für das Wesen chemischer Hilfsstoffe für ihre Küche besitzen und sich bei weitem nicht immer an die Gebrauchsregeln halten. Wie könnte es sonst vorkommen, daß man statt 1 Gramm des benzoësaurem Natron 3 Gramm zusetzt, daß man diesen Zusatz nicht gleich nach dem Kochen von Obst und Obstmus durchmischt, sondern nach dem Erkalten, daß man es mit durchkochen läßt und so wirkungslos macht. Bei Nachforschungen bei Verdammungsurteilen hat sich fast immer ein grober Fehler oder Irrtum bei der Verwendung von benzoësaurem Natron herausstellt. Ganz verfehlt muß ich es finden, wenn man sich das benzoësaure Natron lose in Pulverform kauft und selbst in so minimaler Menge abwiegen will. Selbst die Briefwage ist dafür nicht brauchbar, sondern nur eine chemische Wage. Man sollte deshalb für Einmachezwecke das benzoësaure Natron nur in Tabletten von 1 Gramm in den Handel bringen, wie die guten Eozet-Tabletten, diese Tabletten in wenig kaltem Wasser restlos auflösen und sofort, wenn Obst oder Obstmus fertig gekocht ist, darunter rühren, und zwar eine aufgelöste Tablette auf 1 Kg. fertig gekochtes Obst. Ich glaube, alle Hausfrauen werden dann gute Erfahrungen mit dem benzoësaurem Natron machen und sich freuen, daß sie dieses Hilfsmittel besitzen.

Wer einmal zu viel benzoësaures Natron unter Obstmus gemischt, hat damit Farbe und Geschmack sehr geschädigt; man kann neues, anderes Obstmus, das aber einen starken Eigengeschmack haben muß, mit diesem Obstmus mischen, beides zusammen durchkochen und dann die richtige Menge an Eozet-Tabletten unter das Mischmus rühren, dann hat man den Schaden kuriert.

*

Wer noch Schwefelfaden zum Ausschwefeln von Flaschen hat, schwefelt diese Flaschen am praktischsten aus, indem man auf einer Untertasse etwas Schwefelfaden anzündet, einen Trichter verkehrt darüber stülpt und auf dessen Spitze den Flaschenhals schiebt. Wenn die Flasche sich völlig mit Schwefeldampf gefüllt hat, stellt man sie offen an das geöffnete Küchenfenster, bis sie sich entleert hat und füllt nun sofort die Früchte, Säfte oder dergleichen hinein. Früchte, die man einfüllt, sollen 2 bis 3 Minuten in mit einem Prozent Salzsäure vermischtem Wasser liegen, damit die ihnen außen anhaftenden Bakterien getötet werden. Dann erst sollen sie in die Flaschen oder Gläser gefüllt werden. Ich hoffe, daß Frau Dr. G. in Dempelburg danach keinen abgetropften Schwefel in den Flaschen haben wird, der zwar in so kleinen Mengen nicht gerade schädlich, aber jedenfalls auch nicht für Geschmack und Bekömmlichkeit wünschenswert ist.

Frau E. L. in München kann Johannisbeeren und andere ähnliche Früchte sehr gut in Flaschen einmachen. Man spült die Früchte mit Wasser, dem 1 v. H. Salzsäure zugesetzt wurde, ab, füllt die trockenen sauberen Flaschen 2 Zentimeter hoch mit abgekochtem kalten Wasser und füllt die Früchte dann möglichst fest hinein. Man setzt die Flaschen offen in einen Kessel mit wenig kaltem Wasser und erwärmt dieses langsam bis auf 70 Grad Celsius. Dann verbindet man erst die Flaschen mit feuchtem Pergamentpapier, das man mit Tutopulver bestreut, und sterilisiert bei 80 Grad Celsius etwa 35—40 Minuten. Man bewahrt die erkalteten Flaschen stehend kühl auf. Man kann die Beerenfrüchte auch mit wenig Wasser aufkochen, jedes Kg. mit einer aufgelösten Eozet-Tablette mischen, heiß in die Flaschen füllen und diese nach dem Erkalten mit Pergamentpapier zubinden. Hat man etwas Zucker zur Verfügung, so kann man 500 Gr. Zucker in ½ Liter Wasser lösen, 2 Kg. Früchte hineinschütten, durchkochen und wie oben verfahren, also mit benzoësaurem Natron vermischen und heiß einfüllen. Was die Frage nach der Verwendbarkeit nicht ganz heiler Gummiringe anbetrifft, so kann ich Ihnen diese dahin beantworten, daß man die Gummiringe recht gut zum Dichten der Gläser gebrauchen kann, wenn man den Ring zwischen zwei Mammutringe legt und dann wie gewöhnlich sterilisiert. (Schluß folgt.)

Die Zeit
30./VII. 1918

1755

Die Herstellung der Lebensmittelkarten.

Milliarden von Lebensmittelkarten aller Art werden gegenwärtig in Oesterreich hergestellt. Werden aus Tausenden von Zentnern farbigem und weißem Papier gefalzt und geschnitten und mit schwarzer, roter, gelber, grüner Farbe bedruckt. Es ist eine Massenfabrikation. Der Bürgermeister hat ja gelegentlich der Budgetdebatten im Gemeinderat wiederholt auf die hohen Kosten hingewiesen, die die Herstellung der Lebensmittelkarten verursacht, und um diese Ausgaben etwas einzuschränken — natürlich auch nur aus Gründen der Vereinfachung und Verbesserung des Systems —, wurde die Zahl der Karten verringert, wurde die Einrichtung getroffen, daß verschiedene Lebensmittel gegen Vorweisung bloß einer Karte erhältlich sind. In der Provinz ist die Vereinheitlichung der Lebensmittelkarten jedoch noch nicht durchgeführt. Den Bezirkshauptmannschaften gehen zu den bestimmten Zeiten, je nach der Gültigkeitsdauer der betreffenden Scheine, die Lebensmittelkarten seitens der Statthalterei zu. Die großen Städte erhalten die Karten direkt zugesendet.

Angesichts der Tatsache, daß sowohl Einkaufscheine als auch Lebensmittelkarten immer nur für eine gewisse Periode gelten und vielfach bereits nach einigen Wochen wieder durch neue ersetzt werden müssen, kann man sich wohl leicht vorstellen, welch kolossale Arbeit die Hof- und Staatsdruckerei zu leisten hat, der die Herstellung der Lebensmittelkarten zumeist obliegt. Nur noch einige verläßliche Buchdruckereibetriebe sind außerdem mit der Herstellung von Lebensmittelkarten betraut.

Eine genaue Ziffer der Anzahl von Lebensmittelkarten, Einkaufsscheinen usw. anzugeben, die im Laufe eines Jahres hergestellt und verausgabt werden, ist infolge der stetig schwankenden Ausgabezahlen, der Variierung der bestellten Auflagen nicht gut möglich. Es lassen sich nur Beispiele anführen, die aber leicht auf die Masse der hergestellten Lebensmittelkarten schließen lassen. So wurden zum Beispiel zu jedem Ausgabetermin für Niederösterreich mehr als drei Millionen Kartoffelkarten, dreieinhalb Millionen Brot- und Mehlkarten ausgegeben. An Einkaufsscheinen werden von der Stadt Wien eine halbe Million zu den Terminen ausgegeben, abgesehen von den Einzelkarten, die wir ja auch in Wien trotz des Einkaufsscheines weiterhin erhalten. Eine größere niederösterreichische Stadt erhält zum Beispiel für eine wenige Wochen währende Periode 180.000 Brot- und Mehlkarten, 124.000 Kartoffelkarten, 72.000 Fettkarten und 250.000 Zuckerkarten (die längere Gültigkeitsdauer haben) von der Statthalterei zugewiesen. Es ist somit in Berücksichtigung der Millionenbevölkerung der Monarchie erklärlich, daß für jedes Jahr ein Vielfaches der Millionen der Bevölkerungszahl an Lebensmittelkarten hergestellt werden muß. Daß diese Lebensmittelkarten-Massenerzeugung enorme Mengen an Papiermaterial, an Druckfarben, Maschinenspeisung usw. verschlingt, ist offenbar.

Die Lebensmittelkarten stellen natürlich, soweit sie nicht auf Namen lauten und nur an einer gewissen Stelle einlösbar sind, Werte dar, die in ihrer willkommenen „Realität", als Mittel zum Zweck der Magenfüllung, manchen unberechtigten „Liebhaber" finden. Es ist somit klar, daß man bei der Manipulation mit den Lebensmittelkarten und bei ihrer Verwendung sich der größten Vorsicht befleißigt. Freilich sind diese Vorsichtsmaßnahmen nicht durchaus zureichend. Denn wenn auch nur erprobte und verläßliche Beamte sowohl in der Druckerei als auch bei der Expedition der Lebensmittelkarten in die Provinz verwendet werden, so ist doch eine Kontrolle auf dem Weg, den sie dann per Post oder per Bahn nehmen, nicht mehr gut möglich. Es ist daher nicht selten, daß von den Lebensmittelkartentransporten in die Provinz bei Ankunft Abgänge festgestellt werden. Der unredliche Erwerber dieser Karten kann freilich nicht viel mit ihnen beginnen. Bei Einführung der Lebensmittelkarten, da es noch keine Kundenlisten, keine genauen Eintragungen und keine auf Namen lautenden Einkaufsscheine gab, war der Handel mit Lebensmittelkarten noch sehr ergiebig, denn man erhielt ja für die Karten in jedem Geschäft die Waren, soweit sie natürlich vorhanden gewesen sind. Heute sind fast in allen größeren Städten Oesterreichs bereits die auf Namen lautenden Karten und die Kundenlisten eingeführt und in Wien ist gegen bloße Vorweisung einer speziellen Lebensmittelkarte fast gar nichts mehr erhältlich. In der Provinz wieder fällt es den Geschäftsleuten sehr leicht auf, wenn ein Fremder auf Grund einer Karte Lebensmittel verlangt. Die Geschäftsleute fordern solche Kunden in der Regel zur Legitimierung als Ortsinsassen auf. Es ist demnach — und dies auch nur in beschränktem und unauffälligem Maße — den Ortsangehörigen allein möglich, auf etwa unrechtmäßig erworbene Lebensmittelkarten sich Waren zu verschaffen.

Fälschungen von Lebensmittelkarten sind natürlich mit dem entsprechenden technischen Apparat möglich. Da die nicht mit der Herstellung von Lebensmittelkarten beauftragten Buchdrucker sich bei Uebernahme oder Durchführung des Druckes von Lebensmittelkarten der Gefahr einer Entziehung ihrer Konzession aussetzen — abgesehen von der Gefängnisstrafe, die ihnen droht —, wird sich wohl kaum einer finden, der so wenig aussichtsreiche Arbeit übernähme. Fälschungen gestohlener Lebensmittelkarten mit Namen auf Amtsausstellung werden in der Regel gleich als solche erkannt. Bemühungen, Lebensmittelkarten zu fälschen, sind überhaupt recht selten, es hat auch der Handel mit Lebensmittelkarten aus den oben angeführten Gründen stark abgenommen. Dieser Handel ist nicht erträgnisreich genug und recht aussichtslos geworden. Dafür blüht der Handel mit den Produkten, die man in nur kleinen Rationen auf die Lebensmittelkarten bekommt oder bekommen soll, der Schleichhandel eben mit Brot, Butter, Mehl und dergleichen. Und diese Dinge sind zweifellos nahrhafter als eine Nation bedruckten Papiers.

Neue Freie Presse Abendbl
30./VII. 1918

156

Die Aussichten für die Ernährung im kommenden Wirtschaftsjahr.

Gespräch mit dem Ernährungsminister Geheimen Rat Ludwig Paul.

Wien, 30. Juli.

Der Ernährungsminister Geheimer Rat Ludwig Paul hatte die Freundlichkeit, einen unserer Redakteure zu empfangen und ihm interessante Mitteilungen über den Stand des Ernährungswesens in Oesterreich zu machen. Aus diesen Aeußerungen des Ministers geht hervor, daß binnen kurzem die Qualität des Brotes eine viel bessere sein und die Versorgung mit Brot und Mehl sich schon in nächster Zeit günstiger gestalten werde. Der Minister sprach sich ziemlich zuversichtlich über die Aussichten des kommenden Wirtschaftsjahres aus und erklärte, daß auf dem Gebiete des Ernährungswesens eine Art Tripelallianz herbeigeführt wurde, indem mit Deutschland und Ungarn ein gemeinsamer Wirtschaftsplan zustande kam, der gleichzeitig ein Feldzugsplan im Versorgungswesen gegen die Aushungerungsabsichten der Entente sein soll. Geheimer Rat Paul hat erst wieder vor einigen Tagen Berlin besucht. Diesmal galt es, die Schlußentscheidung der österreichischen Regierung bezüglich des neuen Wirtschaftsvertrages mit der Ukraine zu treffen, wobei wiederum vollste Einigung mit Deutschland erreicht wurde. Wiederholte Reisen nach Deutschland haben den Ernährungsminister mit den zivilen und militärischen Zentralstellen des Reiches in nähere Berührung gebracht und mit warmer Dankbarkeit hebt er das Entgegenkommen, das er dort überall gefunden hat, hervor.

„Es ist uns in der letzten Zeit nicht gut gegangen" — erklärte Minister Paul — „es war aber nicht zu vermeiden, da die Vorräte zu Ende waren. Nun kann man erleichtert sagen: Die Krise ist fast überwunden und wird aller Voraussicht nach nicht wiederkehren. Bei diesem Anlasse kann ich nicht genug Worte der Anerkennung für das außerordentlich einsichtsvolle und kluge Verhalten der Bevölkerung und deren Führer, die Abgeordneten, finden, die sich außerordentlich bemüht haben, beruhigend und aufklärend auf die Bevölkerung zu wirken. Es ist selbstverständlich, daß die letzten Wochen vor der Ernte immer die schwierigsten sind. Das ist nicht nur bei uns so,

Tägliche Rundschau 31./VIII. 1918.

157

Die Lebensmittelversorgung der Vororte.

Die Klagen der Vorortbewohner über unzulängliche oder im Hinblick auf andere Gemeinden ungleichmäßige Belieferungen mit Lebensmitteln wollen nicht verstummen, und sie erschallen um so lauter, wenn die Lebensmittelbewirtschaftung nach dem allgemeinen Stande des Ernährungsmarktes besonders erschwert ist. In einem solchen Zeitabschnitte befinden wir uns auch gegenwärtig: Das alte Wirtschaftsjahr hat sich seinem Ende zugeneigt, das neue aber seine Früchte noch nicht im vollen Umfange ausgeschüttet. Hauptsächlich in der Kartoffelversorgung haben wir die kritische Zeit empfindlich gespürt, und besonders übel waren einzelne Vororte daran, wo wochenlang, wenn überhaupt, so nur ein Pfund Kartoffeln zugeteilt werden konnte. Das lag vor allem an der ungünstigen Witterung, die das Reifen der Frühkartoffeln erheblich verzögerte, dann aber auch am Leutemangel, da die Getreideernte alle verfügbaren Hände beschäftigt. Aus diesen Gründen hat sich die Frühkartoffelernte in manchen Teilen Deutschlands um volle vier Wochen verzögert.

Unter den hierdurch bedingten Ungleichmäßigkeiten in der Ernte hat die Gleichmäßigkeit der Versorgung schwer zu leiden. Was insbesondere Groß-Berlin anlangt, so haben die hier zu beklagenden Mängel der Kartoffelbelieferung ihre Ursache in den eben gekennzeichneten verschiedenen Erntezeiten der Versorgungsgebiete; denn Groß-Berlin wird nicht aus einem, sondern aus ganz verschiedenen Landesteilen versorgt, und die Gemeinden, die das Unglück haben, einem Versorgungsgebiet zugewiesen zu sein, das verspätet erntet, müssen darben, während die anderen schon beliefert werden konnten.

Gegen diese natürlichen Ursachen ist nichts zu machen. Mit Recht wird aber dagegen Klage erhoben, daß den Gemeinden mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung ein Vorzug im Hinblick auf die früh e re Belieferung eingeräumt wird. Man kann angesichts der Zulagen, welche die körperlich schwerarbeitende Bevölkerung ohnehin schon erhält, nicht einsehen, weshalb ihr auch noch dieser Vorzug zugestanden wird. Anläßlich der Frühkartoffelverteilung ist es auch in diesem Jahre der Fall gewesen. Die östlichen Vorortgemeinden haben im Durchschnitt erheblich früher Frühkartoffeln verteilen können als die westlichen „reichen" Gemeinden.

Ganz Groß-Berlin hat allerdings in der Zeit der Kartoffelknappheit eine besondere Vergünstigung in Gestalt der Sonderüberweisungen in Nährmitteln, Hülsenfrüchten und dergleichen erhalten. Auch bei dieser Verteilung sind aber Ungleichmäßigkeiten zu beobachten gewesen. Einmal der Art nach, indem einige Gemeinden wohlschmeckendere und nahrhaftere Lebensmittel als Ersatz für die Kartoffeln liefern konnten als andere; dann aber auch in der Menge; denn die Gemeinden mit überwiegender Arbeiterbevölkerung konnten auch von den als Kartoffelersatz ausgegebenen Nährmitteln mehr zuteilen als andere. Es fand also für einzelne Gemeinden auch hierbei eine Vorzugsbelieferung statt, gegen die sich begreiflicherweise die Vorstände der benachteiligten Gemeinden sträuben. Sie sind der Prügelknabe ihrer Bevölkerung, welche die geringere Belieferung als den Ausfluß mangelnder Initiative ihrer Gemeinde auffassen. Dieser Vorwurf ist aber ungerecht. Die benachteiligten Gemeinden haben nachdrücklichst gegen die Vorzugsbelieferung der sogenannten ärmeren Gemeinden Einspruch erhoben, jedoch ohne Erfolg. Man geht in den Zentralstellen, neben der Rücksicht auf die körperlich schwerer Arbeitenden, offenbar von der falschen Erwägung aus, daß ein Teil der Einwohner in Gemeinden mit besser situierter Bevölkerung und in denen die Besiedlung nicht Großstadt-, sondern Villencharakter trägt, eher in der Lage ist, sich durch eigenen Anbau auf Pacht- oder Gartenland eine bescheidene Beihilfe zur Ernährung in den Uebergangszeiten zu beschaffen, was doch nur für einen ganz geringen Teil ihrer Einwohner gilt.

Immer wieder aber muß darauf hingewiesen werden, daß die Gemeinden Groß-Berlins, die im engsten baulichen und wirtschaftlichen Zusammenhange stehen, einheitlich beliefert werden müssen. Die Bevorzugung bestimmter Gemeinden schafft unter der Bevölkerung der benachteiligten Nachbargemeinden Mißstimmung bis zur Erbitterung.

Die Zeit
1./VIII. 1918

158

Die Ernährungsfrage.

Verbesserung der Mannschaftskost.

Erfreulicherweise hat die im Gange befindliche Ernte bereits eine Verbesserung der Verpflegung beim Militär mit sich gebracht. Von heute an werden im Hinterland sowohl den Soldaten als auch den Kriegsgefangenen täglich 350 Gramm Brot verabfolgt. Diese Ration bedeutet eine Erhöhung um 100 Gramm im Vergleich mit dem Zustand vor vier Wochen und eine Erhöhung um 250 Gramm gegenüber der in der letzten Zeit erfolgten neuerlichen Kürzung der Ration.

Die Fleischquote für alle Militärpersonen, also auch für die Offiziere, wurde mit 150 Gramm festgesetzt.

Das Menagegeld beträgt nun für Wien 3 Kronen 71 Heller. Es ist dies ein geringerer Betrag, als er in der letzten Zeit normiert war. In dieser Gebührenfestsetzung kommen nämlich die infolge der Ernte eingetretenen Preisrückgänge bereits zum Ausdruck.

18. Bürgermeister: Ich erlaube mir nun folgendes Telegramm dem Gemeinderate zur Kenntnis zu bringen (liest):

„Freiwillig und einhellig haben Soldaten und Offiziere des k. u. k. XII. Korps auf einen Teil der gebührenden Kostportion verzichtet, um diese Nahrungsmittel notleidenden mindestbemittelten Wienern und Budapestern zu bieten. In Ausführung dieser dem Korpskommando gewordenen Anregung und nach hier schätzungsweise frei ermitteltem Verhältnis der Zahl an Hilfsbedürftigen wurden am 3. Juli 1918 unter Begleitung als Heerestransport an das Militärverpflegsmagazin Wien für die Stadt Wien Transportnummer 801.126 mit 300 Zentnern Brotmehl und etwa 300 Zentnern Fleisch und lebenden Rindern, Schlachtgewicht mit 50 Prozent angenommen, abgesendet. Es wird gebeten, die Verteilung dieser bescheidenen Beihilfe widmungsgemäß durchführen und den Empfang anher drahten zu lassen. Leere Säcke, dann verwertbare Abfallprodukte der Schlachttiere wollen nach Weisung der Intendanz des Militär-Kommandos Wien abgeführt werden." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wie mir soeben mitgeteilt wird, sind die Rinder nach 18tägigem Transporte — die Sache spielt aus Bessarabien — in Wien eingelangt; ebenso auch die 300 Zentner Mehl. Ich erlaube mir im Namen des gesamten Gemeinderates, den Offizieren und den Soldaten des XII. Korps unseren herzlichsten und besten Dank zu sagen. (Erneuerter lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Berliner Lokalanzeiger
3./VIII. 1918

160

Bayern und die Ernährung.

Drahtbericht unſ. Korreſpondenten.

Pr. **München**, 2. Auguſt. Am Schluß der heutigen Reichsratsſitzung erklärte der Miniſter des Innern von Brettreich: Unſere Ernährungslage iſt durch die Verzögerung der Frühkartoffelernte zurzeit recht ſchwierig. Der wilde Aufkauf hat unglaublich um ſich gegriffen und die Lage iſt dadurch verſchärft, daß unſere Brotgetreideverſorgung eine Herabſetzung der ordentlichen Mehlration um 50 Gramm nötig machte und Erſatz durch Fleiſch nicht gegeben werden konnte. Gegen die Bevorzugung Berlins mit einer Wochenfleiſchmenge von 250 Gramm ſtatt 200 Gramm habe ich beim Staatsſekretär des Kriegsernährungsamtes Stellung genommen. Die Getreideernte 1918 iſt beſſer als die von 1917. Die Hoffnung auf die Einfuhr von Rumänien und der Ukraine darf nicht zu hoch geſpannt werden. Die Ausſichten für Spätgemüſe ſind günſtig, die für Obſt dagegen gering und deſſen öffentliche Bewirtſchaftung deshalb ſchwierig. Zur Erhaltung des Viehbeſtandes, von dem 300 000 Stück eingeſpart werden ſollen, müſſen 3 fleiſchloſe Wochen, die 3., 6. und 12. Woche eingeführt werden. In dieſer Zeit ſoll Erſatz durch Mehl gegeben werden. Die Milch- und Fettverſorgung iſt recht ungünſtig durch den wilden Aufkauf und durch den Rückgang der Fetteinfuhr aus dem neutralen Ausland. Es wird jedoch gelingen, im Winter die bisherige Fettmenge von 62½ Gramm aufrechtzuerhalten. Die Eierablieferung hat abgenommen, obwohl die Hühnerzahl geſtiegen iſt.

Außerordentlich erſchwert, ja ernſtlich gefährdet, wird die allgemeine Nahrungsmittelverſorgung durch den gewerbsmäßigen Schleichhandel. Fleiſch, Mehl und Fett werden der Allgemeinheit entzogen. Nicht zu beſtreiten iſt, daß der Fremdenverkehr nicht ohne Einfluß auf die Ernährungslage iſt. Ich meine hier nicht die geregelte Verſorgung der Fremden, gefährlich iſt der Fremdenverkehr deshalb, weil er den Schleichhandel außerordentlich fördert und weil die Hamſterei unter den Fremden betrieben wird. Es war daher eine gewiſſe Einſchränkung des Fremdenverkehrs in Bayern nötig. Die Einſchränkung nur auf die Nicht-Bayern zu begrenzen, war nicht angängig. Das Gerücht, daß ein Beſchluß gefaßt ſei, daß die bayeriſchen Betriebe nur auf 3 Wochen mit Kohlen beliefert werden können, iſt unrichtig. Das Bild, das ich von der Ernährungslage gab, iſt nicht ſehr günſtig, aber ein Grund zur Mutloſigkeit beſteht nicht. Alle Gerüchte, daß wir faſt vor dem Zuſammenbruch ſtehen, ſind erfunden; ſie ſind geradezu frevelhaft.

*

Wie Bayern, hat auch das Königreich Sachſen, entſprechend ſeiner induſtriellen Zuſammenſetzung, größere Notſtandszuweiſungen vom Reich erhalten, da auch die Reichsſtellen bei den in Sachſen gegenwärtig herrſchenden Zuſtänden eine Abhilfe als erforderlich anerkennen.

Frankfurter Zeitung
4. VIII. 1918.

161

Der bayerische Protest.

N Berlin, 3. Aug. (Priv.-Tel.) Den bayerischen Protest gegen die Belieferung Berlins mit 250 Gramm Fleisch bestätigt nun auch die nicht sozialdemokratische Presse. Ueberall wird darauf hingewiesen, daß gerade Bayern mit seinen verhältnismäßig günstigen Ernährungsverhältnissen am wenigsten Grund zur Klage über die Bevorzugung Berlins habe.

Im „Berliner Tageblatt" wird hervorgehoben, daß Bayern, das sich der Fremden zu erwehren suche, zu vergessen scheine, daß gerade Berlin eine Fremdenstadt sei wie keine andere, daß nicht der Berliner das Land aussauge, sondern umgekehrt die Landbevölkerung Berlin leergehamstert habe. Der Berliner Fremdenverkehr übersteige auch in der Kriegszeit den des gesamten bayerischen Landes gewaltig; es habe aber noch kein Mensch daran gedacht, diesen Fremdenverkehr nach bayerischem Muster einzuschränken, obwohl die Berliner dadurch eine gewaltige Last auf sich lüden. Diese mehr als 100 000 Fremden, die Monat für Monat in Berlin verkehren, hamsterten alles zusammen, was überhaupt zu haben sei, und hätten wesentlich dazu beigetragen, die Preise in Berlin in die Höhe zu treiben. Das nehme aber die Reichshauptstadt als eine unvermeidliche Kriegswirkung hin. Aber es sei nicht zu verstehen, wenn die saturierte bayerische Regierung der Berliner Bevölkerung jetzt auch noch die winzige Menge von wöchentlich 50 Gramm Fleisch mißgönne. Der Krieg sei für alle Teile des Reiches eine schwere Last, die gemeinsame Rücksicht mache sie wenigstens erträglicher. Das solle man auch in Bayern berücksichtigen.

Die „Tägliche Rundschau" schließt ihre Betrachtung: „Wozu die Entrüstung? Hat man von Mißstimmung gegen Bayern gehört, weil dort mehr und besserer Käse, mehr und besseres Mehl, mehr und besseres Gemüse und Obst der Bevölkerung zugeteilt werden kann? Nichts davon ist zu spüren. Man gönnt den Bayern gern ihre bessere Versorgung und beneidet sie nur um das bessere Ernährungssystem, das eine reichlichere Versorgung gewährleistet. Kein Vernünftiger wird sich auch über das scharfe Vorgehen gegen die Hamsterei durch unverschämte Sommerfrischler und Kurgäste wenden, die, nebenbei bemerkt, durchaus nicht nur aus Norddeutschland stammen. Mögen diese so scharf wie möglich angefaßt werden, sie sind Schädlinge, unter denen alle anständig gesinnten Gäste Bayerns leiden, die nur von Schikanen verschont sein wollen. Aber man gehe in Bayern nicht so weit, dem jetzt so wenig beliebten Bruder im Norden überhaupt nichts mehr zu gönnen. Er hat unter Ernährungsschwierigkeiten zu leiden, von denen man innerhalb der bayerischen Grenze keine Ahnung hat. Ein Vorschlag zur Güte noch: Man kaufe einmal 200 Gramm Fleisch aus Bayern und 250 Gramm Berliner Fleisch, und wir sind überzeugt, daß niemand mehr in Bayern an die Berliner Fleischfrage rühren wird.

In der „Vossischen Zeitung" heißt es u. a.: Zwar — Berlin wird, gemessen an den Zufuhren anderer schöner Gegenden, stets jämmerlich mit Obst, Gemüse, Geflügel und allem, was noch nicht aufs strengste behördlich in Häufchen geteilt wird, geliefert; zwar — an der Spree klettern die Hintenherumpreise immer noch zehn Sprossen höher als anderswo, sagen wir etwa in München. Zwar — die Speisekarten der Berliner Gaststätten sehen kümmerlich aus gegenüber denen anderer Städte, sagen wir in Frankfurt a. M. oder — Nürnberg. Tut nichts, dem Berliner kann man es bieten. Der Berliner ist das gewöhnt. — Zum Teufel überhaupt mit den Berlinern! Zwar — die Oeffentlichkeit an der Spree hat mit höchst lobenswerter Selbstbescheidung sich in die Maßnahmen geschickt, die andere gesegnetere Striche als die zwischen Charlottenburg und Lichtenberg, wo leider nur Fabriken, Bureaus, Mietshäuser, Bahnhöfe und Litfaßsäulen gedeihlich wachsen, mit hartem Eifer begriffen, um sich ausschließlich sich selbst alles Gute zu erhalten, was ihnen eine freundliche Natur schenkt. (Sehen wir ja in Bayern.) Will aber Berlin nun einmal versuchen, zu erreichen, daß es nicht noch weiter im Kampf um die Eßschüssel ins Hintertreffen gerät, so braust, wie gesagt, der bekannte Entrüstungssturm. Möge er nicht die Sachlichkeit umblasen. Großstädte sind im Kriege am schwersten zu ernähren. Groß-Berlin ist nun einmal das volkreichste rein städtische Gemeinwesen in Deutschland. Man ziehe den Schluß daraus, dessen Notwendigkeit jede vergleichende Aufstellung über die Ernährungsverhältnisse überzeugend beweist. Die Groß-Berliner Gemeindevertretungen haben lediglich ihre Pflicht getan, als sie sich bestrebten, ihrer Massenbürgerschaft, der alle ergänzenden Nahrungsmittel am schwersten und teuersten erreichbar sind, die Fleischrate in der bisherigen Höhe zu erhalten. Gibt das K.-E.-A. überhaupt eine Möglichkeit, Ausnahmen zu machen, so muß Groß-Berlin an erster Stelle berücksichtigt werden.

Reichspost
4./VIII. 1918

162

Unleidliche Verhältnisse an der Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn.

Es ist gewiß begreiflich, daß Ungarn den Lebensmittelverkehr mit Oesterreich an der Grenze überwachen läßt und trachtet, die über die bestehenden Vereinbarungen hinausgehende Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich möglichst zu beschränken. Anderseits wird man es auch in Ungarn verstehen, daß angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse in Oesterreich insbesonders dessen Grenzbevölkerung bestrebt ist, den ungarischen Segen sich zunutze zu machen und drüben anzukaufen, was drüben ohne Schwierigkeit, herüben aber gar nicht oder nur zu Phantasiepreisen erhältlich ist. Ein gewisses moralisches und Gewohnheitsrecht kommt den österreichischen Verbrauchern dabei insoferne zu Hilfe, als in den Friedensjahren ja die ungarische Lebensmittelerzeugung großenteils vom Absatz in Wien und anderen österreichischen Bedarfsorten lebte, was voraussichtlich ja auch in Zukunft wieder der Fall sein wird. Wenn daher Ungarn, wie es sein zweifelloses Recht ist, den Grenzverkehr streng überwachen läßt, so läge es doch gewiß auch in seinem eigenen Interesse zu verhindern, daß diese Ueberwachung in Formen geschieht, die verbittern müssen. Wenn die ungarischen Grenzwächter den Schleichhändlern und gewerbsmäßigen Schmugglern auf die Kappe steigen, wird sich keine Stimme dagegen erheben. Wenn sie aber gegen arme Leute und sogar gegen Kinder, die sich in Ungarn Lebensmitteln holen wollten, um ihren Hunger zu stillen, mit einer Schärfe vorgehen, daß die Opfer dabei den Tod finden, wie es neuestens wieder zweimal innerhalb weniger Tage der Fall war, so bringt dies dem ungarischen Staat weder Ehre noch Sympathie und Vorteile. Die ungarische Regierung würde den Intessen ihres Landes nicht schaden, wenn sie den Grenzwächtern mehr Humanität und ein weniger schablonenhaftes Vorgehen ans Herz legte.

Ein Wiener Arbeiter berichtet uns folgenden Fall: Da ich gehört hatte, daß man in Preßburg bequem Gemüse zu billigen Preisen erhalten könne, schickte ich meine Frau, da in Wien das Gemüse noch immer rar und sündteuer ist, nach Preßburg, um gegebenenfalls für meine Familie Gemüse für mehrere Tage zu holen. Meine Frau fand an Ort und Stelle die Erzählungen nicht nur bestätigt, sondern von der Wirklichkeit noch weit übertroffen. Es gab da auf dem Preßburger Markt Gemüse in Hülle und Fülle und zu Preisen, deren Niedrigkeit ihr als Wienerin wie ein Märchen vorkamen. Da brauchte man sich nicht stundenlang anzustellen wie in Wien, wenn man für viel Geld eine Hungermahlzeit aus Gemüse — Mehl, Fleisch und ähnliches kennt man ja in Wien in den Haushalten der Nichtwohlhabenden schon fast gar nicht mehr — erstehen will, sondern im Gegenteil, man erlebte bei den Verkäuferinnen noch überall freundlichen Zuspruch. Und so kaufte denn meine Frau um den Betrag meines Wochenverdienstes auf dem Preßburger Gemüsemarkt ein, voll des frohen Bewußtseins, unsere Familie eine ganze Reihe von Tagen versorgt zu haben. Sie schleppte sich gehörig ab, aber was gilt dies heute! Doch als sie in die Elektrische zur Rückfahrt nach Wien einstieg, mußte sie das Schreckliche erleben, daß ihr der ganze Kauf von einem Zollorgan abgenommen wurde. Geld, Mühe und Zeit sind verloren. Muß man über ein solches Vorgehen nicht erbittert werden! Wenn es Wienern nicht erlaubt sein sollte, in Preßburg Gemüse zu kaufen, obwohl dadurch angesichts der Fülle den Einheimischen kein Schaden geschieht und die ungarische Produktion nur verdient, so soll man solchen Verkauf auf dem Markte selbst verbieten, nicht aber die Wiener in eine Falle locken und dann, hinterher, wenn sie ihr Geld ausgegeben haben, ausplündern lassen. Ein solches Vorgehen ist himmelschreiend. Wenn die ungarischen Behörden mit den Wienern in Preßburg, das doch von Wien nur Gutes empfangen hat, derart verfahren, dann wäre es an der Zeit, daß die Wiener Behörden auf Abwehr sinnen, um die Wiener vor solchen Attentaten zu schützen. Daß solche Vorkommnisse in der Bevölkerung einen tiefen Stachel zurücklassen und das Verhältnis zwischen den beiden Staaten vergiften müssen, dürfte nicht schwer einzusehen sein.

Neue Freie Presse
4./VIII. 1918

164

Organisation der Lebensmittellagerbetriebe der Zivilstaatsbediensteten.

Die Verordnung vom 14. April l. J., betreffend die Organisation der Lebensmittellagerbetriebe der Zivilstaatsbediensteten, wurde jetzt durch Verordnung vom 28. v. M. in dem durch die Gestaltung der Verhältnisse geforderten Umfange abgeändert und ergänzt. Aus den mannigfachen Aenderungen, mit welchen auch gesetztechnischen Rücksichten Rechnung getragen ist, ist in erster Linie die Errichtung der Hauptwirtschaftsstelle für die Lebensmittellager der Zivilstaatsbediensteten hervorzuheben, welcher neben der Aufsichtsführung über die bei staatlichen Zentralstellen bestehenden Lebensmittellagerbetriebe und über die bei den politischen Landesbehörden errichteten Wirtschaftsstellen für die Lebensmittellager der Zivilstaatsbediensteten vor allem die Wahrung und wirksame Förderung aller im Rahmen dieser Verpflegsorganisation zu verfolgenden wirtschaftlichen Interessen obliegt. Zugleich mit der Schaffung der Hauptwirtschaftsstelle, die mit Rücksicht auf ihren Wirkungskreis als selbständige Dienststelle im Amte für Volksernährung eingerichtet wird, erfolgt eine Ausgestaltung der bei den Landesbehörden bestehenden Wirtschaftsstellen, indem ihnen durch Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit eine größere wirtschaftliche Aktionsfreiheit gegeben wird. In administrativer Beziehung erscheinen die Lebensmittelbetriebe den politischen Landesbehörden unterstellt, durch welche auch die bisher dem Amte für Volksernährung vorbehaltenen Befugnisse hinsichtlich der Genehmigung der Errichtung von Lebensmittellagern sowie deren Auflösung usw. ausgeübt werden. Durch den erfolgten Ausbau der Verpflegsorganisation, zu denen die erforderlichen Weisungen an die Landesbehörden bereits ergangen sind, sind die Lebensmittellagerbetriebe nunmehr in die Lage versetzt, ihre Tätigkeit in vollem Umfange aufzunehmen.

Die Zeit
4/VIII. 1918

165

Die Ernährung der Kinder.

Tatkräftige Männer und Frauen, die ganz richtig erkannten, daß die Vorbedingung für eine gesunde Entwicklung der Völker und damit des Staatswesens die Erhaltung, Veredlung und Förderung des jungen Nachwuchses ist, haben vor Jahren eine Bewegung ins Leben gerufen, die unter dem Schlagwort „Für das Kind" die Ziele der Verbesserung des Loses der armen Kinder und die Hebung der Moral der Jugend propagierte. Man sprach vom Zeitalter des Kindes, und es schien tatsächlich eine Periode einzusetzen, in der man sowohl den jüngsten Sprößlingen als auch der heranwachsenden Jugend ein besseres Los bereiten wollte und konnte.

Dann kam der Krieg. Er hat die Tätigkeit jener, die sich für das allgemeine Wohl einzusetzen pflegen, für die Arbeit in Kriegsspitälern, in Kriegsinstitutionen absorbiert. Ueber den großen Fragen, die plötzlich, nie geahnt, auf die Oeffentlichkeit einstürmten, vergaß man im ersten Augenblick der Kinder, der Jugend, und so konnte es geschehen, daß das Leid der Kleinen sich vergrößerte, daß die Moral der Jungen sank, bis sich wieder Männer und Frauen fanden, die sich der Kinder erinnerten und nun für sie zu sorgen suchten. Für die Kriegswaisen, für die Kinder der Einberufenen und der Mittellosen wurde, soweit es ging, gesorgt. Man brachte sie in Heimstätten unter, man bemühte sich, ihnen kräftige Kost zu sichern und nahm die kranken und schwachen Kinder in Asyle und Spitäler auf. Freilich konnten nur einige tausend von den hunderttausend, die der Pflege, der besseren Ernährung und der Aufsicht bedurft hätten, in den Heimen und sonstigen Institutionen Aufnahme finden oder etwa der Wohltat des zeitweiligen Landaufenthaltes teilhaftig werden. Eine Anzahl nur, die meisten abwechselnd. Der Effekt war der gleiche: die Fürsorge mußte unzureichend bleiben. Die Unterernährung der Kinder konnte nicht mehr wettgemacht werden, zumal im Kriege von Jahr zu Jahr die Ernährungsverhältnisse sich verschlechterten, so daß auch den Heimen, den Kinderheimstätten und Kinderspitälern eine so reichliche Ernährung der armen schwächlichen Kinder, wie sie notwendig wäre, nicht mehr möglich war.

Im fünften Kriegsjahr ist das Problem der Ernährung der Kinder im allgemeinen das schwierigste geworden. Wohlgenährte Kinder gibt es wohl nur mehr unter den Sprößlingen der Kriegsgewinner — vorausgesetzt, daß diese bereits in den letzten drei Jahren und nicht erst im vierten Jahr zu Geld gekommen sind — und in den Kreisen der seit jeher Wohlhabendsten. Unterernährte Kinder gibt es sonst überall, das ist unleugbar. Denn sowohl die Kinder des Mittelstandes, als auch die der armen und ärmsten Bevölkerungsklassen können, seit zwei Jahren zumindest, nicht mehr in dem Maße ernährt werden, daß sie sich auch bei Eintritt wieder normaler Verhältnisse rasch erholen könnten. Der Grundstein bleibt morsch, der Bau muß wanken.

„Was soll ich den Kindern zu essen geben?", das ist die besorgte, wehmütig-bange Frage jeder Mutter, die sie sich Tag für Tag stellt und für die sie keine Lösung findet. Hungrige Kindermägen zu füllen, war seit jeher eine schwierige Aufgabe. Zu welch ungeheurer Forderung ist sie heute geworden! Die Kinder, die im Laufe des Krieges das sechste Lebensjahr überschritten haben, werden vielleicht, obwohl sie natürlich jetzt in der Entwicklung stehen und kräftiger, ausgiebiger Kost bedürften, doch nach dem Kriege, wenn dann ernstlich für ihre ausreichende Ernährung, ja geradezu für Kindermastkuren von seiten der Wohltätigkeitsinstitutionen und des Staates gesorgt wird, sich wieder erholen und an Kraft gewinnen. Gegenwärtig an ihrer Gesundheit bedroht sind aber die im Kriege oder knapp vor seinem Beginn gebornen Kinder, die der Muttermilch entwöhnt sind, also die Kinder im Alter von acht Monaten bis zu fünf Jahren. Ihnen die Kost zu schaffen, die ihnen frommen könnte, die sie haben müßten, um normal an Gewicht zuzunehmen und gesund zu bleiben, ist heute den Müttern des Mittelstandes und der breiteren Bevölkerungsschichte fast unmöglich. Es sind heute selbst die Leitungen der Heimstätten und der Kinderspitäler nicht recht imstande, sich die Lebensmittel zu verschaffen, die für die Ernährung ihrer Schützlinge nötig sind.

Die Leitungen der Wiener Kinderspitäler, deren es sechs große gibt, die durchschnittlich 1200 bis 1500 Kinder beherbergen, haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Patienten versorgen zu können. Die behördlich den Kinderspitälern zugewiesenen Lebensmittelmengen reichen nicht aus, oft werden sie auch nicht zur Gänze geliefert. Ja, man weist den Kinderspitälern nicht einmal genügend Mehl und Brot zu, kürzt die Quoten und schränkt die Lieferungen ein, so daß die Spitalsleitungen gezwungen sind, aus dem — Schleichhandel Lebensmittel zu beziehen. So vor allem Mehl und Gries, Lebensmittel, die als Grundlage für die Ernährung der Kinder unerläßlich sind. Während den Kinderspitälern früher täglich 250 Liter Milch zugewiesen wurden, erhalten sie in guter Milchlieferungszeit, wie es etwa die letzten zwei Monate waren, kaum 150 Liter, in schlechter, also im Frühjahr und Herbst, kaum 70 Liter pro Tag. An Stelle der Milch und der Milchspeisen müssen die kranken Kinder zumindest Mehlspeisen erhalten, und da die Spitäler zu wenig Mehl behördlicherseits zugewiesen bekommen, muß Mehl eben zu Wucherpreisen von den Spitälern, die ja von Spenden erhalten werden, erworben werden. Die schwerkranken Kinder müssen gut genährt werden. Sie

(Martin Gosti im Sterben.) Aus Berlin:

Johann Tiefert a), die zweite Heirat ihrer Mutter, die Witwe Maria Zutie Franke, Gemahlin des Stellvertreters des Generalintendanten der österreichischen Eisenbahnen Exzellenz Johann Franke, Ritter von Franke, die, auf einer Erholungsreise begriffen, am 30. Juli in Salzburg starb, wurde nach Wien gebracht und wird heute um 4 Uhr nachmittags am Zentralfriedhof bestattet. — Am 26. Juli fand in Mürlitzat am See in Kärnten das Feldenbegräbnis des Generalmajors Dr. Alexander Hupbauer statt. Auch aus dem früheren Landtagsabgeordnet des Bezirkes Tarvis waren viele Freunde und Parteigenossen erschienen. — Aus Graz, 3. d., wird uns telegraphiert: Gestern ist hier der Oberst des Infanterieregiments Nr. 51 Robert Mildner von Hybiova im 54. Lebensjahr gestorben.

(Sofort Nr. 9. Nummer aufbewahren.) Im 2. d. starb hier im Alter von 71 Jahren der bekannte Kabarettier Dr. Karl Hermann Edler v. Rumm er, der einzige Sohn der Erfinderin Maria Valerie. Auch als Tochterschriftsteller betätigte er sich hervorragend. Im Jahre 1901 erfolgte seine Ernennung zum Hofrat. In dieser Eigenschaft leitete er den österreichischen Schulbücherverlag bis zu seinem, vor einigen Jahren erfolgten Uebertritt in den Ruhestand.

Reichspost 5./VIII. 1918

166

Polens „Bedingungen" für eine Lebensmittelaushilfe.

Warschau, 3. August.

In der letzten Sitzung des polnischen Staatsrates entspann sich eine längere Erörterung im Anschluß an den Bericht der landwirtschaftlichen Kommission über die Beschlagnahmen, die Getreidepreise, Lebensmittelversorgung und Verteilung der Bodenfrüchte usw. Gemäß den Anträgen der Kommission wurde die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zur möglichst baldigen Uebernahme der Verwaltung sowie zur Aufsicht über den Handel mit Bodenfrüchten und Rohstoffen im ganzen Gebiete Kongreßpolens zu treffen und ihr eine Reihe von vorläufigen Grundsätzen vorgestellt, die bis dahin gelten sollen.

Professor Mikulowsky-Pomorski führte dem „Kurher Warschawski" zufolge u. a. aus: Die Staaten, welche bei der Schaffung des polnischen Staates mitwirken wollen, sollten bemüht sein, eine Wandlung in der polnischen Psyche ihnen gegenüber hervorzurufen. In den Lebensmitteleinschränkungen und den Requisitionen muß das Volk Opfer für seine eigenen Ziele erblicken. Die Politik muß zeigen, daß die Lösung der polnischen Frage im Sinne der wichtigsten nationalen Interessen angebahnt wird.

Landwirtschaftsminister Dzierbicki erklärte, die Regierung werde beantragen, daß die Versorgungsfrage ihr und dem Volke übertragen werde. Damit jedoch ein erfolgreiches Zusammenwirken wirklich möglich sei, müsse das polnische Volk zur Einsicht gelangen, daß es in seinem Interesse liegt. Opfer zu bringen und daß — wie der Vertreter der deutschen Regierung an dieser Stelle erklärt habe — der Preis für die gebrachten Opfer die Freiheit sein werde. Er wies dann auf die Bemühungen der polnischen Regierung um die Klärung der politischen Lage hin und erklärte unter Beifall: Nur wenn wir wissen werden, daß die Frage der Souveränität und der Unantastbarkeit Kongreßpolens klar und deutlich im Sinne der Nation entschieden wird, werden wir unserem Volke sagen können: Du sollst Opfer bringen, denn es handelt sich um unsere Freiheit. Wir können uns bemühen, ein Bündnis zwischen Polen und den Mittelmächten zu schaffen, wenn und insofern unsere nationalen Interessen in vollem Umfange sichergestellt werden. Ich lasse die Hoffnung nicht sinken, daß wir in dieser Hinsicht zu positiven Ergebnissen gelangen werden.

Neue Freie Presse Abendbl.
6./VIII. 1918

163a 36

Ungarischer Reichstag.

Prinz Windisch-Graetz über Ernährungsfragen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 6. August.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das Militärversorgungsgesetz unterbrochen, um dem Minister Prinzen Windisch-Graetz Gelegenheit zu geben, auf die bezüglich der Approvisionierung gestellten Interpellationen zu antworten.

Prinz Windisch-Graetz wies zunächst die Anschuldigung zurück, als ob Ungarn Oesterreich nur in geringem Maße ausgeholfen hätte. Dies entspreche insofern nicht den Tatsachen, als ausschließlich Ungarn die Armee versorgt hat und Oesterreich mit Rücksicht auf die schwache Ernte des vorigen Jahres, die auch Ungarn nur geringe Ueberschüsse lieferte, nur in geringerem Maße ausgeholfen werden konnte. Die Ernte in den letzten Friedensjahren betrug ungefähr 130 Millionen Meterzentner und sank in den letzten Kriegsjahren auf 80 bis 90 Millionen. Dennoch hat es die aufopfernde Wirtschaftspolitik Ungarns möglich gemacht, daß die Monarchie in den vier Jahren des Weltkrieges durchzuhalten vermochte. Während des Krieges haben wir Oesterreich zirka 7 Millionen Meterzentner Getreide jährlich zur Verfügung gestellt. In den Friedensjahren bezog Oesterreich von uns 20 Millionen. Nunmehr ist dafür gesorgt, daß in Zukunft die Aushilfe an Oesterreich derart erfolgt, daß wir dafür als Rekompensation von Oesterreich Rohmaterialien und Industrieartikel erhalten. In die zu rekompensierende Getreidemenge wird jenes Quantum eingerechnet, welches Ungarn an Oesterreich für die Versorgung des österreichischen Teiles der Armee überläßt. Bezüglich der Beanstandungen des Grafen Tisza führt der Minister aus, daß, als er sein Amt antrat, die Versorgung der Bevölkerung bloß bis 15. März 1918 gesichert erschien. Zur Sicherung des Bedarfes über diesen Zeitpunkt hinaus, mußte der Minister Requisitionen anordnen. Dadurch gelang es, die notwendigen Mengen an Lebensmitteln herbeizuschaffen. Die Versorgung des Landes war in den folgenden Monaten nicht schlechter als in den entsprechenden Perioden der vorangegangenen Jahre. Außerdem wurde in den zwei letzten Monaten die doppelte Menge an Kartoffeln und Gemüse der Bevölkerung zugeführt als in den gleichen Monaten des vorigen Jahres. Die Annahme, als ob die Versorgung der städtischen Bevölkerung zum Nachteil der ländlichen Bevölkerung erfolgt wäre, sei nicht richtig. Der Minister verweist diesbezüglich auf die an die Munizipien hinausgegebene Weisung. Er betont, daß er der Versorgung der städtischen Bevölkerung große Sorgfalt zugewendet habe. Schon aus dem Grunde, weil er darin eine Sicherung der ungestörten Tätigkeit der Kriegsindustrie erblickt.

Bezüglich der Versorgung des Landes vom 15. Juli verweist der Minister auf die getroffenen Maßnahmen. In erster Reihe auf den Frühdrusch, der täglich 100 bis 150 Waggons Getreide geliefert habe. Außerdem habe er verfügt, daß die im Lande noch vorhandenen Vorräte gesammelt und verteilt werden. Auf diese Weise wurden 487 Waggons beschafft, welche die Versorgung vom 15. Juli bis 22. Juli ermöglichten. Vom 23. Juli angefangen erfolgte die Versorgung bereits aus den neuen Mehlvorräten. Am 25. Juli war bereits eine Million Meterzentner Getreide in Vermahlung. Infolgedessen gestattete der Minister den Munizipien, die Unversorgten in den produzierten Gegenden bis 30. September zu versorgen, beziehungsweise den Einkauf von Getreide freizugeben. Im übrigen wurde die Zentralversorgung bis 30. September aufrechterhalten. Die Kopfquote habe er einstweilen mit 10 Kilogramm festgesetzt, weil zu befürchten stand, daß die Vorräte für eine Erhöhung nicht genügen, respektive nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen würden. Sobald er aber ein klares Bild von dem Ergebnisse des Frühdrusches gewonnen hatte, verfügte er, daß die produzierende Landbevölkerung bis 30. September ihre volle Kopfquote erhalten könne. Das Verhältnis zwischen Getreide und Mehl entspreche jenem Verhältnis, das auch unter dem Regime des Grafen Tisza bestanden hat.

Bezüglich der Versorgung im nächsten Jahre will sich der Minister von dem Hauptgedanken leiten lassen, daß die behördliche Versorgung der Unversorgten mit Getreide im Wege der Munizipien stattfinden soll. Er habe verfügt, daß sämtliche Munizipien des Landes den Bedarf der unversorgten Bevölkerung vom 30. September d. J. angefangen bis 15. August nächsten Jahres im eigenen Wirkungskreise sicherstellen sollen. Jede Gemeinde werde über die Vorräte verfügen, durch welche die Sicherstellung der Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung gewährleistet wird. Die Kriegsprodukten-A.-G. werde auf die Vermahlung des Getreides der Gemeinden keinen Einfluß üben können.

Auf die Interpellation des Abgeordneten Zoltan Nesko erwidert der Minister, daß es unmöglich sei, heute die Preise für die Produktion festzustellen oder den freien Verkehr mit den Produkten zu gestatten.

Dem Abgeordneten Paul Gapay erwidert Prinz Windisch-Graetz, daß er wegen des schwachen Ergebnisses der Ernte nicht in der Lage sei, die Kopfquote zu erhöhen.

Schließlich erklärte Prinz Windisch-Graetz, für die Approvisionierung des Landes könne man nur dann mit Beruhigung Sorge tragen, wenn man sämtliche Vorräte in der Hand hat. Es sei Pflicht des Staates, in Zukunft seine Hand auf alle wichtigen Lebensmittel zu legen und die Vorräte gleichmäßig unter seine Bürger zu verteilen. Als eine hauptsächlichste Aufgabe habe ich, sagt der Minister, stets die Versorgung der Front erachtet und werde es auch in Zukunft tun. Ich sage absichtlich Front und nicht Armee, denn unverständlicherweise erachtet man die Armee stets für einen Fremdkörper, und die meisten vergessen darauf, daß wenigstens die Hälfte der an der Front Befindlichen Blut von unserem Blute ist. Diesen gebühret das meiste von alldem, was dieses Land produziert. In erster Reihe kommt also die Front in Betracht, und dann erst die anderen. An der Front darf niemand Not leiden, auch dann nicht, wenn zu Hause Hungersnot herrschen würde. Doch davon kann man unter den gegenwärtigen Umständen nicht sprechen. Man muß aber bedenken, daß wir bereits im fünften Kriegsjahre stehen, und niemand darf mit unbescheidenen Forderungen bezüglich der öffentlichen Versorgung auftreten.

Ich muß daher allen Bürgern des Landes eine entsprechende Einteilung der Lebensmittel und Sparsamkeit empfehlen. Meine Warnung gilt insbesondere den wohlhabenden Klassen, namentlich denjenigen, die in der letzten Zeit zu Vermögen gelangt sind. Zwischen diesen und den Vermögenslosen dürfen in diesem Kriege keine Gegensätze hervortreten. Dieses Prinzip leitete mich bei mehreren meiner Maßnahmen, durch die ich die Existenzbedingungen einzelner Gesellschaftsklassen zu erleichtern suchte.

Die Beamtenküchen werden im großen und ganzen dazu beitragen, daß dieses wertvolle Element des Landes die Lasten des Krieges ertragen kann. Auch die Ausgabe von zweierlei Lebensmittelkarten soll die Lebensbedingungen der ärmeren Volksschichten verbessern. Ich habe übrigens den Plan, die Ausgabe der Lebensmittelkarten im ganzen Lande einheitlich zu gestalten. In der Vergangenheit waren die Munizipien nicht imstande, die ausgegebenen Karten immer einzulösen. Dadurch ist der Kredit dieser Karten erschüttert worden. In Hinkunft wird das Ernährungsamt den einzelnen Munizipien nur so viele Karten zur Verfügung stellen, als Lebensmittel für die unversorgte Bevölkerung vorhanden sein werden. Unbedachte Lebensmittelkarten wird es in Zukunft nicht geben. Ich kann zwar die Verwirklichung dieses Planes der Ausgabe einheitlicher Lebensmittelkarten heute nicht garantieren, werde aber mit aller Kraft bestrebt sein, ihn durchzuführen.

Im letzten Jahre des Krieges müssen wir im reinen darüber sein, daß der Ausgang des Krieges und das Schicksal unserer Nation nicht so sehr von den Ereignissen auf den Schlachtfeldern, als von der Vollkommenheit der wirtschaftlichen Organisation abhängt. Wir sind militärisch unbesiegbar, aber den endgültigen Sieg muß uns das wirtschaftliche Durchhalten sichern. Der Krieg ist heute nicht mehr eine bloß militärische oder militärtechnische Frage, sondern eine par excellence wirtschaftliche Frage. Sir Edward Grey hat vor vier Jahren gesagt, daß der Krieg durch die letzte Silberkugel entschieden werden wird. Der englische Staatsmann hat das Geld als den entscheidenden Faktor betrachtet. Das ist ein überholter Standpunkt. Heute ist uns allen klar, daß nicht das Geld, sondern der letzte Bissen Brot es sein wird, von dem das Schicksal unseres Vaterlandes abhängt. Wir müssen darauf achten, daß der letzte Bissen Brot der unsere sein wird, und unseren Feinden das Brot eher ausgehe, als uns.

Berliner Lokalanzeiger
2. VIII. 1918

168

Der bayerische Protest gegen die Berliner Ueppigkeit.

Die Auslassungen des bayerischen Ministers des Innern über die angebliche Bevorzugung Berlins in der Fleischversorgung, über welche Rede wir berichteten, sind in Berlin ohne Erregung, aber doch mit Bedauern zur Kenntnis genommen worden. Es handelt sich bekanntlich darum, daß von den Reichs-Ernährungsbehörden eine Verminderung der wöchentlichen Fleischportion von 250 auf 200 Gramm ins Auge gefaßt ist, daß von dieser Verminderung um wöchentlich 50 Gramm aber für Berlin abgesehen werden soll. Man will der Stadt Berlin das ungeschmälerte halbe Pfund wöchentlich belassen, weil diese große Stadt so sehr viel ungünstiger gestellt ist, als alle mittleren Orte, wo die Beziehungen zum umliegenden Lande naturgemäß viel enger sind. — Auch von Sachsen und von Hamburg ist protestiert worden, und hier gewiß mit mehr Recht. Wir glauben gern, daß es andere große Städte, namentlich auch in den industriellen Gegenden, gibt, deren Belieferung und deren gesamte Ernährungsverhältnisse ebenso schlecht sind wie in Berlin. Wenn auch dort eine kleine Bevorzugung in der offiziellen Belieferung eintritt, so wüßten wir dagegen nichts zu erinnern.

Bayern aber, wie wohl auch andere süddeutsche Staaten, ist nicht in so betrübender Lage wie die Orte mit industrieller Massenanhäufung von Menschen. Wir möchten sagen, das schöne, fruchtbare Bayernland ist Gott sei Dank noch nicht in so übler Lage. Es ist immer eine Freude gewesen, in diesem von der Natur gesegneten Lande zu leben, und es ist im Vergleich zu unseren hiesigen Verhältnissen auch jetzt noch eine Freude. Die Bayern, bei denen die Landwirtschaft die Industrie noch immer überwiegt, haben von allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen größere Vorräte im Lande, als wir anderen, und auch der Preiswucher hat dort — abgesehen von den Modebädern — nicht so unverschämt ins Kraut schießen können, wie anderwärts. In München freilich klagt der nur auf Belieferung angewiesene Teil der Bevölkerung ebenfalls über Knappheit, und wohl mit Recht. Aber schon in den Münchener Wirtshäusern ist es ganz anders bestellt, als in den dürftigeren Teilen des Reiches, besonders auch als in Berlin. Im übrigen aber lebt man in ganz Bayern heute noch — nicht etwa immer üppig — aber doch verhältnismäßig behäbig und reichlich. Es wird dort in so starkem Maße heimlich geschlachtet, daß man fast überall ein Fleischgericht ohne Fleischmarke erhält. Der Schreiber dieses hat in diesem Sommer während eines Ferienaufenthalts in Nürnberg und München gegessen und hat danach wochenlang in einem oberbayrischen Badeort gelebt, ohne daß er genötigt gewesen wäre, von der Reichsfleischkarte Gebrauch zu machen. Diese Erfahrungen sind ja inzwischen von vielen anderen Seiten bestätigt worden. Es handelt sich bei dieser ganzen Ernährung also offenbar um heimlich geschlachtetes Vieh. Dazu gibt es in Bayern überall reichlich und gute Milch. Bayern hat sich das Recht auf ein Drittel Liter Milch auf den Kopf der Bevölkerung vorbehalten; wir in Berlin haben durchschnittlich noch nicht ein Zwölftel Liter! Hätte Bayern nicht sein Milch-Vorrecht, dann würde das Reich sich einer stärkeren Butterversorgung erfreuen.

Bayern hat ferner mit Rücksicht auf die Eigenart seiner Bevölkerung so viel Bier gerstet, wie das ganze übrige Reich zusammengenommen!

Wir sagen dies alles nicht in denunziatorischer Absicht. Es ist vielleicht ganz gut, daß es im Deutschen Reiche noch Gegenden gibt, die vom Aushungern so weit entfernt sind, wie das Bayernland. Möge sich Bayern seiner Gaben erfreuen! Auch der Ruf nach vollkommener Gleichmacherei der Ernährungsverhältnisse im ganzen Reiche sei in diesem Zusammenhang nicht erhoben. Wir wissen, daß es für die Ernährungsbehörden eine nahezu unlösbare Aufgabe wäre.

Aber wenn dies alles zutrifft, dann braucht es nicht gerade der bayerische Regierungsvertreter zu sein, der gegen einen so kleinen Ausgleich schwierigster großstädtischer Verhältnisse Widerspruch erhebt, weil die 50 Gramm höhere Fleischkarte für Berlin — zumal dafür nur preußische Viehlieferung in Anspruch genommen werden soll. Der bayerische Minister muß bedenken, daß die meisten der 3½ Millionen Groß-Berliner tatsächlich kein anderes Fleisch erhalten können, als eben dieses halbe Pfund in der Woche, während in manchen anderen Gegenden die Reichsbestimmungen doch mehr nur dekorativen Wert haben. Eine Bevorzugung Berlins kann angesichts der geschilderten Verhältnisse des so viel glücklicheren Südens in den der Reichshauptstadt zugedachten 50 Gramm Fleisch wirklich nicht erblickt werden.

Max Pfund.

Vossische Zeitung
7. VIII. 1918
169

Münchener Ernährungsbeschwerden.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* München, 6. August.

Die Magistratsräte Dr. Jodlbauer, Schenk und Fischer stellten heute im Magistrat einen Dringlichkeitsantrag, es wolle der Magistrat im Hinblick auf den Beginn der fleischlosen Wochen am 19. August und angesichts der Ungewißheit, ob und inwieweit für die ausfallenden Fleischrationen in Aussicht gestellter Ersatz in Mehl oder Brot sichergestellt ist, bei der bayerischen Staatsregierung mit aller Beschleunigung die notwendigen Schritte unternehmen, damit die Ernährung der Bevölkerung Münchens für die kommenden Wochen sichergestellt wird. Dr. Jodlbauer wies in einer ausführlichen Begründung darauf hin, daß von der Berliner Zentralstelle leider sehr oft, wie auch wieder hier, Anordnungen getroffen werden, die sich lediglich die Verhältnisse im Verordnungsgebiet Berlins zur Richtschnur nehme, ohne daß eine Sicherheit für ihre Durchführbarkeit im ganzen Reich besteht. Die norddeutschen Großstädte, vor allem Berlin, seien schon seit geraumer Zeit mit Frühkartoffeln ausreichend beliefert worden, München und ganz Bayern aber gar nicht. In München sei man durch die Zuteilung der 250 Gramm Fleisch an Berlin sehr verstimmt worden. Rechtsrat Abg. Pfeiffer bezeichnete es unter allgemeiner Zustimmung als unangebracht, wenn die Berliner Presse gegen Bayern losziehe, weil sich in Bayern mancher Kriegsgewinnler oder hochbezahlte Beamte ein behagliches Leben verschaffen könne. Ein selbständiges Vorgehen der bayerischen Staatsregierung, um dieselben Maßnahmen für die bayerischen Großstädte zu treffen, wie die Reichsstelle für Berlin, sei sehr erwünscht und zu befürworten.

Tägliche Rundschau
7./VIII. 1918

„Rationierung plus Freihandel." Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Dr. Roesicke, veröffentlicht zu seinem im Reichstage abgelehnten Ernährungsantrag im „Tag" einen Artikel, in dem er folgendes ausführt:

Ohne eine gewisse Menge Schweine kommen wir nicht aus. Um diese in einen annehmbaren Mastzustand zu bringen, muß der Landwirt gewisse Futtermengen zur Verfügung haben. Diese kann er nur bekommen, wenn man ihm die eigene Bestimmung über seine gesamten Erzeugnisse nicht zwangsweise völlig nimmt, sondern ihm einen Teil davon zur freien Verwendung überläßt. Ich will in meinem Antrage nicht die Rationierung von Brot aufheben, ich will nicht die Sicherung der Bevölkerung in ihrer Kartoffelversorgung beseitigen. Im Gegenteil, beides soll erhalten bleiben. Darüber hinaus aber soll der Landwirt freie Entschließungsfähigkeit über seine anderen wirtschaftlichen Produkte haben, die es ihm ermöglichen, für seinen Viehstand zu sorgen. Der freie Handel soll dann seine Tätigkeit ausüben, so daß einerseits durch das Bedürfnis des Landwirtes, sein Vieh zu ernähren, um dadurch der menschlichen Ernährung Fette zuzuführen, anderseits durch den Betrieb des Handels die Regulierung erfolgt. Dadurch wird der Bevölkerung auf der einen Seite, soweit sie auf staatliche Zuweisungen zu mäßigen Preisen angewiesen ist, die notwendige Ernährungsmenge zugeführt, während auf der anderen Seite die Menge, die darüber hinaus vorhanden ist, der jeweils rationellsten und notwendigsten Verwertung zufällt. Genügt die erstere Menge nicht, um die Teile der Bevölkerung zu versorgen, deren Einnahmen die Zahlung der höheren Preise, wie sie im freien Handel sich ergeben, nicht gestatten, dann muß die staatliche Hilfe durch Zuzahlung eingreifen. Genügt sie, so wird der gegebenenfalls höhere Preis für die überschüssigen Mengen den Käufern keine unberechtigten Lasten auferlegen. Anderseits wird er die Unnatürlichkeit und die Unmöglichkeit beseitigen, der heute die Preisgestaltung der gesamten landwirtschaftlichen Produkte unterliegen, die der staatlichen Bewirtschaftung unterstehen. Das Fehlen des Regulators des öffentlichen Verkehrs hat den legitimen Handel ausgeschaltet, aber nicht den illegitimen, und die Preise, die der Schleichhandel bietet, stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen, die ein freier öffentlicher Markt herausbilden würde.

Folgt man daher den Zielen dieses Antrages, über dessen Einzelausführungen sich nach den verschiedensten Richtungen hin sprechen läßt, dann wird man die Sicherheit der Ernährungsverhältnisse nicht beseitigen, im Gegenteil sie bessern. Denn nur dann wird die Landwirtschaft ungehemmt alle Kraft für die Produktion einsetzen können, wenn sie zumindest zu einem Teil Herr ihrer Produkte bleibt. Die Parole muß daher nicht sein „Rationierung plus Schleichhandel", sondern „Rationierung plus Freihandel".

Tägliche Rundschau 8./VIII. 1918

173

Kriegswirtschaftliche Erfahrungen einer Vorortgemeinde

Der Gemeindevorstand von Berlin-Johannisthal hat für die Zeit vom Beginn des Krieges an bis zum 30. April 1918 einen zusammenfassenden Bericht über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Gemeinde erstattet, verbunden mit einem Ueberblick über das rechnerische Ergebnis dieser Verwaltungszweige. Der Bericht bietet lehrreiche Einblicke in den Umfang der Aufgaben, die der Krieg den großstädtischen Gemeinwesen zugewiesen hat, und er gibt den leitenden Stellen unseres Ernährungsdienstes auch Hinweise auf die Punkte, an denen der Hebel der Besserung anzusetzen ist.

Den Lieferungsverträgen redet der Bericht nicht das Wort. Die damit gemachten Erfahrungen haben nicht befriedigt. Hinsichtlich Frühgemüse wenigstens beabsichtigt die Gemeinde, solche in Zukunft nicht wieder abzuschließen. Die unerfreulichen Erscheinungen auf dem Gebiet der Gemüseversorgung scheinen allerdings weniger in dem Abschluß der Verträge an sich ihren Grund zu haben, als in den verfehlten Höchstpreisbemessungen.

Die Gesamteinnahme aus dem Warenverkauf betrug während der etwa dreijährigen Berichtszeit 3 752 358 Mark, der Wert des Warenbestandes 432 112 M., zusammen 4 184 470 M. Die Ausgaben für Waren betrugen 4 114 556 Mark, der Verlust bei Betriebs- und Unkostenrechnungen betrug 22 842 M., zusammen 4 137 398 M., verbleibt ein Ueberschuß von 47 072 M.

Infolge unzureichender Bemessung des Abstandes zwischen Erzeuger- und Abgabepreis, besonders aber infolge nicht genügender Berücksichtigung der Beförderungs- und Eintrocknungsverluste seitens der Reichsstellen sind bei einer Anzahl von Warenarten Verluste entstanden. So haben an Verlust erfordert: Kartoffeln 23 375 M., Frischmilch 2290 M., Frühgemüse 7968 M. und Obst 2398 M. Größere Verluste sind auch entstanden bei der Beschaffung von Kohl-, Runkel- und Mohrrüben.

Am unerfreulichsten hat sich die Versorgung mit Gemüse — insbesondere mit Frühgemüse — gestaltet. Die verspätete Senkung der Erzeugerpreise hatte mehrfach zur Folge, daß die Gemeinden wochenlang mit Gemüse überschwemmt wurden. Die Verluste wurden dadurch um so empfindlicher, als — wenn dann eine Herabsetzung der Erzeugerpreise stattfand, gleichzeitig auch die Kleinhandelspreise mit herabgesetzt wurden, so daß die Herabsetzung auch stets die infolge der teuren Einkaufspreise überfüllten Lager der Gemeinden und Händler mit ergriff. Als unzulänglich haben sich auch die Zuschläge auf die sogen. Nährmittel, insbesondere auf Grieß, Graupen und Grütze, erwiesen. Erhebliche Verluste entstehen den Gemeinden ferner durch Mindergewicht bei einzelnen Warensendungen. Die Gebinde, in denen Mehl, Zucker, Nährmittel, Aufstrichmittel usw. versandt werden, haben fast nie volles Gewicht! Ueberschüsse haben sich ergeben beim Umsatz von Mehl, von Seife und Seifenpulver.

Der Betrieb der Gemeindeverwaltung hat sich infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen naturgemäß stark ausgedehnt. Es wurde eine besondere Lagerverwaltung für die Großhandelsgeschäfte, eine Kleinhandelsverkaufsstelle, eine Kartoffel-, eine Obst- und Gemüsestelle sowie eine eigene Schlächterei eingerichtet.

Der Neue Abend
8./VIII. 1918

A 8
175

Ein Hilferuf aus Steiermark.

Not ist schwer zu ertragen, aber nicht das unerträglichste; nicht zu ertragen ist die Vorstellung, daß Menschen entbehren müssen, weil zwar die Dinge selbst vorhanden sind, aber nicht das Geld, den Tribut zu bezahlen, den der Wucher, dieser verworfene Sohn der Gelegenheit, auferlegt. Daß dies geduldet wird, ja daß es vielleicht gar nicht anders sein kann, soll keine Anklage gegen diese oder jene Behörde sein. Was man das Versagen der Verwaltung nennt, ist vielmehr der Zusammenbruch einer Gesellschaftsordnung, die es geschehen läßt, ja sogar herbeiführte, daß die Kriegsgelegenheit zur Quelle unerhörtester Bereicherung wurde. Das fluchwürdige Wort „Nährmittelindustrie" der Banken sagt alles.

Daß man dem Wucher nicht entfliehen könne, wohin man auch reisen möge, war mir klar; daß man ihm aber in den entlegensten Tälern der anspruchslosesten Gebirgsbauern verstärkt begegnen werde, vermutete ich doch nicht, als ich mich zu kurzer Erholung in das Gebiet zwischen der Veitsch und dem Hochschwab begab. Es gehört zu dem Teile dieser grünen Steiermark, der im Amtsdeutsch die k. k. Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Mur, Gemeinde Gußwerk, genannt wird. Dort feiert der Wucher mit den Lebensmitteln, die auch die rührende Anspruchslosigkeit unserer Bergler nicht entbehren kann, geradezu empörende Orgien. Seit vielen Wochen bekommen die Bewohner dieser herrlichen, aber überaus armen Gegend statt des Brotes und Mehles Ersatzmittel, die sie, ohne zu murren, hinnahmen; seit einiger Zeit aber werden ihnen von dem mit der Zuteilung beauftragten Gastwirt Bogenberger in Gußwerk Preise abgefordert, die selbst bei diesen stumm ergebenen Menschen Zweifel wachrufen. Sie erhalten gegen Abgabe der Mehlkarte, also als amtliche Nahrung, Polenta zu dem sicherlich sogar jetzt unerhörten Preise von sechzehn Kronen das Kilogramm; und selbst dieser Preis gilt nur an Ort und Stelle, in Gußwerk selbst; in anderen, etwas entlegeneren Orten, wie z. B. in Weichselboden, wie ich höre auch in Wegscheid, werden sechzig Heller mehr gefordert. Außerdem gibt es noch kartenfreie Rollgerste sehr minderer Art zum Preise von zweiundzwanzig Kronen. Berücksichtigt man die Erwerbsverhältnisse der sehr armen Bevölkerung, so wird man zugeben müssen, daß hier schwer gesündigt wird, und auf jeden Fall ist die Frage berechtigt, wie ein so übermäßiger Preis zustandekommt. Die Frage ist um so mehr am Platze, als in benachbarten Verwaltungsbezirken, beispielsweise in Wildalpen, wenige Kilometer von Weichselboden entfernt, wesentlich niedrigere Preise verlangt werden. Man hat also das Recht, zu verlangen, daß die Öffentlichkeit volle Aufklärung erhalte und, wenn Schuldige vorhanden sein sollten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werde.

Den staatlichen Holzarbeitern, die die Mehrzahl der Bevölkerung bilden, ist nach Anrufung des Herrn Ackerbauministers und des Ernährungsamtes sofort Hilfe geworden; weitere, nachhaltigere wurde in sichere Aussicht gestellt. So dankenswert dies aber auch ist, so muß doch daran erinnert werden, daß es unmöglich geduldet werden könnte, wenn die Notlage — möge sie auch vorübergehend sein — zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht würde. Es ist an und für sich nicht unbedenklich, einen Gastwirt zum Lebensmittelbeauftragten zu machen; sicherlich darf in einem solchen Falle nicht der geringste Schatten des Zweifels an der Gebarung haften. Wir erwarten deshalb rückhaltlose Aufklärung über die Polenta zu sechzehn Kronen, und dies um so mehr, als der Abgeordnete des Bezirkes, Herr Schoiswohl, nicht im geringsten die Verpflichtung zu empfinden scheint, sich seiner Wähler und ihrer Weiber und Kinder anzunehmen, obwohl es ihm als Mitglied der christlichsozialen Partei gewiß weder an Einfluß noch an den nötigen Beziehungen mangeln kann. So müssen denn notgedrungen andere, denen die Notlage dieser braven Menschen zu Herzen geht, ihr Anwalt vor der Öffentlichkeit sein. Diese Polenta soll angeblich aus Ungarn stammen. Sollte es unmöglich sein, den Ungarn zu zahlen, was sie fordern, und den Steirern zu gewähren, was die Menschlichkeit fordert?

C.

Tägliche Rundschau
8./VIII. 1918
176

Der „Kampf um den Knochen".

In wenig erhebender Weise ist in diesen Tagen zwischen Bayern und Norddeutschland die seit langem herrschende Mißstimmung über die Ernährungsfrage zum Ausdruck gekommen. Die Bayern beschwerten sich offiziell in wenig schöner Weise, daß Berlin in der Fleischration besser gestellt würde, und die Berliner antworteten und sprachen in ihrer Weise von den Fleischtöpfen Bayerns. Wir hatten von diesen Auseinandersetzungen Notiz genommen und auch der bayerischen Presse gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß wir die Art ihrer Proteste nicht für glücklich erachten könnten. Wie schlecht die Ernährungsverhältnisse in Berlin sind, ist im übrigen allgemein bekannt — auch den Bayern, wie der „Vorwärts" an folgendem Beispiel belegt:

Wenn der Herr (bayerische) Minister die wirklichen Ernährungsverhältnisse in Berlin hätte kennen lernen wollen, so hätte er sich nur an die bayerischen Reichstagsabgeordneten zu wenden brauchen. Es ist durchaus kein Geheimnis, daß die süddeutschen Abgeordneten unausgesetzt auf eine Abkürzung der Reichstagstagungen hinarbeiten mit der Begründung: Es könne von ihnen nicht verlangt werden, daß sie sich bei den miserablen Verpflegungsverhältnissen so lange in Berlin aufhielten. Es ist bekannt, daß der süddeutsche Präsident Fehrenbach letzthin ein Vertagung direkt mit dem Hinweis auf die unerträglichen Verpflegungsverhältnisse in Berlin durchgedrückt hat. Die süddeutschen Reichstagsabgeordneten, die notgedrungen in Berlin die Tagungen mitmachen müssen, können gar nicht genug hasten, um wieder zu ihren heimischen Fleischtöpfen zurückzukommen. Warum läßt sich das bayerische Ministerium des Innern nicht von ihnen informieren?!

Wozu von anderer Seite noch bemerkt wurde, daß die süddeutschen Reichstagsabgeordneten die Zustände in Berlin „unerträglich" und „miserabel" fanden, obwohl sie vom Berliner Magistrat mit Fleisch und Kartoffeln markenfrei versorgt wurden.

Das Echo aus Bayern ist naturgemäß gereizt. Aus den „Münchener Neuesten Nachr." (Nr. 393) schallt's:

Man hat in Bayern niemals gesagt, in Preußen oder in Berlin sind die Ernährungsverhältnisse glänzend, weil in manchen Ostseebädern der Schleichhandel blüht und man dort üppig leben kann, oder weil es in Berliner Fremdenheimen, wie die Berliner Presse selbst entrüstet meldet, die schönsten Dinge zu essen gibt.

Auf recht schwachen Füßen steht allerdings, wenn die die „M. N. N." meinen:

Wenn ein Vergleich zwischen Berliner und bayerischem Fremdenverkehr gezogen wird, so sei doch an einige Unterschiede erinnert. Nach Berlin reist man in Geschäften, also weder zum Hamstern noch zur Erholung, und man bleibt nur einige Tage. In Bayern bleibt man wochenlang, oft mit der ausgesprochenen Absicht, möglichst viel den Einheimischen vor der Nase wegzuessen und wegzukaufen; und schließlich hat Berlin von der Kriegswirtschaft und Zentralisierung, die seinen Fremdenverkehr bedingt, doch viel Vorteil gehabt.

Man mag sich in München gesagt sein lassen: daß wir auf den „Vorteil", den wir in Berlin von den Kriegsgesellschaften gehabt haben, sehr gern verzichten! Im übrigen haben die Bayern von den „Fremden" auch ihren Vorteil, der erfreulicher ist, als der, den Berlin hat. Schließlich schreiben die „M. N. N.":

Wie schwierig die Verhältnisse in München gegenwärtig sind, darüber könnte die Berliner Presse durch verschiedene Ereignisse der letzten Zeit und durch die Verhandlungen im Rathaus belehrt sein. Es könnte ihr auch zu denken geben, daß nach Bayern und Sachsen nun auch das Hamburger Kriegsernährungsamt in Berlin dringende Vorstellungen gegen die Bevorzugung Berlins in der Fleischversorgung erhoben hat.

Das mag für München in manchem vielleicht zutreffen, wie wir auch in Norddeutschland alle wissen, daß die Ernährungsverhältnisse auch in Bayern schlechter geworden sind. Aber eben noch nicht so schlecht wie in Berlin und in Norddeutschland. Objektiver denkende Leute in Bayern gestehen das auch selbst zu — und mißbilligen die Art, wie Minister Brettreich die Dinge angefaßt hat, weil man das für übertrieben ansieht. So lesen wir in der Mittwoch-Morgen-Ausgabe des Nürnberger „Fränkischen Kurier" (Nr. 398) folgende Mahnung nach München:

Wir vermögen den Protest des bayerischen Ministers nicht mit dem Geist des Gedankens der gleichen Not und des gleichen Brotes zu vereinigen, denn es ist notorisch, daß man in Berlin trotz der gleichen Rationierung sehr viel schlechter lebt als in Bayern, und die Ausnahmen, daß man auch dort für sehr teures Geld unter Umständen alles haben kann, finden sich mutatis mutandis auch bei uns wieder, bestätigen also nur die Regel, daß man im allgemeinen in den großen Städten schlecht lebt. Wenn wir wirklich gerecht sein wollen — wir vermeiden es absichtlich, auf Einzelheiten einzugehen, lehnen es selbstverständlich auch ab, die Verallgemeinerung von Ausnahmefällen außergewöhnlich guter und billiger Ernährung als die allgemeine Norm für Bayern anzuerkennen, wie es in der Berliner Presse dargestellt wird —, dann müssen wir bekennen, daß wir in Bayern Gott sei Dank immer noch besser leben als die Berliner, daß die Verhältnisse von Berlin nicht denjenigen von ganz Deutschland gleichzusetzen sind. Und deswegen haben die Berliner zur Ausgleichung an die allgemeinen Verhältnisse auch einmal den moralischen Anspruch auf eine außerordentliche Zuwendung.

So der „Fränkische Kurier". Das mag sich auch die „Kreuzztg." gesagt sein lassen, die sich gegen die Bevorzugung Berlins — aus politischen Zusammenhängen heraus — wandte; sie schrieb:

Wir wollen doch den Tatsachen nicht Gewalt antun: Genügsamkeit und Patriotismus lassen am allermeisten in der Berliner Bevölkerung zu wünschen, obschon es hier in den handarbeitenden Kreisen nur wenig Leute gibt, die nicht als Schwer- und Schwerstarbeiter erhöhte Bezüge erhalten. Mit Recht würde es im ganzen Reiche als eine schwere Unbilligkeit empfunden werden, wenn allein Berlin eine um 50 Gramm erhöhte Fleischration erhalten sollte.

Die Aeußerung des „Fränkischen Kurier" zeigt, daß man es nicht im ganzen Deutschen Reiche als eine schwere Unbilligkeit auffaßt, wenn man den Berlinern 50 Gr. mehr Fleisch gibt. Man wird auch dem „Fränkischen Kurier" durchaus zustimmen, wenn er zur Ueberbrückung der Gegensätze auf folgendes hinweist:

Gleiche Not, gleiches Brot! Dieser Gedanke muß dem ganzen deutschen Volke immer mehr in Fleisch und Blut übergehen, solange wir Krieg haben. Wohin sollen wir mit unserem einigen Deutschland kommen, für das wir alle kämpfen, für das unsere Söhne und Brüder an der Front ihr Leben hingeben, für das wir in der Heimat alle Entbehrungen auf uns nehmen, wenn jeder Bundesstaat an seinen Grenzen die alten, längst historisch gewordenen Schlagbäume wieder aufrichtet? Ein Mecklenburger sagte dieser Tage in einer Unterhaltung mit uns über diese Frage mit Recht: „Wenn Mecklenburg sich in der Lebensmittelversorgung in derselben Weise wie Bayern mit einer chinesischen Mauer umgeben würde, dann schwämmen wir Mecklenburger buchstäblich in Fett". Wir wollen doch nicht vergessen, daß in Berlin, der großen Zentrale der Kriegswirtschaft, viele Tausende von Fremden aus ganz Deutschland täglich zusammenströmen, daß die Industriegegenden des Rheinlandes, Westfalens, Sachsens, Schlesiens es sind, die unsere Soldaten an der Front mit Waffen und Munition versorgen, damit sie auch unsere bayerische Heimat vor dem Einbruch des Feindes schützen können. Wenn die Berliner, wenn die norddeutschen Industriegebiete Not leiden, dann wollen wir trotz unserer eigenen Not ihnen abgeben von dem, was wir mehr haben als sie.

Dann weist das Blatt auf die verfehlten Maßnahmen der Behörden hin, die von vornherein in der Versorgung der verschiedenen Bevölkerungsschichten Unterschiede gemacht haben. Man hat z. B. diejenigen, die Geld haben, durch die behördlichen Maßnahmen von vornherein zum Teil auf den Hamsterweg verwiesen, indem man sagte, sie wären in der Lage, sich für ihr Geld extra was zu kaufen über die amtlich bewilligten Rationen hinaus. Man hat damit die Hamsterer förmlich großgezogen.

Man sollte meinen: damit könnte die Debatte ein Ende nehmen.

Frankfurter Zeitung
8./VIII. 1918

= **Aus dem Lebensmittelamt.** Das Lebensmittelamt beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Veränderungen in der Brotversorgung, die durch den Beginn des neuen Wirtschaftsjahrs bedingt werden. Es ist beabsichtigt, zunächst bis zur endgültigen Regelung, etwa im Oktober, auch weiterhin 6 Brotscheine auszugeben, deren Wert jedoch auf 445 Gr. Mehl, 550 Gr. Weißbrot und 615 Gr. Schwarzbrot erhöht werden soll. Die Gesamtmenge von Schwarzbrot beträgt dann für die Woche 1845 Gramm. Durch die von der Reichsstelle vorgeschriebenen Mehlpreise wird eine Verteuerung des Brotes notwendig, sodaß der Laib Schwarzbrot von 1230 Gr. 62 Pfennig kosten wird. Von Weißbrot sollen Brötchen von 45 Gr. und 90 Gr. zu 5 bezw. 9 Pfg. und Brote zu 550 Gr. zu 50 Pfg. gebacken werden. — Zur Kontrolle der Ernteerträge von Obst und Gemüse und über die Erfüllung der Lieferungsverträge wird für den Stadtkreis Frankfurt ein Kreisrevisor angestellt. Wie im Vorjahr soll wieder ein Sachverständiger den Handel mit Pilzen auf dem Markte überwachen. Laut Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst darf der Verkauf von Herbst- (Kontroll) Gemüse und Obst (d. h. alle Kohl- und Möhrensorten, sowie Zwiebeln, ferner Aepfel, Birnen und Zwetschen) im Regierungsbezirk Wiesbaden nur an die Bezirksstelle bezw. mit ihrer Genehmigung stattfinden. Trotz der geringen Ernte soll versucht werden, auch in diesem Jahre wieder die Genehmigung zur Aepfelweinkelterei in möglichst weitem Umfang zu erwirken. — Von der Reichskartoffelstelle wurden neuerdings 50 000 Zentner Kartoffeln aus der Provinz Pommern zur beschleunigten Lieferung überwiesen, so daß für die nächste Woche mit einer verstärkten Anfuhr gerechnet werden kann.

Reichspost
9/VIII. 1918

178

Preßburger Hamsterfahrten.

Der „Diebszug".

Ein Angestellter der Tabakfabrik in Hainburg schreibt uns:

In der „Reichspost" vom 4. d. wurden die unleidlichen Verhältnisse an der Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn geschildert. Ich muß wöchentlich mindestens einmal nach Preßburg und will über die dortigen Zustände einiges berichten, damit die armen Wiener nicht umsonst ihr Geld nach Preßburg unter allerlei Bahnstrapazen verfahren. Seit 1. August ist es für einen Fremden nicht mehr möglich, in der Preßburger Halle irgend eine Menge Fleisch, das ohne Zuwage in der letzten Zeit ohnehin schon auf 30 Kronen per Kilogramm zu stehen kam, ohne Bezugsschein zu bekommen. Als die slovakischen Händlerinnen in den letzten Tagen sahen, daß die Wiener doch nicht ganz umsonst nach Preßburg gefahren sein wollten, gingen sie sofort mit den Preisen für Hühner, Gänse und Gemüse in die Höhe, obwohl sie wissen, daß dafür ein Ausfuhrverbot besteht. Das Schönste ist, daß man von niemand — ich meine da in erster Linie die ungarischen Zivilwachorgane auf den Bahnhöfen, auf den Märkten und die Angestellten des Marktamtes — eine bestimmte Auskunft darüber erhalten kann, was und wieviel man kaufen und über die Grenze mitnehmen kann. Oft hört man: „Nur für den eigenen Bedarf", steigt man aber mit einem 10 Kilogramm schweren Rucksack, der Kraut, Möhren, Gurken und Marillen enthält, in die Bahn, so wird alles unbarmherzig ohne jede Entschädigung weggenommen. Man findet es nicht der Mühe wert, z. B. auf den Stationen und Märkten in magyarischer und deutscher Sprache anzuschlagen, wie viel jedermann unbehelligt mitnehmen darf; das „Durchkommen" hängt einzig und allein vom Einsehen der untersuchenden Wachmannschaft ab. Zuckerln freilich kann man aber mitnehmen, so viel man tragen kann und daher kommt es, daß bei jedem Zug in jedem Waggon mindestens zwei bis drei Zuckerlschacherer das lebensgefährliche Gedränge mit ihren vielen Zuckerlschachteln, die sie fast nie als Reisegepäck aufgeben, vermehren. Das Kilogramm Zuckerln — ohnehin größtenteils österreichischer Herkunft! — kostet in Preßburg mindestens 28 Kronen und da muß man sich fragen, wie in Wien die Zuckerlhöchstpreise eingehalten werden sollen. Das Geschäft muß aber sehr einträglich sein, denn es fahren „gewisse" Leute tagtäglich um Zuckerln nach Ungarn. Daß da die Landesbahn, die dem Verkehr im Kriege ohnehin nicht gewachsen ist, bei jedem Zug selbst bis in den Gepäcksraum gänzlich überfüllt ist, ist selbstverständlich.

Jeder Wiener, der nicht mit irgend etwas schachert, wird kaum ein zweitesmal einen „Ausflug" nach Preßburg mit dieser Bahn unternehmen und es werden ihm die Namen der Umsteigstationen „Köpcseny" und „Schwechat" ewig in Erinnerung bleiben. In Köpcseny geht es noch an — nur muß man achthaben, daß man nicht mit der nur mit einer Holzverschalung bedeckten elektrischen Starkstromleitung in Berührung kommt — aber die Szenen in Schwechat, wennn die Passagiere von drei mit Sack und Pack vollgepfropften großen Wagen in zwei bereitstehende, oft nicht einmal vollkommen leere, Wagen umsteigen müssen, sind einfach gräßlich. Die Einteilung des Fahrplanes und das ewige Umsteigen (wenn möglich auch noch in Regelsbrunn und Petronell) ist wohl allen ein Rätsel.

Ganz unbegreiflich ist auch, warum seit 20. Juni laufenden Jahres Nachtzüge auf dieser Bahn verkehren müssen; die Betriebsleitungen scheinen damit nur den Rucksackverkehr mit gestohlenen Sachen begünstigen zu wollen, denn die auf der ganzen Strecke übliche Bezeichnung „Diebszüge" ist wahrlich das einzig richtige. In Wien wollen die städtischen Straßenbahnen den Verkehr bis 9 Uhr abends einschränken, die niederösterreichischen Landesbahnen dehnen aber den Verkehr so aus, daß der letzte Zug fahrplanmäßig um 1 Uhr 25 Minuten nachts, wo man heute schon keine Verbindung nach keiner Richtung mehr hat, in der Station Großmarkthalle eintreffen soll. Würde dies nicht zweckmäßig im nächsten Fahrplan der niederösterreichischen Landesbahn geändert werden?

Frankfurter Zeitung
9./VIII. 1918

779

Ernährungsschwierigkeiten in München.

München, 7. Aug. Die Ernährungsschwierigkeiten für München mehren sich, weil die Frühkartoffelernte in ganz Südbayern nicht nur verspätet, sondern auch sehr gering geworden ist. Im Magistrat wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, wonach beim Ministerium sofort Schritte getan werden sollen, daß in der Zeit der fleischlosen Wochen an Stelle der fehlenden Kartoffeln, von denen bisher kaum ein Pfund pro Woche verteilt werden konnte, je 100 Gramm Mehl, oder 120 Gramm Brot an Stelle jedes fehlenden Pfundes Kartoffeln verteilt werden sollen. Heute wurde eine Anzahl Frauen im Ministerium des Innern vorstellig, um dort auf die zur Zeit ganz unzulänglichen Lebensmittelzuweisungen hinzuweisen und Abhilfe zu verlangen. Sie protestierten gegen den Schleichhandel und erklärten das verbilligte Gemüse, das die Stadt verteilen läßt, als sehr minderwertig. Es wurde ihnen zugesagt, daß der Schleichhandel und der wilde Aufkauf für reiche Leute, die jeden Preis dem Erzeuger bieten, mit allen Kräften bekämpft werden. Für die schlimmen nächsten Wochen wurde nach Möglichkeit Zulage zu schaffen versprochen. — Auch vor dem Rathaus versammelten sich Frauen und andere Leute, um Hilfe gegen die gegenwärtige Knappheit zu verlangen. Die hier bekannt gewordenen Angriffe der norddeutschen Presse auf Bayern, die die Wahrheit über Bayerns Lage auf den Kopf stellten und das, was etwa vom Standpunkt des unerschöpflichen Geldbeutels, oder besonders gewandt geführter teuerer Gaststätten aus gesehen wurde, als Lebenshaltung in Bayern schlechthin bezeichneten, haben die Bevölkerung stark erregt.

*

Berlin, 7. Aug. (W. B.) Unter der Ueberschrift „Bayern und Norddeutschland" schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„In außerbayrischen Kreisen begegnet man immer wieder der Anschauung, als ob die Einschränkungen des Fremdenverkehrs ausschließlich gegen die nichtbayrischen Fremden gerichtet seien, während die bayrischen Fremden hiervon nicht berührt würden. Diese Annahme ist durchaus unzutreffend, vielmehr finden alle von der bayrischen Regierung getroffenen Anordnungen zur Regelung des Fremdenverkehrs, insbesondere die Herabsetzung der zugelassenen Aufenthaltsdauer von vier auf drei Wochen und die Festsetzung der Höchstzahl der Fremden auf 50 bis 60 Prozent der vorhandenen Betten in der gleichen Weise auf die bayerischen wie auf die nichtbayrischen Fremden Anwendung. Die Vorschriften werden mit Rücksicht auf die Ernährungslage auch gegenüber den bayrischen Fremden genauestens durchgeführt. Von einer Unfreundlichkeit den nichtbayrischen und besonders den norddeutschen Fremden gegenüber, die in Bayern stets gern gesehene Gäste sind, kann hiernach keine Rede sein."

Frankfurter Zeitung 10./VIII.1918.

181

Bayrische Ernährungsfragen.

München, 9. Aug. (Priv.-Tel.) Ein Protest des Ministers des Innern gegen die Fleischzuteilung von weiter 250 Gramm an die Berliner Bevölkerung ist erfolglos geblieben. Dagegen ist auf Grund einer im Ministerium mit den Vertretern des Magistrats abgehaltenen Besprechung nunmehr erreicht worden, für eine Reihe von Städten: München, Nürnberg, Fürth, Augsburg, Ludwigshafen und Kaiserslautern die bisherige Fleischration von 200 Gramm auch nach der am 26. August eingetretenen Verkürzung der Fleischration beizubehalten, während in den übrigen Kommunalverbänden die Fleischration auf 180 Gramm herabgesetzt wird. Ferner erhält München nach den Anweisungen des Kriegsernährungsamtes in der ersten fleischlosen Woche 250 Gramm Mehl als Ersatz. In den folgenden fleischlosen Wochen wird der Ersatz voraussichtlich in Kartoffeln geleistet werden. An Stelle jeden Pfundes Kartoffeln, das nicht verteilt werden kann, sollen je 100 Gramm Mehl oder Brot angewiesen werden. Die Kartoffelversorgung deckt zurzeit nur ein Drittel des Bedarfs der Städte wie München, Nürnberg usw. Neben der Trockenheit und dem Frost sind es die Hamster, die die ganze Kartoffelversorgung schwer gefährden. In der Fettversorgung ist vorläufig keine Verschlechterung zu befürchten. Eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise steht für den Herbst wieder in Aussicht. Demnächst wird eine vereinfachte Einheitsspeisenkarte in den Gaststätten für ganz Bayern von den Behörden eingeführt werden.

Die Zeit
11. VIII. 1918

183

(Linz.) Eine Stadt der Sehnsucht ist Linz für viele Wiener geworden. Vor wenigen Jahren noch kannten die allermeisten von Linz nichts anderes als den unfreundlichen, schmutzigen Bahnhof, in dem man, während die Lokomotive einige Minuten verschnaufte, schnell ein Glas Bier hinunterstürzte oder die Tablette mit dem Mittagessen in den Wagen kommen ließ. In die Stadt selbst aber kamen nur diejenigen, die dort unbedingt zu tun hatten oder die zum Dampfschiff wollten. Nun aber ist Linz Selbstzweck geworden; denn der Name der oberösterreichischen Hauptstadt ruft heute sofort die Vorstellung des Essens über die Schwelle des Bewußtseins. Als die Urlaubszeit einsetzte, da langten immer zahlreicher die Nachrichten ein über wunderbare Dinge, die man in Linz beinahe noch zu Friedenspreisen essen könne. Und diesen Nachrichten folgten auf dem Fuße energische Richtigstellungen des um die Ernährung seiner Schützlinge sehr besorgten Herrn Bürgermeisters von Linz. Man wußte also in Wien nicht recht, was man von Linz halten solle. Ob es wirklich die moderne Phäakenstadt geworden sei und wer der Wahrheit näher komme, diejenigen, die von Schweinsbraten und Topfenknödeln erzählten, oder der Herr Bürgermeister, der über die drohende Hungersnot jammerte. Man fuhr also hin, um sich selbst zu überzeugen, und fand, daß beide widerstreitenden Teile recht haben. Der Bürgermeister insofern, als es mit der Versorgung der Haushaltungen tatsächlich recht windig aussieht, die Lobredner aber, weil man in den Linzer Gasthäusern wirklich noch immer reichlich und nicht teuer essen kann. Kein Wunder, daß die Wiener Ausflügler sich nur schwer von der Stadt Linz trennen und daß man ihnen überall zwischen dem unteren Ende des Franz Josefsplatzes und dem oberen der Landstraße begegnet. Ihr Interesse konzentriert sich auf die Speisekarten, die überall an den Fensterscheiben der Gasthäuser prangen. Wahrhaftig, hier gibt es eine Leberknödelsuppe um 44 Heller, ein gefülltes Kraut mit heurigen Kartoffeln um 3 Kronen, einen Saftbraten mit Nudeln um 4 Kronen 50 Heller, einen stattlichen gebratenen Fisch um 4 Kronen, einen wunderschönen fettstrotzenden Schweinsbraten um 6 Kronen und Topfenknödel um 1 Krone 40 Heller. Die letzteren freilich nur gegen Karten. Das ist das Haar in der Suppe, denn solche Karten haben die Wiener nicht. Aber wer mit der richtigen Salbe geschmiert ist, der verschafft sich die Karten dennoch und ißt vergnügt seine Mehlspeise. Und trinkt zum Frühstück seinen Milchkaffee und abends das frische, gute Bier, von dem das Krügel nur 60 Heller kostet. Da der liebe Gott aber bekanntlich dafür sorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, hat er auch der Linzersehnsucht der Großstädter von der unteren Donau einen Riegel vorgeschoben: An den Toren der Linzer Gasthöfe hängen Zettel, die besagen, daß kein Zimmer und kein Bett frei ist, und so oft ein Zug oder ein Dampfer aus Wien ankommt, hebt eine wilde Jagd der Obdachlosen an. Und es gibt Leute, die gern eine ungemütliche Nacht im Badezimmer verbringen, bloß damit sie noch einen Tag in Linz bleiben und gut essen können.

Die Zeit
12./VIII. 1918

185

Ernährungskonferenz in Wien.

Heute findet in Wien eine gemeinsame Ernährungskonferenz statt, die sich mit Ernährungsangelegenheiten beschäftigt. In erster Reihe handelt es sich um die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln. Zwecks Teilnahme an dieser Konferenz sind Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz und in Vertretung des ungarischen Ackerbauministers Grafen Bela Serenyi Staatssekretär Baron Stephan Bottlik in Wien eingetroffen.

Berliner Lokalanzeiger 12./VIII. 1918.

186

Ein Merkblatt über Nahrungsmittelzulagen für Kranke, das den Aerzten Richtlinien für die Ausstellung von Bescheinigungen zwecks Sonderzuteilung von Nahrungsmitteln gibt, ist von den Groß-Berliner Gemeindebehörden im Einvernehmen mit der Aerzteschaft aufgestellt worden. Es tritt an die Stelle des alten Merkblattes vom 1916 und verfolgt den Zweck, den Arzt über die Grundsätze aufzuklären, die für die Bewilligung von Nahrungsmitteln an Kranke jetzt maßgebend sind, und ihm damit die Ausstellung des Zeugnisses zu erleichtern. Die Bewilligung erfolgt nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Das Zeugnis ist verschlossen von dem Arzt an die zuständige Stelle für Krankenernährung einzusenden und unterliegt der Nachprüfung durch Vertrauensärzte der Gemeinden. Anträgen auf persönliche Untersuchung durch Vertrauensärzte wird nicht stattgegeben. Ist von der Bewilligung von Sonderzulagen der beabsichtigte Erfolg nicht zu erwarten, oder bestehen Schwierigkeiten für die Zubereitung der in Frage kommenden Krankenkost, so kann auch ein Antrag auf Gewährung eines Mittagessens gestellt werden. Die Vergütung der für das privatärztliche Zeugnis gezahlten Gebühren ist nicht Sache der Stadtgemeinden. Auch die Vertrauensärzte, die bisher die Tätigkeit der Prüfung der ärztlichen Bescheinigungen ehrenamtlich ausgeübt haben, streben jetzt eine angemessene Bezahlung an, da es sich bei der Dauer des Krieges um eine fortlaufende, regelmäßige Berufsarbeit handelt. Der Vertreter des Berliner Stadtmedizinalamts gab in einer Besprechung das Versprechen ab, daß allen Berliner Vertrauensärzten Gelegenheit gegeben werden würde, sich über die Angelegenheit mit den zuständigen Magistratsvertretern auszusprechen. Die Bezahlung für die Vertrauensärzte müßte selbstverständlich von den Gemeinden geleistet werden.

Österr. Volkszeitung.
13./VIII. 1918

787

Die hungrige Menagerie.

Eingegangene Schönbrunner Lieblinge.

Wie wir vor einigen Tagen berichteten, ist in der Schönbrunner Menagerie das Giraffenhaus geschlossen worden, da die letzte der Giraffen eingegangen ist. Es war ein junges Tier, das mangels anderer Futtermittel mit Pferdebohnen ernährt wurde, aber trotzdem nicht erhalten werden konnte. Die ältere Giraffe „Pascha", die über dreißig Jahre alt wurde, ist schon früher seiner im Jahre 1912 eingegangenen Gattin in den Tod gefolgt.

Daß in einer Zeit, in der für die Menschen nicht genug Nahrungsmittel zu haben sind, die Not an den Schönbrunner Tierhäusern nicht vorübergeht, ist selbstverständlich. Die armen Tiere leiden jetzt stark unter dem Futtermangel, und wenn man die Wärter frägt, warum dieses und jenes Tierhaus geschlossen worden ist, heißt es lakonisch: Ausgestorben! Viele der Lieblinge der Wiener sind dem über vier Jahre dauernden Krieg zum Opfer gefallen. Von der Elefantenfamilie ist nur mehr das „Mädi", das in Wien zur Welt kam, am Leben; die Mama „Mizzi" ging bereits 1915 ein, ihr folgten der trauernde Vater „Pepi" und die Schwestern „Gretl" und „Lori". Was war das in der Friedenszeit für ein Schlaraffenleben, wenn den Elefanten ganze Viertel Brot oder „Schusterlaibl" zugeworfen wurden, die mit hohem Schwung der Rüssel in den Elefantenrachen verschwanden. Jetzt gab es für die Elefanten nur mehr Sumpfheu, Kleie und Burgunderrüben.

Von den zahlreichen Affen, die im Sommer die schaulustige Menge amüsierten, sind mangels der erforderlichen Nahrung (Südfrüchte, Brot, Obst ꝛc.) fast alle eingegangen. Nur mehr zwei Affen bewohnen das Affenhaus und nähren sich kümmerlich von dem bißchen Polenta, das sie bekommen. Kein Wunder, wenn sie ihren „Tamur" verloren haben und nierenleidig geworden sind. Die stattliche Zahl der Löwen, Tiger, Hyänen und Leoparden ist während des Krieges stark vermindert worden. Einige Löwen wurden an die Budapester Menagerie verschenkt. Die noch vorhandenen Raubtiere, von denen viele ein Vermögen gekostet haben, werden mit Pferdefleisch gefüttert; die Portionen sind aber auch auf 3 bis 4 Kg. verringert worden. Nur eine Löwin, die in drei Wochen einem Familienereignis entgegensieht, wird besser gefüttert, um sie kräftiger zu erhalten. Viele Rinderarten sind ganz verschwunden. Zum Teil sind die Tiere eingegangen, zum Teil sind sie an andere Institute verschenkt worden. Die Rehe und Hirsche werden ja nach dem Kriege leicht ersetzt werden können; nicht so leicht aber die Lamas, die Zebras, von denen nur mehr drei übrig blieben, und manche exotische Gattungen. Die Reptilien (darunter eine große Riesenschlange) sind ganz eingegangen, ebenso die kleinen Raub- und Nagetiere, viele Strauße, Papageien, Raub- und Sumpfvögel, die ohne Körnerfrüchte oder Fleischnahrung nicht erhalten werden können. Vielfach wurde mit Ersatzmitteln gefüttert, aber die Tiere gedeihen dabei ebensowenig als die Menschen.

Neue Freie Presse
13./VIII. 1918

13

188

Gemeinsame Ernährungskonferenz.

Wien, 12. August.

Heute nachmittag um 4 Uhr fand im Kriegsministerium eine gemeinsame Ernährungskonferenz von längerer Dauer statt. Gegenstand der Beratung, an welcher in Vertretung der ungarischen Regierung Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Graetz und der Staatssekretär im ungarischen Ackerbauministerium Stephan Freiherr v. Bottlik teilnahmen, bildete die Frage der Sicherstellung des Bedarfes der Armee an Lebensmitteln. Diese Versorgung der Armee soll im Rahmen des neuen Wirtschaftsplanes, der zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung vereinbart wurde, erfolgen.

Vor der gemeinsamen Beratung hatte Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz eine längere Besprechung mit dem Vorsitzenden im gemeinsamen Ernährungsausschusse GM. Landwehr v. Pragenau, während Staatssekretär Freiherr v. Bottlik mit dem Chef des Ersatzwesens Generaloberst Freiherrn v. Hazai konferierte.

Tägliche Rundschau 13/VIII. 1918.

/190

Die Knappheit der englischen Lebensmittel.

Der „Statist" vom 22. Juni 1918 zieht folgende Vergleiche der englischen Lebensmitteleinfuhr aus fremden Ländern (also nicht Irland) vor dem Kriege und im Jahre 1916 (dem letzten Jahre, für das Zahlen vorliegen). Frisches Rindfleisch ist von 423 000 auf 353 000 Tonnen, also um 15,5 v. H. gefallen. Hammelfleisch zeigt eine Abnahme von 28,9 v. H. Die Schweinefleischeinfuhr ist fast auf die Hälfte gesunken, die Eiereinfuhr um 71,7 v. H., die Kartoffeleinfuhr um 77,2 v. H. Die Weizeneinfuhr ist nach den amtlichen Zahlen nur um 7,6 v. H. gesunken, die von Weizenmehl um 17,4 v. H., die von Gerste um 28 v. H., die von Hafer um 30 v. H. und die von Mais um 27,8 v. H. Das war im Jahre 1916. Wie werden die Ziffern für 1918 aussehen?

Fremdenblatt
14./VIII. 1918

192

Gespräche mit Bauern.

Etwas über „Preisbildung".

Es war vor mehr als einem Jahr, als ich bei den Bauern des Kremser Gebietes einen Lebensmittelbummel machte. Ob er gute Erträgnisse hatte, ist heute natürlich ganz gleich. Da ich ihn heuer wiederholte, fallen mir infolge der unheimlichen, nicht aus der Entwertung des Geldes stammenden Preisdifferenzen verschiedene Erlebnisse und Gespräche ein, deren Inhalt durch die heurigen Erfahrungen verstärkt und ergänzt wird. Oder ist es etwa kein Erlebnis, wenn voriges Jahr für ein Kilogramm Birnen 1 Krone bezahlt wurde, heuer aber 4 Kronen? Die Steigerung um 400 Prozente bedeutet biologisch einen Gradmesser für die außerordentlich gewachsene Höhe des großstädtischen Hungergefühls, technisch aber — und hier liegt der Hase im Pfeffer — sowohl den Ausdruck für die Steigerung der Nachfrage als auch für die unreine Art, wie der Städter in den Besitz von Lebensmitteln zu kommen trachtet. Obwohl für den Großteil der Hamster das Geld der am schwersten zu beschaffende Lebensartikel ist, scheuen die Leute dennoch nicht vor einer wüsten Preisüberbieterei zurück. Wenn man dann die Bauern frägt, warum sie ein Ei mit 1.50 K. verkaufen, meinen sie achselzuckend, sie hätten ja keinen Preis gefordert, er sei ihnen eben angeboten worden. Der Geldwert, der bei den Bauern nicht den geringsten Anklang mehr findet, wird dadurch wieder reputierlich gemacht, daß die Käufer zum Geld gewisse Bedarfsartikel dazulegen, wie Tabak, Kleider- und Seidenstoffe, Leder, Petroleum, Spiritus, Wäsche usw. Das sind ja allzu bekannte Dinge. Doch muß deshalb, weil sie bekannt sind, in träger Tatenlosigkeit verharrt werden? Man könnte doch wenigstens den Versuch machen, die Preistreiberei der Hamster durch die allerschärfsten Strafandrohungen einzuschränken. Die Leute sollen Lebensmittel einzukaufen trachten, denn das ist für die Versorgung einer großen Stadt nur eine willkommene Wohltat. Aber daß alle jene Leute, die sich alltäglich aufs empörteste über die Preistreibereien ausdrücken, am Sonntag selbst die ärgsten Preistreiber sind, daß müßte irgendwie verhindert werden. Die Bauern sind ja selbst wütend über diese Leute, weil sie die Ursache sind, daß sich die Bauern gegenseitig die blutigsten Preise machen müssen. „Sehen S', dös Kilo Schmalz hab' i' beim Nachbarn um 60 Kronen kauft." So die Worte eines Bauern.

Die Stellung, welche die Behörden diesen Dingen gegenüber einnehmen, ist ganz klar: sie hat sich bis heute noch nicht darum gekümmert. Wenn sie nur ein wenig energischer und informierter über das, was sich begibt, wäre, müßte die heutige Preislage der Lebensmittel erquicklicher sein, als sie es ist. Daß man in den ersten Behörden nichts von den Gedanken und Erwartungen der Bauern weiß, erhärtet am besten die verblüffende Preisbildung, die der Wein des vorigen Jahres durchmachte und noch ungehemmt durchmacht. Da saß ich stillvergnügt im Weinkeller eines Weinbauern und erfreute mich an dem guten Tropfen, den er mit dem Heber aus einem „Faß voll Reben" heraushob und mir in Gesellschaft des Landarztes kredenzte. Es war noch Jahrgang 1916, der ihm vor nun 14 Monaten um 1.20 K feil war. In der Stadt kostete er allerdings schon mehr als das Doppelte, und es lag auch in der damals noch von den Miasmen der Preistreiberei erträglich reinen Landluft etwas wie Lust, die Preise emporschnellen zu lassen. Der Weingenuß machte den Bauer gesprächig und mitteilsam. „Was meinen S', Herr Dokta, heuer wird da Wein wohl a weng teuza wern," wendete er sich an mich. Ich entgegnete ihm, das wäre wohl begreiflich, und dachte, er würde so ungefähr auf zweieinhalb Kronen kommen, weil ja die Lebensführung der Bauern auch teurer würde. Und ich erinnerte mich, in der Zeitung gelesen zu haben, daß die Regierung sich mit dem Plan von Weinhöchstpreisen trüge. „No," meinte das listige Bäuerlein, als ich diesen gemutmaßten Preis mitteilte, „wann's heuer wenig Wein gäb', dann möcht' i' mir's a so denka, oba mir wern den Wein büllig hergeben müassen. Schaugen S' nur, wia schön da Wein steht." Und wir gingen miteinander hinauf ins Weingelände. In der Tat, der Herrgott meinte es gut. In der prallen, wochenlang gleich intensiv scheinenden Sonne gediehen die Weinstöcke wunderbar. Traube an Traube saß rings um den Weinstock herum. Es war einzig schön, dieses Bild des Gottessegens in sich aufzunehmen, und man hatte die Gewißheit, wenigstens einen billigen und guten Wein zu bekommen.

Als dann die Höchstpreisverordnung erschien, traute man seinen Augen nicht, denn sie warf ohne Not dem Bauern für einen Liter Wein 2 Kronen über die Erwartung in den Schoß. Damit noch nicht genug, stieg der „Heurige" sprunghaft von Woche zu Woche, und es ist so weit gekommen, daß die Weinbauern heute den Wein stellenweise schon mit 10 bis 12 Kronen im Keller verkaufen. Es ist demnach zu erwarten, daß in den kommenden Wochen ein Liter Wein in der Stadt 16 Kronen kosten wird! Der Wein ist das Einzige, was den Menschen noch die sonst restlos verloren gegangene Illusion bietet, ohne die wir über diese Zeiten nicht hinwegkommen können. Demgegenüber berührt der gänzliche Mangel der Behörden an Einsicht sehr befremdend. Die Leute gewöhnen sich das Trinken nicht ab, und man kann ihnen in diesen Zeiten nicht Unrecht geben, wenn sie sich mit einem oder auch zwei „Vierterln" etwas Zuversicht holen. Das bedingt aber eine unheimliche Belastung ihres Budgets, also eine schwere Mißwirtschaft am Nationalvermögen. Wir fragen: ist die Regierung nicht imstande, der wilden Anarchie auf dem Gebiete des Weinhandels zu steuern? Eine Frage, die wir umso intensiver erheben, als uns nur noch Wochen von der neuen Weinlese trennen und diese der Quantität nach nicht nur in Ungarn, sondern auch in den niederösterreichischen Weingebieten die vorjährige Ern- übertreffen wird. Es muß heute schon vorgesorgt werden. In der kommenden Saison muß der Konsument vor einer Behandlung, der er gegenwärtig unterliegt, geschützt sein.

—o—

Reichspost Abende
14./VIII. 1918

193 9/14

Ernährungspolitik und „Antisemitismus" in Ungarn.

Aus Budapest wird berichtet: Die orthodox-jüdischen Familien haben kein Recht auf Schweinefleisch und Schweinefettkarten, weil sie auf eine andere Art entschädigt werden. Die Polizei in Klausenburg hielt diesbezüglich strenge Revision und man hat schon so manchen Schwindler gefaßt. Die streng orthodox-jüdische Familie Dr. Emil Jakabfi nahm für zehn Familienmitglieder Schweinefett in Anspruch! Die Sache war verdächtig und im Auftrage der Polizei erkundigte sich eine Frau bei der Jakabfi, ob sie kein Fett zu verkaufen hätte. Die Jakabfi verkaufte der Frau ein Kilogramm Fett zu 50 Kronen. Das Verfahren wurde gegen sie eingeleitet.

Ueber die jüngste Razzia auf „galizische" — wie man hier statt „jüdische" sagt — Preistreiber in Oberungarn wird in den hiesigen Blättern auf Grund amtlicher Daten mitgeteilt:

An die Regierungen waren von Seite der Behörden aus den Komitaten in Oberungarn unzählige Klagen wegen der Umtriebe der Preistreiber und Kettenhändler gekommen, so daß das Ministerium sich gezwungen sah, endlich einzuschreiten. Volle zehn Tage hindurch wurde in den Komitaten Maramaros, Ung, Zemplin und Saros eine große Razzia abgehalten. Die Männer der Behörde gingen in zehn Gruppen an die Arbeit. In jeder Gruppe befanden sich ein Beamter der Grenz- oder Staatspolizei, ein Finanzbeamter und mehrere Detektivs. Die Gruppen teilten unter sich das Gebiet auf, welches sie abzusuchen hatten. Die meiste Arbeit hatten jene Gruppen, welche auf dem Gebiete von Munkacs, Satoralja ujhely, Beregßaß, Homonna und Ermihalyfalva tätig waren. In dem berüchtigten „Zentralkaffeeehause" von Satoraljaujhely waren so viel galizische Geschäftsleute beisammen, daß sie in den Räumlichkeiten nicht Platz genug hatten, sondern auf der Gasse in so großer Menge standen, daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Die Taschen der „Gäste" aus Galizien waren voll von verschiedenen Warenmustern und mit den zu Geschäftsschließungen nötigen Drucksachen. Bei den in Satoraljaujhely festgenommenen Galizianern fand man über drei Millionen Kronen Bargeld vor. Es war kein einziger, bei dem nicht wenigstens 50.000 bis 60.000 Kronen gewesen wären.

So bald die auf Razzia ausgehenden behördlichen Organe feststellten, daß einer oder der andere der „Gäste" sich mit Gelegenheitsgeschäften befaßte, wurden sie sofort an Ort und Stelle besteuert und sie mußten die Steuer sogleich bar erlegen. In den Dorfgemeinden kam es häufig vor, daß sich die Galizianer auf die Flucht machten und sich in Scheunen, Kammern und Kellern versteckten. Sie fanden natürlich oft gute Leute, die ihnen bei der Flucht behilflich waren. Bei zahlreichen Galizianern wurden gefälschte militärische Dokumente vorgefunden. Sie haben sich auf diese Weise dem Militärdienste entzogen. Es wurden auch viele versteckte Warenlager entdeckt. Man fand viel Zucker, Kleider, Lederwaren, Weißwäsche und Leinwand aufgestapelt. In Satoraljaujhely wurden z. B. auf einem Heuboden Männerkleider im Werte von 60.000 Kronen vorgefunden. Die Razzia wurde vor drei Tagen abgeschlossen. Die Polizei hat von den „Geschäftsmännern" eine Million zweihunderttausend Kronen als Steuer eingehoben. Die Galizianer wurden in ihre Heimat abgeschoben.

Kein Wunder, daß die Paul Farkas-Wolfner und Genossen und ihre Presse über „Antisemitismus" zu schreien anfangen. Aber die Bevölkerung erträgt einfach das Joch der Verteurer und Plünderer, der Preistreiber und Warenverschlepper, der Spekulanten und Schwindler, der Kriegsschmarotzer und Gauner nicht länger. Und da müßten endlich die Behörden mit. (In Oestereich läßt sich die Bevölkerung von den Kriegsschmarotzern alles gefallen, daher erlebt man hier auch nie eine solche behördliche Razzia großen Stils wie in Oberungarn.)

Fremdenblatt Abendbl. 14./VIII. 1918

194

Ernährungsfragen.

Vertreter der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen bei Minister Paul.

Gestern nachmittags sprach eine Abordnung der Landesparteileitung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen und des Ernährungsausschusses der Partei, bestehend aus den Herren Generalsekretär Melzer, Direktor Staudt, Redakteur Dr. Bacher und Kommissär Dr. Dembitzky über Einladung des Amtes für Volksernährung beim Minister Paul vor zu einer Aussprache über die vom Ernährungsausschuß ausgearbeiteten Vorschläge zur Regelung der Ernährungsfrage. Der Minister unterzog in erster Linie die vom Ernährungsausschusse vorgeschlagene Einteilung Böhmens in neue geschlossene, nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßte Wirtschaftsgebiete und deren Wirtschaftsverwaltungsapparat an der Hand einer Karte einer Besprechung. Die Abordnung legte besonderes Gewicht darauf, festzustellen, daß eine Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete in Böhmen nach nationalen Momenten für die Deutschen mit Rücksicht auf die Verteilung der Bevölkerung und die stark differenzierte Erzeugung von großem Nachteil wäre.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Minister jenen Punkten der Vorschläge, die auf Feststellung eines individuellen Mindestablieferungskontingentes beim Selbstversorger unter gleichzeitiger Erhöhung der Quote des Selbstversorgers hinzielen. Hat ein Landwirt das ihm vorgeschriebene Mindestkontingent abgeliefert, so soll er nach den Vorschlägen der Fortschrittspartei das Recht erhalten, den ihm verbleibenden Rest, das Ueberkontingent, zu einem höheren, aber festgesetzten Preis (Prämie) an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu verkaufen. Andere Vorschläge gehen, wie der Minister bemerkte, dahin, dem Landwirt den Ueberschuß als freies Eigentum zu Zwecken des eigenen Verbrauchs zu überlassen. Was die vorgeschlagene Einschränkung und strengste Ueberwachung des Lohnmühlenverkehrs betrifft, betonte der Minister, daß eine Schließung der Lohnmühlen gegenwärtig namentlich im Hinblick auf die schwierigen Transportverhältnisse untunlich sei, daß aber die Aufsicht mit viel schärferen Mitteln werde durchgeführt werden müssen.

Eine eingehende Würdigung fanden auch die Vorschläge der Partei über die Grundsätze der Preisbildung, die sich von dem Prinzip „Angebot und Nachfrage" befreien und für eine geschlossene Wirtschaftsverwaltung die Abhängigkeit des Preises bloß von den Gestehungskosten und dem bürgerlichen Nutzen anerkennen müsse. Der Minister bemerkte bei diesem Anlasse, daß durch die Freigabe des Handels mit Frühobst und Gemüse der Oeffentlichkeit wohl die Unhaltbarkeit eines freien Handels im Kriege drastisch genug vor Augen geführt wurde, um vor einer Wiederholung eines derartigen Experiments zu warnen. Ganz besondere Schwierigkeiten ergeben sich nach der Ansicht des Volksernährungsamtes bei der Bekämpfung des Rucksackverkehrs, er werde aber unter allen Umständen eine Einschränkung erfahren müssen. Im weiteren Verlaufe der zweistündigen Besprechung wurden dann noch einzelne brennende Fragen erörtert, wie beispielsweise die Verdrängung des reellen Handels durch unlautere Elemente. Auch der gewerbsmäßige Kleinhandel wird künftighin einer strengeren Beaufsichtigung unterzogen werden müssen. Zum Schluß lenkte die Abordnung die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Regelung des Schweineverkehrs, dessen Freigabe die verhängnisvollsten Wirkungen zur Folge hätte. Da die Schweinezucht für die Fettversorgung von größter Bedeutung ist, erklärte der Minister, daß Maßnahmen erwogen werden, durch die die Zucht und der Verkehr mit Schweinen von Grund auf neu geregelt werden.

Nach einer Erörterung der Frage bezüglich der Belieferung von Mittelstandsküchen und der Maßnahmen, durch die eine Doppelversorgung verhütet werden soll, entließ der Minister die Abordnung mit der Versicherung, daß die Vorschläge des Ernährungsausschusses der Fortschrittspartei eine sehr ernste und gründliche Arbeit darstellen, die für die künftigen Erwägungen und auf alle Fälle eine beachtenswerte Grundlage bilden werde.

Die Zeit
14./VIII. 1918

195

Die Deutschböhmen beim Ernährungsminister.

Gestern nachmittags sprach eine Abordnung der Landesparteileitung der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen und des Ernährungsausschusses der Partei, bestehend aus den Herren Generalsekretär Melzer, Direktor Staudt, Redakteur Dr. Bacher und Kommissär Dr. Dembitzky, auf Einladung des Amtes für Volksernährung beim Minister Paul vor, um mit ihm die vom Ernährungsausschuß ausgearbeiteten Vorschläge zur Regelung der Ernährungsfrage zu besprechen.

Der Minister unterzog in erster Linie die vom Ernährungsausschuß vorgeschlagene Einteilung Böhmens in neun geschlossene, nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßte Wirtschaftsgebiete und deren Wirtschafts-Verwaltungsapparat an der Hand einer Karte einer näheren Besprechung und bemerkte hierzu, daß mit Rücksicht auf ähnliche Vorschläge auch von anderen Seiten diese Frage den Gegenstand von Beratungen bilde. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Minister jenen Punkten der Vorschläge, die auf Feststellung eines individuellen Mindestablieferungskontingents beim Selbstversorger unter gleichzeitiger Erhöhung der Quote des Selbstversorgers hinzielen. Eine eingehende Würdigung fanden auch die Vorschläge der Partei über die Grundsätze der Preisbildung. Der Minister bemerkte bei diesem Anlaß, daß durch die Freigabe des Handels mit Frühobst und Gemüse der Oeffentlichkeit wohl die Unhaltbarkeit eines freien Handels im Kriege drastisch genug vor Augen geführt wurde, um vor einer Wiederholung eines derartigen Experiments zu warnen.

Zum Schluß lenkte die Abordnung die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Regelung des Schweineverkehrs, dessen Freigabe die verhängnisvollsten Wirkungen zur Folge hatte. Da die Schweinezucht für die Fettversorgung von größter Bedeutung ist, erklärte der Minister, daß Maßnahmen erwogen werden, durch die die Zucht und der Verkehr mit Schweinen von Grund auf neu geregelt werden.

Nach einer Erörterung der Frage bezüglich der Belieferung von Mittelstandsküchen und der Maßnahmen, durch die eine Doppelversorgung verhütet werden soll, entließ der Minister die Abordnung mit der Versicherung, daß die Vorschläge des Ernährungsausschusses der Fortschrittspartei eine sehr ernste und gründliche Arbeit darstellen, die für die künftigen Erwägungen auf alle Fälle eine beachtenswerte Grundlage bilden werde.

Hamburger Fremdenblatt 15/VIII. 1918.

196

Bayern und Berlin.

München, 15. August. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Unter der Ueberschrift „Bayern und Berlin" weist die „Bayerische Staatsztg." offiziös die Vorwürfe norddeutscher Blätter wegen des von der bayerischen Regierung gegen den der Stadt Berlin weiter gewährten Fortbezug von einer Wochenkopfmenge von 250 Gramm Fleisch erhobenen Einspruches sowie die Schilderung der bayerischen Ernährungsverhältnisse entschieden zurück. Wer diese Aeußerungen lese, müsse glauben, Bayern lebe wie im Frieden. In Bayern gebe es gewiß Gaststätten, in denen man sich gut verpflegen könne. Solche gäbe es auch in anderen deutschen Staaten. Aus verschiedenen Teilen Deutschlands liege eine erkleckliche Menge von Speisekarten vor, die bezüglich der Reichhaltigkeit den in Bayern da und dort anzutreffenden in nichts oder kaum etwas nachständen. Es gäbe auch in Bayern wie anderswo, Leute, die wie im Frieden leben. Die Ernährungslage, wie sie besonders in den großen Städten und Industrieorten besteht, könne weder nach der Verpflegung in den Gaststätten noch nach der einzelner wohlhabender Leute beurteilt werden, sondern nach dem, was sich die vielen tausenden des Arbeiter- und Mittelstandes, hoch hinaufgerechnet, mit ihren bescheidenen Mitteln beschaffen können. Bei diesen tausenden bestehe besonders jetzt in der schwierigen Uebergangszeit weiterer Mangel. Man wisse in Bayern wohl, daß die Herabsetzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen im ganzen Reiche nötig war. Man könne jedoch nicht verstehen, daß dieser Grundsatz zugunsten einer Stadt durchbrochen werden soll. Es bedeute eine Zurücksetzung der übrigen Großstädte, die umso ungerechtfertigter sei, als Berlin wenigstens mit Nährmitteln und Kartoffeln besser versorgt werden konnte als die bayerischen Städte. „Doppelt ungerechtfertigt ist die Bevorzugung Berlins auch mit Rücksicht auf den Zweck der Kürzung der Fleischration im ganzen Reich. Denn wenn in der Millionenstadt Berlin 250 Gramm Fleisch weiter gegeben werden, so bedeutet dies, daß eine sehr erhebliche Zahl von Viehstücken, die sonst unter Ausnutzung des Weideganges zu größerer Fleischergiebigkeit gebracht werden oder der Milcherzeugung hätte erhalten bleiben können, dem Schlachtbeil verfällt. Dies muß im Winter durch um so stärkere Eingriffe in die Viehbestände des Reiches wettgemacht werden, obwohl die Notwendigkeit der Eingriffe einzig und allein infolge der Bevorzugung einer einzigen Stadt erforderlich war. Deshalb sprach sich auch der Vorstand der Reichsfleischstelle, wie wir hören, bei der Beratung der neuen Schlachtviehumlage gegen die vorzugsweise Berücksichtigung Berlins aus." Mit allem Nachdruck hebt der Artikel weiter hervor, daß der Einspruch der bayerischen Regierung aus rein sachlichen Erwägungen heraus gesagt und ihr nichts ferner liegen konnte, als einen Gegensatz zwischen Nord und Süd schaffen zu wollen. Wenn Berlin mehr Lebensmittel bedarf, so gehöre dies durch andere Nährwerte geliefert, nicht durch eine besondere Bemessung der Fleischration.

Vossische Zeitung 15/VIII. 1918.

197

„Bayern und Berlin."

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **München**, 14. August.

Die „Bayerische Staatszeitung" bringt in ihrer Donnerstag-Nummer an hervorragender Stelle einen zweifellos von offiziöser Seite eingesandten Artikel „Bayern und Berlin". In diesem wird, bezugnehmend auf die von der Reichsfleischstelle der Stadt Berlin zugestandene Wochenkopfmenge von 250 Gramm Fleisch, darauf hingewiesen, daß der Ton der Angriffe in der Berliner Presse zum Teil von einer derartigen „unsachlichen Ausführlichkeit" sei, daß verzichtet werden könne, darauf zu antworten. Der Artikel gibt dann zu, daß in den Städten und Kurorten oder auf dem Lande in Bayern trotz aller Maßnahmen der Schleichhandel noch blühe und Gasthöfe zu finden seien, in denen Ehrenmänner, die die Vorschriften mißachten und jeden Preis bezahlen, um nur ihrem Magen nichts abgehen zu lassen, sich gütlich tun.

Der Artikel fährt fort: „Solche Gaststätten gibt es aber auch in anderen deutschen Städten. Es steht uns aus verschiedenen Teilen Deutschlands eine erschreckliche Menge von Speisekarten oder Gaststättenrechnungen zur Verfügung, die in bezug auf Reichhaltigkeit den in Bayern, insbesondere in München, da und dort anzutreffenden Speisekarten in nichts oder kaum etwas nachgeben — unter den Drohnen befinden sich aber gerade in Bayern viele, die ihre außerbayerische Heimat nur zu dem Behufe auf kurze oder längere Zeit verlassen haben, um sich in Bayern satt zu essen. Ein Umstand, der namentlich bei der ländlichen Bevölkerung Bayerns, die bei harter Arbeit zusehen muß, wie andere sich unkriegsgemäß nähren, ständig wachsenden Unwillen auslöst. Aus Bayern zurückgekehrt, habe die betreffenden Heimkrieger nichts anderes zu tun, als schleunigst und mit den üblichen Uebertreibungen den staunenden Freunden und Bekannten mitzuteilen, wie herrlich sie in Bayern gelebt hätten. Der Erfolg ist natürlich der, daß Bayern als Land gilt, in dem Milch und Honig fließt. Daß sich aber eine durch hinreichende Geldmittel unterstützte Gewissenlosigkeit genau dieselben Genüsse ebenso im übrigen Deutschland verschaffen kann und tatsächlich auch verschafft, ist bekannt.

„Die bayerische Bevölkerung verkennt nicht", heißt es weiter in dem Artikel, „daß Berlin mit vollem Recht verlangen kann, unter die Kommunalverbände aufgenommen zu werden, welche die höchste Wochenkopfmenge erhalten, und daß es wirklich diese Fleischmenge geliefert erhält. Aber sie empfindet es im übrigen als ein Gebot der Billigkeit, daß Berlin sich ebenso eine Herabsetzung der Fleischverbrauchsmenge gefallen läßt wie die übrigen großen Städte des Reiches, und keine Ausnahmestellung im Rahmen der gebotenen Einschränkung beansprucht. Es bedeutet eine Zurücksetzung der übrigen Großstädte, die mit ähnlichen Ernährungsschwierigkeiten zu kämpfen haben wie Berlin, wenn sie sich mit einer geringeren Fleischmenge als die Reichshauptstadt begnügen müssen. Diese Zurücksetzung ist um so ungerechtfertigter, als Berlin wenigstens mit Nährmitteln und mit Kartoffeln besser versorgt werden konnte als die bayrischen Städte. Man denke nur, daß Berlin in den letzten Zeiten neben der Fleischration von 250 Gramm sieben Pfund Kartoffeln in der Woche geben konnte, während es die bayerischen Städte bei einer Fleischration von rund 200 Gramm nicht einmal auf zwei Pfund brachten."

Doppelt ungerechtfertigt scheint die Bevorzugung Berlins auch mit Rücksicht auf den Zweck der Verkürzung der Fleischration im ganzen Reich. Denn wenn nur der Millionenstadt Berlin 250 Gramm Fleisch weiter gegeben werden, so bedeutet dies, daß eine sehr erhebliche Zahl von Viehstücken, die sonst unter Ausnützung des Weidegangs zu größerer Fleischergiebigkeit gebracht werden oder der Milcherzeugung hätten erhalten werden können, dem Schlachtbeil verfällt. Dies muß im Winter durch um so stärkere Eingriffe in die Viehbestände des Deutschen Reiches wettgemacht werden, obwohl die Notwendigkeit der Eingriffe einzig und allein infolge der Bevorzugung einer einzigen Stadt erforderlich war. Deshalb sprach sich auch der Vorstand der Reichsfleischstelle, wie wir hören, bei der Beratung der neuen Schlachtviehumlage gegen die vorzugsweise Berücksichtigung Berlins aus. Wer diesen Gedankengang unbefangen würdigt, wird der bayerischen Regierung zugestehen müssen, daß ihr Einspruch aus rein sachlichen Erwägungen heraus geschah."

Neue Freie Presse
15./VIII. 1918

Die Lebensmittelversorgung der Entente.

Rotterdam, 14. August.

Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge meldet die „Daily Mail" aus Newyork vom 13. d., daß in den Vereinigten Staaten umfassende Maßregeln zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der Alliierten im Winter getroffen werden. Die Weizenernte in Amerika wurde im Juli auf 891 Millionen Buthel geschätzt, wovon mindestens ein Drittel für die Ausfuhr zur Verfügung stehen wird. Die Roggenernte beträgt das Doppelte einer normalen Roggenernte. Auch die Produktion an Gerste und Hafer hat sehr zugenommen. Die Farmer verlangen, daß der Mindestweizenpreis auf 2 Dollar 40 Cent festgesetzt werde und der Kongreß hat diesem Vorschlage zugestimmt. Präsident Wilson jedoch hat sich geweigert, eine solche Preiserhöhung zu gestatten. Im abgelaufenen Erntejahr hat der Wert der amerikanischen Lebensmittelausfuhr 280 Millionen Pfund Sterling betragen.

Hoover beabsichtigt, in diesem Winter dafür zu sorgen, daß die europäischen Alliierten über volle Rationen verfügen können. Das erfordert aber strenge Sparsamkeit. Man wendet alle möglichen künstlichen Mittel an, um den Lebensmittelvorrat möglichst in die Höhe zu schrauben. Unter anderem hat man Standardpflüge eingeführt und die Pferdelastwagen möglichst durch Motorlastwagen ersetzt. Die Erzeugung von Schweinefleisch hat infolge der Gründung von Schweinezuchtvereinigungen um 15 Prozent zugenommen. Trotz des Mangels an Landarbeitern hat die bebaute Bodenfläche infolge der Frauen- und Kinderarbeit ansehnlich zugenommen. Die Löhne sind seit 1910 um 50 Prozent gestiegen. Der Zuckervorrat ist ungenügend und man versucht, dem Mangel durch Erzeugung von Ahornzucker einigermaßen abzuhelfen. Es wird davon gesprochen, daß Präsident Wilson möglicherweise die Schlachthöfe und die Fleischkonservenindustrie in Chicago unter seine Kontrolle nehmen wird.

Neues Wiener Tagblatt
15./VIII.1918

199

Die Approvisionierung Böhmens.

Die „Deutschböhmische Korrespondenz" meldet: Heute mittag sprach eine Abordnung des Ernährungsausschusses der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen, bestehend aus den Herren Generalsekretär Melzer, Direktor Staudt, Kommissär Dr. Dembitzky und Redakteur Dr. Bacher, beim Ministerpräsidenten v. Hussarek vor, um die Grundzüge des vom Ernährungsausschusse ausgearbeiteten Programms zu erläutern. Der Ministerpräsident zeigte sich über die wesentlichen Punkte der Vorschläge unterrichtet und erklärte, daß die wirtschaftliche Neueinteilung Böhmens in geschlossene Wirtschaftsgebiete den Gegenstand der Beratungen der Regierung bilde. Generalsekretär Melzer verwies darauf, daß in der Bevölkerung Deutschböhmens durch die bisherige mangelhafte Ernährungsfürsorge das Vertrauen in die Autorität des Staates erschüttert wurde und daß es notwendig sei, die wirtschaftliche Neuregelung von allen politischen und wirtschaftlichen, beziehungsweise nationalen Sonderbestrebungen, namentlich aber auch von den Einflüssen gewisser Eigen- und Standesinteressen freizuhalten. Die von der Fortschrittspartei vorgeschlagene Basis sehe daher auch national gemischte Wirtschaftsgebiete vor. Im weiteren Verlaufe der Unterredung wurden die Fragen der Erfassung des Getreides beim Drusch, des individuellen Mindestablieferungskontingents, der Lohnmühlen, des Rucksackverkehres, des Brotverlaufes durch eigene Brotverteilungsstellen und der dringend notwendigen Rayonierung in Prag eingehend besprochen. Der Ministerpräsident betonte die Notwendigkeit, das gesamte Ernährungswesen auf eine reformierte Basis zu stellen. Auch die Zeit nach dem Kriege werde noch lange nicht normale Verhältnisse bringen, so daß eine jetzt geleistete Arbeit auch dann ihre Früchte tragen werde. Die Regierung werde die Vorschläge der Partei einer genauen Prüfung unterziehen.

Arbeiterzeitung
15./VIII. 1918

200

Die Ernährung der Soldaten im Hinterland.

Im Februar haben die Abgeordneten Max Winter und Sever eine Anfrage an den Landesverteidigungsminister gerichtet, die sich auf die stürmischen Ausschreitungen einer damals im Dreher-Park untergebrachten Abteilung des Infanterieregiments Nr. 64 bezog. Diese Anfrage hat nun der Landesverteidigungsminister beantwortet und dabei folgendes ausgeführt:

Die Ausschreitungen stellten sich nach dem Erhebungsergebnis als eine durch übermäßigen Alkoholgenuß ausgelöste Demonstration gegen den Wirt dar, dem die Mannschaft dadurch ihre Unzufriedenheit mit der ihnen in letzter Zeit verabreichten unbefriedigenden Verpflegung bekunden wollte. Antimilitaristische Beweggründe lagen den Ausschreitungen nicht zugrunde und es kann von einer Weigerung der Soldaten, ins Feld abzugehen, und diesbezüglichen demonstrativen Aeußerungen keine Rede sein. Die Marschkompagnien sind auch willig und anstandslos zur Front abgegangen. Unrichtig ist, daß die Exzedenten eine Trafik erbrochen und im Keller nach Oeffnen der Weinfässer den Wein, der nicht vertilgt wurde, hätten ausrinnen lassen. Auch sonst erscheint die in der Anfrage von dem Vorfall gegebene Darstellung arg übertrieben. In Wirklichkeit wurde Brot aus dem Brotmagazin und ein größeres Quantum Tabak und Seife entwendet.

Die Behauptung, daß der Inhaber der Gastwirtschaft mit dem Proviantoffizier und auch mit anderen Offizieren auf besonders gutem Fuße stehe und daß er einzelnen dieser Offiziere zu Weihnachten einen Korb Wein geschickt habe, wurde durch die Erhebungen nicht bestätigt. Daß die Verpflegung der Mannschaft — wie ja der Bevölkerung überhaupt — mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und nicht immer in befriedigender Weise durchgeführt werden kann, wird zugegeben. Auch im vorliegenden Falle ergaben die Erhebungen, daß seit Dezember 1917 infolge der Kartoffelrayonierung und des notorischen Gemüsemangels für die Mannschaftskost weder Kartoffeln noch Hülsenfrüchte oder Kraut verfügbar waren und daß trotz aller Bemühungen die angeforderten Mengen kaum zur Hälfte einlangten und bei dem schon im November erhöhten Mannschaftsstand in kürzester Zeit verbraucht waren. Es mußten daher notgedrungen meist Wrucken — mitunter sogar mittags und abends — verabreicht werden und auch die Beschaffenheit dieser Zuspeise ließ bei der geringen für Mann und Tag entfallenden Fett- und Mehlquote viel zu wünschen übrig.

Daß übrigens die Verpflegung der Proviantoffiziere im Verhältnis zu der Mannschaftsverpflegung außerordentlich üppig sei, ist nicht richtig. Zunächst sei festgestellt, daß sich beim Ersatzbataillon des Infanterieregiments Nr. 64 zur kritischen Zeit überhaupt nur ein Proviantoffizier befand. Sollte aber die Offiziersmenage des Bataillons gemeint sein, dann wird die Behauptung der Anfrage in diesem Punkte dahin richtiggestellt, daß die in eigener Regie geführte Offiziersmesse des Ersatzbataillons den Offizieren eine recht bescheidene Kost verabfolgt, wie es bei den herrschenden Verpflegsschwierigkeiten ja nur natürlich ist.

Mit Rücksicht auf die bestehende Verpflegssituation, die Schwierigkeit in der Lebensmittelbeschaffung und die steigenden Artikelpreise sah sich die Heeresverwaltung veranlaßt, die Verpflegung der Hinterlandsformationen auf eine neue Grundlage zu stellen, ohne daß hiedurch die geltenden oder künftigen Verbrauchssätze beeinflußt werden.

Diese neue Grundlage bildet eine Kostgeldberechnung, bei der die Grundgebühr (Fleisch, Gemüse, Zubereitungserfordernisse, Frühstück und Nachtmahl) ausschließlich durch den Fleischpreis bestimmt wird und mit diesem wächst und fällt. Als Fleischgebühr wurde hiebei eine Quote von 180 Gramm für Mann und Tag festgesetzt. Da die Gemüsequote, Zubereitungserfordernisse und das Frühstück und Nachtmahl auf Grund der Fleischpreise ermittelt werden, so stehen den Hinterlandsformationen zur Beschaffung dieser Artikel und Mahlzeiten Geldmittel zur Verfügung, welche es ermöglichen sollen, den Mann gut zu verpflegen. Die Einführung dieser Kostgeldberechnung hat sich nach den bisher eingelaufenen Nachrichten gut bewährt. Die Brotgebühr selbst mußte infolge des bekannten Mehlmangels von 350 auf 250 Gramm reduziert werden und die Differenz von 100 Gramm wird durch andere Artikel ersetzt. Nach der im Zuge befindlichen Fleischsicherstellung wird diese Differenz von 100 Gramm Brot durch 50 Gramm Fleisch ersetzt werden. Der Rest auf die normale Brotgebühr wird teilweise ersetzt und teilweise dem Manne im Geld erfolgt.

Hinsichtlich der Gleichstellung der Mannschaftskost mit der Offizierskost muß ich feststellen, daß ein Unterschied in der vorerwähnten Kostgeldberechnung für beide Kategorien nicht besteht. Die Institution der Offiziersmessen beruht hauptsächlich auf dem Umstand, daß für die Teilnehmer an der Offiziersmesse die Verpflegung abgesondert auf eigene Rechnung zubereitet und die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen werden. Daß die Offiziere von der Mannschaft getrennt essen, ist eine Selbstverständlichkeit, dies erfordert nicht nur das Ansehen des Standes, sondern auch die Erhaltung des Offiziers, der, gleichgültig ob aktiver, Reserve- oder Landsturmoffizier, doch eine andere Lebenshaltung gewohnt ist wie die Masse der Mannschaft.

Dies die Antwort des Landesverteidigungsministers, aus der zunächst hervorgeht, daß damals beim Weigl draußen wirklich Zustände herrschten, die alles erklären. Wenn die Ausschreitungen dazu geführt haben, daß wirklich in den Ernährungsverhältnissen der Hinterlandssoldaten Wandel geschaffen worden ist, so muß man fragen, ob man denn immer warten muß, bis derartige Winke mit dem Zaunpfahl kommen. Was der Landesverteidigungsminister über diesen Wandel selbst sagt, ist allerdings nicht ganz überzeugend. Eine bloße „Umgruppierung" der Kostgebühren wird wenig helfen, wenn nicht auch wirklich die erforderlichen Lebensmittel herbeigeschafft werden. Aus nichts wird nichts, wenn man auch noch so viel umgruppiert. Was die Lebenshaltung der Offiziere betrifft, so wollen die Behauptungen, daß sie auch in Bezug auf die Ernährung ein sehr bevorzugtes Dasein führen, eben doch nicht verstummen. Es würde daher das Vertrauen zum Offizierskorps und zu seiner Fähigkeit, Opfer zu bringen, sehr heben, wenn es sich endlich entschließen wollte — sei es auch bei gedeckten Tischen und aus blitzblank gescheuertem Geschirr — genau dasselbe zu essen, was die Mannschaft bekommt.

Reichspost
16./VIII. 1918

201

Der Ministerpräsident über Versorgungsfragen.

Einer Abordnung des Tschechischen Verbandes gegenüber, die wegen der Mehl- und Brotpreiserhöhung und der mangelhaften Versorgung böhmischer Städte mit Kohle beim Ernährungsminister Paul und beim Ministerpräsidenten Freih. v. Hussarek vorsprachen, erklärte der letztere, von einer Herabsetzung des festgesetzten Preises für Mehl und Brot könne keine Rede sein. „Diese Preise bleiben aufrecht, da der Staatsschatz nicht Auslagen übernehmen könne, die durch die Erhöhung der Getreidepreise bewirkt worden sind, die nach der Ansicht der Regierung mit Rücksicht auf die Erhöhung der Getreideproduktion notwendig sind. Es wird dafür gesorgt werden, daß schon in den nächsten Tagen (von morgen an) in Prag und in Böhmen die ganze Quote an Brot und Mehl wieder eingeführt werde. Die bisherigen Schwierigkeiten haben ihren Grund hauptsächlich in dem Umstande, daß die Mühlen wegen Kohlenmangels nicht auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit sind. Das hier fehlende Mehl werde durch ungarisches ersetzt werden." Der Regierungschef sagte dann, in diesem Jahre wäre eine große Ernte an Rübe zu gewärtigen, doch bestände die Befürchtung, diese Rübe werde infolge des Kohlenmangels nicht voll und rationell verarbeitet werden können. Frh. v. Hussarek appelliert deshalb an die Bergarbeiter, sie mögen in ihrem Interesse sowie in jenem der Allgemeinheit die Kohlenproduktion zu erhöhen trachten. Die anwesenden Abgeordneten erklärten dagegen, daß eine erhöhte Arbeitsleistung der Bergarbeiter notwendigerweise die Aufbesserung der Lebensmittel für die Bergarbeiter und deren Familien voraussetze; werde diese Bedingung nicht erfüllt, so könne keine Erhöhung der Kohlenproduktion erhofft werden. Der Ministerpräsident erwiderte, es werde auch in dieser Hinsicht das Möglichste geschehen, damit die drohende Kohlenkalamität abgewendet werde.

Neues Pester Journal

16./VIII. 1918

202

Kartensystem in der Umgebung Budapests

Mißstände in der Verpflegung der Vororte. — Behördliche Bewirtschaftung der Lebensmittel. — Eine halbe Reform. — Keine Groß-Budapester Kartengemeinschaft.

In der Verpflegung der in der Nähe Budapests befindlichen Ortschaften herrschen seit Kriegsbeginn arge Mißstände, die darauf zurückzuführen sind, daß das Ernährungsamt zu geringe Mengen Lebensmittel den Gemeinden zur Verfügung stellt, die überdies von den Ortsvorstehungen auch schlecht bewirtschaftet werden. Vollständige Verteilungsanarchie kennzeichnet das Approvisionierungswesen der Nachbarorte Budapests. Das Ernährungsamt hat in Budapest eine Potemkinsche Musterversorgung etabliert, die sehr oft zur falschen Beurteilung unserer Approvisionierungsverhältnisse im Auslande führt, obzwar es auch hier nicht gut um die Verpflegung steht. Die Umgebung Budapests hingegen muß seit Jahren unter drückenden Ernährungsschwierigkeiten leiden. Die in dem Getriebe des Wirtschaftslebens ganz unerfahrenen Gemeindeverwaltungen wurden sich selbst überlassen, ohne daß ihnen das Landes-Ernährungsamt genügende Mengen Lebensmittel zur Versorgung der Bevölkerung überlassen hätte. Die kaufkräftigen Elemente können sich dort ihren Lebensbedarf wohl sichern, aber die Leute, die auf den Heller sehen müssen, gelangen nicht zu Lebensmitteln und leiden bittere Not.

Seit Jahr und Tag waren diese Verhältnisse dem Landes-Ernährungsamte durch zahlreiche Beschwerden der Bevölkerung bekannt, ohne daß es daran geschritten wäre, eine Sanierung der unhaltbaren Situation herbeizuführen. Erst jetzt, da das Gespenst des Hungers in der Umgebung Budapests schon herumschleicht, hat das Landes-Ernährungsamt die Einführung des Kartensystems angeordnet. Es wurde zunächst eine Kommission zur Verpflegung der Umgebung Budapests gebildet, deren Präsident der Vizegespan des Pester Komitats und dessen Vizepräsident Josef Tamási ist. Die Kommission führt zunächst in folgenden 28 Gemeinden das Kartensystem ein: Alag, Albertfalva, Békásmegyer, Budafok, Budakaláß, Budatétény, Cinkota, Csepel, Dunaharaßti, Dunakeßi, Erzsébetfalva, Felsögöd, Kispest, Nagytétény, Pesthidegkut, Pestszentlörincz, Pestujhely, Pomáz, Rákoscsaba, Rákoskereßtur, Rákosliget, Rákospalota, Rákosßentmihály, Sorokßár, Szentendre, Törökbálint, Ujpest und Vecsés. Das Amtslokal der Kommission befindet sich in Budapest, Varosgasse 13. In jeder Gemeinde wird unter Einbeziehung der Vorstehungen eine Approvisionierungssektion errichtet, die die Leitung des Verpflegswesens übernimmt. Bei der Durchführung dieser Neuerung war auch der Gesichtspunkt maßgebend, die Doppelversorgung von Arbeitern, die in Budapester Fabriken bereits Lebensmittel erhalten, zu verhindern.

Wir können die Reform der Approvisionierung der um Budapest liegenden Ortschaften nicht voll billigen. Viel zweckentsprechender wäre es gewesen, eine Groß-Budapester Kartengemeinschaft zu errichten, so daß in Budapest und in allen umliegenden Ortschaften gleiche Lebensmittelkarten ausgegeben würden, die überall Einlösung fänden. Laut dem Aktionsplane der Verpflegskommission werden die Lebensmittelkarten nur in dem Bereiche der einzelnen Gemeinden Gültigkeit besitzen. Das ist eine künstliche Absperrung der Gemeinden von einander, die in die Zeit des wirtschaftlichen Aufstrebens Budapests sich gar nicht hineinfügen läßt. Der Beamte und Fabriksarbeiter, der tagtäglich aus einer umliegenden Ortschaft nach Budapest kommt, weil ihn sein Beruf hieher bindet, kann nicht von der Budapester Versorgung willkürlich ausgeschlossen werden. Seine Karte muß ihn berechtigen, hier zumindest Brot und Mehlspeise zu kaufen. Wieder umgekehrt, wenn ein Budapester in der Umgebung etwas zu tun hat, möge man ihn nicht zwingen, einen Eßkorb mitzunehmen.

Nur zu gut ist uns der Hintergrund der Neuregelung der Verpflegung der Vororte Budapests aus der Zeit bekannt, als im Vorjahre Staatssekretär Dr. Franz Nagy mehrmals Enqueten in dieser Angelegenheit abgehalten hat. Die Groß-Budapester Kartengemeinschaft, die aus der Not des Ernährungswesens den ersten Schritt zur Eingemeindung der Vororte in das Groß-Budapester Kommunalwesen gebildet hätte, wurde damals verworfen, weil das Landes-Ernährungsamt keine Garantie bieten wollte, daß es den umliegenden Ortschaften die gleichen Lebensmittelrationen wie für Budapest anweisen werde. Praktisch wäre es viel vorteilhafter gewesen, die umgebenden Ortschaften in das Budapester Kartensystem einzubeziehen, weil hiedurch eine glattere Abwicklung der Versorgung gesichert gewesen wäre. Das Budapester Zentral-Mehlamt (der Name ist ein Anachronismus, da es bereits längst ein Zentral-Kartenamt ist) hätte in den einzelnen Gemeinden Filialen mit der Berechtigung der Kartenausteilung und Karteneinlösung aufstellen können. Schon bei Beginn der Aktion der Approvisionierungskommission zeigen sich Schwierigkeiten: die Versorgung mit Fett und Dörrgemüse ist nicht gesichert. Eine Besserung der Zustände können nicht halbe, sondern ganze Reformen herbeiführen!

Tägliche Rundschau 16/VIII. 1916. 204

* **Dringende Warnung.** Das Polizeipräsidium teilt mit: Es wird dringend davor gewarnt, beim Einkochen von Obstmus, Marmeladen, Fruchtsäften und dergleichen verzinkte Stahlblechgefäße zu verwenden, weil Fruchtsäuren geeignet sind, Zink zu lösen. Es gibt überhaupt keine verzinkten Gefäße, bei deren Benutzung zur Zubereitung von Lebensmitteln die Abgabe von Zink schlechthin ausgeschlossen ist. Zum Einkochen von Obstdauerwaren eignet sich auch nicht gewöhnliches eisernes Geschirr, weil solches an die betreffenden Lebensmittel Eisen abzugeben vermag, wodurch diese unter Umständen ungenießbar und somit unbrauchbar werden. Es empfiehlt sich daher, beim Einkochen der oben genannten Obstzubereitungen an Stelle des sonst üblichen Kupfergeschirrs Emaillegeschirr zu verwenden. Vielfach werden mehrere verwandte, bekannte oder befreundete Familien in der Lage sein, gemeinschaftlich einen Kessel zu benutzen, was auch aus dem Grunde ratsam ist, damit nicht infolge zu großer Nachfrage ein Mangel an Emaillegeschirr eintritt.

Zugleich werden die Händler, die verzinktes eisernes Geschirr vertreiben, darauf hingewiesen, daß die Herstellung sowie das Feilhalten, Verkaufen und sonstiges Inverkehrbringen von Kochgeschirr, dessen bestimmungsgemäßer oder vorauszusehender Gebrauch die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, im Nahrungsmittelgesetz mit empfindlichen Strafen bedroht ist.

Der Neue Abend
16./VIII. 1918

205

Sorget für die Säuglinge!

In wiederholten Aufsätzen hat der „Neue Abend" in der letzten Zeit die Frage der Säuglingsernährung behandelt. Die neue Ernte ist fast schon zur Gänze eingebracht und die Behörden sind jetzt daran, den Verteilungsplan für das Wirtschaftsjahr 1918/19 aufzustellen. Es wird dabei bestimmt, welche Mengen von Getreide für diesen oder jenen Zweck, gleichsam als eiserner Mindestvorrat bereitzuhalten sind und wenn dabei Fehlschätzungen und Irrtümer unterlaufen, so ist die Schuld weniger den Behörden als den Verhältnissen zuzuschreiben. Desto vorsichtiger muß der Verteilungsplan vorgenommen werden. Im vorigen Sommer hieß es nach der Einbringung der Ernte, daß die Ernährung der Bevölkerung Österreichs sichergestellt sei. Die Tatsachen haben leider gezeigt, daß diese Annahme ein großer Irrtum war. Es sollen hier keine Betrachtungen darüber angestellt werden, was uns im jetzt beginnenden Wirtschaftsjahre beschieden sein wird. Nur eine Folgerung wollen wir aus der Vergangenheit ableiten: wenn es wieder notwendig sein sollte, die Bevölkerung Österreichs im Nahrungsmittelbezug zu kürzen, so dürfen davon nicht, wie es in den letzten Monaten der Fall war, auch die Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahr betroffen werden.

Berufene Ärztekreise haben der Frage zur Sicherstellung der Säuglingsnahrung bereits ihre Aufmerksamkeit zugewendet. In einem Gespräch, das der Verfasser dieses Aufsatzes mit dem Leiter der Reichsanstalt für Säuglingspflege und Mutterschutz, Dozenten Dr. Leopold Moll, vor einigen Tagen hatte, kommt diese Sorge deutlich zum Vorschein. Dozent Moll, der als Leiter eines großen Kinderkrankenhauses und als Gründer der Kriegspatenschaft die Verhältnisse sehr genau kennt, ist der Meinung, daß es höchste Zeit sei, sich mit unserer Frage, die den zarten und empfindlichen Nachwuchs unserer Bevölkerung betrifft, endlich zu beschäftigen. Die öffentliche Fürsorge und die Aufklärung der Mütter vermochten in den Kriegsjahren 1915 und 1916 die Säuglingssterblichkeit in Wien herabzudrücken. Man drang in die Mütter, ihre Kinder unter allen Umständen selbst zu säugen und verteilte Stillprämien und gab, wo es nötig war, Unterstützungen, um die Mütter besser zu ernähren und ihnen das Stillgeschäft zu ermöglichen. Der Staat kann den Männern, die sich der schweren Aufgabe der Beratung und Aufklärung und des Spendensammelns für die Säuglingsmütter unterzogen, nicht genug danken. Heute aber ist diese Tätigkeit kaum mehr möglich. Die Bevölkerung ist unterernährt, die Mütter können zu einem leider sehr ansehnlichen Teil nicht mehr stillen und es bleibt nichts anderes übrig, als Säuglingsnahrung statt wie früher Mutternahrung sicherzustellen. Dozent Moll macht daher den Vorschlag, eine Kinderkarte zu schaffen, gegen welche alle für die Ernährung des Säuglings bis zu einem gewissen Alter notwendigen Lebensmittel auszufolgen wären. Das wären Weizen- oder Maisgrieß (etwa ein halbes Kilogramm wöchentlich), Zucker, (etwa 1¼ Kilogramm monatlich) und täglich ein Liter Milch. Bis zum vollendeten ersten Lebensjahr kommt das Kind, wenn ihm genug Milch zugeführt wird, ohne besondere Fettnahrung aus, wenn aber die Kinderkarte auch die Säuglinge von einem Alter über einem Jahre umfassen soll, so müßte die Kinderkarte auch auf Fett lauten. Der Anreger dieses Gedankens verhehlt sich nicht, daß mit der Schaffung einer Kinderkarte allein nichts getan wäre, es müßten vielmehr in erster Linie die Lebensmittel, auf welche die Karten lauten, unbedingt sichergestellt werden, und zwar so, daß die Kinderkarten von jeder Kürzung freibleiben. Dies müßte jetzt bei der Aufstellung des Ernährungsplanes geschehen und für die Durchführung des Planes zu sorgen, wäre vor allem das neugeschaffene Ministerium für Volksgesundheit im Einvernehmen mit dem Ernährungsamt berufen.

Wie viel Getreide ist nötig?

Eine Rechnung ergibt, daß die Kinderkarte mit verhältnismäßig geringem Aufwand eingeführt werden könnte. Es käme hauptsächlich die städtische Bevölkerung für eine Beteilung mit der Kinderkarte in Betracht. Die ländliche Bevölkerung kann ausgeschieden werden, da sie besser versorgt ist.

Wenn man nun die Insassen der Städte mit zweitausend Einwohnern mit in Betracht zieht, so ergibt sich nach der Volkszählung vom Jahre 1910, daß Österreich in Orten mit mehr als 2000 Einwohnern insgesamt rund 12 Millionen Menschen zählt. Läßt man die Städte mit einer Einwohnerzahl von 2000 bis 5000 Menschen aus, so ergibt sich im ganzen für die Städte mit einer Einwohnerzahl von 5000 Menschen aufwärts eine Ziffer von 7½ Millionen Einwohnern. Da Wien mit seiner Zweimillionenbevölkerung nicht mehr als 17.000 Säuglinge hat, so ergibt sich für 7½ Millionen Einwohner eine Säuglingszahl von 63.750. Der Staat hätte also, für jedes Kind ein halbes Kilogramm Grieß berechnet, nicht mehr als wöchentlich 31.875 Kilogramm Grieß sicherzustellen oder wöchentlich rund 3·2 Waggons. Das ergibt im Jahre 176·4 Waggons Grieß. Soviel muß der Staat unter allen Umständen für die kleinsten Kinder bereitzuhalten in der Lage sein. Für Orte mit 2000 bis 5000 Einwohnern, die hauptsächlich von Arbeiterbevölkerung bewohnt sind und mitten in einem Industriebezirk liegen, daher gewöhnlich schlecht versorgt sind, wäre besondere Vorsorge zu treffen. Der Aufwand von 176·4 Waggons wäre zu diesem Zweck höchstens auf 200 Waggons abzurunden.

Ein Kindernährmehl.

Nun wird aus Kreisen, die sich mit der Kinderfürsorge befassen, gegen die Kinderkarte der Einwand erhoben, daß sie den Säuglingen deshalb keinen unbedingten Schutz gewähre, weil die Angehörigen der Kinder in ihrer Not die für den Säugling bereitgestellte Nahrung selbst verzehren. Leider ereignet sich dieser Fall immer wieder und eine kürzlich in Wien stattgefundene Gerichtsverhandlung hat ergeben, daß zwei Pflegefrauen die ihnen für die Pflegesäuglinge zugestellte Milch weiterverkauft haben. Dagegen wird es kaum einen Schutz geben. Ein Aushilfsmittel wäre darin gelegen, von Staats wegen ein Kindernährmehl, bestehend aus Grieß, Trockenmilch und einem knochenbildenden Zusatz herstellen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß die Erwachsenen sich an dieser Kindernahrung nicht so leicht vergreifen werden. Das Kindernährmehl hätte auch den Vorteil, daß zu seiner Bereitung Trockenmilch notwendig ist, die aus Ungarn oder dem neutralen Auslande herbeigeschafft werden kann. Für die Kinder wäre dann Milch in dieser Form für alle Fälle sichergestellt. In den letzten Monaten ist, wie man weiß, der traurige Fall eingetreten, daß viele Haushalte mit einem Säugling ihre Pflichtmenge von einem Liter Kindermilch nicht ausgefolgt erhielten. Sie erhielten wochen- und monatelang nur ¾ Liter und auch diese nur in einem arg verwässerten Zustand. Die Schäden, die daraus erwuchsen, können gar nicht ermessen werden. Man kann also der Herstellung eines ausreichenden Kindernährmehls unbedingt das Wort reden. Es wird nur darauf zu achten sein, daß es Nährstoff in solchen Mengen und in solcher Auswahl enthält, daß es das Wachstum des Kindes in jeder Hinsicht sicherstellt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere heute nicht zum ersten Male gegebenen Anregungen von den Behörden aufgenommen, studiert und mit Tatkraft behandelt werden. Wir wiederholen: wenn der Staat den Erwachsenen keine ausreichende Ernährung verbürgen kann, so ist er auf alle Fälle verpflichtet, die Nahrung für Kinder in ihrem empfindlichsten Lebensalter sicherzustellen, für sie zu sorgen, sie vor jeder Schädigung zu bewahren und ihr Gedeihen zu fördern. Die Fachleute wissen, daß ein bis zu seinem ersten Jahr gutgenährtes und gepflegtes Kind alle Aussichten hat, ein gesunder und kräftiger Mensch zu werden, ein Kind aber, das in den gefährlichsten Monaten nach seiner Geburt nicht genügend ernährt wird, leider für immer verloren ist.

Frankfurter Zeitung 17/VIII. 1918.

= **Lebensmittel- und Brennstoff-Versorgung.** Das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich gestern mit der Frage der Lebensmittel- und Brennstoff-Versorgung. Der Versammlung wohnten Vertreter der Kriegsamtsstelle, des Polizeipräsidenten und des Magistrats bei. Das einleitende Referat erstattete Arbeitersekretär Kaiser. Er forderte Erhöhung der Mehl- bezw. Brotration. Mit dem einen Pfund Kartoffeln wie im Vorjahr könne die städtische Bevölkerung nicht leben; eine entsprechende Erhöhung tue not. Die frühere Fleischration müsse beibehalten, die Fettration könne sicherlich erhöht werden, wenn man an der Erzeugerstelle schärfer zufassen wolle. In der Aussprache erklärte Hauptmann Emmerling, daß das Stellvertretende Generalkommando ein hohes Interesse daran habe, über die Stimmungen in der Arbeiterschaft unterrichtet zu sein. Der guten Getreideernte stehe leider eine wenig ergiebige Frühkartoffelernte gegenüber. Die Obstversorgung habe restlos versagt, mußte versagen infolge der geringen Ernte. Das Obsthamstern habe den Rest gegeben. Die kommende Kartoffelernte werde besser sein wie die im Vorjahr, damit sei die Grundlage zur Versorgung gegeben. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Periode müßten überwunden werden. Herr Heidingsfelder, der Leiter der Rhein-Mainischen Lebensmittelstelle, versicherte, daß auch die zivilen Behörden den Schleichhandel mit allen möglichen Mitteln zu unterbinden suchen, unter möglichster Schonung der kleinen Leute, die für ihre Familie eine Kleinigkeit zu hamstern versuchen. Es sei durchaus unzutreffend, daß unter den Augen der Behörde waggonweise „verschoben" werde. Die Bahnsendungen würden nach Möglichkeit kontrolliert und Beschlagnahmungen regelmäßig vorgenommen, wenn eine unrechtmäßige Sendung gefunden werde. Die Erfassung werde durchaus scharf durchgeführt und mit allen Mitteln das Möglichste herausgeholt. Direktor Dr. Schmude verlangte, daß Frankfurt in der Zuweisung nicht schlechter bedacht werde wie andere Städte. Eine Kartoffelreserve von 200 000 Zentner werde geschaffen. Mißbräuche mit Lebensmittelkarten durch Beamte des Lebensmittelamtes würden für die Folge dem Staatsanwalt überwiesen. Stadtrat Fulda verglich die vorjährige Kohlenbelieferung mit der diesjährigen und wies darauf hin, daß im Vorjahre im August nur 4 Zentner Küchenbrand den Haushaltungen hätten überwiesen werden können, während wir heuer schon 11 Zentner lieferten, wozu dann noch 10 bis 15 Zentner Koks als Ofenbrand kommen. Der Vorsitzende, Weidner, faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß wegen der andauernden Mängel in der Lebensmittelversorgung starke Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft bestehe und es Pflicht der Behörden sei, schärfer dort zuzugreifen, wo die Lebensmittel erzeugt würden.

Neues Wiener Tagblatt
18. VIII. 1918

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Lebensmittelpreise.

Gestern war auf den Wiener Märkten ein Kilogramm Fettgans mit 53 K., ein Kilogramm Gänsefett mit 88 K. angeschrieben. Sicherlich wären diese Preise bedeutend niedriger, wenn nicht Ungarn die Geflügelausfuhr beträchtlich verteuert hätte, aber die Tatsache, daß ein Kilogramm Fettgans gegenwärtig, wo die Gänse noch sehr wenig Fett haben, um 53 K. an den Mann gebracht werden kann, hat durch sich allein Bedeutung, einerseits als Symptom der Verpflegungsverhältnisse und anderseits als treibende Kraft, deren Wirkung auf die Preise aller andern Lebensmittel nicht ausbleiben wird. Die Lebensmittelpreise sind während des Krieges stetig gestiegen, manchmal in langsamem, manchmal in raschem Tempo, und allem Anschein nach setzt jetzt, am Beginn des fünften Kriegsjahres, wieder ein rapides Emporschnellen ein, dessen Höhepunkte noch nicht abzusehen sind. Vorläufig kostet ein Kilogramm Schweinefett so viel, wie vor dem Kriege ein ausgewachsenes Jungschwein gekostet hat, und bis die Gänse ordentlich Fett ansetzen werden, wird der Monatsgehalt eines Beamten der achten Rangsklasse kaum ausreichen, eine feiste Gans zu erwerben. Die Folgen dieser Verhältnisse für die Erhaltung des Mittelstandes lassen sich kaum ausdenken, und es ist in hohem Maße beängstigend, daß die Staatsgewalt sich diesen Zuständen gegenüber als ohnmächtig erweist.

Zwei Mittel hat der Staat gegen übermäßige Verteuerung der Bedarfsgegenstände anzuwenden versucht, nämlich Beschlagnahme bei den einen und Vorschreibungen von Höchstpreisen bei andern Artikeln, aber beide haben vollständig versagt. Was der Staat im Wege der Beschlagnahme zu billigen Preisen aufbringt, ist so wenig, daß man bei den allerbescheidensten Ansprüchen davon nicht leben kann, und man könnte es nicht einmal dann, wenn die Rationen wirklich verabfolgt würden, was bekanntlich nicht immer geschieht. Die völlige Unzulänglichkeit der staatlichen Versorgung zwingt die Verbraucher, sie zu ergänzen, und die Gewinnsucht der Verbraucher und Händler wirkt immer mehr dahin, daß diese Ergänzung nur im Schleichhandel stattfinden kann. Wohl sind im Kriege immer mehr Artikel der staatlichen Bewirtschaftung unterstellt und so für den Schleichhandel reif gemacht worden, aber auch die meisten frei gebliebenen Lebensmittel können, wenn sie von guter Beschaffenheit sind, nur mehr im Schleichhandel erworben werden. Noch im vorigen Jahre konnte man schönes Gemüse oder schönes Obst durch langwieriges Anstellen auf den Märkten erwerben, heuer aber muß man es in Lüden suchen, in welchen man sich an die Höchstpreise nicht hält.

Der Schleichhandel ist aber nicht bloß die Folge der schlechten staatlichen Versorgung, sondern trägt auch zu ihr ursächlich bei, denn je mehr die Verbraucher auf den Schleichhandel angewiesen sind, um so stärkeren Anreiz und um so mehr Gelegenheit zu heimlichem Handel finden Erzeuger und Händler. Darum kann man dem Uebel von Grund auf nur zu Leibe gehen, wenn man die Aufbringung der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel, die heute sehr viel zu wünschen übrig läßt, vervollkommnet, zum zweiten aber auch dafür sorgt, daß sie auf dem Wege über den Händler nicht verschwinden. Das gilt nicht nur rücksichtlich des Getreides, es gilt auch rücksichtlich aller andern Lebensmittel. Wochen vergehen, bevor ein Bezirk ein halbes Kilogramm Kartoffeln bekommt, aber im Schleichhandel kann man vor den Toren Wiens und in der Stadt selbst Kartoffeln zentnerweise kaufen. Natürlich nicht zu Höchstpreisen. Ebenso bekommt man Eier genug, wenn man bereit ist, fürs Stück 2 K. und mehr zu bezahlen. Solchen Zuständen muß ein Ende gemacht werden, aber das kann man nicht, wenn man sich auf die Bestrafung des Schleichhandels verlegt, vielmehr muß dessen Ursache, die schlechte staatliche Versorgung, bekämpft werden.

m. h.

* * *

Arbeiterzeitung
18./VIII. 1918

Die „dienstherrliche" Versorgung.

Als sich die Arbeiter zu regen begannen, strebten sie überall danach, dem „Kost- und Logiszwang", der Versorgung durch den Dienstherrn, zu entgehen, um das Recht zu erringen, ihr privates Leben nach eigenem Willen und persönlichen Bedürfnissen zu ordnen. Die größten gewerkschaftlichen Kämpfe wurden gegen die Schlafgelegenheit im Hause des Dienstherrn, gegen den Naturallohn und das Truckſystem geführt und die Berufe, die, wie das Hausgesinde in Stadt und Land, noch im Hause des Arbeitsherrn wohnen, werden von dem Nachwuchs der Arbeiterschaft gemieden. In der Versorgung durch den Dienstherrn sahen alle Arbeiter eine Sklavenkette.

Im Kriege wurde das anders. Heute streben die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten die Versorgung durch die Hilfe des Arbeitgebers an, weil die sinkende Kaufkraft des Geldes sie zwingt, eine neue Form des Naturallohnes zu suchen. Vor Jahren hat Genosse Dr. Braun im „Kampf" den Vorschlag gemacht, es solle nur ein Teil des Lohnes festgelegt und durch Tarifverträge gebunden werden, der andere Teil solle aber nach den Lebensmittelpreisen jeweils errechnet werden. Die Kommission, die nun im Ministerium für soziale Fürsorge zur Regelung des Arbeitsverhältnisses in den Zeiten des Kriegsnotstandes tagt, hat ähnliche Vorschläge erwogen und grundsätzlich zugestimmt, daß die Lebenskosten jeweils mit der Lohnhöhe in Einklang gebracht werden sollen. Aber diese Methode allein sichert den Arbeitern noch nicht die Versorgung, denn das Geld vermag nur zu kaufen, wenn Ware greifbar ist. Deshalb streben alle Arbeiter und Angestellten direkte Versorgung durch den Dienstherrn an, nur nicht mehr als persönliche, sondern als organisierte Gesamtversorgung. Bei der Arbeiterschaft hat dieses Bestreben zur Organisation der Lebensmittelverbände geführt, die vollständig paritätisch von Unternehmer- und Arbeitervertretern geleitet werden und die dadurch die Freiheit der Arbeiterschaft sichern. Anders mußte die dienstherrliche Versorgung in den Kreisen der viel weniger gut organisierten und gesellschaftlich viel abhängigeren Beamtenschaft wirken, wo die gewerkschaftliche Organisation noch nicht jene Kraft besitzt, die zur Erringung der paritätischen Vertretung die wesentliche Voraussetzung ist. Es ist deshalb bei der Beamtenschaft die dienstherrliche Versorgung wesentlich durch Maßnahmen der vorgesetzten Behörden durchgeführt worden, so daß die Abhängigkeit fühlbarer und drückender geworden ist, als sie es in den Kreisen der Arbeiterschaft jemals hätte werden können.

Es besteht bei dieser Art der dienstherrlichen Versorgung aber nicht nur eine Gefahr für die Beamtenschaft, deren Abhängigkeit vergrößert wird, es entsteht auch eine Gefahr für die Finanzpolitik des Staates, weil er für Geschäfte haftbar wird, die er nicht kontrollieren kann und deren Haftung er allein übernehmen muß. Zur prinzipiellen Klarstellung der Grundsätze, wie eine dienstherrliche Versorgung geordnet sein soll und wie sie nicht beschaffen sein darf, wenn sie nicht die Beamtenschaft und den Staat schädigen soll, hat der Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsausschuß eine Denkschrift ausgearbeitet, die in folgende, der Regierung übermittelte Forderungen ausklingt:

1. Die Versorgung der öffentlichen Angestellten soll auf der Mitverwaltung aller Teilnehmer durch die Wahl eines Vertretungskörpers (Aufsichtsrates) aufgebaut sein.

2. Die Selbstverantwortung kann nicht vom Arbeitgeber dadurch eingeschränkt werden, daß er die geschäftlichen Risken trägt. Deshalb ist die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft die allein zulässige und gerechtfertigte Rechtsform für Konsumentenorganisationen, die einzige Rechtsform, die eine sparsame Gebarung, die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel und die innere Ordnung garantiert, die Geschäftsführung durch die Kontrolle der Mitglieder vor Korruption und den Fiskus vor Risken und Ersätzen bewahrt.

3. Wenn für die Lebensmittelabgabestellen bei Behörden und Aemtern ein Vertreter in den Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsausschuß berufen werden soll, so wird dieser die Zustimmung der Fachorganisationen der Beamtenschaft einholen, bevor er die Berufung des betreffenden Vertreters empfehlen kann.

Vossische Zeitung 19./VIII. 1918.

210

Die ungeteilte Arbeitszeit.

Von

L. Tend.

Zu dem kürzlich veröffentlichten Aufsatz von Prof. Dr. Hellpach wird uns von dem bekannten Schulmann, der auch auf diesem Gebiet reiche Erfahrungen hat, geschrieben:

Wir kommen um sie nicht herum. Die Zusammenziehung des Geschäftslebens in gewissen Stadtteilen, die Riesenbetriebe u. a. machen es unmöglich, daß ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten in Industrieorten und Großstädten der Arbeitsstätte so nahe wohnt, daß sie in der Mittagspause ihr Essen zu Hause einnehmen und sich noch etwas erholen können. Und wenn die ganze Mittagspause mit dem Gange von und nach der Arbeitsstätte und dem Hinabschlingen der Mittagskost ausgefüllt wird, kann auch von einer Erholung nicht die Rede sein. Die ungeteilte Arbeitszeit ist für viele Fälle eben eine Notwendigkeit geworden, mit der man sich abfinden muß. Aber eigentlich zufrieden sind, wie Professor Dr. Hellpach ganz richtig hervorhebt, nur ganz wenige damit, nämlich diejenigen, die ihre entlegene Wohnung auch bei geteilter Arbeitszeit in der Mittagspause nicht aufsuchen können.

Daß die ungeteilte Arbeitszeit aber schlechtweg ein Gewinn sei, wie oft behauptet und wissenschaftlich zu beweisen versucht ist, wird jeder bestreiten, der sie kennt. Sieben, acht oder gar neun Stunden, von kurzen Pausen unterbrochen, vermögen nur ganz kräftige Leute eine Zeitlang, auch nicht immer, geistig oder körperlich zu arbeiten. Die Mehrzahl der Arbeitenden vermag es nicht. Arbeitsverluste entstehen auf jeden Fall gegenüber der gleich langen Stundenzahl bei geteilter Arbeitszeit. Der Verlust ist um so größer, je schlechter die Ernährung, je schwächer und älter die Arbeitenden sind und je mehr von ihnen zusammengedrängte, alle Kräfte anspannende Arbeit verlangt wird.

Aber man tröstet sich damit, daß die Erholungszeit um so reichlicher und wertvoller sei, und das wirke doch auch wieder auf die Arbeitsleistung des nächsten Tages zurück. Auch das ist nicht der Fall. Wer beispielsweise von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr, also acht Stunden arbeitet und die dazwischen liegende Mittagspause sich genügend erholen oder ruhen konnte, ist um 6 Uhr nicht so völlig ermüdet wie bei durchgehender achtstündiger Arbeitszeit. Er kann über seine Abendstunden, durch Ermüdung ungehindert, verfügen, kann Vorträge hören, Theater besuchen oder für sich arbeiten. Der Abend ist für ihn noch etwas wert. Derselbe Mensch kann nicht von 8 bis 4 Uhr ununterbrochen arbeiten, es muß eine halbe Stunde Essenspause auf Mittag eintreten, die Arbeitszeit dauert also bis ½5 Uhr und bei einstündiger Mittagspause bis 5 Uhr. Gewinn eine Stunde. Die Ermüdung ist dann aber bei den meisten stark Arbeitenden so groß, daß sie vor oder nach der nun folgenden Hauptmahlzeit eine längere Ruhepause, viele eine reichliche Schlafpause brauchen. Dann aber ist es später als bei Abschluß der geteilten Arbeitszeit, und die meisten sind kaum noch aufgelegt oder in der Lage, einer ernsten Erholung außerhalb des Hauses, ihrer Fortbildung in Vorträgen und Lehrgängen usw. oder auch nur ernster Geselligkeit nachzugehen. Sie bleiben zu Hause oder suchen, wie man das in England tatsächlich sehr viel beobachten konnte, eine leichtere Vergnügungsstätte auf. An ein frühzeitiges Schlafengehen ist wegen der kurz vorhergegangenen Schlafpause auch nicht zu denken. **So ist der Abend in der Regel weniger wert und auch die Nachtruhe weniger gut vorbereitet als bei geteilter Arbeitszeit.**

Die ungeteilte Arbeitszeit ist ein notwendiges Uebel, das die Verhältnisse erzwingen und das man durch entsprechende Einrichtungen darum so erträglich wie möglich machen sollte, durch einstündige Mittagspause, Kantinen in allen Betrieben, für ältere Angestellte, leitende und Aufsichtspersonen aber zweistündige Mittagspause und Gelegenheit zur Mittagsruhe.

In der Kleinstadt und auf dem Lande denkt kein Mensch an ungeteilte Arbeitszeit. Man weiß, daß man durch eine zweistündige Mittagspause aus einem Arbeitstage mehr als zwei halbe macht und doch noch einen Feierabend behält. Wo in der Großstadt die bekannten Hindernisse nicht bestehen, da tut man gut, auch hier die alte Tageseinteilung beizuhalten. Die Teilung des Tages in zwei Hälften verdoppelt zwar nicht die Arbeitsleistung, aber die zwei kleineren Teile des Tages sind mehr als der eine größere. Das wird auch die gelehrte Forschung, die ja oft ihre ersten Feststellungen berichtigen mußte, früher oder später wohl bestätigen können.

Vossische Zeitung 20. Juni. 1918.

Probleme der Volksernährung.*)

Von

Dr. med. Alexander Lipschütz,

Privatdozent der Physiologie an der Universität Bern.

Die Sorge ums tägliche Brot, im unmittelbaren Sinne des Wortes, nimmt die große Mehrzahl der Menschen auch in Friedenszeiten sehr in Anspruch. Man kann sagen, daß die Menschen der europäischen Kulturwelt mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit für die Beschaffung von Nahrungs- und Genußmitteln verausgaben. Einige Jahre vor dem Krieg hat das Kaiserliche Statistische Amt eine große Anzahl von Haushaltungsrechnungen minderbemittelter Familien veröffentlicht, aus denen zu ersehen ist, daß bei einem Einkommen von etwa 1800 M. im Jahre eine Arbeiterfamilie über 50 pCt. ihres Einkommens für Nahrung ausgibt. Dasselbe Ergebnis hatte die große statistische Erhebung, die ein Jahr später von dem Deutschen Metallarbeiterverband veranstaltet wurde. Auch Haushaltungsrechnungen, die in Dänemark und Holland gesammelt wurden, ergaben dasselbe Resultat. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß der prozentische Anteil der Nahrungsausgabe an der Gesamtausgabe um so größer ist, je niedriger die Einkommensstufe — das sogenannte Engelsche Gesetz. Ein Einkommen von 1800 M. geht aber weit über das durchschnittliche Einkommen in Deutschland und in den anderen Ländern Europas hinaus, und es ist darum die Behauptung berechtigt, daß mindestens die Hälfte, wahrscheinlich aber weit mehr als die Hälfte aller Arbeit von den Menschen für die Beschaffung der notwendigen Nahrung verwendet wird.

Die Physiologie und Hygiene haben im Laufe der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiete der Ernährungswissenschaft ganz Außerordentliches geleistet. Die Ernährungsphysiologie ist eigentlich ganz ein Kind der jüngsten Zeit, und die besten Forscher haben diesem Gebiete der Physiologie ihre Kraft geliehen. Die Ernährungswissenschaft hat tiefe Wurzeln im Denken der Menschen gefaßt und den Kampf gegen Ernährungstorheiten erleichtert. Dort, wo größere oder kleinere Menschengruppen in einheitlicher Weise zu ernähren sind, wie in Krankenanstalten, Pflegeheimen, Kasernen und Gefängnissen, sind die Ergebnisse der Ernährungsphysiologie häufig zur Grundlage des praktischen Handelns geworden. Man hat hier das Kostmaß, wie es die Physiologie ermittelt hat, das Maß an Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten, die dem einzelnen zukommen soll, dem Aufbau des Speisezettels zu Grunde gelegt.

Aber es darf nicht bestritten werden, daß in manchem doch ein Riß zwischen Ernährungstheorie und Ernährungspraxis vorhanden ist. Ein Beispiel soll das klar machen. Die Physiologie und die tausendfältige Erfahrung haben gezeigt, daß das Fleisch für die Ernährung des Menschen nicht unbedingt nötig ist, indem das tierische Eiweiß, das den wichtigsten Bestandteil des Fleisches bildet, ohne den geringsten Schaden durch pflanzliches Eiweiß ersetzt werden kann, daß es der großen Mengen von Eiweiß, die man aufnimmt, wenn man viel Fleisch genießt, für die Ernährung gar nicht bedarf. Aus den bedeutungsvollen Untersuchungen von Kuczynski und Zuntz ist zu ersehen, daß der Verbrauch an Kalorien in Deutschland vielleicht um ein ganzes Drittel größer ist, als physiologisch nötig wäre.

Es ist leicht gesagt, daß es eben Ernährungstorheiten gibt, wie es Modetorheiten gibt, und man ist bald mit dem Urteil fertig, daß es nun gilt, die Ernährungstorheiten aus der Welt zu schaffen und die Ernährung der Völker ganz auf den Ergebnissen der Ernährungsphysiologie aufzubauen.

Ein vorsichtiges Urteil ist das jedoch nicht, denn es ist folgendes in Betracht zu ziehen: Wenn die Ernährungssitten der Menschen von den Wegen abweichen, die das Laboratorium ihnen weist, so gilt es vor allem diese Ernährungssitten in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit zu erfassen und in ihren Bedingungen zu erkennen. Es wird sich dann wahrscheinlich zeigen, daß es gute, objektive Gründe gibt, warum die Ernährungssitten der Menschen in jedem einzelnen Fall so und nicht anders sind. Es ernähren sich Völker und Klassen, es ernähren sich soziale Gruppen, die keine algebraische Summe von Einzelindividuen sind, sondern Einheiten, zu denen die Individuen im Getriebe der Volkswirtschaft zusammengeschweißt, von denen sie ein Teil sind und deren Daseinsgesetze sich im Wollen und Tun der Menschen, auch in ihren Ernährungssitten, manifestieren. Die Physiologie, die den Stoffwechsel und den Energiewechsel des einzelnen menschlichen Organismus erforscht, kann darum allein für sich unmöglich die Ernährung der Menschen wissenschaftlich erschöpfen.

Aber die Ernährungssitten sind verschieden nicht nur nach dem Ort. Sie sind verschieden auch je nach der Zeit. Der Speisezettel hat seine Geschichte. Wie hat sich der Speisezettel in Deutschland im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte oder auch nur im Laufe des einen letzten Jahrhunderts verändert! In den letzten Jahren vor dem Kriege wurden in Deutschland etwa 12 pCt. des gesamten Kalorienverbrauches durch Kartoffeln gedeckt, die vor kaum zwei Jahrhunderten in Deutschland ganz unbekannt waren. Der Verbrauch von Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung hat sich in Deutschland im Verlaufe des letzten Jahrhunderts beinahe vervierfacht. Der Verbrauch von Gewürzen hat sich in 80 Jahren verdreifacht, der Verbrauch von Kaffee hat um das 2½fache zugenommen. Der Verbrauch von Kakao machte vor 80 Jahren nur etwa 1 pCt. von dem Kaffeeverbrauch aus, während er im Jahre 1913 über 30 pCt. von dem Kaffeeverbrauch betrug.

Aber die Mannigfaltigkeit der Ernährungssitten ist auch noch nicht erschöpft mit dem Hinweis auf die Verschiedenheiten, die sich bei einer vergleichenden Betrachtung der Ernährungssitten je nach dem Ort und je nach der Zeit darbieten. Denn die Ernährungssitten können auch an ein und demselben Orte und zu ein und derselben Zeit sehr weitgehende Verschiedenheiten aufweisen, die bedingt sind durch die soziale Lage der Menschen. Die soziale Lage beeinflußt zunächst die Menge der Nährstoffe, indem sie den einen zu einem größeren, den anderen zu einem geringeren Maß körperlicher Arbeit zwingt. Sie beeinflußt auch den Geschmack der Menschen, indem sie unter Umständen den Appetit verändert, diesen eigentümlichen psychischen Zustand, von dem die Aufnahme und die Verdauung der Nahrung in ganz außerordentlichem Maße abhängig ist. So kann z. B. das Verlangen der städtischen Bevölkerung nach mehr Fleisch nur verstanden werden, wenn man in Betracht zieht, daß der Appetit des Städters durch seine Lebensweise, vor allem durch die Arbeit in geschlossenen Räumen, untergraben wird und daß das Fleisch, mehr als andere Nahrungsmittel, den Appetit anzuregen vermag. Auch der Umstand, daß das Fleisch sich leichter zubereiten läßt als andere Nahrungsmittel, fällt im hastenden Leben der Stadt in Betracht. Die soziale Lage beeinflußt auch die Kaufkraft der Menschen und damit die Wahl der Nahrungsmittel. Die Reihe der Speisen nach ihrem Wohlgeschmack ist gleichzeitig ihre Reihe nach dem Preise: Fleisch, Eier, Blumenkohl an dem einen Ende, Erbsen, Schwarzbrot und Kartoffeln an dem anderen.

Es ist nach alledem klar, daß die Ernährungswissenschaft, wenn sie die Ernährung als ein Ganzes, die Ernährung der Menschen wie sie wirklich ist, erfassen will, sich nicht auf die Ernährungsphysiologie beschränken darf, sondern auch die gekennzeichneten Gesichtspunkte zur Geltung kommen lassen muß. Um dieser Notwendigkeit vermehrten Ausdruck zu verleihen, habe ich vor einiger Zeit, vor allem in der oben erwähnten Arbeit über die „Probleme der Volksernährung", vorgeschlagen, die mannigfaltigen Probleme der Ernährung des Menschen zu einer selbständigen Wissenschaft zusammenzuschweißen, die ich als „Vergleichende Ernährungslehre" bezeichnet habe. In dieser Wissenschaft sollen die Ergebnisse der Ernährungsphysiologie denjenigen gegenübergestellt werden, die aus einer vergleichenden Betrachtung der nach Ort, Zeit und sozialer Lage verschiedenen Ernährungssitten gewonnen werden.

Der vergleichende Gesichtspunkt ist aber auch geeignet, die Bedeutung der Ernährungswissenschaft für die Praxis zu steigern. Denn das, was die Vergleichende Ernährungslehre kennzeichnen soll, das ist ja gerade das Eindringen in die Ernährung der Menschen, wie sie in der mannigfaltigen Praxis wirklich gegeben ist. Es ist darum zu hoffen, daß es der Vergleichenden Ernährungslehre gelingen wird, mit der Zeit auch die Kluft zu verringern, die zwischen Ernährungstheorie und Ernährungspraxis vorhanden ist.

Der Mangel an Nahrungsmitteln, wie er während des Krieges in allen Ländern der Welt entstanden ist, wird auch noch nach dem Kriege einige Zeit bestehen bleiben. Die Zeiten des Ueberflusses, wie vor dem Kriege, werden nicht mit einem Schlage wiederkommen. Die Teuerung wird noch lange auf der europäischen Menschheit lasten. Je mehr aber die Menschen sich die Ergebnisse der Ernährungswissenschaft zunutze machen werden, desto leichter wird die Last sein, die sie zu tragen haben werden.

Österr. Volkszeitung
21./VIII. 1918

212

Richter in zerrissenen Schuhen und Kleidern. In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten Dr. Bialy und Genossen einen Antrag betreffend die Besserung der materiellen Lage der Richter und der Lehrer eingebracht, in welcher es unter anderem heißt: Der langdauernde Krieg und die damit verbundene ungeheure Teuerung hat für alle Festbesoldeten eine ungemein schwere Lage geschaffen. Unter den Festbesoldeten ist die Lage der Richter und der Lehrer am schwierigsten geworden. Viele vakant gewordene Plätze sind seit längerer Zeit nicht besetzt und ihre Arbeit, insbesondere bei den Richtern, den Kameraden unentgeltlich übertragen. Die Teuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens, welche zehnmal und sogar mehr im Preise gestiegen sind, ist so groß, daß die Bezüge nicht einmal für die Anschaffung der Kleider und Schuhe ausreichen. Die Richter und Lehrer sind in große Schulden geraten und leben im größten Elend. Man erkennt sie sofort an ihren zerrissenen Schuhen und Kleidern, welche den Spott ihrer sozialen Stellung bilden, und an ihren ausgehungerten Gesichtern. Trotzdem sind sie ihrem Berufe treu geblieben, und es muß zu ihrer Ehre, und insbesondere zur Ehre des Richterstandes, welcher zu verschiedenen unreinen Gewinnen Gelegenheit haben würde, gesagt werden, daß sowohl der Richterstand als auch der Lehrerstand auf der Höhe ihrer Berufe geblieben sind und die Richter zu den schmutzigen Gewinnen nicht gegriffen haben. Zum Schlusse wird beantragt, die Regierung aufzufordern, die materielle Lage der richterlichen Beamten und der Lehrer in ausgiebiger Weise zu verbessern.

Die Zeit
21./VIII. 1918

213

Der Wirtschaftsverkehr mit der Ukraina.

Der Eisenbahnerausstand in der Ukraina ist nunmehr nahezu beendet, so daß der Warenverkehr zwischen unserer Monarchie und der noch so jungen Ukrainischen Republik wieder aufgenommen werden kann. Wieder aufgenommen? Ja, hat denn ein solcher Warenverkehr überhaupt bestanden? Man muß es annehmen, obgleich noch niemals die kaufmännischen Wechselbeziehungen zweier Staaten den Gegenstand eines so undurchdringlichen Geheimnisses gebildet haben, wie dies im österreichisch-ungarisch-ukrainischen Verkehr der Fall ist. Nur hie und da werden, wohl nur um die Neugierde der Bevölkerung zu reizen, einige Daten verlautbart, deren mysteriöser Ursprung ihre Verläßlichkeit sehr zweifelhaft erscheinen läßt. So ist beispielsweise vor einiger Zeit bekanntgegeben worden, daß bis zum 1. Mai aus Wien 33 Wagen Sensen und Sicheln, 7 Wagen Emailblechgeschirr, 21 Wagen landwirtschaftliche Maschinen, 1 Wagen Fensterglas, 5 Wagen Mineralwässer, 2 Wagen Lampen und Beleuchtungsartikel und 1 Wagen verschiedene Gegenstände nach der Ukraina abgerollt sind. Bis zum heutigen Tage soll, nach den „von fachkundiger Seite" (?) vorgenommenen Schätzungen, der Gesamtwert unserer Ausfuhr den Betrag von 120 Millionen Kronen erreichen. Dies alles sind nicht nur ganz unzulängliche, sondern auch durchaus unwesentliche Angaben, da wir nach dem geschlossenen Wirtschaftsübereinkommen der ukrainischen Regierung teilweise sogar ganz erhebliche Mengen von Kohle, Zerefin, Naphtha, Benzin, Benzolgemisch, Leuchtpetroleum, Gasöl, Paraffinkerzen, Autofett, Maschinöl, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Manufakturwaren, Textilstoffe (nur gegen Lieferung der erforderlichen Rohstoffe), Papier und Pergamente (Papierbindfaden und Papiergewebe beschränkt), dann chemisch-pharmazeutische Waren, Textilmaschinen, Mühlen, Oelpressen, Stärkefabrikate, Metalle, Kleineisenfabrikate, Drähte, Handwerkzeuge, Baubeschläge, kleine Metallwaren, Haushaltungsgegenstände, chemische und keramische Waren, landwirtschaftliche Motoren u. a. zu liefern zugesagt haben.

Womöglich noch viel schwieriger ist es, das Dunkel zu erhellen, das die Einfuhr aus der Ukraina umgibt. Wir haben auch nicht die leiseste Ahnung, was und wieviel von den verschiedenartigen Sachgütern, die uns die Ukrainer in Aussicht gestellt haben (wie Getreide, Futtermittel, Hülsenfrüchte, Mahlprodukte, Sämereien, Oelsaaten, Eier, Rindvieh, Kartoffeln, Gemüse, Speck, Zucker, Eisenerze, Spezialhölzer, Leder, Hadern und Wolle, Alteisen, Manganerze und anderes) zu uns gekommen sind. Wir wissen nicht, wieviel davon auf dem Wege ist und was und wieviel in der nächsten Zeit erwartet werden kann. Warum das Ergebnis rein wirtschaftlicher Vereinbarungen niemandem mitgeteilt, warum ihm der Nimbus einer sehr geheimnisvollen Haupt- und Staatsaktion verliehen wird, ist ganz und gar unerfindlich. Unsere Bevölkerung gibt sich schon seit langem über die reelle Bedeutung des seinerzeit mit so großen Hoffnungen begrüßten ukrainischen „Brotfriedens" nicht der geringsten Täuschung mehr hin, und der Versuch, dem Ausland unsere wirtschaftlichen Nöte zu verbergen, unsere Lage als rosig, unsere Stimmung als eitel Lust und Freude darzustellen, wird vernünftigerweise nicht mehr unternommen. Aus dem ängstlichen Versteckenspielen ist somit nicht der geringste Nutzen zu erwarten.

Wohl aber unermeßlicher Schaden. Denn die Ausfuhr in die Ukraina und unsere Einfuhr aus diesem Gebiet stehen in einem innigen Zusammenhang, sowohl was die Mengen, als auch was den Preis der Waren betrifft. Je größere Exportmengen bei uns hervorgebracht werden können, auf desto größere Einfuhren können wir rechnen, schon deshalb, weil der ukrainische Bauer, der auf die Papierkrone noch weniger Wert legt als unsere Landwirte, selbst nichtige Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbefleißes freudig abnimmt und gut bezahlt. Es gibt genug Waren, die wir entbehren, die wir leicht herstellen und für deren Hingabe wir wertvolle Nahrungsmittel erlangen könnten. Dazu ist es aber notwendig, daß alle Export- und Importfragen nicht „strena reservat" behandelt werden, daß sie nicht bloß das Monopol einiger bevorzugten, sehr komplizierten Organisationen bilden, die, unzugänglich der öffentlichen Aufsicht, in abgesperrten Räumen arbeiten, hinter Türen, auf denen die Aufschrift steht: Eingang verboten! Und wenn sich schon andere, nicht dem Klüngel angehörige Kaufleute, Industrielle und Gewerbetreibende dazu aufraffen, behufs Beteiligung am ukrainischen Wirtschaftsverkehr die erforderlichen, sehr weitläufigen Schritte zu unternehmen, so bereitet ihnen wieder die Transportfrage die größten Schwierigkeiten. Wir wissen zwar, daß eine große Zahl von Stellen besteht, die ein Gemisch von militärischen, zivilstaatlichen und privaten Bindungen darstellen (und schon deshalb ziemlich schwerfällig arbeiten müssen). Ihre innere Organisation, an deren Ausbau immer wieder gearbeitet wird und die, ebenfalls stets wechselnden, Grundsätze, nach denen sie vorgehen, werden vielleicht an irgendeinem versteckten Ort verlautbart, der großen Oeffentlichkeit sind sie aber unbekannt. Man rede uns nicht davon, daß „Krieg ist", daß in der Ukraina noch nicht ganz friedliche Verhältnisse herrschen. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß der Kaufmann auch unter den größten Widerwärtigkeiten erfolgreich Handel zu treiben wußte, daß er seine Waren durchbrachte, trotz der Raubritterburgen, die die Landstraßen bewachten, trotz der Ketten, die durch die Flüsse gezogen waren. Er wird in die Ukraina unvergleichlich mehr Waren hinausführen, von dort erheblich mehr herausbekommen, als alle monopolartigen Wirtschaftsbildungen zusammengenommen, zu denen wir, durch die Erfahrungen der Kriegszeit gewitzigt, nicht mehr mit unbegrenzter Verehrung emporzublicken pflegen.

Eine zehngliedrige Handelsdelegation des ukrainischen Staates wird, wie bereits berichtet, demnächst in Wien eintreffen. Wir freuen uns, daß dieser Besuch zustande kommt. Wir würden uns aber noch mehr freuen, wenn unsere Behörden den Anlaß dazu benützen würden, um die Hülle, die den ganzen Warenverkehr mit der Ukraina verdeckt, vollständig zu entfernen. Die wirtschaftlichen Kreise Oesterreichs sind keine kleinen Kinder, die man stets leiten und bewachen, vor jedem selbständigen Schritt ängstlich bewahren müßte.

Reichspost
21. VIII. 1918

214

In der eigenen Heimat fremd! Aus Aspang wird uns geschrieben: Der Umstand, daß Salzburg, Klagenfurt und Zell am See den Lebensunterhalt ihrer ständigen Einwohner gegen die Doppelversorgung von Fremden zu schützen suchen, die mit ihren Vorräten namentlich mit dem Erfolg des Hamsterns prassen, hat mehrere Blätter veranlaßt, die angebliche Heimatlosigkeit dieser Fremden sogar in Leitartikeln zu beklagen. Zur Beruhigung der betreffenden Sommergäste mag es dienen, daß es genug reizender Sommerfrischen gibt, die Fremde jeder Art ungeachtet der gegenwärtigen Not immer gerne sehen und deren Zuzug mit allen Kräften fördern. Beispielsweise gilt dies dem seitens der Natur so hochbegnadeten Markte Aspang. In den Gasthäusern, Handlungen und Geschäften erhalten zwar die Fremden, mögen sie sich hier über den Sommer aufhalten oder bloß als Touristen durchreisen, reichliche Verpflegung, die Einheimischen dagegen so viel wie nichts, sie sind tatsächlich „in der Heimat fremd". Ein Haushalt ist unmöglich, weil Mehl und Brot seit zwei Monaten überhaupt nicht erhältlich waren, Fleisch aber nur am Samstag zu bekommen ist, und zwar bloß zehn Dekagramm pro Person und auch diese nur im Wege des „Anstellens". Die Gastwirtschaften aber verabreichen ihre stattlichen Vorräte zunächst nur an Fremde, an Einheimische nur, „wenn noch etwas übrig bleibt". Unter solchen Verhältnissen ist es schon wiederholt zu Auftritten gekommen, die aber bisher nur den einen Erfolg gebracht haben, daß endlich Brot gebacken wird; auf wie lange, ist unbekannt. Mehl müssen sich die Aspanger in Schlupfwinkeln des Schleichhandels um 28 Kronen per Kilogramm aus Neustadt oder dergleichen beschaffen; die Bauern lassen nur im Tauschwege etwas aus. Eingaben, den Hunger zu steuern, sind unbeantwortet geblieben.

Neue Freie Presse
22./VIII 1918

216

Der Mangel an Fleisch, Obst und Gemüse.

Die Fleischversorgung ist nach wie vor knapp, doch konnten heute wenigstens diejenigen, deren Marken nicht mit Rindfleisch honoriert werden konnten, mit Fleischersatzstoffen beteilt werden, da genügende Mengen von Würsten vorrätig waren. Der Bedarf an Gemüsen konnte gedeckt werden, namentlich waren wieder Kürbisse, Mairüben, Kraut und Möhren reichlich vertreten, an Qualitätsgemüsesorten mangelt es aber noch immer. Die Obstzufuhren erwiesen sich als vollkommen unzureichend angesichts der lebhaften Nachfrage, die auf allen Märkten und in den Bezirken nach Obst herrscht. Auf den Märkten bildeten sich überall, wo sich Obst zeigte, starke Anstellungen, den Verkäufern wurden die geringen Vorräte förmlich aus den Händen gerissen.

In der Großmarkthalle hatten die Anstellungen um Fleisch schon in der Nacht eingesetzt, bei Eröffnung der Halle dürften 10.000 Personen Einlaß gefunden haben. Abgegeben wurden 3500 Kilogramm Rindfleisch und 40 Stück Schafe, außerdem standen 940 Kilogramm Blutwürste und 800 Kilogramm Braunschweiger Würste bereit. Das Fleisch war begreiflicherweise schon in den ersten Morgenstunden ausverkauft, die Vorräte an Würsten konnten der Nachfrage standhalten. Auf dem Fischmarkte gab es bloß 200 Kilogramm Flußfische, Seefische fehlten gänzlich. Der Geflügelmarkt war hinreichend beschickt, doch war die Nachfrage nur gering. Mit der Bahn wurden der Großmarkthalle zugeführt ein Waggon Rindfleisch steirischer Herkunft mit 8·7 Tonnen, von auswärts kamen außerdem 5655 Kilogramm Rindfleisch und 770 Kilogramm Würste. In der Viktualienhalle wickelte sich der Verkehr sehr ruhig ab. An Gärtnergrünwaren stand nur ein ganz kleines Quantum, 2300 Kilogramm, zur Verfügung, sonst gab es kleinere Mengen mährischer Kürbisse und mährischer Zwiebeln. Aus Russisch-Polen sind zwei Waggons Kartoffeln eingetroffen. Die Obstzufuhren waren hier wieder wie in den letzten Tagen gänzlich ausgeblieben.

Der Naschmarkt hatte heute besonders starken Zuspruch aufzuweisen. Besonders stark waren die Anstellungen um Schweinefleisch, das zur Ausgabe gelangte, das aber für den Bedarf nicht ausreichte, und um Obst. Besseres Gemüse war auch heute schwer erhältlich. Kraut war stark vertreten und gern gekauft, etwas schleppender gingen Möhren, Mairüben und Kürbisse ab. An Gemüse waren vorrätig: 10.000 Kilogramm Gärtnergrünwaren, 7000 Kilogramm diverse Grünwaren, 3000 Kilogramm niederösterreichische Möhren, 15.900 Kilogramm Mairüben, 8500 Kilogramm Fisolen, 26.800 Kilogramm Paradeiser, 25.500 Kilogramm Weißkraut, 46.000 Kilogramm ungarische Gurken, 55.600 Kilogramm ungarische Kürbisse, 1000 Kilogramm ungarischer Paprika, ferner 350 Stück Maiskolben, 400 Kilogramm Herrenpilze und 350 Kilogramm Eierschwämme. Die Obstzufuhren bewegten sich in folgenden Grenzen: 25.000 Kilogramm ungarische Pflaumen, 7500 Kilogramm Zwetschken, 1500 Kilogramm Weintrauben, 2000 Kilogramm Zuckermelonen, 5000 Kilogramm hiesige Birnen und 3000 Kilogramm böhmische Heidelbeeren. Diese Vorräte waren bald vergriffen.

Arbeiterzeitung
22. / VIII. 1918

214

Die Notwendigkeit eines neuen Marktes in Favoriten. Schon seit langer Zeit bildet der Mangel eines Kleinmarktes die ständige Klage der Bewohner des an die Triesterstraße grenzenden Teiles des zehnten Wiener Gemeindebezirkes. Wir haben auf diesen Mangel wiederholt aufmerksam gemacht und die Errichtung eines Marktes gefordert, bisher leider ohne Erfolg. Anläßlich einer an uns gerichteten Zuschrift machen wir neuerlich die städtische Marktdirektion auf diesen Mangel aufmerksam. Die Zuschrift lautet: Der an die Triesterstraße grenzende Teil des zehnten Bezirkes ist infolge seiner Lage und der breiten Straßenanlage unstreitig der schönste Teil des Bezirkes und wird es auch nach weiterer Ausgestaltung bleiben. Die Neubauten dieses jüngsten Teiles des zehnten Bezirkes sind praktisch angelegt und die Wohnungen den Bedürfnissen der zahlreich angesiedelten Arbeiterschaft und des kleinen Beamtenstandes entsprechend. Man sollte meinen, daß in diesem Bezirksteil auch den Notwendigkeiten Rechnung getragen wird, die sich aus der Besiedlung ergeben. Dem ist leider nicht so. Schon im Herbst des vorigen Jahres tauchte in einigen Tagesblättern die Mitteilung auf, daß auf dem Platze am Ende der Quellenstraße ein Markt errichtet werden soll, und es wurde sogar der Eröffnungstag bekanntgegeben. Bis heute, nach fast einem Jahre, ist der Platz dank der ersprießlichen Tätigkeit der dafür maßgebenden Organe noch nicht einmal vollständig planiert und von einem Markt nichts zu sehen. Nach wie vor ist die zahlreiche Bewohnerschaft der Häuser an der Triesterstraße gezwungen, den entfernt liegenden Markt auf dem Eugenplatz, der ohnehin den Bedürfnissen der Bewohner Favoritens nicht entspricht und stets überfüllt ist, aufzusuchen, um ihren Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Wie oft der weite Weg erfolglos gemacht wird, davon wissen die Frauen der Bewohner des vernachlässigten Bezirksteiles zu erzählen. — So die Zuschrift, die wir der städtischen Marktdirektion zur Würdigung empfehlen. Wir geben ohneweiters zu, daß sich der Errichtung eines Marktes gegenwärtig Schwierigkeiten entgegenstellen. Aber diese müssen überwunden werden, wenn es sich darum handelt, berechtigten Wünschen der Bevölkerung Geltung zu verschaffen. Die Beschaffung von Lebensmitteln ist eine wichtige Aufgabe, die gerade dann nicht vernachlässigt werden darf, wenn sich ihr Schwierigkeiten entgegenstellen, wie sie sich während des Krieges häufen. Die städtische Marktdirektion säume daher nicht, zu tun, was ihre Pflicht ist.

Die Zeit 22./VIII. 1918

218

Die Ernährungsdifferenzen zwischen Oesterreich und Ungarn

Nach den vor einiger Zeit abgegebenen Erklärungen des Prinzen Windischgrätz hat es — bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit des ungarischen Ernährungsministers — nicht den Anschein, als würde es zu einem befriedigenden Uebereinkommen in den Ernährungsfragen kommen. Der ungarische Ernährungsminister erkennt an, daß die Versorgung der Front der Versorgung des ungarischen Hinterlandes vorangeht, aber er erkennt nicht an, daß die gleichmäßige Versorgung des österreichischen und ungarischen Hinterlandes genau in gleicher Weise eine Voraussetzung des Sieges, also ein gemeinsames Interesse höchster Ordnung ist. Es steht außer Zweifel, daß das Durchhalten der Bevölkerung in Oesterreich-Ungarn eine viel leichtere und einfachere Sache gewesen wäre als in Deutschland, wenn die wirtschaftliche Gemeinsamkeit, wie sie im Frieden bestand und wie sie rechtlich noch besteht, aufrechterhalten worden wäre. Denn die Monarchie als Ganzes war in bezug auf ihre Ernährung viel weniger von ausländischen Importen abhängig als Deutschland oder irgendein feindliches Land. Oesterreich allein aber ist, wie die Zwischenverkehrsstatistik im Zusammenhang mit der Auslandsstatistik beweist, in viel höherem Maße von der Lebensmittelzufuhr abhängig als Deutschland. Die Aufhebung des freien Handelsverkehrs zwischen den beiden Reichshälften ist die hauptsächliche Ursache der Nahrungsmittelnot in Oesterreich, sie ist auch die Hauptursache des Schleichhandels und des gesunkenen moralischen Niveaus in beiden Reichshälften sowie der Gefühlsdepression in Oesterreich, die unsere Kampfkraft zu schwächen droht und dadurch auch für Ungarn immer gefährlicher wird.

Das Band zwischen den beiden Reichshälften ist bald nach Kriegsbeginn zerrissen worden durch die Einführung der Höchstpreise, von deren unausbleiblichen Wirkungen auf den Zwischenverkehr vielleicht keine der beiden Regierungen, jedenfalls aber nicht das Kabinett Stürgkh, eine Ahnung hatte. Sie dachte nicht daran, daß, wenn die ungarische Regierung die gleichen oder sogar höhere Höchstpreise für das Getreide festsetzen könnte, alsbald kein Getreide mehr von Ungarn nach Oesterreich kommen werde, und daß vor Einführung der Höchstpreise die Gemeinsamkeit der freien Wirtschaft durch eine Gemeinsamkeit der gebundenen Wirtschaft ersetzt werden müsse. Wenn man sich schon damals, da man noch an eine kurze Kriegsdauer glaubte, nicht an die Schaffung gemeinsamer Wirtschafts- und Approvisionierungsorgane für Kriegsdauer heranwagen mochte, so mußte man doch wenigstens vor Einführung der Höchstpreise die Quantitäten, die Ungarn nach Oesterreich zu liefern hatte, auf Grund gewisser Schlüssel festsetzen. Diese Schlüssel und Prinzipien hätten dann später für alle Artikel zu gelten gehabt, deren staatliche Bewirtschaftung in Angriff genommen wurde, ob es sich nun um Waren handelte, in denen Oesterreich auf Ungarn oder Ungarn auf Oesterreich angewiesen ist.

So ungeheuren Schaden nun die damalige Unterlassung angerichtet hat, so wäre es doch bei gutem Willen auch jetzt noch nicht unmöglich, durch eine billige Regelung künftighin Schaden zu vermeiden. Zwei Regulierungsprinzipien sind möglich. Entweder wäre der Grundsatz aufzustellen, daß die Versorgung der einzelnen Individuen in beiden Staaten gleichmäßig geregelt werde, daß jedem Selbstversorger und Konsumenten hier und dort die gleiche Ration an Getreide, Fleisch, Zucker, Hausbrandkohle, Konfektionswaren usw. zugebilligt werde, oder es wäre die gegenseitige Ein- und Ausfuhr auf Basis des Zwischenverkehrs im Frieden zu kontingentieren, unter proportioneller Berücksichtigung des Rückganges der Produktion. Dieses letztere Prinzip ist zweifellos dasjenige, das leichter durchzuführen wäre. Es wären hierbei in die Ausfuhr jedes Landes jene Quantitäten einzurechnen, die es zu der Versorgung jenes Teiles der Armee liefert, der der anderen Reichshälfte entstammt. Wenn also zum Beispiel die Armee tatsächlich zur Hälfte aus österreichischen, zur Hälfte aus ungarischen Staatsbürgern bestehen sollte, so wäre in jedem Artikel die Hälfte der Armeelieferungen der Ziffer des Exports in die andere Reichshälfte hinzuzurechnen. Dabei könnte man auch eine gewisse Rücksicht darauf nehmen, daß die ungarische Industrie sich während des Krieges mit Hilfe staatlicher Eingriffe in besonderem Maße entwickelt hat.

Diese Regelung beruhte auf dem System einer gerechten Kontingentierung, eines gerechten Kompensationsverkehrs. Was aber Prinz Windischgrätz unter seinem Kompensationssystem versteht, das ist ungerecht und unmöglich, denn es setzt die Verewigung der Benachteiligungen voraus, unter denen Oesterreich bisher gelitten hat. Während zum Beispiel Ungarn an Oesterreich im Frieden an Getreide mehr als 14 Millionen Meterzentner geliefert hat, während es jetzt weniger als 1 Million Meterzentner liefert, ist die Kohlenausfuhr aus Oesterreich nach Ungarn größer als im Frieden. Soll nun dieses Mißverhältnis zur Grundlage der Kompensation genommen werden, so daß Ungarn nur für Mehrlieferungen an Kohle gegenüber dem jetzigen Zustand mehr Getreide liefert, so ist das ein offenbares Unrecht. Kompensieren ist ganz schön, aber es hängt alles von der Grundlage ab, auf der man kompensiert; als solche können nur die natürlichen Austauschverhältnisse der Friedenszeit gewählt werden. Ja, selbst da muß man Möglichkeiten und Unmöglichkeiten berücksichtigen. Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Textilindustrie viel weniger liefern kann als im Frieden, da sie auf ausländische Rohstoffe angewiesen ist, die jetzt nicht vorhanden sind, während der ungarische Export fast ausschließlich in heimischen Rohstoffen besteht oder auf heimischen Rohstoffen beruht. Diese Berücksichtigung ergibt sich aber von selbst, wenn die gegenseitigen Exportkontingente zu den Friedensziffern in dasselbe Verhältnis gesetzt werden, in dem die gegenwärtige Produktion zu der Friedensproduktion steht. Wahrscheinlich würde Ungarn bei einer solchen Regelung mehr zu liefern haben als Oesterreich nach Ungarn. Aber Hand in Hand damit ginge eine Bereicherung Ungarns gegenüber Oesterreich, und zwar eine legale Bereicherung, die den produzierenden Kreisen und nicht dem Schleichhandel zugute käme. Und schließlich ist es das höchste Interesse Ungarns, daß die Bevölkerung Oesterreichs halbwegs ernährt und zum Durchhalten befähigt wird. Anderenfalls könnten alle Gefahren, denen Ungarn durch den bisherigen glücklichen Verlauf dieses Krieges entronnen ist, wieder lebendig werden.

Dr. Alfred Schwoner.

Berliner Lokalanzeiger 23./VIII. 1918.

Schweizerische Schokolade.

Von unserem Korrespondenten.

Bern, im August. In einigen deutschen Blättern ist die Frage aufgeworfen worden, warum Deutschland nicht genug Schokolade erhalte, da doch die Schweiz in der Lage sei, reichliche Mengen zu liefern. In diesen Betrachtungen wird der Zentral-Einkaufsgesellschaft (Z. E. G.) der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihr Eingreifen die Einfuhr solcher Schokolade und die Verteilung zu erträglichen Preisen verhindere.

Daß die Schweiz Schokolade herstellt und ausführt, ist eine bekannte Tatsache, die aber in dieser allgemeinen Form nicht als Ausgangspunkt irgendeiner Kritik genommen werden darf. Insbesondere sind die Vermutungen, es handele sich um eine bureaukratische Verhinderung genügender Einfuhr von Schokolade, vollkommen irrig. Zunächst ist die Z. E. G. überhaupt nicht zuständig für die Verteilung der Schokolade im Deutschen Reich. Diese hat vielmehr durch die Kriegs-Kakao-G. m. b. H. in Hamburg zu erfolgen. Die ganze Regelung des Verkehrs im Schokoladehandel ist ausschließlich Sache dieser Kriegsgesellschaft, die naturgemäß nur auf Weisung des Kriegsernährungsamts arbeitet. Das Wesentliche aber ist, daß Deutschland von der Schweiz vertragsmäßig ein bestimmtes Kontingent von Schokolade geliefert erhält und daß über diese genau vorgeschriebene Menge hinaus auf legalem Wege kein Kilo Schokolade nach Deutschland kommen darf. Was im Vertrag ausgemacht ist, wird restlos für Deutschland erfaßt. Kein Kilo der zugesagten Menge bleibt jenseits der deutschen Grenze. Was Deutschland zu beanspruchen hat, kommt ohne den geringsten Abzug über die Grenze. An dieser unbestreitbaren Tatsache muß festgehalten werden, damit nicht etwa die Meinung entsteht, als vollziehe sich die Einfuhr der Schokolade in ungeregelter Weise. Es ist ja bekannt, daß zwischen Deutschland und der Schweiz Wirtschaftsverträge geschlossen worden sind, auf Grund deren sich beide Länder gegenseitig diejenigen Erzeugnisse liefern, die sie nach Berücksichtigung des eigenen Bedarfs für die Ausfuhr frei haben. Es braucht nur angedeutet zu werden, daß die Entente ihre Absperrung gegen Deutschland in rücksichtsloser Weise durchführt und daß sie dabei die Interessen der neutralen Länder nur in sehr zweifelhafter Weise wahrt. Man kennt die Wirtschaftspolitik, die von den Alliierten gegen Holland, Schweden, Norwegen und die Schweiz geübt wird, und es sind genügend Beispiele vorhanden, die die Schwierigkeiten, welche die neutralen Länder in der Ausübung ihrer handelspolitischen Beziehungen haben, kennzeichnen. Man braucht ja nur daran zu denken, daß zur Herstellung von Schokolade Kakao notwendig ist, und daß dieser infolge seines Fettgehaltes eines der wertvollsten Lebensmittel darstellt, welche die Entente an die neutralen Länder abgibt. Wenn man mit diesem Umstand die feindlichen Absichten gegen die Zentralmächte verbindet, so findet sich sehr leicht eine Erklärung für die Gründe, die eine Beschränkung der Schokoladenausfuhr notwendig machen.

Die schweizerischen Schokoladenfabriken haben eine Zeitlang mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, da die Zufuhren von Kakao ungenügend waren. Das ist besonders im Herbst 1917 der Fall gewesen. Seitdem haben sich die Produktionsmöglichkeiten wesentlich gebessert. Dagegen ist aber eine bedeutende Steigerung des inländischen Konsums eingetreten, die mit der Knappheit an Lebensmitteln zusammenhängt. Die Schweiz selbst verzehrt heute etwa viermal soviel Kakao wie vor einem Jahr. Der Konsum hat sich in den letzten zehn Monaten vervierfacht. Danach konnte natürlich eine wesentliche Ausdehnung des Exportes schon an sich nicht eintreten, da der inländische Konsum in erster Linie berücksichtigt werden muß. Die Bundesregierung hat als eine Folge der erheblich gesteigerten Nachfrage angeordnet, daß die Kakaofabrikate einen bestimmten Höchstpreis nicht überschreiten dürfen. Auch für die Ausfuhr nach Deutschland sind Preise festgesetzt, die wesentlich niedriger sind als die Wucherpreise, zu denen hier und da eine einzelne Fabrik ihre Schokolade an nicht legitimierte Zwischenhändler absetzt. Wenn es gelingt, solche Schokolade nach Deutschland zu bringen, so müssen die deutschen Abnehmer [illegible] Preise bezahlen, die das fünf- und sechsfache der Preise ausmachen, die von der Kriegs-Kakao-Gesellschaft gezahlt werden. Daß derartige Schiebungen vorkommen können, ist nicht zu vermeiden; es ist aber absolut falsch und führt zu ganz irrigen Ansichten, wenn man solche Einzelfälle zum Ausgangspunkt der Beurteilung der gesamten Schokoladeneinfuhr nimmt. Das Kontingent, welches Deutschland von der Schweiz erhält, ist im Vergleich zur Bevölkerungszahl ein sehr kleines und wird für die Zivilbevölkerung noch dadurch verkürzt, daß mehr als ein Drittel an die Heeresverwaltung abgeliefert werden muß. Der Rest geht an die alten Vertreter der bekannten Schweizer Firmen, die wiederum mit den Kleinverkäufern arbeiten.

Man wird sich also mit den Verhältnissen abfinden müssen, da keinerlei Willkür herrscht, sondern eine Regelung vorgesehen ist, die schon durch die vertragsmäßige Bindung keinen Spielraum für eine Ausdehnung des Importes zuläßt. Die Schweiz hat in allen Wirtschaftsverträgen gegeben, was sie in der eigenen schwierigen Lage und unter dem Druck der Entente zu bieten imstande war; und die deutschen Unterhändler haben zu erlangen gewußt, was billigerweise erreicht werden konnte. Die Schokolade-Einfuhr aus der Schweiz ist also kein Problem, das erst gelöst werden müßte. Es kommt nur darauf an, daß man über die Vorgänge genau unterrichtet ist und nicht infolge ungenügender Orientierung Hoffnungen und Wünsche erweckt, die nicht erfüllt werden können. Durch mangelhaft begründete Kritik und unsachliche Vorwürfe kann man weder praktischen Nutzen stiften noch das Gefühl gerechter Beurteilung erwecken.

Der Neue Abend
23./VIII. 1918

220

Der Bakonyerwald und seine Ursachen.

Das nachstehende mag eine Erklärung dafür bieten, weshalb sich die Fälle mehren, wo Bürger, deren ganzes Verbrechen darin besteht, nicht verhungern zu wollen, von ungarischen Grenzwächtern niedergeknallt werden, als wären sie vogelfreies Raubwild. Wir bemerken dazu, daß es Tatsache ist, was wir berichten; so sehr sich dies auch von selbst zu verstehen scheint, muß es doch ausdrücklich versichert werden, so unwahrscheinlich klingt es.

In Oberösterreich gibt es Gegenden, wo die Bauern noch einiges an Lebensmitteln über den eigenen Bedarf besitzen und deshalb geneigt sind, es gegen Geld, gute Worte und die sonst üblichen Tauschgegenstände abzulassen. Infolgedessen hat sich dort ein schwunghafter Rucksackverkehr zwischen Stadt und Land entwickelt,

Angeeifert wird der Finanzwächter — es mag wohl so mancher darunter sein, der das traurige Geschäft nur deshalb betreibt, weil ihn der strenge Dienst dazu zwingt — durch eine Verfügung, die wohl zu den merkwürdigsten unserer an Merkwürdigkeiten zu reichen Zeit gehören dürfte: Es hat nämlich jeder Finanzwächter das Recht, die Hälfte der festgenommenen Lebensmittel zum Höchstpreise zu kaufen. Es ist unnötig zu sagen, wie sehr dies den Eifer steigern muß; der eine wird durch den Hunger angetrieben, der andere durch die lockende Gelegenheit, die zum Höchstpreise erstandenen Waren mit erheblichem Profit weiterzu veräußern. Daher auch der Unwille aller anständig empfindenden Finanzleute.

Es scheint uns überflüssig zu sein, diese Verfügung zu kritisieren; sie ist ein Wiederaufleben der längst als unsittlich abgeschafften Ergreiferprämien, die dem Beamten einen Anteil an der Strafe bei Stempel- und Gebührenhinterziehungen sicherten. Was jetzt geschieht, ist ungleich ärger, geradezu die Verlockung zum Kampfe gegen seine Mitmenschen. Der Gutherzigkeit unserer Bevölkerung, aus der ja auch die Finanzwächter entnommen werden, mag es zu danken sein, daß in der Rieder Gegend, von wo uns dieser Bericht zukommt, noch keine Fälle von tödlichem Gebrauch der Waffen gemeldet werden müssen; wir zweifeln aber keinen Augenblick, sondern haben Grund zu der Annahme, daß die vor nichts zurückschreckende Kampflust der ungarischen Grenzwächter durch ähnliche Vorteile angeregt wird. (Die Mehrzahl wird es allerdings einfacher und lohnender finden, nicht die Hälfte des Erbeuteten zu kaufen, sondern das Ganze zu behalten.) Auf jeden Fall muß und darf zweierlei mit der allergrößten Entschiedenheit verlangt werden: daß die erwähnte unsittliche Verfügung sofort zurückgezogen werde und daß unsere Regierung endlich den Mut fasse, gegen den von den ungarischen Grenzbehörden ohne förmliche Kriegserklärung, ja sogar ohne Ultimatum an die österreichischen Hausfrauen eröffneten Grenzkrieg mit dem erforderlichen Nachdruck einzuschreiten. Für jeden erschossenen österreichischen Lebensmittelsammler einen aus Ischl, Gastein oder Marienbad ausgewiesenen ungarischen Millionär; das wäre sicherlich ein freundnachbarliches Vorgehen und würde helfen. Die Millionäre würden dafür sorgen.

Vossische Zeitung 24/VIII. 1916

221.

Nahrungsmittelschau in Breslau.

Von unserem Berichterstatter.

* Breslau, 24. August.

Mit zu den stärksten Gruppen der Breslauer Herbstmesse gehört die Ausstellung der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie. In etwa 40 Ständen stapeln sich hier die Erzeugnisse unserer Nahrungsmittelchemie auf. Da wegen der Rationierung ein Verkauf der wichtigen Nahrungsmittel nicht zulässig ist, beschränken sich die Aussteller auf ein reines Zurschaustellen ihrer Friedenserzeugnisse. So findet man namentlich Nudeln, Feigen, Zwiebacke, Keks, Weihnachtsgebäcke und Makronen. Die Hauptmenge der ausgestellten Nahrungsmittel wird durch das Wort „Ersatz" gekennzeichnet. Neben vielem Minderwertigen, das die Kriegswirtschaft gerade auf diesem Gebiet hervorgebracht hat, findet sich auch manches Wertvolle, das ohne Zweifel den Krieg überdauern und zu einem wichtigen Hilfsmittel der neuzeitlichen Küche werden dürfte. Besonders reichhaltig ist die Breslauer Ausstellung beschickt mit Gewürz- und Suppengrün-Ersatzen, Fleischbrüh- und Knochenbrüh-Ersatzwürfeln, flüssigen Suppenwürzen und Früchtegeschmackpulvern. Große Aufmerksamkeit finden vor allem Mittel zum zuckerlosen Einmachen von Früchten.

Einen großen Raum nehmen die verschiedenartigen Fleischersatzstoffe in Extraktform ein. Durch geschickte Verwertung der Aminosäure ist es in verschiedenen Fällen gelungen, ein brauchbares Erzeugnis herzustellen. Ferner erregen Konserven, nach den neuesten Verfahren zubereitet, die Aufmerksamkeit. Reichlich sind auch Schlagsahne- und Schaumspeisen vertreten. Wiederum einen breiteren Ausstellungsraum beanspruchen die verschiedenartigen Nähr- und Speisesalze.

Unbekannte, gute Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie sind auf der Breslauer Messe nicht vertreten, da das Schwergewicht der deutschen chemischen Nahrungsmittelindustrie auf der Leipziger Messe liegt, doch ist für die Erzeugnisse dieser Industrie in Breslau eine lebhafte Nachfrage vorhanden, und soweit die Aussteller in der Lage waren, Bestellungen entgegen zu nehmen, konnten bisher bemerkenswerte Schlüsse getätigt werden. Hauptsächlich vertreten sind Hamburgische, Berliner, sächsische, schlesische und polnische Häuser. Die chemische Großindustrie ist dagegen in Breslau weniger vertreten.

* * *

Die Nahrungsmittelverteilung in Breslau, die die Verpflegung der Fremden zur allgemeinen Zufriedenheit bewältigte und, ohne die Bevölkerung gegenüber normalen Zeiten zu benachteiligen, überdem eine würdige Bewirtung der Gäste erlaubte, läßt einen Hinweis auf die besondere Form der Breslauer Lebensmittelverteilung gerechtfertigt erscheinen. Die Breslauer Rationierungsweise baut sich auf dem Fachhandel auf. Im Gegensatz zu Berlin und anderen Städten ist in Breslau überall der Fachhandel eingeschaltet, der, wie in Friedenszeiten, die Verteilung der Waren besorgt, nur mit dem Unterschied, daß sich in den Nahrungsmittel-Vertriebsgesellschaften, die für die einzelnen Ernährungszweige völlig selbständig von Fachleuten gebildet wurden, der Magistrat durch die Zahl seiner Vertreter einen gewissen Einfluß bewahrt hat. Die Mehl-, Eier-, Margarine- usw. Vertriebsgesellschaften vermitteln den Warenverkehr zwischen der städtischen Lebensmittelverteilungsstelle und den Kleinhandelsorganisationen. Diese Einrichtung, die sich sehr bewährt hat, ist auch in einer Reihe anderer Städte, z. B. in Dresden, durchgeführt.

Österr. Volkszeitung
24./VIII. 1918

222

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 25. bis 31. August 1918.

Sonntag: Karfiolsuppe, Gemüseschöpsernes. — Abends: Geröstete Schwämme mit Salat.

Montag: Kürbissuppe, Kohlrübenknödel mit Kochsalat. — Abends: Spargelbohnen mit Einmachsoße.

Dienstag: Kohlsuppe, gefüllte Paradeis mit Kraut. — Abends: Karotten.

Mittwoch: Petersilliensuppe, Schwammlaibchen mit Salat. — Abends: Kürbisgulyas.

Donnerstag: Rindsuppe, Pickelsteinerfleisch. — Abends: Eingebrannter Kohl.

Freitag: Kohlrübensuppe, Schellfisch mit Senfsoße. — Abends: Dillerdäpfel.

Samstag: Würfelsuppe, Karfiol mit Schwämmen. — Abends: Fettfreie Fisolen.

Kohlrübenknödel. Geschälte Kohlrüben und rohe Kartoffeln reibt man am Reibeisen und fügt Salz dazu. Dann rührt man diese Masse mit Mehl und heißem Wasser ab und formt Knödel davon. Die Masse muß ziemlich fest sein, eventuell fügt man etwas Mehl bei. Die feingehackten Blätter fügt man zur Einbrenne, löscht mit abgeschöpftem Wasser ab, kocht die Knödel ein und richtet sie in dieser Soße an.

Pickelsteinerfleisch. Würflig geschnittenes Fleisch mit gelben Rüben, Sellerie, Petersilie, rohen, geschälten Erdäpfeln, gewaschenem Kohl, Zwiebel (alles nudelig geschnitten), werden lagenweise in eine Kasserolle gegeben. Dazwischen etwas Fett, Salz und Pfeffer. Würfelsuppe darübergießen.

Kohlrübensuppe. Weichgekochte Kohlrüben zerrührt man mit Salz, Pfeffer und Kümmel und Fett. Brotreste kocht man in Würfelsuppe weich und fügt die Kohlrüben dazu.

Der Neue Abend
26./VIII. 1918

AV 21/8
225

Der Krieg und die Lebensmittel

Die Bevölkerung ist bereits seit Wochen daran gewöhnt, daß an einem Montag in der Großmarkthalle nichts oder fast nichts erhältlich ist und aus diesem Grunde bleiben die Käufer Montags fast gänzlich aus. Heute blieb die Großmarkthalle, bis auf die Fischabteilung gesperrt, aber auch dort gelangte nur eine geringfügige Menge Flußfische, welche vom Sonntagsverkauf erübrigt wurden, zur Abgabe.

Die Ankünfte in der Großmarkthalle waren heute verhältnismäßig günstig, es langten mit der Bahn ein Waggon Innereien und fünf Waggons Rindfleisch aus Steiermark ein. Für den morgigen Verkauf in der Großmarkthalle wurden aber nur 2500 Kilogramm Rindfleisch vorbereitet. Außerdem wird es nur etwas Schaffleisch und Rindssalami geben.

Die Grünwarenmärkte sind nach wie vor mit Kürbissen überflutet. Während aber noch vor einigen Wochen fast ausschließlich Speisekürbisse guter Qualität auf die Märkte kamen, handelt es sich jetzt zum großen Teile um Futterkürbisse minderer Beschaffenheit. Der Absatz gestaltet sich daher selbst bei Preisen, die tief unter dem Höchstpreise sind, äußerst schwierig. Die schlauen Verkäufer sind daher vielfach auf den Gedanken gekommen, die Abgabe von Obst von dem gleichzeitigen Kauf der unanbringlichen Kürbisse abhängig zu machen. Dieser unerlaubte Vorgang wird weniger auf den Märkten, als in den Bezirksläden, sogar in Konsumvereinen geübt, und verlangt dringend nach Abhilfe, am besten durch die Verbraucher selbst, welche sich einen derartigen Zwang einfach nicht gefallen lassen dürfen.

Auf dem Naschmarkte gab es heute außer Kürbissen, Rüben und Gurken, auch etwas Gärtnergemüse, ungarisches Kraut, ungarische Paradeiser und Fisolen in größeren Mengen, so daß der Bedarf ziemlich gedeckt war. Auch in der Viktualienmarkthalle im dritten Bezirke gab es ein ziemlich auszeichendes Gemüseangebot. Dagegen sind die Obstankünfte auf allen Märkten gänzlich unzureichend.

In der Viktualienmarkthalle im dritten Bezirke erregte es große Erbitterung, daß ein großer Teil der dort heute zum Preise von K 3·30 für das Kilogramm verkauften Pflaumen in sehr schlechtem Zustande ankam. Trotz des hohen Preises wurde die Ware völlig unausgeklaubt mit den zu Brei gedruckten nassen Schichten, welche fast jeden Korb deckten, abgegeben. Schuld an dem schlechten Einlangen der Ware ist die mangelhafte Verpackung. Die Körbe haben fast ausnahmslos keine Deckel und sind nur mit dünnen Schichten Heu gedeckt.

Ostdeutsche Rundschau
27./VIII. 1918
225

Verdorbene Lebensmittel.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht berichtet würde, daß Lebensmittel verdorben sind. Es handelt sich in der Regel um ganze Waggonladungen, ja, um ganze Züge. „Auf dem Bahnhofe A sind fünf Waggons Kraut in vollständig verdorbenem Zustande angekommen," heißt es heute. „27 Waggons Pflaumen, die aus Böhmen nach Wien geschafft werden sollten, sind in völlig ungenießbarem Zustand angekommen," heißt es ein anderes Mal. Und so geht es fast täglich weiter. Man hört nie von einer Untersuchung über die Schuldfrage und nie etwas von einer Bestrafung. Die darbende Bevölkerung empört sich, das gesunde Volksempfinden sagt, daß ein Verschulden, dem Nahrungsmittel zum Opfer fallen, unbedingt strafbar ist und daß auf böse Absicht hierbei die strengste Strafe gesetzt sein müsse. „Man sollte doch einmal so einen hängen," sagt das Volk, „das würde nützen!" Aber man hört nichts als wiederum neue Meldungen von neuen Verlusten an Nahrungsmitteln, an denen wir so arg Not leiden. Ist denn diesem verbrecherischen Treiben nicht beizukommen? Man darf nicht sagen, daß es sich um Fahrlässigkeiten allein handelt, daß immer nur Unerfahrenheit Schuld trägt. Unerfahrene Leute haben ganz einfach mit Nahrungsmitteln in dieser Zeit nichts zu tun. Wer sich darauf nicht versteht, wie man Nahrungsmittel behandeln soll, damit sie nicht verderben, den soll man zu diesem Geschäft nicht zulassen. Wenn er sich darum bekümmert, tut er es doch nicht aus lauteren Beweggründen. Ihn leitet dabei lediglich schnöde Eigensucht. Nahrungsmittel sind in dieser Zeit nicht Eigentum des einzelnen, sie gehören der Allgemeinheit. Wenn man die einzelnen Fälle strenge untersuchen würde, käme man auch auf die wahren Ursachen solch verbrecherischen Treibens. Die Propaganda unserer Feinde darf man nicht bloß in den Zeitungen und Gerüchten, im geschriebenen und im gesprochenen Wort suchen. Lord Northcliffe erreicht seinen Zweck auch dann, wenn es ihm gelingt, Eisenbahnbedienstete zu bestechen, daß sie mit Nahrungsmittel beladene Waggons absichtlich auf ein Seitengeleise schieben, daß sie dort „vergessen" werden und verderben. Eine sogenannte „falsche Instradierung" genügt, um große Mengen von Nahrungsmitteln unbrauchbar zu machen. Lord Northcliffe würde aber seinen Zweck nicht erreichen, wenn derartige Fälle strenge untersucht und die Schuldigen rücksichtslos mit den strengsten Strafen bedacht würden. Aus der Fülle der Fälle der letzten Tage ist einer besonders lehrreich. Es wurde gemeldet, daß ein Waggon Karotten in völlig ungenießbarem Zustande nach Wien gekommen sei. Die Karotten verdarben, weil sie mit dem Grünen, das der Wiener „Taschert" nennt, verladen wurden. Warum läßt man nun das Grüne an den Rüben? Das ist ein Mittel der Preistreiber. Die Rüben sollen nach Gewicht verkauft werden. Um nun zu erreichen, daß möglichst wenig wirkliche Rüben auf ein Kilo gehen, wiegt man das Grüne mit. So werden die Käufer betrogen, während die Polizei zuschaut. Früher ist es keinem Händler eingefallen, das Grüne daran zu lassen. Er hat es im Garten schon abgeschnitten, denn es konnte als Futter oder als Dünger verwendet werden. Jetzt ist es „Zuwage" zu den Rüben, muß teuer bezahlt werden und wird einfach weggeworfen, also weder als Futter noch als Dünger verwertet. Es hat aber außerdem verschuldet, daß ganze Waggonladungen mit solchen Rüben verdarben. Ist diesem, gelinde gesagt, Unfug wirklich nicht beizukommen? Haben unsere Behörden nicht die Macht, einfach zu verbieten, daß die Rüben mit dem Grünen verkauft werden? Durch ein solches Verbot würden die Käufer geschützt und die Rüben vor dem Verderben bewahrt. Solcher Erfolg sollte denn doch Ansporn sein, daß unsere Behörden „der Frage etwas näher treten". Aber wer wird das bei uns in Oesterreich hoffen. Das wäre ja einfach und vernünftig, dazu schwingt man sich nicht auf. —l.

Tägliche Rundschau 27/VIII. 1918.

226

* **Ein neues Nahrungsmittel?** Russische Blätter bringen die in unserer Zeit der allgemeinen Lebensmittelknappheit doppelt auffallende Nachricht, daß ein Ingenieur in der Nuß der sibirischen Zeder (Zirbelbaum) ein wertvolles Erzeugnis für die menschliche Ernährung entdeckt habe. Diese Nuß soll, wie Ingenieur Kerber mitteilt, 59,9 v. H. Fett und 16,6 v. H. Eiweiß enthalten. Die Verarbeitung zu Mehl ergibt ein Erzeugnis von angenehmem Geschmack, das bis zu 44,94 v. H. Eiweiß enthält. Das aus den Nüssen gewonnene Oel steht angeblich dem besten Provenceöl nicht nach. Der Norden Rußlands ist reich an Zederwäldern. Von jedem Baum kann man durchschnittlich 3 Pud Zapfen gewinnen; ein Viertel stellt das reine Gewicht der Nüsse dar. Die jährliche Ernte in Sibirien wird auf 115 Millionen Pud geschätzt; das bedeutete: 30 Mill. Pud Oel, 20 Mill. Pud Mehl und 65 Mill. Pud Brennstoff, der aus den übrigbleibenden Schalen gewonnen wird. — Eine Bestätigung dieser Nachricht, die gewiß für Rußland von größter Bedeutung wäre, bleibt abzuwarten.

Arbeiterzeitung
28. VIII. 1918

Wie soll man sich das Abendessen beschaffen?

Eiweißreiche und fettreiche Nahrung stand uns im Frieden genug zu Gebote. Man konnte sein Abendessen mit geringen Ausgaben aus einer Fülle von lockenden Genüssen bestreiten. Das hat sich alles aufgehört. Es ist nun nicht leicht, etwas Eßbares aufzutreiben. Bis vor kurzer Zeit war keine große Not an Würsten. Noch zum Augustanfang konnte man sie in vielen Laden von Gemischtwarenhändlern und natürlich auch bei manchem Selcher sehen. Seitdem sich die Fleischnot verschärfte, fehlt es auch an diesen. Nur die allerteuersten Sorten sind noch für alle jene zu haben, denen es nicht zu viel ist, für ein Kilogramm zwischen 36 und 55 Kronen auszugeben. Wer sich das leisten kann, braucht um diese Nahrung nicht besorgt zu sein. Er findet dann bei vielen Stadtselchern und bei den jüdischen Selchwarenhändlern genug Vorrat. Viel schwieriger ist es, die begehrtesten billigeren Wurstsorten aufzutreiben. Gegenwärtig werden nur noch wenige erzeugt und diese in so kleinen Vorräten, daß sie der Allgemeinheit nahezu unerreichbar bleiben. Extrawürste oder Wienerwürste, die am meisten verlangt werden, sind heute so selten, als wären es Delikatessen. Cervelatwürste gibt es nicht mehr; hie und da bekommt man an ihrer Stelle Knackwürste, die geradezu ungeheuerliche Preise erreichten. Ein Stück stellt sich auf etwa 2 bis 2·80 Kronen. Eine Familie von vier Personen, die es sich leisten wollte, je eine Wurst zum Nachtmahl zu kaufen, hätte dafür an 10 bis 11 Kronen auszulegen und niemand wäre davon satt. Früher hätte man kaum mehr als 80 bis 90 Heller zu bezahlen gehabt. Nicht besser ist es mit den Frankfurterwürsteln. Unter 2·30 bis 2·50 Kronen treibt man kaum ein Paar auf, das im Frieden 20 bis 22 Heller kostete, das also gleichfalls zehnmal so teuer wurde als noch im ersten Kriegsjahr. Damals vermochte ein einzelner Mensch um dieses Geld im Gasthause ein Mittag- und ein Abendessen zu beschaffen. Da auch diese Würste nach dem Gewicht verkauft werden, hat man jetzt für ein Dekagramm 26 bis 30 Heller zu bezahlen. Vor einem Jahre kosteten diese Würste noch die Hälfte. Und da bekommt man sehr oft Würste, die einen sehr großen Teil Wasser enthalten. Immer noch steigen diese Preise weiter. Auch Krakauer und andere Dauerwürste erzielten Kilogrammpreise von 35 bis 45 Kronen und mehr. Deshalb ist es vielen Leuten nicht mehr möglich, sich ein Abendessen zu besorgen, weil es viele Kronen kosten und doch nicht sättigen würde; die müssen mit leerem Magen schlafen gehen. Was gab es im Frieden für Auswahl, die jetzt ganz fehlt! Heuer bleibt auch Obst aus, so daß nicht einmal dieser karge Fleischersatz in Betracht kommt. Ebenso schlimm steht es mit den Brotaufstrichen. Käse ist nahezu unerreichbar. Seit langem fehlen alle Hartkäse. Um so reichlicher beschwindelt man uns mit den Weichkäsen, die unerhörte Preise erreichten. Man verkauft ein Dekagramm zwischen 22 und 34 Heller und man bekommt dazu mindestens ein Drittel Wasser. Ein Kilogramm solchen Käses stellt sich daher auf 22 bis 34 Kronen! Und da findet sich kein Wucheramt, das gegen diesen Betrug einschreitet! Der Aufstrich für ein Stück Brot stellt sich damit schon auf mindestens eine Krone. Früher war er um wenige Heller erhältlich. Wenn solche Preise geduldet werden, dann ist es begreiflich, daß die Milchnot immer größer wird, weil dieser Wucher einen Anreiz bietet, die Milch auf solchen wässerigen Käse zu verarbeiten. Da sich dieser Schwindel immer breiter macht, wäre es höchste Zeit, ihn einzudämmen. Wie soll es da jemandem möglich sein, abends den Hunger zu stillen, wenn nichts da ist und das wenige unerhört verteuert in den Handel kommt? Die Reichen, denen an Geld nichts liegt, haben bei den Geflügelhändlern in der Stadt oder in jüdischen Restaurants die Möglichkeit, sich Bratgänse zu kaufen, von denen heute ein Achtel 22·50 Kronen, eine ganze Gans demnach 178 Kronen kostet. Im Frieden bekam man ein Viertel Gans für 1 bis 2 Kronen, ein ganzes Backhuhn kaum teurer als 2 Kronen. Jetzt kann man sich weder Wurst, noch Obst, noch Käse kaufen. Warmes Abendessen wurde ganz unmöglich. Nun bleibt den Ausgehungerten nichts mehr übrig als Rüben und Gurken von geringem Nährwert bis zum Ueberdruß.

Die Zeit
29./VIII. 1918

(Der freiwillige Ernährungsaufsichtsdienst in Wien.) Amtlich wird verlautbart: In Wien wurde vor einiger Zeit zur Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs auf den Märkten ein Aufsichtsdienst eingeführt. Dieser Dienst wird von Personen versehen, die selbst nur Konsumenten sind und den Aufsichtsdienst freiwillig ohne Entlohnung verrichten. Der Zweck dieses freiwilligen Ernährungsaufsichtsdienstes ist der Schutz der Käufer gegen die Uebervorteilung durch Händler und Gewerbetreibende. Der Aufsichtsdienst hat sich gut eingeführt und sollte durch das Publikum mit allen Mitteln unterstützt werden. Eine Animosität der Konsumenten gegen die Organe des freiwilligen Ernährungsdienstes ist ein Verkennen ihrer Tätigkeit, denn sie sind nicht zur Ueberwachung des kaufenden Publikums da, sondern ihre Aufgabe ist es, Ueberschreitungen der bestehenden Vorschriften durch die Verkäufer zu verhindern. Die Konsumenten handeln daher nur im eigenen Interesse, wenn sie Uebertretungen der Verkäufer, wie besonders übertriebene Preisforderungen, Reservieren von Waren für bevorzugte Kunden u. dgl., den freiwilligen Ernährungsaufsichtsorganen mitteilen und diese überhaupt möglichst unterstützen.

Fremdenblatt
29./VIII. 1918

230

Ausgabe neuer amtlicher Einkaufsscheine.

Nach einer Verordnung des Magistrats treten demnächst neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich 70 Abschnitte mit Ziffern zum Bezuge verschiedener jeweils zu verlautbarenden Lebensmittel und Bedarfsartikel und gleichzeitig die für die Monate Oktober 1918 bis einschließlich März 1919 geltenden Abschnitte zum Bezuge von Kaffee und Zucker befinden. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe. Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weißer Farbe ausgegeben. Die Einkaufsscheine werden bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission ausgegeben. Die derzeitigen Einkaufsscheine sind mitzubringen.

Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens sind verpflichtet, den Kaffee und Zucker vom 1. Oktober 1918 an wie das Mehl durch den genannten Lebensmittelverband zu beziehen. Die übrigen Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Kaffeeverkäufer, bezw. bisherigen Zuckerverkäufer innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die verspätete Eintragung in die Kundenliste hat eine bedeutende Verzögerung des Warenbezuges für den ersten Monat zur Folge. Verkäufer von Kaffee und Zucker haben neue Kundenlisten anzulegen, die bis längstens am 14. September an den ihnen den Zucker, bezw. Kaffee abgebenden Großlieferanten zur Kontrolle zuzumitteln sind. Die Großlieferanten haben ihre Gesamtlieferung bis längstens am 18. September der Zucker-Zentralverteilungsstelle (1. Bezirk, Schwarzenbergstraße 3), bezw. Kaffeeverteilungsstelle (4. Bezirk, Schwarzenbergplatz 6) bekanntzugeben.

Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine findet statt für Haushalte und Einzelpersonen mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A bis E am 2. September, F bis H am 3. September, I bis L am 4. September, M bis Q am 5. September, R, S, Sch am 6. September, St, T, Z am 7. September in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags. Jede Veränderung in der Personenzahl oder im Rechte zum Bezuge der amtlichen Einkaufsscheine sowie Uebersiedlungen sind der zuständigen Brot- und Mehlkommission anzuzeigen.

Fremdenblatt
29./VIII. 1918

231.

Freiwilliger Ernährungsaufsichtsdienst in Wien.

Amtlich wird verlautbart: In Wien wurde vor einiger Zeit zur Ueberwachung des Lebensmittelverkehres auf den Märkten ein Aufsichtsdienst eingeführt. Dieser Dienst wird von Personen versehen, die selbst nur Konsumenten sind und den Aufsichtsdienst freiwillig ohne Entlohnung verrichten. Der Zweck dieses freiwilligen Ernährungsaufsichtsdienstes ist der Schutz der Käufer gegen die Uebervorteilung durch Händler und Gewerbetreibende. Der Aufsichtsdienst hat sich gut eingeführt und sollte durch das Publikum mit allen Mitteln unterstützt werden. Eine Animosität der Konsumenten gegen die Organe des freiwilligen Ernährungsdienstes ist ein Verkennen ihrer Tätigkeit, denn sie sind nicht zur Ueberwachung des kaufenden Publikums da, sondern ihre Aufgabe ist es, Ueberschreitungen der bestehenden Vorschriften durch die Verkäufer zu verhindern. Die Konsumenten handeln daher nur im eigenen Interesse, wenn sie Uebertretungen der Verkäufer, wie besonders übertriebene Preisforderungen, Reservieren von Waren für bevorzugte Kunden u. dgl. den freiwilligen Ernährungsaufsichtsorganen mitteilen und diese überhaupt möglichst unterstützen.

Arbeiterzeitung
29./VIII. 1918

232

Ausgabe neuer Einkaufsscheine. Von einem noch besonders zu verlautbarenden Tage an treten neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich siebzig Abschnitte mit Zahlen zum Bezug verschiedener jeweils zu verlautbarender Lebensmittel und Bedarfsartikel und gleichzeitig die für die Monate Oktober 1918 bis einschließlich März 1919 geltenden Abschnitte zum Bezug von Kaffee und Zucker befinden. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe. Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weißer Farbe ausgegeben. Zur Entgegennahme der neuen Einkaufsscheine haben sich die Besitzer von Einkaufsscheinen an den unten angegebenen Tagen bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission und Haushalte mit mehr als vierzehn Personen bei der Konskriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes einzufinden. Die derzeitigen Einkaufsscheine sind mitzubringen. Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine werden, insofern sie Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens sind, verpflichtet, den Kaffee und Zucker vom 1. Oktober 1918 an wie das Mehl durch den genannten Lebensmittelverband zu beziehen, und haben sich daher ohne Rücksicht darauf, wo sie bisher rayoniert waren, sofort nach Erhalt des amtlichen Einkaufsscheines in die Zucker- und Kaffeekundenliste der Lebensmittelabgabestelle des Betriebes, in welchem sie beschäftigt sind, eintragen zu lassen. Die übrigen Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Kaffee- und Zuckerverkäufer innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die verspätete Eintragung in die Kundenliste hat eine bedeutende Verzögerung des Warenbezuges für den ersten Monat zur Folge. — Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine findet statt für Haushalte und Einzelpersonen mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens A bis E am 2. September, F bis H am 3. September, I bis L am 4. September, M bis Q am 5. September, R, S, Sch am 6. September, St, T bis Z am 7. September in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags. Jede Veränderung in der Personenzahl oder im Rechte zum Bezug der amtlichen Einkaufsscheine sowie Uebersiedlungen sind der zuständigen Brot- und Mehlkommission anzuzeigen.

Die Zeit
30./VIII. 1918

Ernährung und Organisation.

Die vielen Fehler unserer Kriegswirtschaft sind hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß wir nicht nur bei Ausbruch der Feindseligkeiten, sondern auch späterhin mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet und gleichsam von Stunde zu Stunde die Wiederkehr friedlicher Verhältnisse sehnsüchtig erwartet haben. Deshalb haftet allen unseren kriegswirtschaftlichen Organisationen etwas Provisorisches, etwas Improvisiertes an. Dies gilt auch von der Behörde, die sich mit der gesamten Volksernährung zu befassen hat. Um bei der Schaffung des neuen Amtes jeden Zeitverlust und alle verfassungsmäßigen Schwierigkeiten zu vermeiden, sind rasch mehrere, mit dem Ernährungswesen betraute Departements der Ministerien des Ackerbaues, des Handels und des Innern zusammengeworfen worden, die, bei der jetzigen Gestaltung des Amtes, zum Teile nur nebeneinander arbeiten können und nicht zu einem harmonischen Ganzen zusammengewachsen sind. Dem entspringen begreiflicherweise viele Nachteile, die keineswegs dadurch behoben, ja nicht einmal gemildert wurden, daß das Amt für Volksernährung nach mancherlei Wandlungen dem Ministerpräsidenten unmittelbar untergeordnet und dergestalt in einen wenig wünschenswerten Konnex mit der Politik gebracht worden ist. Die Sache wurde dadurch nicht erheblich gebessert, daß an die Spitze des Amtes ein Minister gestellt wurde, weil derart nur in der Person des Leiters, aber nicht in dem Wesen des Amtes eine Veränderung eingetreten ist. Das „Amt" ist nach wie vor eine Singularität im behördlichen Wesen Oesterreichs und wird naturgemäß weder von den übrigen Zentralstellen noch von den unterstehenden Behörden als ein vollgültiges Ministerium angesehen, was wieder eine Verringerung des Einflusses und eine Einschränkung der Kompetenz des Ernährungsamtes zur Folge hat. Ein Beispiel aus der Praxis möge dies veranschaulichen:

Die gesamte Viehaufbringung ist derzeit Sache des Ackerbauministeriums, während das Amt für Volksernährung sich hauptsächlich nur mit der Fleischverteilung zu befassen hat. Nun ist es klar, daß den Zwecken der Ernährung nicht bloß durch vollständige Erfassung und durch die gerechte Nationierung des Vorhandenen gedient werden kann. Von bedeutend größerer Wichtigkeit ist es, ein weiteres Herabsinken unseres ohnehin stark verringerten Viehstandes zu vermeiden und die Erzeugung, soweit es nur möglich ist, zu vergrößern. Das Ernährungsamt muß daher auf die landwirtschaftliche Boden- und Tierproduktion, die, wie erwähnt, ausschließlich in das Ressort des Ackerbauministeriums fällt, derart Einfluß nehmen, daß die Erzeugung der jeweils wichtigsten Lebens- und Futtermittel mit allen Kräften gesteigert und nicht durch die Förderung der Produktion solcher Nahrungsmittel beeinträchtigt werde, die derzeit von geringerer Wichtigkeit sind. Dabei darf man nicht übersehen, daß sich gegenwärtig auch eine tierische und pflanzliche Produktion entwickelt hat, der nicht mehr ein landwirtschaftlicher Charakter zugeschrieben werden kann. So hat beispielsweise die Tierhaltung in den Städten einen großen Umfang erreicht, und die Industrialisierung von Großmastbetrieben, die sich die Versorgung von Städten oder von bestimmten Verbrauchergruppen (zum Beispiel von Eisenbahnern) zum Ziele setzen, ist in erfreulichem Fortschreiten begriffen.

Auch durch die industrielle Produktion wird das Ernährungswesen in nicht unwesentlichem Maße berührt. Es sei nur an die Spiritus- und Zuckerindustrie, an die Bier- und Malzindustrie, an die Mühlen, an die Teigwarenfabriken, an die vielen Lebensmittelersatzindustrien usw. erinnert. Wenn das Amt ersprießlich wirken soll, so muß es nicht nur gegenüber allen übrigen Zentralstellen, sondern auch gegenüber der Außenwelt mit der Autorität eines wirklichen Ministeriums auftreten können. In der Bevölkerung darf nicht der Eindruck erweckt werden, daß es sich um ein provisorisches Notgebilde handle, dessen Erlässe und dessen Organe nicht ganz voll genommen werden können. In noch höherem Maße gilt dies in bezug auf die untergeordneten Organe. Die Macht der Zentralbehörden ist an und für sich in den weitab von Wien gelegenen Gebieten nicht groß, die politischen Behörden, besonders die Statthaltereien, sind in vieler Hinsicht selbständig, und es ist begreiflich, daß sie solchen Weisungen, die nicht von einem Ministerium, sondern von einem traditionslosen, in der Hierarchie ganz ungewöhnlichen und undefinierbaren Amte ausgehen, nicht immer den erforderlichen Wert beimessen. Die Abschließung ganzer Landesstrecken und Ernährungszentren von den übrigen Staatsgebieten hat nicht zum geringsten Teile in solchen Anschauungen ihren Ursprung.

Wir wissen schon jetzt, daß die Nahrungsmittelknappheit nicht sofort nach Beendigung des Krieges aufhören, sondern jedenfalls mehrere Jahre andauern wird. Für diese Spanne Zeit müssen unbedingt stabile Verhältnisse und eine normale Behörde geschaffen werden, die, mit der erforderlichen Machtfülle ausgestattet, das für notwendig Erachtete trotz allen Hemmungen durchzusetzen vermag. Dies ist auch schon aus rein verwaltungstechnischen Gründen unabweislich, damit die mit der Sache betrauten Beamten nicht in dem Glauben gelassen werden, sie seien auch weiterhin nur Exponenten anderer Ministerien. Freilich wird es mit der Organisation der obersten Spitze des Ernährungsdienstes nicht sein Bewenden haben können. Es werden auch mittlere und untere Instanzen zu schaffen sein, wenn sie auch in vielen Fällen nur im Nebenamt zu besetzen wären. Aber, wie immer das auch geschehen mag: Die letzte Instanz soll nicht unter der Ueberfülle der Verwaltungstätigkeit leiden. Sie darf nicht von der Last der oft kleinlichen Tagesarbeit erdrückt, sondern muß befähigt werden, sich auch den großen Aufgaben der restlichen Kriegszeit und der Kriegsfolgezeit im vollen Maße zu widmen. Die richtige Ernährungspolitik hat die richtige Organisation des Ernährungsdienstes zur hauptsächlichsten Voraussetzung. Und daß dieser an Haupt und an Gliedern einer gründlichen Neuordnung unterzogen werden muß, davon ist jeder, der mit den Verhältnissen auch nur halbwegs vertraut ist, vollkommen überzeugt.

Vossische Zeitung 31./VIII. 1918.

Selbsthilfe der Hausfrauen.

Gegen Preisüberschreitungen.

Der Verband der Hausfrauenvereine Deutschlands will, wie gemeldet wird, jetzt tatkräftig gegen alle Preisüberschreitungen vorgehen. Frau Luise Voß-Zietz, die Vorsitzende des Verbandes, teilt uns dazu mit: Der Hausfrauenverband hat sich mit dem Kriegswucheramt und der Reichsstelle für Obst und Gemüse in Verbindung gesetzt und in Uebereinstimmung mit diesen Behörden beschlossen, gegen alle Preisüberschreitungen auf dem Obst- und Gemüsemarkt dadurch vorzugehen, daß jede Ueberschreitung sofort der zuständigen Ortspolizeibehörde gemeldet wird. Das Verfahren wird dann weiter so im Auge behalten, daß, falls die Staatsanwaltschaft ein Verfahren nicht aufnimmt, das Wucheramt die Sache weiter verfolgt. Außerdem will der Verband dagegen einschreiten, daß die Erzeuger auf dem Lande die Ware an die Städter zu Kleinhandelshöchstpreisen an Stelle zu Erzeugerhöchstpreisen verkaufen. Der Hausfrauenverband hat die einzelnen Ortsverbände angewiesen, sich an der Verfolgung aller dieser Fälle tatkräftig zu beteiligen, und es werden voraussichtlich einzelne Hausfrauen an Ort und Stelle geschickt werden, um die Verhältnisse zu prüfen und alle Fälle zur Anzeige zu bringen. Die Hausfrauenvereine hoffen dadurch, endlich dem Preiswucher auf dem Obst- und Gemüsemarkt vorzubeugen und die Erzeugnisse, die jetzt nur hinten herum zu haben sind, dem offenen Markt wieder zuzuführen.

Österr. Volkszeitung
31./VIII. 1918

234

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 1. bis 7. September 1918.

Sonntag: Paradeissuppe, Rindsgulyas mit Erdäpfeln. — Abends: Hering mit gemischtem Salat.

Montag: Kohlsuppe, gefüllte Paprika. — Abends: Eingebrannter Kohl.

Dienstag: Kürbissuppe, Beuschel mit Erdäpfeln. — Abends: Gulyassuppe mit Wurstwürfeln.

Mittwoch: Kümmelsuppe, Rotkraut mit Leberwurst. — Abends: Braungedünstete Rüben.

Donnerstag: Porreesuppe, Kohlrübenfleisch. — Abends: Kochsalat mit Karotten.

Freitag: Selleriesuppe, Zwetschkenknödel. — Abends: Gemüseplatte.

Samstag: Rindsuppe, Seefisch mit Senfsoße und Kartoffeln. — Abends: Grüne Fisolen.

Gemüseplatte. Gelbe Rüben, rote Rüben nudlig geschnitten, grüne Fisolen und Karfiol werden gekocht und abgeseiht. Dann macht man eine Einbrenne, löscht sie ab und gibt die Rüben und die Fisolen hinein. In die Mitte der Schüssel kommt der Karfiol, rund herum die Gemüse.

Kohlrübenfleisch. Geschälte Kohlrüben werden, in Scheiben geschnitten, gekocht. Man brüht sie ab und läßt sie mit Salz und Fett dünsten. Man fügt Wurstwürfel hinzu, nachdem man erst eine Einmachsoße zubereitet hat.

Rotkraut. Feingeschnittenes Rotkraut wird in Salzwasser gekocht. Ist das Wasser verkocht, so füge man Fett, Essig, etwas Zucker oder Honig, Pfeffer hinzu. Man gibt dazu Leberwurst.

Jahren aus dem Wildpark Peter und Paul in St. Gallen im Banngebiet der grauen Hörner ausgesetzten Steinböcke halten sich ausgezeichnet und vermehren sich „programmgemäß". Die Kolonie dürfte über 20 Köpfe zählen. Dieser Tage beobachtete hinten im Weißtannental auf einer Höhe von über 2000 Metern der Wildhüter Hanselmann 13 Stück Steinböcke beisammen und unweit davon zwei Rudel Gemsen von zusammen über 80 Stück. Einzelne der Steinböcke sollen sich bereits zu großen, stark gehörnten Prachtkerlen entwickelt haben, wie sie nur die Freiheit der Tiere hervorzubringen imstande ist.

* **Errichtung eines Wirtschaftsverbandes der Papierwaren- und Pappewarenerzeuger.** Durch eine morgen zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Handelsministers wird ein Wirtschaftsverband der Papierwaren- und Pappewarenerzeuger errichtet. Dem Verbande werden angehören: die Kuvertfabriken, die Papiersäckefabriken, die Zigarettenpapierkonfektion, die Papierkunstblumen-, die Papierservietten- und die Papier-

Reichspo

Die Aushilfen aus Deutschland und Ungarn.

Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Verhandlungen. — Getreidezufuhren aus Deutschland, Kartoffeln aus Ungarn. — Keine Aufhebung der Brotkürzung.

Die Verhandlungen der österreichischen Regierung, um aus Deutschland und Ungarn Aushilfen an Nahrungsmitteln zu erhalten, haben zu einem Ergebnis geführt, das unter den gegenwärtigen Umständen eine bedeutende Erleichterung gewährt. Die Berliner Regierung, die Ernährungsminister Dr. Paul um Unterstützung angerufen hat, sagte 1000 Waggons Getreide zu, von denen der erste Teil bereits auf dem Wege ist. Durch diesen neuerlichen Beweis bundesbrüderlicher Hilfsbereitschaft wird eine Maßregel vermieden, die bereits zu befürchten stand, die weitere Kürzung auch der Mehlquote und es wird uns dadurch die Möglichkeit geschaffen, im Juni bei ungekürzter Mehlration, aber bei Aufrechterhaltung der Brotkürzung durchzukommen. Für den Juli hat die deutsche Regierung uns wieder eine bevorzugte Berücksichtigung bei Verteilung der Zuschübe aus der Ukraine und Bessarabien zugesagt, so daß unsere Mehlversorgung bis zur Frühernte auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfügungen gesichert erscheint. Kartoffeln konnte uns das Deutsche Reich nicht abgeben, dagegen hat Ungarn, dessen Ernährungsminister Prinz Windischgrätz in diesem kritischen Zeitpunkte mit einer dankenswerten Energie und Umsicht sofort die dringlichsten Maßregeln ergriffen hat, eine beträchtliche und fortdauernde Aushilfe mit Kartoffeln zur Verfügung gestellt, deren Wirkung hoffentlich die Entbehrungen einigermaßen lindern wird, die unserer Bevölkerung durch die fortdauernde Kürzung der Brotration auferlegt worden ist.

Das Hauptaugenmerk muß sich nunmehr auf die möglichst rasche Beistellung der Frühernte richten. In der zweiten Hälfte des Monates Juli können bereits die ersten Sendungen der neuen Getreideernte aus Ungarn eintreffen und auch in unseren Gegenden kann die Einbringung und Verwertung der Kornfrucht wesentlich beschleunigt werden, wenn der Landwirtschaft genügend Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden und genügend maschinelle Einrichtungen bereitgestellt werden, um den Drusch zu fördern. Im Arbeitsministerium ist man, wie versichert wird, eifrig bemüht, für die Dreschmaschinen die nötige Menge von Kohle zuzuführen und man hofft, daß in der Bergarbeiterschaft die Einsicht von der Notwendigkeit dieser Aktion für die Bevölkerung dahin wirken wird, die Förderung der Kohle möglichst zu heben und nicht zu unterbrechen. Ferner ist bereits in der vorletzten Beratung der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses an die Regierung nachdrücklich die Forderung nach Enthebung der notwendigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, insbesondere der Dreschmaschinisten, erhoben worden. Dem Zusammenwirken aller Faktoren wird es hoffentlich gelingen, die Aufbringung der Ernte tunlichst zu beschleunigen und auf diese Art die Zeit des schweren Mangels und der Brotverminderung möglichst abzukürzen, die früher nicht aufgehoben werden kann.

Der Ministerpräsident hat heute die Vertreter der Wiener Presse empfangen und ihnen von dem Ergebnisse der Bemühungen in Berlin und Budapest Mitteilung gemacht. Er hat daran eine Rechtfertigung der Regierung gegenüber den Klagen geknüpft, daß die Verfügung über die Brotkürzung so unvermittelt erfolgte. Aus seiner Erklärung geht neuerlich hervor, daß die Regierung sich des Ernstes der Ernährungslage seit langem voll bewußt war, daß sie aber mit Rücksicht auf die bis zum letzten Augenblicke schwebenden Möglichkeiten und Hoffnungen auf das Eintreffen auswärtiger Zuschübe mit der Verfügung für Wien zugewartet hat, während die Kürzung in den Kronländern schon seit langem erfolgt war. Als in letzter Stunde die — wie er sagte — berechtigten Erwartungen auf die auswärtigen Zuschübe endgültig aufgegeben werden mußten, konnte die Regierung nicht mehr zögern, mit aller Raschheit einzugreifen. In ausführlicher Weise legte er auch dar, daß an diesen Tatsachen Deutschland keine Schuld treffe, sondern daß vor allem die Unsicherheit in der Ukraine und Bessarabien, also höhere Gewalt, die Ursache des empfindlichen Ausfalles in unserer Ernährung ist. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, der neuerlich den Opfermut der Bevölkerung anerkannte und an ihn appelierte, wird gewiß in den schwer betroffenen Kreisen des Volkes einige Beruhigung schaffen, es wäre ihnen aber leichter gemacht worden, sich in diese Tatsachen zu finden, wenn deren Unvermeidlichkeit rechtzeitig von der Regierung dargestellt worden wäre, zumindest gleichzeitig mit der Verfügung. Die Bevölkerung trägt mit einer Aufopferung, die über alles Lob erhaben ist, auch diese neue schwere Prüfung, wie sich in diesen Tagen zeigt; sie vermag sich damit abzufinden, sobald ihr die unausweichliche Notwendigkeit der Maßregel klargelegt wird. Diese Geduld wird aber täglich auf eine harte Probe gestellt durch die Erscheinungen, die der Bevölkerung zum Bewußtsein bringen, daß nicht alle Schichten in gleicher Weise diese Opfer tragen. Solange uneingeschränkter Luxus in den Restaurants und in den Lebensmittelläden der Stadt sich zur Schau bietet, solange der Schleichhandel mit der verschärften Not nur neuen Anreiz und erhöhten Gewinn zieht, ohne daß die Regierung hier endlich mit fester Hand zugreift, bleiben auch die überzeugendsten Darlegungen nur halb gehört. Die Regierung, die den Opferwillen des Volkes aufruft, muß auch die gefährlichen Reizungen austilgen, welche die Wirkung ihres Appelles in Frage stellen können.

•

Das Ergebnis der Verhandlungen mit Berlin.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler empfing heute abend in Gegenwart des Ernährungsministers Dr. Paul die Vertreter der Wiener Presse und äußerte sich zu ihnen über die gegenwärtige Ernährungslage in nachstehender Weise:

In den letzten Tagen haben in Berlin im Auftrage der österreichischen Regierung durch den Ernährungsminister Paul mit der deutschen Regierung Verhandlungen stattgefunden, die durch das Ausbleiben der ukrainischen und bessarabischen Zufuhren und die hiedurch in Oesterreich verursachten Ernährungsschwierigkeiten veranlaßt waren. Die Bemühungen der österreichischen Regierung haben den Erfolg gezeitigt, daß sich die deutsche Regierung bereit erklärt hat, eine bestimmte Menge Getreides vorschußweise Oesterreich zur Verfügung zu stellen. Einige hundert Waggons Getreide sind bereits aus Deutschland im Anrollen. Da Deutschland erst vor wenigen Tagen gezwungen war, selbst seine Mehlration in einschneidender Weise zu kürzen, hat es durch diese Aushilfe neuerlich sein bundesbrüderliches Verhalten dargetan. Durch die von Deutschland gewährte Hilfe ist in Oesterreich eine wenn auch überaus knappe Versorgung ermöglicht; nichtsdestoweniger kann für die allernächste Zeit die vor einigen Tagen für Wien verfügte Einschränkung der Brotabgabe vorläufig noch nicht aufgehoben werden.

Auch die ungarische Regierung hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, die schwierige Ernährungslage in Oesterreich durch Uebersendung von Nahrungsmitteln, insbesondere von größeren Mengen Frühkartoffeln zu erleichtern.

Eine Rechtfertigung der Regierung.

Die in den letzten Tagen verfügte Kürzung der Brotration in Wien hat den Anlaß gegeben, der Regierung mangelnde Voraussicht und ungenügende Vorsorge zum Vorwurfe zu machen. Insbesondere wurde darüber Klage geführt, daß die Kürzung der Brotration in Wien so unvermittelt verfügt worden sei. Dieser Auffassung gegenüber möchte ich einige Aufklärungen über die Entwicklung der Ernährungslage geben: Die Mehl- und Brotversorgung Oesterreichs hat der Regierung vom Beginne des heurigen Wirtschaftsjahres die größte Sorge bereitet. Oesterreich kann von seiner eigenen Ernte allein nicht leben und ist auch im Frieden von jeher auf auswärtige Zuschübe angewiesen. Der schlechte

Arbeiterzeitung
20./VI. 1918
4

Morgenblatt.

Inseraten-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadt-Expedition und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.

Telephone:
Redaktion 880
Administration 900
Inseraten-Aufnahme 400
Stadtexpedit u. Kleiner Anzeiger 9191
Filiale II 40228
„ X 58944
„ XIV 83126
„ XVI 34146
„ XVII 17175

Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 12210.

Inserate übernehmen:
Bock & Herzfeld, E. Braun, M. Dukes, Haasenstein & Vogler, R. Mosse, J. Rasael, H. Schalek in Wien sowie alle Inseraten-Büros des In- und Auslandes.

Arbeiter-Zei.

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oester

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr

Nr. 165. Wien, Donnerstag, 20. Juni 1918.

Die Bewegung der Arbeiter.

Die gestrigen Beschlüsse des Wiener Arbeiterrates sind heute in allen Betrieben lebhaft erörtert worden. Die Forderungen an die Regierung und an die Unternehmer, die der Arbeiterrat gestellt hat, haben die einmütige Zustimmung der Arbeiterschaft gefunden. Aber der Arbeiterrat hat auch ausgesprochen, daß „eine weitere Ausdehnung des Ausstandes nicht im Interesse der im Gange befindlichen Verhandlungen liegt". Dieser Beschluß hat in manchen Betrieben, besonders unter den jüngeren, leidenschaftlicheren Arbeitern lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Dieser Widerspruch ist gewiß begreiflich. Er ist aus der wohlbegründeten Erregung der Arbeiterschaft zu erklären; und ist um so begreiflicher, da wir die Gründe, die den Arbeiterrat zu diesem Beschluß bewogen haben, gestern nicht veröffentlichen konnten. Die Preßzensur hat nämlich in unserem gestrigen Leitartikel die Stelle, die diese Gründe darlegte, unterdrückt.

Erinnern wir uns, wie wir im Frieden unsere Kämpfe geführt haben! Sehr oft sind nur einige Betriebe eines Industriezweiges in den Ausstand getreten, während die anderen ruhig weiter arbeiteten. Der Druck des teilweisen Ausstandes, des Ausstandes in einem Teile der Industrie, hat sehr oft genügt, für den ganzen Industriezweig Zugeständnisse durchzusetzen, ohne daß die übrigen Betriebe überhaupt in den Ausstand treten mußten. Diese Kampfmethode ist, wie jeder erfahrene Gewerkschafter weiß, von unseren Gewerkschaften früher sehr oft angewendet worden. Und sie war den Arbeitern so förderlich, daß sich gerade die Unternehmer im letzten Jahrzehnt zusammengeschlossen haben, um die Anwendung dieser Methode unmöglich zu machen. Erst die Unternehmerverbände haben uns gezwungen, an die Stelle der partiellen Streiks die allgemeinen zu setzen, indem sie, wenn ein Teil der Arbeiterschaft in den Ausstand trat, die anderen Arbeiter aussperrten. Unsere älteren Gewerkschafter erinnern sich aber alle noch der Zeit, in der der partielle Streik die Regel war; in der es in der Regel genügte, immer nur einen Teil einer Industrie stillzulegen, um schließlich für den ganzen Industriezweig Erfolge durchzusetzen. Ob man also einen partiellen oder einen allgemeinen Streik vorzieht, ist eine taktische Frage, die der erfahrene Gewerkschafter nach der jeweiligen Lage beantworten muß. Genügt ein partieller Streik, um Forderungen durchzusetzen, so wird kein Gewerkschafter, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, raten, der ganzen Arbeiterschaft das schwere Opfer, auf ihren Arbeitsverdienst zu verzichten, aufzuerlegen.

Der kluge Feldherr setzt immer nur so viel Truppen ein, als er zu brauchen glaubt, um das jeweilige Kampfziel zu erreichen. Braucht man zur Erreichung eines Kampfzweckes nur eine Division, so setzt man nicht eine Armee ein. Eine Division geht ins Feuer, die anderen bleiben in Reservestellung, zwar kampfbereit, aber außerhalb des Bereiches der Opfer und Gefahren.

Der Arbeiterrat hofft, daß der Ausstand in einem Teile der Wiener Industrie genügt, der Regierung und den Unternehmern zu beweisen, daß die gegenwärtigen Ernährungs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse unhaltbar geworden sind und dringend der Abhilfe bedürfen. Die Verhandlungen sind eingeleitet! Die Gewerkschaften haben die wirtschaftlichen Forderungen im einzelnen formuliert und sie der Regierung und dem Reichsverband der Industriellen vorgelegt. Morgen und Freitag wird über die Verhandlungen verhandelt werden. Freitag werden die Unterhändler dem Arbeiterrat Bericht erstatten. Auf Grund dieser Berichte wird dann der Arbeiterrat beschließen, was weiter zu geschehen habe. Das ist die Taktik, die der Arbeiterrat beschlossen hat. Er hat nach der guten alten Regel gehandelt, in jeder Phase einer Kampfhandlung immer nur so viele Kräfte im Feuer zu halten, als zur Erreichung des jeweiligen Kampfzweckes erforderlich sind, der übrigen Truppe aber nutzlose Opfer zu ersparen. Wer die Sachlage nüchtern erwägt, wird den Beschluß des Arbeiterrates anerkennen und beherzigen.

Die Sitzung des Arbeiterrates.

Die Einladungen zu der Freitag stattfindenden Sitzung des Wiener Arbeiterrates sind von den hiezu berechtigten und gewählten Delegierten heute Donnerstag abend in den Bezirkssekretariaten oder bei den Bezirksobmännern zu beheben.

Internationale Verhandlungen.

Haag, 19. Juni. (Telegraphenkompagnie.) Troelstra hat vom belgischen Minister Vandervelde ein Schreiben erhalten, in dem er eingeladen wird, nach der Konferenz in London nach Havre und Paris zu kommen, um mit Vandervelde und de Brouckère Besprechungen zu pflegen.

Haag, 19. Juni. (Telegraphenkompagnie.) Für heute wird das Eintreffen der österreichischen Sozialdemokraten

Die Forderungen der Arbeiterschaft.

Unsere Gewerkschaften haben heute die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft formuliert und sie der Regierung und dem Reichsverband der Industriellen überreicht. An erster Stelle stehen selbstverständlich die Forderungen an den staatlichen Ernährungsdienst. Für den Augenblick können freilich auch unsere Gewerkschaften nichts anderes fordern, als daß die Regierung den trostlosen Zustand unserer Lebensmittelversorgung den Regierungen Deutschlands und Ungarns rückhaltlos darlege, die schweren Gefahren, die aus diesem Zustand erwachsen, den Verbündeten nicht verberge und mit allen Mitteln ihre Hilfe in der Stunde der Not zu erlangen suche. Die baldigste Wiederherstellung der vollen Brotration und die Beschaffung hinreichender Vorräte von Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Fett sind für Oesterreich wahre Lebensbedürfnisse, denen unsere Bundesgenossen in ihrem eigensten Interesse die Befriedigung nicht verweigern können. Für die Zukunft aber fordern unsere Gewerkschaften eine Lebensmittelpolitik, die uns vor der Wiederkehr solcher Ernährungskrisen bewahren soll. Sie verlangen die lückenlose Erfassung und die planmäßige Verteilung aller Vorräte, die unbedingte Sperrung der wohlbekannten Schleichwege, auf denen die Lebensmittel der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen werden, und eine energische Preispolitik, die die Gier der Agrarier und der Händler im Interesse der Gesamtheit zu zähmen versteht. Hat die Arbeiterschaft bisher den Kampf für diese Forderungen so gut wie allein führen müssen, so fordern unsere Gewerkschaften jetzt mit Recht, daß die Unternehmerverbände ihren Einfluß mit dem unseren in diesem Kampfe vereinigen. In der Tat hat es sich an der österreichischen Industrie bitter gerächt, daß die Industriellen nie begriffen haben, daß es auch ihr Interesse ist, den Arbeitern die Möglichkeit zu sichern, ihre Muskel- und Nervenkraft ungeschwächt zu erhalten.

Hätten wir einen wohlgeordneten Ernährungsdienst, dann wäre es heute nicht notwendig, abermals Lohnforderungen zu stellen. Da aber unser öffentlicher Ernährungsdienst völlig zusammengebrochen ist, da die Preise so abenteuerlich schnell gestiegen sind, ist die Revision der Lohnsätze notwendig geworden. Wir wollen nur ein einziges Beispiel anführen, um diese Notwendigkeit zu begründen. Wie lebt heute ein qualifizierter Arbeiter in der Kriegsindustrie? Der Mann, dessen Haushalt wir als Beispiel wählen, hat ein Lohneinkommen von 110 Kronen in der Woche. Das gilt in Wien schon als ein vergleichsweise hohes Einkommen. Er hat seine Frau und vier Kinder zu ernähren. An Wochentagen ißt die Familie in der Kriegsküche zu Mittag; der Arbeiter zahlt dort für den Kopf und Tag 1·80 Kronen, also für sechs Köpfe täglich 10·80 Kronen, in der Woche 64·80 Kronen. Sein Budget gestaltet sich also in folgender Weise:

	Kronen
Kriegsküche	64·80
Mietzins	12·—
Krankenkasse	2·50
	79·30

Von seinem Wochenlohn bleiben ihm jetzt noch 30·70 Kronen. Damit muß er bestreiten: Frühstück, Nachtmahl, am Sonntag noch das Mittagessen für sechs Köpfe, Beleuchtung und Beheizung, die Fahrtkosten auf der Straßenbahn, die Schulrequisiten für die Kinder, die Zeitung, den Gewerkschaftsbeitrag, Tabak. Und schließlich kann es, wenn man vier Kinder hat, wohl auch passieren, daß man ein Paar Schuhe besohlen lassen oder ein paar Stück Wäsche kaufen muß. Und nun sage man uns, wie all das bei den heutigen Preisen mit 30 Kronen wöchentlich möglich sein soll! Man braucht diese Zahlen nur anzusehen, um auf den ersten Blick zu erkennen, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne selbst für die vergleichsweise besser entlohnten Schichten der Arbeiterschaft zur schlechthin unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist.

Noch viel schlechter als den Arbeitern der Kriegsindustrie ergeht es aber den Arbeitern anderer In-

setzung für die Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Produktion in der Ukraine.

Wenn man die Erfahrungen, die man bisher in der Ukraine gemacht hat, für die künftige Politik verwerten will, so muß man vor allem erkennen, daß sich Augenblickserfolge in der Ukraine nicht erreichen lassen. Man hat versucht, möglichst rasch und möglichst viel Getreide aus der Ukraine herauszuholen, man hat aber mit diesem System lediglich die Preise in die Höhe getrieben und die Bevölkerung, die dieses System als eine Art Raubbau betrachtet, nicht für sich gewonnen. Man muß sich entschließen, dieses System, dessen Nachteile in gar keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen stehen, aufzugeben, und sich für eine allmähliche und stetige Arbeit in der Ukraine entscheiden. Es hat heute keinen Sinn, wie man es nach Brest-Litowsk getan hat, in die allgemeine Ernährungskalkulation einige hunderttausend Tonnen Getreide einzustellen, die vielleicht auf dem Mond, aber nicht in der Ukraine zu finden sind. Auch die nächste Ernte wird vermutlich nur verhältnismäßig bescheidene Ueberschüsse für die Ausfuhr liefern. Aber wir werden ja das ukrainische Getreide auch noch in zwei und drei Jahren sehr gut brauchen können. Die erste Voraussetzung der Entwicklung der Ukraine ist freilich, wie immer wieder betont werden muß, die Lösung der Agrarfrage. Es wäre ein schwerer Irtum, zu glauben, daß die Ideen der sozialen Revolution in Südrußland durch den Einmarsch der deutschen Truppen erstickt worden seien, und die Anwesenheit dieser Truppen in den ukrainischen Gebieten kann gewiß nicht dazu dienen, dem Großgrundbesitz in Südrußland die Möglichkeit zu bieten, die besitzlose Landbevölkerung um ihren Anspruch auf Grund und Boden zu betrügen. Auch der Großgrundbesitz in Südrußland wird erfahren, daß seine Zeit unwiederbringlich abgelaufen ist.

Tägliche Rundschau 23./IX.1916. 2h.

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Daß wir deutschen Hausfrauen nicht leicht verzagen und immer von neuem versuchen, den bestehenden Verhältnissen die beste Seite abzugewinnen, das zeigt sich in allen Zweigen unserer Kriegshauswirtschaft, besonders deutlich aber wohl bei der großen Sommer- und Herbstarbeit der Hausfrau: dem Einmachen. Es ist wirklich fast ein Wunder, daß die Hausmütter nicht verzagen, wie sie immer in nimmermüder Geduld und Ausdauer versuchen, für die kargen Wintermonate vorzusorgen, trotzdem ihnen diese Vorsorge wahrlich so schwer wie nur irgend möglich gemacht wird. Wer weiß beispielsweise heute bereits, wieviel Einmachezucker verteilt wird, trotzdem die Beerenfruchternte nahe vor der Tür steht? Ich meine, das ist ein Zustand, bei dem auch der geduldigsten Seele der Geduldsfaden reißen könnte. Wir alle sollen lernen und umlernen, nur die hohen Verteilungsstellen lernen nichts und wollen nicht umlernen, sonst versteht man wirklich nicht, daß sie so jeder vernünftigen Anregung doppelt taube Ohren zeigen. Und vernünftig ist der Wunsch vieler Hausfrauen, ihnen statt der Hälfte der rationierten Marmelade Zucker zum Einmachen von Mus zuzuweisen, das sie nach ihrem Eigengeschmack einkochen können; denn es ist wirklich kein Genuß, tagaus, tagein dieselbe übermäßig süße, eines ausgesprochenen Geschmackes völlig bare gekieserte Marmelade essen zu müssen. Die Einwendung, daß durch das Einkochen im Hause viel verdürbe, ist — rund heraus gesagt — lächerlich, auch daß die Früchte nicht so ausgenutzt werden; ich behaupte schlankweg, daß das Gegenteil der Fall ist, daß bei der Großfabrikation vieles ungenutzt wird, das eine sparsame Hausfrau — und sparsam ist jetzt jede Hausfrau! — noch für irgendein Gericht verwendet. Ganz unvernünftig ist die alles gleichmachende Verteilung des Einmachezuckers für die Gartenbesitzer, die ihre Früchte nicht so verwenden können, wie es rationell ist; man gebe diesen doch den Einmachezucker, den sie gebrauchen, sie sind dann mit Obstmus eingedeckt und bekommen keine Marken für Marmelade. Für dieses Jahr wird, fürchte ich, diese Art der Zuckerverteilung nicht mehr in die Wege geleitet werden können, aber die zuständigen Stellen sollten sich dieser Anregung doch einmal zugänglich zeigen und sie für das nächste Jahr rechtzeitig anordnen, wenn nicht im nächsten Jahre, was wir Hausfrauen wohl am sehnlichsten hoffen, Obst und Zucker wieder im freien Handel sind.

*

Versuchen wollen viel tausende und abertausende Hausfrauen auch in diesem Jahre, Gemüse und Obst für den Winter haltbar zu machen; das beweisen die ungezählten Anfragen nach den Verschlußmöglichkeiten für die Einmachgläser, nach Vorschriften für verschiedene einzumachende Dinge, kurz nach allem Drum und Dran, was zum Einmachen gehört.

Was nimmt man am besten für Gefäße zum Einmachen, welche Glassorte, wie reinigt man sie, da man kein Soda mehr hat, und wie schließt man sie, da die Friedensgummiringe meist aufgebraucht, die Kriegsgummiringe allen Hausfrauen nach den letztjährigen Erfahrungen ein gelindes Schaudern einflößen? Diese Fragen bewegen wohl jetzt alle Hausfrauenseelen, und ich will versuchen, so gut ich es vermag, sie nach meinen Erprobungen und Versuchen zu beantworten.

Schon die Gefäßfrage macht heute Schwierigkeiten; Gläser, Krüge und Büchsen sind nur in geringen Mengen und zu ungeheuer hohen Preisen zu haben; jeder wird seine Einmachegläser und Krüge wie einen kostbaren Schatz hüten. Wenn man nun Gläser kaufen muß, so wird man wohl oder übel wohl das Glas nehmen müssen, das am Orte zu haben ist, und sich damit abzufinden haben, wie es ausfällt. Kleine Unregelmäßigkeiten im Glas, eine grünliche Farbe und dergleichen muß man in den Kauf nehmen, wenn nur das Glas noch gut gefühlt ist und keine kleinen, so kaum sichtbaren Haarrisse hat, so daß die Gläser bei der Sterilisation nicht springen und ihr Inhalt später sich frisch erhält. Das rätselhafte Verderben von Gemüse, Obst und Fleisch im fest geschlossenen Glas ist meist auf die kleinen unsichtbaren Haarrisse in den Gläsern zurückzuführen, die aber den Bakterien zum Eindringen genügen, wenn sich im Gemüse nicht etwa Bodenbakterien befinden, die durch die Sterilisation nicht getötet werden. Die Kriegsware der Einmachegläser zeigt naturgemäß bei dem Arbeitermangel und der Feuerungsknappheit in den einschlägigen Fabriken die angeführten Mängel weit öfter wie unter normalen Verhältnissen, wo die Gläser anerkannt guter Systeme diese Fehler kaum aufwiesen. Auch die Steinkrüge fürs Einsetzen von Gemüsen und Obst sind nicht mehr die Ware der Friedenszeit, sie lassen, was feuerfestes Brennen und einwandfreie Glasur anbetrifft, oft zu wünschen übrig, trotz der ungemein hohen Anschaffungspreise. Und doch wird man zu ihnen greifen müssen, besonders auch für Obstmus sie nehmen müssen, da kleine gewöhnliche Gläser ganz im Handel zu fehlen beginnen. Blechbüchsen sind nur in Schwarzblech zu haben, in ihnen sollen aber Gemüse und Fleisch auch bei festem Verschluß nur begrenzt haltbar sein, Obst wird in seiner Farbe in ihnen unliebsam beeinflußt. Wer noch Weißblechdosen besitzt mit Inhalt aus früheren Jahren, kann diese gut wieder verwenden, wenn man sie vom Klempner glatt schneiden lassen und den Deckel wieder nach erfolgter Füllung luftdicht einlöten lassen kann; die Sterilisation ist dieselbe wie bei den Gläsern. Ich glaube allerdings, daß sich nur wenige solcher Dosen noch vorfinden werden, auch ist das Löten nur mit Schwierigkeiten erreichbar.

*

Das Säubern der Gläser und Flaschen bereitet wahrlich den Hausfrauen kein geringes Kopfzerbrechen zur jetzigen Zeit, da alle Reinigungsmittel so knapp sind und Soda, die sich zur Säuberung dieser Einmachegefäße besonders eignete, ganz fehlt. Am praktischsten und sicher wirkendsten ist die Reinigung mit etwas ungelöschtem Kalk, den man in die Flaschen oder Gläser gibt. In dem Augenblick, da Wasser auf den ungelöschten Kalk gegossen wird, werden durch die Gasentwicklung alle noch etwa am Glase haftenden Unreinigkeiten aufgelöst, sie werden durch das nötige gründliche Nachspülen dann völlig entfernt. Man kann auch aus dem Kalk mit Wasser eine Reinigungsflüssigkeit von kaum milchigem Aussehen herstellen und damit die Gläser gründlich ausdürsten und gut nachspülen und trocknen. Empfehlenswert ist das Vorwässern der Gläser 24 Stunden vor dem Gebrauche, am besten trocknet man die Gläser in einem gelinde warmen Bratofen. Vor dem Einfüllen

Holt Eure Kohlen jetzt
ab.
damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.
Kohlenverband Groß-Berlin

hat man die Gewähr, daß die Gläser keimfrei sind, wenn man sie im Bratofen langsam erhitzt oder im Einkochkessel fünf bis sieben Minuten sterilisiert, wobei das Wasser im Kessel bis zur halben Höhe der Gläser reichen soll.

*

Und nun der Verschluß oder, besser gesagt, die Verschlußmöglichkeiten für die Gläser und Flaschen. Von ihnen gibt es eine ganze Reihe, die durch den anfangs weniger bemerkbaren Mangel an guten Gummiringen erst schüchtern, dann, als die Gummiringnot groß und größer wurde, immer zuversichtlicher sich anpriesen und jetzt, nach den bösen Erfahrungen mit den Kriegsgummiringen, von den meisten Hausfrauen als Rettung in der Not begrüßt werden. Nur ist die richtige Wahl für die Hausfrauen schwer; manche Verschlüsse, die angepriesen wurden, haben sich in der Praxis doch nicht recht bewährt, manche können zurzeit nicht in Frage kommen, weil die zu ihnen nötigen Bestandteile fehlen. Das letztere trifft für den Mehlkleisterverschluß zu, da wir dafür kein Mehl haben, das zur Verfügung stehende Mehl auch nicht die nötige Bindekraft besitzt. Aehnlich ist es mit dem Eiweißverschluß, der sich so sehr gut bewährt hat; auch für ihn können viele Hausfrauen das Eiweiß schwer erübrigen. Wo dies aber noch angängig ist, kann ich ihn empfehlen; sogar Fleischsachen haben sich gut unter ihn gehalten. Deshalb will ich ihn hier noch einmal genau beschreiben; denn sonst kann ich sicher sein, daß doch viele Hausfrauen ihn nicht kennen und Fragebriefe nach ihm in großer Zahl bei mir eingehen.

Will man Obst und Gemüse unter Eiweißverschluß einmachen, so wird das Obst roh, das Gemüse aber halbweich gekocht in die Gläser gefüllt, wobei man beachten muß, daß zwischen Füllung und Verschluß ein zwei Zentimeter breiter Raum ist, damit die Flüssigkeit beim Kochen den Verschluß nicht erreichen kann. Auf das Obst füllt man bis zu halber Höhe Wasser oder kalten Zuckersaft, nach Belieben mehr oder minder süß. Das vorgekochte Gemüse wird nach dem Einfüllen mit seiner Kochbrühe, der man auf 1 Liter einen Eßlöffel Salz zusetzt, ganz bedeckt. Man drückt nun ein Stück starkes Pergamentpapier so auf das Glas, daß dessen äußerer Rand sich auf dem Papier abzeichnet, danach schneidet man einen genau passenden Deckel, taucht seine Kante in Eiweiß und drückt nun den Deckel so auf den Rand des Glases, daß er ohne Lücke fest anklebt. Dann nimmt man Pergamentpapier, das nicht so stark wie der erste Deckel zu sein braucht, vierfach, bestreicht die innere Seite gut mit Eiweiß und bindet nun das Glas fest zu. Man muß dabei das Papier fest an das Glas drücken, muß aber darauf achten, daß der zuerst aufgedrückte Pergamentpapierdeckel sich nicht verschiebt. Die auf die angegebene Weise vorbereiteten Gläser werden in den Einkochkessel auf den Träger nebeneinander gestellt, ohne daß sie sich berühren dürfen; das Wasser darf nur bis zur halben Höhe der Gläser reichen, damit es beim Einkochen den Verschluß nicht berührt, auch muß in offenem Topf gekocht werden, damit das Papier nicht zerreißt.

Viel angewandt ist im vorigen Jahre der Gipsverschluß; ich habe ihn auch erprobt, er hat die Gläser zuverlässig geschlossen, aber ganz bedeutende Schwierigkeiten, fast möchte ich sagen Unmöglichkeiten, bot das Oeffnen, denn durch das Einstellen der Gläser umgekehrt in Wasser war das Auflösen des Verschlusses sehr mangelhaft, oft garnicht zu erreichen, und manches Glas wird beim Oeffnen daran glauben müssen. Ich möchte daher den Gipsverschluß doch nicht rückhaltslos empfehlen. Wollen ihn trotzdem Leserinnen erproben, so ist das Verfahren ganz einfach. Gips wird ziemlich dick breiig mit Wasser, besser mit ganz dünnem Leimwasser angerührt, auf den Rand der Einmachegläser mit kleinem Löffel aufgetragen, auch in den Rand des Deckels etwas Gipsbrei geschmiert und dann der Deckel unter leicht drehender Bewegung fest aufgedrückt, damit der Gipsbrei überall auf den Glasrand gleichmäßig verteilt wird. Man läßt den Gips erhärten und sterilisiert die Gläser dann genau wie sonst üblich, doch darf das Wasser nur bis zur halben Höhe der Gläser beim Kochen reichen. Dagegen kann ich einen Gipsüberzug über Flaschen sehr empfehlen, zumal wir keine guten Korken mehr haben, und ich nicht weiß, wie die Holzersatzkorke sich bewähren. Dieser Gipsüberzug läßt sich auch besser entfernen, weil er in Art eines Gipsverbandes angebracht wird. Man bindet über die gefüllte, zugekorkte Flasche festanschließend ein weißes Läppchen und taucht den Flaschenkopf dann 2—3 Zentimeter in dickflüssigen Gipsbrei, man kann nach Erhärten des Gipses die Flaschen sterilisieren, der Gipsverschluß empfiehlt sich aber natürlich auch da, wo man den Inhalt nicht mehr sterilisiert, als luftdichter Verschluß. Man löst ihn, indem man ein Loch einbohrt und mit starker Scheere den Verband dann aufschneidet.

*

Von den käuflichen Kriegsverschlüssen kann ich aus eigener Erprobung die folgenden empfehlen: Ausgezeichnet bewähren sich die Gelatineringe, welche an die Stelle der Gummiringe treten, sie müssen aber ganz genau für die Größe der Gläser und die Form der Gläser, für die sie bestimmt sind, passen, da sie sich nicht dehnen können und auch bei richtiger Größe luftdicht schließen. Man gebraucht für jedes Glas vier Gelatineringe. Diese Gelatineringe sind in kleiner und großer Nummer für die bekanntesten Marken der Einkochgläser, wie Rex und Weck, passend zu haben; sie sind zu beziehen von Paul Westphal, G. m. b. H., Hamburg 15, Hammaburg; der Fabrikant nennt sie Mammut-Ringe.

Für alle gewöhnlichen Gläser ohne Deckel, die aber einen Rand haben müssen, kann man zum Zubinden eine Mammut-Haut (Zellophanpapier) beziehen. Man schneidet von diesem Papier ein in der Größe passendes Stück ab, taucht es erst in heißes und danach in kaltes Wasser und bindet die Gläser damit nicht zu stramm zu, da die Haut sich noch zusammenzieht, wohl aber soll man das Zellophanpapier unter dem Rande recht fest binden. Man sterilisiert die so geschlossenen Gläser genau wie solche mit Deckel und Ringverschluß, sie können auch ganz unter Wasser gekocht werden. Bei Fleischkonserven ist es ratsam, die Haut doppelt zu nehmen. Die Mammut-Haut wird von derselben Firma hergestellt und versandt, von der die vorstehend angegebenen Gelatineringe zu beziehen sind. Neuerdings bringt die gleiche Firma noch ein Gelatine-Dichtungspulver in den Handel, das sie „Tuto“ (Sicher) getauft hat. Dieses Pulver ist wieder für Gläser mit Deckel jeder Marke bestimmt. Für den Gebrauch werden Gläser und Deckel etwas angefeuchtet, das Pulver ringsherum auf den Rand gestreut, der Deckel darauf gelegt und wie die einst mit Gummiringen verschlossenen Gläser beim Sterilisieren behandelt. Ich habe dieses Pulver erst in diesen Tagen erhalten und noch nicht erproben können; sowie dies geschehen ist, werde ich meinen Leserinnen über das Ergebnis berichten.

Erprobt ist von mir in den letzten Monaten ein neuer Dichtungsverschluß, der sich Rediesverschluß nennt und von der Rediesgesellschaft m. b. H., Breslau, Clausewitzstr. 26, zu beziehen ist. Die feinpulverige Dichtungsmasse wird breiartig angerührt, auf den Rand des Glases aufgetragen, der Deckel aufgelegt und die Masse unter einer Klammer drei Stunden erhärten gelassen. Zwischen Füllung und Deckel soll ein halber Zentimeter freier Raum sein, die Dichtungsmasse soll einen halben Zentimeter dick aufgetragen werden. Nach dem völligen Erhärten der Dichtungsmasse werden die Gläser wie die Gläser mit Gummiverschluß sterilisiert, doch muß das Wasser das Glas bis zur halben Höhe umspülen. Die von mir mit der Dichtungsmasse geschlossenen Gläser sind bis heute tadellos dicht verschlossen, es fragt sich nun besonders noch, ob sie sich gut öffnen lassen werden. Versichert wird, daß ein Eintauchen in Wasser während fünf Minuten zu mühelosem Oeffnen, also Abheben des Deckels genügt.

Im vorigen Jahr ist der Abroloa-Verschluß entstanden, von der chemischen Fabrik von Heyden, Dresden-Radebeul, in den Handel gebracht. Dieser Verschluß besteht aus einem Gelatineplättchen und einem Häutchen, das in verschiedenen Größen, zu den verschieden großen Gläsern und Flaschen passend, geliefert wird; der Verschluß ist besonders für Gläser mit Obstfüllung zu empfehlen; eine genaue Gebrauchsanweisung erhält man bei Bezug des Verschlusses. Mir hat sich der Verschluß — allerdings konnte ich nur einen Versuch mit drei Gläsern machen — gut bewährt.

*

Und nun zum Schluß noch ein Wort über die Kriegsgummiringe, allerorten werden sie angepriesen; dieses Jahr in roter Farbe wieder, die grauen und schwarzen Ringe sind fast ganz verschwunden, ob aber die jetzigen, den Friedensgummiringen äußerlich so ähnlichen Kriegsgummiringe auch nur annähernd so gut sein können, der gesunde Menschenverstand wird es einfach verneinen; er wird aber auch keinem Fabrikanten deswegen einen Vorwurf machen, denn aus minderwertigem Material kann man keine gute Ware herstellen. Ob der schauerliche Geschmack, den die grauen und schwarzen Ringe manchem Glasinhalt mitteilten, von den roten Ringen jetzt nicht zu befürchten ist, wer vermag das zu sagen und wer wagt das bei dem diesjährigen, noch kostspieligere und kostbarer gewordenen Inhalt zu erproben? Ich lasse es lieber, will sich aber eine Rundschauleserin dazu bereiterklären, so darf sie mir das Ergebnis später gern mitteilen, ich gebe es dann hier weiter.

Ueber die Verschlüsse wissen die Rundschauhausfrauen nun, denke ich, hinreichend Bescheid; manches, andere Wichtige und Wissenswerte für das Einmachen bringt die nächste hauswirtschaftliche Plauderei in der nächsten Woche.

Berliner Lokalanzeiger

29./VI. 1918. 50

Abbau der Zwangswirtschaft.

Der Ernährungsausschuß des Reichstages hat den bekannten Antrag Rösicke abgelehnt und seinerseits neue Richtlinien zur Bekämpfung des Schleichhandels, zur Preisbemessung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Ablieferungspflicht der Produzenten aufgestellt. Das letzte Wort dürfte damit indessen noch nicht gesprochen sein. Wir geben deshalb im nachstehenden eine Zusammenstellung von Vorschlägen wieder, die uns von der Leitung eines selbstwirtschaftenden Kommunalverbandes zugegangen sind und die, wie uns scheinen will, auf ernste Beachtung Anspruch erheben dürfen. Sie wollen mit dem bisherigen System der Zwangswirtschaft noch schonender verfahren, als der Antrag Rösicke es beabsichtigte, aber seinen unbedingt erforderlichen Abbau auf anderem Wege herbeiführen. Die Red.

Durch den Antrag Rösicke ist der Gedanke an eine Aenderung des Systems der Lebensmittelerfassung wieder in den Vordergrund gerückt. In folgendem sollen die Erfahrungen dargelegt werden, die mit dem bisherigen System in einem selbstwirtschaftenden Kommunalverbande gemacht sind und die Wünsche, die sich für etwaige Aenderungen aus diesen Erfahrungen ergeben:

Die gegenwärtige Organisation der Lebensmittelerfassung fußt auf zwei Grundsätzen:

1. Der Eigenverbrauch der Erzeuger wird in einer der allgemeinen durch die Statistik festgestellten Lebensmittellage entsprechenden Weise beschränkt.
2. Die Erzeuger werden verpflichtet, alle Lebensmittel abzuliefern, die über den nach 1 zulässigen Eigenverbrauch hinaus ihnen zur Verfügung stehen.

Die aus diesem System erwachsenden Mißstände sind bekannt. Sie könnten nur ausbleiben, wenn einerseits die Statistik einwandfreie Ergebnisse brächte, andererseits die auferlegten Ablieferungen freiwillig voll erfüllt würden. Leider ist beides nicht der Fall. Zunächst beruht die Statistik auf durchaus unsicherer Grundlage. Durch Schätzungen verschiedenster Art wird das Ernteergebnis festgestellt. Nach der aus diesem Ergebnis berechneten allgemeinen Lebensmittellage wird sodann der zulässige Eigenverbrauch des Erzeugers begrenzt. Dieses Verfahren führt zu Bestimmungen, wie der über die zulässige Haferration, die „nur um der Statistik willen" aufrechterhalten werden muß, obwohl jeder weiß, daß sie nicht innegehalten werden kann. Mit anderen Lebens- und Futtermitteln liegt es ähnlich. Die beim Hafer notwendig einsetzende Korruption der Rechtsbegriffe zieht weite Kreise. Eine wirksame Kontrolle des Eigenverbrauchs ist nicht möglich, der Versuch sie auszuüben ist untauglich und führt zu einem ekelhaften System der Verdächtigungen und Haussuchungen, zu einer Verbitterung des Landwirts gegen den Städter und umgekehrt, kurz zu einer Verpestung des öffentlichen Lebens.

Es ist weiter klar, daß der Landwirt, dem die Zurückhaltung von Lebens- und Futtermitteln gelang, diese aus Furcht vor behördlicher Kontrolle um so ungestümer verbraucht. Die Kontrolle führt also häufig sogar zu einem Mehrverbrauch.

Die verhängnisvollen Wirkungen, die die behördliche Reglementiererei für die Produktion selbst hat, sollen hier nur gestreift werden. Die Behörden müssen, wenn sie in ihrer Arbeit überhaupt weiterkommen wollen, schematisieren, sie können nicht individualisieren. Das führt zu Mißgriffen, die um so ernster sind, als es dem einzelnen Landwirt bei der fast völligen Ausschaltung des freien Handels selbst unter Anlegung hoher Preise meist nicht möglich sein wird, schädliche behördliche Eingriffe in seine Wirtschaft wieder auszugleichen.

Auch die Ablieferungen erfolgen nicht in der für die glückliche Durchführung des jetzigen

Neues Pester Journal

29./III. 1918

Ernährung und Versorgung.

Budapest für Wien.

Mit einer gewissen Befriedigung vernehmen wir Stimmen von jenseits der Leitha, deren Ton weit milder gestimmt ist, als wir ihn sonst zu hören gewohnt sind. Freilich kann man diesen Ton nicht als allgemeinen bezeichnen; unsere „Freunde" da drüben, die jede passende und unpassende — zumeist unpassende — Gelegenheit wahrnehmen, um die ungarische Nation als den Erzfeind Oesterreichs hinzustellen, versäumten auch bei dieser Gelegenheit nicht, der Budapester Bevölkerung dafür, daß sie mit einhelliger Begeisterung dem Rufe ihres Bürgermeisters folgend, für zwei Tage ihrer Mehlration entsagen, unlautere Motive unterzuschieben. Die Budapester lächeln über diese Liebenswürdigkeit und sind dessen eingedenk, daß das Rasseln zum Handwerk gehört.

Viel wertvoller, und wir wagen zu behaupten, daß die große Majorität der Wiener so denkt, sind uns jene anderen Stimmen, die die Opferwilligkeit der Budapester nicht unterschätzen und die frei von jedem Parteistandpunkt in dem Akt nichts anderes erblicken als den Ausdruck des Gefühls der Zusammengehörigkeit, der Hilfsbereitschaft und des guten Herzens des Ungars, der gerne Opfer bringt, wenn es gilt, seinem Mitmenschen helfend beizuspringen. Wir wollen auch nicht, daß man aus dieser elementaren Menschenpflicht viel Wesens mache, wissen wir doch, daß die geleistete Hilfe nicht von solch großer Bedeutung war, andererseits aber ist damit der Beweis erbracht, daß die Meinung, als ob wir im Ueberfluß schwelgten und aus Engherzigkeit den Oesterreichern Lebensmittel versagten, nur in der Phantasie jener lebt, die den Ungarn eben um jeden Preis eins ans Zeug flicken wollen.

Gewiß ist, daß die offiziellen Kreise und die ernsten Elemente der Stadt Wien von Ungarn den richtigen Begriff haben. Auch bei dieser Gelegenheit offenbart sich dies in unzweideutiger Weise. So hat der Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Richard Weiskirchner der Budapester Bevölkerung für ihre Opferwilligkeit im Wiener Gemeinderat mit warmen, herzlichen Worten gedankt und erklärt, daß er sich damit nicht begnüge, einen schriftlichen Dank abzustatten, sondern, daß er schon in der allernächsten Zeit nach Budapest reisen werde, um den Budapestern im Wege ihres Bürgermeisters mündlich Dank zu sagen.

Dem Eindruck, den die Hilfeleistung hervorgerufen hat, will sich aber auch die Bürgerschaft Wiens nicht entziehen. So übermittelt das Präsidium des Vereins der Hausbesitzer im ersten Bezirk in Wien der Redaktion des „Neuen Pester Journal" einen schmeichelhaften Brief, dem die Kopie eines Schreibens an den Bürgermeister Dr. Theodor Bódy beigeschlossen ist und dem wir als Beweis der Gesinnung der Wiener Bürger folgende Stellen entnehmen:

„Ohne jeden nationalen und konfessionellen Unterschied ist es den Mitgliedern des Vereins ein Herzensbedürfnis, an erster Stelle zu betonen, daß für die Bürgerschaft Wiens das Flüßchen Leitha stets nur einen geographischen Begriff, niemals aber eine Grenzscheide ihrer brüderlichen Gesinnung für die ritterlichen Magyaren und im Besonderen für die Bürger der Schwesterstadt Budapest gebildet hat. Ein glänzendes Beispiel ritterlicher Treue, von der noch kommende Geschlechter mit Bewunderung erzählen werden, wurde vor einigen Tagen der ganzen gesitteten Welt gegeben."

Der Brief bezieht sich nun auf die schweren Ernährungssorgen Wiens und fährt fort: „Diese heroische Tat findet ihre Quelle in einer solch großen Summe von Seelenadel und Menschlichkeit, daß gesprochene und geschriebene Worte des Dankes nicht hinreichen, um das von unseren ungarischen Brüdern geübte Mitgefühl aufzuwiegen." Der Brief ist vom Präsidenten des Vereins Ludwig Riedl und dem Vizepräsidenten unterfertigt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Budapester Bevölkerung die Stimmung, welche ihre geringe Opferwilligkeit in Wien hervorgerufen hat, mit ebensolchen Empfindungen erwidert, und daß es Jenen, die immer wieder die Brandfackel schwingen, nicht gelingen wird, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Brüderlichkeit zu stören.

Deutsches Mehl für unsere Armee.

Konferenzen des Prinzen Windischgrätz im deutschen Hauptquartier.

Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz ist heute über Wien aus Berlin hieher zurückgekehrt. Ueber den Zweck seiner Berliner Reise wird aus Berlin gemeldet: Prinz Windischgrätz hat sich in Begleitung des Fürsten Max Egon Fürstenberg im deutschen Hauptquartier aufgehalten, wo wichtige Ernährungskonferenzen vor sich gingen. Es fanden Beratungen über eine deutsche Beihilfe zur Ernährung der österreichisch-ungarischen Armee statt, die zu einem befriedigenden Abschluß führten. Deutschland wird größere Mengen Mehl überlassen.

Die Kopfquote für den Mehlverbrauch.

Erscheinen der Verordnung im morgigen Amtsblatte.

Die morgige Nummer des Amtsblattes wird eine Verordnung der Regierung über die Menge des Getreides, das für den Haus- und Wirtschaftsbedarf zurückbehalten oder gekauft werden darf, enthalten. Gleichfalls morgen werden im Amtsblatte die Durchführungsbestimmungen zur Ernteverordnung publiziert werden.

Das Straßburger System in Budapest.

Zweierlei Lebensmittelkarten. — Bevorzugte Versorgung der Mindestbemittelten.

Ernährungsminister Prinz Windischgrätz hat, wie wir seinerzeit eingehend berichtet haben, an den Magistrat der Hauptstadt Budapest eine Zuschrift gerichtet, durch entsprechende Verfügungen dafür zu sorgen, daß mindestbemittelte Verbraucher, die überhaupt keine Lebensmittelvorräte haben, vor den besser Situierten mit Lebensmitteln versorgt werden.

Der Magistrat der Hauptstadt Budapest hat nun, wie gleichfalls angekündigt, beschlossen, vom 1. Juli ab zweierlei Lebensmittelkarten auszugeben: braune und rote Karten. Rote Karten erhalten die Konsumenten, deren Monatseinkommen 400 Kronen nicht übersteigt. In den drei ersten Tagen der Fälligkeitstermine der Lebensmittelkarten werden ausschließlich die roten Lebensmittelkarten, beziehungsweise deren Fett- und Kartoffelkupons eingelöst. Erst dann erfolgt die Einlösung der braunen Lebensmittelkarten.

Wie wir erfahren, wird dieses neue System auch dazu dienen, eine bessere Versorgung der Mindestbemittelten zu erzielen. In erster Reihe plant man die Kartoffelration der Armen höher als die der Wohlhabenden festzusetzen. Bei der Verteilung gewisser Nahrungsartikel im neuen Wirtschaftsjahre, wie Hülsenfrüchte usw., sollen nur Mindestbemittelte bedacht werden.

Verfall der alten Fettkarten.

Die Approvisionierungssektion gibt bekannt: Die Verfügung des Magistrats, daß die Fettkartenkupons für die Monate Mai und Juni auch nach dem Ablauf ihrer Giltigkeit bei den Selchern und bei den kommunalen Fettverkaufsstellen eingelöst werden, wird Ende dieses Monats ihre Giltigkeit verlieren. Die Fettkartenkupons, die vom 1. Juli ab fällig werden, können daher nur wieder in den stets zehntägigen Intervallen eingelöst werden.

Maßregelung der Plattenseebäder.

Gegen den Wohnungswucher. — Maximierung der Gasthauspreise.

Auf Initiative des Präsidenten der Zentral-Preisprüfungskommission Prof. Dr. Ernst Friedmann wurde vor kurzem zur Bekämpfung des Wuchers in den Badeorten eine Aktion eingeleitet, in deren Rahmen zunächst die Maßregelung der Plattenseebäder ins Auge gefaßt wurde. Im Landes-Ernährungsamte fand am Dienstag in dieser Angelegenheit eine Enquete der Interessenten statt. In erster Reihe wurde die Frage des Wohnungswuchers verhandelt, wobei konstatiert wurde, daß in dieser Saison keine Eindämmung der Preistreiberei bei Villenvermietungen mehr vorgenommen werden kann. In den Hotels wird aber Ordnung gemacht werden. Man denkt daran, den Aufenthalt von Kurgästen einzuschränken, insbesondere der Ausländer, die bloß zur Sicherung einer guten Ernährung hieherreisen. Bei der Behandlung des Themas des Speisewuchers berichtete der Vizegespan des Komitats Zala Béla Kolbenschlag, daß er mit den Restaurateuren der Komitatsbäder vereinbart habe, daß diese Menüs zu 9 und 10 Kronen verabfolgen müssen. Dr. Friedmann machte den Vorschlag, daß die Plattenseebäder die Menüpreise einheitlich festsetzen mögen. Im Uebrigen stellte er in Aussicht, daß demnächst der Menüzwang in ganz Ungarn eingeführt werden wird. Zum Schlusse wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Approvisionierung der Plattenseebäder getroffen.

Berliner Lokalanzeiger 3./VII. 1918.

64

Ferienbrief aus Bayern.

Von uns. Sonderberichterstatter.

Garmisch-Partenkirchen, 25. Juni. Die Fremden erhalten hier weder Milch noch Eier noch sonstige Zusatzlebensmittel für Kranke, auch nicht auf bezirksärztliche Verordnung, und die im Hotel Wohnenden nicht mal die 70 Gramm Butter auf ihre Fettkarte. Das Hamstern ist nahezu unmöglich und selbst für den gewiegtesten Kriegsgewinnler mit großen Schwierigkeiten verbunden. Wird er aber dabei ertappt, so erhält er außer Strafe auch einen Ausweisungsbefehl und kann sein Bündel schnüren.

Wir Norddeutschen machen uns überhaupt falsche Begriffe von der Verpflegung in Bayern. Freilich, die Ernteaussichten sind gut, da es hier mehr geregnet hat als bei uns, in Niederbayern sogar recht gut, und im Allgäu so glänzend wie seit 100 Jahren nicht. Aber die Gegenwart ist auch hier schwierig. Auf dem Kramerberg und Eckenberg weidet zwar prachtvolles, hellbraunes Rassevieh, aber es sind meistens Zuchttiere, verhältnismäßig wenig Milchkühe; die Rinder werden schon mit 1—1½ Jahren ins Unterland verkauft. Deshalb schwimmt Garmisch-Partenkirchen durchaus nicht in Butter, Fett, Milch und Käse, sondern die Einheimischen erhalten gerade so wie bei uns auf ihre Lebensmittelkarten gelegentlich Marmelade, Kunsthonig, Zucker, Teigwaren, Fische und Käse, der ihnen, wie bei uns, hundertgrammweise zugewogen wird. Die Fremden sind davon ausgeschlossen und sollen sich solche „Extraportionen" mitbringen.

Daß wir Norddeutschen hier etwa unliebenswürdig aufgenommen werden, davon habe ich nichts bemerkt. Aber man sieht zur Zeit durchaus nicht viel Fremde hier, und erfreulicherweise nur wenig Damen in Dearndl-Kostüm. Manche lassen sich wohl durch die hohen Fahrpreise abschrecken; kostet doch eine Reise zweiter Klasse für ein Ehepaar von Berlin hierher im Schnellzug ohne Gepäck rund 161 Mark! Ferner nehmen viele Besitzer kleinerer Pensionen und vermietbarer Zimmer jetzt gar keine Fremden mehr auf, weil sie diese nicht verpflegen können und es schwer genug haben, selbst satt zu werden.

Man sieht es, wie ich ehrlich zugeben will, an maßgebender Stelle nicht gern, daß ich diese Verhältnisse in einem Zeitungsbrief wahrheitsgemäß schildere. Man hält es vielmehr für richtiger, jetzt am Schluß des vierten Kriegsjahres wie ein Veilchen im verborgenen zu blühen und den Zeitungen möglichst wenig Gelegenheit zu Notizen oder Aufsätzen über Garmisch-Partenkirchen zu geben. Man möchte nämlich die Fremden nicht „vergrämen" und fürchtet, sie könnten im Frieden, wo man sie doch so nötig braucht, nicht wiederkommen. Ganz unnötige Besorgnis! Auch anderwärts ist es schwer, die altgewohnte Gastfreundschaft auszuüben. Aber jeder verständige Deutsche wird das den niederträchtigen Engländern zur Last legen und nicht unseren Luftkurorten und Heilbädern. Und im übrigen werden schon die bayerischen Alpen dafür sorgen, daß im Frieden der Strom der Erholungsbedürftigen sich gewaltiger als je in diese herrlichen Gefilde ergießt, wo der arbeitsmüde Großstädter köstliche Ruhe, anregende Gebirgsluft, saftige Wiesen, grüne Wälder und gewaltige Natureindrücke findet, die Herz und Nerven erfrischen.

Zum Beginn der Schulferien sind in den Gasthöfen nahezu alle Zimmer vorbestellt, und es dürfte nicht leicht sein, dann noch in den besseren Hotels unterzukommen. Wer aber hierher reist, der befolge die alte Mahnung: Tue Geld in deinen Beutel" und jammere nicht über die hohen Ausgaben. Denn den Gasthofbesitzern ist es nicht leicht, jetzt für das leibliche Wohl ihrer Gäste zu sorgen. Wer freilich mit irdischen Gütern gesegnet ist, der braucht auch hier nicht zu hungern, denn es gibt tüchtige Gasthofsbesitzer, die reichlich vorgesorgt und gute „Beziehungen" haben. Wer etwas herumhört, der wird bald erfahren, wo es die besten Fleischgerichte (gegen Marken natürlich), die frischesten Fische, die leckersten Knödel, den fettesten Käse usw. zu futtern gibt. Sonst

Arbeiterzeitung
3./VII. 1918
66

eiter-Zeitung

rgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

h um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 80 Heller, monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.40.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.80, viertelj. K 11.40 bei freier Zustellung durch die Post. Deutschland: Viertelj. K 16.—. Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 20.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen: I. Schulerstraße 13, Tel. 9191; II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40228; X. Wielandplatz 5, Tel. 58244; XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83129; XVI. Klausgasse 54, Tel. 34146; XVII. Lacknergasse 24, Tel. 17176; XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

Wien, Mittwoch, 3. Juli 1918. XXX. Jahrgang.

Die Vorbereitung des neuen Wirtschaftsjahres im Ernährungsdienst.

Der Schwerpunkt der österreichischen Volksernährung liegt zur Stunde außerhalb Oesterreichs und aller Aufmerksamkeit richtet sich auf die Botschaften von auswärts: Was gibt Ungarn, was liefert Deutschland, was kommt aus Rumänien und aus der Ukraine? Daher kommt die Gleichgültigkeit, mit der die Nachrichten über die laufenden Verfügungen unseres Ernährungsamtes aufgenommen werden. Inzwischen ist beinahe unvermerkt die Neuregelung unseres Getreide-, Kartoffel-, Gemüse- und Obstregimes erfolgt, Maßregeln, die jede für sich einer eingehenden Prüfung bedurft hätten. Die militärischen Ereignisse am Piave und um Asiago sowie die innerpolitische Krise haben zeitweilig den Ernährungsjammer noch in Schatten gestellt und nur zu spät werden wir der Versäumnisse inne werden, die jetzt unbeachtet geblieben sind.

Die Getreideverordnung hat einige Besserungen, aber immer noch nicht die lückenlose Erfassung gebracht, die uns allein vor dem Unheil, das wir jetzt erleben, bewahren könnte. Die Lohnmühlen sind nicht von Staats wegen geschlossen, sie bleiben den Statthaltereien anvertraut, und die schärfere Kontrolle der Kommissionäre wird der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt überlassen. Inzwischen ist am 28. Juni die Verordnung verlautbart worden, womit die Uebernahmspreise der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt für die hauptsächlichsten Getreide- und Futtergattungen sowie für die Hülsenfrüchte der Ernte des Jahres 1918 festgesetzt werden. Die neuen Uebernahmspreise zeigen gegenüber denen des Jahres 1917 eine Erhöhung, deren Notwendigkeit in den gesteigerten Produktionskosten der Landwirtschaft begründet wird. Das Ernährungsamt hat das Gutachten der Zentralpreisprüfungskommission über die angemessene Höhe der Getreidepreise eingeholt und die Erhöhung in Uebereinstimmung mit diesem Gutachten festgesetzt. Daß sie im Interesse der Erzeugung unerläßlich wäre, ist schon deshalb unrichtig, weil es sich um schon angebautes, eben geerntetes Getreide handelt. Auch als Lockpreis zur Ermunterung des Anbaues kann der erhöhte Satz nicht dienen zu einer Zeit und unter Umständen, wo der Landwirt für ein Kilogramm Kirschen auf dem Baume fünf und mehr Kronen verlangt, somit für eine Frucht, die verschwindend wenig Arbeit kostet. Getreide baut der Landwirt an in einem bestimmten Verhältnis zu den übrigen Erzeugnissen nach dem Wirtschaftsplan seines Hofes, der Getreidepreis spielt für ihn im allgemeinen nicht die oft behauptete Rolle. Zuzugestehen ist allerdings, daß die Preisflut aller Waren, die der Staat leider zu bändigen nicht vermocht hat, am Ende den Getreidepreis mitreißen mußte; aber nichtsdestoweniger bleibt die Erhöhung ein Verhängnis für die arbeitenden Klassen und für die Industrie: sie verteuert die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, erzwingt damit Lohnerhöhungen und beeinträchtigt so den industriellen Frieden und in gewissem Maße selbst die industrielle Erzeugung. Dadurch, daß wir die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel festzuhalten nicht imstande waren, haben wir unsere ganze Volkswirtschaft auf die schiefe Ebene gebracht, wo mit rasender Beschleunigung Preise und Löhne ihren aufgezwungenen Wettlauf halten, bis sich beide überstürzen und die Volkswirtschaft dem Abgrund zustoßen. Vielleicht begreifen heute schon unsere Staatslenker, daß es so überhaupt nicht weitergehen kann!

An Stelle des Lockpreises für Erzeugung tritt der Lockpreis für rasche Aufbringung oder, wie man das anderenorts genannt hat, die Schnelligkeitsprämie. Um die möglichst rasche Erfassung der neuen Ernte zu fördern, wurden in der Verordnung, ähnlich wie dies auch im Deutschen Reich und in Ungarn geschieht, für Brotgetreide, das ist für Weizen, Roggen und Gerste, Zuschläge zu den Grundpreisen angesetzt, die in der Weise abgestuft sind, daß sich bei Lieferungen bis zum 15. Juli eine Erhöhung des Uebernahmspreises um 25 Kronen, bei Lieferungen bis Ende Juli eine solche um 20 Kronen, im August um 15 Kronen, im September um 10 Kronen und vom 1. Oktober bis 20. Dezember um 5 Kronen ergibt. Da der größte Teil des abzustellenden Inlandgetreides in der Regel vor Weihnachten abgeliefert wird, liegt in dieser Prämie allein schon eine allgemeine Preiserhöhung um mindestens fünf Kronen. Bei dieser Preisabstufung wird der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt die einheitliche Festsetzung des Mehl- und Brotpreises sehr erschwert werden. Wie soll sie vorher einen Durchschnittspreis kalkulieren? Diese Art, Zuschläge bloß nach Zeitspannen abzustufen, begünstigt außerdem in ungerechtfertigter Weise den Landwirt der Ebene gegen den Landwirt des Mittelgebirges, den Maschinendrusch gegen den Handdrusch, den Großbesitz gegen den Kleinbesitz. Allerdings treten diese Nachteile hinter dem gebieterischen Zwang, Getreide so rasch als möglich zur Mühle zu bringen, ganz zurück. Hoffentlich hat die Prämie den angestrebten Erfolg; gewiß ist er leider nicht.

Die Kartoffelverordnung vom 22. Juni hat zum Glück nicht alle Verschlechterungen gebracht, die der verbündete Ansturm der Agrarier und der Finanzpresse hat befürchten lassen. Das Amt für Volksernährung mußte sich allerdings bequemen, vor dem Geßlerhut des freien Handels, den diese seltsame Kompagnie aufgerichtet hat, eine zwecklose demonstrative Verbeugung zu machen. Die Beschlagnahme der gesamten Kartoffelernte tritt mit dem morgigen Tage schon in Kraft und wird sich demnach auch auf Frühkartoffeln erstrecken. Das Amt für Volksernährung wird bestimmen, welche Kartoffelmengen für die Ernährung der Bevölkerung im Hinterland, der Armee und für Industriezwecke von den Erzeugern abzugeben sind. Sobald diese Kartoffelmenge aufgebracht ist, endigt die Beschlagnahme durch den Staat und der eventuell verbleibende Rest bleibt zur freien Verfügung des Erzeugers. In der Theorie eine Konzession an den Erzeuger, die praktisch für ihn überflüssig und für uns wertlos ist. Er verfügt nämlich frei schon während der Dauer der Beschlagnahme und schert sich um sie, da sie mit der Strafsanktion von Diebstahl und Veruntreuung nicht geschützt ist, vorweg sehr wenig; wir aber wissen, daß die im Bewirtschaftungsplan des Ernährungsamtes vorgesehene Menge niemals erreicht wird und also der Termin, wo die Kartoffeln freigegeben werden könnten, niemals eintritt. Noch immer halten wir die Zeit nicht für ernst genug, uns solche „Fiktionen" zu ersparen. Die Vorbehalte der Selbstversorger sind wieder sehr reich bemessen. Der Abschluß von Kartoffellieferungsverträgen durch Großverbraucher bleibt leider zulässig, der Rucksackverkehr, der im letzten Jahre die staatliche Aufbringung in einzelnen Gebieten beinahe desorganisiert hat, kann wieder freigegeben werden.

Nicht im Aufbringungssystem, sondern in der Preisfestsetzung liegt die Neuerung dieser Verordnung. Sowohl die gegenwärtige Nahrungsnot als der Zwang zur Aufbringung einer möglichst großen Menge machen es notwendig, daß die Erzeuger mit ihren Vorräten nicht zurückhalten und sie möglichst bald zur Verfügung der Allgemeinheit stellen. Als Grundlage für die Preisbestimmung dient daher ein Anfangspreis für sofortige Lieferung, der, in zwölftägige Perioden abgestuft, sich allmählich senkt, so daß die beschleunigte Ablieferung mit einer sehr nennenswerten Prämie bedacht ist. Der Anfangspreis, gültig bis zum 5. Juli, beträgt 100 Kronen für den Meterzentner und ermäßigt sich nach Ablauf von je zwölf Tagen um je 16 Kronen. Am 4. September hat er die Höhe von 20 Kronen erreicht, die als Höchstpreis für Kartoffeln gelten werden. In den genannten Preisen ist überdies eine Prämie von fünf Kronen für den Meterzentner bei freiwilliger Ablieferung enthalten. Erfolgt die Ablieferung nicht freiwillig, so findet der im März 1917 festgesetzte Höchstpreis von 15 Kronen für den Meterzentner Anwendung, der sich weiter auf zwölf Kronen ermäßigt, falls die Ablieferung bei einem Produzenten zwangsweise betrieben werden muß. In dieser Regelung verbirgt sich wie beim Getreide eine namhafte Preiserhöhung überhaupt, die im mindesten fünf Kronen ausmacht. Auch hier halten wir also mitten auf der erwähnten schiefen Ebene!

Hat der staatliche Ernährungsdienst bei Getreide und Kartoffeln noch halbwegs standgehalten, so beuot

Arbeiterzeitung
5./VII. 1918

Volksernährung und Massenspeisung.

Von Franz Till.

Als vor einigen Jahrzehnten Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus" zum erstenmal den Weg in die Oeffentlichkeit genommen hatte, erweckte der darin enthaltene Hinweis auf die unterschiedlichen Vorteile von gemeinschaftlichen Speiseanstalten den stärksten Widerspruch in den bürgerlichen Kreisen. Die mit so viel Aengstlichkeit gehütete Familie sollte zerstört werden, wenn man den privaten Haushalt durch die Form der gemeinwirtschaftlichen Küchenbetriebe ersetzte und so die Idylle der deutschen Häuslichkeit untergraben helfe. Der Krieg mit seinen tief einschneidenden sozialen Wirkungen hat nun auch diese Auffassung ein wenig geändert. Einerseits hat während der letzten vier Jahre die immer weitere Heranziehung der Frauen zu industriellen Beschäftigungsarten die Möglichkeit, die Haus- und Küchenwirtschaft betreuen zu können, ganz beträchtlich verringert, andererseits aber ergab sich aus dem zunehmenden Lebensmittelmangel immer gebieterischer die Notwendigkeit, die Verpflegung der Bevölkerung rationeller zu gestalten und das Vorhandene ökonomischer auszunützen. So kam es auch, daß man vor allem im Deutschen Reiche, wo die Vorteile einer planmäßigen Bewirtschaftung der Lebensmittel rechtzeitig erkannt wurden, bereits im Jahre 1916 den Plan für die Ausgestaltung und Errichtung von gemeinwirtschaftlichen Speiseanstalten von amtlicher und militärischer Seite aus befürwortete und unterstützte. Schon in der Reichstagssitzung vom 3. November 1916 führte Präsident v. Batocki unter anderem aus: „Wenn wir unsere Gesamtvorräte übersehen, werden wir doch in mancher Hinsicht zur Vorsicht Veranlassung haben, wir werden mit vielem sparsam umgehen müssen, und da ist es nötig, daß wir auch der Massenspeisung besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Ich habe mich nicht entschließen können, die Massenspeisung für jedermann durchzuführen. Die Bedenken gegen einen Zwang — auch die technischen — sind doch so erheblich und ernst, daß es unter Umständen ein verhängnisvoller Schritt sein kann. Aber ich hoffe und erwarte bei dem großen Interesse, das alle Stände an dieser Frage haben, zu erreichen, daß in allen großen Orten jeder Mensch, der sich nicht selbst verköstigen kann oder will, zu angemessenem Preise in Kriegsküchen eine gute und möglichst reichliche Mahlzeit bekommt. Dadurch wird der Sorge vor dem Hunger, wo sie etwa bestehen sollte, in weitem Maße vorgebeugt."

Ueber die Durchführung des Planes der Massenspeisung ist übrigens zum erstenmal in einer Erhebung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen im August 1916 berichtet worden. Es handelt sich also um eine private Erhebung, da das Material hiezu sehr unvollkommen zur Verfügung stand und wobei zu berücksichtigen ist, daß seither die Durchführung des deutschen Hilfsdienstgesetzes wohl einen weiteren Ausbau von Kriegsküchen aller Art zur Folge hatte, die von den angestellten Erhebungen noch nicht erfaßt werden konnten. Aber immerhin handelt es sich schon bei dieser Zusammenstellung um 64 Städte, in denen eine Massenspeisung auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage durchgeführt war. In diesen 64 Städten mit zumeist kriegsindustrieller Arbeiterschaft waren bereits am Beginn des dritten Kriegsjahres vorhanden: 223 Kriegsküchen, 26 Mittelstandsküchen und 7 fahrbare Küchen; 15 Städte hatten Kinderspeiseanstalten. Die Massenküchen waren in 32 Städten von der Gemeinde eingerichtet und verwaltet, in 19 Städten gemischtwirtschaftliche Unternehmungen in 11 Einrichtungen gemeinnütziger Vereine, in fünf reine Privatbetriebe. In 49 Städten lieferten die Lebensmittel die Stadtverwaltungen, in den übrigen beschafften sie die Küchen selbst. In 47 Städten konnte das Essen sowohl abgeholt wie an Ort und Stelle genossen werden, in den übrigen war meist nur das Abholen zugelassen. An Beamten wurde das Essen in 39 Gemeinden, nur an Bedürftige in 16, nur an Ortseingesessene in 8 Städten abgegeben. Der Preis stellte sich auf mehr als 40 Pfennig in 15 Städten, er schwankte zwischen 25 und 35 Pfennig in 24 Städten, zwischen 10 und 20 Pfennig in 19 Städten. Mitunter zahlten Arme die Hälfte. In 6 Städten gab es unentgeltliche Massenausspeisungen. Die Mittelstandsküchen verlangten mindestens 50 Pfennig, in 8 Städten deckte der Preis die Selbstkosten, 32 Gemeinden gaben Zuschüsse von 10 bis 15 Pfennig für die Portion, in den anderen befragten Städten unterstützten gemeinnützige Vereine die Küchen.

Was die Beschaffenheit der Speisen anlangt, so kann die Angabe, die über die von der Berliner Stadtverwaltung eingerichteten Küchen gemacht wird, zur Beurteilung herangezogen werden. In den elf städtischen Hauptküchen, die über 62 Ausgabestellen verfügten, gab es wöchentlich: vier Gemüsetage, einen Fischtag, einen Hülsenfrüchtentag und einen Teigwarentag. Fleischzugabe zweimal 50 und Sonntags 75 Gramm. Gemüsemenge ein Pfund die Portion. Speisezettel vom 9. bis 15. Oktober 1916: Nudeln mit Rindfleisch; Kohlrüben, Kartoffeln, Fleisch; weiße Bohnen, Brühkartoffeln; Weißkohl, Kartoffeln, Grütze; Brühkartoffeln, Fisch (Kinder: Fadennudeln, Backobst); Rindfleisch, Mohrrüben, Kartoffeln; Sonntag: Sauerkohl, Kartoffeln, Wurst. Preis ein Liter 40 Pfennig, ein halber Liter 20 Pfennig. Die Kriegsküchen versehen auch Fabriken mit Speisen. Man wird diese Angaben mit der sicherlich trostlosen Feststellung vergleichen müssen, die der Wiener Volksküchenverein macht, der im Jahre 1917 durchschnittlich auf eine Portion Essen 1·3 Gramm Fett und ein Ei auf 17.000 Portionen verwenden konnte!

Für die Leitung aller dieser Speiseanstalten hat der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen gemeinsam mit der hamburgischen Kriegshilfe Lehrkurse eingeführt, in denen Hilfskräfte sowohl praktisch wie theoretisch ausgebildet wurden. Wie notwendig eine solche gründliche Unterweisung ist, wenn die Leitung und Führung der Speiseanstalten den Grundsätzen der wissenschaftlichen Ernährungslehre angepaßt sein soll, das hat der bekannte Ernährungsphysiologe Professor Dr. Rubner in einem einleitenden Vortrag mit den wenigen Worten auseinandergesetzt: „Der für ein Volk bedrohlichste und eingreifendste Zustand ist der einer Unterernährung. Er kommt zustande entweder durch eine allgemeine unzureichende Nahrungszufuhr, wobei auch das Fett dann vom Körper schwindet, oder durch eine zu geringe Eiweißmenge in der Kost. Nimmt man keine Nahrung auf, so heißt das der Hungerzustand. Den Hunger kann ein Gesunder, wie das oft schon bei Experimenten festgestellt worden ist, wohl an vierzig Tagen ertragen, bis man aber tatsächlich verhungert, dauert es viel länger. Dabei ist im ersten Monat weder die körperliche noch die geistige Fähigkeit stark beeinträchtigt, nur kürzt die Arbeit das Leben ab. Nimmt man etwa sechs Zehntel der normalen Nahrung auf, so ist der Hungertod auch noch sicher, er zieht sich aber sehr lange, auf viele Monate hinaus. Verringert man die Nahrung um ein bis zwei Zehntel u. s. w., so tritt kein Hungertod ein, wohl aber nach kurzer Zeit unter Abnahme der Muskeln und übrigen Organe, manchmal ohne nennenswerte Gewichtsstörung, wenn gleichzeitig Fett aufgespeichert wird, ein neuer Körperzustand — der des Unterernährten."

Um eine grundsätzliche Ausbildung der Leiterinnen der Speiseanstalten unter diesen Gesichtspunkten zu ermöglichen, wird natürlich darauf gesehen, daß neben der Theorie der Ernährungslehre auch die praktische Ausbildung in der Unterweisung und in chemischen Uebungen gepflegt werde. Die Zusammensetzung der Nahrungsmittel und ihr Nährwert in Kalorien bildet einen besonderen Gegenstand in dem systematisch geordneten Lehrplan. Zusammenfassend darf wohl gesagt werden, daß die Frage der Errichtung und der inneren zweckmäßigen Ausgestaltung der öffentlichen Speiseanstalten in Deutschland eine viel eingehendere und vor allem auch eine rechtzeitige Beachtung gefunden hat als bei uns. Man hinkt auch in dieser Frage wie in so vielen anderen bei uns nach, obwohl gerade die Lebensmittelnot in dem erschreckenden Umfang, wie sie hier besteht, eine rationelle Ausnützung des Vorhandenen und eine wirkliche Demokratisierung der Ernährung zu einer zwingenden Notwendigkeit machte. Aber dafür packt man bei uns die Sache so an, daß man den wenigen Gemeinschaftsküchen, wie sie dürftig genug bestehen, die Bedingungen, unter denen sie existieren können, von allen Seiten erschwert und ihnen die angeblich „bevorzugte Belieferung" zum Vorwurf macht. Die Gemeinschaftsküchen und die Art, wie man die Frage der Volksernährung in Deutschland zu lösen sucht, mögen gewiß noch immerhin mit den Mängeln der heutigen Kriegswirtschaft behaftet sein, aber zweifellos beweist das rege Interesse in den maßgebenden Kreisen dafür, daß das Problem der Volksernährung in seiner ganzen Wichtigkeit erkannt wurde, an dem man nicht in achtloser Gleichgültigkeit vorbeigehen kann. Im vierten Kriegsjahr, wo wir noch nicht wissen, wann der Krieg beendet sein wird, und wo nur die Gewißheit besteht, daß das Ernährungsproblem auch noch lange nach dem Kriege eine der wichtigsten Sorgen bilden wird, wäre es wohl eine der allerdringlichsten Aufgaben, daß sich Staat und kommunale Behörden mit allem Ernste dieser Frage zuwenden möchten!

Neues Je

t dieser Frage aus der Hand zu geben.

Aus dem Lager der Kreise, die den staatlichen nd kommunalen Ernährungsdienst stören wollen, ammt nachstehendes uns zugegangene Com- unqué:

„Die Fachgruppe für Ernährungsangelegen- eiten in der Budapester Handels- und Gewerbekam- er hielt heute eine Sitzung, in welcher auf Grund es Referats des Kammerkonsulenten Dr. Nikolaus ekete eine Vorlage betreffs Einschränkung es Betriebes der hauptstädtischen Le- ensmittelverkaufsstellen zur Bespre- ung kam. Nach einer eingehenden Beratung, an elcher Moriz Erdélyi, Wilhelm Farkas, Lud- ig Herz, Ferdinand Horváth, Stefan Oláh, ofrat Anton Székács, Ferdinand Zigler nd Kammersekretär Martin Hoffer teilnahmen, urde nach Annahme der Vorlage folgender Be- chlußantrag gefaßt:

1. Da der hauptstädtische Lebensmittelbetrieb nit dem Zwecke begründet wurde, daß er durch sein Bestehen auf dem Platze preisregulierend nd preisermäßigend wirke, und dieser Zweck bei den neisten durch den hauptstädtischen Lebensmittel- etrieb in Verkehr gebrachten Artikeln nicht erreicht erden konnte, da diese an das Kartensystem gebun- en sind und der Preis amtlich bestimmt wurde, dem- ach ohne Förderung der Interessen der Konsumen- n dem Handel großen Schaden verursacht, t es notwendig, daß sämtliche maximierte und an ebensmittelkarten gebundene Ware, die infolge be- ördlicher Maßnahmen den hauptstädtischen Lebens- ittelverkaufsstellen zugewiesen wurden, in der Zu- unft schon zu dem Zwecke, daß hiedurch das An- ellen vor den Lebensmittelverkaufsbuden ver- indert werde, ausschließlich im Wege der ebensmittelhändler in Verkehr gebracht erden sollen.

2. Der Umstand, daß Kartoffeln in den verflossenen zwei Jahren ohne jedelrsache ausschließ- lich im Wege des kommunalen Gemüsebetriebes in den Verkehr gelangten, was sowohl für den Handel wie auch für die Konsumenten nur nachteilig war, macht es notwendig, daß heuer die Erdäpfel- großhändler mit der Verteilung wenigstens jenes Quantums beauftragt werden, welches außer in den Verkaufsstellen des hauptstädtischen Gemüse- betriebes auch bei zahlreichen Geschäftsleuten in den Verkehr gelangt.

3. Da die Versorgung der Bevölkerung mit Grünzeug und Gemüse im Wege des orga- nisierten Großhandels infolge genügender Pro- duktion nunmehr als gesichert betrachtet werden kann, ist die dem kommunalen Gemüsebetrieb erteilte Requirierungsvollmacht, die die Ein- kaufsmöglichkeit des Handels mit der größten Ge- fahr bedroht und dazu geeignet ist, den Gemüse- betrieb hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Eliminierung des Handels zu einem Monopol zu gestalten, ganz und gar überflüssig. Wir müssen des- halb nachdrücklichst die Zurückziehung dieser Voll- macht verlangen bis zu dem Zeitpunkt, als die Lebensmittelhändler ihren Verbindlichkeiten bezüglich Versorgung der Bevölkerung bereits Genüge geleistet haben."

So weit wir informiert sind, hat das Landes- Ernährungsamt der Hauptstadt Budapest erst dann das Recht zur Requirierung von Gemüse und Obst erteilt, als der Versorgungsdienst des Syndikats der Obst-, Grünzeug-, Gemüse- und Kartoffelgroßhänd- ler, das ist der „organisierte Großhandel", voll- ständig versagte und die Budapester Märkte leer standen. Das Syndikat hat es sich nämlich zu seiner Aufgabe gesetzt, in erster Reihe den Export nach Oesterreich und Deutschland zu fördern, da er einträglich ist, weil dort über den Maximalpreisen verkauft wird. Die Beschwerden der Kartoffelgroßhändler sind auch hinfällig. Im Vor- jahre wurden mit ihnen Verhandlungen betreffs Ueberlassung von Kartoffeln gepflogen, die aber zu keinem Resultat führten, weil die Großhändler er- klärten, daß sie einen gewissen Teil der ihnen über- lassenen Kartoffeln nicht gegen Karten ver- rechnen wollen. Man war bestrebt, jeder Eventua- lität des Schleichhandels auszuweichen und konnte daher die Wünsche der Kartoffelgroßhändler nicht be- friedigen. Zum Schlusse erübrigt es sich der kommu- nalen Verkaufsbuden anzunehmen. Die durch das Kartensystem bewirtschafteten Artikel werden ebenso im privaten Handel wie in diesen Verkaufsbuden ab- gegeben. Daß das Publikum aber die kommunalen Verschleißstellen bevorzugt, bildet den schlagendsten Beweis für ihre Notwendigkeit.

Ernährung und Versorgung.

Stadt und Freihandel.

Kampf um den Lebensmittelverschleiß. — Eine Aktion zur Schließung der kommunalen Verkaufsbuden. — Die Kartoffelgroßhändler für den Anteil an der Erdäpfelversorgung. — Obst- und Gemüseverkehr im Wege des freien Handels. — Hinter den Kulissen dieser Bewegung.

Allerlei Versuche und Anstrengungen werden seit einiger Zeit unternommen, um den staat- lichen und den daran angegliederten kommunalen Ernährungsdienst zu lockern und eine Bresche in das festgegliederte System des Versor- gungswesens zu schlagen. Die nicht vorausgeahnte Dauer des Krieges haben den privaten Han- del aus dem Hintergrund, wohin die Staatswirt- schaft ihn gedrängt hat, zum Angriff hervorgelockt: Existenzinteressen sind auf dem Spiele, die der Staat bei dieser weiten Schichte von Steuerträgern nicht unberührt lassen dürfe. Andererseits haben die Wirtschaftszentralen, so weit ihre Tätig- keit in das Gebiet der Ernährung und Versorgung übergreift, infolge ihres starren bureaukratischen Systems, bei oft unfachmännischer Leitung und einer Geschäftsgebarung, die alles eher als Konsumenten- interessen vor Augen hat, das Vertrauen der Ver- braucher verscherzt. „Zurück zum freien Handel!" ist das Losungswort geworden, das von dem Handel verkündet und von den Verbrauchern nicht ungerne gehört wird, weil sie sich hiedurch eine Verbesserung der derzeit herrschenden mißlichen Approvisionierungs- und Versorgungszustände ver- sprechen.

Es muß aber gesagt werden, daß, so sehr man auch eine Eingliederung des legitimen, lauteren und anständigen Handels in den staatlichen Versorgungs- dienst wünschen kann, das Losungswort „Frei- handel!" doch nicht so verstanden werden darf, daß nun dem Handel alles frei und erlaubt sein soll. Der Handel muß sich wie die Industrie und die ge- samte Wirtschaft den Kriegsverhältnissen anpassen, in der die Anomalie zur Wirklichkeit wurde, daß das Angebot an Waren viel kleiner als die Nach- frage ist und daher der Staat bei der Verteilung der Vorräte als Mittler auftreten muß, um die Be- vorzugung der kaufkräftigen reichen Klassen vor den minderbemittelten hintanzuhalten. So wie es Pflicht des States ist, dafür zu sorgen, daß der Ketten- und Schleichhandel nicht überhandnehme, so ist es Aufgabe der Kommunen, eigene Organisationen als Muster für die Verpfle- gung der Bevölkerung aufzustellen und gewisser- maßen den Ernährungsdienst vom Handel zu

Vossische Zeitung 7/VII. 1918.

№ 342 Sonntag (Morgen) **Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1918 7. Juli

Die Ernährungsfragen im Reichstag.

185. Sitzung vom 6. Juli.

Am Tische des Bundesrats: v. Waldow, Wallraf, v. Stein.

Das Gesetz zur Ergänzung des Kapitalabfindungsgesetzes (Erweiterung auf Teilnehmer früherer Kriege) wird in zweiter Lesung angenommen und dann auf Antrag Liesching (F. Vp.) sogleich auch in dritter Lesung.

Ebenso wird ohne Erörterung das Kapitalabfindungsgesetz für Offiziere in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz gegen Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung wird auf Antrag des Abg. von Calker (nl.) dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (Erhöhung der Kalipreise).

Abg. **Gothein** (F. Vpt.): Es entspricht wohl der Meinung aller Parteien, daß es eine ganz ungeheure Zumutung an den Reichstag ist, ihm bei dieser Geschäftslage noch einen solchen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Es handelt sich um so schwerwiegende Entscheidungen, daß die Vorlage einem Ausschuß überwiesen werden muß. Ich schlage einen solchen von 21 Mitgliedern vor. Eine sachliche Beratung ist nicht möglich, da wir jetzt erst die Denkschrift erhalten haben. Es erscheint mir sehr zweifelhaft, ob es möglich ist, diese Vorlage noch in dieser Tagung zu erledigen.

Abg. Dr. **Arendt** (D. Fr.): Hoffentlich gelingt das im Interesse der Industrie und der Arbeiterschaft.

Abg. **Brey** (Soz.): Auch wir wünschen es im Interesse der Arbeiter.

Präsident **Fehrenbach:** Gegen die Ausschußberatung hat also niemand etwas einzuwenden. Der Ausschuß soll am Montag seine Arbeiten beginnen.

Auf der Tagesordnung stehen dann Berichte der Ausschüsse über Ernährungsfragen, über Kohlenförderung und Kohlenversorgung und über die Tätigkeit der Reichsbekleidungsstelle.

Alle diese Fragen sollen gemeinsam besprochen werden.

Präsident **Fehrenbach** teilt mit, daß nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses diese Fragen heute erledigt werden müssen. Von jeder der acht Fraktionen soll nur ein Redner sprechen, der aber höchstens eine Stunde in Anspruch nehmen darf. Dazu kommen noch die Reden der Berichterstatter und der Regierungsvertreter, so daß man sich vorstellen könne, wie lange die Sitzung dauern werde, wenn sich die Herren nicht Beschränkung auferlegen. (Unruhe.)

Der Ernährungsausschuß legt Richtlinien für die Erfassung der öffentlich bewirtschafteten Nahrungsmittel vor. Danach dürfen solche Nahrungsmittel vom Erzeuger nur an Behörden geliefert werden. Die Absender sind verpflichtet, alle Sendungen wahrheitsgetreu zu deklarieren. Verbotswidrige Transporte verfallen dem Kriegsernährungsamt. Die Landesbehörden haben diese Vorschriften streng durchzuführen. Hinsichtlich der Preisregelung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird gefordert, daß in der Preisgestaltung mehr Beständigkeit und Gleichmäßigkeit herrscht. Bei der Preisregelung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse soll auch auf die Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugungsmittel Rücksicht genommen werden. Bei den Nahrungsmittelpreisen soll auf die Kaufkraft der breiten Massen Bedacht genommen werden. Das abzuliefernde Getreide soll nur in gereinigtem Zustande abgenommen werden. Das Hinterkorn soll in bestimmten Mengen dem Erzeuger verbleiben. Zur Förderung der Fettversorgung soll der Anbau der Oelsaaten begünstigt, weiterer Anbau von Raps angeordnet werden. Zur Aussaat von Raps und Rübsen sollen möglichst große Mengen stickstoffhaltiger Düngemittel geliefert werden. Der Preisunterschied für ausländischen Kunstdünger soll von der Reichskasse übernommen werden. Weiter soll die Heeresverwaltung das Pferdematerial möglichst freihändig erwerben und sich an die geltenden Marktpreise halten.

Bezüglich der Kohlenversorgung liegt eine Entschließung vor, die eine möglichste Steigerung der Kohlenförderung fordert. Die Zahl der Kohlenarbeiter soll durch Beurlaubungen vom Heeresdienst, durch Heranziehung von Hilfsdienstpflichtigen, Gefangenen und ausländischen Arbeitern vermehrt werden, so daß die Versorgung mit Hausbrandkohlen schon vor der Ernte in möglichst großem Umfange durchgeführt werden kann. Für die Wasserstraßen sollen genügend Schiffe bereitgestellt werden.

Zur Bekleidungsfrage liegt nur eine Eingabe vor, wonach Personen mit einem Einkommen unter 1200 M. von der Verpflichtung zur Abgabe von Kleidungsstücken befreit werden sollen. Der Ausschuß empfiehlt diese Eingabe zur Berücksichtigung.

Abg. **Weilnböck** (kons.) berichtet über die Verhandlungen des Ernährungsausschusses. Den Bericht über die Kohlenfrage erstattet der Abg. **Schmidt**-Würzburg (Soz.). Berichterstatter über die Kleiderfrage ist der Abg. **Astor** (Ztr.).

Staatssekretär v. Waldow:

Im vierten Kriegsjahr hat der Kreis der öffentlichen Bewirtschaftung notwendigerweise immer weiter gezogen werden müssen, so daß sie heute alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel erfaßt. Die Schwächen und Mängel des zwangsläufigen Wirtschaftssystems werden von niemand mehr empfunden als von dem, der mit seiner Ausführung betraut ist und für die Auswirkung die Verantwortung trägt.

Deshalb werde ich jeden Vorschlag, der auf eine Verbesserung der Lage abzielt, ernstlich prüfen. Ein derartiger Vorschlag, der sich auch beim Verbraucher einer gewissen Sympathie erfreut, geht dahin, das System der Beschlagnahme gegen ein Umlageverfahren zu vertauschen. Das Umlageverfahren ist aber gleich unsicher für den Verbraucher, wie für den Erzeuger. Die Erfahrungen, die unsere Verbündeten in diesem Jahre mit der Auflockerung der Getreidewirtschaft gemacht haben, sollten Bedenken erwecken. Sie haben dazu geführt, daß die Regierungen von Deutschland, Oesterreich und Ungarn sich über einheitliche Grundsätze über die Getreidewirtschaft des nächsten Jahres sich geeinigt haben. Es sind die Grundsätze, auf denen unsere Reichsgetreideordnung aufgebaut ist. Die straffe Bewirtschaftung unserer Getreidevorräte ist, solange der Krieg dauert, eine unbedingte Notwendigkeit. Noch müssen wir nach dem Stande unserer Vorräte mit der größten Vorsicht wirtschaften, und wir können uns zu Beginn des fünften Kriegsjahres keine Experimente erlauben.

Ich bin ernstlich bemüht, die vielgeschmähte Theorie des grünen Tisches durch das vielgepriesene Grün des goldenen Baums des Lebens zu ersetzen. Zur restlosen Befriedigung wird aber die zwangsläufige Bewirtschaftung niemals führen. So berechtigt an sich und so nützlich die Kritik an unserer Ernährungswirtschaft sein mag, so sollte sie doch nicht so weit gehen, wie dies in jüngster Zeit in verstärktem Maße geschieht, um mit der Forderung: freier Handel, freie Produktion! systematisch das Vertrauen zu unserer gesamten Ernährungswirtschaft zu untergraben. (Sehr richtig!) Damit wird dem Vaterlande kein Dienst erwiesen, damit wird der Wille und die Kraft zum Durchhalten beim Verbraucher wie beim Erzeuger erschüttert. (Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang möchte ich in gerechter Würdigung der aufopfernden und selbstlosen Tätigkeit der zahlreichen Männer gedenken, die ehrenamtlich für unsere Volksernährung sich nach Kräften bemühen. Ich halte es für meine Pflicht, diesen ungezählten treuen Helfern von dieser Stelle aus meinen Dank auszusprechen, und ich bitte sie, sich durch alle unvermeidbaren Enttäuschungen und Anfechtungen in der Erfüllung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe nicht entmutigen zu lassen.

Wir sind besser durch den Winter gekommen, als wir nach den Aussichten des Herbstes annehmen durften. Der Grund dafür ist die gute Kartoffelernte und ,wie ich an dieser Stelle anerkennen möchte, die bessere Durchbildung der kommunalen Organisationen.

Ein Sorgenkind war von Anfang an in diesem Wirtschaftsjahr unsere Brotgetreideversorgung. Die Ungunst der Witterung hat uns eine völlige Mißernte des Futtergetreides und auch eine sehr knappe Brotgetreideernte gebracht, die uns von Anfang an zur größen Sparsamkeit und strafften Bewirtschaftung nötigte. Auch die Ernte aus den besetzten Gebieten und aus Rumänien brachte uns eine Enttäuschung.

Die Lieferung aus der Ukraine.

Während die ukrainische Zufuhr an Zucker und an Eiern einen erfolgversprechenden Anfang genommen hat, sind die Lieferungen an Getreide aus der Ukraine unzureichend. Die Zerrüttung der öffentlichen Ordnung und des wirtschaftlichen Lebens in der Ukraine stellt den Getreideforderungen große Schwierigkeiten entgegen, die bisher nicht haben überwunden werden können, und es wird noch eine lange Zeit dauern, bis größere Transporte in Gang kommen.

Nach dem Stande der Entwicklung dürften wir die Winterernte in der Heimat in der allernächsten Zeit zu erwarten haben. Die Ernte der Wintergerste ist bereits in vollem Gange, und Zufuhren aus dieser Ernte rollen bereits den Lagern der Reichsgetreidestelle zu.

Die Kartoffelration hat mit verschwindenden Ausnahmen im ganzen Lande bis zum Anfang dieses Monats in voller Höhe aufrechterhalten werden können. (Widerspruch bei den Soz.) — Abg. Krätzig (Soz.): Nicht wahr! — Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Abg. Krätzig wegen dieses Ausrufs zur Ordnung.)

Die letzten Wochen vor der Ernte.

Jetzt stehen wir vor den letzten Wochen, in denen die Vorräte des alten Jahres naturgemäß knapp werden und infolge schlechter Haltbarkeit und starken Schwundes an einzelnen Orten Ausfälle an Kartoffeln eintreten. Die kalte Witterung hat die Frühkartoffelernte um etwa 10 Tage verspätet, und es tritt dadurch wider Erwarten eine gewisse Spannung zwischen der Versorgung aus der alten und der neuen Ernte ein. Immerhin wird es gelingen, solche eintretenden Ausfälle durch Zuschübe aus den früher erntenden Kartoffelgebieten sowie aus holländischen Kartoffeln auszugleichen, und ich bin der festen Zuversicht, daß es uns gelingen wird, auch die letzten schweren Wochen dieses alten Wirtschaftsjahres, bis uns die neue Ernte neue Vorräte bringt, ohne ernste Störungen zu überwinden.

Die Mißernte an Futtergewächsen und der Mangel an Kraftfutter ist, wie in den meisten anderen europäischen Ländern, auch bei uns von der nachteiligsten Wirkung auf unsere Viehwirtschaft gewesen. Die notwendige Reduzierung der Viehbestände und der Rückgang der Schlachtgewichte hat uns dazu genötigt, die normale Abnützung unserer Rindviehbestände erheblich zu überschreiten. Ohne Gefährdung unserer künftigen Fleischversorgung und insbesondere unserer Milch- und Fettversorgung kann dieses Maß der Abnutzung auf die Dauer nicht fortgesetzt werden.

Fleischlose Wochen.

Es ist deshalb leider nicht zu umgehen, vom nächsten Wirtschaftsjahre ab, sobald unsere Brotration wieder hergestellt und die volle Kartoffelversorgung gesichert ist, neben einer geringen Herabsetzung der Rate eine Zeitlang auch in gewissen Zwischenräumen eine fleischlose Woche einzuführen. Für den Ausfall wird in den fleischlosen Wochen ein entsprechender Ersatz durch Mehl gegeben werden, der die gebotene Einschränkung erträglich erscheinen läßt.

Die Aussichten des neuen Jahres.

Was nun die übrigen Aussichten für das nächste Wirtschaftsjahr anbelangt, so ist für sie nach we vor die heimische Produktion entscheidend. Die Erträgnisse der besetzten Gebiete und die Zufuhren aus Rumänien und der Ukraine beten uns eine gewisse Reserve, sie sind aber als unsichere Faktoren nur mit Vorsicht in Rechnung zu stellen. Die Erhaltung unserer heimischen Produktion ist deshalb eine der wichtigsten Fragen unserer Kriegswirtschaft und muß mit allen Mitteln, so weit dies die Kriegsnotwendigkeiten zulassen, gefördert werden. Ich bin fest davon durchdrungen und bemüht, die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes danach einzurichten. Mein guter Wille genügt aber angesichts des Zwanges der Verhältnisse nicht.

Wenn im letzten Jahre eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden mußten, die von der Landwirtschaft besonders schwer und produktionshemmend empfunden worden sind, wie die ungenügende Bemessung der Rationen für das Zucht- und das Nutzvieh, und die scharfen und unwirtschaftlichen Eingriffe in die Viehbestände, so ist das nicht der Ausfluß mangelnden Verständnisses der Behörden, sondern die unabwendbare Folge der traurigen Kriegsnotwendigkeiten.

Spätfröste und Trockenheit haben in einem Teile des Landes das Wachstum beeinträchtigt, immerhin haben aber die ergiebigen Regenfälle der letzten Wochen dies wieder gutgemacht, so daß wir mit Recht auf eine bessere Ernte als im vorigen Jahre hoffen dürfen. (Beifall.) Ein Grund zum Pessimismus liegt deshalb nicht vor. Die Ungunst der Witterung hat uns in diesen vier Jahren das Durchhalten erschwert. Sie hat uns drei schlechte Ernten gebracht, das Jahr 1915 mit der schlechten Ernte in Gerste und Hafer, das Jahr 1916 mit der schlechteren in Kartoffeln und das Jahr 1917 mit der völligen Mißernte in allen Futtermitteln. Wenn wir, wie wir hoffen dürfen, in diesem Jahr eine mittlere Ernte erzielen, dann werden wir dank unserer eigenen Produktion sowie unter Zuhilfenahme der uns zur Verfügung stehenden Zufuhren aus den östlichen Gebieten sowie vermöge unserer besseren Organisation erheblich besser dastehen als unsere Feinde. Diese werden sich nun wohl endgültig davon haben überzeugen müssen, daß ihr Aushungerungsplan ebenso zuschanden geworden ist, wie ihr Vernichtungsplan. Durch ernste Zeit ist unser Volk mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit hindurchgegangen. Wenn kein Ausweg mehr vorhanden schien, dann hat jedesmal unser gutes Schwert unserer gerechten Sache eine neue Bahn eröffnet. So werden wir, dank der unerreichten Heldentaten unserer Truppen, dank der Disziplin und der pflichttreuen Arbeit und Opferfreudigkeit aller Klassen der Bevölkerung auch die Gefahren und Schwierigkeiten, die uns etwa noch bevorstehen sollten, standhaft überwinden. (Beifall.) So dürfen wir der festen und freudigen Zuversicht sein, daß das tapfere und tüchtige deutsche Volk aus diesem schweren Ringen aufrecht und sieghaft hervorgeht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Matzinger** (Ztr.): Immer noch gehen erhebliche Nahrungsmittelmengen in die Taschen der Hamster und in die Kanäle des Schleichhandels. Wenn die Höchstpreise in einem besseren Verhältnis zum Wert der Ware stehen würden, würden die Versucher weniger Gehör finden.

Abg. **Wels** (Soz.): Die Unzufriedenheit des Volkes hat sich zur Erbitterung gesteigert. Gut klappt allein der Schleichhandel, dank der Unterstützung, die ihm von zahlreichen Behörden zum Nachteil der Allgemeinheit zuteil wird. Auf dem Viehhof in Friedrichsfelde sind 8000 Schweine krepiert. Warum hat man die Tiere eingehen lassen, anstatt sie der Stadt zu übergeben?

Die Nahrungsmittel aus der Ukraine.

Staatssekretär **v. Waldow:** Der Vorredner hat aus der Aeußerung des Kaisers, daß Lebensmittelzüge aus der Ukraine im Anrollen wären, gefolgert, der Kaiser werde ungenügend über unsere Ernährungsfrage unterrichtet. Bisher hat die Reichsgetreidestelle aus der Ukraine 6000 Tonnen bekommen, das sind 10 Züge zu 60 Wagen. Die Aeußerung entsprach also den damaligen Verhältnissen. Daß die Einfuhren aus der Ukraine später erheblich nachgelassen haben, wurde auch von den mit der Aufbringung direkt befaßten Stellen nicht erwartet. Die Schlußfolgerung ist also unrichig. Der Kaiser wird von mir laufend über den Stand der Ernährungsfrage unterrichtet und hat ein lebhaftes Mitempfinden mit den Entbehrungen und Opfern des Volkes. Dafür hat er ihm wiederholt Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Abg. **Rösicke** (kons.): Bei der Versorgung mit Kleidern und Schuhen muß für die Landwirtschaft und ihre Arbeiter mehr getan werden. Auch die Kohlenverteilung ist ungleichmäßig. Die ungenügende Förderung der Erzeugung rächt sich jetzt. An den Ernährungsschwierigkeiten ist außer England der sozialistische Zwangsstaat schuld, den wir haben. Gleichmacherei und Zwang töten das wirtschaftliche Leben. Der Ursprung dieser Zustände ist die Sozialdemokratie.

Der Redner bespricht eingehend das Umlageverfahren und wird nach einstündiger Rede vom Vizepräsidenten Dove mit der Mahnung zu schließen, unterbrochen. Er beruft sich darauf, daß sein Vorredner das Wohlwollen des Präsidenten auch in Anspruch genommen, er selbst aber nur noch wenig zu sagen habe, macht dann den Eierablieferungszwang für den Ermangel verantwortlich, fordert Beschwerdeinstanzen und Schiedsgerichte für die Landwirtschaft und bittet den Staatssekretär, mehr Freiheit zu geben. (Beifall rechts.)

Abg. **Fegter** (Vpt.): Am Sonnabend abend, schon in Sonntagsstimmung soll man diese hochwichtigen Fragen besprechen! Die eingezogenen Grubenarbeiter müßte man freigeben, um die Kohlenversorgung zu bessern. Die Landbevölkerung ist ebenso wie die Stadtbevölkerung bereit, Widerwärtigkeiten in den Kauf zu nehmen, aber es muß ihr klargemacht werden, daß diese Widerwärtigkeiten Kriegsnotwendigkeiten sind. Vertuschungen führen nicht zum Ziel; sie erzeugen Enttäuschungen und Erbitterung bei Verbrauchern und Erzeugern.

Solche Krisen, wie wir seit vier Jahren jeden Frühsommer erleben, müssen durch rechtzeitige Maßnahmen verhindert werden; das ist möglich, wenn schon im Sommer und Herbst darauf Bedacht genommen wird. Der Redner tritt dafür ein, daß dem Landwirt nicht, wie Dr. Rösicke will, der gesamte Ueberschuß über die Landumlage zur freien Verfügung überlassen werde, sondern nur soviel, als er in der eigenen Wirtschaft braucht; alles übrige soll die Gemeinde erhalten und unter solidarischer Haftung für die Allgemeinheit verwalten. Wenn aber in alle Verhältnisse so tief eingegriffen wird, darf auch nicht länger vor hohen, höchsten und allerhöchsten Jagdgründen Halt gemacht werden. Wir wollen und werden durchhalten, werden aber das besser können als bisher, wenn unsere Vorschläge verwirklicht werden. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Heck** (ntlb.): Es kostet eine gewisse Ueberwindung, um ½8 Uhr die Rede über die wichtige Frage unserer Ernährung zu beginnen. Der Vorwurf schnöder Gewinnsucht gegen unsere Landwirtschaft ist unberechtigt. Die Landwirtschaft muß hergeben, was sie irgend kann, dafür soll man ihr auch Arbeitskräfte und Dünger liefern. Nutzbarer landwirtschaftlicher Boden darf nicht brachliegen bleiben. Alle a. v.- und g. v.-Leute müssen der Landwirtschaft verbleiben. In den Großstädten begegnet man noch überflüssigen Pferden. Den Grundsatz, den Viehbestand mit den Futtermitteln in Einklang zu bringen, können wir nicht anerkennen, da es dann am Stallmist mangeln wird, was die Fruchtbarkeit des Ackers beeinträchtigt. Man spricht immer von dem fressenden Maul, aber ihm gegenüber befindet sich eine Oeffnung, die nicht frißt, sondern das Gefressene wieder hergibt. (Große Heiterkeit.) **Da wird in wesentlich größeren Mengen an Nährmitteln umgesetzt, als**

Neues Wiener Tagbl
8./VIII

Die Hoffnung auf ein Butterbrot.

Hausfrauenferien 1918.

Der fünfte Kriegssommer hat uns um eine neue Erscheinung bereichert: um die auf dem Lande wohnende und in der Stadt einkaufende Hausfrau. ... Zwar sind schon im vorigen Jahre einzelne Familien, die den Sommer in der Nähe Wiens verbrachten, mit dem Lebensmittelbezuge freiwillig ganz oder teilweise in der Stadt rayoniert geblieben, aber die Zwangsrayonierung in der Stadt hat uns, wie gesagt, doch erst der heurige Sommer beschert. Und so sieht man denn jetzt täglich in den Morgenstunden auf allen Wiener Bahnhöfen und Stadtbahnstationen sowie auch an den Haltestellen der aus den ländlichen Bezirken hereinfahrenden Elektrischen Damen mit leeren Markttaschen ankommen. In der Stadt werden dann die Einkäufe besorgt, und am Nachmittag wird mehr minder — meist leider minder — schwer bepackt, die Rückfahrt in die Sommerfrische angetreten. Denn das Einkaufen ist in den letzten Jahren ein ebenso kostspieliges als zeitraubendes Geschäft geworden. Ja, für einen solchen Einkaufstag muß vorher ein Plan regelrecht ausgearbeitet werden. Wehe der Hausfrau, die sich ohne einen solchen auf den Weg machen wollte! Sie würde sicherlich nur halbverrichteter Dinge heimkehren.

Nehmen wir den günstigsten Fall, daß nämlich bei der Wahl der Sommerfrische auf relativ bequeme Verbindung mit dem Wiener Wohnungsbezirk Bedacht genommen werden konnte und daß die Familie einer Organisation angehört. Eine im neunten Bezirk wohnhafte Hausfrau beispielsweise käme um acht Uhr früh auf dem Franz Josefs-Bahnhof an. An erster Stelle auf ihrer Einkaufsliste steht der Fleischer, zu dem sie etwa zehn Minuten zu gehen hat. Natürlich sind, wiewohl es ein „Extrem"-Fleischhauer ist, noch nahezu hundert Personen vor ihr angestellt. Es wird also ungefähr anderthalb Stunden dauern, bis sie darankommt; um halb zehn hat sie dann ihre Wochenration an Fleisch wirklich und im wahren Wortsinn „erstanden". Nun will sie bei einer Gemüsehändlerin in der Nähe auch etwas Gemüse kaufen, denn auch solches ist durchaus nicht überall auf dem Lande zu bekommen; aber, o weh! Gemüse ist ausverkauft, nicht einmal Salat ist mehr zu haben. — Die weitere Station auf der Einkaufsliste ist eine Brotverkaufsstelle. Auf dem Wege dahin tritt die Dame auch in die Markthalle in der Nußdorferstraße ein. Hier findet sie die meisten Gemüseverkaufsstände bereits „zugedeckt" und von den Verkäufern verlassen. Eine Händlerin kramt noch in einer „Butten", aber auf die Frage der Dame nach Salat oder Kohlrüben wird sie von der Verkäuferin mit einem fast verächtlichen Blick gemessen.

„An Salat wollen S'? Wo is der schon!"

Nr. 3, die Brotverkaufsstelle ist verhältnismäßig rasch absolviert. Mit wehmütigen Blicken betrachtet die Hausfrau die erhaltenen zweieinhalb Laibe Brot, die dem ländlichen Appetit von fünf gesunden Menschen, darunter zwei heranwachsenden Jungen, eine ganze Woche standhalten sollen....

Nr. 4 ist die „Organisation". Ist dieselbe in der letzten Zeit auch zu einer Art Filiale der „Ema" geworden, das wenige, das einem geboten wird, das geringe Quantum Fett, Mehl, Zucker ꝛc. ist bald in Empfang genommen, denn es ist mittlerweile Mittag geworden, und es sind nicht mehr viele Kunden im Geschäfte. Kartoffeln gibt's diese Woche leider nicht, Eier auch nicht, dafür aber — „Wasserglas" zum Konservieren derselben! ...

Nr. 5 ist die Milchfrau, mit der vor der Uebersiedlung aufs Land abgemacht wurde, daß die „Pflichtmilch" einmal in der Woche abgeholt werden wird. Auf dem Lande kriegt man nämlich Milch womöglich noch schwerer als in der Stadt, es wäre denn, daß man sich dazu bequemt, den biederen Landleuten fünf bis sechs Kronen für den Liter Ziegenmilch zu bezahlen....

Nr. 6 ist der Schuster, dem dringlichst Stiefel zur Reparatur übergeben werden müssen.

Nr. 7... Aber dazu ist es leider zu spät, denn es ist mittlerweile 12 Uhr geworden. Also rasch in die Wohnung, wo vor allen Dingen die kostbare Milch abgekocht und dann in kaltes Wasser gestellt werden muß, damit sie nachmittags in gutem Zustande aufs Land hinausgebracht wird. ... Ist dies geschehen, gönnt sich die geplagte Frau eine kleine Ruhepause, während welcher sie auch einen Imbiß verzehrt. Dann geht es weiter an die Arbeit. Was zu Hause müssen allerlei Kleinigkeiten mitgebracht werden. Jedes Familienmitglied hat einen oder auch mehrere Wünsche geäußert, die natürlich alle in die Liste eingetragen wurden. Alles wird herausgesucht und zusammengetragen. Auch kleine Ueberreste von „Vorräten", die man absichtlich oder aus Versehen zurückgelassen hat, werden den bescheidenen Einkäufen beigepackt.

Nun ist es gleich 2 Uhr, da müssen noch die restlichen Kommissionen erledigt werden.

Nr. 8 ist der Kohlenhändler. Man hat seinerzeit den „Belieferungsschein" von ihm in Empfang genommen und nach Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften ihm den „Einlagerungsschein" dafür übergeben, aber Kohlen hat man natürlich noch keine bekommen. Wie rasch vergeht der Sommer! Wenn die Familie vom Lande zurückkehrt, harrt der vielgeplagten Hausfrau massenhaft unaufschiebbare Arbeit. Und auf einmal ist dann der naßkalte Herbst da und der Winter vor der Tür, und keine Kohle im Hause.... Die Kohlenangelegenheit muß daher während der Ferien „bereinigt" werden. Darum figuriert allwöchentlich auf der Kommissionsliste der Kohlenhändler, bei dem urgiert werden muß. ...

Nun noch Nr. 9; für heute die letzte Kommission, die erst um 3 Uhr nachmittags besorgt werden kann: der Bezug von Papas Zigarettentabak in der Trafik. Ist auch der erledigt, geht es nochmals in die Wohnung, wo die Milch mittlerweile ausgekühlt ist und in die Flasche gefüllt werden kann. Tasche und Pakete werden geholt. Nun geht's zur Bahn, und die Rückfahrt in die Sommerfrische kann angetreten werden.

Weit unangenehmer noch gestaltet sich der Einkaufstag, wenn eine im neunten Bezirk wohnhafte Hausfrau auf der West- oder gar auf der Südbahn ankommt, in welchem Falle sie noch die Annehmlichkeiten einer Fahrt mit dem D- oder dem 8er Wagen über sich ergehen lassen muß, die heutzutage absolut nicht gering eingeschätzt werden darf, oder wenn die Familie, was im Mittelstand allerdings selten vorkommt, keiner Organisation angehört und die einkaufende Hausfrau sich die zahlreichen rayonierten Artikel an verschiedenen Stellen zusammenkaufen muß. Ich glaube, die Frauen, die, um ihren Kindern den Landaufenthalt zu ermöglichen, auch diese Mühsal auf sich genommen haben, haben die Geschichte der Heldentaten des Hinterlandes um ein neues Blatt vermehrt. Und etwaige Aufzeichnungen solcher Hausfrauen werden für den künftigen Geschichtsschreiber, der die Zustände im fünften Kriegssommer zu schildern haben wird, keineswegs uninteressant sein.

In die Sommerfrische zurückgekehrt, wird die Hausfrau zumeist schon auf dem Bahnhof von ihren Kindern erwartet und mit Jubel empfangen. Die Frage: „Hast du mir was mitgebracht?" stellt aber ein wohlerzogenes Kriegskind gar nicht mehr. Nur: „Wie viele Laibe Brot bringst du, Mutter? Und Mehl? ... Erdäpfel? ..." Und so wenig verheißungsvoll auch Mutters zurückhaltend gegebene Auskünfte lauten, die Kinder wissen, zwei — drei Tage geht es doch etwas weniger knapp zu, gibt es vielleicht sogar ein Butterbrot. . . und lustig und guter Dinge tritt die kleine Karawane, nachdem vorher der Mutter Tasche und Pakete abgenommen worden, den Heimweg an.

Mina Ander.

ng

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 70 ₰ Abendblatt 50 ₰ Reklamen ℳ 2.50 Abendbl. ℳ 3.— 40% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 10% Teuerungszuschl. Familienanzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichk. — Anzeig.-nehm. an Geschäftsstelle Frankfurt a.M.: Gr. Eschenheimerstr. 23/27. Schillerstr. 20 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauerstr. 10/18. Dresden: Waisenhausstr. 6. München: Perusastr. 5. Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Ulrich: Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4436.

Keine Experimente!

Festhalten am Ernährungssystem.

„Bolschewismus von oben" nannte noch am Samstag das führende Organ des Bundes der Landwirte das System unserer Kriegswirtschaft, worunter es in erster Linie das System unserer zwangsläufigen Kriegsernährung versteht. Fast zu gleicher Stunde bekannte sich der Reichstag nahezu einmütig zu diesem System, das er unter dem Zwang der Kriegsverhältnisse für einzig möglich und daher für unentbehrlich erklärt. Dort der Widerwille gegen Maßnahmen, die durch die Beschränkungen, die sie der hemmungslosen Ausnützung der Konjunktur auferlegen, auch Opfer heischen, Opfer materieller und gewiß auch ideeller Art; hier das starke Gefühl für die große Verantwortung, die die Sorge für das Durchhalten eines ganzen Volkes auferlegt. Was das agrarische Organ; verächtlich Bolschewismus nennt und so der auf Schlagworte hörenden Gefolgschaft als Staatsverbrechen zu denunzieren sucht, erweist sich als ein Akt höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber unserer Existenz als Volk und Staat. Die Geschichte wird einst darüber urteilen, wer recht hatte: diejenigen, die mit demagogischen Schlagworten fortgesetzt an den organisatorischen Grundlagen unserer Ernährung rüttelten oder diejenigen, die in zähem, unbeirrtem Festhalten an diesen Grundlagen es verhütet haben, daß der Zusammenbruch kam.

Der Staatssekretär v. Waldow hat in seinem Ueberblick über den bisherigen Verlauf der Kriegswirtschaft die Notwendigkeit, auf dem von seinen Vorgängern eingeschlagenen Wege weiterzugehen, nachdrücklich betont. Ohne Zwangswirtschaft hätte nicht einmal der gewaltige Bedarf unseres Heeres, geschweige denn das, was unsere Bevölkerung braucht, beschafft werden können. Die Zwangswirtschaft hat es zu Wege gebracht, daß auch der minderbemittelten Bevölkerung ein Existenzminimum gesichert wurde. Diese Stellungnahme des Staatssekretärs mag die Befürworter einer Systemänderung um so mehr enttäuschen, als sie gerade von ihm wenigstens eine teilweise Umkehr erhofft und erwartet hatten. Aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen, und so vermag Herr v. Waldow nichts anderes zu tun als was Herr v. Batocki getan hatte. Auch das von verschiedenen Seiten empfohlene, aus Gründen der Objektivität auch hier zur Diskussion gestellte System der Lieferungsverträge lehnt der Staatssekretär ab. Auf eine Reihe von Bedenken, die auch diesem System trotz mancher Vorzüge, die es hätte, doch anhaften, haben wir gleich damals hingewiesen. Herrn v. Waldow wäre es nur dann akzeptabel, wenn wir einen über den vorhandenen dringlichen Bedarf hinausgehenden Ueberschuß aufweisen könnten. Da dies nicht der Fall ist, würde seine Auffassung eine reine Gefährdung unseres Durchhaltens in sich schließen, und da wir weiter mit größer Vorsicht wirtschaften müssen, könnten wir uns — so meinte der Staatssekretär mit Recht — bei Beginn des fünften Kriegswirtschaftsjahres nicht auf Experimente einlassen. Wir müssen also an dem bisherigen System, trotz aller Mängel und Fehler, die ihm anhaften, und trotz alles Unbefriedigenden für Erzeuger, Zwischenhandel und Verbraucher, das mit ihm verbunden bleibt, doch festhalten, nicht aus Rechthaberei und Eigensinn, nicht aus einzelpersönlichem Egoismus oder aus Unverstand, sondern aus der sicheren Erkenntnis, daß jeder andere Weg uns ins Verderben führen müßte, festhalten aber auch nur so lange, als die Umstände, die auf diesen Weg geführt haben, fortdauern. Sobald sie sich zum Besseren ändern, wird auch der Abbau des Systems bis zur Wiederherstellung der alten Freiheit beschritten werden können und beschritten werden müssen.

Was Herr v. Waldow über den Verlauf des jetzt zur Neige gehenden Wirtschaftsjahrs ausgeführt hat, wird im großen und ganzen als richtig anerkannt werden müssen. Der Tiefstand unserer Ernährung, der durch das Frühjahr 1917 gekennzeichnet wird, kann als überwunden gelten. Jedenfalls war das Jahr 1917/18 wesentlich günstiger. Und was der Staatssekretär über die Aussichten des neuen Erntejahres vortrug, klang trotz mancher Einschränkung, die die zu Beginn hochgespannten Erwartungen erfahren müssen, doch recht hoffnungsvoll. „Spätfröste und Trockenheit haben das Wachstum gehemmt, aber die ergiebigen Regenfälle der letzten Wochen haben vieles wieder gutgemacht, und so können wir mit Recht auf eine bessere Ernte als im Vorjahr rechnen." Was uns aus den besetzten Gebieten, ferner aus Rumänien und der Ukraine zufließt, bildet eine gewisse Reserve; in unserem Wirtschaftsplan aber bauen wir ganz auf den Erzeugnissen der heimischen Landwirtschaft auf. Und weil wie dies auch künftig wollen und müssen, sehen wir uns veranlaßt, da, wo es sich als nötig erweist, Korrekturen im einzelnen vorzunehmen und, den Wirtschaftsplan in Einzelheiten danach zu gestalten. Es ist nicht angängig — und auch darin zeigt sich die Unmöglichkeit, auf das Verfügungsrecht über die Vorräte ganz oder nur zu einem Teil zu verzichten — den Wirtschaftsplan in allem Einzelnen schon bei Beginn des Erntejahres festzulegen. Es müssen gewisse Ausweichmöglichkeiten bleiben, die gestatten,

Frankfurter Zeitung 11./VII. 1918.

99

ig

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 70 ₰ Abendblatt 80 ₰ Reklamen ℳ 2.50 Abendbl. ℳ 3.—, 40% Teuerungszuschlag, Stellengesuche 10% Teuerungszuschl. Familienanzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichk.—Anzeig.nehm. an: Geschäftsstelle Frankfurt a.M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37. Schillerstr. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauerstr. 16/18. Dresden A.: Waisenhausstr. 25. München: Perusastr. 5. Offenbach: Bismarckstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4436.

Vor der Uebergangswirtschaft.

VII.*)

Höchstpreis und Weltpreis.

A. F. Mehr oder minder alle Staaten haben sich im Kriege vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, wenigstens die unentbehrlichsten Waren des täglichen Lebensbedarfs der Bevölkerung zu einigermaßen erschwinglichen Preisen darzubieten. Zwei Wege ergaben sich dafür. Der Staat (oder eine andere öffentliche Institution) konnte der Bevölkerung die Waren dadurch verbilligen, daß er einen Teil der hohen Preise auf seine eigene Kasse übernahm. So zahlt zum Beispiel England allein für das Brot einen Staatszuschuß von angeblich 800 Millionen Mark im Jahre. Unsere Volksküchen und Aehnliches beruhen auf dem gleichen System. Aber unendlich wichtiger wurde für uns der andere Weg, die Festsetzung von Höchstpreisen. Ihnen lag ein klarer Gedanke zu Grunde. Waren wir schon abgeschnitten von der Zufuhr der Welt, so wollten wir neben den Nachteilen auch die Vorteile davon haben, so sollte sich der Preis für die Inlandsware nach den Verhältnissen des geschlossenen Inlandsmarktes richten, nicht nach der durch ganz fremde Ursachen bewirkten Verteuerung der Auslandswaren. Bekamen wir schon kein amerikanisches Getreide, so konnte uns auch die Steigerung des Chicagoer Weizenpreises gleichgültig sein; bekamen wir kein neues Kupfer ins Land, so sollte das Reich für das im Lande vorrätige, billig eingekaufte Kupfer nicht die enormen New Yorker Kriegspreise zahlen; mußten die kohlenarmen Neutralen für die englische und, viel später, auch für die deutsche Kohle ein Vielfaches des Friedenspreises anlegen, so sollten wenigstens die inländischen Preise für die deutsche Kohle nicht auf die gleiche Höhe klimmen. Und noch viel weniger sollten, soweit es sich verhindern ließ, Volk und Staat den Produzenten und den Besitzern von Friedensvorräten die Phantasiepreise zahlen, die sich bei dem absoluten Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage für eine große Zahl von Waren, und schließlich für alle, im freien Spiel der Kräfte unzweifelhaft ergeben hätten. Darum Höchstpreise, auskömmlich für die eine, vernünftig für die andere Seite — das wurde, mit allen Mißgriffen, Härten und Unausgeglichenheiten, die ein solches Suchen nach dem „gerechten" Preise ganz selbstverständlich immer begleiten werden, aber eben doch aus der Notwendigkeit unserer Lage heraus richtunggebend für unsere Kriegswirtschaft.

Und nun kann sich für die Uebergangswirtschaft das ungeheure schwere Problem auftun: wir verhalten wir uns, wenn der Friedensschluß Deutschland aus einem geschlossenen Handelsstaat wieder zu einem Gliede der Weltwirtschaft macht, und wenn dann die Weltmarktpreise wichtiger Warengruppen wesentlich höher als die bisherigen deutschen Höchstpreise sind? Der Fall muß nicht, oder nicht für alles, eintreten, nämlich dann nicht, wenn mit Friedensschluß die Weltmarktpreise ihrerseits sinken, und wenn umgekehrt bis dahin die deutschen Höchstpreise noch weiter in dem in letzter Zeit üblich gewordenen Maße heraufgesetzt worden sind. Die Illusion, daß staatlich festgesetzte Höchstpreise billige Preise seien, hat man ja längst aufgegeben; die tatsächlichen Machtverhältnisse, die noch immer nach Lassalles Wort die eigentliche Verfassung sind, setzen sich auch dabei vor und hinter den Kulissen durch; in dem von mancher Seite jetzt empfohlenen und von den Interessenten heiß befürworteten „Abbau der Höchstpreise nach oben" haben wir ohne Zweifel schon erkleckliche Fortschritte gemacht. Immerhin. Wir hatten teure Einfuhr auch schon im Kriege; aber da gab es immer die Möglichkeit, daß das Reich mit seiner großen Kriegskasse diese teuren Waren für das Heer übernahm. Schwieriger war es schon beim Friedensschluß mit der Ukraine: wir mußten infolge der Rubelentwertung unmögliche Preise für das Getreide bewilligen und konnten uns nur durch entsprechende Preise für die deutsche Einfuhr schadlos halten; solche Aufrechnung, hier schon sehr mühsam, würde in größeren Verhältnissen noch viel schwieriger sein. Ueberhaupt wird jede Preisregelung im Frieden auf noch viel mächtigere Hindernisse stoßen, als schon im Kriege. Der Schleichhandel, der Schmuggel wird noch viel mehr Wege zur Umgehung finden. Und außerdem wird dann für große Warengebiete das wichtigste Werkzeug der Kriegswirtschaft, die Beschlagnahme, nur noch viel unvollkommener benutzbar sein: man kann, worauf von industrieller Seite ganz richtig hingewiesen wurde, zwar im Kriege die Türklinken beschlagnahmen und einziehen, um Granatringe daraus zu machen, aber man kann nicht im Frieden die Kronleuchter beschlagnahmen, wenn die Industrie das Material verwenden will, um irgend ein Friedensprodukt, zum Beispiel — Kronleuchter daraus zu fabrizieren! Das ist eine Mahnung mehr, die Versuche zur Preisregulierung nach dem Kriege auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 16., 19., 26. und 30. Juni, und vom 3. und 7. Juli.

Modelle Jeanette Erbler; die zwei Sommerhüte, deren einer stark aufgebogen mit Reiher garniert ist, sind Modelle von Helena.

Rezepte der Saison.

Zeitgemäße Konservierungsrezepte.

Grüne Erbsen trocknen ist ganz leicht. Auf zwei Liter Erbsen streut man 5 Dekagramm Zucker, stellt sie auf die warme Platte und läßt den sich entwickelnden Saft eindünsten, dann auf ein reines Tuch oder Papier geben und an der Luft trocknen lassen. Bis sie hart und runzelig sind in ein luftdurchlässiges Säckchen geben, freihängend aufbewahren und öfters aufschütteln. Die Schoten trocknet man für den Winter anstatt des Grünzeugs oder kocht sie gut aus und verwendet das Sudwasser zu einer dicken oder zu einer Gemüsesuppe.

Poren oder Lauch konserviert oder frisch kann sehr gut statt Zwiebel geröstet werden, gibt sehr guten würzigen Saft. Sauberen Stengel trocknet man fest ab, schneidet ihn in der Quere fein und stopft selbe fest in Gläser, so viele nur hineingehen. Obenauf kommt Salz, dann drückt man so nochmals fest ein, so daß die entstehende Salzlake darüber steht. Gut verbinden, kühl aufbewahren; man kann das Glas nach Belieben öffnen, wieder herausnehmen und abermals aufheben.

Ribisel-Marmelade. Die Ribisel rasch waschen, aufkochen lassen und passieren. Die Hälfte oder 1 bis 2 Drittel des Gewichtes kleine gelbe Rüben waschen, putzen, weich kochen und passieren, dann beides zusammenmischen, die Hälfte des Gewichtes in Zucker oder Honig beigeben und rasch zur notwendigen Dicke einkochen. Eopat oder ein entsprechendes Produkt beigeben, erhöht die Haltbarkeit. Rasch und heiß in die Gläser füllen und nach dem Abkochen in die laue Röhre unverbunden gestellt; die gelben Rüben mildern die Ribiselsäure und verhelfen der Marmelade zu sehr feinem Aroma, der Hausfrau zu einer guten, gestreckten Marmelade.

Stachelbeeren-Jam. Die Früchte rasch aber gründlich waschen, die Blütendolden auf beiden Seiten abknipsen. (Sind sie sehr hart, vorerst mit heißem Wasser abbrühen, zudecken, ein Weilchen stehen lassen.) In die Kasserole mit etwas Wasser hineingeben, kochen lassen, gut rühren, bis sie anfangen, weich zu werden. Dann etwas Zucker oder Honig beifügen, sie zur gewünschten Konsistenz einkochen, benzoesaures Natron, ein Gramm per Kilogramm, oder eine Tablette Eozet im letzten Aufwallen beifügen, heiß in die Gläser füllen und entweder unverschlossen in die warme Bratröhre stellen oder gut verbunden zur Vorsicht noch eine Viertelstunde in Dunst kochen. Bei Gebrauch nachsüßen.

Wasser-Agras.) Die Stachelbeeren dürfen nicht zu reif sein. Man wäscht sie rasch, aber gründlich, knipst die beidersetzen Sternchen ab, füllt sie in Flaschen, und wenn sie voll sind, hält man sie unter die Wasserleitung. In dünnem Strahl Wasser darüber fließen lassen, bis die Flasche gefüllt ist, dann gut verschließen und ruhig stehend aufbewahren. Wenn sich das Wasser trübt, gießt man es ab und gibt einfach wieder frisches darauf. Sie halten sich monatelang ganz tadellos und sind zu jeder Verwendung tauglich.



Türkisches Schönheits-Institut
„HANUM"
I., Tegetthoffstr. 4. Fernspr. 5362

Fremdenblatt
14. Juli 1918
100

Tägliche Rundschau 19./VIII. 1918.

1121

Landwirtschaftliche Plaudereien.

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

(Fortsetzung und Schluß.)

Es wundert mich ein wenig, liebwerte Hausfrauen, die Ihr mir bewegliche Klagen mit der Frage sendet: Wie kann man Rhabarber und Stachelbeeren von der scharfen Säure befreien, um Zucker zu sparen, sintemal und alldieweil ich dafür schon mehrere Male einen Fingerzeig gab. Da aber die Sache bei unserer großen Zuckerknappheit doch recht bedeutungsvoll ist, will ich den Fragerinnen noch einmal Rat geben in der schon erledigten Angelegenheit; wahrscheinlich sind doch noch eine ganze Reihe neuer Leserinnen da, die dadurch auch Nutzen ziehen. Für Rhabarber also nimmt man auf 1 Kg. Rhabarberstückchen eine kleine Messerspitze gereinigte Schlemmkreide — nicht mehr! — kocht damit den Rhabarber in Wasser ab und schmort ihn darauf mit geringem Zucker weich. Die Schlemmkreide bindet die scharfe, zudem gesundheitlich nicht zuträgliche Oxalsäure des Rhabarbers, läßt aber die erfrischende Zitronensäure unberührt. Stachelbeeren nimmt man die scharfe Säure viel besser als durch Abkochen mit leichtem Natronwasser, durch den Zusatz von etwas Salz beim Weichschmoren; man braucht dann nur die Hälfte des sonst nötigen Zuckers.

*

Wenn die im Vorjahre in Salz eingelegten Bohnen, verehrte Frau D., Wiesbaden, noch tadellos sind, so können Sie diese wohl bis zum nächsten Winter aufheben, wenn Sie einen kühlen und luftigen Keller haben. In den meisten Fällen macht man aber leider die Erfahrung, daß Salzgemüse die Wärme der Sommermonate nicht vertragen und dann Geschmack und gute Beschaffenheit verlieren. In diesem ungewöhnlich kalten Sommer ist es aber wohl möglich, daß die Bohnen gut bleiben. Ich würde nicht zum Uebergießen frischer Salzsole raten, sondern die Bohnen lieber ruhig in ihrer alten Lake lassen, sie aber fleißig beobachten; sowie sich Veränderungen zeigen, ist ein baldiger Verbrauch anzuraten; dasselbe gilt, wenn die Bohnen etwa im ersten Wintervierteljahr schon eine Veränderung zeigen. Bei der Unsicherheit der Gemüseversorgung sind Ihre Salzbohnen ein Schatz, den Sie sorglich hüten werden; denn wer weiß, wie es mit der Bohnenernte in diesem Jahre wird. Uebrigens dürfte es Sie interessieren, daß ich in einem ähnlichen Fall meine Schnittbohnen aus dem Salz nahm, fest in Gläser packte und 50 Minuten bei 100 Grad Celsius sterilisierte. Beim Gebrauch habe ich die Bohnen wie gewöhnlich gewässert und dann wie immer wie Salzbohnen gekocht; sie wurden rasch zart und schmeckten vortrefflich. Jedenfalls hat man seine Bohnen dann sicher bis zum Ende des Winters gut erhalten. Vielleicht ziehen Sie dieses Verfahren vor.

*

Das ist allerdings ein schwieriger Fall, Frau L. K. in Schmargendorf; mit Ihren unbenutzt stehenden Waschfässern, immer unter Wasser stehend, wird das Holz, fürchte ich gleich Ihnen, doch auf die Dauer nicht widerstandsfähig genug sein, um nicht zu leiden; beim Stehen ohne Wasser wird es aber sicher mit der Zeit so austrocknen, daß die Waschzuber zusammenfallen werden. Dann müssen sie vor dem Gebrauch aber nicht nur wieder neu zusammengeschlagen werden, sondern auch erst mit Holzwolle gefüllt und allmählich durch Einfüllen mit Wasser das Holz sich wieder ausdehnen, damit die einzelnen Bretter den Reifen wieder ausfüllen. Ich schlage Ihnen einen Mittelweg vor. Ich würde die Waschfässer mit Holzwolle füllen und diese ständig leicht feucht halten und außerdem die Waschzuber mit großem, derbem Tuch umhüllen, das die Feuchtigkeit der Holzwolle längere Zeit erhält, da es die Wasserverdunstung verhindert. Bei dieser Aufbewahrungsart werden Sie nicht Gefahr laufen, daß die Waschfässer austrocknen und zusammenfallen, noch befürchten brauchen, daß das Holz fault. Es fragt sich allerdings nun noch, ob Sie genügend Holzwolle sich beschaffen können, aber vielleicht haben Sie noch davon Vorrat von Ihrem Umzuge, den Sie eben hinter sich haben.

*

Frau Rechtsanwalt A. in K. kann aus schwarzen Johannisbeeren ein Kompott, ein Gelee und auch Saft bereiten, in Friedenszeiten dienten die Beeren außerdem zur Bereitung eines ganz vorzüglichen Likörs. Diese letztere Verwendung schaltet jetzt naturgemäß aus. Will man aus schwarzen Johannisbeeren ein Schmorobst bereiten, so kocht man auf 2 Kg. Beeren 500 Gr. Zucker mit etwas Wasser, kocht darin die Beeren unter zeitweiligem Rütteln und Rühren weich und füllt sie in Flaschen, verschließt diese mit Westphals Mammuthaut und sterilisiert das Schmorobst 20 Minuten bei 80 Grad Celsius. Zu einem Gelee aus schwarzen Johannisbeeren läßt man die Beeren im Wasserbade so weich werden, daß man sie leicht auspressen kann. Den Saft gibt man durch den Filtrierbeutel, rechnet auf 1 Liter Saft 500 Gr. Zucker und kocht damit den Saft etwas längere Zeit als Gelee aus roten Johannisbeeren. Man füllt das Gelee in Gläser, läßt es mehrere Tage an der Luft stehen und bindet es dann zu. Zum Saft verfährt man in ähnlicher Weise wie zu Gelee, nimmt aber nur 250 Gr. Zucker auf 1 Liter ausgepreßten Johannisbeersaft kocht ihn klar und läßt ihn sich erst eine Weile setzen, bevor man ihn in Flaschen füllt, diese mit Mammuthaut schließt und 20 Minuten sterilisiert. Schwarzer Johannisbeersaft zusammen mit Fliedersaft gibt ganz ausgezeichnete Suppen. Endlich kann man auch noch eine Marmelade von schwarzen Johannisbeeren bereiten. Zu ihr kocht man die Johannisbeeren nach dem Abbehren in einem Topf mit kochend Wasser stehend gut zwei Stunden, streicht sie dann durch ein Sieb und kocht den Fruchtbrei unter Rühren erst 10 Minuten, gibt dann auf jedes Kilogramm Fruchtbrei 300 Gr. Zucker und kocht das Mus damit dick ein. Es wird in Kruken gefüllt und nach dem Erkalten zugebunden. Ich denke, Sie werden Ihren Reichtum an schwarzen Johannisbeeren nun nutzbringend und abwechslungsreich verwenden können — wenn sie den nötigen Zucker haben. Wenn ihnen dieser fehlt, müssen Sie die Beeren in der angegebenen Weise ohne Zucker einmachen und sie durch Zugabe von benzoesaurem Natron haltbar machen. Ich kann dabei nur immer wieder darauf hinweisen, daß man auf keinen Fall mehr als 1 Gr. benzoesaures Natron auf jedes Kilo fertiggekochte Frucht zusetzen soll, ein Mehr ist vom Uebel, es verändert den reinen Fruchtgeschmack unliebsam, beeinflußt auch die Farbe, auch soll man sich streng an die Vorschrift halten, das Frischerhaltungsmittel sofort nach Fertigstellung des Obstmuses zuzusetzen. Allerdings habe ich durch vergleichende Versuche die Erfahrung gemacht, daß zwischen den verschiedenen Tabletten, die als benzoesaures Natron verkauft werden, ein merklicher Unterschied ist; nicht immer wirkten sie gleich günstig, also frischerhaltend und den Geschmack unbeeinflußt lassend; ich habe nur noch die Cozet-Tabletten der Firma Kuhlenkampf, Magdeburg, die durch Herrn Fr. Schmid, Hannover, Große Düwelstraße 13, vertreten wird, in meiner Küche in Gebrauch und mit diesen stets gleichbleibende gute Erfolge gehabt, so daß ich meine Erfahrung den „Rundschau"-Leserinnen nicht vorenthalten möchte.

*

Kann denn eine Lehrerin überhaupt unordentlich sein, Fräulein Rosel? Das glaube ich nun und nimmer; höchstens etwas zerstreut; doch das kommt bei Lehrerinnen und Lehrern vor und auch bei Frau Holle selbst, die dieses Vorrecht als Professorsfrau auch mit in Anspruch für sich nimmt. So begreife ich denn auch das Verlangen der „wichtigen" „Rundschau"-Nummer mit der Vorschrift der Semilassokartoffeln, die Sie so gern hätten. Ich muß also wohl einmal wieder Gnade für Recht ergehen lassen und diese Vorschrift noch einmal bringen. Also: 1½ Kg. Kartoffeln kocht man in der Schale halb gar, zieht sie ab, schneidet sie in Scheiben und brät sie in Fett etwas bräunlich an. 150 Gr. rohes gewiegtes Fleisch mischt man darauf nebst zwei feingeschnittenen Zwiebeln und etwas Salz unter die Kartoffeln und füllt die Mischung in eine eingefettete Form, ¼ Liter Magermilch verquirlt man mit 2 ganzen Eiern und zwei Eßlöffeln voll gehacktem Schnittlauch, gießt dies über die Masse und bäckt die Speise im Ofen langsam eine halbe Stunde. Sie wird in der Form aufgetragen und Gurkensalat oder grüner Salat dazu gereicht.

*

Mehrere Mütter von feldgrauen Jungens erbitten von mir eine Vorschrift für kleine einfache Plätzchen, die sich ins Feld senden lassen. Eine Göttinger Hausfrau teilte mir vor kurzem eine solche Vorschrift mit, die ich erprobte und sehr gut fand, so daß ich diese kleinen Küchlein mit Vorliebe backe und versende. 250 Gr. Grieß und 80 Gr. Mehl, nahezu ⅛ Liter Magermilch und 250 Gr. Rübensyrup mischt man zusammen, gibt ½ Teelöffel gemischtes Gewürz aus gestoßenen Nelken, Zimt und pulverisiertem Ingwer daran und mengt zuletzt einen flachen Teelöffel Natron unter den Teig. Vom Teig werden kleine Plätzchen mit einem Teelöffel auf ein gut gefettetes Backblech gesetzt und bei mäßiger Hitze gebacken. Die Küchlein sind Eigenerfindung von Frau C. Lützgens aus Weende.

*

Aus Maismehl, das an vielen Orten jetzt an Stelle des Weizenmehls zur Verteilung gelangt, kann man ein gutes Sonntagsbrot backen, das die Stelle von Kuchen vertritt. Mit wenig kochendem Wasser brüht man 2 Tassen gelbes Maismehl. 2 Eigelb und ein Eiersatz rührt man mit etwas Zucker recht schaumig, gibt einen Teelöffel voll zerlassene Butter hinzu und gibt die Masse an das Maismehl. Eine Tasse Kriegsweizenmehl vermischt man mit 1½ Paketen Backpulver und 1 Teelöffel Salz, rührt soviel Magermilch an den Teig, daß er eine dickflüssige Beschaffenheit zeigt, und zieht zuletzt den steifen Schnee der beiden Eiweiß durch. Der Teig muß gründlich und kräftig geschlagen werden, bevor man den Eiweißschnee durchmischt, dann sofort in eine vorgerichtete Kastenform gefüllt werden und 45 bis 60 Minuten backen. Dieses Maisbrot schmeckt vorzüglich und wird von allen Familienmitgliedern mit Freuden als „feiner Sonntagskuchen" begrüßt werden.

*

Ueber Kartoffelwalzmehl schrieb ich bereits vor einiger Zeit, verehrte Frau Major J. in Halle a. S. Ganz vorzüglich ist dieses Mehl zum Dicken von Suppen, Gemüsen und Tunken, nur muß man bei seiner Verwendung berücksichtigen, daß es aus getrockneten gekochten Kartoffeln hergestellt wird, also nicht mehr kochen soll, da es nicht mehr aufquillt, sondern zur Bindung nur über das Gericht gestreut und durchgerührt wird; an heißer Herdstelle bleibt die Speise dann ruhig fünf Minuten etwa stehen, ohne aber kochen zu dürfen. Man kann Kartoffelwalzmehl aber auch zum Verbacken nehmen, Brot und brotähnliche einfache Kuchen lassen sich gut aus ihm herstellen, doch muß man das Kartoffelwalzmehl stets mit einem Drittel anderem Mehl mischen. Als Hebemittel genügt Backpuler nur, wenn es von besonders guter Triebkraft ist, und leider lassen in dieser Beziehung die Kriegsbackpulver, denen auch nur mangelhafte Rohstoffe zur Verfügung stehen, oft sehr zu wünschen übrig. Wo man noch ältere Ware an Backpulver, die aber unbedingt kühl und trocken gelagert haben muß, kaufen kann, tut man gut, sich davon einen kleinen Vorrat anzulegen, zumal nach dem 1. Oktober das Backpulver, wie mir glaubwürdig berichtet wird, rationiert und auf Marken verabfolgt werden soll. Und dieses Backpulver wird zudem noch nach vorgeschriebener Zusammensetzung hergestellt werden müssen; diese Zusammensetzung scheint mir aber höchst bedenklich zu sein, mindestens riecht das Backpulver neuester Vorschrift ganz abscheulich; es zu erproben, wagt man gar nicht bei der Kostbarkeit der Zutaten, die man verbacken will; wir sollen, scheint mir, alle Lust und Liebe zum Backen verlieren. Das finde ich allerdings wie so vieles grundfalsch; ganz unnötig macht man uns das Aushalten und Durchhalten immer schwerer, zerrupft ohne Sinn und Verstand die kargen Freudenblümchen, die uns das Leben bietet, immer mehr und will alles, alles schematisieren. Ich kann begreifen und glaube es oft selbst, daß uns das unselige Schema F, nachdem jeder Deutsche jetzt selig und zufrieden werden soll, ganz gleich, wie er es gewohnt und wie er es verträgt, noch ganz zugrunde richtet, wie es so viele einsichtige Männer immer von neuem warnend sagen. Weshalb läßt man uns nicht wenigstens in kleinen Dingen noch schalten und walten, wie wir es mögen, und uns und unseren Kindern, die wahrlich genug entbehren müssen, nicht weiter ungestört unsere einfachen bescheidenen Kriegskuchen backen? Verstehen wird man die kleinliche Maßregel der bevorstehenden Rationierung von Backpulver kaum. Dieser Herzensergguß gehört ja eigentlich gar nicht zum Kartoffelwalzmehl, zumal für dieses zur Hebung des mit ihm bereiteten Teiges man besser tut, Hefe zu verwenden, wenn man sich diese verschaffen kann, auch bekanntlich ein schwierig Ding, aber begreiflich, weil durch große Verringerung des Bierbrauens auch nur geringe Mengen Hefe gewonnen werden, die den Brotbäckereien in erster Linie zustehen. Ich muß aber manchmal mich auch ein weniges austoben, und wo könnte ich das besser als bei meinen verständnisvollen „Rundschau"-Leserinnen?

*

Kartoffelmehl können Sie sich, Frau Regierungsrat K., aus den Resten Ihrer Kartoffeln, wenn diese gut und mehlig sind, sehr gut bereiten. Man wäscht und schält die rohen Kartoffeln, reibt sie durch die Kartoffelreibmaschine und übergießt sie mit reichlich kaltem Wasser, rührt sie unter Zugießen von frischem Wasser durch ein großes Haarsieb und läßt das mehlhaltige Wasser über Nacht stehen, bis sich das Mehl völlig gesetzt hat. Dann gießt man das Wasser ab und reines Wasser wieder zu, verrührt das Mehl wieder mit dem Wasser und wiederholt dies Verfahren so oft, bis das Wasser völlig klar und das Mehl schneeweiß ist. Das letzte Wasser wird behutsam abgeschüttet und das Mehl dann am Ofen oder in der Sonne getrocknet. Zuletzt treibt man das Mehl durch ein feines Haarsieb und bewahrt es in Steingutbüchsen trocken auf. Aus 80 Pfd. Kartoffeln erhält man ungefähr 6 Pfd. Kartoffelmehl.

*

Und nun möchte ich zum Schluß dieser Plauderei dem braven Kan. Pückardt in Rembertow bei Warschau und vielen meiner „Rundschau"-Leserinnen noch verraten, daß es zwar nicht mehr den köstlichen Zitronenschalenextrakt gibt, den Dr. L. Naumann in Friedenszeiten so unübertrefflich herstellte, daß man aber noch reine trockene geriebene Zitronenschale und geriebene Zitronenschale mit gelbem geriebenen Ingwer gemischt in kleinen Tüten für 25 Pfennige beziehen kann. Dies Zitronengewürz ist mir in meiner Küche hoch willkommen gewesen; man bezieht es von der Firma Paul Westphal, Hamburg 15. — Etwas Luft ist in mein Fragebriefschubfach zwar gekommen, aber ein Ende ist noch nicht abzusehen; ich glaube, dazu gebrauche ich noch zwei Plaudereien. Aber das nächste Mal sollen erst einmal alle Fragen beantwortet werden, die mit dem Einmachen zusammenhängen; einige Fragestellerinnen haben mir schon ganz bitterböse geschrieben, sie muß ich unbedingt besänftigen.

Neues Wiener Tagblatt
20. I. 1918

122

Regierungserklärungen über die Ernährungslage.

In umfassender Weise hat Minister Dr. Paul in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den ganzen Komplex der Ernährungsfragen einschließlich der Rollen, die Erzeugern und Händlern hiebei zufallen, besprochen. Bei fast allen Nahrungsmitteln, die er der Erörterung unterzog, mußte er wiederholen, daß wir zu wenig haben und eine Besserung keineswegs bevorstehe. Nur die Zucker- und die Kartoffelgewinnung bezeichnete er als genügend, aber hierin werden die Konsumenten kaum seiner Meinung sein. Die Darstellung, die der Minister über die wirtschaftlichen Zusammenhänge gab, sind geeignet, manches verbreitete Vorurteil zu zerstreuen, und in dieser Hinsicht kommt der Rede besondere Bedeutung zu. Das Versprechen des Ministers, daß die Brotkalamität sich nicht wiederholen dürfe, wird jedermann gern vernehmen. Hoffentlich wird dieses Versprechen auch gehalten werden. Wir geben nachstehend die Rede ausführlich wieder:

Die Rede des Ministers.

Minister Dr. Paul verweist einleitend darauf, daß sich die Kritik an den behördlichen Maßnahmen um so mehr verstärke, je länger der Druck der Zwangswirtschaft andauert. Solange jedoch die durch den Krieg herbeigeführte Absperrung unsres Landes vom Weltmarkt andauert, kann an eine Aufhebung der zwangsläufigen Kriegswirtschaft nicht gedacht werden. Die Auslieferung der wichtigeren Lebensmittel an das sogenannte freie Spiel der Kräfte würde einen Zustand der maßlosesten Preissteigerung herbeiführen und die minderbemittelte Bevölkerung von der Möglichkeit einer ausreichenden Versorgung direkt ausschließen. In der Erwägung, daß bei aller Würdigung der Vorteile einer freien Produktion und der Leistungsfähigkeit des Handels es angesichts der Knappheit fast sämtlicher Nahrungsmittel ohne ein System des Zwanges nicht möglich ist, der gesamten Bevölkerung die zur Aufrechthaltung des Lebens unbedingt notwendigen Nahrungsmittel zu sichern, erheben die verständigen Gegner der Zwangswirtschaft nicht mehr wie früher die Forderung einer völligen Beseitigung derselben; hingegen herrscht allgemein bei Gegnern und Anhängern dieser Bewirtschaftung das Verlangen nach einer besseren Erfassung der der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellten Nahrungsmittel. Ein Teil der öffentlichen Meinung spricht sich dafür aus, daß dies nur durch die straffe Bewirtschaffung und immer stärkere Ausgestaltung des staatlichen Zwangssystems erreicht werden kann, während andre die Möglichkeit einer besseren Erfassung in dem allmählichen Abbau der Zwangswirtschft und teilweisen Freigabe der Nahrungsmittel nach Sicherstellung des Bedarfes der breiten Bevölkerungsschichten erblicken. Die kritische Lage der Brotversorgung Oesterreichs, die seit längerem andauert und in der letzten Zeit eine wesentliche Verschärfung erfahren hat, hat dazu geführt, daß dieser Kampf hauptsächlich um das System der staatlichen Getreidewirtschaft entbrannt ist.

Die Brotversorgung Oesterreichs.

Um in dieser überaus wichtigen Frage klar urteilen zu können, ist es unbedingt notwendig, sich über die allgemeine Lage unsrer Broternährung ein Bild zu machen. Schon Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß Oesterreich-Ungarn sich im Frieden mit Brotfrucht im wesentlichen selbst ernähren konnte. Dies ist unzweifelhaft richtig. Nur haben sich diese Verhältnisse im Kriege wesentlich verschoben. Zu den beiläufig 40 Millionen Meterzentner, auf die der Brotfruchtkonsum der österreichischen Bevölkerung im Frieden eingeschätzt wird, hat Ungarn jährlich 16 bis 18 Millionen Zentner, somit 40 bis 45 Prozent, beigesteuert, während in den letzten Kriegsjahren die für den Zivilkonsum bestimmte Getreideeinfuhr aus Ungarn nur einen kleinen Bruchteil der Friedenseinfuhr ausmachte und 1915/16 4, 1916/17 0·6 und 1917/18 0·8 Millionen Meterzentner betrug. Wie wenig Galizien während der Kriegführung für die österreichische Versorgung in Betracht kam, ist bereits gesagt worden. Ferner sind auch in Westösterreich, wenn auch die Anbauflächen nicht wesentlich zurückgegangen sind, die Ernteerträgnisse sehr bedeutend gesunken, woran in erster Linie die Wirkungen des Krieges, insbesondere der völlige Mangel an künstlichem Dünger, die Not an Leuten und Gespannen, der Mangel an notwendigem Arbeitsmaterial usw. die Schuld tragen. Derart ist es zu erklären, daß der österreichische Ernteertrag, der im Durchschnitte der letzten fünf Friedensjahre in den für die Brotversorgung in Betracht kommenden Fruchtgattungen, Weizen, Roggen, Gerste und Mais, 64·8 Millionen Meterzentner betragen hat, nach den statistischen Erhebungen des Ackerbauministeriums im Jahre 1917/18 nur mehr mit 26 Millionen Meterzentner ausgewiesen erscheint. Im Zusammenhalte mit dem Rückgange der ungarischen Einfuhr, welche nur zum geringsten Teil durch Einfuhr aus den okkupierten Gebieten ersetzt werden konnte, ist die Körnerfruchtdeckung Oesterreichs auf ein Drittel des Friedensdurchschnittes herabgesunken.

Der staatlichen Bewirtschaftung ist es unter von Jahr zu Jahr steigenden Schwierigkeiten doch gelungen, jährlich 75 bis 85 Prozent der Ueberschüsse über den Selbstversorgerbedarf aufzubringen und der gleichmäßigen Verteilung zuzuführen. Daß ein nicht unbeträchtlicher Rest bisher immer noch der Erfassung sich entziehen und teils der Verfütterung, teils dem Schleichhandel anheimfallen konnte, liegt darin, daß eine lückenlose Ueberwachung der mehr als zehn Millionen Produzenten, zahllosen Mühlen und Bäckereibetrieben naturgemäß den größten Schwierigkeiten begegnet. Der Bedarf der nicht wirtschaftlichen Bevölkerung Oesterreichs beträgt unter Zugrundelegung der gesetzlichen Mehlquote im Jahre rund 17 Millionen Meterzentner Getreide. Die staatliche Bewirtschaftung hat im laufenden Jahre von einem rechnungsmäßigen Ernteüberschuß von 8 Millionen Meterzentner rund 7·6 Millionen Meterzentner aufgebracht, und selbst wenn angenommen wird, daß der rechnungsmäßige Ueberschuß infolge Unterschätzung der Ernteergebnisse um einige Millionen Meterzentner größer gewesen ist, so ist bei diesem Deckungsverhältnisse schließlich doch für die Versorgung die Einfuhr ausschlaggebend. Ohne entsprechende Zuschübe aus Ungarn und den auswärtigen Gebieten erscheint daher die Deckung des österreichischen Bedarfes auch unter den größten Einschränkungen nicht durchführbar.

Es darf nie übersehen werden, daß die Monarchie aus zwei Staaten besteht, daß die wirtschaftliche Gesetzgebung in beiden Staaten eine selbständige ist und daß Oesterreich, daß zu seiner Erhaltung einen Teil der Produktion Ungarns benötigen würde, über diesen Teil das Verfügungsrecht nicht besitzt. Bei aller Hilfsbereitschaft Ungarns ist es doch ein wesentlicher Unterschied, ob bei der Aufstellung und Durchführung eines Versorgungsprogramms wir die für unsre Versorgung notwendigen Vorräte in der Hand haben oder auf die zugesagte Zufuhr aus dem andern Staate quantitativ und zeitlich angewiesen sind. Auch ist in diesem Jahre die rumänische Einfuhr um fünfzig Prozent hinter den veranschlagten Ziffern zurückgeblieben. Das bedeutete für Oesterreich einen Ausfall von 2 bis 3 Millionen Meterzentner Getreide, eine Menge, die genügt hätte, über die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten hinwegzukommen. Die Schwierigkeiten der Versorgung in der zweiten Hälfte und gegen das Ende des Versorgungsjahres beruhen daher sicherlich nicht auf mangelnder Voraussicht oder im Mangel eines geordneten Versorgungsprogramms, sondern, abgesehen von der durch den heimischen Ernteausfall bewirkten Unsicherheit, in der Unsicherheit der Aufbringung und Hereinbringung der notwendigen außerösterreichischen Einfuhrmengen.

Das neue Wirtschaftsjahr.

Bei der Vorsorge für das neue Wirtschaftsjahr ist es die Hauptaufgabe der Regierung: Durch eine möglichst lückenlose Erfassung der heimischen Ernte diese für die Versorgung der Bevölkerung heranzuziehen, um fremde Hilfe nur im notwendigsten Maße in Anspruch nehmen zu müssen, sowie an der behördlichen Verteilung der erfaßten Vorräte nach Maßgabe eines streng rationierten Bedarfes festzuhalten. Da der Vierbund und seine Einflußsphären auf seine eigene Getreideproduktion angewiesen ist, muß er trachten, bestmöglich mit derselben sein Auslangen zu finden und zu diesem Zwecke die Getreidebewirtschaftung nach einheitlichen Grundsätzen straff durchzuführen. Es wird der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie auf dem Gebiete der Produktionsförderung, insbesondere auf dem Gebiete der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, viel vernachlässigt und hiedurch die Ernährungsschwierigkeiten verschuldet habe. Speziell das Ernährungsamt wird fast seit seinem Bestand angeklagt, durch seine die Interessen des Konsums einseitig berücksichtigenden Maßnahmen die Produktion gehindert und geschädigt zu haben. Wenn auf dem Gebiete der Unterstützung der Produktion manches unterlassen werden mußte, so trägt daran aber in erster Linie der Krieg und die unerbittlichen Forderungen der Kriegszeit schuld. Durch den Krieg wurde mittelbar und unmittelbar der Mangel an künstlichen Düngemitteln verursacht, die Leutenot, die Reduzierung des Bestandes an Vieh, welches eines der wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft ist, die Erschöpfung vieler dem Landwirte notwendigen Bedarfsgegenstände, die Kohlenknappheit usw. Gleiches trifft auch für viele Zweige der industriellen Nahrungsmittelproduktion zu. Zugeben muß ich aber, daß die Preispolitik auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion keineswegs immer eine glückliche und produktionsfördernde war, wobei ich es dahingestellt sein lasse, ob gerade hohe Preise immer produktionsfördernd wirken.

Neue Freie Presse
20./VII. 1918

Die Nahrungsmittelbilanz für das kommende Wirtschaftsjahr.

Nach den heutigen Erklärungen des Ernährungsministers.

Wien, 19. Juli.

Dr. Paul hat heute das erstemal als Minister im Abgeordnetenhause gesprochen. Seine Prognose für das kommende Wirtschaftsjahr klang, wie übrigens nicht anders zu erwarten war, sehr zurückhaltend. Anerkennenswert ist die Offenherzigkeit, mit der er die vielfach gehegten Hoffnungen geknickt hat, die auf die Zeit nach der neuen Ernte gesetzt wurden. In den Jahren 1916 und 1917 wurde der verhängnisvolle Fehler begangen, der in den Wochen vor Beginn des neuen Erntejahres hart mitgenommenen Bevölkerung eine Erholungspause zu gewähren, in welcher ohne Rücksicht auf die unausbleiblichen Folgen aus dem Vollen geschöpft und so der Boden vorbereitet wurde für das im darauffolgenden Sommer auch tatsächlich erfolgte Versagen des staatlichen Ernährungsdienstes. Das darf sich nicht wiederholen, sagte der Minister heute. Ein zweitesmal darf Oesterreich nicht in derartige Versorgungsschwierigkeiten geraten, wie sie gegenwärtig die Bevölkerung drücken. Erst muß feststehen, worauf wir mit Sicherheit rechnen können, bevor die Drosselungsventile ganz geöffnet werden, und dies um so mehr, als die Ernteaussichten im großen und ganzen nur als mittel bezeichnet werden können. Auch in einem anderen Kardinalpunkt legte der Minister schonungslos den Finger auf die Wunde, an der unser Ernährungswesen krankt. Oesterreich, das schon im Frieden auf die Einfuhr von Getreide, und zwar der Hauptsache nach aus Ungarn angewiesen war, ist außerstande, sich aus eigenen Mitteln mit Brot und Mehl zu versorgen. Der ungarische Import, der vor dem Kriege 40 bis 45 Prozent unseres Bedarfes betrug, ist jetzt auf einen Bruchteil dieser Menge zusammengeschmolzen. Auch das darf sich nicht wiederholen, zumal die Meldungen über den Ausfall der Ernte in Rumänien und die Aussichten in der Ukraine infolge der Dürre nicht sehr günstig sind. Die Forderung nach der gemeinsamen Ernährungsfront als Korrelat zu der gemeinsamen militärischen Aktion der beiden Staatshälften kann nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Das sind aber Fragen, in denen Oesterreich allein nicht entscheiden kann und auf den Verhandlungsweg angewiesen ist.

Die engere Aufgabe des österreichischen Ernährungsministers liegt in der Erfassung der inländischen Ernte und in deren sachgemäßen Verwertung und Verteilung, in der Bestimmung der Verbrauchsquote der bäuerlichen Selbstversorger, in der Beaufsichtigung der kleinen Lohnmühlen und in der Festsetzung des Preises für das Brotmehl und das Brot. Heuer hat man sich erst sehr spät, zu spät, dazu entschlossen, die landwirtschaftlichen Selbstversorger mit demselben Maß zu messen wie die städtischen Verbraucher, und man weiß, wie groß der Kreis der Personen in Wirklichkeit gezogen war, welche als Angehörige von Selbstversorgungshaushalten mitgezählt wurden. Darüber fehlte in den sonst erschöpfenden Ausführungen des Ministers jede Andeutung. Bezüglich der Beaufsichtigung der Lohnmühlen und der anderen Alimentationsquellen des Schleichhandels beschränkte er sich im allgemeinen auf die Feststellung des unheilvollen Einflusses, den der riesenhafte Umfang der Schleichversorgung hervorgerufen hat, der Demoralisierung der Produzenten und Konsumenten, die schließlich zum allgemeinen Chaos führt. Ueber die energischen Maßnahmen, mit denen nach Einbringung der neuen Ernte dem Schleichverkehr entgegengetreten werden soll, unterblieb aber eine nähere Aufklärung. Der Minister erblickt das zuverlässigste Mittel in der restlosen Erfassung der bewirtschafteten Lebensmittel und in der ausreichenden Honorierung der Lebensmittelkarten. Das ist allerdings eine theoretische Auffassung, von der natürlich auch die Amtsvorgänger Dr. Pauls ausgegangen sind, ohne jedoch damit einen praktischen Erfolg buchen zu können. Man hörte heute nichts über die Absperrungspolitik der einzelnen Bezirkshauptmannschaften, welche so häufig das staatliche Ernährungsprogramm durchkreuzt, für die allerdings auch der Minister des Innern mitverantwortlich ist.

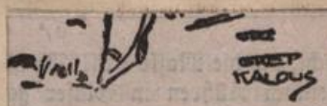
Die Erfassungsmöglichkeit, die auf der Kontrolle des ländlichen Erzeugers beruht, steht auch in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Frage der Preisrelation, das heißt mit dem wechselseitigen Preisverhältnis in Ackerbau und Viehzucht. Die Kontrolle wird selbsttredend erschwert, wenn die Verfütterung nutzbringender ist als der direkte Verkauf des Bodenproduktes. Dies in um so höherem Maße, als unsere Viehstapel schon stark gelichtet sind. Bereit sein ist auch in diesem Falle wenn nicht alles, so doch sehr viel. Ungarn hat schon heute neue Vermahlungsvorschriften herausgegeben, durch welche die Erzeugung feiner Weißmehle, allerdings damit auch der Kleie, zugunsten des Brotmehles herabgesetzt wird. Oesterreich müßte raschest auf diesem Wege folgen. Es müßte aber auch das Beispiel Ungarns in der Erstellung des Preises für Brotmehl nachahmen. Der neue Preis für ungarisches „Mullermehl" wird wesentlich erhöht, der Preis für Brotmehl aber unverändert beibehalten. Die heutigen Erklärungen des Ministers enthalten in dieser Beziehung keine klare Aeußerung, was in Oesterreich beabsichtigt ist, doch müssen seine Worte in dem Sinne gedeutet werden, als ob man hier mit einer Verteuerung des Brotpreises zu rechnen haben werde. Vor diesem Schritt kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Die Belastung für den Staatsschatz würde gewiß ganz ungeheuer sein, wenn er das Defizit, das sich aus dem unveränderten Brotmehlpreise ergeben würde, nicht auf den Verbraucher überwälzt. Diese Kosten müssen aber als Kriegskosten gebucht werden. Wenig Erfreuliches wußte Dr. Paul auch über die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu berichten. Was den Ausfall an künstlichen Düngemitteln betrifft, kann die staatliche Fürsorge in den abgelaufenen vier Kriegsjahren nicht frei von aller Schuld gesprochen werden.

Einen breiten Raum in den Darlegungen des Ministers nahm die Besprechung der Zentralen ein. Der Minister erklärte die Aufhebung der zwangsläufigen Kriegswirtschaft, insolange die durch den Krieg herbeigeführte Absperrung der Monarchie vom Weltmarkt andauert, für undenkbar. Das freie Spiel der Kräfte müßte nach seiner Ansicht einen Zustand maßlosester Preissteigerung herbeiführen. In dieser Allgemeinheit ist die Forderung nach Betätigung des freien Handels nie aufgestellt worden, denn die Voraussetzungen sind bei den verschiedenen Erzeugnissen, namentlich soweit sie sich in lagerbare Dauerware und dem Verderben unterliegende Produkte scheiden, wesentlich differenziert. Auch kehrt sich der Widerstand der Bevölkerung nicht so gegen das Prinzip als gegen dessen Durchführung. Gewichtige Einwände könnten sicherlich gegen die vom Minister vertretene Auffassung erhoben werden, daß der freie Wettbewerb der Händler unter den gegebenen Verhältnissen die Ware nicht vermehren und den Preis der Ware nicht senken kann. Es wurde schon des öfteren darauf verwiesen, daß der geschulte Kaufmann mit seinen langjährigen Verbindungen, der das Vertrauen der produzierenden Landbevölkerung genießt, die Ware in ganz anderem Maße aufzuspüren und auf den Markt zu bringen vermag als ein beamtetes Organ, auch wenn es von den besten Intentionen erfüllt ist. Doch anerkannte Dr. Paul die in der Oeffentlichkeit erhobene Kritik gegen einen Teil der Zentralenwirtschaft und kündigte an, daß ebenso wie es bei der Futtermittelzentrale und bei der „Geos" der Fall war, die Kriegsgetreideverkehrsanstalt in eine unmittelbare Hilfsstelle des Amtes für Volksernährung umgewandelt werden soll. Dr. Paul sagte auch zu, den berufenen Handel im Rahmen der staatlichen Bewirtschaftung noch stärker heranzuziehen und für eine entsprechende Vertretung des Konsums in den Zentralen sorgen zu wollen, deren finanzielle Gebarung durch eine eigene Kontrollstelle im Ernährungsamte geprüft werden wird.

Erst für den Beginn des Monats August konnte der Minister eine Entspannung in Aussicht stellen. Erst von diesem Zeitpunkt an wird die Aufhebung der verkürzten Brotration durchführbar sein. Er sagte aber ausdrücklich, mit der diesjährigen Ernte wird die geregelte Brotversorgung wieder hergestellt werden können. Das von Ungarn zugesagte Rinderkontingent soll vor allem für die Versorgung von Wien und einzelner größerer Städte in den Kronländern und für die Kriegsindustrie Verwendung finden. Er hofft, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, in Wien die im Interesse der Approvisionierung dringendst notwendige Zentralschlachtung zur Durchführung zu bringen. Besonders trist ist die Lage der Fettversorgung und selbst bei Annahme einer sehr bescheidenen Wochenfettquote erscheint durch die inländische Aufbringung an Butter und Speisetalg nur ein Bruchteil des Bedarfes gedeckt. Diese Bilanz ist, wie der Minister abschließend bemerkte, ohne Optimismus, aber auch frei von schädlichem Pessimismus gezogen. Die nächsten Monate werden lehren, ob Dr. Paul das Wenige, was er angesichts dieser Sachage leisten zu können zusagte, auch tatsächlich bieten wird.

Fremdenblatt
21./VII. 1918

127



Der seitwärts scharf aufgebogene Samthut trägt die riginellste Note. Reiherarrangement ziert auch hier den ntzückenden Hut.

Der Volanthut mit Pannekopf zeigt die Verwendung ines kleinen Velourhutes, er kann auch älteren Datums sein, er durch die neue Volantbandkrempe völlig in das aller- leueste Modebild paßt.

Der Tüllhut mit Samtkrempe ist vorne breit nach Schutenart geschwungen, rückwärts mit schmaler Krempe edacht.

Rezepte der Saison.

Ribiselmarmelade. Die Ribiseln werden wie sie vom Markt kommen mit den Stengeln gewogen und die Hälfte dieses Gewichtes Zucker dazugerechnet. Dann waschen, kochen und durchpassieren. Zur Streckung der Marmelade nimmt man noch die Schalen dazu. Damit man aber die Schalen o h n e K e r n e bekommt, wirft man die beim Passieren übrig gebliebene Masse ins kalte Wasser, da sinken die Kerne und steigen die Schalen. Hierauf wird

Türkisches Schönheits-Institut
„HANUM"
I., Tegetthoffstr. 4. Fernspr. 5362

und jede Frau hat ihre ausgeprobte Methode, auf welche sie schwört!

Mischgemüse in Dunst. Gemüse jeglicher Art, wie enthülste Erbsen, kleine Karotten im ganzen oder größere geschnitten, Karfiol, geschnittene Bohnenschoten, Karfiolblätter und Strunke geschnitten, nach Belieben auch rote Rüben geschnitten, legt man hübsch gemischt in kleine Gläser; dann kommt auf ein Literglas ein gestrichener Eßlöffel voll Salz darauf, schüttelt die Gläser ein bißchen, damit das Salz sich mehr nach unten zieht und kocht in gewohnter Weise in Dunst. Natürlich können auch Schwämme, Salatherzeln u. dgl. mit hineingegeben werden. Im Winter besonders gut zu Irisch-Strew, nur muß man da auch etwas Kohl beifügen, Häuptelkraut kommt ja ohnehin erst zum Winter auf den Markt in größeren Mengen. Auch das beliebte Gemüse à la jardinière kann man daraus machen. Es ist nur jetzt alles sehr teuer, dergleichen ist eigentlich nur für die glücklichen Gartenbesitzer.

Fisolen dörren. Die geputzten, geschnittenen Schoten werden auf ein Sieb gegeben, das auf kochendem Wasser steht, zugedeckt und so lange stehen gelassen, bis sie durch den Dunst zusammenfallen. Dann auf reines Papier oder auf die Dörrformen und recht gut trocknen lassen. Sie müssen oft gewendet und hin und her gerüttelt werden.

Flaschenbohnen. Die fein nudelig geschnittenen jungen Schoten recht fest in Gläser schlichten, damit keine Lücken sind, dann Salz darüberstreuen, fest verbinden und möglichst dunkel stellen.

Gurkenfisolen. Die geputzten, geschnittenen Schoten mit Salz bestreuen und gut miteinander vermischen. Wenn sie naß geworden sind, preßt man sie in einen Steintopf, bis alle so behandelt sind und der Topf gefüllt ist. Obenauf kommen Dillen, Wein, Kohl, Krautblätter, Pfeffer u. dgl. Man preßt alles mit einem Teller nieder und läßt es stehen. Nach zwei Wochen sind sie schon genießbar, man kann davon herausnehmen und andere einlegen, nur muß alles wie bei Gurken oder Sauerkraut sehr sauber gehalten werden. Sind sehr gut und pikant schmeckend, praktisch im Gebrauch.

S. R.

Neue Freie Presse
21./VII. 1918

128

Der Wiederaufbau der Volksernährung.

Von **Dr. Siegfried v. Strakosch.**

Wien, 20. Juli.

Minister Dr. Paul hat gestern in seinen vielbeachteten Ausführungen im Abgeordnetenhause den Rückgang der Getreideeinfuhr aus Ungarn ziffermäßig dargelegt. Um diese Importzahlen in ihrem Einfluß auf die Ernährungsverhältnisse voll zu würdigen, ist es notwendig, sich auch die indirekte Schädigung zu vergegenwärtigen, welche der Konsum dadurch auf dem Umwege der Produktionshemmung erfahren hat. Die österreichische Getreideernte wird von der amtlichen Statistik für den Durchschnitt der Jahre 1903 bis 1912 mit 82·6 Millionen Meterzentner angegeben, davon entfallen 15½ Millionen auf Weizen, 25·8 Millionen auf Roggen, 16 auf Gerste, 21·3 auf Hafer und 4 Millionen Meterzentner auf Mais. So überaus stattlich dieses Ergebnis im Vergleich zu der jetzt vom Staate erfaßten Menge erscheinen mag, so wenig hätte es genügt, um die ansehnlichen Quantitäten von Getreide herbeizuschaffen, welche die österreichische Bodenproduktion im Frieden tatsächlich auf den Markt brachte. Der zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendige Eigenverbrauch ist nämlich unvergleichlich größer als man gewöhnlich anzunehmen geneigt war. Oesterreich besaß vor dem Kriege rund 11 Millionen Stück Rinder und Pferde und 6½ Millionen Schweine. Würde per Stück und Tag Großvieh durchschnittlich nur ein Kilo Getreide und per Schwein ein halbes Kilo verfüttert worden sein, was gewiß nicht zu hoch angenommen ist, so kämen wir bereits auf eine Menge verfütterten Getreides von nicht weniger als 52 Millionen Meterzentner im Jahre. Zieht man noch den Nahrungsmittelkonsum der landwirtschaftlich Tätigen und ihrer Angehörigen sowie den Saatgutbedarf in Betracht, so ergibt sich, daß der österreichische Landwirt im großen und ganzen auch vor dem Krieg nur deshalb Getreide für den Konsum übrig hatte, weil er dagegen in einer Art Veredlungsverkehr Futtermittel zukaufte: Mais, Oelkuchen, Kleie, Futtermehl, die eiweißhaltigen Abfälle der vermälzten Gerste, des zu Spiritus gebrannten Getreides u. dgl. m. Die Drosselung der Einfuhr zwang die industrielle Verarbeitung manchen Agrarprodukts zu restringieren, das früher in seinen Abfällen wertvolles Futter geliefert hatte, sie zwang zu höherer Ausmahlung des Getreides, was eine Verringerung der Futterkleie mit sich brachte. Die Einfuhrbeschränkung beraubte demnach die Landwirtschaft direkt und indirekt wichtiger Futterstoffe und verwehrte ihr zugleich Ersatz in stärkerer Fütterung des eigenen Getreides, namentlich der Gerste und des Hafers zu suchen, die jetzt in stärkerem Maße noch als früher für den menschlichen Konsum und für die Versorgung des Heeres herangezogen werden mußten.

In den sorgenvollen Ernährungszeiten der letzten Jahre hat man oft den Ausspruch gehört: Erst kommt der Mensch und dann das Vieh. Dementsprechend ist auch der der Landwirtschaft zu Futterzwecken belassene Prozentsatz der Ernte von Jahr zu Jahr herabgesetzt worden, so daß das ihr schließlich zugebilligte Quantum viel zu gering wurde. Im Jahre 1916 durften nach der gesetzlichen Quote 2½ Millionen Meterzentner Getreide und überdies ein Kilo Hafer per Pferd und Tag verfüttert werden, gegen 52 Millionen Getreidewert, die wir oben als Friedensfütterung berechnet haben. Die Futterquote des Jahres 1917 wurde noch um etwa ein Viertel geringer bemessen. Solange nicht für entsprechenden Ersatz gesorgt wird, ist es nicht möglich, mit so wenig Futtergetreide auszukommen, ohne den landwirtschaftlichen Betrieb zum Stillstand zu bringen. Man sucht in außenstehenden Kreisen den Grund der Getreideverfütterung stets in der höheren Rentabilität der Viehprodukte und glaubt durch entsprechende Preisrelationen Abhilfe schaffen zu können. Wie soll der Bauer aber mit kraftlosem hungrigen Vieh ernten, wie unterernährte Kühe bei Milchergiebigkeit und Reproduktionsfähigkeit erhalten, wie ohne Futter Fleisch und Fett erzeugen? Im Frieden ergab ein Schlachtrind 300 bis 400 Kilogramm Fleisch und 50 Kilogramm Fett. Von magerem Vieh müssen drei bis vier Stück geschlachtet werden, um das gleiche Gesamtergebnis in Fleisch und fast keines in Fett zu erbringen. Und wo bleibt der Dünger, der eine so unerläßliche Voraussetzung der Fruchtbarkeit bildet? Nein, es steht wirklich nicht so einfach um die Fütterungsfrage und um den Grundsatz, daß der Mensch vor dem Vieh komme. Dieser Grundsatz wendet sich schließlich erst recht gegen den Menschen, indem er ihn zum Hungern verurteilt. Vielleicht wäre es bei uns mit der Ernährung noch schlimmer bestellt, hätte nicht mancher Landwirt die Zeugungskraft seines Bodens dadurch erhalten, daß er sich bei der Verfütterung nicht allzustreng an den Wortlaut der Verordnung hielt. Im großen und ganzen aber hat sich das Schicksal erfüllt, das in ungenügender Fütterung seinen Anfang und in dem Sinken der Produktion an Bodenfrüchten und an tierischen Erzeugnissen seine Fortsetzung fand. Die Ausfuhrsperre Ungarns hat den österreichischen Konsum direkt am Import bestimmter Mengen von Nahrungsmitteln gehindert, sie hat ihn jedoch u m e h r durch die Behinderung der inländischen Produktion gebracht.

Der Krieg ist gewiß auch sonst nicht ohne empfindliche Einwirkung auf die österreichischen Nahrungsmittelerzeugung geblieben. So war es schlimm genug, daß die Nordostländer, die im Frieden beinahe ein Drittel der Gesamternte geliefert hatten, jahrelang Kriegsgebiet sein mußten und nachher nicht so energisch der landwirtschaftlichen Nutzung wiedergegeben wurden, als man gewünscht hätte. Der Mangel an Professionisten, Aufsehern und geübten Arbeitern, das fast gänzliche Fehlen von Kunstdünger und mancher andere zur Kriegszeit mehr oder weniger selbverständliche Umstand haben sich ebenfalls produktionshemmend erwiesen. Alle diese Momente zusammen reichen in ihrer zerstörenden Wirkung auf die Volksernährung jedoch an den einen Hauptschlag nicht heran, der Oesterreich durch die Trennung der de facto bestandenen Wirtschaftsgemeinschaft während der Krieges zugefügt wurde. Wäre die Gesamternte der Monarchie wie im Frieden beiden Staaten zur Verfügung gestanden, so hätten beide die Absperrung vom Weltmarkt leichter ertragen können als der deutsche Bundesgenosse. Oesterreich dagegen, plötzlich auf sich selbst beschränkt, ist vor eine ganz unlösbare Aufgabe gestellt worden.

Die Erkenntnis der wenig erfreulichen Lage legt erst recht die Frage nahe, was zu tun wäre, um die Bevölkerung vor noch größerem Nahrungselend zu bewahren, ihre Prüfungszeit womöglich zu verkürzen. Unwillkürlich wendet sich da der Blick den Staatsgrenzen zu, von denen her das Uebel zuerst seinen Lauf genommen. Unsere Hoffnungen gelten der Ukraine und Rumänien, naturgemäß am intensivsten Ungarn. Aus den beiden ersten Staaten sind zweifellos Nahrungsmittelimporte weiter zu gewärtigen, trotzdem die utopischen Agrarexperimente, die unsicheren Zustände in der Ukraine und die Nachwirkungen der Kriegszeiten in Rumänien zu vorsichtiger Einschätzung mahnen. Für eine Besserung der ungarischen Zuschübe sprechen die günstigeren Aussichten der Ernte, besonders der Maisernte, spricht die Erwägung, daß das sonst politisch so weitsichtige Ungarn schon aus eigenem Interesse den österreichischen Bruderstaat nicht dauernd so weitgehender Verelendung und Unterernährung überlassen darf. Es wird das ebensowenig tun können, als Oesterreich etwa daran denkt, seine wieder für

Pester Lloyd 21. VIII. 1918

730

Krieg und Ernährung.

Von Privatdozent Dr. Adolf Juba, Schularzt.

Budapest, 20. Juli.

In einem vorjährigen Artikel*) konnte ich die Ernährungsverhältnisse der Schüler des staatlichen Gymnasiums im VII. Bezirk behandeln auf Grund der systematischen Messungen, die in dieser Anstalt eingebürgert worden sind und sich vortrefflich bewährt haben. Die Hoffnung, daß durch diese Mitteilung andere Schulen zu ähnlichen Untersuchungen angeregt werden, wodurch allein ein sachlich begründeter Einblick in die Ernährungsverhältnisse der Schuljugend und so mittelbar auf die Bevölkerung gewonnen werden kann, hat sich leider nicht erfüllt; bisher wenigstens konnte ich nirgend diesbezügliche ungarische Publikationen finden.

Meine auch in diesem Schuljahre fortgesetzten Messungen ergaben erfreuliche Daten bezüglich der körperlichen Entwicklung der gymnasialen Schuljugend, worauf natürlich keine Folgerung auf eine entsprechende Entwicklung der Volksschuljugend gezogen werden darf, die jedenfalls eine mindere ist. Ich kann die vorjährige Anregung bezüglich der Notwendigkeit regelmäßiger Messungen und Wägungen in den Volksschulen nur inständigst wiederholen. Leicht wäre das durchzuführen, wenn wir Schulärzte hätten; aber wir wollen ohne Schulärzte Kinderfürsorge treiben!

Die Höhenentwicklung der Schüler unterschied sich ganz unwesentlich von der der Friedensjahre. In den vier vorhergehenden Friedensjahren betrug die durchschnittliche Höhenzunahme eines Schülers 5·08 Zentimeter, in den vier Kriegsjahren 4·87 Zentimeter, also nur um 21 Millimeter weniger. Dieses Minus ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die Messungen bis zum Beginn des Jahres 1918 nachmittag stattgefunden haben: im Laufe des Tages vermindert sich die Höhe jedes Menschen.

Viel wichtiger ist die Gewichtszunahme. In den vier Friedensjahren betrug die jährliche Gewichtszunahme eines Gymnasiasten 4·09 Kilogramm, gewiß ein sehr schönes Resultat. Diese durchschnittliche Gewichtszunahme verminderte sich in den vier Kriegsjahren auf 3·51 Kilogramm, das heißt es ergab sich ein Minus von mehr als einem halben Kilogramm jährlich.

Diese ungünstige Gewichtszunahme ist aber zum großen Teile dem ersten Kriegsjahre zuzuschreiben, in welchem die jährliche Gewichtszunahme eines Schülers sich auf 2·82 Kilogramm senkte. Die plötzlich eingetretene Teuerung, insbesondere das schlechte Maisbrod, hoffentlich seligen Andenkens, hiezu genommen den unhygienischen Nachmittagsunterricht, verursachten diese ungünstigen Zahlen.

Das nun vergangene Schuljahr bietet einen viel günstigeren Durchschnitt, das mit 3·71 Kilogramm hinter den Durchschnittszahlen von 8 Jahren (3·80) kaum zurückbleibt. Das Manko gegenüber den Friedensjahren beträgt noch immer 38 Dekagramm, zur Beruhigung aller Ausländer, insbesondere Oesterreicher, die in der Meinung schwelgen, daß wir in Hülle und Fülle, in Saus und Braus leben.

Welchem Umstande ist dieses Minus am Gewichte zuzuschreiben? Der Nachmittagsunterricht fand sein Ende, da wir am Anfange dieses Jahres, nachdem wir vier Monate dieses Schuljahres im evangelischen Gymnasium hospitierten, in unser Heim, welches eines der besten Schulhäuser ist, zurückkehren konnten.

Zur Orientierung mögen folgende Zahlen dienen. In den vier Friedensjahren zeigte sich eine Verminderung des Körpergewichtes (wohlverstanden!) während des Schuljahres (beiläufig neun Monate) bei 4·5 Prozent der Schüler. 2·6 Prozent blieben stationär, ferner zeigten 14 Prozent eine ungenügende Zunahme von einem halben bis ganzem Kilogramm. Also die Gewichtsentwicklung von 21·1 Prozent war während des Schuljahres keine entsprechende. Die Ferien erlaubten die Restaurierung des Körpers.

Das Schuljahr 1917/18 ergibt fast analoge Zahlen. Eine Gewichtsverminderung war bei 4·8, ein Verbleiben bei 1·8, ein schwaches Plus bei 15·4 Prozent, Summa bei 22 Prozent zu konstatieren. Ein strikter Beweis, insbesondere wenn wir die zwei vorherigen Kriegsschuljahre in Betracht ziehen. Gewichtsverminderung war eingetreten bei 8·7, respektive 9·9 Prozent, stationäres Gewicht zeigten 4·9, respektive 6·5 Prozent, eine ungenügende Gewichtszunahme 22·5, respektive 21 Prozent, Summa 36·3, respektive 37·4 Prozent. Kein Zweifel bleibt übrig, daß der Nachmittagsunterricht als ungesund zu betrachten ist. (Die Zahlen des ersten Kriegsjahres ließen wir wegen der schlechten Ernährungsverhältnisse beiseite.)

Das Manko des jetzt abgelaufenen Schuljahres ist nur den schwierigeren Ernährungsverhältnissen im vergangenen Sommer zuzuschreiben. Die Ernährung des Jahres 1916 war eine geringere, und ist es ganz natürlich, daß am Ende des Schuljahres, insbesondere im Sommer 1917, die Lebensmittel knapp wurden. Im äußerst trockenen Sommer gab es ganz wenig Milch, die Obsternte war auch eine geringere. Während dieser vier Sommermonate war die durchschnittliche Zunahme nur 1·12 Kilogramm; nur der Sommer von 1911 ergab ähnliche Zahlen, obwohl die Ferien damals eine normale Dauer hatten. Nach dem Einheimsen der Ernte hob sich die Ernährung und war die Zunahme eine bedeutende (1·63 Kilogramm) wie in keinem Herbste der Friedensjahre. Es wird höchst interessant sein, zu erfahren, wie sich die sommerliche und herbstliche Gewichtsentwicklung der Schüler in diesem Jahre gestalten wird.

*) Siehe Pester Lloyd vom 23. August 1917.

ndschau
e Politik
aller Stände

Fernsprecher: Amt Zentrum 12371—12377 (Verbindung mit den einzelnen Abteilungen durch die Hauptstelle). 38. Jahrgang

ère en Tardenois.

Ernährungsfragen.

Verscheucht sind die Sorgen, die eine Zeitlang Zweifel erweckten, ob wir auch das fünfte Kriegsjahr mit unserer Nahrungsmittelversorgung siegreich bestehen würden. Dem Segen des Himmels verdanken wir, daß die landwirtschaftliche Gütererzeugung in diesem Erntejahre weit besser ausfällt, als noch vor kurzer Zeit allgemein angenommen werden mochte. Wenn man sich auch vor überschwenglichen Erwartungen bezüglich des Ernteertrages bewahren muß, so geben doch probeweise ermittelte Erdruschziffern beim Getreide der Hoffnung Raum, daß wir mit einer guten Mittelernte rechnen können. Auch das Sommergetreide, das unter der Ungunst der Frühjahrswitterung im Wachstum stark beeinträchtigt war, liefert im Körnerertrage noch ziemlich befriedigende Ergebnisse; vorzügliche Aussichten eröffnen sich aber der Hackfruchternte, die, wie uns übereinstimmend berichtet wird, die aller vorangegangenen Kriegsjahre übertreffen dürfte. Die Bedeutung der Hackfruchternte für unsere Volksernährung begreift man, wenn man erwägt, wie in dieser harten, entbehrungsreichen Zeit die Kartoffel gleichsam das „Mädchen für alles" geworden ist, wie sie für die menschliche und tierische Ernährung Ersatz bieten muß für die großen Mengen Futtermittel, die wir früher aus dem Auslande bezogen haben. Und was die Rübenernte betrifft, so müssen wir uns vergegenwärtigen, welche verhängnisvollen Folgen eine Mißernte, die wir im vergangenen Jahre in weiten Teilen unseres Landes zu verzeichnen hatten, zeitigt; insbesondere wie unsere Viehbestände bedenklich herabgemindert werden mußten, weil es an den notwendigsten Futtermitteln mangelte. Man sollte die Tatsache nicht unterschätzen, daß große landwirtschaftliche Betriebe, die doch jetzt hauptsächlich als Lieferanten für die städtische Bevölkerung in Betracht kommen, ihre Rindvieh- und Schweinebestände im Laufe des letzten Jahres um die Hälfte, zum Teil sogar noch stärker herabgesetzt haben und daß auch die Aufzucht von Jungvieh erheblich eingeschränkt werden mußte. Daß unter solchen Verhältnissen eine Herabsetzung der Fleischration ein Gebot der Not wird, liegt auf der Hand, und es ist nicht recht verständlich, wenn bekanntgegeben wird, „die Groß-Berliner Gemeinden wollten gegen die geplante Herabsetzung der Fleischration gemeinsame Schritte unternehmen, weil die Herabsetzung der Rationen und die fleischlosen Wochen die Groß-Berliner Bevölkerung zu hart treffen würden." Verdienstlicher und zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn die genannten Gemeinden den Nachweis erbracht hätten, wie die Fleischlieferung an die Bevölkerung einigermaßen aufrechterhalten werden könne, ohne die landwirtschaftliche Fortführung der Betriebe aufs schwerste zu gefährden.

Nicht minder bedenklich ist auch eine vom Vorstand des Deutschen Städtetages an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes beschlossene Eingabe, worin für das Wirtschaftsjahr 1918/19 die unverkürzte Beibehaltung der im vorigen Wirtschaftsjahr gewährten Mehlmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung dringend befürwortet wird, weil die im Vorjahre gewährte Ration das Mindestmaß darstelle, das für die Ernährung notwendig sei. Man darf wohl rückhaltlos annehmen, dem Kriegsernährungsamte sei völlig bekannt, daß die Bevölkerung schon bisher nicht in Brot oder Mehl etwa geschwelgt habe. Es muß aber mit den gegebenen Mengen rechnen und erst die Ergebnisse der Getreideermittelungen abwarten, bevor es Entschließungen über die Brotverteilung bekanntgibt. Bei dem innigen Zusammenhange zwischen Brot- und Kartoffelernährung wird schließlich erst der Ausfall der Kartoffelernte die endgültige Entscheidung auch über die Brotzuteilung herbeiführen können. Vorerst dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Kartoffelernte dieses Jahres eine völlig ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit einem der wichtigsten Nahrungsmittel ermöglichen wird. Besorgnissen könnte nur Raum geboten werden, wenn etwa wieder infolge unzweckmäßiger Bewirtschaftung der Kartoffeln durch die Gemeinden oder infolge von Beförderungsschwierigkeiten große Mengen dem Verderben preisgegeben und der menschlichen Ernährung entzogen würden. Man sollte meinen, die vier Kriegsjahre müßten als Lehrjahre jetzt nach diesen Richtungen hin ihre Früchte tragen! Alle behördlichen Maßnahmen müssen gegenwärtig auf den Grundsatz eingestellt werden, alle zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bestmöglich zu verwerten.

Aber weiterhin wird man auch der Produktionsförderung fortgesetzt die regste Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Man muß unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung die höchste Anerkennung zollen, daß sie uns trotz gewaltiger Schwierigkeiten und tiefgreifender, durch die staatliche Zwangswirtschaft erzeugter Mißstimmungen das wirtschaftliche Durchhalten ermöglicht hat. Man sollte nunmehr aber auch daran denken, die Höchstpreise für alle wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein rechtes

Frankfurter Zeitung 29./VI. 1918.

Die Lebensmittelkrise in Oesterreich.

W. F. Wien, 21. Juni. Da die Hoffnungen, die man auf die Lebensmittelzufuhren aus der Ukraine gesetzt hatte, sich bisher als eitel erwiesen haben, konnte die Krise, in der wir uns augenblicklich befinden, nicht ausbleiben. Um die Schwere des Lebensmittelmangels zu ermessen, darf man sich nicht darauf beschränken, die Brotration zu beurteilen, obwohl deren Kürzung von wöchentlich 1250 auf 630 Gramm und für Schwerarbeiter von 1750 auf 1120 Gr. für sich allein genug sagt. Man muß dazu wissen, daß die wöchentliche Mehlmenge seit ihrer Kürzung im Januar, die den unmittelbaren Anstoß zur großen Ausstandsbewegung gegeben hatte, ¼ Kilogramm beträgt, wozu — übrigens nicht regelmäßig — ¼ Kg. Graupen, Maismehl oder anderes Ersatzgetreide kommt, daß die wöchentliche Fleischmenge 200 Gramm, die Kartoffelquote 1 Kg. beträgt, seit Wochen aber wieder auf die Hälfte herabgesetzt werden mußte, daß Butter und Fett nur in Mengen von wenigen Dekagramm die Woche, aber durchaus nicht immer zugeteilt werden. Außerdem bezieht man regelmäßig ¾ Kg. Zucker, eine kleine Menge Ersatzkaffee, etwa ½ Kg. Marmelade im Monat. Milch gibt es nur für Kinder bis zu zwei Jahren, für werdende und stillende Mütter in Mengen von ¼ bis ½ Liter im Tage; größere Kinder und Erwachsene sehen Milch fast nie. Das ist die offizielle Zuteilung von Nahrungsmitteln. Andere Nahrungsmittel bekommt man ganz unregelmäßig zu den offiziellen Marktpreisen und in geringfügigen Mengen. Einen regelmäßigen sicheren Einkauf gibt es weder für Eier, Gemüse, noch für Wurstzeug, Käse und die anderen Lebensmittel, die sonst die wichtigen Hauptnahrungsmittel bilden. Obst ist auf den Märkten zumeist unsichtbar, und was die Marmeladenfabriken nicht aufnehmen, wird zu tollen Preisen (1 Kg. Kirschen zu 4 bis 8 Kronen, 1 Kg. Erdbeeren zu 20 Kronen) verkauft. Das gilt für Wien, für eine ganze Reihe anderer Großstädte und für die Industrieorte.

Nun darf man allerdings nicht glauben, daß die ganze städtische Bevölkerung auf die offiziellen Zuteilungen zu den behördlich festgesetzten Preisen angewiesen ist. Ein sehr bedeutender Teil der Bevölkerung, soweit sie organisiert ist, erhält Zubußen zu hohen, aber doch nicht an die Schleichhandelspreise heranreichenden Preisen aus Beständen der Staatsbehörden oder der Gemeinde. Da kommen einmal Graupen, einmal Kraut oder andere Gemüse, dann wieder Eier, in sehr seltenen Fällen Hülsenfrüchte, manchmal Wurstzeug, gelegentlich in Ausnahmefällen auch rationierte Artikel in Betracht. Solchen Organisationen sind angeschlossen die meisten Staatsbeamten, die Eisenbahner, die Bankbeamten, die Presse, die Arbeiter- und bürgerlichen Konsumvereine usw. Aber auch für sie ist die Zuweisung sehr ungleich und wechselnd, sodaß es Organisationen gibt, die noch eine halbwegs ausreichende Ernährung ihren Mitgliedern bieten können, andere dagegen, bei denen man über eine äußerst knappe Ration nicht hinauskommt. Sowohl die Mitglieder dieser Organisationen wie auch die übrige Bevölkerung bleiben auf den Einkauf unter der Hand und für maximierte und rationierte Artikel auf den Schleichhandel angewiesen, der mit ganz unerhörten Preisen arbeitet. Für den Mittelstand gibt es Gemeinschaftsküchen, in denen man für 3 Kronen ein Mittagsmahl erhält, für die arme Bevölkerung bestehen Kriegsküchen und die anderen, im großen Stil die Ausspeisung pflegenden Wohlfahrtsvereine, wo man für wenig Geld eine allerdings sehr karge Mahlzeit erhält. Für die Arbeiterschaft sorgen, so gut sie können die Unternehmer, die mit enormen Opfern zumeist im Schleichhandel Nahrungsmittel beschaffen, die sie den Arbeitern billig ablassen; aber die Zufuhren der amtlich ausgegebenen Nahrungsmittel wie der Zubußen sind unregelmäßig, bis dann wieder im dringlichen Wege einige Vorräte zur Stelle geschafft sind. So geht es nun seit vielen Monaten mit zunehmender Verschlechterung. Die Hauptquelle der Nahrungsmittelergänzung ist der Schleichhandel, aus dem sich auch ein großer Teil der Arbeiterschaft versorgt, da sie es nach ihren Löhnen, die dementsprechend hoch sind, vermag. Wer dies aber nicht kann, und dazu gehören auch ansehnliche Teile des Mittelstandes, der hungert.

Wie es dazu gekommen ist? Zunächst ist daran festzuhalten, daß Oesterreich seit Jahrzehnten mit der eigenen Erzeugung an Getreide und anderen Nahrungsmitteln bei weitem nicht auszureichen vermochte, und im Kriege, der selbstverständlich einen Rückgang des Ertrags gebracht hat, ist das noch weniger der Fall. Der Friedensbedarf der Bevölkerung an Brotmehl wird auf 40 bis 50 Millionen Doppelzentner geschätzt, wovon auf die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung 22 bis 25 Millionen kommen. Der Einfuhrüberschuß betrug in den letzten Friedensjahren 15 bis 18 Millionen Doppelzentner, d. h. über 70 Prozent der nicht selbstversorgenden Bevölkerung wurden überwiegend aus Ungarn, mit dem Rest aus dem Zollauslande versorgt. Eine offizielle Einfuhrstatistik liegt im Kriege nicht vor. Man schätzt aber, daß die



den kann. Der Kragen ist hoch und weit, der Rock normal, nicht zu eng und kurz. Für den Regen und solche Tage, die ihn bringen könnten, ist der imprägnierte Mantel mit Kapuze gedacht, die aus dem Kragen arrangiert wird. Das Originelle an dem Mantel ist eben dieses Kapuzenarrangement und die ziemlich starke Knopfverwendung. Beide Modelle sind aus dem Hause Heinrich Neumann. Die zwei rechtsseitigen Modelle sind von Gret-Kalous, und zwar das Reisekostüm, bestehend aus braunem Rock und samtartiger Jacke in ganz Dunkel, mit Sämischlederimitationstuchkragen und Manschetten. Bunte Weste dazu, aus demselben Stoff Kappe. Daneben Kostüm für Fliegerin. Mantel aus Ledertuch oder imprägniertem Leinen, seitlich innen zum Knöpfen gerichtet, breiter Schnallengürtel und Windhaube samt Schal.

C. P.

Rezepte der Saison.

Basler Fleischkuchen. Das gekochte Rindfleisch mit Zwiebel, Petersilie, Gewürz, ein paar Kapern zweimal durch die Maschine treiben, bis es ganz fein ist. Nun bereitet man eine leichte Eierspeise — es können auch mehr Klar als Dotter dabei sein — vermischt alles gut mit dem Fleisch, kostet, ob es gut schmeckt, würzt eventuell nach, füllt das Ganze in eine Form oder legt es auf einen Teller. Kaltstellen, mit harten Eiern, Salat, Kren, Radieschen, roten Rüben garnieren. Sieht sehr hübsch aus und schmeckt auch sehr gut, wenn es richtig garniert wird. Jede saure, kalte Beilage paßt dazu.

Apfeltee. Die Schalen der Aepfel werden gewaschen, ziemlich dünn geschnitten und in der Röhre auf einem Backblech ganz resch getrocknet, was auch in Absätzen geschehen kann. Sind diese ganz trocken, so hebt man sie in einem luftigen Sackerl auf. Beim Gebrauche werden die Schalen ins kalte Wasser gegeben und hübsch lange kochen gelassen, bis der Tee dunkel ist. Er hat einen sehr angenehmen Geschmack und Duft, wie gebratene Aepfel, und ist jedenfalls bekömmlicher und verläßlicher als jeder käufliche „Tee-Ersatz", dabei ja ganz kostenlos herzustellen.

Karlsbader Omeletten. Man schlägt einige Eier in einen Topf, gibt zu jedem Ei einen Löffel Wasser oder Milch und zuletzt etwas Backpulver, alles gut versprudeln, Salz, und will man süße Omeletten, etwas Zucker, aber nicht viel, hinein. Nun die Omelettenpfanne mit Fett recht heiß werden lassen, einen Löffel voll Eimasse dünn aufgießen und steif backen, ohne umzuwenden, damit sie oben noch weich ist. Mit aufgelöster Marmelade oder Kompott füllen, zusammenschlagen — fertig. Ohne Zucker als Gemüse-Omeletten: Reste von jedem beliebigen Gemüse, wie Spinat, Kochsalat, Kohl, Karotten, gedünstete Schwämme,

Fremdenblatt
1918
V63

Morgenausgabe

ger

36. Jahrgang

...gen-, M. 1.50 in der Abendausgabe; in einem Bezirk ...ntag" M. 1.50; Familienanzeigen 75 Pf., Versteigerungen, ...Wohnungen und Geschäftslokale, Stellenangebote: M. 1.10; ...Kleine Anzeigen" das Wort 20 Pf., bei Stellengesuchen ...enerungsaufschlag von 50 % bei allen Zeilen- und von ...r vom Tage" die Zeile M. 1.00. — Ohne Gewähr ...halb vier Wochen nicht abgeholte Chiffrebriefe werden ...isse, Photographien usw.) den Einsendern zugestellt sind.

...ipte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Ber...

...ngelsk.

...8

170

wartet. Der Staatsanwalt überläßt es dem Ermessen des Staatsgerichts, Verbannung oder Verlust der Bürgerrechte auszusprechen.

„Rationierung plus Freihandel."

Von

Dr. jur. Roesicke, M. d. R. und M. d. A.

Zu unserer Umfrage „Fleisch oder Fett" geht uns von dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte Dr. Roesicke, dem Mitgliede des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses, noch eine Zuschrift zu, in der die Gedanken seines bekannten, auch von uns gebrachten, im Reichstag abgelehnten Antrages über eine Aenderung unseres Versorgungssystems näher begründet werden. Sie werden unseren Lesern interessante und willkommene Aufschlüsse darüber bieten, wie dieser Führer der größten Landwirtevereinigung Deutschlands eine Besserung unserer Ernährung erhofft.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, ob Fleisch oder Fett für die Ernährung von größerer Bedeutung ist, so kann die Antwort nur lauten: das Fett. Mit Fett kann man sich alle Speisen sehr viel schmackhafter und nahrhafter herstellen, als man dies mit Fleisch zu tun vermag. Vor etwa einem Jahr erklärte der damalige Präsident des Kriegsernährungsamtes Herr von Batocki unter Zustimmung freisinniger und sozialdemokratischer Abgeordneter: Wir können auskommen ohne Fett, aber nicht ohne Brot und Kartoffeln! Letzteres war richtig, aber ersteres nicht. Die Erfahrung hat das gelehrt.

Es erscheint nun nicht möglich, die erforderliche Menge Fett in Deutschland zu erzeugen nur durch den Anbau von Oelpflanzen. Wir sind in Deutschland einmal viel zu sehr an tierisches Fett gewöhnt, und andererseits würde die Menge des Pflanzenöles, das erzeugt werden kann, nicht ausreichen, um das Fettbedürfnis zu befriedigen. Wir müssen daher auf die Fette zurückgreifen, die uns die Viehzucht zu bringen in der Lage ist. Dieses Fett bietet uns einmal als Produkt des Rindviehes die Milch und dann der Speck der Schweine. Deshalb bin ich stets dagegen aufgetreten, daß man eine der wichtigsten Fettquellen von uns, den Rindvieh- und Schweinebestand, so dezimiert, daß sie als Fettversorgungsquellen geradezu ausschalten. Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Hoff und politische Freunde von ihm haben sich mit ihm dauernd dafür eingesetzt, daß man durch Zwangsmaßnahmen den Viehbestand in Deutschland verringern sollte, um ihn in Einklang zu bringen mit den vorhandenen Futtermitteln. Daß der Viehbestand Deutschlands im Einklang stehen muß mit den vorhandenen Futtermitteln, ist eine Wahrheit, die von niemand bestritten werden kann, die auch ich stets vertreten habe. Der Weg aber, der beschritten werden muß, um dieses Gleichgewicht herzustellen, kann niemals der des Zwanges sein. Es ist ausgeschlossen, im Wege des Zwanges die so außerordentlich verschiedenen, von größeren und kleineren Ursachen abhängigen Ernährungsmöglichkeiten des Viehstandes zu berücksichtigen. Nur die Verantwortlichkeit und eigene Initiative des selbständigen Wirtschafters kann die Ausnützung der Verschiedenheiten und Eigenarten der jeweiligen Verhältnisse gewährleisten. In der Tendenz, den Zwang anzuwenden, hat man aber Maßnahmen getroffen, die unsern Schweinebestand über das notwendige Maß hinaus reduziert haben und zur Folge hatten, daß nach seiner Dezimierung der weitere Eingriff in die Rindviehbestände auch diese über das Maß zu verringern droht.

Ein Heilmittel würde ich nun hiergegen nicht darin zu finden vermögen, daß mit der Fleischernährung zeitweise gänzlich ausgesetzt werden würde. Dagegen würde ich eine Hilfe in der Durchführung des Antrages erblicken, den ich in der Unterkommission der Ernährungskommission des Reichstages gestellt hatte — er ist, wenn ich nicht irre, auch in Ihrer Zeitung besprochen worden. Ohne eine gewisse Menge Schweine kommen wir nicht aus. Um diese in einen annehmbaren Mastzustand zu bringen, muß der Landwirt gewisse Futtermengen zur Verfügung haben. Diese kann er nur bekommen, wenn man ihm die eigene Bestimmung über seine gesamten Erzeugnisse nicht zwangsweise völlig nimmt, sondern ihm einen Teil davon zur freien Verwendung überläßt. Ich will in meinem Antrage nicht die Rationierung von Brot aufheben, ich will nicht die Sicherung der Bevölkerung in ihrer Kartoffelversorgung beseitigen. Im Gegenteil, beides soll erhalten bleiben. Darüber hinaus aber soll der Landwirt

Pester Lloyd 7./VIII. 1918

172

Die Interpellation des Grafen Stefan Tißa über die Fragen der Volksernährung.

Budapest, 6. August.

Die Antwort, die Prinz Ludwig Windisch-Graetz auf die Interpellation des Abgeordneten Grafen Stefan Tißa heute im Abgeordnetenhause erteilte, regte den Interpellanten zu weiteren Ausführungen über die Fragen der Volksernährung an, die in den Nachmittag hineinreichten. Um dreiviertel 3 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Das Haus wird morgen Interpellationen entgegennehmen.

Der Verlauf der Sitzung.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm weiter diesen Verlauf:

Abgeordneter Graf Stefan Tißa

will zunächst mit Erlaubnis des Hauses einige Bemerkungen zu den Zeitungsmitteilungen machen, die in Verbindung mit seiner jüngsten Interpellation erschienen sind. Man hat ihn leider mißverstanden. Ein Teil der ungarischen Presse bekundet in sehr wichtigen Fragen große Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit. Es hat ihn daher auch nicht überrascht, daß seine Rede auch diesmal in falscher Einstellung vor der Oeffentlichkeit erschienen ist. Die Ausführungen eines Teiles der Presse über seine Interpellation entsprechen nicht den Tatsachen. Er hat weder behauptet, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung stiefmütterlich behandelt worden ist, noch eingestanden, daß die bisherigen Regierungen Fehler auf Fehler gehäuft haben. Auch hat er nicht die Erhöhung der Kopfquote gefordert, im Gegenteil, er hat betont, daß er die Konsequenzen aus der gegebenen Zwangslage zieht und nicht die moralische Verantwortung dafür übernehmen kann, vom Minister für Volksernährung eine Erhöhung der Kopfquote zu fordern. Einige Zeitungen erklärten, daß das Vorgehen des Redners geeignet war, die landwirtschaftliche Bevölkerung aufzureizen, und Korteschzwecken gedient hat. Redner hat nur Kritik geübt und gewisse Wünsche vorgebracht, wobei er wiederholt betont hat, daß jeder die Pflicht hat, die Regierung in dieser ernsten Frage zu unterstützen. Ferner fügte er hinzu, daß er von der Regierung erwartet, alles ins Werk zu setzen, um an Oesterreich so viel als möglich abgeben zu können. Wenn er von der Oppositionsbank diese Lehren verkündet, so mutet es eigenartig an, wenn man ihn deshalb der Aufreizung und der Korteschierung zeiht.

In einer Unterredung mit einem Journalisten hat der frühere Ackerbauminister Béla Mezőssy erklärt, daß die Interpellation des Redners ihm zur großen Genugtuung gereicht habe, da in dieser Interpellation die Selbstversorgung der Gemeinden gefordert wird. Abgeordneter Mezőssy scheint zwei ganz verschiedene Dinge zu verwechseln. Redner hat das Vorgehen Mezőssys, insbesondere seine erste Verordnung, einer strengen Kritik unterzogen, nicht, weil Mezőssy den Gemeinden das Recht des Einkaufes gegeben hat, sondern deshalb, weil Mezőssy für die entsprechende Kontrolle bei diesem Einkauf nicht gesorgt hat.

Was die Ausführungen des Ministers für Volksernährung betrifft, so hat er in der Einleitung seiner Rede nachgewiesen, daß er in den letzten Wochen den unversorgten Munizipien viel mehr Getreide zur Verfügung gestellt hat als die früheren Regierungen in der entsprechenden Zeit der vorangegangenen Jahre. Es ist nicht davon die Rede, ob mehr oder weniger Getreide zur Verfügung gestellt wird, sondern davon, ob die Bevölkerung entsprechend versorgt ist. Im übrigen ist nicht der gegenwärtige Minister für die Situation verantwortlich. Nicht er trägt die Schuld.

Abgeordneter Graf Johann Hadik: Sie erheben immer ungerechtfertigte Beschuldigungen.

Abgeordneter Graf Stefan Tißa: Ich werde stets konkrete Fehler und Unterlassungen dem Herrn Abgeordneten vorwerfen. Er hat Fehler begangen bei der Einführung der Uebernahmskommissionen, durch die Verzögerung der Requirierungen, durch die unzulängliche Kontrolle der Versorgung der städtischen Bevölkerung und anderem.

Graf Johann Hadik: Dabei verhindern Sie, daß wir über diese Fragen sprechen können. Wekerle wollte die Regierungsberichte jetzt verhandeln lassen. Sie haben dagegen Stellung genommen.

Abgeordneter Ladislaus Jényes: Er ist Parteiführer, Ministerpräsident und Präsident des Abgeordnetenhauses in einer Person.

Graf Stefan Tißa weist darauf hin, daß es notwendig ist, in diesen Dingen klar zu sehen, damit man auch in Oesterreich Einblick in unsere Verhältnisse gewinnt und auch unsere Feinde sehen, daß wir auch unter solchen Umständen gewillt sind, auszuharren. Was die Beantwortung der drei Interpellationspunkte betrifft, so bedauert er, daß der Minister bei der Versorgung der unversorgten Gegenden bis zum 15. Juli die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft in Anspruch genommen hat. Dadurch wurde das Verfahren nur verlangsamt und er weiß es aus unmittelbaren Erfahrungen, daß einzelne Muni-

Pester Lloyd
8./VIII. 1918

Die Kompensationspolitik des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz in der Volksernährung.

Budapest, 7. August.

Der mit der Leitung des Volksernährungsamtes betraute Minister Prinz Ludwig Windisch-Graetz hat — wie gemeldet — gestern im Abgeordnetenhause in der Rede, in der er eine die Volksernährung betreffende Interpellation des Grafen Stefan Tißa beantwortete, auch auf die bereits mitgeteilte Tatsache hingewiesen, es solle fürderhin die Ueberlassung von Lebensmitteln an Oesterreich so erfolgen, daß Oesterreich als Gegenleistung dem ungarischen Volke der industriellen Verarbeitung zuzuführende Rohstoffe und Fertigprodukte der Industrie überlassen soll. Prinz Windisch-Graetz hatte heute die Freundlichkeit, einen Mitarbeiter unseres Blattes zu empfangen und diesem betreffend das durch ihn angeregte System der Kompensierung folgende nähere Mitteilungen zu machen:

Das Kompensationssystem ist nicht nur die Folge eines Wunsches, der sich naturgemäß aus der Schwierigkeiten ergibt, die unserem Volke infolge des Mangels an Rohmaterialien und Industrieprodukten erwachsen sind. Als ich mich entschloß, die Forderung auf Kompensation zu erheben, standen Notwendigkeiten vor meinen Augen, die unumgänglich sind, weil sie sich sozusagen mit mathematischer Genauigkeit aus der wirtschaftlichen Relation zwischen Oesterreich und Ungarn ergeben. Ein Blick auf die Entwicklungsgeschichte unseres Wirtschaftswesens läßt das ohne weiteres erkennen.

Wir haben bisher das sogenannte Kontingentierungssystem angewendet und auf diesem Wege Getreide, Rinder, Schweine, Mehl und andere landwirtschaftliche Produkte an Oesterreich abgegeben. Obzwar das Kontingentierungssystem gewisse Latituden läßt, war ich dennoch bestrebt, möglichst das ganze Kontingent an Oesterreich abzuliefern. Ich habe es im Interesse der vollen Ablieferbarkeit dieses Kontingents, seitdem ich Minister bin, abgelehnt, einzelne dringliche Ausnahmen ausgenommen, Ausfuhrlizenzen zu erteilen, denn durch die Erteilung solcher Lizenzen, mögen die Bittsteller auch österreichische Behörden, Kronländer, Stadtgemeinden usw. gewesen sein, hätte ich die Möglichkeit, das Kontingent abzugeben, gefährdet. Doch es mußte noch ein weiterer Schritt geschehen, um das Kontingent abgeben zu können: die Requirierung. Nur wäre es ziemlich hoffnungslos gewesen, die Requirierung durchzuführen, hätten wir nicht mit entschiedenster Strenge darüber gewacht, daß bei dem Aufkauf der landwirtschaftlichen Produkte der Maximalpreis auch dann eingehalten werde, wenn der Käufer in Oesterreich war. Wir haben auf diesem Wege das Kontingent aufbringen können, aber unser eigenes Volk, unseren eigenen Handel gewissermaßen materiell beeinträchtigen müssen, denn wir brachten den ungarischen Verkäufer und damit unser Nationaleinkommen um den Mehrgewinn, der ihm aus dem Handel mit Oesterreich sonst erwachsen wäre, wenn die Maximierung bei Käufen aus Oesterreich nicht beobachtet würde. Die Wirkungen dieses Vorgehens, das allerdings auch unserem Gemeinwesen und Nichtselbstversorgern Dienste geleistet hat, denn es schaltete eine aus Oesterreich kommende Preissteigerung aus, zeigen sich nun in einer Weise, die das Kompensationssystem unumgänglich macht. Der Erlös nämlich, der Ungarn aus der zu maximierten Preisen erfolgten Abgabe seiner landwirtschaftlichen Produkte an Oesterreich und an das Ausland überhaupt erwächst, entspricht keinesfalls der Summe, die es für seinen Bedarf an Rohprodukten und Industrieerzeugnissen bei dem heutigen Stand der Preise zahlen müßte. Es muß also ein Weg gefunden werden, der es ermöglicht, daß wir unseren Bedarf an Rohprodukten und Industrieerzeugnissen in einer Weise decken können, bei der auch damit gerechnet wird, daß die Maximierung unserer Landesprodukte, die ausgeführt wurden, und damit die Verringerung unseres Einkommens im Interesse der Ablieferbarkeit des Kontingents erfolgt ist. Es gibt nur einen einzigen gerechten Weg, der diesen Umstand berücksichtigt, und diesen Weg, hoffe ich, werden die beteiligten Regierungen betreten können. Es muß für die Industrieprodukte und Rohstoffe, die uns im Austauschwege überlassen werden sollen, nicht nur die Ueberlassung ausgesprochen werden, sondern auch eine Feststellung der Preise erfolgen, die den Schranken entspricht, die wir durch die strenge Einhaltung der Maximierung auch bei Käufen aus dem Auslande für unsere Produkte errichtet haben. Es muß also nicht nur das System der Kompensation durchgeführt, sondern auch eine Relation zwischen den Preisen der Austauschobjekte eingeführt werden. Diese Relation ist in gerechter Weise zu finden, indem wir auf das Verhältnis der Preise aus der Friedenszeit zurückgreifen. Die Preise müssen so festgestellt werden, daß das Verhältnis der Preise der Austauschobjekte auch im Kriege dem Verhältnis entspreche, das zwischen dem Werte der Austauschobjekte in der Zeit des Friedens bestanden hat. Das Kompensationssystem ist übrigens auch notwendig, weil wir auf anderem Wege kaum in der Lage sind, unseren Bedarf an Industrieartikeln und Rohprodukten zu bestreiten, das System der relativen Preise soll Anerkennung finden, weil es erstens eine Forderung der Gerechtigkeit ist, zweitens aber im Interesse der Erschwinglichkeit unseres Bedarfes unumgänglich erscheint.

Wir werden dabei auch verlangen müssen, daß jene landwirtschaftlichen Produkte, die die Armee aus den besetzten Gebieten erhält, dieser nur dann zugeführt werden, wenn diese Produkte ihr nicht aus Ungarn zugestellt sind. Die Verhandlungen sind im Zuge. Betreffend Kohle, Petroleum, Benzin und noch einige Produkte sind bis zu einem gewissen Maße Einigungen erfolgt. Schwierigkeiten sind allerdings noch zu bewältigen, doch ich hoffe, daß es bei dem guten Willen, der die Regierungen beherrscht, gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu besiegen. Es ist aber vor allem notwendig, daß wir über die Vorräte verfügen, die im Kompensationswege als Austauschobjekte verwendet werden können.

Prinz Ludwig Windisch-Graetz hat als erster die Frage des Kompensationswesens aufgeworfen und ist nun bestrebt, seiner sehr fruchtbaren Idee Geltung zu verschaffen und diese Idee auch auszubauen. Wenn der Minister auch in diesem Bestreben einem eigenen Gedanken folgt, so muß doch festgestellt werden, daß die Idee der Notwendigkeit der Kompensation und der Herstellung einer Relation in den Preisen der Austauschprodukte in der ungarischen Oeffentlichkeit erkannt ist und in den breitesten Kreisen des ungarischen Publikums als unumgänglich betont wird. Man kann die ungarische Oeffentlichkeit nicht eindringlich genug ermahnen, durch geschlossenes Festhalten an diesen Forderungen zum Ausdruck zu bringen, daß die Gesichtspunkte, die Prinz Ludwig Windisch-Graetz in den Verhandlungen mit den Abnehmern unserer landwirtschaftlichen Produkte bekundet hat, unterstützt werden durch die Willensrichtung des ganzen ungarischen Volkes. In diesem Sinne darf man es wohl mehr als eine Feststellung denn als eine Erwartung bezeichnen, wenn wir sagen, daß in der ungarischen Oeffentlichkeit alle Parteirücksichten zurücktreten werden, sobald es gilt, die gerechten Interessen der ungarischen Volkswirtschaft bei voller Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Nachbarn und der Erfordernisse nationaler Gerechtigkeit und treuester Bundespflicht zu wahren, so wie das in den Absichten der ungarischen Regierung vorgesehen ist.

Berliner Lokalanzeiger
10./VIII. 1918.

10

180

Das neue Ernährungsjahr.

Vor kurzem konnten wir melden, daß wir mit den größten Ernährungsschwierigkeiten für diesmal wieder über den Berg sind. Der Kartoffelmangel, der zuletzt einige Wochen hindurch verschiedene Gegenden des Reiches plagte, ist durch den Fortschritt der Ernte überwunden, und von Montag, den 19. d. M., ab wird auch die Brotmenge wieder annähernd auf den früheren Stand gesetzt.

Mit dem „Aushungern" ist es also für diesmal nichts gewesen, und mit dieser Parole können die Feinde überhaupt kein rechtes Geschäft mehr machen. Die neue Ernte läßt sich ganz gut an. Die Getreideernte ist befriedigend, der Kartoffelertrag wird allem Anschein nach sogar recht gut, und auch die sehr bedeutungsvolle Futterernte ist besser als im vorigen Jahre. Die Feinde reden denn auch kaum noch vom Aushungern und setzen ihre Hoffnungen jetzt notgedrungen mehr auf andere Dinge: militärischen Sieg, Amerika usw.

In der Tat dürften die Ernährungsschwierigkeiten bei uns nicht nur für dies Jahr, sondern überhaupt den Höhepunkt überschritten haben. Im Anfang des Krieges und namentlich in den folgenden Jahren, als die gewohnte ausländische Versorgung des Reiches mehr und mehr nachließ, die innere Organisation unseres Ernährungswesens dagegen sich erst mühsam tastend aufbaute, war unsere Lage sicherlich viel gefährdeter. Jetzt haben wir einen gewissen Beharrungszustand erreicht. Wir haben keine Ursache, anzunehmen, daß es bei uns in künftigen Jahren im wesentlichen anders oder schlechter werden wird, als es gegenwärtig ist. Und so können wir sagen: Wenn der Krieg noch lange dauern sollte, so werden wir uns freilich weiter in recht unbefriedigenden Ernährungsverhältnissen befinden. Aber vom Feinde ausgehungert werden wir nicht, und wir sind befähigt, den Krieg weiterzuführen.

Das alles ist unleugbar ein

Erfolg unserer inneren Organisation.

So viele Mängel ihr auch in Einzelheiten anhaften mögen: der oben erwähnte, uns verhältnismäßige Sicherheit gewährende Zustand ist eben doch ein Erfolg. Und das letztverflossene Wirtschaftsjahr ist hinsichtlich dieses Erfolges der Ernährungsorganisation das beweiskräftigste. Im Anfang des Krieges waren noch die gehäuften Vorräte des gesegneten Friedens im Lande, auch starke Lieferungen der Neutralen dauerten noch mehrere Jahre an, sind aber jetzt seit längerer Zeit kaum noch erwähnenswert. Das ehemals fette Holland z. B. liefert uns auch nicht ein einziges Pfund Butter mehr. Dennoch ist es im Deutschen Reiche weitergegangen, obgleich das Wirtschaftsjahr 1917/18, an dessen Ende wir stehen, in mancher Beziehung von besonderer Ungunst war. Während wir früher infolge unserer Eroberungen in Rußland, Serbien, Rumänien fast in jedem Sommer einen ausländischen Zuschuß hatten, hat bekanntlich die ähnliche Hoffnung auf die Ukraine so gut wie völlig versagt. Ja, wir haben letzthin, trotzdem bei uns selbst die Rationen vermindert werden mußten, aus unseren militärischen Beständen an Oesterreich abgeben müssen, und endlich hat sich unsere Ernte infolge kühlen Wetters um mehrere Wochen über das Normale hinaus verzögert. Trotz allem aber ist unsere Kriegswirtschaft in geordneten Bahnen geblieben! — Möge nur niemand diese Feststellungen als einen Lobgesang auf unsere Kriegsernährung auffassen. Sie ist ja in Wirklichkeit äußerst dürftig. Aber eine wesentlich bessere ist nicht zu beschaffen.

An Angriffen auf die ganze Kriegswirtschaft und auf die sie vertretenden Persönlichkeiten hat

Grundzügen bestehen bleiben. Durch ein anderes Verfahren würde das Vaterland in Gefahr gebracht.

Mit diesen Notwendigkeiten und Erkenntnissen müssen wir uns abfinden: die Städter mit den knappen Rationen, die Landleute mit der erzwungenen Ablieferung ihrer Erzeugnisse an den Staat. Trösten mag die letzteren dabei, daß auch die Arbeit der Städter die ländliche Scholle sichern hilft.

Der Frieden freilich muß uns die

Freiheit zurückbringen.

Nicht nur nach außen, sondern auch im Innern. Irgendwelchen Aufbewahrungswert in die Tage der Freiheit hinein hat das heutige Zwangssystem nicht. Es ist dem ganzen Volk zuwider. Nur ist es in den heutigen Kriegstagen leider notwendig und nicht zu entbehren — und die Männer, die seine Durchführung sichern, handeln pflichtgemäß und dienen dem Vaterland. Pf.

Fremdenblatt
11./VIII. 1918

184

ist der nach unten erweiterte Aermel aus anderem Stoff, mit Knopfputz. Nicht unerwähnt sollen die eingesetzten Seitenteile bleiben, die unten in Spitz ausgehen und den Rand der Jacke ungleichmäßig verlängern. Das zweite Seidenkleid ist mit Samt geputzt und trägt einen Samtkürraß als Taille. In aparter Weise ist das dritte Jackenkleid, durch die Pelzweste gehoben, während die Bortenjacke, Modell 4, den falschen Kimonoausschnitt zeigt, an neuen hohen Bortenkragen und die Zusammenfassung der Rockweite durch Borten. Der neue Volantkrempenhut ist hier hinaufgeschlagen. C. P.

Rezepte der Saison.

Der „Zeitgemäßen Kriegsküche" von Marianne Stern (Verlag M. Stern) entnehmen wir folgende beachtenswerte Küchenratschläge:

Endivien einzusieden. Glatte Endivien befreit man von den grünen Blättern, wäscht sie, schneidet sie in zweifingerbreite, fünf Zentimeter lange Stücke und gibt sie auf ein Sieb. Hierauf legt man sie mit etwas Salz in einen steinernen Topf ein und drückt sie fest nieder, indem man sie mit einem Gewicht beschwert, und verbindet dann. Bei Gebrauch werden sie gut gewässert, fest ausgedrückt und gedünstet.

Grüne Erbsen in Dunst. Möglichst frische und peinlich sauber ausgesuchte Erbsen füllt man in gut gereinigte Flaschen ein und streut einen gestrichenen Eßlöffel Salz (auf 1 Liter Erbsen) darüber. Dann verkorkt und verbindet man die Flaschen und kocht sie im Dunst drei Viertelstunden lang. Danach überzieht man sogleich den Kork mit Pech oder Siegellack und bewahrt die erkalteten Flaschen an kühlem Orte stehend auf.

Gewürzgurken. Man braucht zu 10 Kilogramm Gurken 2 Liter Weinessig, 15 Gramm Pfefferkörner und Nelken, ein Viertelkilogramm blättrig geschnittene Zwiebeln, 1 Achtelkilogramm ebenfalls geschnittenen Rettich, 1 Zehe Knoblauch, 2 Lor

SINGERSTR. NR. 8
VORNEHMSTE MODELLE



Türkisches Schönheits-Institut
„HANUM"
I., Tegetthoffstr. 4. Fernspr. 5362

Neue Freie Presse
13./VIII. 1918

188

Berliner Ernährungsfragen.

Vom Geheimen Regierungsrat Dr. Georg Reicke.
Bürgermeister von Berlin.

Berlin, im August.

So lächerlich es vielleicht im ersten Augenblick klingen mag: die Ernährungsfrage ist in Berlin zurzeit im Grunde eine Vertrauensfrage. Wohlgemerkt: nicht die Ernährung, aber die Ernährungsfrage. Denn was heißt Frage? Doch wohl: ob der Volkskörper die durch wiederholte Einschränkungen ihm neuerdings auferlegte Belastungsprobe weiter erträgt. Daß der Mensch imstande ist, eine Zeitlang mit recht wenig auszukommen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Aber ob er es will, das ist die Frage und deren Beantwortung hängt einfach von dem Vertrauen nach oben und unten ab, von dem gegenseitigen Vertrauen, das Regierung und Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft sich zollen.

Es ist nun wohl hundert gegen eins zu wetten: die Bevölkerung wird aushalten wollen, wenn sie weiß, daß den schlechten Wochen so schnell als möglich wieder bessere folgen werden. Bessere können also nur erwartet werden, wenn das Vertrauen besteht, daß von oben her alles getan wird, um die vorhandenen Lebensmittel auch wirklich möglichst restlos der Bevölkerung zuzuführen. Daß Deutschland mit seiner alljährlich erneuerten Lebensmittelernte sich selbst erhalten kann, daß also eine Aushungerung unseres Volkes durch die Feinde nicht möglich ist, das weiß die Bevölkerung nachgerade, das haben diese vier Kriegsjahre sie gelehrt, und erfreulicherweise walten im Reiche der Natur ausnahmslosere Gesetze, als wir Menschen sie uns zurechtmachen. Was sie aber nicht von vornherein weiß, ist, ob seitens der Regierung nicht bloß dem Willen nach — denn wer wollte an dem zweifeln? — sondern auch tatsächlich und zu jeder Zeit alles geschieht, um die Bevölkerung so gut als irgend angängig mit Lebensmitteln zu versorgen. Denn in diesen Beziehungen ändern sich die Voraussetzungen und damit auch die Anlässe zur Betätigung, fast möchte man sagen, von Woche zu Woche. Niemand mehr als die Kommunalverwaltungen, diese Mittler zwischen Regierung und Volk, wissen ein Lied davon zu singen.

Will man aber ernstlich die Versorgung mit einem Lebensmittel gewährleistet sehen, so bleibt trotz mancher Bedenken dagegen kein anderes Mittel als seine Erfassung, wenn es sein muß, seine rücksichtslose Erfassung. Denn diese allein ermöglicht eine wirklich gerechte Verteilung. Allerdings: nicht jedes Lebensmittel verträgt eine solche Erfassung, aber wo es angeht, muß sie einsetzen, in erster Linie also bei den notwendigsten Nahrungsmitteln der breiten Massen: Brot, Kartoffeln, Fett und Fleisch.

Der Landwirtschaft kommt es natürlich verwunderlich an, ein solches Ansinnen. Sie ist nicht daran gewöhnt, etwas abgeben zu müssen. Im Frieden ist jeder Bauer auf seiner Scholle ein kleiner König. Der demokratische Zug unserer Zeit duldet aber solche kleine Könige nicht.

Eine beweiskräftigere Probe aufs Exempel als die Brotversorgung im Deutschen Reiche gibt es nicht, wo der Segen der möglichst restlosen Erfassung in den Erfahrungen, die wir nun schon dreieinhalb Jahre gemacht haben, auf der Hand liegt. Die Brotkarte, die von Berlin als der ersten deutschen Stadt in dunkeln Wintertagen des Jahres 1915, als man aufs Amt schon um die Zeit ging, da im Tiergarten noch die Nachtlaternen brannten, geboren wurde, ist bezüglich dieses allernotwendigsten Volksnahrungsmittels unser rettender Engel geworden und hat uns als solcher durch diese wahrlich nicht leichten Kriegsjahre treulich und sicher begleitet.

Wenn also die Erfassung das wichtigste ist, die naturgemäß nur von dem Staatsganzen für das Staatsganze ausgehen kann, so ist von vornherein klar, daß das entscheidende Moment nicht bei den Gemeinden, sondern bei den leitenden Stellen der Staatsregierung liegt.

Wie stehen nun zurzeit die Vertrauensaktien zu den leitenden Stellen in Berlin? Eines ist nicht zu leugnen: Berlin lebt heute, am Schlusse des vierten Kriegsjahres, fast schwerere Zeiten als je, und die Probe, auf die unsere Millionenbevölkerung in diesen Wochen gestellt wird, ist hart. Der Winter wurde ziemlich gut überstanden: die wenn auch mäßige, doch allenfalls ausreichende Brotration von 1950 Gramm Brot auf den Kopf, die gleichfalls nicht hohe, aber erträgliche Ration von 7 Pfund Kartoffeln wöchentlich und die recht schmale, aber als Auffrischung um so notwendigere wöchentliche Ration von 250 Gramm Fleisch — sie alle konnten unseren Ernährungszustand gerade aufrechterhalten. Nun aber kamen rasch, zu rasch hintereinander die bedauerlichsten Kürzungen: die Brotverkürzung um 200 Gramm, die Herabsetzung der Kartoffelration auf 3, zuletzt 1 Pfund in der Woche und allerneuestens die bereits angekündigte und über uns schwebende Herabsetzung der Fleischration auf 200 Gramm nebst Einführung von vier fleischlosen Wochen im nächsten Vierteljahr! Das enge Zusammentreffen dieser drei Kürzungen mußte notgedrungen eine fast katastrophale Stimmung erzeugen, und die vielfach aufgetauchte Frage erscheint nicht unberechtigt, ob es taktisch richtig war, es auf ein solches Zusammentreffen ankommen zu lassen. Man mußte doch bereits lange vorher wissen, daß diese Dinge kommen würden — so wird dieser Politik entgegengehalten —, wäre es da nicht weiser gewesen, von langer Hand her mit einer weit bescheideneren Kürzung auszukommen? Die Gründe, die solchem Vorgehen entgegenstanden, sollen nicht verhannt werden: Die Hoffnungen, ohne diese Kürzungen auszukommen, waren bis in die letzte Zeit nicht unberechtigt; die Entwicklung der ukrainischen Verhältnisse in Hinsicht der Lebensmittelausfuhr war eine bittere Enttäuschung, die niemand voraussehen konnte; der unerwartet heiße und trockene Frühling brachte den Kartoffelmieten in weitestem Umfange ein Verderben,

Neues Wiener Tagblatt
13./VIII. 1918

Ein Gruß an 26 Mütter in Ottakring.

Von einer Wiener Kinderjause in der ungarischen Ebene.

Sechsundzwanzig vereinsamte Mütter in Ottakring, deren Namen ich nicht kenne, beste Grüße an euch von den Sommerkindern in Taksony, einem kleinen Nestchen in der sonnig-sandigen Ebene, dessen Namen ihr früher gewiß niemals gehört und wohin jetzt eure zärtlichen Herzen voller Sehnsucht herüberblicken. . . .

Ich will euch erzählen, wie eure Kleinen in der Fremde leben, und nehmet es mir nicht übel, ich muß gleich vorausschicken: Kinder sind halt undankbar, sie sehnen sich nicht ein bißchen nach Hause. Nein, sie zählen die Tage, die sie noch bei uns in Ungarn verbringen dürfen. Und gesund sind sie auch, nur daß es in den ersten Tagen ziemlich viele verdorbene Mägen gab. Es ist eben die Zeit der Obsternte und obendrein war auch noch Kirtweih in Taksony am vergangenen Sonntag. Ihr versteht mich ja! . . . Jetzt ist aber ihre Gesundheit wieder hergestellt und ihr Appetit, nein, ich kann euch sagen, der ist tadellos. Gestern luden wir sie alle zur Jause ein und als „Clou" des Nachmittags wurden ihnen drei vollbeladene Marillenbäume zur freien Beute überlassen.

Sie kamen also in Doppelreihen, und schon aus der Ferne klangen die süßen, dünnen, unreifen Stimmchen: „Ich hatt' einen Kameraden . . ." Dann marschierten die sechsundzwanzig Paare mageren braunen Beinchen hübsch taktvoll auf, und hintendrein kam der Herr Lehrer, ein freundlicher, gutmütig lächelnder Herr. Feierliche Begrüßungen vor unserm Haus, etwas Verlegenheit, beängstigend wohlerzogene Stille. Man macht eine Runde im Garten, noch immer herrscht gezwungene Stimmung. Aber nun stehen wir unter den vollen Marillenbäumen und das große Wort wird ausgesprochen: Die gehören euch!

Na, eure Kinder haben Temperament, daß muß man ihnen lassen. Drei Buben krochen blitzschnell auf den Baum — wo lernt man nur das Baumkraxeln so gründlich in Ottakring? — und schüttelten die Zweige, daß sie krachten. Der eine hing mit dem Kopf nach unten und mit der freien Hand stopfte er sich die Marillen in den Mund. Mit dem Ausspucken der Körner ging es natürlich schwer, er hatte bereits sechs davon in den geschwollenen Backen, bis er sich aufrichtete, um sie auszuspucken. Die andern wimmelten jubelnd mit ausgestreckten Armen unter dem Baum und stopften sich Marille auf Marille in den Mund; es ist einfach unbegreiflich, wie man mit so vollem Munde so einen Radau schlagen kann.

Sonderbar aber war ein kleines, sehr mageres Mädchen mit einem altklugen Gesicht; das kniete auf der Erde und arbeitete: sie aß angestrengt schnell, dazwischen aber hielt sie ihre kleine Tasche in der Hand und hamsterte. Sie hamsterte Marillen, praktisch und vorsorgend, wie eine erwachsene Hausfrau. . . . Dann spielten wir im Akazienwäldchen Räuber und Trabant — die Wiener Kinder nennen es aber — ich kann die Bedeutung dieser Zusammensetzung nicht begreifen: „Indianer und Trapper". Was sind das für Trapper und wie kommen sie zu den Indianern? Sie konnten darüber nichts Näheres sagen: „Trapper sind halt Trapper."

Meine Indianergenossinnen waren drei kleine Mädchen. Wir standen zwischen den Akaziensträuchern und ich fragte sie der Reihe nach:

„Was ist denn dein Vater?"

„Ich hab' keinen Vater. . . ."

„Und deiner?"

„Er ist gefallen."

Da sagt die dritte stolz und laut: „Mein Vater ist Zahlkellner beim stärksten Mann der Welt — in der Kaiserstraße!

„Ja, was ist denn das für ein Mann, dieser stärkste Mann der Welt?"

„Na der hebt mit einer Hand zweihundertfünfundvierzig Kilo, und dort ist mein Vater Zahlkellner."

Da sagt das eine Mädchen voller Bewunderung und Neid: „Na, du, dann hat's dein Vater leicht, da zahlt doch ein jeder gleich, weil er sich fürchtet, daß ihm der stärkste Mann der Welt eine 'runterhaut. . . ."

„Ja, aber wie braucht denn der stärkste Mann der Welt einen Zahlkellner?" frage ich, doch die Antwort erhielt ich nie. Die Glocke läutete oben im Türmchen unsres Hauses, und die Kinder blickten mich mit offenem Munde erstaunt an.

„Die Jause steht bereit," sagte ich.

Husch, sie waren weg; ich konnte sie nicht mehr einholen. Von allen Seiten, über alle Wege kamen die Indianer und die Trapper angerannt und standen sehnsüchtig aber bescheiden um den langen Tisch. Es gab — große Seltenheit auch für uns — Milch und weißen Kuchen. Milch gibt es nämlich in unserm Dorfe nicht, weil sie den Budapester Großhändlern abgeliefert werden muß.

Aber eure Kinder leiden nicht darunter. Sie wohnen bei den Bauersleuten in der „guten Stube" und die haben Milch und Mehl als Produzenten für ihre eigenen Familien. Die Sommerkinder sind ja Familienmitglieder: sie fahren am Morgen hinaus auf die Felder mit ihren Adoptiveltern und spielen draußen bis zum Mittag, dann kehren sie heim, erhitzt und glücklich, hoch oben auf dem mit Heu beladenen Wagen; dann baden sie alle zusammen in der Donau und spielen unter der Aufsicht des Lehrers bis es Abend wird. Wir haben alle zugenommen, sagen sie stolz, und der eine, ein kleiner Bengel, hebt sein Bein bis über den Tisch, damit ich seine Waden bewundere.

Also, es ist wieder still und man trinkt andächtig. Aber alle Augen schielen seitwärts, weil unten am Tischende zwei überzählige volle Tassen stehen. Wer wird die wohl trinken dürfen? O, weiser König Salomo, wir könnten dich hier dringend brauchen: wer soll die zwei überzähligen Tassen bekommen? Wir überlegen lange, — fieberhafte Erwartung — schließlich werden die zwei Kleinsten damit beglückt. (Ich fürchte, alle verfluchten in diesem Augenblick ihre sonst so stolz betonte „Höhe"!)

Dann gab es noch Obst, aber das wanderte schon größtenteils in die Taschen. Die kleine Hamsterfrau war tief verlegen: ihre Tasche war ja schon übervoll. Sie blickte verstohlen nach rechts und links und — schwupps! — die Marillen verschwanden vorn in der bauschigen Bluse. . . .

Es dunkelte schon, als sie sich wieder in Doppelreihen aufstellten. Sie waren selig und erhitzt, unten auf dem Stoppelfeld gab es wundervolle Spiele!

— „Wollt ihr bald wiederkommen?"

— „O, vielleicht morgen!" schreit eine schrille, kleine Stimme und die Tochter des Zahlkellners des stärksten Mannes der Welt, verbirgt, erschrocken über ihre Kühnheit, ihr errötendes Gesichtchen. Und wieder ertönt das Lied vom tapferen Kameraden und klingt immer ferner und ferner. So sonderbar klingt es aus den sechundzwanzig jungen Kehlen, glücklicher Herzen, — das deutsche Lied, weit draußen in der ungarischen Ebene. . . . Sorgt nicht um eure Kleinen, unbekannte Mütter in Ottakring. Sie sind froh, sind wie zu Hause, in Taksony. . . .

Margit Veszi.

Neue Freie Presse Abendbl
16. VIII. 1918
a 16
203

Die Preissteigerungswelle des Sommers 1918.

Wien, 16. August.

In den vorausgegangenen Kriegsjahren waren Frühjahrs- und Herbstbeginn gewöhnlich die Zeitpunkte, in denen die vorläufig ohne absehbares Ende nach aufwärts gerichtete Preisbewegung einen neuerlichen starken Sprung machte. Vielleicht ist dieses Kalendarium der Teuerung in einem ursächlichen Zusammenhange mit dem agrarischen Wirtschaftsjahre, dessen Semester vom 1. Februar und 1. August datieren. Und das aus dem Grunde, weil bis zum Jahre 1917 die Kriegsteuerung doch hauptsächlich und beinahe ausschließlich sich auf Bodenprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse erstreckt. Als aber auch industrielle Fabrikate in den Hexenwirbel mit hineingezogen wurden und, was Tempo und Progression der Teuerung anlangt, die Naturerzeugnisse bereits weit überholt haben, bringt fast jeder Monat Preisexzesse auf den verschiedensten Gebieten und durch die Ueberwälzung der Lasten von einer Schichte der Bevölkerung auf die andere verzeichnen die Marktberichte des täglichen Lebens jetzt ausnahmslos Preissteigerungen. Der heurige Sommer insbesondere war überreich an solchen und in erster Linie muß die Verteuerung von Brot und Mehl erwähnt werden. Sie belastet nicht nur direkt die Bevölkerung auf das härteste, sie wird fraglos auch das Sprungbrett werden für neue Preishinaufsetzungen auf allen Gebieten. Von der Erhöhung des Brotpreises wird jeder getroffen, wenn auch nicht jeder in gleich starker Weise, und darum wird an diese Verteuerung die Ueberwälzung sich in einem Grade knüpfen, wie er bisher noch nicht beobachtet werden konnte. Als vorige Woche die Verordnungen der Regierung über die Verteuerung von Brot und Mehl erschienen, wurde zugleich angekündigt, daß die Finanzverwaltung einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt habe, um wenigstens den Mindestbemittelten das Tragen der Last zu erleichtern. Man hat seither nichts mehr über diese Aktion gehört, weder was die Höhe des Betrages, noch was den Umfang des Kreises betrifft, dem er zugute kommen soll. Dem Protest gegen die Brot- und Mehlteuerung, der von Wien ausging, haben sich sämtliche Landeshauptstädte und die großen Industriezentren der Kronländer angeschlossen, denn die indirekte Steuer, als welche sich die Hinaufsetzung des Brot- und Mehlpreises darstellt, ist nicht nur antisozial innerhalb der Bewohnerschaft der Städte, sie stellt sich auch als einseitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Produzenten dar, die wahrlich in diesem Kriege keine Ursache haben, Klage zu führen, weder über die Absatzmöglichkeit ihrer Produkte, noch über die Preise, die ihnen hiefür bewilligt wurden, am allerwenigsten aber über das Entgegenkommen der Regierung. Wir haben in den Besprechungen vor Erlassung der Verordnungen über die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Belastungsprobe, die der Bevölkerung auferlegt wird, die stärkste ist seit Ausbruch des Krieges. Nebst den ärmsten Schichten der Bevölkerung ist es vor allem der Mittelstand, den die unausgesetzte Teuerung bereits vollständig an die Grenze seines finanziellen Könnens gebracht hat und für den die Verteuerung des Hauptnahrungsmittels den letzten Tropfen bildet, der das gestrichen vollgefüllte Gefäß zum Ueberlaufen bringt und diesen wesentlichsten Träger des Staatsgedankens zum Abstieg zum Proletariat verurteilt.

Der Berichterstatter über die Kohlensteuer im Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses Hofrat Kuranda hat in dem Schreiben, in dem er sein Referat niederlegt, sehr richtig die prinzipielle Bedeutung des Schrittes hervorgehoben, den die Regierung mit der einseitigen Belastung der städtischen Bevölkerung durch die Verteuerung von Mehl und Brot unternommen hat. Es wäre verfehlt, sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß die Allgemeinheit zunächst in der Freude über die wiedererlangte volle Brotration in ihrem Protest gegen die ihr auferlegte Kopfsteuer eine Atempause gemacht hat. Das Wiedererwachen des parlamentarischen Lebens, ob es nun zu der Septembersession kommt oder nicht, wird diese Frage in den Vordergrund rücken, denn sie ist von grundsätzlicher Bedeutung. Das Ernährungsproblem rückt im Zusammenhange mit der Notwendigkeit der Ordnung der Finanzen in gebieterischer Weise in den Mittelpunkt alles Denkens und Tuns. Unser Ernährungswesen bedarf in verschiedenen Hauptpunkten nicht nur finanzieller Natur der durchgreifendsten Erfolge. Wir sehen jetzt ein Versagen der Märkte in Gemüse und Obst, wie es bei der reichen Ernte des heurigen Jahres auch dann nicht erklärlich ist, wenn die Marmeladenfabriken noch soviel und noch so teuer aufkaufen und wenn der Schleich-

Selbstversorger.

Wenn die Menschen noch fähig sind, aus schlimmen Erfahrungen etwas zu lernen, wird bei den Stadtmenschen nach diesem langen, allzu langen Kriege ein ungeheurer Landhunger entstehen. So augenfällig wie diesmal ist ihnen ihre Armseligkeit als Verbraucher nie zu Gemüte geführt worden. Mit Schrecken haben sie erfahren, daß diese Aufschichtung von Millionenstädten, die selbst nichts erzeugen, die unfähig erscheinen, sich auch nur einen einzigen Tag aus eigener Kraft zu ernähren, die unnatürlichsten Gebilde sind, die die Kulturvölker geschaffen haben. Sie sind die wunden Punkte ganzer Staaten, denn wenn ihr Magen nicht gefüllt wird, erzeugen sie Stimmungen, die verderblich hinausstrahlen nach allen Richtungen. Die Welt ohne Krieg ist vielleicht ein schöner Traum. Aber eine Welt, die sich auf dem Städteleben aufbauen will, die immer mehr zur Massierung von Millionen auf einen Punkt hintreibt, hat den Frieden zur Voraussetzung, den ungestörten Betrieb all seiner Lebensquellen. Kein Rädchen in diesem mächtigen Organismus kann versagen, ohne weithin fühlbare Störungen hervorzurufen, erfährt aber der ganze Körper eine Erschütterung, dann beginnt die Leidenszeit für Millionen. Mit einem Schlag sind sie entwurzelt, werden sie sich ihrer Heimatlosigkeit bewußt. Denn die schönste Stadtwohnung und das größte Bankkonto sind kein Ersatz für den Begriff der Heimat auf eigener Scholle. Und sei diese Scholle noch so klein. Der Gedanke der Schrebergärten ist ja nichts andres als die Sehnsucht nach dieser Scholle. Und überall bilden sich jetzt neue Gesichtspunkte über das künftige Zusammenleben der Menschen. Ob sie die Politik der Städte beeinflussen und die Entwicklung in neue Wege leiten werden, das ist freilich recht fraglich.

Eine wichtige Persönlichkeit ist in diesem Kriege der Selbstversorger geworden, er steht sozusagen an der Spitze der gesellschaftlichen Ordnung und ragt über alle Exzellenzen und Würdenträger hinaus mit seinem stolzen Titel. Selbstversorger! Was liegt heute nicht alles in diesem Wort. Aber gibt es denn das überhaupt noch? Wenn einer Weizen und Kartoffeln baut und die Bedürfnisse seines Magens zu decken vermag, ist er vielleicht für unser Ernährungsministerium schon ein Selbstversorger, aber im weiteren Sinne noch lange nicht, denn er streckt die gierigen Hände aus nach Zucker und Petroleum, nach Kerzen und Seife, nach Schuhwerk und Leinwand und hundert andern Dingen, die ihm fehlen. Sein Ahnherr, der selbstherrliche Bauer, der einsam auf seinem Hofe saß, hat in bescheideneren Zeitalterm einst all diese Bedürfnisse aus eigenem gedeckt. Sein Zucker war der Honig aus den eigenen Bienenstöcken, sein Ersatz für Petroleum kam aus dem Schmalztopf. In ihn legte er einen langen Leinwandstreifen, der fettgetränkt vortrefflich brannte. Kerzen aus Unschlitt formte er sich selber, für Schuhwerk gab es immer wieder Häute von gefallenem Vieh, die Seife aber kochte sich die Bäuerin mit unendlichem Gestank selber. Und die Leinwand? Die war seit den Urzeiten ein Hauserzeugnis.

Leben diese Selbstversorger langsam wieder auf? Ich erhalte Briefe aus dem schwäbischen Banat, die mich ganz seltsam anmuten. Das Spinnrad, das vor hundert Jahren noch eine Zierde in herrschaftlichen Häusern war, ist Schritt für Schritt um sein Ansehen gekommen, es wich zuletzt auch aus den Bauernhäusern, Sitten und Bräuche, die mit ihm zusammenhängen, lösten sich auf. Aber siehe da, man baut jetzt wieder Flachs und Hanf und verarbeitet sie selber. Die verstaubten Spinnräder werden vom Boden geholt und frisch geschmiert, die alten Webstühle, an denen die Großväter im Winter ihre Tage verbrachten und die längst zerlegt waren, werden aus allen Winkeln zusammengeklaubt und instand gesetzt. Die winterliche Spinnreih' kam während des Krieges wieder in die Mode bei den vereinsamten Frauen, deren Männer im Felde stehen, und die Alten, die das Weben des selbsterzeugten Garnes noch von ihren Vätern gesehen haben, üben sich in den halbvergessenen Handwerksgriffen der Weberei. Und es geht. Wenigstens grobe Hausleinwand, die sich zum Blaufärben eignet, und Sackleinwand wollen sie zunächst wieder erzeugen. Blaufärben! Auch eine vergessene Hausindustrie, die es ermöglichte, aus selbsterzeugter Leinwand blaue Männeranzüge und Frauenröcke herzustellen. Und das alles soll wieder aufleben in dieser Zeit der Not? Man wird es als eine Rückbildung empfinden. Aber welch ein Fortschritt liegt nicht in dieser Rückbildung. Denn alles, was heute zur Selbstversorgung führt, muß als ein Fortschritt gewertet werden. Die Bauern schwimmen in Geld, aber das, was ihnen fehlt, kriegen sie dafür nicht. So wie man vom schönsten Bankkonto nichts abbeißen kann, kann man ohne Kerzen und Petroleum, ohne Gas und elektrisches Licht sein Haus nicht beleuchten, und der Bauer zieht sein Licht wieder aus dem Schmalztopf, so wie einst. Wir kehren langsam zurück zum Austausch der Güter, denn die Allmacht des Geldes ist schwer erschüttert worden in diesem Kriege. Nur wer dem Bauer ein paar Kilogramm Kerzen oder Petroleum bringt, wird ihn bestimmen, die Gegengabe aus der Schmalztopf zu leisten oder aus dem Butterfaß.

as wichtigste sind. Und dem
er empfangen. Dem Ruck-
häufig alles abgenommen
r doppelt und dreifach ge-
a noch ein Zusammenhang
r Gerechtigkeit? Der Mann
Verordnung übertreten, ein
Mag sein. Aber wovon
in den letzten Monaten?
en uns die Händler und
un sie uns ein paar Tage
eiben, suchen wir sie selber.
wäre Heuchelei. Die Mehr-
und namentlich jener Teil,
zusetzen hat, lebte in dieser
halben Brotration von
n Laib Brot aus Metz oder
Tyrnau oder Csakova tat
r Zeit. Und man wird sich
daß ich da auch ungarische
Verfolgung eines Knaben
durch ungarische Grenz-
garisch endete, mag in dorti-
ihre Rechtfertigung finden,
ngarische Post die Annahme
ur Beförderung nicht ab-
t es nach zehntägiger Reise
d ist unbrauchbar. Aber das
izenbrot, Brot aus echtem
ht jede Probe. Wer einen
Ungarn zum Vetter hat,
g um ein Stück Brot an-
as seinige hier nicht genügt.
es wird nicht einmal ge-
ter Wertangabe geht. Man
arn, aber das Brot ist dort
eit wie bei uns.
Preiserhöhung des Brotes
sie trifft nur die Ver-
Selbstversorger. Eine all-
steuer, ansteigend mit dem
gerechter gewesen, sie träfe
lbstversorger, sondern auch
jene Kreise, die selbst in der schlimmsten Zeit noch besseres, erschlichenes Brot gegessen haben, weil sie es bezahlen konnten. Der Zuschuß des Staates zur Erhaltung der alten Brotpreise würde auf diesem Wege bald gedeckt worden sein. Ein Zweifel an dem Druck der neuen Brotpreise auf Löhne und Gehalte und gewerbliche Leistungen, der zuversichtlich eintreten wird, wäre eine der schlimmsten Selbstfoppereien.

Wohl jedem Großstädter, der heute ein Schrebergärtchen sein eigen nennt oder der in seiner Sommerfrische ein Stückchen Grund und Boden besitzt, wo er eigenen Kohl bauen kann. Er erhebt sich damit über viele Zwischenstufen der gesellschaftlichen Rangsordnung und nähert sich der obersten Spitze, dem Selbstversorger. Er ist produktiv, er gehört zu den Erzeugern von Werten greifbarster Art. Was er zu bieten hat, ist Gold; was wir andern, wir geistigen Arbeiter, schaffen, hat bloß Papierwert. Der einst so hochgeschätzte Herr Konsument ist tief gesunken in dieser Zeit, denn wer bloß verbraucht, erscheint heute wie eine Drohne. Die Drohnen aber werden in Zeiten der Not aus dem Bienenkorb hinausgeworfen.

Werden diese Erfahrungen von bleibendem Eindruck sein auf die Menschheit? Werden sie dem in die Wolken ragenden Wachstum der großen Städte Einhalt tun? Wird künftig eine andre, breitere Art des Zusammenlebens der Menschen gesucht werden? Man sollte meinen, daß dies eintreten dürfte, daß die Stadtpolitik künftig die Gartenstadt als ihr Ideal verbänden müßte. Raum dafür ist genug. Wenn eine vernünftige Bodenreform der Spekulation mit der Mutter Erde, diesem allgemeinen Gute, Einhalt täte, könnte aus Wien bis zum nächsten Weltkrieg eine Gartenstadt werden, in der nur Selbstversorger wohnen.

Ignotus.

Neues Pester Journal
21./VIII. 1918
215

Ernährung und Versorgung.

Landesversammlung der Geflügel-Kleinhändler.

Beratung über die Situation auf dem Geflügelmarkt.

Der Verein der Budapester Geflügel-Kleinhändler hielt heute unter Teilnahme von Kleinhändlern und Einsendern aus der Provinz eine Landesversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen die Vorgänge auf dem Geflügelmarkt, die wir in den letzten Nummern unseres Blattes eingehend geschildert haben. Vorsitzender Dr. Marcell Kadossa betonte in seiner Eröffnungsrede, daß bei der Versorgung Budapests mit Geflügel es eine große Rolle spiele, daß der Kleinhandel mit genügend Ware versehen sei. Das Publikum kann nur dann zu Ware gelangen, wenn die Marktstände des Kleinhändlers Geflügel aufweisen. In dem Kampfe um ihr Recht sind die Kleinhändler gesonnen, alles aufzuwenden, damit sie aus dem Versorgungsplane nicht ausgeschaltet werden.

Präsident Eugen N. Szemző erstattete das Referat über die Tagesordnung. Er hob hervor, daß das Landes-Ernährungsamt in entgegenkommender Weise die Wünsche des Kleinhandels honoriert hat. Es hat sich um große Interessen gehandelt, da die Existenz von Tausenden Geflügel-Kleinhändlern und Einsendern auf dem Spiele steht. Staatssekretär Dr. Franz Nagy vom Ernährungsamt hat das Recht mit gleichem Maße ausgeteilt: wer vor August 1914 eine Exportlizenz erworben hat, kann sich auch weiterhin an der Ausfuhr beteiligen. Es bestehen noch kleine Differenzen bei dem Uebereinkommen zwischen dem Landes-Ernährungsamt und den Kleinhändlern einerseits und den Großhändlern und Kommissionären andererseits, die aber leicht überbrückt werden können. Die Verwertungsgenossenschaft der Kleinhändler sei bestrebt, den Export von Geflügel ins Werk zu setzen. Für die Rentabilität dieses Unternehmens legt er folgende Tabelle vor:

300 Kilogramm Gansfleisch à 33 K. Einkaufspreis = ...	9900 K.
Davon werden 100 Kilogramm à 22 K. den Kleinhändlern zugewiesen, ergibt rund	2200 K.
Verbleiben 200 Kilogramm für den Export, hievon als Anteil des Ernährungsamtes für seine Geflügelaktion ein Dritteil, 66 Kilogramm à 15 K. 60 H. per Kilogramm rund	1030 K.
134 Kilogramm Ausfuhrware, für die in Oesterreich 50 K. per Kilogramm erzielt werden	6700 K.
Einnahmen	9930 K.
Ausgaben	9900 K.
Rest als Gewinn	30 K.

Der Vorsitzende legte auch den Plan vor, daß die Geflügel-Kleinhändler 1000 Schweine für die Bevölkerung der Hauptstadt mästen würden. Ueber das Material der Verhandlungen im Ernährungsamt wird im Rahmen einer neuen Versammlung berichtet werden. Für den Kleinhandel wäre es allerdings von viel größerem Vorteil, seine Kräfte nicht zu zersplittern und bei seinem Berufe zu bleiben, als sich mit der Schweinemastung zu befassen, die übrigens die Kommune in eigener Regie besorgt.

Eine Reihe von Einsendern aus der Provinz brachte sodann Beschwerden ihres Standes zur Sprache. Zum Worte meldeten sich: Ignaz Weinberger (Kötegyán), Gabriel Ladányi (Köröstarcsa) und Josef Matefer (Karczag). Zunächst wurde gewünscht, daß dem Unwesen der Bäuerinnen und Hökerinnen, die sich während des Krieges auf den Geflügelhandel verlegt haben, ein Ende bereitet werde. Viele Landleute, die sich früher mit der Geflügelzucht befaßt haben, betreiben jetzt den Handel mit dem Geflügel und haben das Gänsestopfen ganz eingestellt, was eine Verringerung der Produktion zur Folge hat. Betreffs der Maisversorgung der Geflügelzüchter wird gefordert, daß das Ernährungsamt und das Ackerbauministerium Mais für das Gänsestopfen zur Verfügung stellen möge, da jetzt fast ausschließlich Mais, der im Schleichhandel für 400—500 K. per Meterzentner erworben wird, zur Verwendung gelangt. Der teure Mais bedingt die hohen Preise der Fettgänse.

Die Versammlung nahm zum Schlusse eine Resolution an, in der sie für die Bildung einer Stelle eintritt, die auf Grund eines Uebereinkommens zwischen allen Interessenten auf dem Gebiete des Geflügelhandels zustandekäme und deren Aufgabe es wäre, zur Befriedigung der Interessen der Produzenten und Konsumenten eine dauernde Ordnung zu schaffen und die Versorgung der Märkte zu sichern. Zu diesem Zwecke entsendet die Versammlung ein Komitee, das die Tätigkeit dieser Stelle mit Aufmerksamkeit verfolgen und mit Ratschlägen versehen wird. In das Komitee, das aus Provinzhändlern besteht, wurden gewählt: Michael Friedmann (Győr), Ignaz Weinberger (Kötegyán), Bernhard Fehér (Orosháza), Gustav Beck (Orosháza), Emanuel Weinstein (Karczag), Josef Matefer (Karczag), Alexius Subarin (Gara), Peter Feller (Ujvár), Emerich Kovács (Otelek), Moriz Heller (Nagybecskerek), Nikolaus Rausch (Ujvár), Gabriel Ladányi (Köröstarcsa), Béla Gulyás (Köröstarcsa) und Alexander Kertész (Obecse).

Staatssekretär Dr. Franz Nagy hat, wie wir bereits berichtet haben, den Vertretern des Geflügelhandels gegenüber den Wunsch einer Einigung ausgedrückt. Ein gemeinsames Vorgehen aller Teile dieses Handelszweiges tut dringend not. Der Kleinhandel soll und muß zu seinem Recht des Warenverschleißes an die Konsumenten in breitem Rahmen gelangen. Die Geflügeleinsender haben im Wege der Kommissionäre für eine gute Verwertung ihres aufgebrachten Geflügels zu sorgen. Der Großhandel möge sich mit der Versorgung des Kleinhandels befassen, wie es auch in den Aufgabenkreis des Exporteurs gehört, sich dem Auslandsgeschäfte zu widmen. Der Kleinhandel wird seinen Anteil an dem Exportgeschäft haben, so daß der ganze Apparat des Geflügelhandels, dessen Funktion in der Kriegszeit gestört war, wieder den normalen Lauf nehmen kann. Nur soll er von störrischen Elementen nicht aufgehalten werden!

Die Bewirtschaftung der Kartoffelsechsung 1918.

Die Kartoffelbeschaffung der Unversorgten. — Einkaufszertifikate. — Für Budapest keine Einkaufsscheine. — Verdächtige Geheimtuerei um die Kartoffelrationen.

Das heutige Amtsblatt veröffentlicht eine Durchführungsverordnung des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz zur Kartoffelversorgung der Regierung. Die Verordnung stellt die Modalitäten fest, unter denen Nichtversorgte Kartoffeln auf Grund von Einkaufszertifikaten sich beschaffen können.

Zum Einkauf von Kartoffeln sind Einkaufszertifikate notwendig. Diese werden von den zuständigen Ortsvorständen (Bürgermeisterämtern) ausgestellt. Auf Grund der Zertifikate dürfen in dem ganzen Bereich ihres Munizipiums Kartoffeln frei gekauft werden:

In den Komitaten: Alsó-Fehér, Arad, Beßterecze-Naßód, Békés, Borsod, Csanád, Csongrád, Esztergom, Hajdu, Heves, Hunyad, Jász-Nagykun-Szolnok, Krassó-Szörény, Kiskükülló, Kolozs, Maros-Torda, Moson, Nagykükülló, Pest-Pilis-Solt-Kiskun, Szolnok-Doboka, Szilágy, Temes, Torda-Aranyos, Torontál, Udvarhely, Ugocsa, Ung und Zólyom und in den Städten: Arad, Baja, Debreczen, Fiume, Győr, Hódmezővásárhely, Kassa, Kecskemét, Kolozsvár, Komárom, Marosvásárhely, Miskolcz, Nagyvárad, Pancsova, Pécs, Pozsony, Selmecz- und Bélabánya, Sopron, Szabadka, Szeged, Székesfehérvár, Szatmárnémeti, Temesvár, Ujvidék, Versecz und Zombor.

In den Komitaten Abauj-Torna, Arva, Bács-Bodrog, Baranya, Bars, Bereg, Bihar, Brassó, Csik, Fejér, Fogaras, Gömör, Győr, Háromßék, Hont, Komárom, Liptó, Máramaros, Nógrád, Nyitra, Pozsony, Sáros, Somogy, Sopron, Szabolcs, Szatmár, Szeben, Szepes, Tolna, Trencsén, Turócz, Vas, Veßprém, Zala und Zemplén dürfen die Unversorgten nur in der Gemarkung ihres eigenen Wohnortes und nur bei den Produzenten kaufen, deren Kartoffelanbaufläche 30 Katastraljoch (bei Halbanteil 10 Waggons Kartoffeln) nicht übersteigt. Verbraucher, die von einem Familienangehörigen Kartoffeln kostenlos erhalten, müssen sich an das Landes-Kartoffel-Vermittlungs-Bureau (Országos Burgonya-Közvetitö-Iroda) in Budapest von Fall zu Fall um eine Traisportbewilligung wenden.

Die Modalitäten der Versorgung Budapests mit Kartoffeln werden separat geregelt werden, für Budapester dürfen daher keine Einkaufszertifikate ausgestellt werden. Hier muß bemerkt werden, daß im Vorjahre den Nichtversorgten in Budapest die unmittelbare Beschaffung bei den Produzenten erlaubt war, ohne daß hiedurch der Approvisionierung wesentlich gedient worden wäre. Wenn nun die Kartoffelversorgung neu geregelt wird, muß unbedingt darauf geachtet werden, daß das Kartoffel-Vermittlungs-Bureau genügende Mengen Kartoffeln zur Verfügung stellt. Es werden Maßnahmen getroffen werden, daß Munizipien, deren Kartoffelbedarf durch die Eigenproduktion nicht gedeckt wird, Kartoffel zugewiesen erhalten.

Ueber die Beschlagnahme der Kartoffelsechsung enthält die Verordnung folgende Bestimmungen: Die Requirierung erfolgt vorerst durch freiwilliges Angebot der Ueberschüsse und erst im Falle der Resultatlosigkeit dieses Verfahrens im Wege der effektiven Requirierung. Die freiwillige Andienung hat bis 15. September beendet zu sein, und gebührt für solche Ware die Prämie von 5 Kronen per Meterzentner. Die Provisionsgebühr des Landes-Kartoffel-Vermittlungs-Bureaus beträgt 1 K. 50 H. per Meterzentner.

Sehr auffallend ist, daß entgegen der bisherigen Gepflogenheit die Verordnung nicht die Kontingente bestimmt, die für den Haus- und Wirtschaftsbedarf zurückgehalten werden dürfen, noch Angaben darüber enthält, auf welche Kartoffelmengen die Einkaufszertifikate der Unversorgten ausgestellt werden. Diesbezüglich teilt die Verordnung nur mit, daß gleichzeitig eine Verständigung an die ersten Beamten der Munizipien abgegangen ist, in der sie Aufklärung über die Kopfquote erhalten. Die Geheimniskuerei läßt allerlei Bedenken aufkommen!

Anmeldung von Magerschweinen.

Der Ackerbauminister verlautbart heute die von uns angekündigte Verfügung über die obligatorische Anmeldung von Magerschweinen. Die bezügliche Zirkularverordnung ist an sämtliche Munizipien gerichtet und betrifft Magerschweine über 35 Kilogramm per Stück. Diese sind bis 20. September l. J. dem Landes-Schweineverkehrsbureau zur Mastung oder in Magerzustand zum Kauf anzumelden. Ausgenommen sind für den eigenen Haus- und Wirtschaftsgebrauch mit behördlicher Genehmigung gemästete Schweine, ferner Zuchtschweine nach Maßgabe der betreffenden Wirtschaft. Die Anmeldungen sind an die Lokalvertretungen (Kommissionäre) des Landes-Schweineverkehrsbureaus oder an die Gemeindevorstehungen (Bürgermeister) zu richten. Die Verordnung spricht die Konfiszierung jener Magerschweine aus, hinsichtlich deren eine Uebertretung erfolgt.

Arbeiterzeitung
28./VIII. 1918

Morgenblatt.

eiter-Zeitung

rgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

h um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

14 Heller
für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus
Wöchentlich 80 Heller,
monatl. K 3.40, vierteljl. K 10.20
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen:
Monatlich K 3.40.
Provinz und Ungarn:
Monatl. K 3.80, vierteljl. K 11.40
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljl. K 16.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Vierteljl. K 20.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Bazmanitengasse 30, Tel. 42229
X. Wielandplatz 6, Tel. 66244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 38128
XVI. Klausgasse 34, Tel. 34146
XVII. Lackner gasse 22, Tel. 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind postofrei.

Wien, Mittwoch, 28. August 1918. XXX. Jahrgang.

Fehler, die sich rächen.

Erst allmählich macht sich der Segen der neuen Ernte fühlbar, aber der Fluch unserer mangelhaften Ernährungsvorschriften kommt ihm zuvor. Wer die Vorgänge beobachtet, die sich heute auf dem flachen Lande abspielen, muß für das Erntejahr 1918/19 zu den schlimmsten Befürchtungen kommen. Schon jetzt zeigt sich, wie verderblich der Einfluß der agrarischen Ratgeber und der bourgeoisen Interessen dem Ernährungsdienst geworden ist. Zwei Erscheinungen vor allem müssen die schwersten Besorgnisse erwecken.

Seit dem Frühjahr 1915, somit durch dreieinhalb Jahre, führen die Vertreter der Arbeiterschaft im Ernährungsrat einen unaufhörlichen Kampf gegen die Lohnmüllerei oder besser gegen den Mißbrauch, den die Selbstversorger mit dem Vorrecht der privaten Vermahlung üben. Am Ende des vierten Kriegsjahres schien dieser Kampf endlich von Erfolg begleitet: das Ernährungsamt stellte sich so, als wollte es die Schleuse, durch die der größere Teil unserer eigenen Ernte unkontrolliert abfließt, endlich verschließen. Aber wann hätte sich eine österreichische Regierung zu einer ernstlichen, durchgreifenden Maßregel aufgerafft — es sei denn gegen die arbeitenden Klassen! Diesen gegenüber ist der höchste Zwang, die lückenlose Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes und die Einführung der Zwangsarbeit der normale Rechtszustand, hier weicht sie Härten nicht aus. Aber wenn es gilt, die ländliche Bevölkerung zur Gesetzestreue zu erziehen und die dazu nötigen Vorkehrungen zu treffen, dann heißt es, ein Reichsgesetz, eine unmittelbar verbindliche Reichsverordnung sei leider undurchführbar, aber man werde strenge Weisungen an die Statthalter geben. Diese Statthalter merken sogleich den Vorteil einer solchen Methode, finden in ebenso bequemer Rücksichtnahme eine Landesverordnung „leider unmöglich" und überlassen das Verbot den Bezirkshauptleuten. Und so bleibt die zurzeit wichtigste Maßregel unseres ganzen Getreidedienstes in das Belieben der Bezirkshauptleute gestellt und das Ergebnis der ganzen Reformaktion ist heute schon sichtbar. Verboten wurde die Lohnmüllerei fast nirgends, strengere Kontrollen sind an keinem Punkte fühlbar, aber durch die bloße Ermächtigung der Statthalter und Bezirkshauptleute, zu verbieten, ist das Landvolk beunruhigt und baut vor. Aus allen Teilen des Staatsgebietes kommen uns Nachrichten zu, daß die Landwirte, bevor noch die normale staatliche Aufbringung irgendwie wirksam wird, große Getreidemengen in die Mühlen führen und „schwarz" vermahlen lassen. Die Lohnmüller nehmen allen papierenen Vorschriften zum Trotz das Mahlgut an und lassen sich für die Gesetzwidrigkeit in natura reichlich entlohnen. Bevor der staatliche Getreidekommissionär nur Zeit und Gelegenheit hat, den Wirtschaftshof zu betreten, hat der sogenannte Selbstversorger einen beträchtlichen Teil seiner Frucht vermahlen und das Mehl beiseite geschafft, die Lohnmüller aber haben sich für den Schleichhandel, der gerade jetzt noch ausgezeichnete Preise zahlt, das notwendige Material an Mehl gesichert. Sieht man von der organisierten Frühdruschaktion und ihren Ergebnissen ab und hält man sich an die normale Aufbringung, so geht man nicht fehl, wenn man behauptet: Das Vielfache von dem, was der staatliche Getreidedienst bisher aufgebracht hat, haben schon jetzt die Selbstversorger vertan und der Schleichhandel verschleppt! In allen Städten hält dieser mit neuem Mehl Winkelbörsen ab, der staatliche Dienst aber ist noch außerstande, die volle Mehlration auszufolgen. Dieser gesamte Mißbrauch, ein Mißbrauch von solchem Umfang, daß unser ganzes Staatswesen in einigen Monaten daran zugrunde gehen kann, ist der feigen Rücksichtnahme auf die private Lohnmüllerei zuzuschreiben. Die städtische und industrielle Bevölkerung hat alle Ursache, die heutigen Vorgänge nicht zu vergessen; sie wird im Februar und März des kommenden Kalenderjahres bitter genug daran erinnert werden.

Verschärft wird dieser Mißbrauch heuer noch durch eine gewisse Selbsthilfeaktion der vermögenden Städter. Wer nur irgend welche Beziehungen zum Lande hat, geht hinaus und kauft bei den Selbstversorgern direkt das Mehl oder auch die Frucht auf. Man zahlt je nach verschiedenen Gegenden sechs bis zehn Kronen und darüber für das Kilogramm und unterstützt die Verkaufswilligkeit durch den Austausch verfügbarer Industrieerzeugnisse, selbst von freiem Hausgerät. Die Landwirte sind auf Waren sehr erpicht, das Bargeld ist ihnen weniger wichtig. Aber immerhin, da der Staat gegen den Schleichhandel ohnmächtig war, da er durch die Person seines höchsten Sachwalters, eines Ministerpräsidenten, den Schleichhandel mit den Worten: „Der Schleichhandel hat uns gerettet!" geradezu gerechtfertigt hat, so sind alle moralischen Bedenken dahingeschwunden und der Landwirt zieht vor, den fünf- bis zehnfachen Betrag unter der Hand als vom Kommissionär den einfachen Betrag für seine Brotfrucht zu nehmen. Es steht sehr zu fürchten, daß unter diesen Umständen im November und Dezember, wenn die entscheidende Abstellung erfolgen soll, Tennen und Schüttböden leer sind. Dann wird der Schleichhandel die Restaurants und die große Bourgeoisie, die erwähnte Selbsthilfe einen Teil der vermögenden und einen Bruchteil derer, die vom Lande herstammen, versorgt haben, jene Ueberzahl des Volkes aber, die auf die staatliche Versorgung angewiesen ist, wird dem Nichts gegenüberstehen! Gibt es noch jemanden, der sich einbildet, daß man eine solche, von Monat zu Monat sich steigernde Anarchie endlos fortschleppen kann? Alles zahlt sich einmal, wenn auch noch so spät. Trotzdem aber sind alle Warnungen in den Wind gesprochen.

Einer ganz gleichartigen, gleich [illegible] Rücksichtnahme danken wir das zweite Uebel, das sich bei den zwei wichtigsten Volksnahrungsmitteln immer mehr geltend macht, bei den Kartoffeln. Von den vierhunderttausend Haushaltungen Wiens ist wohl kaum der zehnte Teil (vierzigtausend) imstande, ländliche Beziehungen auszunützen und im Rucksackverkehr Kartoffeln nach Wien zu schleppen. Das vermögen einerseits nur besitzende Leute, andererseits nur jene Angehörigen der mittleren und unteren Klassen, welche zu Grundbesitzern nahe, freundschaftliche Beziehungen haben. Neun Zehntel der Haushaltungen nehmen gewiß am Rucksackverkehr nicht teil. Für eine kleine Minderheit schafft er also ein Vorrecht. Aber es ist eine Minderheit, die Lärm macht, deren Lärm nicht in den Arrest, sondern ins Wiener Rathaus führt. Also hat schon Höfer seinerzeit nachgegeben und also gibt man wieder nach. Umsonst ist jeder Hinweis darauf, welche Unsinnigkeit da begangen wird. Ein Bahnwagen dritter Klasse mit 50 Sitzplätzen mag heute 80 bis 100 Reisenden Raum geben. Jeder dieser Reisenden mag im Durchschnitt zehn Kilogramm Kartoffeln im Rucksack hereinschleppen. Das alles im Durchschnitt, einzelne schleppen Säcke bis zu hundert Kilogramm. Dann bringt ein Personenwagen durchschnittlich tausend Kilogramm oder eine Tonne Kartoffeln und zu diesem Zwecke schleppt er rund sechs Tonnen Menschen als Begleitmannschaft mit, die, durch die Fahrtkosten hin und zurück, die Kartoffeln unsinnig verteuert. Ein Personenzug mit zwanzig Waggons schleppt also zwanzig Tonnen Kartoffeln und hundertzwanzig Tonnen Menschen — dabei werden die Wageneinrichtungen, die Fensterscheiben, die Sitze, der ganze Waggon allmählich zertrümmert. Dieser ganze Aufwand eines vierzigachsigen Personenzuges hin und zurück wird gemacht um zwanzig Tonnen Kartoffeln, welche von zwei Lastwaggons bequem befördert werden könnten. So gebaren wir mitten in der größten Verkehrsnot mit unserem rollenden Material und es findet sich kein verantwortlicher Mann im Eisenbahnministerium, der diesem Vandalismus ein Veto entgegensetzen den Mut hätte; selbst die Militärverwaltung, die dem Transportwesen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden hätte, erhebt keinen Einspruch. Die Bahnhöfe werden belagert, die Züge überfüllt, die Menschen zerfetzen sich die letzten Kleider, unser Fahrpark wird verwüstet; alles das, weil man nicht das organisatorische Talent besitzt, verhältnismäßig gesprochen, zwei Lastwaggons mit Kartoffeln zu beladen!

So hat sich der Rucksackverkehr noch im letzten Jahre dargestellt. In dieser Ernteperiode zeitigt er erst seine vollen Früchte. Der Rucksackverkehr ist eben ein neuer Beruf geworden, den unzählige Menschen auf dem Lande und in der Stadt mit Freuden aufgegriffen haben. Denn er lohnt. Der Verkehr wird durch Restaurants, private Heilanstalten, in großem Umfang durch die Badeorte und gewerbsmäßig durch die Schleichhändler organisiert. Die Rucksackspezialisten sind eine Eisenbahn- und Landplage geworden und lassen

Amtsblatt der Stadt Wien
30./VIII. 1918

30/8

233

Verordnung.

(Ausgabe neuer amtlicher Einkaufsscheine.)

Von dem noch besonders zu verlautbarenden Tage an treten neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich 70 Abschnitte mit Ziffern zum Bezuge verschiedener jeweils zu verlautbarenden Lebensmittel und Bedarfsartikel und gleichzeitig die für die Monate Oktober 1918 bis einschließlich März 1919 geltenden Abschnitte zum Bezuge von Kaffee und Zucker befinden. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe.

Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weißer Farbe ausgegeben.

Behufs Erhaltes der neuen Einkaufsscheine haben sich die Besitzer von Einkaufsscheinen an den unten angegebenen Tagen bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission, beziehungsweise Haushalte über 14 Personen bei der Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes einzufinden. Die derzeitigen Einkaufsscheine sind mitzubringen.

Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine werden, insoferne sie Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe Wiens sind, zufolge Verfügung der k. k. niederösterreichischen Statthalterei verpflichtet, den Kaffee und Zucker vom 1. Oktober 1918 an wie das Mehl durch den genannten Lebensmittelverband zu beziehen und haben sich daher ohne Rücksicht darauf, wo sie bisher rayoniert waren, sofort nach Erhalt des amtlichen Einkaufsscheines in die Zucker- und Kaffee-Kundenliste der Lebensmittelabgabestelle des Betriebes, in welchem sie beschäftigt sind, eintragen zu lassen.

Die übrigen Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Kaffeeverkäufer, beziehungsweise bisherigen Zuckerverkäufer innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die verspätete Eintragung in die Kundenliste hat eine bedeutende Verzögerung des Warenbezuges für den ersten Monat zur Folge.

Die Verkäufer von Kaffee und Zucker werden hiemit verpflichtet, neue Kundenlisten anzulegen. Die Kundenlisten haben die fortlaufende Nummer, den Vor- und Zunamen, die Wohnungsadresse, die Personenzahl, bei Zuckerkunden auch die Zahl der Zuckerzusatzkarten des Käufers zu enthalten. Weiters werden die Zuckerverkäufer verpflichtet, von dem Einkaufsscheine des Kunden den am rechten unteren Ende befindlichen, mit der Ziffer 1 bezeichneten Abschnitt abzutrennen und in die Kundenliste hinter der Personenzahl des eingetragenen Kunden einzukleben. Die Kaffeeverkäufer werden verpflichtet, den darüber befindlichen, mit der Ziffer 2 bezeichneten Abschnitt abzutrennen

Tägliche Rundschau 30/VII. 1918. 234

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Auch diese Plauderei wird noch dem Einkochen gehören und vor allem die verschiedensten Fragen, welche sich auf das Einmachen beziehen, beantworten. Es handelt sich bei den Anfragen vielfach um kleine Kniffe und Griffe, um praktische Verwendung von Einmachegefäßen, die man in Friedenszeiten zum Einmachen nicht benutzen würde, um Angabe von mancherlei Regeln beim Einkochen und andere ähnliche Dinge.

*

Wo in den Haushaltungen weithalsige Flaschen noch vorrätig sind, kann man diese nicht nur zum Einmachen von Beerenfrüchten und dergleichen benutzen, sondern man kann auch sehr gut Gemüse in diesen Flaschen einmachen, vor allem Spinat, Erbsen, Bohnenkerne, Schnittbohnen, Tomatenbrei, Wurzelstückchen und ähnliches; füllt man auch kleinere derartige Flaschen mit den angegebenen Dingen, so erhält man durch diese die Möglichkeit, auch einmal solche kleine Flasche dem Eheliebsten oder dem lieben Jungen mit etwas von Mutter Eingemachtem ins Feld schicken zu können. Die Flaschen, die man benutzen will, müssen erst sehr gut ausgewässert und mit Kalkmilch gesäubert, gut nachgespült und innen ganz trocken sein, bevor man sie mit den Früchten oder Gemüsen füllt, doch müssen bei großen Flaschen 8 Zentimeter, bei kleinen 4 Zentimeter unter dem Rand frei bleiben. Man füllt das kalte Salzwasser oder die Zuckerlösung darüber, verkorkt die Flaschen gut und bindet die Korken mit der bekannten Apothekerschlinge fest, worauf man den Inhalt ganz wie sonst in den Einmachegläser sterilisiert. Wenn die Flaschen erkaltet sind, muß man den Kork noch mit Lack überziehen. Zum Einfüllen in die Flaschen nimmt man am besten eine große Milchkanne unter Zuhilfenahme von einem Teelöffel; bei weitem Hals ist das Entleeren der Flaschen leicht durch einfaches schüttelndes Ausgießen zu bewirken, bei engerem Hals und größeren Früchten und Gemüsestücken, die sich aus den Flaschen nicht herausbringen lassen wollen, wird man die Flasche wohl oder übel opfern müssen, dabei aber ein Verfahren wählen müssen, daß die Flasche ohne Splitter glatt abgeschnitten wird. Zu diesem Zwecke erhitzt man einen Herdring, der etwas enger ist als der Flaschenrumpf, legt ihn mit dem Feuerhaken über den Flaschenhals und spritzt nach 1 bis 2 Minuten einige Tropfen kalten Wassers gegen die Ringstelle, während man mit der anderen Hand den Hals der Flasche anhebt. Dieser läßt sich dann glatt, ohne jeden Splitter leicht entfernen.

*

Sterilisieren läßt sich aber auch in großen Gläsern jeglicher Art, wenn sie nur einen überstehenden Rand haben, so daß das Ueberzugmaterial auf das dichteste durch Schnur angezogen werden kann. Diese Glaskrausen schließt man am besten durch Mammuthaut (Bezugsquelle in der vorigen Plauderei bereits genannt) oder mit wirklich gutem, starkem Pergamentpapier, das aber nicht leicht mehr zu haben ist. Die Gläser dürfen nicht zu voll gefüllt werden, damit die Flüssigkeit beim Einkochen nicht den Verschluß berührt; auch darf man den Verschluß, der vorher angefeuchtet sein muß, nicht zu stramm ziehen; der Verschlußdeckel muß sich beim Kochen etwas ausdehnen können. Während des späteren Abkühlens zieht sich der Verschluß wieder zusammen und zeigt eine kleine Senkung nach innen. **Die Glaskrausen müssen stets auf eine Unterlage von Drahtgeflecht oder auch nur von Holzwolle gestellt werden und sich nicht berühren, da sie sonst springen, auch darf das Wasser nur bis 2 Zentimeter unter den Verschluß bei der Sterilisation reichen. Man kann größere Glaskrausen auch mit genau passenden alten Untertassen schließen, den nur, der aber lückenlos den Glas- und Tassenrand umgeben muß; mit Wasserglas bestrichenen doppelten Streifen von weißem Papier, der aber lückenlos den Glas- und Tassenrand umgeben muß, die winzigste Lücke öffnet den verderbnisbringenden Fäulniskeimen den Eingang; ich empfehle diesen Verschluß nur sorglichsten Hausmüttern mit geübter Hand.**

*

Daß jede Hausfrau, welche noch Friedensgummiringe ihr eigen nennt, sich diese möglichst lange zu erhalten sucht und sie so schonend wie es nur angeht, behandeln möchte, ist eine selbstverständliche Sache. Da die lange Hitze, zumal beim Sterilisieren der Gemüse, die Gummiringe angreift, so tut man gut, die Gummiringe erst etwa nach 40 Minuten aufzulegen. Man sterilisiert dann die mit der Klammer ohne Ring geschlossenen Gläser erst 40 Minuten, nimmt sie aus dem Wasser, legt den Gummiring auf und bringt die Gläser wieder in das gleiche Wasser, aus dem man sie genommen hat, um die nötige Sterilisationszeit dann weiter innezuhalten. Während des Auflegens der Gummiringe können keine Bakterien in das Glas dringen, dadurch die vorangegangene Sterilisation ein so hoher Hitzegrad erreicht ist, daß er eine Infektion nicht zuläßt. Zur Schonung der Gummiringe soll man auch bei ihrer Reinigung nicht zu heißes Wasser nehmen, sondern handwarmes, scharfes Salzwasser dafür anwenden, die Ringe dann mit kaltem Wasser nachspülen und abtrocknen. Wer den Mut hat, Kriegsgummiringe zu kaufen und zu benutzen, dem rate ich wenigstens die Vorsicht an, Gläser mit übergreifenden Deckeln zu benutzen, wie sie die tadellosen; auch jetzt noch guten Rexgläser haben, die Gefahr, daß der Inhalt der Gläser einen schlechten Geschmack annimmt, ist dann ausgeschaltet, auch habe ich stets gute Erfahrungen gemacht mit der Haltbarkeit der durch übergreifende Deckel geschlossenen Rexgläser. Wer Kriegsgummiringe anwendet bei Gläsern, bei denen der Deckel nicht über den Rand greift, der muß darauf achten, daß der Gummiring möglichst nach dem äußeren Rand zu liegt, auch darf man diese Gläser nicht ganz voll füllen, damit die beim Einkochen aufsteigende Flüssigkeit nicht etwa den sogenannten Gummiring berührt und den Geschmack des Inhaltes ungünstig beeinflußt. Die Klagen mancher Hausfrauen, daß ihr Obstmus schimmelt, trotzdem sie es mit Zucker und nicht mit benzoesaurem Natron, wie sie schreiben, eingemacht haben, sind recht zahlreich in den Briefen. Wenn das Obstmus, nicht dick genug eingekocht und wenn es, wie wohl anzunehmen ist, mit knapperem Zuckerzusatz eingekocht ist, so wird solches Obstmus eher Neigung zur Schimmelbildung zeigen wie Obstmus, das ohne Zucker gekocht und mit benzoesaurem Natron vermischt wurde; denn ein geringer Zuckerzusatz begünstigt nur die Schimmelbildung. Zucker konserviert nur, wenn er in genügend großer Menge zugesetzt werden konnte, so daß er, der zu seiner Lösung Wasser bedarf, den einzumachenden Sachen dieses in genügender Menge entzieht und dadurch den Fäulnispilzen eine notwendige Lebensbedingung nimmt. Man tut in dieser Zeit, da uns nun einmal Zucker in genügender Menge fehlt, besser, Obstmus recht dick ohne Zucker einzukochen und durch Zugabe von benzoesaurem Natron haltbar zu machen. Wenn man die wirklich guten Eozet-Tabletten von Fr. Schmidt, Hannover, Gr. Düwelstraße, benutzt, und zwar auf richtige Weise benutzt, so wird man über die Haltbarkeit von Obstmus nicht klagen können. Man muß sich vor allem vor dem Zuviel hüten, das den Geschmack unliebsam beeinflußt, und sie richtig anwenden, nämlich 1 Gramm oder eine Tablette auf 1 Kilogramm fertig gekochtes Obstmus, dem man die mit wenig lauem Wasser restlos gelöste Tablette untermengt, so wie das fertige Obstmus vom Feuer genommen wird. Wenn man den leeren Einkochtopf vor dem Einfüllen des einzukochenden Obstes wiegt, kann man durch Wiegen des fertigen Obstmuses mit dem Kochtopf leicht durch Abzug des Kochtopfgewichtes feststellen, wie viel das Obstmus an Gewicht beträgt. Das mit den aufgelösten Eozet-Tabletten untermischte Obstmus soll sofort in die Gläser oder Steinkruken gefüllt, aber nicht eher geschlossen werden, bis sie ausgekühlt sind; es bildet sich dadurch ein luftabschließendes Häutchen vor dem Zubinden. Würde man die Marmeladen zu früh zubinden, schlägt die heiße Ausdünstung als Wasser nieder und führt Schimmelbildung herbei. Beim Zubinden muß man das Pergamentpapier, damit es luftdicht abschließt, erst rasch durch kochendes Wasser ziehen und dann abtrocknen, auch tut man gut, die Schnur, mit der man die Gläser zubinden will, noch etwas anzufeuchten, damit sie sich dehnt und hernach durch die Trocknung besser schließt. Wer Obstmus sterilisieren will, braucht weder Zucker noch benzoesaures Natron natürlich zur Frischerhaltung; die Zeitdauer der Sterilisation wird, wie ich hier gleich als Antwort auf eine Anfrage bemerken möchte, erst von dem Augenblick an berechnet, da das Termometer die Höhe des geforderten Hitzegrades anzeigt.

*

In diesem Jahre, da man vielfach Obst und Gemüse zum Einkochen in nur kleinen Mengen erhalten wird, muß man oft Einzelgläser einkochen. Wer keinen Einzelkocher besitzt, wird das Glas unter Klammer in einem passenden Kochtopf einkochen, nach erfolgter Abkühlung muß man diese Klammer aber sofort entfernen, um sich vom wirklichen Verschluß des Glases zu überzeugen; schließt das Glas dann nicht, muß es sogleich noch einmal 15 Minuten nachsterilisiert werden.

Wattepropfen, die in diesem Jahre noch mehr als im Vorjahre die Korken in den Flaschen ersetzen müssen, werden am praktischsten hergestellt, indem man ein Stück keimfreie Watte flach in die linke Hand legt, es mit der rechten ganz fest zusammendreht und in die Flasche schiebt; der Wattepfropfen muß so fest sitzen, daß man an ihm die Flasche hoch heben kann, ohne daß er sich lockert.

Daß nach beendeter Kochzeit, wie manche Hausfrauen klagen, Früchte oder Gemüse nicht mehr mit Salzwasser- oder Zuckerlösung bedeckt sind, ist ein sehr häufig zu beobachtender Uebelstand, der sich aus dem zu raschen oder auch zu langsamen Beginn der zur Sterilisation erforderlichen Hitze erklärt. **Man muß alle Früchte möglichst langsam, alle Gemüse aber möglichst rasch zum Kochen bringen, danach aber bei beiden auf ein möglichst langsames Fortkochen achten, damit die Saftverdunstung soviel wie möglich eingeschränkt wird; man wird bei Beachtung dieser beiden einfachen Regeln nicht über fehlende Saftbedeckung klagen. Damit die eingepackten Früchte an der Oberfläche nicht bräunlich werden,** müssen die Früchte nicht zu eng gepackt, das Glas also nicht übermäßig gefüllt werden und wie schon vorher bemerkt wurde, für ihre gute Bedeckung mit Saft Sorge getragen werden.

Ob ein milchiger, auf dem Boden der Gläser sich bildende Flüssigkeit etwas zu bedeuten hat, fragt ein Haustöchterchen, das Muttern vertritt. Aber ja, liebes Hausmütterchen in spe, diese Flüssigkeit ist kein gutes Zeichen; sie zeigt an, daß der Inhalt des Glases zweifellos sauer wird. Entdeckt man die Trübung früh genug, so kann man den Inhalt durch nochmaliges Kochen retten, zeigt sich aber auch nach dem zweiten Kochen wieder ein milchiger Satz, so muß man das Glas öffnen. Man wird es nur in den seltensten Fällen dann noch gebrauchen können.

Daß wie so viel Früchte zuckerlos sterilisieren müssen, wird von vielen Hausfrauen bitter beklagt; aber ein Gutes hat dieser Zwang doch. Er trägt zu einer wesentlichen Ersparung an Zucker bei. Bei unserer Zuckerknappheit ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Alle Früchte nämlich, die mit Zucker eingekocht werden, wandeln diesen Zucker während des Kochens in Traubenzucker um durch die ihnen innewohnende Säure. Der Traubenzucker aber gibt kaum halb soviel Süße wie gewöhnlicher Zucker. Man gebraucht aber von letzterem bedeutend weniger, wenn man ihn den fertig gekochten Früchten zusetzt. Diese Tatsache sollten die Hausfrauen auch beim Kochen von Frischobst berücksichtigen.

*

Ueber das sachgemäße Einkochen von Obstmus kann ich den Leserinnen die folgenden allgemeinen Regeln geben.

Zu allem Obstmus sollen wir nur reichlich reife, natürlich nicht verdorbene Früchte verarbeiten, Fallobst und nicht völlig ausgereiftes Obst ist ungeeignet zu Obstmus, aber trefflich für Saft- oder Geleebereitung. Zu Obstmus können ruhig auch verschiedene Sorten genommen werden.

Wer es ermöglichen kann, sollte Obstmus stets sterilisieren; er hat dann die Gewähr unbedingter Haltbarkeit, er braucht außerdem das Mus nicht so steif zu kochen und nicht soviel Zucker wie sonst üblich zu nehmen, da die Sterilisation das tut, was sonst die Verdampfung der Feuchtigkeit und der starke Zuckerzusatz besorgen: nämlich die Haltbarmachung.

Auch ohne Einkochapparat kann man in gewöhnlichen Gläsern Obstmus sterilisieren, wenn man letztere mit Schweinsblase oder Zellophan-(Glashaut-)papier luftdicht verschließt; beides verträgt die Temperatur von 100 Grad Celsius. Das Zellophanpapier ist von Paul Westphal, Hamburg, Hammaberg, zu beziehen. An Stelle des Einkochtopfes kann man einen großen, gutschließenden Kochtopf nehmen. Man füllt ihn 10 Zentimeter mit Wasser, stellt einen Dreifuß auf den Boden des Topfes, legt über diesen einen beliebigen, durchlöcherten Holzboden und stellt die gefüllten, geschlossenen Gläser darauf. Man schließt den Topf dicht und kocht das Obstmus 20 Minuten in Dampf. Es muß im Topf erkalten und kühl und trocken aufbewahrt werden.

Am besten kocht man Obstmus noch folgendem Verfahren: Unter stetem Rühren werden die Früchte im eigenen Saft — nur